Badische Landesbibliothek Karlsruhe

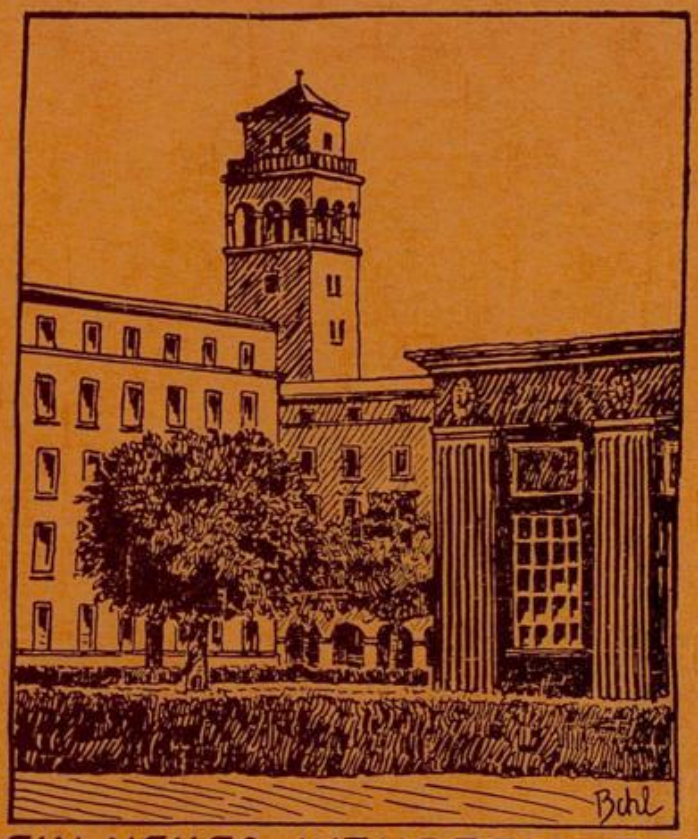
Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

(1936) Jahrgang

urn:nbn:de:bsz:31-221162

Visual Library



EIN NEUES WAHRZEICHEN

Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht 1936

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gau- und Grenzlandhauptstadt
Karlsruhe

Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht 1936

(1. April 1936 bis 31. März 1937).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Inhaltsangabe.

	Seite
Vorwort	5
Statistisches	7
Die Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe“	9
A. Laufende Wirtschaft:	
I. Allgemeine Verwaltung:	
1. Hauptverwaltung	19
2. Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben:	
A. Standesamt	32
B. Statistisches Amt	33
C. Gerichtsstelle	35
D. Gebäudeversicherungsstelle	35
E. Ortsgericht	36
F. Staatliches Grundbuchamt	36
G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften	36
3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr):	
A. Förderung von Industrie und Handel	38
B. Zuchtviehhaltung	38
C. Luftfahrtwesen	38
D. Sonstiges	39
4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche und Tagungen	40
5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben	43
II. Polizeiwesen:	
A. Staatliche Ortspolizei	44
B. Baupolizei	45
C. Feldpolizei	46
D. Ziviler Luftschutz	46
III. Bauwesen:	
1. Hochbauamt	46
2. Stadterweiterung	51
3. Tiefbauamt	54
4. Vermessung und Vermarkung	58
5. Straßen, Wege, Brücken	61
6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze:	
A. Öffentliche Uhren	66
B. Sonstiges	66
7. Wasserbau und Wasserwehr	67
IV. Schulwesen:	
1. Volksschulen	68
2 Höhere Lehranstalten	71
3. Gewerbeschulen	73
4. Handelsschulen mit Höheren Handelsschulen	74
5. Sonstiges Schulwesen und besondere Leistungen	76
V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen:	
A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen	79
B. Volksbücherei und Lesehalle	80
VI. Wohlfahrtswesen:	
1. Fürsorgeamt	81
2. Altersheim	90
3. Jugendamt	91
4. Kinder- und Säuglingsheim	93
5. Sonstiges Wohlfahrtswesen	94
6. Krankenhaus	96
7. Erholungsheim Baden	99
8. Badeanstalten	100
9. Sonstige Gesundheitspflege:	
A. Schulzahnklinik	104
B. Kopfklinik	104
C. Gesundheitsbehörde	104
D. Desinfektionsanstalt	104
E. Krankentransportwesen	105
F. Schnakenbekämpfung	105
G. Sonstiges	105
10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege	105
11. Förderung des Wohnungsbaues	106
12. Kleingärten	110
VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten:	
1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten	110
2. Straßenreinigung	114
3. Müllabfuhr	115
4. Grubenentleerung	117
5. Fuhrpark	118
6. Feuerlöschwesen:	
A. Berufsfeuerwehr	121
B. Freiwillige Feuerwehren	124
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung	124
7. Bestattungswesen und Friedhöfe	124
8. Stadtgarten	126
9. Öffentliche Anlagen	128
10. Waagen	128
11. Wasenmeisterei	129
VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen:	
1. Wasserwerk	130
2. Gaswerk	131
3. Elektrizitätswerk	133
4. Straßenbahn	135
5. Rheinhafen	141
6. Schlacht- und Viehhof	147

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seite

7. Märkte und Messen:
A. Märkte 155
B. Messen 156

IX. Finanzwesen:
1. Verwaltung des Kapitalvermögens . . 157
2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens:
A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude 157
B. Festhalle 158
C. Konzerthaus 158
D. Ausstellungshalle 159
E. Grundstücksverwaltung 160
F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze 161
G. Stadtwald 162
3. Schuldenverwaltung 163
4. Steuern:
A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen 166
B. Gemeindesteuern 168
C. Sonstige Einnahmen 170
5. Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung 171
6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben 172

B. Verrechnungshaushalte:
1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung . 173
2. Gartenamt 173
3. Stadtgärtnerei 174

Seite

4. Allgemeine Bürobedarfsstelle 174
5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter 175
6. Materialverwaltung des Tiefbauamts . 175
6a Bauhöfe des Tiefbauamts 176
7. Haustelefon und Signaleinrichtung . . 177
8. Fernsprechkosten 177
9. Installationsbetrieb des Gaswerks . . 178
10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks 178
11. Materialverwaltung des Bahnamts . . 179
12. Dienstkleiderbeschaffung 179

C. Rechnungsabschluß der Stadthauptkasse:
1. Rückstandsrechnung 181
2. Wirtschaftsrechnung 182
3. Verrechnungshaushalte 188
4. Vorschußrechnung 188
5. Vermögensrechnung 189
6. Zusammenstellung 192

D. Sonderhaushalte:
1. Fondskasse 193
2. Schloßgut Istein 195
3. Schenkungenkasse 197

E. Gesamtvermögen und Schulden 199

F. Nachweisungen:
1. Die außerordentlichen Unternehmungen 203
2. Aufnahme und Verwendung von Anlehensmitteln 219

G. Sparkasse 221

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorwort.

Das Ende des Wirtschaftsjahres 1936 fällt zusammen mit dem Ablauf der ersten 4 Jahre nationalsozialistischer Regierung in Deutschland. Die großen Erfolge auf allen Gebieten des täglichen Lebens sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle wiederholt werden müßten. Um so mehr scheint es aber geboten, bei einem solchen Anlaß für einen örtlich begrenzten Raum sich diejenigen Veränderungen vor Augen zu halten, die unter der nationalsozialistischen Staatsführung in der kleineren Gemeinschaft einer Stadtverwaltung vor sich gegangen sind. Dabei sei zunächst bemerkt, daß die Entwicklung, wie sie für das ganze Reich zutrifft, nicht in gleichem Umfang in allen Teilen des Reichs eingetreten ist, und daß gerade das Land Baden, das durch den Versailler Vertrag Grenzland und entmilitarisierte Zone geworden war, bis in die letzte Zeit hinein unter den Nachwirkungen der Grenzziehung und des auch nach Friedensschluß unvermindert forttobenden Wirtschaftskampfes außerordentlich gelitten hat. Erst mit der Machtübernahme des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler im Jahre 1933 waren auch für die südwestdeutsche Grenzmark die Voraussetzungen für eine allmähliche Besserung der Verhältnisse geschaffen worden.

Als ich im Jahre 1933 die Führung der Stadt und die Leitung ihrer Verwaltung übernahm, zählte Karlsruhe 14794 Arbeitslose, 14265 in laufender Unterstützung des Fürsorgeamts stehende Parteien und eine Kapitalverschuldung von 59494946 *RM*. Das Fürsorgewesen erforderte einen Zuschußbedarf von 7,5 Millionen Reichsmark, der nahezu an den Gesamtbetrag aller der Stadt zur Verfügung stehenden Steuereinnahmen herankam. Der Absatz der städtischen Werke war zurückgegangen, die städtische Straßenbahn ein Millionenverlustbetrieb geworden, die laufenden Unterhaltungsarbeiten an den Straßen, städtischen Betrieben, Einrichtungen und Gebäuden konnten nicht mehr durchgeführt werden. Jegliche private Unternehmungslust war gehemmt, Betriebsvermögen und Gewerbeertrag der hiesigen Unternehmungen schrumpften immer mehr zusammen, soweit diese nicht ganz zum Erliegen gekommen waren oder ihre Betriebsstätten wegverlegt hatten. Das bei der Städtischen Sparkasse angesammelte Sparkapital war in der Einzehr begriffen, in der Bevölkerungsbewegung machte sich seit Jahren eine starke Abwanderung wertvollster Arbeitskräfte bemerkbar.

Die erste Sorge der Stadtverwaltung im Jahr 1933 galt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Verein mit den Bemühungen der Reichsregierung. Neben den verschiedenen Maßnahmen des Reichs, die insbesondere die Förderung der privaten Arbeitsbeschaffung zum Gegenstand hatten, wie Gewährung von Instandsetzungszuschüssen, Ausgabe von Steuergutscheinen, Bewilligung von Ehestandsdarlehen, Steuervergünstigungen für Ersatzbeschaffungen, für Einstellung von Hausgehilfinnen, Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer für neu in Dienst gestellte Personenwagen, Beginn mit dem Bau der Reichsautobahnen usw., waren es vor allen Dingen die von der Stadt selbst in Angriff genommenen großen Bauvorhaben, die wesentlich zur Behebung der Arbeitslosigkeit in hiesiger Stadt beigetragen haben.

Unverzüglich nach der Machtübernahme hat die Stadtverwaltung folgende größere Bauarbeiten zur Ausführung gebracht: Den Bau der Markthalle auf dem Gelände des alten Bahnhofs, die Verbreiterung des Rheinhafenstichkanals und die Erstellung eines Beckens für den Öl- und Treibstoffumschlag, den Bau der festen Rheinbrücke bei Karlsruhe-Maxau, große Bodenverbesserungen im Gewann Fritschlach und in dem Gebiet der Rheinniederung, Instandsetzen der städtischen Gebäude, Sicherstellung der Gas- und Stromversorgung, die Erstellung von 215 Häusern der Kleinsiedlung, die Erschließung neuer Wohngebiete durch Straßen und Kanäle, die Entwässerung des Stadtteils Daxlanden, den Ausbau des Städtischen Krankenhauses, die Unterführung der Honsellstraße unter die neue Bahnlinie, den Bau eines Volksschulgebäudes in Grünwinkel usw. Insgesamt hat die Stadt für außerordentliche Arbeiten in den Jahren 1933 bis 1936 14,5 Millionen *RM* aufgewendet, daneben wurde eine gesunde Rücklagenpolitik angebahnt und die Kapitalverschuldung der Stadt von 59494946 *RM* auf 45046164 *RM* = um 24,3 v. H. zurückgeführt. Bei den städtischen Werken

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hat sich der Absatz von Gas, Wasser und Strom beträchtlich erhöht, auch die Straßenbahn verzeichnet allmählich wieder eine verstärkte Benützung. Die Zahl der Erwerbslosen hat sich bis zum 31. März 1937 auf 3218, die der laufenden Fürsorgefälle auf 9477 vermindern lassen. Der städtische Haushalt, der 1933 und 1934 noch mit Fehlbeträgen abschloß, ist in der Zwischenzeit wieder ausgeglichen worden. Der Einlagebestand bei der Städtischen Sparkasse hat sich seit 1933 um 4809405 auf nahezu 50 Millionen *RM* erhöht. Durch die Neubautätigkeit, die im Jahr 1932 auf 156 Wohnungen gesunken war, konnten in den vier Jahren von 1933 bis 1936 wieder insgesamt 1976 Wohnungen bezugsfertig hergestellt werden. Die großen Friedenstaten des Führers geben auch in der Grenzlandhauptstadt Karlsruhe die Gewißheit für ein erfolgreiches Schaffen und eine glückliche Zukunft des Volkes. Aber dennoch muß festgestellt werden, daß in der Stadt Karlsruhe die Folgen der vergangenen Notjahre noch nicht überwunden sind. Der Rückgang der Fürsorgeempfänger hat sich nicht im gleichen Ausmaß wie im Durchschnitt des Reichs vollzogen, und infolge der Zusammensetzung der hiesigen Fürsorgeunterstützten ist auch nicht damit zu rechnen, daß in dieser Beziehung in Zukunft eine wesentliche Entlastung eintritt. Eine ernste Sorge bedeutet weiterhin für die Stadtverwaltung die trotz Besserung der Wirtschaftslage immer noch anhaltende Abwanderung von Arbeitskräften. Die Finanzpolitik der Stadt war in der ganzen Nachkriegszeit durch die drückende Last von 15565000 *M* während des Krieges für Zwecke des Reiches aufgenommene Valutaschulden beeinträchtigt, die zum ursprünglichen Nennwert durch die Stadt zur Rückzahlung kommen mußten. Ihre Fälligkeit auf 30. September 1936 führte im Berichtsjahr zu einer Regelung, durch die die restliche Abtragung auf die nächsten 21 Jahre verteilt, die Belastung aber damit für die Stadt nicht genommen ist.

Von den großen politischen Ereignissen, die sich bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 1936 vollzogen haben, ist insbesondere die Wiedererhebung von Karlsruhe zur Garnisonstadt zu nennen, die auch den Wirtschaftskräften neuen Auftrieb gegeben hat. Die Verkündung des Zweiten Vierjahresplans für das deutsche Volk auf dem Reichsparteitag der Ehre in Nürnberg im September 1936 hat auch die Stadtverwaltung Karlsruhe im Kampf um die Unabhängigmachung des deutschen Volkes vor neue Aufgaben gestellt, deren sie sich restlos und mit Freuden unterzieht.

Mit Genugtuung und Stolz sieht die Stadtverwaltung auf die vergangenen ersten vier Jahre erfolgreichen Wirkens im nationalsozialistischen Sinne zurück. Sie ist sich bewußt, im Rahmen der Politik des Führers das Ihre getan zu haben, um die Schäden des vergangenen Systems wieder gut zu machen. Dabei wird das bisher Erreichte sie nur zu weiteren Anstrengungen anspornen, um auch für die nächste Zukunft die großen Aufgaben zu erfüllen, die gerade der badischen Landeshauptstadt gestellt sind. Hier ist es in erster Linie der Bau der geplanten großzügigen Verkehrs- und Ausfallstraßen nach Osten, Westen, Süden und Süd-Westen, die der Lösung harren, die Sanierung der Altstadt und die monumentale Ausgestaltung der Stadtmitte und ihrer Nord—Süd-Achse. Darüber hinaus möge Karlsruhe auch in Zukunft der geistige und kulturelle Mittelpunkt in der Südwestecke des Deutschen Reichs bleiben!

Karlsruhe, im März 1938.

Der Oberbürgermeister:

Jäger.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Statistisches.

Stadtgebiet.

Das Stadtgebiet hat sich gegenüber dem vorausgegangenen Berichtsjahr nur unwesentlich geändert. Die Regulierung der beiden Wasserläufe „Alte Federbach" und „Fritschlachwasser" bedingte die Verlegung der Gemarkungsgrenze gegen Forchheim, die den gegenseitigen Austausch kleiner Gemarkungsteile zur Folge hatte. Insgesamt gingen von Karlsruhe an Forchheim 13167 qm und von Forchheim an Karlsruhe 6036 qm Gelände über.

Nach Berücksichtigung einer Flächenberichtigung umfaßte die Gemarkungsfläche am 2. Januar 1937 8592 ha 19 a 67 qm (1935: 8592 ha 60 a 98 qm).

Sie bestand aus nachstehenden Kulturarten:

Überbaute Grundstücke	731 ha 96 a 49 qm,
Hausgarten, Park- und Gartenanlagen	328 ha 07 a 30 qm,
Gartenland	131 ha 14 a 79 qm,
Ackerland	2161 ha 85 a 92 qm,
Wiesen, Grasland	669 ha 72 a 75 qm,
Weidfeld	59 ha 05 a 87 qm,
Bauplätze	250 ha 98 a 80 qm,
Fischweiher und Teiche	— ha 03 a 88 qm,
Kies- und Sandgruben	7 ha 68 a 10 qm,
Waldungen	2873 ha 83 a 90 qm,
Ertraglose Flächen	116 ha 87 a 81 qm,
Öffentliche Plätze, Straßen, Wege, Eisenbahnen, Friedhöfe	894 ha 19 a 60 qm,
Seen, Flüsse, Bäche mit ertragslosem Vorland	366 ha 74 a 46 qm.

Der Rhein bildet im Westen die Grenze des Stadtgebiets auf eine Länge von 11,3 km.

Bevölkerungsbewegung.

Die Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe hatte am 1. Januar 1936 158950 Einwohner und am 31. Dezember 1936 159060; die mittlere Jahresbevölkerung betrug 158474 Personen. Im Laufe des Jahres hat sich somit die Einwohnerzahl um 110 = 0,07 v. H. erhöht. Aber trotz dieser geringen Veränderung war die Bevölkerungsbewegung im Berichtsjahr ganz erheblich. Im ersten Kalendervierteljahr ging die Bevölkerung um 450, im zweiten um 500 Personen zurück, während das dritte Kalendervierteljahr gar keine Verschiebung aufwies; das vierte Kalendervierteljahr endlich brachte einen Gewinn von 1060 Personen. Wesentlich stärker als im Durchschnitt der Großstädte und als im Vorjahr war im Berichtsjahr in Karlsruhe die Wanderungsbewegung. Es zogen 19345 (1935: 18304) Personen zu und 19893 (1935: 19305) Personen weg. Für das Jahr 1936 ergab sich für Karlsruhe erneut ein Wanderungsverlust von 548 (1935: 1001) Personen. Obwohl der Wanderungsverlust auf nahezu die Hälfte gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, übertrifft er mit 3,4 (1935: 6,4) auf 1000 Einwohner den der Großstädte im Durchschnitt mit 0,1 (1935: 2,4) um ein Vielfaches. Die nahezu ausgeglichene Wanderungsbilanz der deutschen Großstädte im Jahre 1936 ist auf sehr starken Zuzug in einzelnen Städten zurückzuführen, während eine Reihe anderer Großstädte, insbesondere in Industriegebieten, höhere Wanderungsverluste als Karlsruhe aufzuweisen haben. Die stärkere Abwanderung Einheimischer als der Zuzug Auswärtiger ist für Karlsruhe ununterbrochen seit 1930 zu beobachten. Daß sie selbst im Jahre 1936 noch nicht beseitigt werden konnte, verdient umsomehr Hervorhebung, als die Arbeitsverhältnisse günstig und die Nachfrage nach Arbeitskräften rege war. Diese Erscheinung beweist erneut die Benachtei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ligung der Grenzgebiete im wirtschaftlichen Aufschwung, die immer noch, trotz eigenen Mangels, Facharbeiter für die fortschreitende Industrialisierung in anderen Teilen des Reiches infolge der dortigen Möglichkeit der Einräumung günstigerer Arbeitsbedingungen stellen müssen. Dem Wanderungsverlust von Karlsruhe steht ein Geburtenüberschuß von 658 (1935: 581) Personen gegenüber, sodaß im Gesamtergebnis die bescheidene Bevölkerungszunahme um 110 Personen eingetreten ist.

Geboren wurden von ortsansässigen Müttern im Kalenderjahr 1936 2464 (1935: 2399) Kinder, davon lebend geboren 2404 (1935: 2337). Gestorben sind ohne Einbeziehung der Auswärtigen 1746 (1935: 1756) Personen. Auf 1000 Einwohner entfielen 15,1 (1935: 14,9) Lebendgeborene und 11,0 (1935: 11,2) Gestorbene. Die Zahl der einheimischen Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner stieg im Jahr 1936 um 0,2 (1935: um 1,6); die Sterblichkeit dagegen fiel um 0,2 (1935: um 0,8 gestiegen). Gegenüber dem Durchschnitt der 57 deutschen Großstädte ist die Zahl der Lebendgeborenen ortsansässiger Mütter in Karlsruhe um 0,3 (1935: 0,5) je 1000 Einwohner und die Gestorbenenziffer der Ortsansässigen um 0,4 (1935: um 0,1 höher) niederer. Die Säuglingssterblichkeit, d. s. die Sterbefälle der Kinder bis zu einem Jahr, umfaßte ohne Ortsfremde 201 (1935: 151) Kinder oder von je 100 Lebendgeborenen 8,5 (1935: 6,8). Unter den Lebendgeborenen ohne Ortsfremde befanden sich 223 (1935: 234) uneheliche Kinder, unter den Gestorbenen unter einem Jahr 33 (1935: 38). Der gesamte Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner betrug 4,1 (1935: 3,7).

Die Zahl der vor dem Karlsruher Standesamt im Kalenderjahr 1936 geschlossenen Ehen belief sich auf 1442 (1935: 1592). Auf 1000 Einwohner entfielen 9,1 (1935: 10,2) Eheschließungen, während sich im Durchschnitt der Großstädte 9,8 (1935: 10,8) je 1000 Einwohner ergaben. Der Rückgang in den Eheschließungen ist darin zu suchen, daß die in der Wirtschaftskrise zurückgestellten Ehen in den Vorjahren zu einer vorübergehenden Heiratshäufung geführt haben, die nunmehr abgeschlossen ist. Im Jahre 1936 entspricht die Heiratshäufigkeit in den deutschen Großstädten wieder den normalen Vorkriegsverhältnissen. Gegenüber dem Jahr 1932, das die geringste Zahl von Eheschließungen in Karlsruhe mit 1159 = 7,4 je 1000 Einwohner aufweist, zeigt sich im Jahre 1936 noch eine nachhaltige Besserung. Die Geburtenziffer hat in Karlsruhe erneut zugenommen, erreicht jedoch noch nicht den Durchschnitt der Großstädte. Trotz des erfreulichen Anstiegs der Geburtenziffer in den letzten Jahren sind jedoch die Ausfälle der vergangenen Epoche noch lange nicht ausgeglichen.

Die wichtigsten Todesursachen der Wohnbevölkerung im Kalenderjahr 1936 waren Krebs einschließlich bösartiger Neubildungen in 285 Fällen = 16,32 v. H. aller Todesfälle (1935: 284 Fälle = 16,17 v. H.); Tuberkulose in 110 Fällen = 6,30 (1935: 97 Fälle = 5,52) v. H., darunter Lungentuberkulose in 83 Fällen = 4,75 (1935: 87 Fälle = 4,95) v. H. An Lungenentzündung starben 61 Personen = 3,49 v. H. sämtlicher Verstorbenen (1935: 94 = 5,35 v. H.), der Grippe erlagen 14 Personen = 0,80 (1935: 34 = 1,94) v. H. Organische und sonstige Herzkrankheiten (ohne Herzschlag, Herzschwäche usw.) rafften 244 Personen = 13,97 (1935: 249 = 14,18) v. H. hinweg, Gehirnschlag 181 = 10,37 (1935: 181 = 10,31) v. H., Arterienverkalkung 78 = 4,47 (1935: 76 = 4,33) v. H. und Altersschwäche 64 = 3,67 (1935: 74 = 4,21) v. H. Infolge angeborener Lebensschwäche usw. fanden 109 Kinder = 6,24 v. H. aller Verstorbenen (1935: 83 = 4,73 v. H.) den Tod. 49 Personen = 2,81 (1935: 33 = 1,88) v. H. schieden freiwillig aus dem Leben und 49 Personen = 2,81 (1935: 36 = 2,05) v. H. verunglückten tödlich, davon 17 (1935: 17) durch Verkehrsunfälle. Die übrigen Todesursachen, deren Anteil im einzelnen unter 5 v. H. aller blieb, umfassen 502 = 28,75 (1935: 515 = 29,33) v. H. aller Fälle, u. a. Diphtherie mit 7 (1935: 8), Masern mit 6 (1935: 3), Scharlach mit 4 (1935: 3), Keuchhusten mit 11 (1935: 1), Hirnhautentzündung mit 2 (1935: 9), Nierenentzündung einschl. Nierenschrumpfung mit 41 (1935: 52), Blinddarmentzündung mit 11 (1935: 11) und plötzlicher Tod und nicht oder ungenügend angegebene Ursachen mit 26 (1935: 37) Fällen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Ausstellung

„Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe".

Ausstellungen mannigfaltigster Art gehören zu den zeitweiligen Sehenswürdigkeiten einer Großstadt, und auch die Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe kann alljährlich von mehreren großen Ausstellungen berichten, die im Laufe eines Jahres innerhalb ihrer Mauern veranstaltet worden sind. Dabei entstammen die Ausstellungsgegenstände den verschiedensten Stoffgebieten. Wir kennen Kunstausstellungen, allgemeine Industrie- und Wirtschaftsausstellungen, eingehendere Fachschauen einzelner Gewerbezweige, Kolonialausstellungen, Ausstellungen von Kunstschätzen, Ausstellungen mit historischem Charakter, wissenschaftliche, politische Ausstellungen usf. Aber trotz der Vielzahl und Mannigfaltigkeit der Ausstellungen hat Karlsruhe im Berichtsjahr mit einer Schau besonderer Art aufgewartet, die einzigartig in ihrer Darstellung, ihrem Aufbau, ihren Gegenständen und ihrem Zweck war. Diese Ausstellung der Stadt ist den ureigensten Gedanken ihres Oberhauptes, des Oberbürgermeisters Jäger, entsprungen und sollte der Öffentlichkeit Einblick und Rechenschaft geben über das vielseitige Tätigkeitsgebiet einer neuzeitlichen Stadtverwaltung. Unter der Bezeichnung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe" wurde die Ausstellung in der Zeit vom 9. Mai bis 14. Juni 1936 der Öffentlichkeit zur Besichtigung dargeboten. Noch nie wurde bisher in einer Ausstellung der Aufgaben- und Wirkungskreis einer Stadtverwaltung gezeigt, noch nie der Reichtum einer Stadtverwaltung an Naturschönheiten, Kunst- und Naturdenkmälern, Anstalten, Einrichtungen, aber auch die Lasten, Sorgen und Nöte einer Stadt so eindringlich und lebensnah dem Beschauer vor Augen geführt, wie in dieser, in ihrer Art einzig dastehenden Schau der Stadt Karlsruhe. Dabei wurde die Ausstellung nur von der Stadtverwaltung, ihren Dienststellen, Ämtern und Betrieben ohne jede fremde Mitwirkung bestritten und aufgebaut. Die Ausstellung vermittelte den Besuchern in Wort, Bild und Modell, teils in lehrhafter, teils in humorvoller Art, Einblicke in die vielseitige Tätigkeit einer neuzeitlichen Großstadtverwaltung. Sie verfolgte den Zweck, bei den Bürgern Verständnis zu erwecken für die umfangreichen Arbeiten ihrer Stadt, ihnen Aufschluß zu geben, für welche Bestimmung ihre Steuergelder Verwendung finden, welche Annehmlichkeiten ihnen aber dafür dargeboten werden und welche entscheidungsschweren Entschlüsse von einer Stadtverwaltung dauernd zu fassen sind. Darüber hinaus sollte die Ausstellung allen, die Einblick in eine Gemeindeverwaltung besitzen oder in ihr beschäftigt sind, wertvolle Anregungen und Hinweise bieten. So war die Ausstellung nichts anderes als ein anschaulicher Rechenschaftsbericht, der in leicht begreiflicher Weise all die vielen Berührungspunkte jedes einzelnen Einwohners mit seiner Gemeinde von der Wiege bis zum Grabe aufzeigte. Außerdem sollte die Ausstellung einen Querschnitt bieten durch das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Schaffen in der Gau- und Grenzlandhauptstadt und ihre Bedeutung im südwestdeutschen Raum den Besuchern vor Augen führen. Daß hierbei die außerordentliche Leistung seit der nationalsozialistischen Machtergreifung einen breiten Raum einnehmen mußte, war bestimmt durch den gewaltigen Aufschwung, der seit dem Jahre 1933 auf allen Gebieten des täglichen Lebens eingetreten ist. Besonderes Augenmerk mußte den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadt geschenkt werden, die mithalfen, auch in hiesiger Stadt die Folgen des Weltkriegs und Niedergangs einer vergangenen Zeit zu überwinden. Organisation und Durchführung der Ausstellung lagen in Händen des Stadtbaudirektors Beichel und Stadtbaurats Merz. Die Vorarbeiten waren infolge ihrer Neuartigkeit außerordentlich umfangreich. Sie mußten in der Hauptsache von dem vorhandenen Personal über das sonstige Arbeitspensum hinaus geleistet werden. Einzelne Dienststellen, die über geeignete Kräfte verfügten, fertigten ihre Ausstellungsgegenstände, Statistiken und Zeichnungen selbst. Für alle übrigen Ämter mußte das Hochbauamt den Entwurf und die Zusammenstellung des Ausstellungsgutes in gemeinsamer Arbeit mit den Amtsvorständen und dem Vorstand des Statistischen Amts übernehmen. Mit der Ausarbeitung der Darstellungen wurde neben verschiedenen anderen Künstlern in der Hauptsache der Kunstmaler Franz Zureich beauftragt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eröffnet wurde die Ausstellung in feierlicher Weise am Vormittag des 9. Mai 1936 in Anwesenheit des Badischen Ministers des Innern, Pflaumer, eines Vertreters des Deutschen Gemeindetags, Berlin, von Vertretern der Partei, Wehrmacht, Reichs- und Staatsbehörden, der städtischen Beamtenschaft und sonstiger geladener Gäste mit einer Ansprache von Oberbürgermeister Jäger. Dabei wies Oberbürgermeister Jäger auf die umfangreichen Aufgabengebiete einer Stadtverwaltung, die Beziehung jedes Einzelnen zu seiner Gemeinde und auf Sinn und Zweck der Ausstellung hin. Musikalische Darbietungen des Badischen Kammerorchesters unter Leitung von Professor Philipp umrahmten die schlichte Feier.

Für die Zwecke der Ausstellung hatte die Ausstellungshalle eine würdige Ausgestaltung erfahren. Der mittlere Teil hinter der Eingangshalle war zu einer prachtvollen Empfangshalle eingerichtet worden. Hier zeigte die Stadt die schönsten und wertvollsten ihrer Gemälde, kostbares Porzellan, Gold- und Silberschmuck und Ziergegenstände. Auf die große Malertradition der Stadt Karlsruhe wiesen die Werke von Thoma, Schönleber, Bergmann, Trübner, Fehr, Ravenstein, Nagel, Dill und anderen Meistern hin.

In der an die Innenhalle sich anschließenden Halbrundhalle war die allgemeine Abteilung untergebracht, in der alle diejenigen Gebiete behandelt wurden, die nicht zum Tätigkeitskreis der Stadtverwaltung gehören, aber im Rahmen der Ausstellung gezeigt werden mußten, um die volle Bedeutung der Gau- und Grenzlandhauptstadt zu würdigen. Beim Betreten der Halbrundhalle fiel der Blick sofort auf das Relief, das, vom Reichsarbeitsdienst hergestellt, die Arbeiten der Pfinz-Saalbach-Korrektion veranschaulichte. Daneben vermittelten Ansichten und Karten die Schönheit der Stadt und ihrer Umgebung und ihren Charakter als Wohn- und Gartenstadt. Besonders in die Augen fallend waren die zahlreichen Bilder, die die Bauten Weinbrenners, sonstige sehenswerte Gebäude, städtische Anlagen u. ä. wiedergaben und insbesondere die gewaltigen Leistungen erkennen ließen, die seit der nationalsozialistischen Machtergreifung vollbracht worden sind. Die Bedeutung von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr, die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung, Art und Zahl der Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe zeigten entsprechende Bilder und graphische Darstellungen auf. Aus ihnen war zu ersehen, welche Stellung Karlsruhe im südwestdeutschen Wirtschaftsleben einnimmt und wie Karlsruher Weltfirmen den Ruhm deutscher Unternehmungen bis in die entlegensten Winkel der Erde tragen. Über die Pflege von Kunst und Wissenschaft in der Gauhauptstadt gab zunächst das Badische Staatstheater Aufschluß, das erlesene Ausstellungsstücke aus seinen reichen Bühnenbeständen zur Schau gestellt hatte. Ferner gestattete die älteste reichsdeutsche Technische Hochschule Karlsruhe Einblick in ihre vielseitige Forschungstätigkeit. Auch die Landeskunstschule, das Staatstechnikum, die Kunsthalle, das Armeemuseum, die Landesbibliothek und das Generallandesarchiv waren in dieser Abteilung mit sehenswertem Ausstellungsmaterial vertreten. Die Aufgabengebiete des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung auf der Schiene, dem Wasser, der Straße und in der Luft und ihre Bedeutung für eine Stadt zeigten entsprechende Darstellungen der Reichsbahn, Reichspost, Lufthansa und der Reichsautobahn. Besonderes Interesse erweckte die verkleinerte Nachbildung des Führerstandes des Schnellverkehrsflugzeuges Ju 52 und ein Modell über die Führung der Reichsautobahn bei Karlsruhe. Ferner fanden hier geschichtliche Ereignisse im Geschehen der Stadt, Musik und Literatur, Presse, Wohlfahrtseinrichtungen, Sportanlagen, Schulen, Leistungen der DAF und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", der NSV, Presse und Gaufilmstelle und der Staatlichen Landesbildstelle ihre Würdigung. Die gebührende Beachtung konnte hier auch den Literatur- und Musikschaffenden der Stadt gewidmet werden, von denen jeder einzelne mit einer kurzen Lebensbeschreibung und einer Abbildung aufgeführt war. Von den bedeutendsten Karlsruher Dichtern, Scheffel und Vierordt, zeugten zwei große Ölgemälde.

Eine Gliederung der Stadtverwaltung leitete über zu den einzelnen Aufgabengebieten der Stadtverwaltung selbst, die nun ihre eingehende Veranschaulichung fanden.

Der Rundgang durch die Ausstellung führte von der allgemeinen Abteilung aus zunächst zum Gebiet des Wohlfahrtswesens. Breiten Raum nahm hier das Fürsorgeamt ein, das den organisatorischen Aufbau des Amtes und seiner Abteilungen, den Arbeitsgang innerhalb des Amtes, die Tätigkeit des Außendienstes, die Entwicklung der Zahl der Fürsorgeempfänger und des Unterstützungsaufwandes, das Wandererwesen, die Schülerspeisungen, die Ausgabe von Kleidungsstücken, die Inanspruchnahme des Vertrauensarztes und der Säuglingsberatungsstelle, die Arbeitsvermittlung und die Durchführung von offener und geschlossener Fürsorge bildlich und graphisch vor Augen führte. Weitere Bilder und graphische Darstellungen unterrichteten über Leben und Trei-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ben im Kindersolbad der Stadt bei Donaueschingen, im städtischen Kinder- und Säuglingsheim und im städtischen Altersheim. Kurven und Tabellen gaben über Tätigkeit, Verpflegungstage und Aufwand Aufschluß. Die sonstige Gesundheitspflege veranschaulichte die Tätigkeit der Schulzahnklinik, der Schularztstelle und der Tuberkulosefürsorgestelle. Bildliche und statistische Darstellungen gaben Aufschluß über die Arbeitsweise der genannten Stellen, die Erfolge der schulzahnärztlichen und stadtschulärztlichen Behandlungs- und Untersuchungsmaßnahmen, den Gesundheitszustand der Schüler, die Entwicklung von Durchschnittsgröße und -gewicht der Schuljugend, die Tuberkulosesterblichkeit, die getroffenen ärztlichen und sonstigen Fürsorgemaßnahmen der Tuberkulosefürsorgestelle. Über das städtische Krankenhaus, Gebäude, Einrichtung und Ausstattung sowie den Aufbau des Krankenhausbetriebs gaben Pläne und Aufnahmen Aufschluß; zwei Wochenspeisekarten und eine Aufstellung über Diätkost zeigten die Leistungen der Krankenhausküche. Verschiedene Blätter mit statistischem Anschauungsmaterial unterrichteten über Belegung, Verwaltung, Personal, Verpflegungstage usw. Die chirurgische Abteilung wies mit fotographischen Aufnahmen auf das neuzeitlich eingerichtete Operationsgebäude und erzielte Heilerfolge hin, die medizinische Abteilung zeigte in Bildtafeln verschiedene Speiseröhreerkrankungen und die auf diesem Gebiet erzielten Heilungen. In figürlichen Darstellungen gab die Haut- und Geschlechtskrankheitenabteilung, die zur inneren Abteilung gehört, der Allgemeinheit Kenntnis, wie und auf welche Weise diese Kranken ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen sollen und gegebenenfalls auch hierzu gezwungen werden. Das bakteriologische Institut stellte in Bild- und Anschauungsmaterial den Kampf gegen die krankmachenden Bakterien aus. Das Erholungsheim der Stadt in Baden-Baden warb mit Innen- und Außenansichten, schönen Aufnahmen aus der Umgebung und mit Faltprospekten zum Besuch des Heimes.

Über die vielseitigen Aufgaben einer Stadtverwaltung auf dem Gebiet des Personalwesens unterrichtete der dem Personalamt eingeräumte Abschnitt der Ausstellung. Dieser gewährte Einblick in Art und Zahl der Beschäftigten, Altersaufbau, Dienstzeit, Abgang durch Tod und Zuruhesetzung, Verteilung des Personals auf Dienststellen und Ämter, Besoldungs-, Lohn- und Versorgungsaufwand, Krankheiten, Beurlaubungen, Kinderzahl usw. Von besonderem Interesse waren die Vergleiche über die Entwicklung gegenüber der Vorkriegszeit und seit 1924, die Leistungen der Stadt an Sozialversicherungsbeiträgen, Kriegsfolgeerscheinungen — Gefallene, Schwer- und Leichtbeschädigte, Frontkämpfer und Kriegsteilnehmer —, der Werdegang eines städtischen Beamten oder Arbeiters unter Einfügung der erforderlichen Vordrucke, der Aufbau des städtischen Beamtenkörpers nach technischen und nichttechnischen Beamten, die berufliche Zusammensetzung der nichtbeamteten Gefolgschaft, Dienstbefreiungen für Zwecke der NSDAP, die Bedeutung der Personalaufwendungen der Stadt für das örtliche Wirtschaftsleben. Die dem Personalamt angegliederte Betriebskrankenkasse vermittelte Zahlen und Anschauungsmaterial aus der Sozialfürsorge der Stadt für ihre Schaffenden. Die anschließenden Darstellungen des Statistischen Amts enthielten wertvolles Material über die sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen im Leben der Stadt. Nachgewiesen waren die Entwicklung von Karlsruhe zur Großstadt nach der Einwohnerzahl, ausgehend von der Reichsgründung im Jahre 1871, der jährliche Bevölkerungsgewinn oder -verlust, die jährliche Wanderungsbewegung. Die wirtschaftliche Bedeutung von Karlsruhe und seiner Umgebung kam zum Ausdruck in Aufzeichnungen über die Entwicklung der Bevölkerungszahl von Karlsruhe und der im Umkreis von 5, 10, 15, 20 und 25 km liegenden Ortschaften in den letzten 60 Jahren, die Gliederung der Karlsruher Bevölkerung nach Familienstand, Alter, sozialer und beruflicher Stellung, Anzahl und Größe der Haushaltungen und Haushaltsumzüge. Die bevölkerungspolitischen Vorgänge in der Stadt Karlsruhe waren aufgezeigt durch die Entwicklung der Eheschließungen, Familienstand und Durchschnittsheiratsalter, die Ehescheidungen, Geburten und Todesfälle, die wichtigsten Todesursachen, die Ergebnisse der Bevölkerungsbewegung. Aus dem weiteren Aufgabengebiet des statistischen Amtes war zu sehen: Der Verkehr bei der Abteilung Sozialversicherung, die Bearbeitung der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung, Durchführung von Wahlen und die Ausstellung der Steuerkarten.

Gebäudeversicherungsstelle und Gerichtsstelle gaben ebenfalls durch sinnvolle Darstellungen Aufschluß über ihre Tätigkeit.

Der Verkehrsverein wies in Wort und Bild auf das schöne und gastliche Karlsruhe hin. Eine Sammlung der schönsten fotografischen Aufnahmen aus dem Stadtbild und seiner Sehenswürdigkeiten sollte dem Besucher besonders deutlich die natürlichen und künstlichen Merkmale der Stadt am Rhein und am Schwarzwald ersichtlich machen. Aufgestellte Trachtenpuppen versinnbildlichten die in Karlsruhe abgehaltenen großen Heimatfeste. Ein Aufmerksamkeit hervorrufendes, großes Schau-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bild wies auf die Gesamtorganisation der Arbeitsgemeinschaft der Badener im Reich und in aller Welt hin.

Für das städtische Archiv hat die Ausstellung eine noch niemals gegebene Gelegenheit geboten, aus dem umfangreichen Material einiges zur Schau zu bringen. Aus der Gründungszeit der Stadt Karlsruhe lagen aus: Ein Privilegienbrief des Markgrafen Karl Wilhelm vom 24. September 1715 für alle diejenigen, „die bey uns um gedachtes Carols-Ruhe sich niederzulassen und mit Erbauung neuer Häuser vest zu setzen Lust haben oder bekommen". Den Ansiedlern wurden die Plätze für Haus und Hof, Scheuer, Stallung und Garten unentgeltlich überlassen, auch erhielten sie kostenfrei Bauholz und Sand. Nur solchen gestattete man die Niederlassung, welche den Nachweis liefern konnten, daß sie „mit sattsamen Mitteln versehen seien". Allen Ansiedlern wurde auf die Dauer von 20 Jahren Befreiung von allen Einquartierungen, Collekten und anderen ordentlichen und außerordentlichen Lasten bewilligt. Schon in den Jahren 1722 bis 1724 hat der Markgraf weitere Privilegienbriefe erlassen müssen, in denen aufgetretene Schwierigkeiten geregelt worden sind. Beide Briefe waren im Original auf Pergament mit verkapseltem Siegel in einer Vitrine ausgestellt. Die für die Einwohner der früheren Gemeinde Mühlburg bestimmten Privilegienbriefe aus den Jahren 1699, 1709 und 1738 wurden ebenfalls im Original gezeigt. Die Entwicklung der Stadt brachte die Notwendigkeit zur Erbauung der reformierten Kirche und eines Schulhauses. Hierfür hat Markgraf Karl Friedrich im Jahre 1738 ein Sammlungspatent erlassen, das gleichfalls im Original Aufnahme gefunden hatte. Diese wichtigen Dokumente wurden ergänzt durch eine Gemeindechronik von Daxlanden aus dem Jahre 1541, Pachtverträge für Rappenwört (1762) und Appenmühle (1754). Besonderes Interesse weckten Geleitsbriefe, Reisepässe und Zollfreipässe aus den Jahren 1790 bis 1821. Lehr- und Gesellenbriefe sowie Bücher der verschiedenen Zünfte zeugten davon, daß schon im Jahre 1750 der Handwerkerstand eine feste Verfassung hatte. Unter einer bildlich dargestellten Eiche, in der die verschiedenen Generationen ihrer Tracht nach eingezeichnet waren, stand eine Anzahl großer Bände (Bürgerbücher) von Karlsruhe und Vororten, in denen jeweils die Bürgerannahmen eingetragen wurden, die heute zur Ahnenforschung benutzt werden. Aus städtischen Sammlungen wurden Gebrauchs- und Schmuckgegenstände der Karlsruher Bürger seit Gründung der Stadt herausgestellt, die auf Lebensart und Gebräuche der damaligen Zeit schließen lassen. Der Hammer und die Kelle aus Silber, die Weinbrenner zur Grundsteinlegung der evangelischen Stadtkirche im Jahre 1807 benutzt hatte, fanden viel Beachtung. Mit einigen Stücken waren andere Sammlungen der Stadt vertreten. Aus den zahlreichen Autographien wurden Briefe mit Originalunterschriften des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler und des Generaloberſten Göring gezeigt. Das in der Inflationszeit von der Stadt herausgegebene Notgeld war mit einer ganzen Serie zur Schau gebracht. Fotografische Aufnahmen der seit der Machtübernahme errichteten Denkmäler (Leo Schlageter, Carl Benz, Lina Sommer u. a.) waren ebenso wie einige Innenansichten des Solms-Museums vertreten. Die wertvolle graphische Sammlung, die der Stadt aus dem Nachlaß des Geheimen Regierungsrats Ferdinand Sigel aus dem Jahre 1896 geschenkt worden ist, konnte nach Jahrzehnten mit einigen Stükken wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Stiche von Dürer, Rembrandt, von Ostade u. a. sowie Aquarelle von Ferdinand Kobell nahmen eine Seitenwand des Ausstellungsraumes ein. Die städtische Münzsammlung konnte bei dem geringen zur Verfügung stehenden Platz nur mit einigen Stücken, die bei besonderen Anlässen geprägt worden sind, vertreten sein.

In besonders humoristischer Weise war das Aufgabengebiet des Standes- und Bestattungsamts dargestellt. Die einzelnen Bilder zeigten die Geburtenabteilung, das Erfassungswesen, die Aufgebotsabteilung, die Gewährung von Ehestandsdarlehen, die Eheschließung, das eheliche Leben, die Gewährung der Kinderbeihilfen und die Sterbeabteilung. Den Bildern waren Erläuterungen sowie witzige (von E. Dintenmüller verfaßte) Verse beigefügt, die wegen ihrer Originalität hier Erwähnung verdienen:

Geburtenabteilung:

Jeder Mensch auf dieser Erden mußte mal geboren werden.
So ein Fall bringt auch schon Pflichten: Auf dem Amt muß man's berichten!

Erfassungswesen:

Bist als Männlein Du geraten, mußt Du unter die Soldaten;
Solltest Du die Zeit verpassen, wird Dich's Standesamt erfassen!

Ehestandsdarlehen:

Bist Du erstmal Reservist und hast Ehestandsgelüste:
Flugs zum Standesamt dann gehe, dort gibt's Darlehen für die Ehe!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eheaufgebote:
Willst ein eigen Nest Dir bauen, mußt auch nach 'nem Liebchen schauen.
Schwört Ihr Lieb' Euch bis zum Tode, kommt's zum Eheaufgebote!

Trauung:
Falls kein Hindernis entstehet — und die Liebe nicht vergehet —
Seid Ihr schon nach wen'gen Stunden standesamtlich fest verbunden!

Glückliche Ehe:
Kann es wohl was Schön'res geben, als ein deutsch' Familienleben?
Herrscht im Heime Freud' und Frieden, hast Du, was Du brauchst, hienieden!

Zerrüttete Ehe:
Doch im Eh'stand geht's mitunter da und dort auch kunterbunter;
Mag man sich schon nicht mehr leiden, kommt es manchmal gar zum scheiden!

Kinderbeihilfe:
Auch Ihr lieben Eh'standsgründer! Glücklich machen fünf, sechs Kinder!
Kinderbeihilfe tut's auch geben, schon für's vierte Kind — nu eben!

Sterbeabteilung:
Leider muß man auch mal sterben — schon mit Rücksicht auf die Erben! —
Aus ist's mit der ird'schen Habe und das Amt bringt uns zu Grabe!

Vervollständigt wurden die Ausstellungsstücke des Standes- und Bestattungsamts durch die Auflage von Familienstammbüchern, Ahnenpässen, einer Nachfahrentafel sowie der Registervordrucke über die Aufnahme standesamtlicher Ereignisse. Über die Friedhöfe der Stadt und die Feuerbestattungsanstalt unterrichteten verschiedene Bilder; Tafeln gaben Aufschluß über die in den letzten Jahren vorgenommenen Erd- und Feuerbestattungen.

Die Volks-, Fach- und höheren Schulen boten Einblick in das Erziehungs- und Bildungswesen im nationalsozialistischen Staat. Aus dem Bereich der Volksschulen war deren Entwicklung, Lehrziel und Lehrplan, die neuen Wege im Erziehungsplan in Verbindung mit Naturgeschichte, Vererbungslehre, Länder- und Rassenkunde, körperlicher Ertüchtigung, die Verteilung der Lehrgebäude und die Organisation des Stadtschulamts zu sehen. Die Gewerbeschule zeigte anhand von Statistiken, Schaubildern, Modellen und Werkstücken Aufbau und Tätigkeit der Schule im Rahmen der ihr auf erzieherischem Gebiet, im Dienste des Leistungsprinzips und in der Arbeit für die Volksgemeinschaft gestellten Aufgaben. Neben einer Übersicht über das gesamte gewerbliche Schulwesen waren folgende Berufsgruppen besonders herausgestellt: Baugewerbe, Holzgewerbe, Maschinenbau, Elektrogewerbe, Feinmechanik, Druck und Schmuck, Ausstattungsgewerbe, die Fachschulen für Blechner und Installateure und für Elektrotechniker sowie die Bildhauerfachschule. Die Handelsschulen gaben Einblick in die Gliederung der Schulfächer, in weltanschauliche Schulung und artgerechte Knaben- und Mädchenerziehung. Die Übersicht war umrahmt von Schriften, die auf die Marksteine in der Entwicklung der Karlsruher Handelslehranstalten seit Gründung der „Merkantilabteilung" am Polytechnikum im Jahre 1825 hinwiesen. Ferner war die soziale Gliederung der Schüler, das Wachstum der Schule und der Einbau der Handelslehranstalten in das gesamte deutsche Bildungswesen zu sehen. Beispiele vermittelten die volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, organisatorische und rechtliche Frage bei Kauf und Verkauf, die Bedeutung der Verkehrsmittel und Tarife im Handelsverkehr, die Zusammenhänge zwischen Rohstoffversorgung und Außenhandel und die Grundgedanken des „Neuen Planes". Die höheren Schulen hatten durch fotografische Aufnahmen der Schulgebäude von innen und außen, vom Schulbetrieb, von Sport und Spiel, von biologischen, chemischen und physikalischen Übungen, von Lehrausflügen und Schulwanderungen Einblick in ihre Tätigkeit gewährt. Das Ausstellungsgut wurde vervollständigt durch Schülerzeichnungen, Schülerarbeiten aus dem Flugzeugmodellbau sowie durch ein in Gemeinschaftsarbeit durch Schüler einer Sexta der Kantoberrealschule hergestelltes Modell eines Schwarzwaldhofes. Die Badische Hochschule für Musik war durch zeichnerische und graphische Darstellungen ihres inneren Arbeitsbereichs und des räumlichen Wirkungskreises, über Anstaltsaufwand und Schülerverteilung, durch Lichtbilder über das Anstaltsgebäude, die Konzertsäle und Unterrichtsräume, durch Ausschnitte aus Partituren der an der Anstalt schaffenden Musiker, durch Jahresberichte, Lehrpläne, Satzungen, Programme und Plakate von Hochschulveranstaltungen, Musikinstrumente und Tastenmodelle, Stahlstiche und Plastiken von Musikerpersönlichkeiten an der Ausstellung beteiligt. Die Volksbücherei und Lesehalle vermittelte dem Beschauer Ziel, Arbeitsweise und Erfolg einer Bücherei. Den breitesten Raum nahm die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Darstellung der Arbeitsweise einer Bücherei ein, angefangen von der Ankündigung des Buches in der Fachzeitschrift, über die bibliothekarische Bearbeitung bis zur Abstellung im Büchereischaft. Außerdem wurde ein Einblick in die Ausleihearbeit gewährt. Ein Querschnitt durch den Bestandsaufbau einer Bücherei brachte Proben aus den vorwiegend geförderten Literaturgruppen. Mit einer Buchauswahl war das ganze Schrifttum vertreten. Eine Kartei gab Aufschluß über die aus allen Gauen im Lesesaal aufliegenden Zeitungen; die nach Sach- und Interessengruppen zusammengestellten Zeitschriften sollten dem Besucher die Möglichkeit aufzeigen, sich im Lesesaal über alle Zeitfragen zu unterrichten. Die noch zu wenig beachtete Tatsache der formenden, gestaltenden und umwandelnden Kraft des Buches im Leben der Nation, seine ungeheuer wichtige politische Stellung als Abwehrmittel gegen fremde Einflüsse gerade in den Grenzgebieten des Reiches wurde durch entsprechende Gestaltung ersichtlich gemacht.

Die Städtische Sparkasse gab eingehende Erläuterung über die Entwicklung des Spar-, Giro- und Pfandleihverkehrs, die Höhe der Einlagen, der Rückzahlungen und der gutgebrachten Zinsen, die Zahl der Sparer usf.; die Ausleihung der bei der Sparkasse zusammenströmenden Gelder ließ die große Bedeutung dieses gemeindlichen Kreditinstitutes für die gesamte örtliche Wirtschaft erkennen. Ferner bot die Sparkasse Einblick in ihre Organisation, die, auf das neuzeitlichste eingerichtet, auch den größten Anforderungen gewachsen ist. Sparuhren und Sparbücher, Buchungsmaschinen sowie Werbeschriften der Sparkasse vervollständigten das Anschauungsmaterial. Ein „Goldklumpen" im Ausmaß von über 1 cbm zeigte die Spareinlagen in Gold gehortet.

In der anschließenden Koje der Baupflegestelle — Baupolizei — wurde die Entwicklung der Bautätigkeit in den Jahren 1925 bis 1936, getrennt nach Arten der durchgeführten Bauten, der Wohnungsbau, das Aufgabengebiet der Bauberatung sowie die Maßnahmen des Bauarbeiter- und Feuerschutzes durch Bild und Modell dem Beschauer erkenntlich gemacht. Besonders eindringlich war auch die Darstellung über die Wirkung guter und schlechter Reklame und guter und schlechter Fassadengestaltung.

Das Zusammenlaufen aller Fäden einer Stadtverwaltung in der Hand des Oberbürgermeisters und seiner Referenten, Geschäftseinteilung und Geschäftsgang und die Mitwirkung von Ratsherren und Beiräten zeigten die Darstellungen der Hauptverwaltung. Ergänzt wurden diese durch Übersichten über Zahl und Erledigung der eingegangenen Poststücke, früher abgehaltene Stadtrats- und Bürgerausschußsitzungen, Beratungen mit den Ratsherren, das Werbewesen, Feste und Feierlichkeiten, die Materialverwaltung, die Tätigkeit der Hauptkanzlei und der Botenmeisterei, die Benützung von Festhalle, Konzerthaus und Ausstellungshalle. Die Unterstützung der Hauptverwaltung durch die ihr angegliederte Verwaltungsbücherei war durch die Auflage von Tageszeitungen, einschlägigen Fachzeitschriften und erforderlichen Nachschlagewerken erkenntlich gemacht.

Außerordentlich eindringlich hatte man das wichtige Gebiet der gemeindlichen Finanzverwaltung behandelt. Grundgedanke war, in einer Reihe bildlicher Darstellungen in humoristischer, leicht verständlicher Weise alle die Vorgänge aufzuzeigen, die sonst dem Laien verschlossen bleiben. Zunächst vermittelte ein Organisationsplan die Zuständigkeitsverteilung auf dem Gebiet der Finanzverwaltung zwischen dem Oberbürgermeister, seiner Nebenabteilung, dem Rechnungsamt, der Stadthauptkasse, dem Steueramt und dem Rechnungsprüfungsamt. Die einzelnen Bilder zeigten den Entwurf der Haushaltssatzung, deren Feststellung durch den Oberbürgermeister nach Beratung mit den Ratsherren, den Vollzug der Haushaltssatzung, die Erhebung von Steuern, die Verfügung über die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben, die Prüfungstätigkeit des Rechnungsamtes, den Vollzug von Einnahmen und Ausgaben sowie Verbuchung durch die Stadthauptkasse und die Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. In weiteren Schaubildern waren Vermögen und Schulden der Stadt in Vor- und Nachkriegszeit und ihre Aufteilung, das Steueraufkommen, die eigenen Steuern im Verhältnis zu den Überweisungssteuern, die steuerliche Kopfbelastung je Einwohner, die Vorteile einer zentralen Geldbewirtschaftung, der Zuschußbedarf der laufenden Wirtschaft, getrennt nach Verwaltungszweigen, nebst den allgemeinen Deckungsmitteln, die außerordentlichen Aufwendungen sowie die Rücklagenbildung zahlen- und entwicklungsmäßig dargestellt. Die Auflage dreier Stadtrechnungen aus den Jahren 1717, 1890 und 1934 nebst Beilagen, von denen die nebeneinander gestellten Bände der letzteren eine Länge von 37 m beanspruchten, ließ den Umfang der Geschäfte der heutigen Finanzverwaltung erkennen. Demgegenüber nahm die Stadtrechnung von 1890 nebst Beilagen nur 2,5 m ein.

Die östliche Hälfte der Ausstellungshalle war den technischen Ämtern der Stadt vorbehalten. Das Hochbauamt zeigte die Neubauten der letzten Jahre, geplante Neubauten, Bauverwal-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tungsstatistiken, stadteigene Gebäude, Aufwendungen für Bau und Unterhaltung der stadteigenen Wohnungen nebst Mieteinnahmen, Aufwendungen für Reinigung und Unterhaltung der Schulhäuser, Verteilung des Bau- und Unterhaltungsaufwandes auf die einzelnen Handwerkszweige, die städtischen Heizungsanlagen und Lichtbildaufnahmen von Straßen- und Raumdekorationen bei großen Festlichkeiten. Über die Karlsruher neue Markthalle gaben verschiedene Aufnahmen und Grundrißzeichnungen Aufschluß. Ferner waren die Erzeugungs- und Absatzgebiete des Karlsruher Marktes, die Gliederung der Händler, die Beschickung des Marktes und die mengenmäßigen Umsätze des Großmarktes an in- und ausländischen Erzeugnissen zu sehen.

Das Tiefbauamt, dessen Arbeitsgebiet nach Abteilungen aufgeteilt war, brachte in der Abteilung „Entwurf und Neubau" die wichtigsten Neubauarbeiten der letzten zehn Jahre zur Ausstellung, unter denen die Verbreiterung des Stichkanals, der Bau des Ölbeckens und die Unterführung der Honsellstraße unter der Bahnlinie besonderes Interesse fanden. Ein Übersichtsplan von Karlsruhe ließ alle seit Kriegsende ausgeführten Arbeiten mit Arbeitstagwerken und Kosten erkennen. Entwürfe, Pläne, Modelle und Lichtbilder unterrichteten über die Vorbereitung und Ausführung geplanter Bauten. Die Vermessungsabteilung hatte die Arbeitsgebiete des Vermessungswesens, interessante Planwerke über die Gemarkung der Stadt und ihre Entwicklung sowie Zeichen- und Vermessungsinstrumente zur Schau gestellt. Die Abteilung „Straßen, Brücken, Gewässer" wies an plastischen Beispielen die Unterschiede neuzeitlicher Behandlung und Unterhaltung der Straßen gegenüber früher nach; dabei waren durch 11 Modelle die verschiedenartigen Deckenarten veranschaulicht und zwar für Fahrbahnen, Radwege und Gehwege. Pläne machten auf die zahlreichen Verkehrsknotenpunkte und Ansichten auf die vielen Brücken im Bereich des Stadtgebiets aufmerksam, Verkehrsschilder verschiedenster Art ließen einen Einblick in die im Großstadtverkehr notwendigen Maßnahmen zur Verkehrsregelung gewinnen. Über die vorhandenen Gewässer, die Wasserrechte und die Unterhaltungspflichten gab ein großer Gewässerplan Aufschluß. Die Baustoffverwaltung zeigte die beim Straßen- und Kanalbau verwendeten Baustoffe und in Übersichtsverzeichnissen die Menge der abgegebenen Baustoffe und Geräte. Von der Reichsautobahn waren eine Anzahl Bilder, Pläne und Modelle ausgestellt; darunter befand sich ein Übersichtsplan der Strecke Heidelberg—Karlsruhe. Zwei Vergleichsmodelle zeigten die Kreuzung der Reichsautobahn mit der Robert-Wagner-Allee. Die Abteilung „Entwässerung, Straßenreinigung, Müllabfuhr" hatte mit zahlreichen Lichtbildern, Plänen sowie mit einer Nachbildung der Entwässerungsanlage Neureut aufgewartet, die sich in Tätigkeit setzen ließ und die Reinigung des Abwassers von fremden Bestandteilen vor Augen führte. Die gesamten Schaustücke über das Entwässerungswesen gestatteten einen Einblick in die gewaltigen unterirdischen Anlagen, die unter den Straßen einer Großstadt netzartig verlaufen. Außerordentlich aufschlußreich war auch die Darstellung über die abgefahrene Müllmenge, die Ergebnisse der Müllauslese und die Verwertung des Mülls.

Besondere Beachtung verdienten die Stadterweiterung und das Siedlungswesen. Hier waren ein Wirtschaftsplan aus neuester Zeit und zum Vergleich der Generalbebauungsplan von 1926, Verkehrslinienpläne (Reichsautobahn, Reichsstraßen), Bebauungspläne für einzelne Siedlungsgebiete, für die Altstadtsanierung sowie über die Neubautätigkeit der Jahre 1928 bis 1933 ausgestellt. Die Übersichtspläne wurden ergänzt durch zahlreiche Modelle über die beabsichtigte Führung von Verkehrs- und Ausfallstraßen, einzelne Siedlungsgebiete sowie die Gestaltung einiger wichtiger Verkehrsplätze im Innern des Stadtgebiets. Besonderes Augenmerk hatte man auch der städtebaulichen Entwicklung von Karlsruhe seit der Stadtgründung geschenkt, worüber spezielle Pläne unterrichteten. Von Interesse waren auch die Pläne über die künftige Gestaltung der Stadt, die Aufklärung gaben über das zu gestaltende Landschaftsbild im Südwesten (Fritschlach, Rappenwört), den monumentalen Ausbau der Ettlinger Allee, den Ausbau des Flughafens, die Gestaltung des Durlacher Tores und des Platzes am Kühlen Krug, die bauliche Lösung am Eingang des Weiherfeldgebietes. Statistische Darstellungen vermittelten die Leistungen der Stadt auf dem Gebiet des Wohnungsbaues, die Höhe der Baukosten in den einzelnen Jahren der Nachkriegszeit, den Reinzugang an Wohnungen, Verteilung der Karlsruher Wohnungen auf die Wohnungsgrößen, Baukostenvergleiche für die einzelnen Wohnungen und die Förderung des Wohnungsbaues durch öffentliche Mittel.

Das Gartenamt verkündete die Schönheiten der gärtnerischen Anlagen der Stadt, die Mannigfaltigkeit der im botanischen Teil des Stadtgartens gezüchteten Pflanzen und die verschiedensten Tierarten, die im anschließenden Tierpark zu sehen sind. Das Bahnamt hatte neben statistischen Darstellungen über die Entwicklung der Betriebsverhältnisse, die Fahrleistungen der Straßenbahn, Fahr-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

pläne und die Wagenverteilung im Gesamtnetz vornehmlich solche Gegenstände aus der Bahnmeisterei, der Oberleitungsabteilung und den Werkstätten vorgeführt, die für gewöhnlich dem Blickfeld des Beschauers entzogen sind, wie Modelle von Weichen, Herzstücken, thermische und elektrische Schienenstoßschweißungen, Schienenstücke aus verschiedenem Material, Querschnitte von Gleiseinbettungen in verschiedene Fahrstraßendecken, elektrische Weichenumstellvorrichtungen, Teile einer Oberleitungsanlage, ein älteres Fahrgestell eines Motorwagens usf.

Die Reichhaltigkeit der städtischen Waldungen an den verschiedensten Holzarten wurde dem Beschauer durch den Abschnitt des Forstamtes dargeboten; sämtliche Holzarten waren in ihrem ursprünglichen Zustand, wie sie der Wald liefert, zu sehen, daneben aber auch nach ihrer Verarbeitung. Dabei konnte der Besucher so richtig die Bedeutung des deutschen Waldes für die nationale Rohstoffversorgung kennen lernen. Weiterhin gab das Forstamt Aufschluß über Wildhege, Vogelschutz im Stadtwald, Landschaftsgestaltung und Pflege des Landschaftsbildes in der Nähe der Gauhauptstadt und die Bekämpfung der Schnakenplage.

Das Hafenamt hatte Pläne, Ansichten und Statistiken zur Schau gestellt über Urzustand und bauliche Entwicklung des Hafengebiets, die Organisation des Hafenamts, den Güterverkehr, den Eisenbahnverkehr, die Personenbeförderung im Karlsruher Hafen, die Hafenfirmen, die Kulturart des Hafengebiets. Das Anschauungsmaterial ergänzten ein interessantes Modell des Hafens von der Alb bis zur Einmündung des Ölbeckens in den Stichkanal, drei Modelle von Schiffen, ein Modell einer Verladebrücke, ein Modell der Karlsruher Umschlaganlagen des Braunkohlensyndikates, Muster von Gütern, die in Karlsruhe umgeschlagen werden, wie Kohlen verschiedener Art, Koks verschiedener Herkunft, Quebrachaholz und Quebrachaholzextrakte, Kitt, Kreide, Zinntuben.

Beim Schlacht- und Viehhof waren Darstellung über Art und Zahl der Schlachttiere, die Entwicklung der Schlachtungen, die Bedeutung der Hausschlachtungen in den Dororten, die Ausübung der Fleischbeschau, Untersuchungen von Fleisch und sonstigen Nahrungsmitteln, die Ergebnisse der Untersuchungen und die Anlagen und Einrichtungen des neuzeitlichen Schlacht- und Viehhofes zu sehen. Vervollständigt wurde das Material durch das Modell einer Schweineschlachthalle, durch verschiedene neuzeitliche Betäubungsapparate für Groß- und Kleinvieh sowie ein Trichinoskop zur Vorführung von trichinösen Fleischpräparaten.

Die Badverwaltung zeigte die großen Leistungen und Aufwendungen der Stadt auf diesem Gebiete. Wunderschöne Badegelegenheiten gestatten sowohl im Sommer als auch im Winter die Ausübung des Schwimmsports. Neben der Modellanlage des herrlichen Rheinstrandbades Rappenwört waren Aufnahmen aus den Hallenbädern zu sehen, die außer den großen Schwimmhallen, den Kabinen mit Wannenbädern noch eine Kurabteilung enthalten, in denen alle medizinischen Bäder in vorbildlicher Weise verabreicht werden. Werbedrucksachen forderten zum regen Badebesuch auf.

Die Berufsfeuerwehr zeigte in vier Abteilungen Feuerwehrgeräte, Gasschutzgeräte, Feuermeldewesen und Sonstiges. Zeugnis für die fortschrittliche Ausstattung der Berufsfeuerwehr legten die ausgestellten Geräte ab. Es waren zu sehen: Eine moderne Lafettenmotorspritze mit einer Leistung von 800 l pro Minute, Schaumlöschgeräte zur Erzeugung chemischen Schaumes und Luftschaumes zur Löschung von Bränden, bei denen die Verwendung von Wasser nicht ratsam ist, eine Unzahl von Geräten wie Starkstrom-, Handwerker-, Sanitätskasten, Asbestanzüge, Kabeltrommeln, Seilrollen, Äxte und Aufräumungsgeräte. Die Abteilung Gasschutzgeräte befaßte sich mit dem Rettungswesen und stellte die modernsten Hilfs- und Rettungsgeräte zur Schau. Neben den Sauerstoffgasschutzgeräten, mit denen sich der Träger ein bis zwei Stunden, je nach der Größe des Gerätes, in giftgasgefüllten Räumen bewegen kann, waren verschiedene Modelle von Gasmasken mit Filtereinsatz als Schutzgeräte bei geringem Auftreten von Giftgasen und -dämpfen festzustellen. Besondere Erwähnung verdient noch das Sauerstoffbehandlungsgerät mit zwei Atemstellen für Beatmung (Inhalation). Aus dem Feuermeldewesen konnte nur ein kleiner Ausschnitt in Gestalt eines modernen Feuermelders gezeigt werden. Verschiedenes Bildmaterial unterrichtete über Art und Zahl der Brände und Alarme, die ausgeführten Krankentransporte, Betrieb und Organisation des Feuerschutzes sowie über die Arbeit und das Leben der Karlsruher Berufsfeuerwehr. Auch die Leistungen der früheren und heutigen Freiwilligen Feuerwehr hatten gebührende Berücksichtigung gefunden.

Das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt hatte den ganzen Vorgang von der Erzeugung bzw. Förderung von Gas, Wasser und Elektrizität bis zum Verbrauch durch Aufnahmen mit technischen Erläuterungen, Statistiken und Modellen zur Darstellung gebracht. Rohrleitungen für Gas und Wasser, Verbindungsstücke, Hydranten, Beleuchtungskörper usw. waren aufgebaut. Über-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sichtstafeln enthielten die Organisation der Verwaltung und der Verrechnung. Ein besonderes Feld war der Schwachstromabteilung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts vorbehalten, in dem die stadteigenen Feuermelde-, Uhren-, Fernsprech- und Lautsprecheranlagen ausgestellt waren. Die Maschinenbauabteilung des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts hatte die Beschaffung und Unterhaltung sämtlicher Maschinen, Heizungsanlagen usw. gezeigt.

Den Rundgang durch die Ausstellung beendete ein kurzer Aufenthalt im Raum der Landwirtschaftsabteilung des Tiefbauamts, verbunden mit einer Weinprobierstube der selbst gezüchteten Isteiner Edelweine: Gutedel, Sylvaner, Riesling, Ruländer. Pläne gaben Aufschluß über die von der Stadt selbst genutzten landwirtschaftlichen Flächen, Art, Anbau und Erträge. Selbstgezogene Pflanzen und Früchte ließen den Besucher die Überzeugung gewinnen, daß auch eine Stadtverwaltung in der Lage ist, Grund und Boden fachmännisch zu bewirtschaften. Eine Probe der bekömmlichen Isteiner Weine trug bei vielen Besuchern zur Hebung der Stimmung und einer angenehmen Erinnerung an die neuartige, noch nie gezeigte Schau über das Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe bei, die keine Reklameschau privater Firmen, sondern ein lebender Ausschnitt aus der verzweigten, vielseitigen, nie rastenden Tätigkeit einer großstädtischen Verwaltung war.

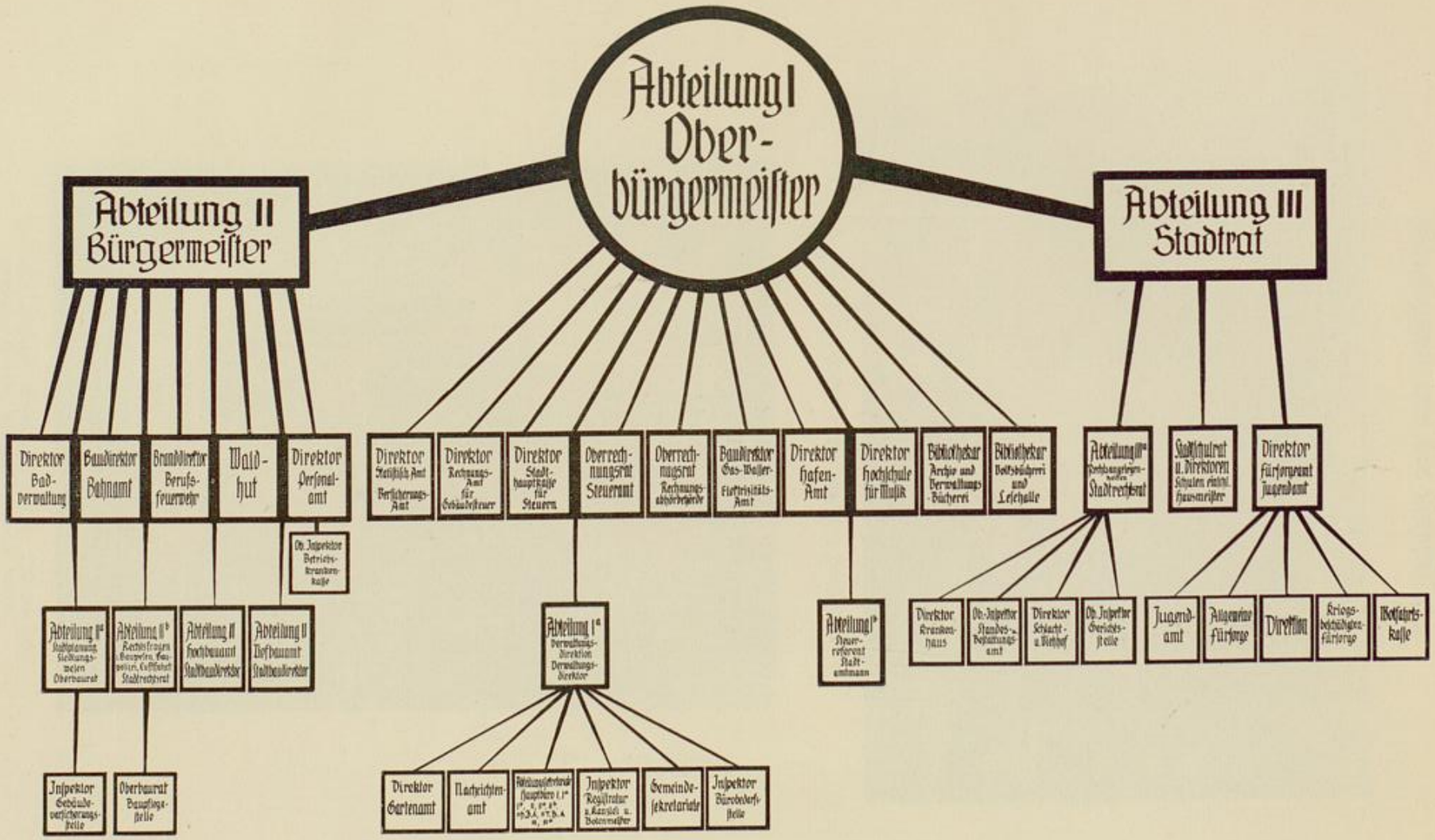
Das reichhaltige Anschauungsmaterial der Ausstellung fand eine Erläuterung, Ergänzung und Umrahmung durch die zahlreichen, abendlichen Vorträge, die über die verschiedensten Wissensgebiete der Stadt von bedeutenden Fachmännern gehalten wurden. Im Verlauf der Ausstellung sprachen:

Adolf K. Fr. Supper über „Der Altrhein", „Karlsruhes schöne Umgebung", „Der Rheinwald", Professor Dr. Wittmann über „Kulturelle Arbeit einer Technischen Hochschule", Dr. Dommer über „Stadtplanung und Nationalsozialismus", Dr. Martin über „Die Badische Kunsthalle", Turninspektor Landhäußer über „Karlsruhes Sportanlagen und Sportleben", Professor Dr. Heiligenthal über „Die Technik in der Landesplanung", Dr. Valdenaire über „Das Karlsruher Schloß", Dr. Oestering über „Karlsruhe als Bibliothekstadt", Dr. Hagen über „Der Bürger und seine Stadt", Dr. Kern über „Fotowettbewerb des Verkehrsvereins", Direktor Pfeiff über „Karlsruhe und die Rheinschiffahrt", Direktor Lacher über „Die südwestdeutschen Heimattage in Karlsruhe", ein Vertreter der Fotografischen Gesellschaft Karlsruhe über „Karlsruhe im Lichtbild", Professor Dr. Schnabel über „Karlsruhe in der Geschichte", Oberbaurat Wittinger über „Die Entwicklung des Rheinhafens und die Stichkanalverbreiterung", Regierungsbaumeister a. D. Brunisch über „Die Bedeutung der Karlsruher Verkehrswerbung in Bezug auf seine Schönheiten und Kunstschätze" und „Die Verkehrsfilme des Verkehrsvereins", Dr. Munke, Heidelberg, über „Die Energieversorgung in der Gemeinde", Dr. Neuscheler über „Die Propagandaaufgaben der Hauptstadt der Südwestmark", Dr. Zimmermann über „Karlsruhe als Industriestandort".

Die Ausstellung fand bei der Bevölkerung der Stadt, aber auch über ihre Grenzen und die des Gaues Baden hinaus Beachtung und Anerkennung. Alle führenden Tageszeitungen und einschlägigen Zeitschriften des Reiches wiesen auf die ohne ihresgleichen dastehende Ausstellung der Stadt hin und zollten Lob und Achtung für die glänzende und lebensnahe Darstellung eines sonst als trocken bei der Öffentlichkeit beurteilten Stoffes. Der Besuch der Ausstellung übertraf alle Erwartungen. Nicht nur die hiesige Einwohnerschaft und Beamten, Angestellten und Arbeiter aller Behörden, sondern auch Schulen und Lehrgänge aus dem ganzen Reichsgebiet studierten mit lebhaftem Interesse die vorbildlichen Einrichtungen der Stadt Karlsruhe und ihre Darstellung. Infolge des regen Besuches entschloß man sich, die Ausstellung, die ursprünglich nur bis zum 7. Juni 1936 gezeigt werden sollte, bis zum 14. Juni 1936 zu verlängern. Insgesamt wurden 25 152 Ausstellungsbesucher gezählt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

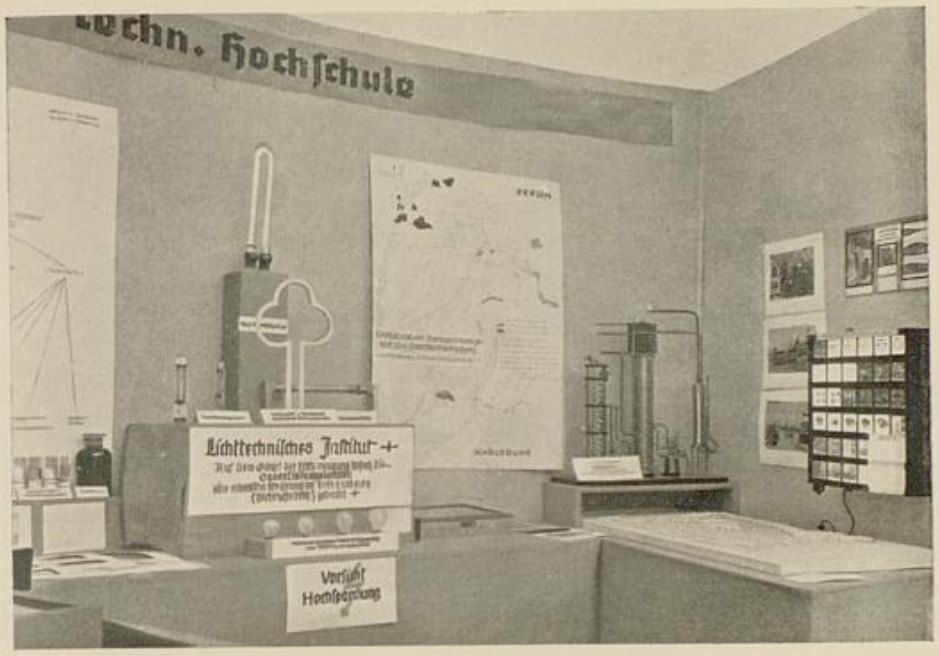


Gliederung der Stadtverwaltung.

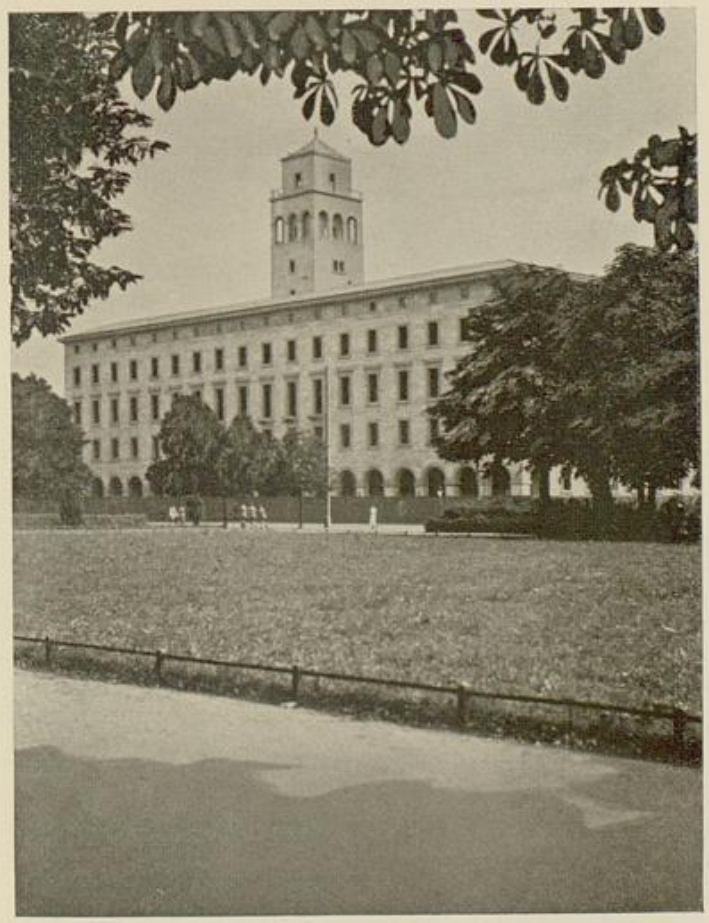
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aufnahmen aus der Ausstellung.



Ausstellungsgegenstände der Technischen Hochschule.

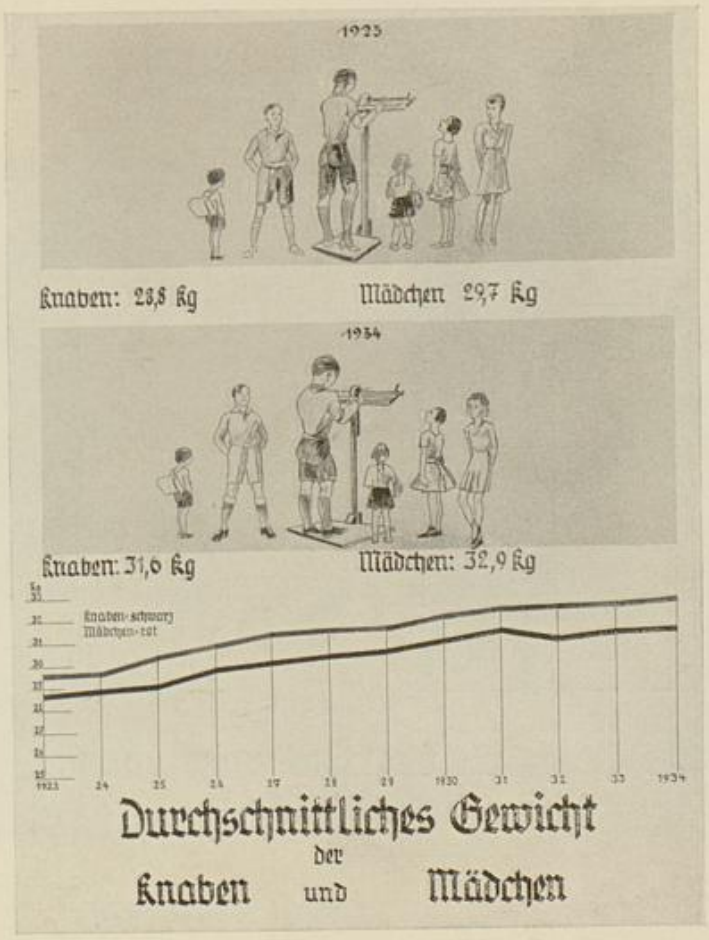


Das neue Reichspost-Direktionsgebäude am Ettlinger Tor.
(Postbauamt Karlsruhe. Außenarchitektur Prof. Dr. Billing).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

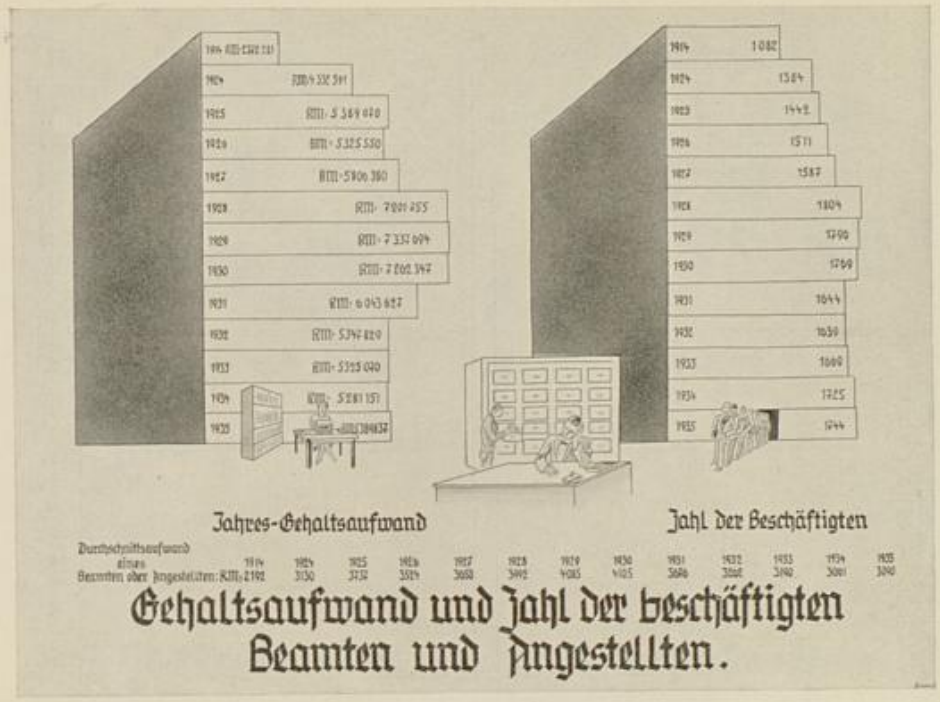
Ausgaben des Städtischen Krankenhauses.



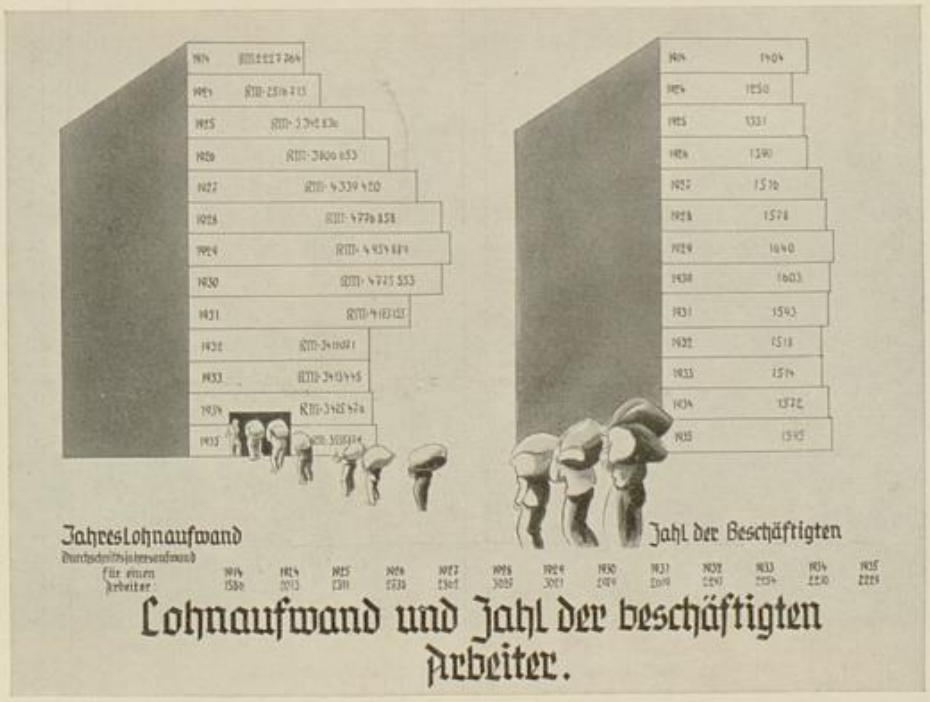
Ergebnisse der Schülerunterſuchungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Gehaltsaufwand und Jahl der beschäftigten Beamten und Angestellten.



Lohnaufwand und Jahl der beschäftigten Arbeiter.

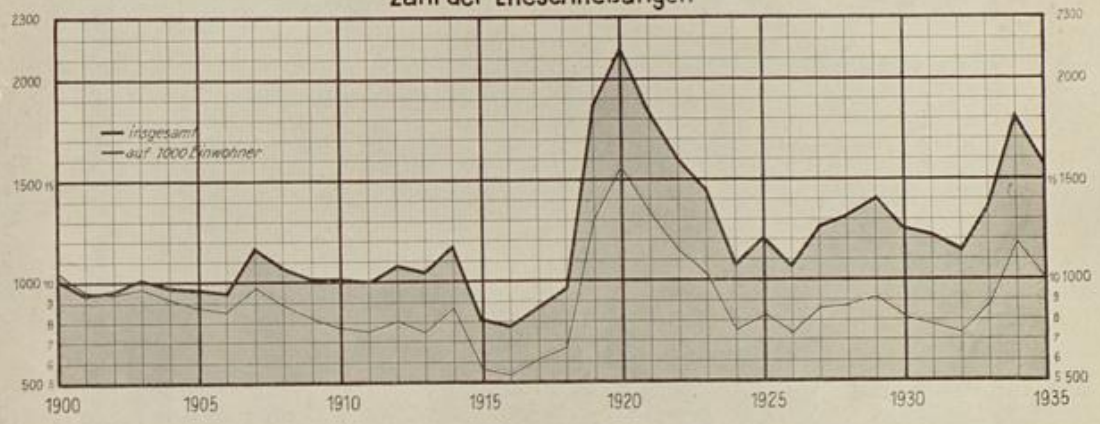
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausstellungsraum des Verkehrsvereins Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

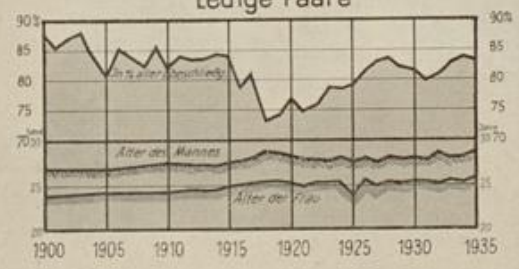
Die Eheschließungen

Zahl der Eheschließungen

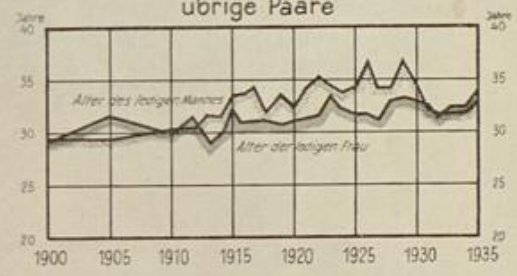


Familienstand und durchschnittl. Heiratsalter

Ledige Paare

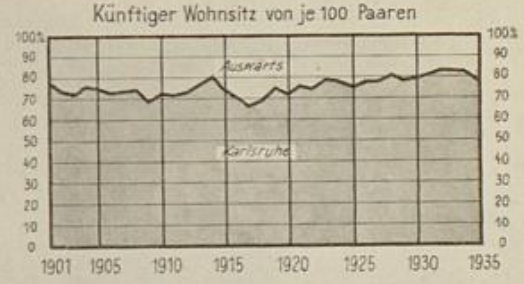


übrige Paare

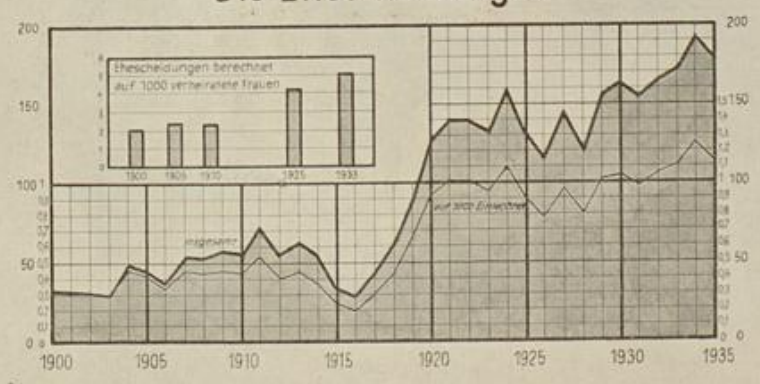


Von je 100 heiratenden Männern waren noch nicht 25 Jahre alt

Künftiger Wohnsitz von je 100 Paaren



Die Ehescheidungen

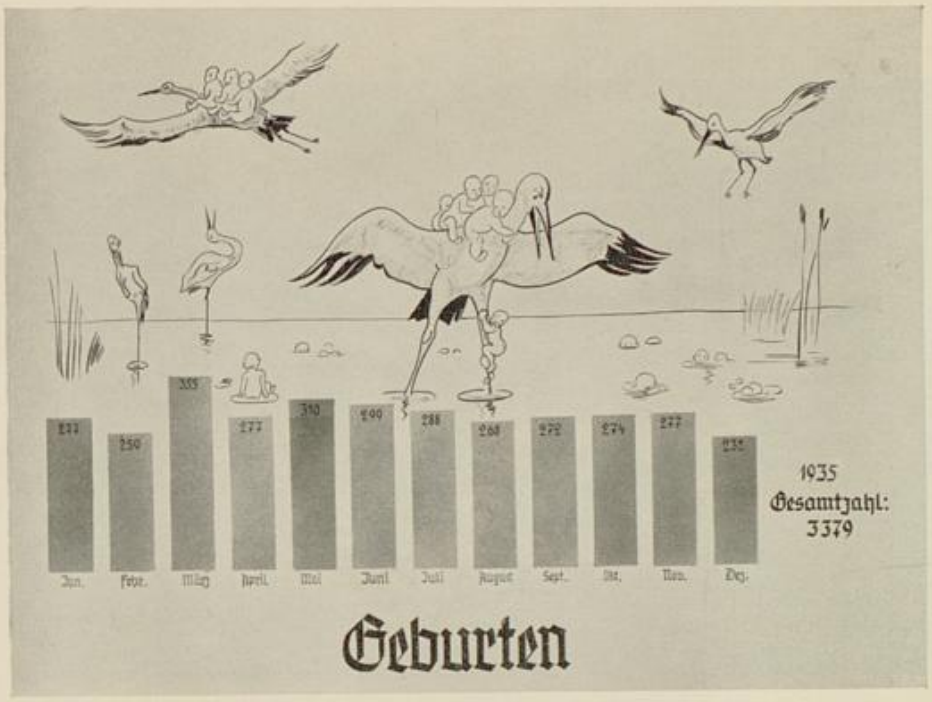


Von der Gesamtheit der in der Zeit von 1900-1935 geschiedenen Ehen hatten bestanden

bis zu 5 Jahren	36,02%
über 5-10 Jahre	29,95%
" 10-20 "	25,69%
" 20 "	8,34%

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Geburten

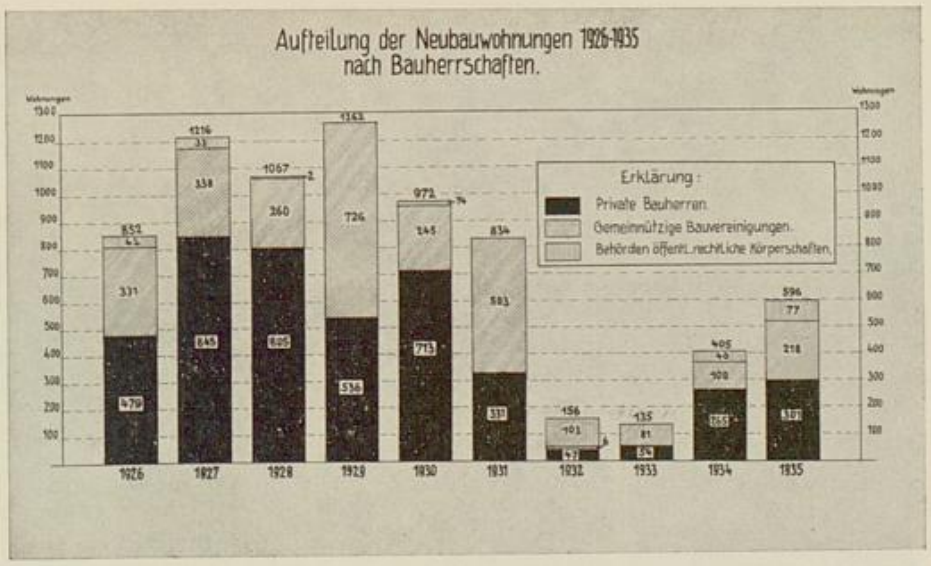
Bis 1.4.1936 wurden 714 Anträge gestellt. Vom Finanzamt wurden bis zum gleichen Zeitpunkt ausbezahlt an 112 Familien mit zus. 734 Kinder: 51 220 RM.

Kinderbeihilfe

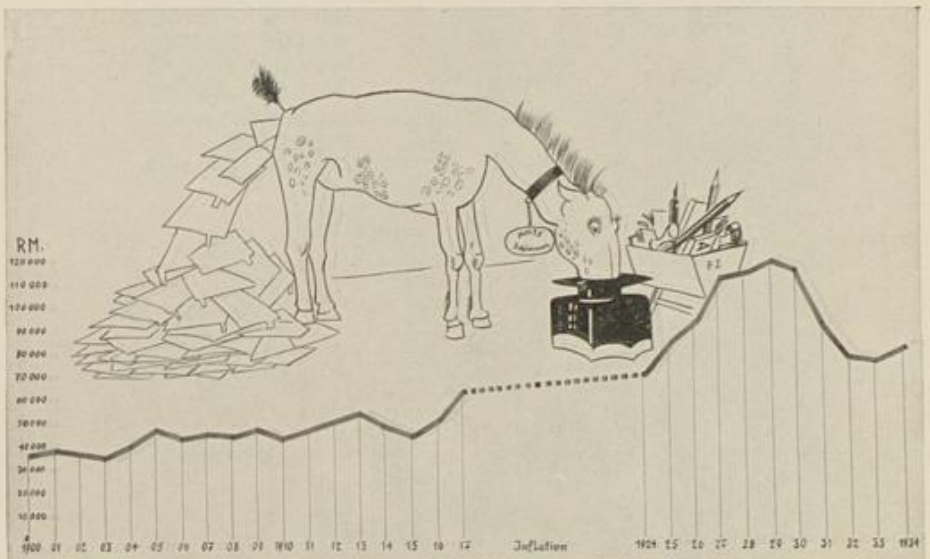
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Städtische Volksbücherei und Lesehalle.



BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Aufwand für Schreib- und Zeichenmaterialien, Druck- und Buchbinderarbeiten in den Jahren 1900 bis 1934.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Obst

	Angelieferte Menge Ztr:	davon per Bahn Ztr:	per Auto u. Fuhrwerk Ztr:
Äpfel	72 100	24 250	47 350
Birnen	17 908	3 580	14 328
Zwetschgen	2 200	1 300	900
Erdbeeren	4 490	440	4 050
Mirabellen	1 400	300	1 100
Pfirsiche	4 720	250	4 470
Trauben	8 830	2 750	6 080
Kirschen	8 505	600	7 905
Heidelbeeren	2 230	450	1 780
Himbeeren	1 190	—	1 190
Insgesamt:	129 073	34 340	94 633

Gemüse

	Angelieferte Menge Ztr:	davon per Bahn Ztr:	per Auto u. Fuhrwerk Ztr:
Kartoffel	103 300	94 000	9 300
Weisskohl	20 200	15 250	5 450
Rotkohl	10 100	7 100	3 000
Wirsing	6 200	1 200	5 000
Blumenkohl	10 100	4 100	6 000
Rosenkohl	1 200	—	1 200
Salat Kopf	2 490	475	1 615
" Endivie	1 650	—	1 650
Tomaten	1 800	—	1 800
Erbsen	1 490	—	1 490
Schwarzwurzel	1 100	900	200
Gurken	3 200	290	2 990
Bohnen	2 650	—	2 650
Spargel	4 000	—	4 000
Spinat	2 550	—	2 550
Karotten	2 400	—	2 400
Gelbe Rüben	2 100	—	2 100
Zwiebel	34 400	29 400	2 000
Insgesamt:	210 840	155 665	55 535

Umsatz an deutschen Obst- und Gemüseerzeugnissen im Jahre 1935

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stadtentwässerung

In einem Jahr fließen rd. 42 Millionen cbm Abwasser in den Rhein. Davon sind:

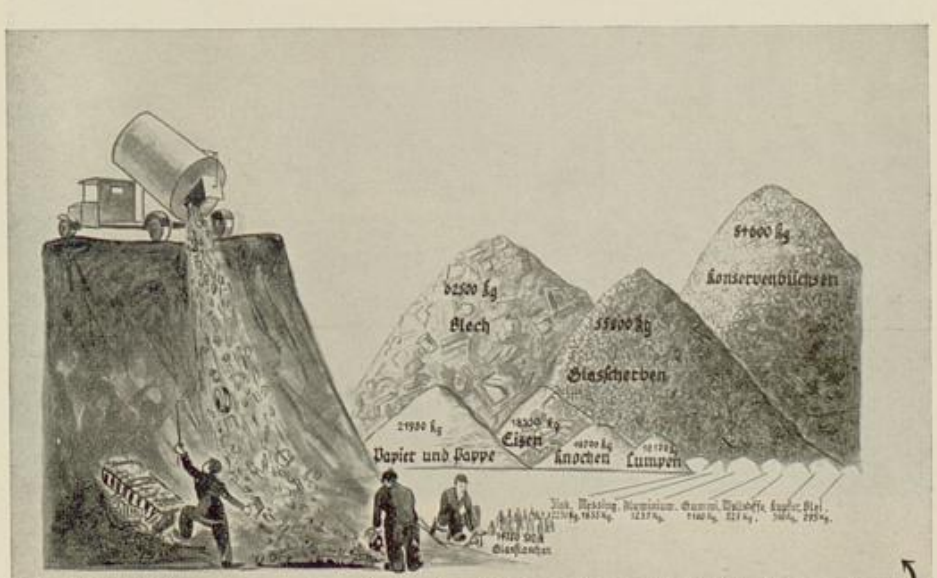
10 Millionen cbm Grundwasser. 20 Millionen cbm Regenwasser. 12 Millionen cbm Brauchwasser.

Die jährl. Gesamtmenge der Abwasser würde das Rheinbett von Plittersdorf bis Liedolsheim bei einer Entfernung von 40 km füllen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

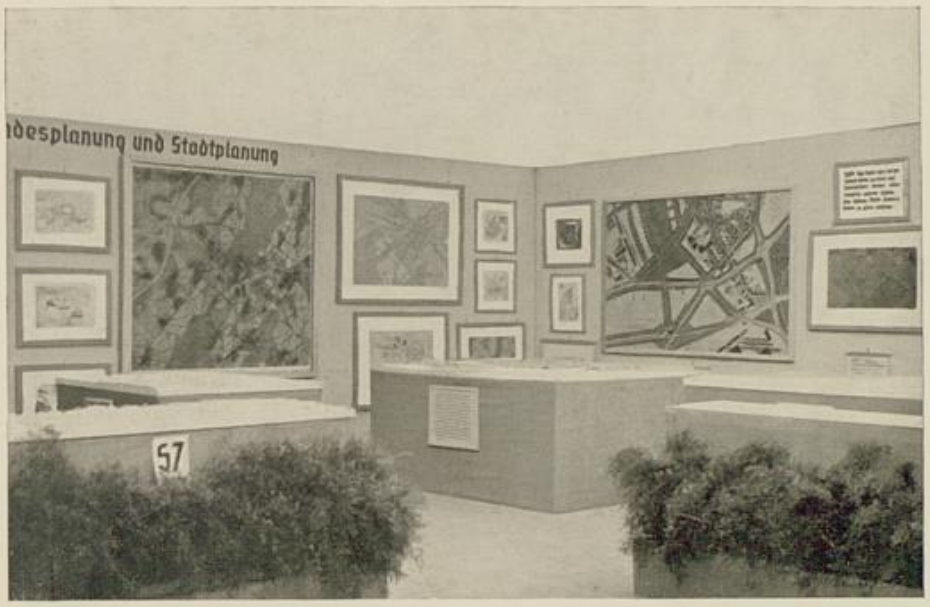
für die städt. Müllabfuhr fahren
die Müllwagen jährl. rd. 115 000 km.
Das ist soviel wie ein Müllwagen
3 mal um die Erde.



Im Jahre 1935 wurden aus dem Karlsruher Müll an wertvollen Rohstoffen ausgelesen

Rohstoffgewinnung aus dem Müll.

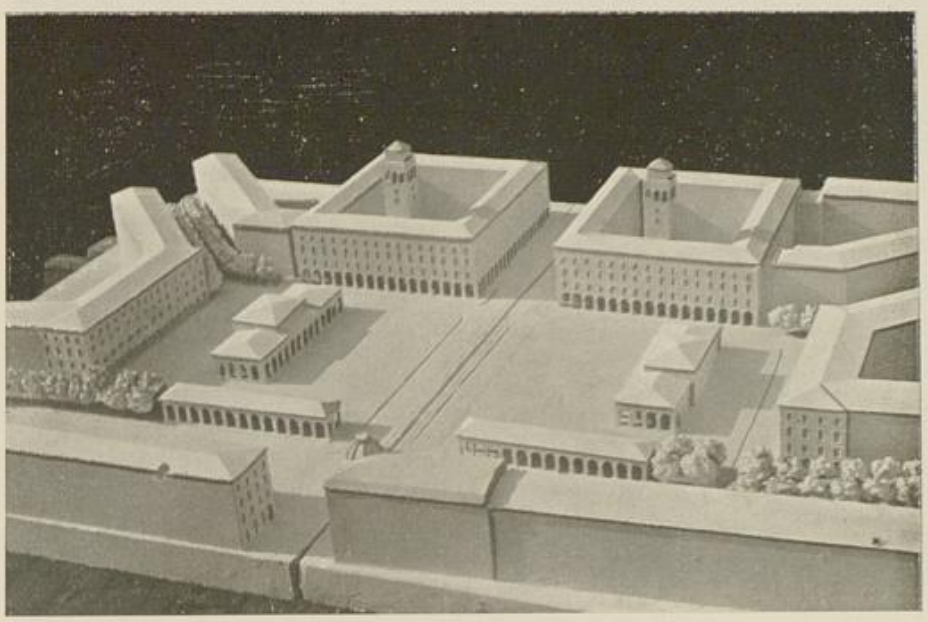
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



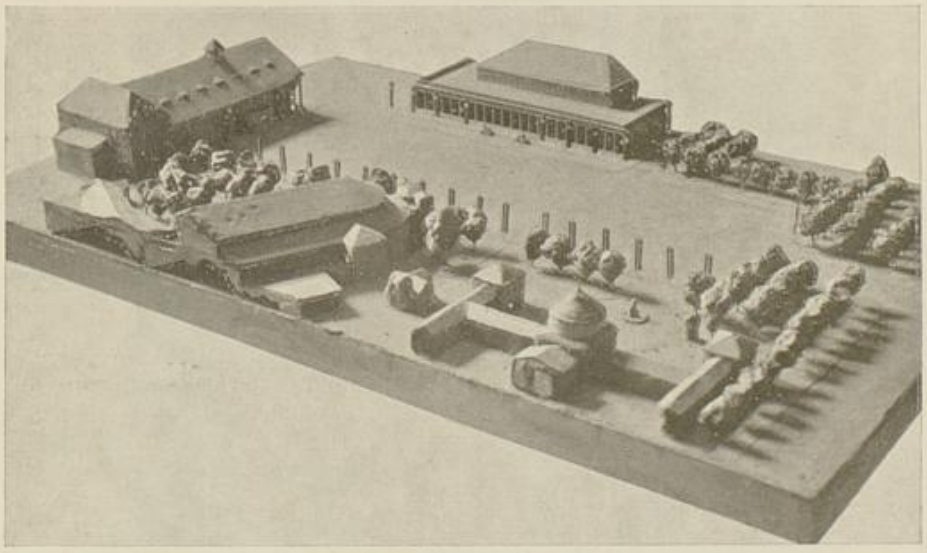
Pläne und Modelle der Stadtplanung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



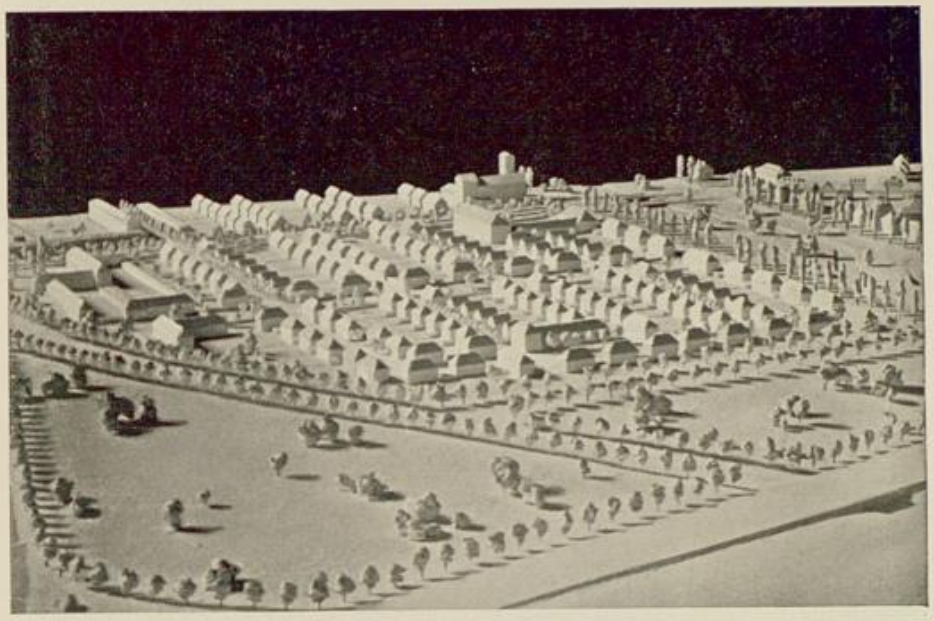
Modell über die Gestaltung des Ettlinger Tors.
(Nach dem Entwurf von Prof. Dr. Billing).



Modell über den ersten Abschnitt der Neugestaltung des Festplatzes.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

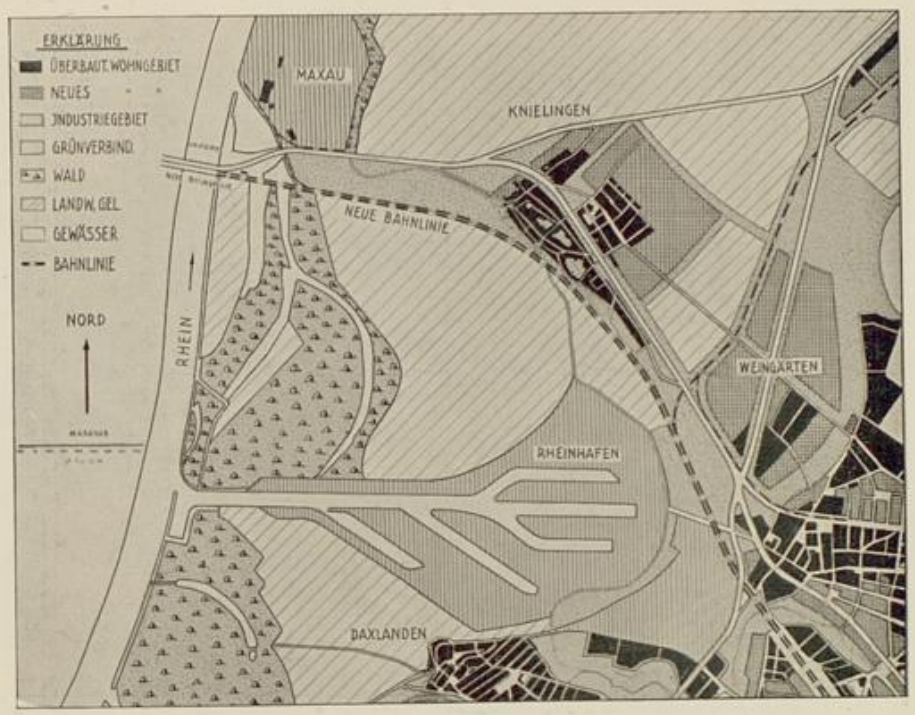


Modell über die Gestaltung des Dammerstock-Nord.

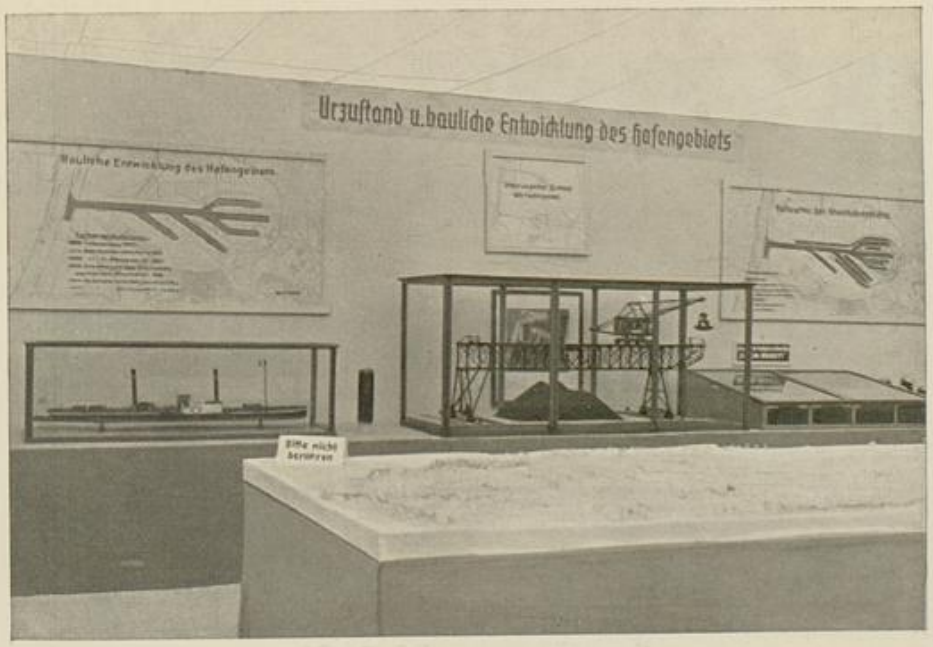
Bebauungsvorschlag für Dammerstock-Nord.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

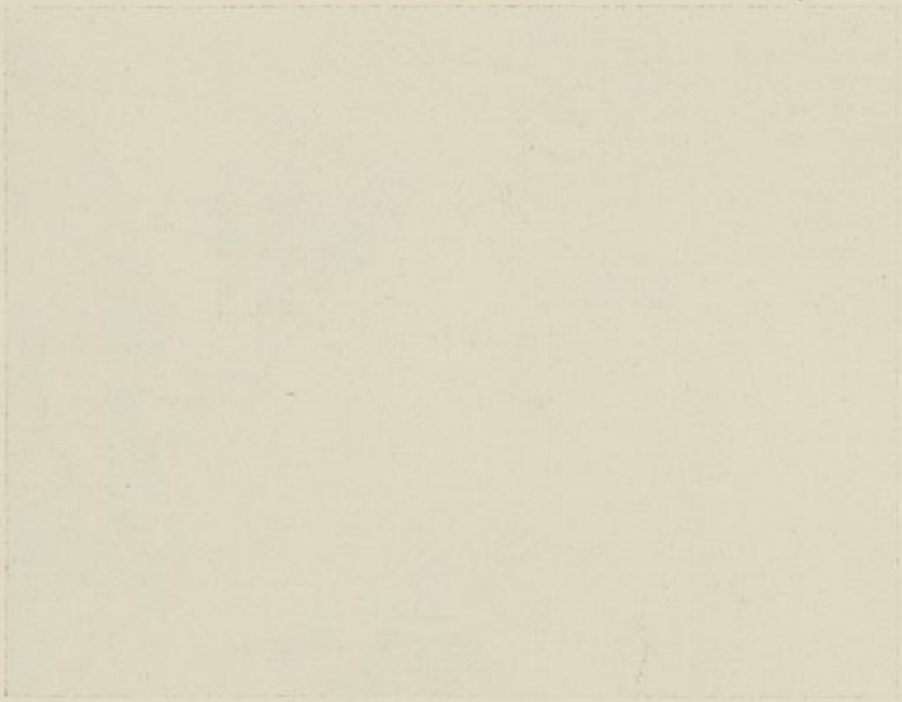
BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Wirtschaftsplan Karlsruhe-West.



Pläne und Modelle vom Rheinhafen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

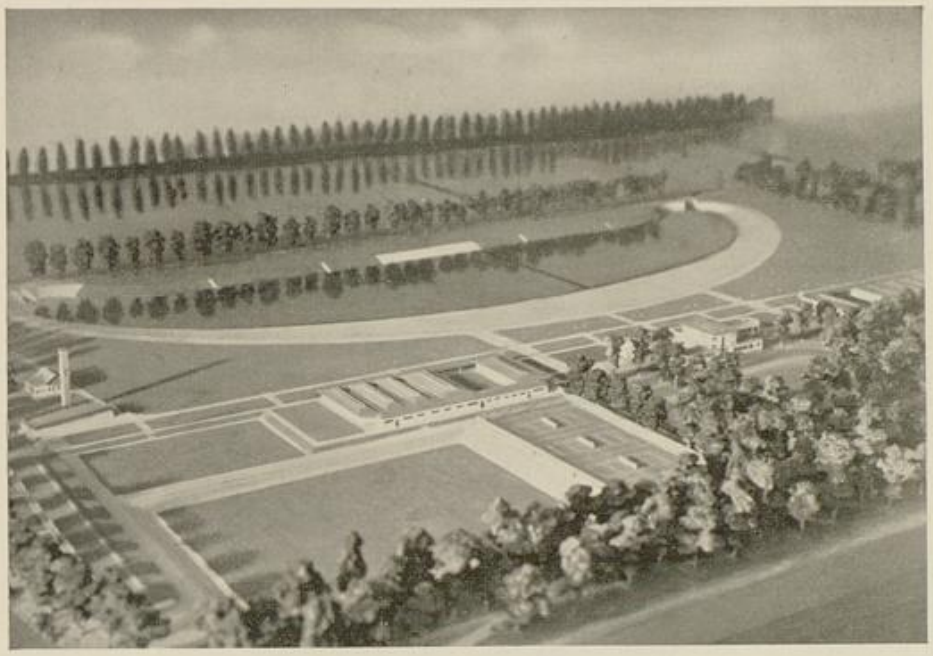
Tierbestand des Stadtgartens.

Teilausschnitt. Städtische Forsten und Bahnamt.

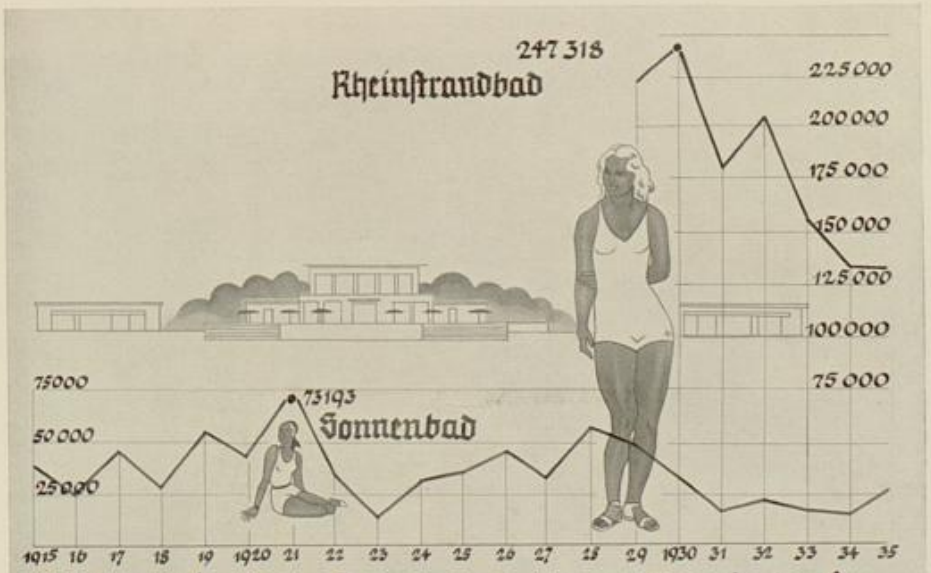
BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausstellungsgut des Städtischen Bahnamts.

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



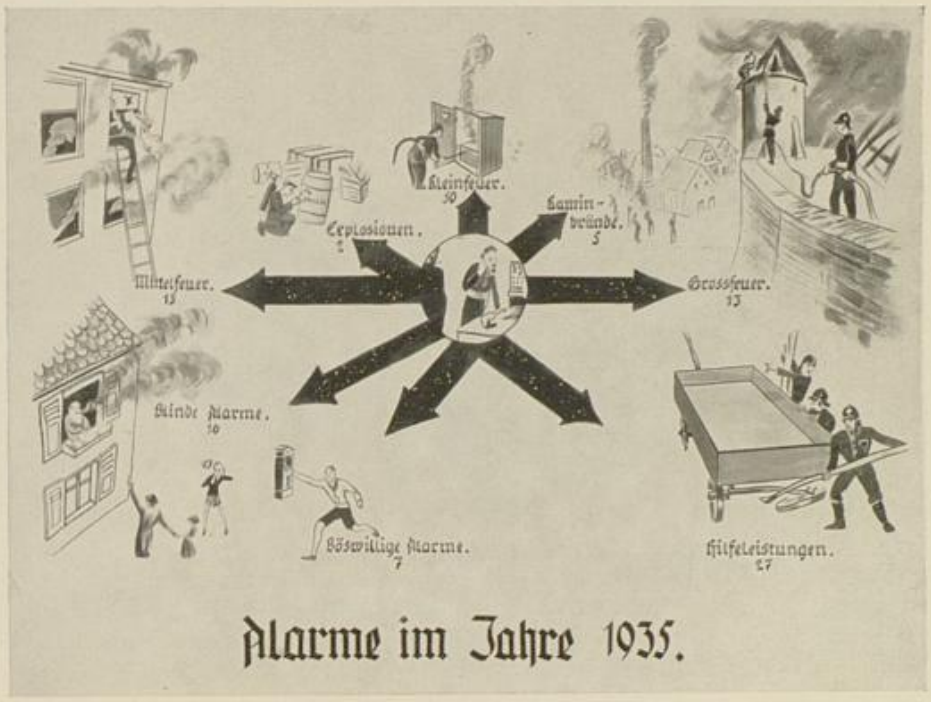
Modell vom Rheinstrandbad Rappenwört.



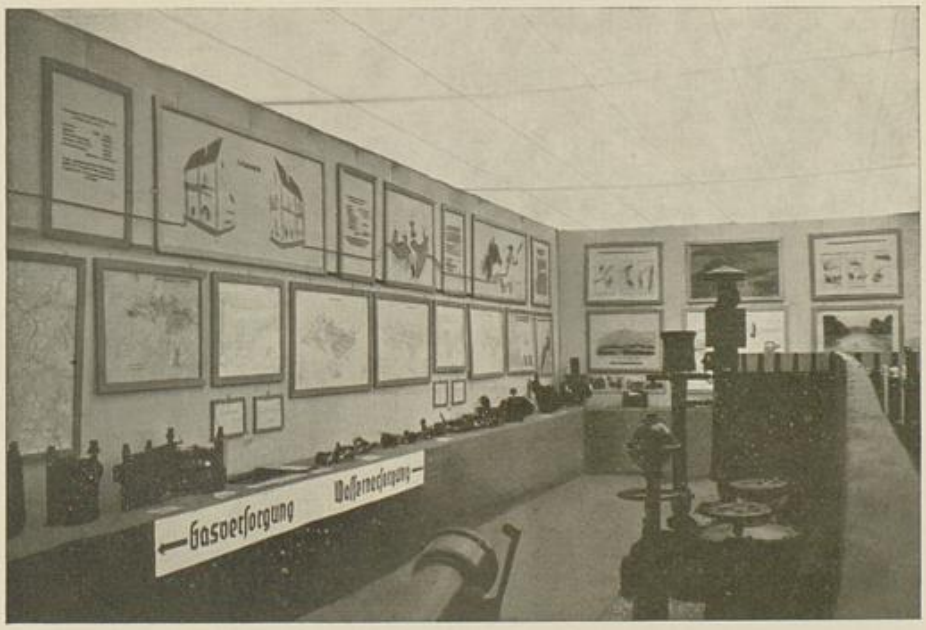
Bäderbesuch im Sonnenbad am Rheinhafen u. Rheinstrandbad Rappenwört von 1915–1935

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

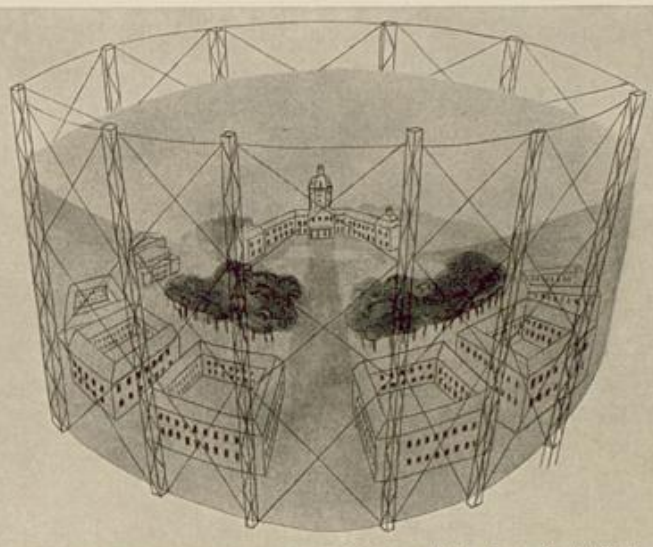


Alarme der Berufsfeuerwehr.



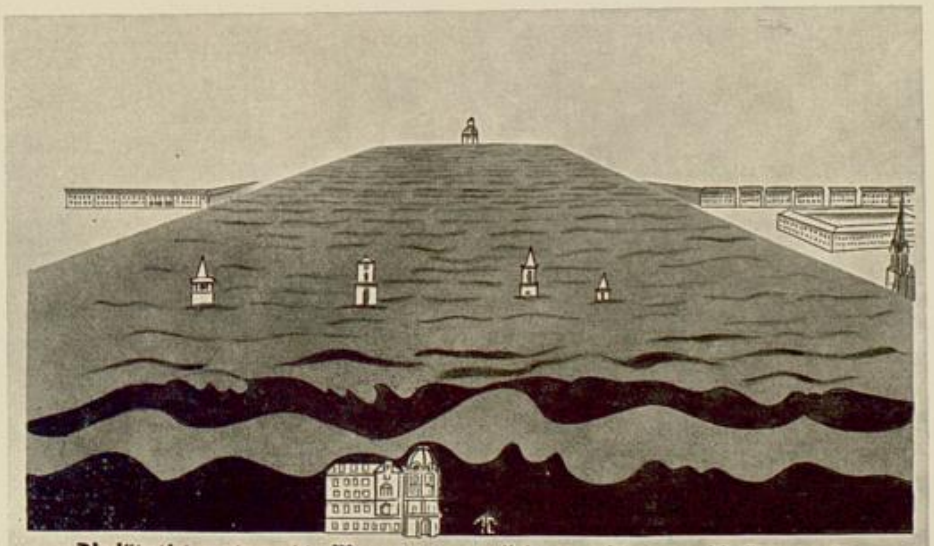
Ausstellungsgut des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts.

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Das jährlich erzeugte Gas ca. 20 000 000 cbm. würde einen Gasbehälter im Umfange des äusseren Zirkels und der Höhe des Schlossturmes füllen.

Gaserzeugung



Die jährlich verbrauchte Wassermenge würde ausreichen, um die Innenstadt ca. 14 mtr. hoch unter Wasser zu setzen.

Jahres-Wasserverbrauch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BADISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Laufende Wirtschaft.

I. Allgemeine Verwaltung.

1. Hauptverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 1).

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	41 500	46 975	5 475	—	39 900
b) Mieten	103 520	103 874	354	—	96 364
c) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	300	1 355	1 055	—	799
d) Sonstige Einnahmen	800	1 409	609	—	1 092
2. Einmalige Einnahmen	—	—	—	—	2 964
3. Verwaltungskostenbeiträge	529 920	532 727	2 807	—	541 600
4. Durchlaufende Einnahmen	5 000	5 010	10	—	5 110
Summe der Einnahmen	681 040	691 350	10 310	—	687 829
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	810 520	833 186	22 666	—	827 506
b) Sachlich	140 580	144 677	4 097	—	135 031
c) 1. Tilgung	2 130	2 130	—	—	2 200
2. Nutzungswert der Gebäude	80 160	80 160	—	—	80 160
2. Einmalige Ausgaben	12 180	29 451	17 271	—	12 844
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 900	7 900	—	—	7 700
4. Durchlaufende Ausgaben	5 000	5 010	10	—	5 110
Summe der Ausgaben	1 058 470	1 102 514	44 044	—	1 070 551
Summe der Einnahmen	681 040	691 350	10 310	—	687 829
Zuschuß	377 430	411 164	33 734	—	382 722

Eigentliche Hauptverwaltung.

Die Führung der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe und die Leitung ihrer Verwaltung oblag auch im Berichtsjahr Oberbürgermeister Adolf Friedrich Jäger. Als sein gesetzlicher Stellvertreter stand ihm Bürgermeister Dr. Hermann Fribolin, als weiterer Beigeordneter Stadtrat Peter L. Riedner zur Seite. Die in der Hauptsatzung vorgesehene Stelle des Stadtkämmerers war unbesetzt, da dessen Geschäfte von dem Oberbürgermeister mitbearbeitet wurden. Die Verwaltungsgeschäfte

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wurden von den drei Hauptabteilungen des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und des besoldeten Stadtrats sowie sieben Nebenabteilungen erledigt, von denen zwei unmittelbar dem Oberbürgermeister, vier dem Bürgermeister und eine dem besoldeten Stadtrat unterstellt waren. Der Dienstausteiler der Hauptverwaltung erfuhr im Berichtsjahr insoweit eine Änderung, als die Personalsachen der städtischen Arbeiter, die Dienstkleiderangelegenheiten sowie die Sozial- und Unfallversicherungssachen der städtischen Bediensteten von der Abteilung des Bürgermeisters auf die des besoldeten Stadtrats übergingen.

Die Zahl der Ratsherren, die in § 3 der Hauptsatzung auf 24 festgesetzt war, erhielt durch eine Änderung der Hauptsatzung mit Zustimmung des Beauftragten der NSDAP und Genehmigung des Landeskommissärs eine Ermäßigung auf 18. Infolge Todes ist Ratsherr Hugo Eppinger am 12. Juni 1936 aus dem Ratsherrenkollegium ausgeschieden; an seiner Stelle ernannte der Oberbürgermeister Kaufmann Wilhelm Knieß zum Ratsherrn der Stadt Karlsruhe. Eine in der Hauptsatzung vorgesehene Ratsherrenstelle blieb das ganze Jahr über unbesetzt.

Aus der reichlichen Zahl von Geschäftsvorfällen hatten sich die Ratsherren in 18 Sitzungen mit 308 Gegenständen zu befassen. Weitere 632 Beschlüsse wurden im Wege der Offenlage den Ratsherren zur Kenntnisnahme unterbreitet. Neue Aufgaben aus dem vielseitigen Bereich der Stadtverwaltung erforderten im Berichtsjahr wichtige und bedeutungsvolle Entschlüsse. Im Osten der Stadt ließ der Bau der Reichsautobahn die Frage der künftigen Gestaltung der Robert-Wagner-Allee zur Entscheidung reifen. Der zunehmende Stromverbrauch machte die Sicherstellung der Stromversorgung erforderlich. Die lebhafte Bautätigkeit führte zu zahlreichen Veräußerungen städtischen Baugeländes, zum Ausgleich dafür aber auch zum Erwerb von Grundstücken, die irgendwie für städtische Zwecke in Frage kommen. Auch Grundstücksumlegungen und der Bau von Straßen und Kanälen, hervorgerufen durch die starke Bautätigkeit, beschäftigten die Ratsherren. Die Ausdehnung der Stadt nach Südwesten durch die vorstädtische Kleinsiedlung ließ die Erstellung eines Schulhausneubaus im Stadtteil Grünwinkel erforderlich werden. Bei der städtischen Straßenbahn mußte zur Erhaltung der Betriebssicherheit an die allmähliche Erneuerung des Wagenparks herangegangen werden. Für die Abgabe, von Gas, Wasser und elektrischem Strom erwies sich die bisherige Bezugsordnung, die nur für einen Übergangszeitraum gedacht war, infolge der ausgebrochenen Wirtschaftskrise aber nicht geändert werden konnte, als nicht mehr länger haltbar. Der Erlaß einer neuen Bezugsordnung bildete daher auch Gegenstand eingehender Beratung. Die Pflege des Luftfahrtgedankens, der schon immer in der Karlsruher Bevölkerung stark verwurzelt war, fand eine Ausdehnung durch die Inangriffnahme des Baues einer Reichssportfliegerschule. Der Steigerung unserer einheimischen Holzerzeugung dient die weitere Entwässerung der Rheinwaldungen. Als letzten Regiebetrieb, der mit den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung nicht mehr in Einklang zu bringen war, löste die Stadtverwaltung die Karlsruher Holzverarbeitung G.m.b.H. auf, deren Gesellschaftskapital ganz im Besitz der Stadt Karlsruhe war.

Der Umbau des Festplatzes und die Vorbereitung des Volksmusikfestes und des Waffentages der Deutschen Kavallerie im Sommer 1937 waren ebenfalls Beratungsgegenstände mit den Ratsherren. Ferner hatte der Oberbürgermeister den Rat der Ratsherren einzuholen zu zwei Nachtragshaushaltssatzungen für 1936, zur Haushaltssatzung für 1937 und zur Regelung der auf 30. September 1936 fällig gewordenen Valutaschulden der Stadt aus der Kriegszeit. Außerdem waren die Ratsherren von der neuen Realsteuergesetzgebung zu unterrichten, die hinsichtlich der Gewerbesteuer am 1. April 1937 in Kraft trat, hinsichtlich der Grundsteuer am 1. April 1938 zur Einführung gelangt und einschneidende Veränderungen auf dem Gebiet des Finanz- und Lastenausgleichs nach sich ziehen wird.

Die Beiräte hielten 12 Sitzungen mit 66 Beratungsgegenständen ab.

In das Berichtsjahr fiel die Verkündung des Zweiten Vierjahresplanes für das Deutsche Volk durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler auf dem Reichsparteitag der Ehre zu Nürnberg. In dem Kampf um die Rohstoffreiheit sind auch den Gemeinden wichtige Aufgaben gestellt. Gilt es doch für die zahlreichen städtischen Betriebe alle Abfallstoffe restlos zu verwerten und, wo nur irgendwie möglich, zu einheimischen Rohstoffen überzugehen. Daneben mußte im Benehmen mit der Partei und der NSV zur restlosen Erfassung der Küchenabfälle und zur Aussortierung des anfallenden Mülls geschritten werden. Für die Erfassung der Küchenabfälle hat Karlsruhe ein höchst einfaches, aber um so wirksameres und billiges Verfahren geschaffen. In jedem Haus werden die Abfälle in Behältern bereitgestellt. Je 250 Haushaltungen bilden einen Sammlerbezirk, der einem Siedler oder Fürsorgeempfänger zur mehrmaligen wöchentlichen Abholung der Abfälle zugewiesen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ist. Die Sammler ihrerseits müssen sich zur Aufzucht der Schweine verpflichten. Die Errichtung von teueren, seuchengefährdeten Gemeinschaftsställen ist dadurch unnötig geworden. Außerdem wirkt das System erzieherisch für die Siedler und Fürsorgeempfänger. Die Einrichtung hat sich bestens bewährt. Bereits im Berichtsjahr konnte eine Vermehrung der in der Stadt und ihren Vororten gehaltenen Schweine um etwa 1200 Stück festgestellt werden. Auch die Bodenbewirtschaftung der Gemeinden, sowohl in der Rodung vorhandenen Ödlandes als auch in der Bewirtschaftung von Wald und Ackerland, muß vorbildlich sein. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß alle diese Maßnahmen bei Stadtverwaltung und Bevölkerung im Interesse des großen Zieles freudigst begrüßt und auf das Nachdrücklichste gefördert wurden.

Das kulturelle Leben der Stadt erhielt eine wertvolle Bereicherung durch die Eröffnung der Hochschule für Lehrerbildung am 11. November 1936. Die Einrichtung der Hochschulen für Lehrerbildung stellt eine Vereinheitlichung der Ausbildung des gesamten Lehrerberufs dar. Künftig werden nicht nur die angehenden Volksschullehrer, sondern auch die Studierenden des höheren Lehramts sowie die späteren Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen zwei Semester ihres Studiums an den Hochschulen für Lehrerbildung zubringen. Die zahlreichen öffentlichen Vorträge an der neu errichteten Hochschule für Lehrerbildung ließen über den engen Kreis von Dozenten und Studierenden hinaus die hiesige Bevölkerung Einblick in die vielseitigen Wissensgebiete gewinnen, deren Pflege der Hochschule obliegt.

Die Hauptabteilungen, Nebenabteilungen (ohne Hoch- und Tiefbauamt) und Hauptbüros beschäftigten im Berichtsjahr 60 Beamte, 15 Anwärter und Lehrlinge, 6 Angestellte und 2 Arbeiter, zusammen 83 (1935: 81) Personen.

Der Eingang an Gebühren und Beiträgen der Hauptverwaltung und an Mieten hat sich im Berichtsjahr gesteigert, dagegen sind die Verwaltungskostenbeiträge zurückgegangen. Insgesamt sind jedoch die Einnahmen gegenüber Vorjahr und Haushaltsplan höher. Gestiegen sind aber auch die persönlichen, sachlichen und einmaligen Ausgaben. Im Endergebnis hat sich der Zuschußbedarf sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch dem Haushaltsplan bedeutend erhöht.

Personalamt.

Die Bearbeitung des gesamten Personalwesens einschließlich Anweisung der Bezüge der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger sowie die Beschaffung der Dienst- und Schutzkleidung obliegt dem Personalamt. Während es im Vorjahr noch in diesen sämtlichen Angelegenheiten der Abteilung II der Hauptverwaltung unterstand, wurden, wie bereits erwähnt, mit Wirkung vom 1. Januar 1937 die Personalsachen der städtischen Arbeiter, die Dienstkleiderangelegenheiten sowie die der Sozial- und Unfallversicherung der städtischen Bediensteten der Abteilung III übertragen. Am Ende des Berichtsjahres war das Personalamt mit 31 Beamten, 8 Anwärtern und Lehrlingen, 1 Satzungs- und 7 Aushilfsangestellten, zusammen mit 47 (1935: 45) Personen, besetzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beamte und Angestellte.

Am 31. März 1937 beschäftigte die Stadtverwaltung Karlsruhe (ohne Sparkasse, Hochschule und Konservatorium für Musik*):

Verwaltungszweig	Planmäßige Beamte	Außerpl. Beamte	Beamte zusammen	Probeweise Beschäftigte	Anw. und Lehrlinge	Vorübergehend besch. Fahrpersonal	Angestellte i.S.d.S.	Sonst. Angestellte	Sonst. Beschäftigte	Gesamtpersonalstand	Besoldungsaufwand im Wirtschaftsjahr RM
Allgem. Verwaltung	163	14	177	1	31	—	16	25	—	250**)	852 455,01
Polizeiwesen . . .	10	1	11	—	—	—	1	4	—	16	65 416,46
Bauwesen	79	1	80	—	11	—	10	28	—	129	483 628,89
Schulwesen	60	2	62	—	7	—	3	9	—	81	226 442,33
Kunst, Wissenschaft, Kirchen	6	—	6	—	1	—	3	2	—	12	39 315,40
Wohlfahrtswesen .	147	10	157	—	9	—	37	51	18	272	875 011,57
Öffentl. Anstalten, Gemeindeanstalten	45	—	45	—	1	—	19	14	—	79	206 898,88
Selbst. Betriebe und Unternehmungen	670	4	674	—	11	—	40	52	—	777	2 336 251,59
Finanzwesen . . .	67	13	80	2	6	—	9	30	—	127	354 121,47
Zusammen 1936:	1247	45	1292	3	77	—	138	215	18	1743	5 439 541,60
1935:	1249	45	1294	39	68	11	122	171	34	1739	5 397 239,84
1934:	1242	36	1278	29	75	18	105	184	36	1725	5 281 151,80
1933:	1210	34	1244	35	59	48	105	134	44	1669	5 325 070,00

*) Die Personalverhältnisse der Sparkasse und der Direktion der Musikhochschule sind aus den betreffenden Teilen des Berichts ersichtlich.

**) Stadthauptkasse und Rechnungsamt (außer Betreibungsabteilung und Gebäudesonderfeuerabteilung) sind jetzt unter allgemeiner Verwaltung enthalten (früher unter Finanzwesen).

Die Zahl der beschäftigen Beamten und Angestellten hat trotz allgemeiner Vermehrung der Dienstgeschäfte dank zahlreicher organisatorischer Maßnahmen eine kaum erwähnenswerte Steigerung um 4 Köpfe = 0,23 v.H. (1935: 14 = 0,81 v.H.) erfahren. Erheblicher ist die Erhöhung des Besoldungsaufwands um 42 301,76 RM = 0,78 v.H. (1935: um 116 088,04 RM = 2,19 v.H.). Die Steigerung des Besoldungsaufwands gegenüber dem Vorjahre hat ihre Ursache in der Fälligkeit von Besoldungsdienstalterszulagen, der Erhöhung der Vergütungssätze für Angestellte sowie in der Neuregelung der Besoldung der außerplanmäßigen Beamten und der gleichzubehandelnden Angestellten, die in Angleichung an die besoldungsrechtlichen Bestimmungen für die Reichsbeamten mit Wirkung vom 1. August 1936 durchgeführt wurde, und in der Neuregelung der Unterhaltszuschüsse für die Beamtenanwärter und -Lehrlinge mit Wirkung vom 1. Oktober 1936. Die Personalbewegung hat folgendes Bild: Einem Abgang von 160 Personen, davon 11 infolge Ablebens, 25 infolge Versetzung in den Ruhestand, 11 infolge Übertritts in den Reichs- oder Landesdienst, 12 infolge Ableistung des Reichsarbeits- und Wehrdienstes, 101 infolge Kündigung des Dienstverhältnisses, steht ein Zugang von 164 Personen gegenüber. Neu in den städtischen Dienst getreten sind 26 Beamtenlehrlinge, -Anwärter und Volontäre, 63 Beamte und Angestellte, davon 59 als Ersatz für ausgeschiedene Beamte und Angestellte, 10 aus dem Arbeits- und Wehrdienst entlassene Beamtenanwärter, 62 Angestellte zur vorübergehenden Beschäftigung. 3 Gefolgschaftsmitglieder wurden aus dem Arbeiterverhältnis in das Beamten- oder Angestelltenverhältnis übernommen.

Von der Gesamtzahl der Beamten mit 1292 waren 1247 = 96,52 v.H. planmäßig, 45 = 3,48 v.H. außerplanmäßig angestellt. 1082 Beamten = 83,75 v.H. besaßen die Unwiderruflichkeit ihres Dienstverhältnisses gemäß § 3 der städtischen Beamtensatzung. Der Kündigungsschutz gemäß § 71 Ziffer 6 der alten Badischen Gemeindeordnung und § 4 Absatz 2 der städtischen Beamtensatzung stand 210 Beamten und Anwärtern zu.

Die Zahl der Angestellten betrug am Ende des Berichtsjahres 374; davon waren 138 = 36,90 v.H. Satzungsangestellte. Von diesen hatten 72 = 19,25 v.H. Anspruch auf ergänzende Versorgung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bei Eintritt des Versorgungsfalles. Unter dem Kündigungsschutz gemäß § 73 Ziffer 3 der alten Badischen Gemeindeordnung standen 117 Satzungs- und sonstige Angestellte = 31,28 v. H.; unbeschränkt kündbar waren 257 = 68,72 v. H. Angestellte. Hierunter sind auch die Dienstverpflichteten mit Sonderverträgen (Ärzte usw.) gezählt.

Die plan- und außerplanmäßigen Beamten verteilen sich auf die einzelnen Besoldungsgruppen wie folgt:

Besoldungsgruppe	1	2a	2b	2c	2d	3b	4a	4b	4c	5a	6	7a	8	9	10a	11a	12a
Zahl der Beamten .	3	12	4	17	25	16	57	139	100	9	—	151	139	295	314	10	1
Hundertsatz	0,2	0,9	0,3	1,3	1,9	1,3	4,4	10,8	7,7	0,7	—	11,7	10,8	22,8	24,3	0,8	0,1

Bemerkenswerte Verschiebungen gegenüber früheren Jahren liegen nicht vor.

Im Wirtschaftsjahr 1936 feierten insgesamt 26 Beamte ihr 25-jähriges und 3 Beamte, Oberrechnungsrat Friedrich Brüstle, Oberrechnungsrat Josef Heinrich und Stadtamtmann Friedrich Scherrer, ihr 40-jähriges Dienstjubiläum. Den Jubilaren wurde als Ehrengabe die Radierung vom Adolf-Hitler-Platz bzw. bei 40-jähriger Dienstzeit das Bild des Führers und Reichskanzlers übergeben. Die durchschnittliche Dienstzeit der Beamten betrug im Berichtsjahr, nach 5-jährigen Intervallen berechnet, 19,29 (1935: 18,475) Jahre, diejenige der Angestellten 5,35 (1935: 5,30) Jahre. Bei den Beamten hat sich infolge nur geringer Veränderungen im Ab- und Zugang die durchschnittliche Dienstzeit um nahezu ein Jahr erhöht, während sie bei den Angestellten infolge des großen Wechsels durch Entlassungen und Neueinstellungen nur eine geringe Veränderung aufzuweisen hat. Dagegen war im durchschnittlichen Lebensalter der Beamten nur eine bescheidene Steigerung auf 43,82 (1935: 43,52) Jahre, bei den Angestellten aber eine wesentliche Erhöhung auf 37,93 (1935: 36,20) Jahre zu verzeichnen. Letztere Erscheinung ist eine Auswirkung der Bestrebung des Arbeitsamts, die älteren Angestellten unterzubringen, der sich die Stadt bei ihren Neueinstellungen nicht verschließen konnte.

Von der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten mit 1743 Personen waren 1417=81,30 v. H. verheiratet, verwitwet oder geschieden, 326 = 18,70 v. H. ledig. Infolge Einstellung jungen Nachwuchses stieg der Anteil der Ledigen gegenüber dem Vorjahr von 18,17 v. H. auf 18,70 v. H.

Kinderzuschläge wurden im Berichtsjahr für 1452 (1935: 1481) Kinder mit einem Aufwand von 255540 (1935: 271460) *RM* gezahlt. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang der Zahl der zuschlagsberechtigten Kinder zu verzeichnen; zahlreiche Kinder sind infolge ihres Alters, Einberufung in den Arbeits- oder Wehrdienst als zuschlagsberechtigt ausgeschieden.

Im Mai/Juni 1936 fand nach vorausgegangenem Vorbereitungskurs eine Obersekretärprüfung nach den Bestimmungen der Prüfungsordnung für die badischen Gemeindebeamten, verbunden mit einer vereinfachten Obersekretärprüfung für alte Kämpfer, entsprechend den Richtlinien des Reiches, statt. Von 54 hiesigen Teilnehmern, von denen 3 an der vereinfachten Obersekretärprüfung für alte Kämpfer teilnahmen, haben 1 mit dem Prüfungsergebnis „lobenswert", 7 mit „gut", 10 mit „befriedigend" und 26 mit „ausreichend" bestanden. 10 Prüflinge nahmen an der Prüfung ohne Erfolg teil; 1 Prüfling mußte infolge Erkrankung vor der Prüfung zurücktreten. Außerdem begann Mitte Januar 1937 ein Vorbereitungskurs für die erste Verwaltungsprüfung (Sekretärprüfung) nach den neuen Richtlinien der Badischen Gemeindeverwaltungsschule. Die Stadt Karlsruhe ist Mitglied des mit Genehmigung des Ministers des Innern neu gegründeten Zweckverbandes „Badische Gemeindeverwaltungsschule". Dieser Schule obliegt nunmehr ausschließlich die Durchführung der Prüfungen für die badischen Gemeindebeamten.

Im Berichtsjahr wurden drei städtische Kurzschriftprüfungen abgehalten, und zwar am 8. Juni, 21. September und 13. Dezember 1936. Von den Prüflingen bestanden 7 mit der Durchschnittsnote „sehr gut", 11 mit „gut", 13 mit „genügend"; 27 nahmen ohne Erfolg an den Prüfungen teil.

Im Wirtschaftsjahr 1936 erhielten im gesamten 1743 Beamte und Angestellte 39295 Tage ordentlichen Erholungsurlaub, somit durchschnittlich 22,54 (1935: 21,89, 1934: 22,35) Urlaubstage. Krankheits- und außerordentlicher Urlaub wurde 93 Beamten und Angestellten gewährt. (Über Beurlaubungen von Beamten und Angestellten für Zwecke der NSDAP und zur Teilnahme an militärischen Lehrgängen siehe Seite 27).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erkrankt und dienstunfähig waren 705 Beamte und Beamtenanwärter und 181 Angestellte an zusammen 19561 Tagen. Bei 1743 Beschäftigten entfielen im Durchschnitt je Person 11,22 (1935: 10,82) Krankentage. Überhaupt nicht erkrankt waren 664 Beamte und Beamtenanwärter (= 48,5 v.H.) und 193 Angestellte (= 51,6 v.H.). 27 Beamte und Angestellte waren länger als drei Monate dienstunfähig erkrankt.

Dienstunfälle erlitten im Berichtsjahr 13 (1935: 23) Beamte und 7 (1935: 1) Angestellte. Außerdienstliche Unfälle von Beamten und Angestellten ereigneten sich insgesamt 9 (1935: 19). Sämtliche Unfälle verliefen ohne tödlichen Ausgang oder sonstige gesundheitliche Dauerschäden. Bei zwei außerdienstlichen Unfällen sind die Verhandlungen hinsichtlich des Schadensersatzes noch nicht abgeschlossen. Erfreulicherweise sind die dienstlichen und außerdienstlichen Unfälle gegenüber dem Vorjahre beachtlich zurückgegangen.

Gefolgschaftsangehörige im Arbeiterverhältnis.

Die Arbeits- und Lohntarife haben im Berichtsjahr keine Änderung erfahren.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Stadtverwaltung beschäftigt:

Verwaltungszweig	Lohngruppen								Sondertarif	Gesamtzahl	Zahl der			Gesamtlohnaufwand RM
	Ia	Ib	II	IIIa	IIIb	IVa	IVb	IVc			Arbeitstage	Urlaubstage	Krankh.-tage	
Allgem. Verwaltung	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	290	17	—	2514
Polizeiwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bauwesen	70	13	226	79	8	—	—	23	—	419	122973	6177	5315	921983
Schulwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kunst, Wissenschaft, Kirchen	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	260	10	—	2025
Wohlfahrtswesen	13	19	11	4	10	—	9	26	72	164	52613	1589	1964	243697
Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten	48	14	38	25	1	—	—	2	—	128	36142	1813	1005	284470
Selbständige Betriebe u. Unternehmungen	328	186	294	22	65	—	2	11	—	908	268664	12340	9910	2168563
Finanzwesen	—	—	1	—	—	—	—	2	—	3	828	15	—	4808
Zusammen 1936:	460	233	570	130	84	—	11	64	72	1624	481770	21961	18194	3628060
1935:	446	239	572	123	72	—	8	65	71	1596	481356	21620	13217	3591479
1934:	434	219	571	109	95	1	8	70	65	1572	467289	16756	15379	3475476
1933:	442	193	568	90	80	1	10	64	66	1514	453578	16241	14897	3413445

Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich die Durchschnittsbeschäftigtenzahl der Arbeiter um 28 = 1,75 v.H., die Zahl der Arbeitstage um 414 = 0,09 v.H., der Lohnaufwand um 36581 RM = 1,02 v.H. Die Vermehrung der durchschnittlichen Arbeiterzahl ist in der Hauptsache begründet durch die in stärkerem Maße erforderlichen Beurlaubungen zu militärischen Übungen und für Zwecke der NSDAP, die Umwandlung von Beamten- und Angestelltenstellen bei Neubesetzung in Arbeiterstellen entsprechend den dahingehenden reichsgesetzlichen Vorschriften, durch vermehrten Arbeitsanfall bei den technischen Ämtern sowie durch ein starkes Anwachsen der Krankentage. Die Ursache für das im Vergleich zu der geringen Erhöhung der Arbeitstage stärkere Ansteigen des Lohnaufwandes liegt vor allen Dingen in dem durch das Anwachsen der Krankentage bedingten Mehraufwand an Krankenlohn und in einer starken, aber unvermeidbaren Erhöhung des Aufwandes für Überstunden. Die Zahl der Krankentage ist gegenüber dem Vorjahre um 4977 = 37,7 v.H. gestiegen; die Urlaubstage hielten im wesentlichen den Stand des Vorjahres. Auf einen Arbeiter entfielen 11,2 (1935: 8,3) Krankheitstage und 13,5 (1935: 13,5) Urlaubstage. (Über Beurlaubungen für Zwecke der NSDAP. siehe Seite 27).

Am 31. März 1937 standen 1535 (1935: 1520) Arbeiter im städtischen Dienst. Von diesen waren 779 = 50,75 v.H. ruhelohnberechtigt; 371 Arbeiter = 24,17 v.H. besaßen den Kündigungsschutz gemäß § 73 Absatz 3 der alten Badischen Gemeindeordnung. Der allgemeine Kündigungsschutz des Ge-

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

setzes zur Ordnung der nationalen Arbeit nach einjähriger Beschäftigung stand weiteren 317 Arbeitern = 20,65 v. H. zu; nur 68 Arbeiter = 4,43 v. H. waren ohne besonderen Kündigungsschutz.

In der durchschnittlichen Dienstzeit der Arbeiter trat, nach fünfjährigen Intervallen berechnet, eine Erhöhung auf 13,42 (1935: 13,175) Jahre ein, im durchschnittlichen Lebensalter eine Ermäßigung auf 41,17 (1935: 41,66) Jahre.

Im Berichtsjahre 1936 erhielten 30 Arbeiter in Anerkennung 25-jähriger treuer Dienste eine Radierung vom Adolf-Hitler-Platz und 2 Arbeiter (Adolf Jüngling vom Schlacht- und Viehhofamt und Leopold Erndwein vom Gartenamt) für 40-jährige treugeleistete Dienste ein Bild des Führers und Reichskanzlers bzw. eine große Radierung vom Adolf-Hitler-Platz überreicht. Diesen beiden Jubilaren ließ auch der Finanz- und Wirtschaftsminister eine Ehrenurkunde für treue Arbeit aushändigen. Weitere 29 Arbeiter erfuhren anläßlich ihres 30-jährigen Dienstjubiläums durch Übergabe eines Diploms eine Ehrung.

Von den am 31. März 1937 bei der Stadtverwaltung beschäftigten 1535 Arbeitern und Arbeiterinnen waren 1328 = 86,51 v. H. (1935: 85,33 v. H.) verheiratet, verwitwet oder geschieden; 207 Arbeiter und Arbeiterinnen = 13,49 v. H. (1935: 14,67 v. H.) waren ledig. Für insgesamt 1441 (1935: 1494) Kinder städtischer Arbeiter kamen im Berichtsjahr Kinderzuschläge zur Zahlung.

Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Versorgungsfälle und Versorgungsaufwand gestalteten sich wie folgt:

	Zahl der Fälle am Ende des Wirtschaftsjahres		Aufwand	
	1936	1935	1936 RM	1935 RM
Beamte:				
Satzungsmäßige Ruhegehalte	304	297	874 240	855 760
Satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Beamtenhinterbliebene	247	237	371 906	335 991
Guttatsweise Versorgungsbezüge an ausgeschiedene Beamte	15	14	13 166	13 393
Guttatsweise Versorgungsbezüge an Beamtenhinterbliebene	13	13	8 023	6 379
Angestellte:				
Ergänzungsrenten gemäß § 6 der städt. Angestelltensatzung	16	16	13 704	14 001
Arbeiter:				
Satzungsmäßige Ruhelöhne	194	183	234 032	228 324
Satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Arbeiterhinterbliebene	151	147	98 519	95 640
Guttatsweise Versorgungsbezüge an ausgeschiedene Arbeiter	5	4	3 297	2 812
Guttatsweise Versorgungsbezüge an Arbeiterhinterbliebene	1	1	206	206
	946	912	1 617 093	1 552 506

Auch im Berichtsjahr ist wieder eine Vermehrung der Versorgungsfälle zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der satzungsmäßigen Versorgungsfälle um 32, die der guttatsweisen Versorgungsfälle um 2, zusammen um 34 = 3,73 (1935: 2,82) v. H. gestiegen. Der Versorgungsaufwand hat sich um 64 587 RM = 4,16 (1935: 4,01) v. H. erhöht.

Neu hinzugekommen sind im Berichtsjahr an Versorgungsfällen von Beamten und Angestellten 26 infolge Versetzung in den Ruhestand und 16 infolge Todesfalls, an Versorgungsfällen von Arbeitern 18 infolge Versetzung in den Ruhestand (davon 14 wegen Dienstunfähigkeit und 4 wegen Erreichung des 63. Lebensjahres), und 12 infolge Todesfalls, ferner 2 widerrufliche Versorgungsempfänger (ehemalige Beamte) und 1 widerruflicher Versorgungsempfänger (Arbeiter). 10 Beamte und Angestellte und 5 Arbeiter im Ruhestand sind unter Hinterlassung versorgungsberechtigter Angehöriger, 7 Beamte und Angestellte und 2 Arbeiter im Ruhestand ohne Hinterlassung versorgungsberechtigter Angehöriger verstorben. Außerdem verstarben 4 Beamten- und 7 Arbeiterwitwen. Schließlich sind noch folgende Abgänge festzustellen: 3 Beamte wegen Ruhens der Versorgungsbezüge in-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

folge Wiederverwendung im öffentlichen Dienst, 1 Dollwaise und 1 widerruflicher Versorgungsempfänger infolge Wegfalls der Voraussetzungen zur Zahlung von Versorgungsbezügen und 1 Arbeiterwitwe infolge Wiederverheiratung. Letztere erhielt bei ihrem Ausscheiden eine Abfindungssumme, deren Höhe annähernd dem zweifachen Jahresbetrag des Witwengeldes entsprach.

Dem Alter nach sind aus dem aktiven Dienst ausgeschieden: Infolge Zuruhesetzung 1 Beamter unter 40 Jahren, 2 Beamte und 4 Arbeiter zwischen 40 und 50 Jahren, 5 Beamte und 9 Arbeiter über 50 bis 60 Jahren, 18 Beamte und 5 Arbeiter über 60 bis 65 Jahren; durch Tod unter Hinterlassung von versorgungsberechtigten Hinterbliebenen 1 Beamter unter 40 Jahren, 4 Arbeiter über 40 bis 50 Jahren, 7 Beamte und 1 Arbeiter über 50 bis 60 Jahren.

Die Glückwünsche der Stadtverwaltung wurden ausgesprochen: 6 Beamten und Arbeitern im Ruhestand anläßlich des 70. Geburtstages, 4 Beamten und 2 Arbeitern im Ruhestand anläßlich des 75. Geburtstages, 2 Beamten im Ruhestand anläßlich des 80. Geburtstages und 1 Beamten im Ruhestand anläßlich des 90. Geburtstages.

Die Sterblichkeit betrug in Hundertsätzen bei den aktiven Beamten und Angestellten 0,63 (bei 1743 Personen 11 Todesfälle), bei den aktiven Arbeitern 0,65 (bei 1535 Personen 10 Todesfälle), bei den zuruhegesetzten Beamten und Angestellten 5,17 (bei 329 Personen 17 Todesfälle), bei den zuruhegesetzten Arbeitern 3,52 (bei 199 Personen 7 Todesfälle), bei den versorgungsberechtigten Witwen von Beamten, Angestellten und Arbeitern 2,63 (bei 418 Personen 11 Todesfälle).

Die altersmäßige Schichtung der Versorgungsempfänger (satzungsmäßige und guttatsweise Versorgungen, jedoch ohne selbständige Waisengelder — 1 Fall —) gliedert sich wie folgt:

	Beamte im Ruhestand und ehemalige Beamte	Angestellte im Ruhestand	Arbeiter im Ruhestand und ehemalige Arbeiter	Beamtenwitwen und Witwen ehemaliger Beamten	Angestelltenwitwen	Arbeiterwitwen und Witwen ehemaliger Arbeiter	Zusammen
Unter 40 Jahren	—	—	1	8	1	1	11
Von über 40 bis 50 Jahren	15	—	4	32	1	17	69
„ „ 50 „ 60 „	62	2	43	95	1	65	268
„ „ 60 „ 65 „	82	—	62	42	—	27	213
„ „ 65 „ 70 „	107	6	36	36	1	17	203
„ „ 70 „ 75 „	36	2	32	28	2	16	116
„ „ 75 „ 80 „	12	—	14	12	—	8	46
„ „ 80 „ 85 „	6	—	3	2	—	3	14
„ „ 85 „ 90 „	—	—	—	2	—	2	4
„ „ 90 „ 95 „	1	—	—	—	—	—	1
	321	10	195	257	6	156	945

Sonstiges.

Die Entwicklung der Verhältnisse bei der städtischen Berufsfeuerwehr Karlsruhe als Folge der günstigen Gestaltung der Arbeitslage nötigte dazu, in den Anstellungs- und Besoldungsverhältnissen der Berufsfeuerwehrmänner eine Besserung durchzuführen. Aus dem Bedürfnis der Erhaltung einer schlagkräftigen Feuerwehr wurden die in der Angestelltensatzung für die im Feuerwehrdienst beschäftigten Angestellten enthaltenen Sondervorschriften (Ableistung eines dreijährigen Probedienstes, Befristung des Anstellungsvertrags auf nur 12 Jahre) aufgehoben. Es gelten nunmehr für die Angestellten im Feuerwehrdienst wieder die gleichen Anstellungsbedingungen wie für die übrigen nach Maßgabe der Angestelltensatzung beschäftigten Dienstverpflichteten der Stadt; die Probezeit beträgt nur noch 1 Jahr und die Befristung der Beschäftigung auf 12 Jahre ist in Wegfall gekommen. Zur Gewinnung tüchtiger Unterführer bei der Berufsfeuerwehr wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1937 eine Prüfungsordnung für Brandmeister und Oberbrandmeister erlassen. Die Ablegung der Prüfung ist Voraussetzung für das Einrücken in eine Unterführerstelle.

Die außerhalb des dienstlichen Wohnsitzes wohnenden Beamten und Bediensteten des Reichs und Landes erhalten den Wohnungsgeldzuschuß nicht nach dem tatsächlichen, sondern nach dem dienstlichen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wohnsitz. Aus Gründen gleichmäßiger Behandlung schloß sich die Stadt Karlsruhe unter Änderung der Besoldungssatzung dieser Regelung mit Wirkung vom 1. März 1937 an, sodaß nun auch für die außerhalb von Karlsruhe wohnhaften städtischen Beamten und Angestellten im allgemeinen der Wohnungsgeldzuschuß nach Ortsklasse A bezahlt wird. In besonders gelagerten Fällen kann das Wohnungsgeld nach dem für den Wohnort gültigen Tarif berechnet werden.

Zur Gleichstellung der außerplanmäßigen Beamten und der Angestellten der Stadt Karlsruhe mit den Reichs- und Landesbeamten hat die Stadtverwaltung mit Wirkung vom 1. August 1936 entsprechend dem Vorgehen des Badischen Finanz- und Wirtschaftsministers die für die außerplanmäßigen Reichs- und Landesbeamten geltenden besoldungsrechtlichen Bestimmungen übernommen. Hierdurch wurden für die außerplanmäßigen Beamten und die gleichzubehandelnden Angestellten wesentliche Verbesserungen geschaffen. Die Genannten erhalten anstelle von nur 30 v. H. wieder den vollen Wohnungsgeldzuschuß und als Zivilanwärter nunmehr vom Beginn des 6. (bisher 10.), als Versorgungsanwärter vom Beginn des 5. (bisher 9.) Vergütungsdienstjahres an Vergütungen in Höhe der Grundgehälter der ersten Dienstaltersstufe der planmäßigen Beamten ihrer Eingangsgruppe.

Die Bezüge der Beamten, Satzungsangestellten, Beamtenanwärter und -Lehrlinge sowie der Versorgungsempfänger werden zur Vereinfachung der Kassengeschäfte wie bei Reich und Land seit 1. April 1937 nicht mehr in zwei Hälften, sondern in einer Summe monatlich im voraus gezahlt. Seit 1. Januar 1937 wird in Baden die Kirchenlohnsteuer im Wege des Lohnabzugs erhoben; für die im städtischen Dienst stehenden Steuerpflichtigen führt das Personalamt den Steuerabzug durch.

Entsprechend dem Vorgehen des Reichs mußte im Laufe des Berichtsjahres jeder Beamte, Angestellte und Arbeiter den Nachweis der deutschen Reichsangehörigkeit erbringen. Diese Maßnahme war deshalb erforderlich, weil sich immer wieder Fälle ergaben, daß städtische Beamte, Angestellte oder Arbeiter, insbesondere infolge der Einwirkungen des Versailler Vertrags, eine ausländische — meist französische — Staatsangehörigkeit besaßen.

Nachdem im Berichtsjahr die Arbeiten über die Einführung des Arbeitsbuchs gemäß dem Gesetz vom 26. Februar 1935 ihren Abschluß gefunden haben, ist jeder arbeitsbuchpflichtige Bedienstete bei der Stadt Karlsruhe nunmehr im Besitze eines Arbeitsbuchs. Da neuerdings auch militärische Übungen, SA-Sonderlehrgänge, Luftschutzkurse usw. in das Arbeitsbuch einzutragen sind, muß die entsprechende Ergänzung der beim Personalamt verwahrten Arbeitsbücher besonders überwacht werden.

Im Wirtschaftsjahr 1936 stellte die Stadtverwaltung Karlsruhe insgesamt 222 Personen im geregelten Dienst- und Arbeitsverhältnis neu ein. Volontäre und Lehrlinge sind hierbei unberücksichtigt; zur Förderung des Facharbeiternachwuchses erhöhte man die Zahl der Handwerkerlehrlinge von 40 auf 55. 9 der neu eingestellten Bediensteten werden als Beamte, 146 als Angestellte, 67 als Arbeiter im städtischen Dienst beschäftigt. Von den Neueingestellten gehören 183 = 82 v. H. der NSDAP, ihren Gliederungen oder den ihr angeschlossenen Verbänden an; 52 Angestellte und Arbeiter = 23 v. H. aller Neueingetretenen sind alte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung. Bei den restlichen Personen handelt es sich um aufgrund reichsrechtlicher Vorschrift einzustellende Versorgungsanwärter, Fachkräfte, kinderreiche Arbeitslose zur Verminderung des Fürsorgeaufwandes und ehemalige Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörige, die ein Anrecht auf bevorzugte Einstellung besitzen.

Für Zwecke der NSDAP und zu Übungen der Wehrmacht wurden im Berichtsjahr 225 Beamte und Angestellte und 79 Arbeiter gemäß den hierfür erlassenen Richtlinien bis zur Dauer von sechs Monaten im Einzelfall vom Dienst befreit. Der Gehaltsaufwand bezifferte sich auf 26073 *RM*, der Lohnaufwand auf 10166 *RM*, zusammen 36239 (1935: 38060) *RM*; die Einsparungen für die aus Anlaß der Dienstbefreiungen durchgeführten Urlaubskürzungen sind in Abzug gebracht. Der Aufwand für die Beurlaubungen zum Reichsparteitag 1936 in Nürnberg betrug 10396 (1935: 10599) *RM*; es nahmen am Reichsparteitag 134 Beamte und Angestellte und 93 Arbeiter der Stadt Karlsruhe teil.

Außer der Feier des Tages der nationalen Arbeit, die auch im Berichtsjahr wieder ihren würdigen Abschluß in einem Kameradschaftsabend in den Räumen der Festhalle fand, hielt die Stadt mehrere Betriebsappelle der gesamten städtischen Gefolgschaft ab. Darüber hinaus fand zum Jahreswechsel ein weiterer großer Kameradschaftsabend für sämtliche städtische Bedienstete in der Festhalle statt. Daneben kamen zahlreiche Kameradschaftsabende und -Ausflüge der einzelnen städtischen Ämter und Betriebe zur Durchführung. Auch an den im Laufe des Berichtsjahres abgehaltenen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großkundgebungen und Aufmärschen der NSDAP nahm die städtische Gefolgschaft stets geschlossen teil.

Im Winter 1936/37 beteiligte sich die städtische Gefolgschaft erneut freudigen Herzens an dem von der NSV durchgeführten Winterhilfswerk. Die im Gehaltsabzugsverfahren aufgebrachte Spende betrug bei den Beamten und Angestellten 13596 *RM*, bei den im Arbeiterverhältnis Beschäftigten 4627 *RM* und bei den Versorgungsempfängern 2454 *RM*, zusammen 20677 (1935: 20964) *RM*.

Bei einer Gesamtzahl von 2988 ständigen Arbeitsplätzen nach dem Stand vom 1. Januar 1937 (1936: 2996) beschäftigte die Stadt 81 (1935: 84) Schwerbeschädigte = 2,711 v.H. Der gesetzlich vorgeschriebene Satz mit 2 v.H. ist demnach wesentlich überschritten.

Im Wirtschaftsjahr 1936 kamen 63 Beamte und Angestellte und 142 Arbeiter um Gewährung einer Beihilfe ein; 51 Gesuchen von Beamten und Angestellten und 129 Gesuchen von Arbeitern wurde entsprochen und diesen insgesamt 7290 (1935: 5414) *RM* als Beihilfen bewilligt. Entsprechend der bevölkerungspolitischen Einstellung des nationalsozialistischen Staates hat die Stadtverwaltung Karlsruhe ihren Beamten und Gefolgschaftsangehörigen mit fünf und mehr noch nicht 16 Jahre alten Kindern und einem Einkommen von unter 250 *RM* erstmals auf Weihnachten 1936 eine einmalige Beihilfe gewährt. Die Beihilfe betrug für jedes fünfte und weitere noch nicht 16 Jahre alte eheliche oder Stiefkind 10 *RM*. Außerdem wurde in Anpassung an die reichsrechtlichen Richtlinien über die Gewährung von laufenden Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien ab 1. Januar 1937 die Kinderzulage der im Arbeiterverhältnis beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder für das fünfte und jedes weitere zulageberechtigte Kind von 6,24 *RM* auf 10 *RM* im Monat erhöht.

Am Reichsberufswettkampf 1936 nahmen die städtischen Beamten- und Handwerkerlehrlinge vollzählig teil. Die Handwerkerlehrlinge Karl Stöffler, Manfred Kiehling und Eugen Schäfer erhielten für besonders gute Leistungen in der Wettkampfgruppe „Öffentliche Betriebe" eine Ehrenurkunde ausgehändigt. Hierfür wurde ihnen die Anerkennung des Oberbürgermeisters ausgesprochen.

Gesamtaufwand an Besoldung, Arbeiterlöhnen und Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Der Besoldungsaufwand (ohne Sparkasse und Hochschule für Musik) für die Beamten, Beamtenanwärter und -Lehrlinge, Angestellten und Aushilfsangestellten belief sich im Wirtschaftsjahr 1936 auf 5439542 (1935: 5397239) *RM*, der Lohnaufwand für die Arbeiter auf 3628060 (1935: 3591479) *RM*, zusammen bei einer durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von 3367 (1935: 3335) Personen auf 9067602 (1935: 8988718) *RM*. Bei einer Zunahme des Personenstandes gegenüber dem Vorjahre um 32 = 0,96 v.H. (1935: 38 = 1,15 v.H.) betrug die Erhöhung des Aufwandes an Besoldung und Löhnen 78884 = 0,88 v.H. (1935: 232091 = 2,65 v.H.). Der Aufwand an Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für Beamte betrug 1267335 (1935: 1211523) *RM*, für Angestellte 13704 (1935: 14001) *RM* und für Arbeiter 336054 (1935: 326982) *RM*, zusammen für 946 (1935: 912) Versorgungsempfänger 1617093 (1935: 1552506) *RM*. Gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1935 trat bei der Zahl der Versorgungsfälle eine Vermehrung um 34 = 3,73 v.H., beim Versorgungsaufwand eine Erhöhung um 64587 *RM* = 4,16 v.H. ein. Die Gesamtsumme aller Personenaufwendungen der Stadt Karlsruhe belief sich für das Berichtsjahr auf 10684695 (1935: 10541224) *RM*, mithin gegenüber dem Vorjahr 143471 *RM* = 1,36 v.H. mehr. An dem Anteil des Versorgungsaufwandes für die ehemaligen Beamten und Angestellten, gemessen am Gehaltsaufwand der Beamten und Angestellten im Dienst, ist eine Steigerung auf 23,55 v.H. eingetreten (1935: 22,71; 1934: 22,51; 1933: 19,01; 1932: 17,49; 1931: 14,45; 1930: 12,53 v.H.). Der Anteil des Ruhelohn- und Hinterbliebenenaufwandes der Arbeiter erhöhte sich auf 9,26 (1935: 9,10; 1934: 9,02; 1933: 8,24; 1932: 8,09; 1931: 6,49 v.H.) des für die Arbeiter im Dienst erforderlichen Lohnaufwandes. Die Gesamtsumme aller Versorgungsaufwendungen des Wirtschaftsjahres 1936 betrug 17,83 (1935: 17,27) v.H. des Aufwandes an Gehältern und Löhnen. Seit 1928 hat sich das Anteilsverhältnis von 9,63 v.H. auf 17,83 v.H. erhöht. Mit einem weiteren Ansteigen ist nach dem gegenwärtigen Altersaufbau der städtischen Gefolgschaft für die nächsten 20 Jahre zu rechnen, sodaß die dadurch entstehende weitere Belastung des städtischen Haushalts der Stadtverwaltung eine ernste Sorge bereitet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Rechnungsamt.

In dem Aufgabengebiet des Rechnungsamts trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Dem Rechnungsamt oblag wie in den Vorjahren die Vorbereitung des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung, die Überwachung der gesamten Haushaltsentwicklung während des Wirtschaftsjahres, die laufende Prüfung des Kassen- und Rechnungswesens, die Verwaltung des Kapitalvermögens und der Ortsstiftungen sowie die Bearbeitung des Bürgernutzens in den eingemeindeten Vororten. Eine besondere Abteilung des Rechnungsamtes verwaltete die Gebäudesondersteuer. Ferner hatte das Rechnungsamt die Kassen- und Rechnungsführung der städtischen Kassen dauernd zu beaufsichtigen. Da die nach § 105 Absatz 2 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 zu erwartenden einheitlichen Bestimmungen über das Kassen- und Rechnungswesen noch nicht erlassen worden sind, galten im Berichtsjahre noch die alten badischen Vorschriften der Gemeindevoranschlags- und Gemeinderechnungsordnung.

Im Berichtsjahr nahm das Rechnungsamt außer den vorgeschriebenen Kassenstürzen zum Jahresschluß noch 83 (1935: 103) unvermutete Kassenstürze und Dienstprüfungen vor. Zu Prüfungszwecken wurden auf Antrag des Rechnungsamts 2 Kassenbeamte endgültig versetzt.

Der Haushaltsplan für 1936 mußte erstmals in der durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 vorgeschriebenen Form aufgestellt werden. Darnach ist der Haushaltsplan, der neben dem ordentlichen auch den außerordentlichen Haushalt umfassen muß, in die Haushaltssatzung zu kleiden. Diese enthält neben dem eigentlichen Haushaltsplan noch die Feststellung der veränderlichen Gemeindesteuersätze, die Ermächtigung zur Aufnahme etwaiger Kassenkredite und Anleihen im außerordentlichen Haushaltsplan. Die Haushaltssatzung der Stadt Karlsruhe für 1936 wurde gemäß § 86 Deutsche Gemeindeordnung mit Erlaß vom 21. März 1936 durch den Landeskommissär in Karlsruhe genehmigt. Der Haushaltsplan schloß im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 49 976 460 *RM* und im außerordentlichen Haushalt mit 7 674 710 *RM* ab. Der Ausgleich konnte trotz der beim Wohlfahrtswesen eingetretenen Verbesserungen mit ungefähr ½ Million *RM* nur durch Inanspruchnahme des Erneuerungsfonds in Höhe von 1 038 370 (1935: 820 000) *RM* erreicht werden. Doch gestaltete sich der tatsächliche Ablauf des Wirtschaftsjahres — in erster Linie durch Verbesserungen im Steueraufkommen und beim Wohlfahrtswesen — günstiger, sodaß auf Rücklieferungen aus dem Erneuerungsfonds verzichtet werden konnte.

Beim Rechnungsamt (ohne Abteilung Gebäudesondersteuer) arbeiteten am Ende des Berichtsjahres 17 Beamte, 1 satzungsmäßiger Angestellter, 3 Beamtenanwärter bzw. -lehrlinge, zusammen 21 (1935: 22) Personen.

Stadthauptkasse.

Der Stadthauptkasse oblag wie bisher der Vollzug der städtischen Einnahmen und Ausgaben, soweit keine Nebenkassen bestehen, die Verwaltung des Kassenbestandes, die Betreibung der Gemeindeausstände, die Rechnungslegung, die Veranlagung der Grund- und Gewerbesteuer und der Bürgersteuer, die Verwaltung des Geldvermögens und der Schulden und die Fertigung der Gemeindefinanzstatistik. Organisatorische Veränderungen sind im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Im Gesamtumsatz der Stadthauptkasse machten sich die allgemeine Geschäftsvermehrung bei der Stadtverwaltung und die zahlreichen außerordentlichen Arbeiten bemerkbar. Der Umsatz stieg auf 300 336 768 (1935: 278 354 988) *RM* = um 7,9 v. H. gegenüber dem Vorjahr an. Bei Geldanstalten wurden umgesetzt: Städtische Sparkasse 42 067 553 (1935: 43 032 662) *RM*, Badische Bank 10 830 295 (1935: 9 638 153) *RM*, Reichsbank 4 994 594 (1935: 5 535 363) *RM*, Postscheckamt 26 883 766 (1935: 22 837 939) *RM*, Badische Kommunale Landesbank 1 209 633 (1935: 1 178 076) *RM*, Bau- und Bodenbank 491 377 (1935: 1 648 962) *RM*. Der Umsatz bei den Geldanstalten ist somit im Berichtsjahr um 3,1 v. H. angewachsen.

Die drei Buchungsmaschinen der Hauptkasse erledigten im Berichtsjahr 80 976 (1935: 78 737) Buchungen. Die Zahl der auf den Konten der Geldanstalten verbuchten Posten betrug 13 737 (1935: 14 183).

Die Gebührenkasse der Stadthauptkasse vereinnahmte an Gebühren, Miet- und Pachtzinsen, Holzgeldern, Schulgeldern, Anliegerbeiträgen usw. insgesamt 2 406 410 (1935: 2 117 282) *RM* in 61 011 (1935: 61 347) Posten.

Besonders umfangreich sind die alljährlich anfallenden Veranlagungsgeschäfte der Grund- und Gewerbesteuer und Bürgersteuer, die nur durch vorübergehende Einstellung einer großen Zahl von

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aushilfskräften bewerkstelligt werden können. Nachdem durch die Realsteuergesetzgebung das künftige Schicksal der Realsteuern als Gemeindesteuern entschieden worden ist, muß daran gedacht werden, für die äußerst wichtigen und schwierigen Veranlagungsgeschäfte zu den Steuern ein ständiges Personal heranzubilden.

Die Stadthauptkasse beschäftigte am 31. März 1937 70 planmäßige und 13 außerplanmäßige Beamten, 1 probeweise Beschäftigten, 5 Beamtenanwärter, 7 Dauer- und 27 Aushilfsangestellte, zusammen 123 Personen.

Rechnungsprüfungsamt.

Dieses Amt hat gemäß den Vorschriften der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 die Aufgabe, die Jahresrechnung der Stadt mit sämtlichen Unterlagen in haushaltsmäßiger, sachlicher, rechnerischer und rechtlicher Beziehung zu prüfen. In dieser Tätigkeit nimmt es eine unabhängige, allein dem Oberbürgermeister untergeordnete Stellung ein.

Im Berichtsjahr wurde die Prüfung der Jahresrechnung 1932 vollendet und mit der Prüfung der Jahresrechnung 1933 weitgehend begonnen. Schlußberichte, die vom Rechnungsprüfungsamt nach Beantwortung der Prüfungsbemerkungen durch die Dienststellen herausgegeben werden, ergingen für 6 Teile der Stadthauptkasse-Rechnung 1932 und für den Rechnungsabschluß 1932, ebenso für die Jahresrechnung 1932 des Rebgutes Istein, die Jahresrechnungen 1930, 1931 und 1932 der Musikhochschule und die Jahresrechnung 1932 der früheren Gemeinde Knielingen. Damit war das Prüfungsgeschäft bis zum Jahre 1932 vollständig abgeschlossen. Von der Jahresrechnung 1933 konnten für den Rechnungsvorbericht und für 8 Rechnungsteile der Stadthauptkasse die Schlußberichte abgefaßt werden. Dazu kamen die Schlußberichte für die Fondskasse, die Musikhochschule, die Schenkungenkasse, die Ortsviehversicherungsanstalten Bulach und Rüppurr (jeweils 1933) und schließlich für die Rechnungen 1933 und 1934 der früheren Gemeinde Knielingen.

Beim Rechnungsprüfungsamt waren am Schluß des Berichtsjahres 7 Beamte und 1 Angestellter, zusammen 8 (1935: 7) Arbeitskräfte beschäftigt.

2. Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 2).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
A. Standesamt.					
1. Fortdauernde Einnahmen	16 200	23 214	7 014	—	20 401
3. Verwaltungskostenbeiträge	9 350	9 350	—	—	9 020
B. Statistisches Amt (mit Wahlamt, Steuerkartenstelle und Sozialversicherung).					
1. Fortdauernde Einnahmen	7 500	7 322	—	178	13 559
C. Gerichtsstelle.					
1. Fortdauernde Einnahmen	11 200	11 678	478	—	11 160
D. Gebäudeversicherungsstelle.					
1. Fortdauernde Einnahmen	700	1 908	1 208	—	1 173
E. Ortsgericht.					
1. Fortdauernde Einnahmen	4 000	4 519	519	—	4 664
G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften.					
1. Fortdauernde Einnahmen	5 800	7 433	1 633	—	7 384
Summe der Einnahmen	54 750	65 424	10 852	178	67 361

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
A. Standesamt.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	52 200	65 205	13 005	—	51 699
b) Sachlich	6 420	6 540	120	—	6 226
2. Einmalige Ausgaben	350	340	—	10	600
3. Verwaltungskostenbeiträge	800	800	—	—	800
	59 770	72 885	13 125	10	59 325
B. Statistisches Amt (mit Wahlamt, Steuerkartenstelle und Sozialversicherung).					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	96 220	98 284	2 064	—	100 199
b) Sachlich	8 140	8 121	—	19	8 349
c) Besondere Arbeiten	3 350	4 771	1 421	—	10 627
3. Verwaltungskostenbeiträge	600	600	—	—	600
	108 310	111 776	3 485	19	119 775
C. Gerichtsstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	15 720	16 384	664	—	13 264
b) Sachlich	4 710	5 763	1 053	—	3 736
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 280	1 280	—	—	1 280
	21 710	23 427	1 717	—	18 280
D. Gebäudeversicherungsstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	15 860	15 301	—	559	16 349
b) Sachlich	5 540	5 229	—	311	5 407
3. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	100
	21 500	20 630	—	870	21 856
E. Ortsgericht.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	6 600	6 861	261	—	7 265
b) Sachlich	300	444	144	—	256
3. Verwaltungskostenbeiträge	300	300	—	—	300
	7 200	7 605	405	—	7 821
F. Staatliches Grundbuchamt.					
1. Fortdauernde sachliche Ausgaben	9 150	9 418	268	—	9 185
G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 700	1 927	227	—	3 130
b) Sachlich	1 350	940	—	410	976
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 600	2 600	—	—	—
	5 650	5 467	227	410	4 106

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wiederholung:	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
A. Standesamt	59 770	72 885	13 125	10	59 325
B. Statistisches Amt	108 310	111 776	3 485	19	119 775
C. Gerichtsstelle	21 710	23 427	1 717	—	18 280
D. Gebäudeversicherungsstelle	21 500	20 630	—	870	21 856
E. Ortsgericht	7 200	7 605	405	—	7 821
F. Staatliches Grundbuchamt	9 150	9 418	268	—	9 185
G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften	5 650	5 467	227	410	4 106
Summe der Ausgaben	233 290	251 208	19 227	1 309	240 348
Summe der Einnahmen	54 750	65 424	10 852	178	67 361
Zuschuß	178 540	185 784	7 244	—	172 987

A. Standesamt.

Das ganze Stadtgebiet bildet nur noch einen Standesamtsbezirk. Im Berichtsjahr trat als neue Arbeit die Benachrichtigung in Nachlaßsachen gemäß dem Erlaß des Reichsjustizministers und des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 24. April 1936 hinzu. Die Anforderung standesamtlicher Urkunden zur Führung des Abstammungsnachweises und die Beglaubigung von Ahnenpässen hielt auch im Berichtsjahr weiter an.

Vor dem Standesamt Karlsruhe wurden im Berichtsjahr 1451 (1935: 1507) Ehen geschlossen. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 3678 (1935: 3435), die Zahl der Totgeborenen 96 (1935: 109). Gestorben sind in der Zeit vom 1. April 1936 bis 31. März 1937 = 2436 (1935: 2191) Personen. (Diese Ziffern umfassen auch die Geburten auswärtiger, zur Entbindung hierher gekommener Mütter sowie die auswärtigen, in hiesigen Krankenhäusern verstorbenen Personen).

Neben diesen Registerbeurkundungen bestand die Arbeitstätigkeit des Standesamts in der Bearbeitung von 371 (1935: 349) Vaterschaftsanerkennungen zu unehelichen Kindern, 153 (1935: 218) Legitimationen unehelicher Kinder, 81 (1935: 65) Namenserteilungen an uneheliche Kinder, 19 (1935: 22) Annahmen an Kindesstatt (Adoptionen), 24 (1935: 16) Vornamensänderungen durch rechtskräftige Verfügungen, 7 (1935: 16) Feststellungen der Unehelichkeit eines Kindes durch gerichtliches Urteil, 10 (1935: 16) Familiennamensänderungen durch obrigkeitliche Verfügung, 22 (1935: 35) Wiederannahmen des früheren Familiennamens geschiedener Ehefrauen, 2 (1935: 3) Untersagungen des geschiedenen Mannes zur Führung seines Namens durch die geschiedene Ehefrau, je 402 (1935: 355) Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und Jugendamt über uneheliche oder ehelich nachgeborene Kinder, je 48 (1935: 58) Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und Jugendamt über die Wiederverheiratung von Witwen und geschiedenen Frauen, 49 (1935: 45) Berichtigungen im Geburts-, Heirats- und Sterberegister und 15 (1935: 7) Ehelichkeitserklärungen.

Zur Erlangung der Wochenhilfe durch die Krankenkassen stellte das Amt 3256 (1935: 2780) Geburtsbescheinigungen aus. Ferner behandelte es 1455 (1935: 1481) Aufgebote, gab 803 (1935: 480) Familienstammbücher ab, fertigte 132 (1935: 161) Vermerke über Ehescheidungen im Heiratsregister, verabfolgte 26 (1935: 28) Ehefähigkeitszeugnisse an Deutsche im Ausland und erließ 45 (1935: 77) standesamtliche Ermächtigungen.

Anträge auf Gewährung von Ehestandsdarlehen kamen im Berichtsjahr 594 (1935: 564) ein. Außerdem wurden 150 Fälle behandelt, bei denen lediglich die Braut hier ihren Wohnsitz hatte, der Antrag selbst aber bei den Gemeindebehörden des Wohnorts des Bräutigams zu stellen war. Von den hier eingekommenen Anträgen mußten 29 (1935: 42) abgelehnt werden, weil die für die Gewährung des Darlehens vorgeschriebenen gesetzlichen Voraussetzungen bei den Bewerbern nicht er-

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

füllt waren. 8 (1935: 8) Beteiligte haben ihr Gesuch wieder zurückgezogen. 494 (1935: 492) Anträge wurden im Berichtsjahr dem Finanzamt zur Genehmigung überwiesen. Die Gesamthöhe der für diese Anträge vorgeschlagenen Darlehen betrug 443700 (1935: 394200) *RM*, sodaß auf ein Darlehen im Durchschnitt rund 900 (1935: 800) *RM* entfielen.

Zwecks Erlangung von Kinderbeihilfen wurden im Berichtsjahr 268 (1935: 694) Anträge gestellt. 207 (1935: 117) Fälle konnten abgeschlossen und dem Finanzamt zur Auszahlung vorgelegt werden. Die hierfür vom Finanzamt auszuzahlende Summe belief sich auf 56800 (1935: 51200) *RM*. Durchschnittlich betrug die bewilligte Beihilfe 274 (1935: 440) *RM*. Abgelehnt wurden im Berichtsjahr 25 (1935: 68) Fälle, weil die gesetzlichen Voraussetzungen bei den Familien nicht gegeben waren.

Die Arbeiten für das Erfassungswesen hielten sich wiederum im Rahmen des vorigen Jahres. Im Berichtsjahr kam die Erfassung der Wehrpflichtigen des Jahrgangs 1917 zur Durchführung. Dem Jahrgang gehörten 775 wehrpflichtige Personen an. Für 28 verstorbene Angehörige des Jahrgangs 1917 waren Totenkarten zu fertigen.

Das Standesamt war am Ende des Berichtsjahrs mit 10 Beamten, 1 Beamtenanwärter, 6 Angestellten und 3 Beamtenlehrlingen, zusammen mit 20 (1935: 22) Personen besetzt.

Der gesteigerten Geschäftstätigkeit entsprechend sind wiederum wie im vorigen Jahre höhere Gebühreneingänge zu verzeichnen. Diesen stehen auch Mehrausgaben gegenüber, die in der Hauptsache bedingt sind durch die Auswirkung der im Vorjahr eingetretenen Personalvermehrung.

B. Statistisches Amt

(mit Wahlamt, Steuerkartenstelle, Abteilung für Sozialversicherung und Quartierstelle).

Statistische Abteilung.

Dem Unterrichtsministerium mußte die jährlich angeforderte Statistik über den Schulaufwand sämtlicher Karlsruher Lehranstalten erstattet werden. Für das Statistische Jahrbuch deutscher Gemeinden und für den Deutschen Gemeindetag bearbeitete das Amt eine Reihe Fragebogen. Über die Bevölkerungsbewegungen innerhalb des Stadtbereichs und über sonstige, statistisch auszuwertende Erscheinungen wurden regelmäßig Berichte an das Statistische Reichsamt, das Badische Statistische Landesamt, das Institut für Konjunkturforschung, die hiesigen Zeitungen sowie hiesige und auswärtige Fachzeitschriften und Interessenten erstattet. Hervorzuheben sind hierbei die statistischen Meldungen über Bautätigkeit, Baugesuche, Baustoffpreise, Bauarbeiterlöhne, Garagenmieten u. ä. an das Statistische Reichsamt und die Monatsberichte der Karlsruher Krankenkassen, die an das Landesarbeitsamt für Südwestdeutschland weiterzuleiten waren. Erhebliche Arbeitsvermehrung brachte die Preisstatistik und eine weitere, sehr umfangreiche Erhebung über die Preisentwicklung auf Verlangen des Statistischen Reichsamts zu Beginn des Jahres 1937, die den Zweck verfolgte, die Veränderungen des niedersten Preises für die wichtigsten Lebensbedürfnisse statistisch zu erfassen. Diese letzte Erhebung erstreckte sich im ganzen auf 2641 Preisangaben. Weiter waren im Laufe des Berichtsjahres an die Preisbildungs- und -überwachungsstelle, das Finanzamt und einige andere Behörden ausführliche Gutachten über die Angemessenheit von Preisen zu erstatten.

Die Arbeiten für die große Ausstellung der Stadt im Frühjahr 1936 „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe" nahmen das Statistische Amt in außerordentlichem Maße in Anspruch. Neben einer eigenen Abteilung mit Tafeln und graphischen Darstellungen aus den verschiedenen Arbeitsgebieten hatte das Amt noch umfangreiches Material für andere städtische Ämter zu liefern.

Die Ergebnisse des Fremdenverkehrs in der Berichtszeit wurden ebenfalls statistisch erfaßt.

In gleicher Weise wie im Vorjahr wurde auch am 10. Oktober 1936 mit Hilfe der Personenstandsaufnahme eine Zählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen. Das Ergebnis war folgendes: 94 (1935: 331) leerstehende Wohnungen insgesamt, davon 87 (1935: 274) in Alt-Karlsruhe, 7 (1935: 57) in den eingemeindeten Vororten; hierunter waren 45 (1935: 264) Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern, und zwar 6 (1935: 52) in den eingemeindeten Vororten, 33 (1935: 51) Wohnungen mit 4 oder 5 Zimmern, und zwar 1 (1935: 5) in den eingemeindeten Vororten, und 16 (1935: 16) Großwohnungen, die sämtliche in Alt-Karlsruhe leerstanden. In den neueren Stadtteilen Alt-Karlsruhes standen 8 (1935: 4) Großwohnungen leer, nämlich im Stadtgartenviertel 2, in der Südweststadt 5 und im neuen Hadtwaldstadtteil 1. An Wohnungen standen im gesamten leer: 1933 =

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

492 (1,15 v. H.), 1934 = 226 (0,52 v. H.), 1935 = 331 (0,76 v. H.) und 1936 = 94 (0,20 v. H. aller verfügbaren Wohnungen). Der seit 1933 festzustellende Rückgang hat sich also auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Wahlamt.

In der Berichtszeit fanden keine Wahlen statt. Die Arbeiten in dieser Abteilung erstreckten sich, nachdem die umfangreichen restlichen Geschäfte aus der Reichstagswahl vom 29. März 1936 erledigt waren, in der Hauptsache auf die Fortführung, Durchsicht und Bereinigung der Kartei, die Führung einer Judenkartei und, soweit erforderlich, auch auf die Umschreibung unansehnlich gewordener Wählerkarten.

Die Wählerkartei diente gleichzeitig auch als Schöffen- und Geschworenenliste. Für diese Zwecke war sie im September 11 Arbeitstage zur Einsicht aufgelegen. Ferner diente sie zur Feststellung von Personalien und zur Auskunftserteilung an städtische Stellen.

Steuerkartenstelle.

Die jährliche Personenstandsaufnahme, die nicht nur der Ausfertigung der Steuerkarten für die Lohn- und Gehaltsempfänger dient, sondern auch die Grundlage für sämtliche Steuern bildet, wurde am 10. Oktober 1936 in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt. Mitte Oktober 1936 konnte mit der Ausstellung der Steuerkarten anhand der Personenstandsaufnahme begonnen werden. Die Arbeit wurde derart beschleunigt, daß Ende November 1936 die Verteilung der Steuerkarten an die Arbeitnehmer aufgenommen werden konnte, nachdem zuvor die Stadthauptkasse die Bürgersteuer auf der Steuerkarte veranlagt hatte.

Insgesamt wurden für das Steuerjahr 1937 bei der Massenausstellung 67 258 (für 1936: 65 984) Steuerkarten ausgestellt. Dazu kamen noch die bis Ende März 1937 nachträglich ausgestellten 6 196 (für 1936: 6 539) Karten, sodaß im Berichtsjahr für das Steuerjahr 1937 insgesamt 73 454 (für 1936: 72 523) Steuerkarten auszufertigen waren. Außerdem wurden für das Steuerjahr 1936 oder vorhergehende Steuerjahre 4 202 (1935: 3 739) Steuerkarten ausgegeben.

Die Maßnahmen der Reichsregierung zur Regelung des Fettbezugs ab Januar 1937 erhielt das Statistische Amt insoweit übertragen, als Haushalts- und Betriebsnachweise auszustellen waren, die für die Eintragung in die Kundenlisten des Handels und der Metzger benötigt wurden. Als Grundlage für die Ausstellung dieser Ausweise diente die Haushaltsliste von der letzten Personenstandsaufnahme.

Abteilung Sozialversicherung.

Im Berichtsjahr wurden für die Invalidenversicherung 2 724 (1935: 2 527) Quittungskarten Nr. 1 ausgestellt, 36 045 (1935: 32 855) Quittungskarten umgetauscht, 318 (1935: 211) erneuert, 683 (1935: 929) sonstige Karten aufgerechnet bzw. ausgestellt, zusammen 39 770 (1935: 36 522) Karten bearbeitet. Für die Angestelltenversicherung wurden 2 197 (1935: 2 518) Versicherungskarten Nr. 1 ausgefertigt, 9 578 (1935: 8 316) umgetauscht, 41 (1935: 6) erneuert, 35 (1935: 1) sonstige Karten aufgerechnet bzw. ausgestellt, zusammen für 11 851 (1935: 10 841) Karten Amtshandlungen vorgenommen. Wegen verspäteter Beitragsentrichtung kamen 119 (1935: 387) Personen zur Anzeige an die Kontrollämter.

Für die Aufstellung des Katasters der für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung in Betracht kommenden Betriebe wurden im Berichtsjahr 2 286 (1935: 2 196) Fragebogen, entworfen von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, versandt. Diese genaue Aufstellung des Katasters hat sich als zweckmäßig erwiesen, um die Anzahl der Beschwerden und Berichtigungen zu vermindern. Es wurden eingeschätzt in den Stadtteilen Beiertheim 75 (1935: 72) Betriebe mit 10 250 Arbeitstagen, Bulach 125 (1935: 119) Betriebe mit 12 700 Arbeitstagen, Daxlanden 401 (1935: 389) Betriebe mit 30 700 Arbeitstagen, Grünwinkel 49 (1935: 119) Betriebe mit 6 550 Arbeitstagen, Knielingen 706 (1935: 700) Betriebe mit 67 150 Arbeitstagen, Rintheim 260 (1935: 260) Betriebe mit 15 950 Arbeitstagen, Rüppurr 260 (1935: 259) Betriebe mit 29 350 Arbeitstagen, also in allen Dororten zusammen 1 876 (1935: 1 845) Betriebe mit 172 650 (1935: 174 350) Arbeitstagen, und in der übrigen Stadt 254 (1935: 254) Betriebe mit 84 550 (1935: 71 250) Arbeitstagen, insgesamt 2 130 (1935: 2 099) Betriebe mit 257 200 (1935: 245 600) Arbeitstagen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Quartierstelle.

Seit auch in der einstmals neutralen Zone am geschichtlichen 7. März 1936 das deutsche Heer wieder seine Garnisonen bezog, machte sich in hiesiger Stadt das Fehlen einer Quartierstelle bemerkbar, deren Aufgaben ab Mitte Mai 1936 dem Statistischen Amt übertragen wurden. Sie hatte vor allem einzugreifen bei Einquartierungen und Pferdevormusterungen.

Infolge des Fehlens von Ersatzleistungen für die Durchführung von Wahlen haben sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr beträchtlich vermindert. Auch bei den Ausgaben ist aus der gleichen Ursache eine Verringerung eingetreten. Dagegen hat sich das ständige Personal durch die neu zugewiesenen Arbeiten auf 12 (1935: 11) Beamte und 9 (1935: 7) Angestellte erhöht.

C. Gerichtsstelle.

In der Zuständigkeit der städtischen Gerichtsstelle hat sich im Kalenderjahr 1936 (die folgenden Aufzeichnungen beziehen sich ausschließlich auf diesen Zeitraum) nichts geändert. Sie erstreckte sich auf Entscheidungen in vermögensrechtlichen Streitigkeiten bis zu 100 *RM* Streitwert, wenn beide Parteien hier wohnen, hier eine Niederlassung oder den Aufenthalt haben.

In der Berichtszeit wurden in 89 (1935: 92) Sitzungen insgesamt 1252 (1935: 1271) Klagen entschieden, und zwar 75 (1935: 91) durch abweisendes und 733 (1935: 724) durch verurteilendes Ergebnis; 380 (1935: 396) Fälle blieben beruhen, wurden verglichen oder zurückgenommen. In 1 (1935: 5) Fall erklärte sich die Gerichtsstelle für sachlich unzuständig, während in 4 (1935: 0) Fällen das Verfahren ausgesetzt wurde. In 1 (1935: 0) Fall erklärten sich der Richter und sein Stellvertreter für befangen, in 58 (1935: 55) Fällen wurde das Verfahren in das Kalenderjahr 1937 übernommen.

Gegen 145 (1935: 154) Entscheidungen der Gerichtsstelle legten die Verurteilten Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg ein. 35 (1935: 41) Entscheidungen der Gerichtsstelle bestätigte das Amtsgericht und 21 (1935: 43) Entscheidungen änderte es ab; 47 (1935: 37) Streitfälle wurden verglichen oder blieben beruhen, in 22 (1935: 24) Fällen hat das Amtsgericht die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg verworfen, weil der von ihm angeforderte Kostenvorschuß nicht entrichtet wurde, in 20 (1935: 9) Fällen hat das Amtsgericht das Ergebnis nicht mitgeteilt.

In der Berichtszeit hat die Gerichtsstelle 4152 (1935: 3580) Zahlungsbefehle erlassen; in 890 (1935: 893) Fällen erhoben die Schuldner Widerspruch, in 2097 (1935: 1792) Fällen wurden Vollstreckungsbefehle verhängt. Außerdem ergingen 7 (1935: 5) Arrestbefehle, 7 (1935: 7) einstweilige Verfügungen und 7 (1935: 5) einstweilige Anordnungen.

Vom Schiedsmann wurden in 41 (1935: 27) Sitzungen insgesamt 339 (1935: 289) Sühnetermine durchgeführt. Hiervon verliefen 46 (1935: 25) erfolgreich, 268 (1935: 264) erfolglos, während 17 (1935: 0) Anträge zurückgenommen wurden und 8 (1935: 0) beruhen blieben.

Der Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten mußte in der Berichtszeit in 17 (1935: 18) Fällen eingreifen, wovon 1 (1935: 9) Fall durch gütliche Beilegung, 8 (1935: 0) Fälle durch Vergleich und 5 (1935: 9) durch Spruch erledigt wurden; in 1 (1935: 0) Fall wurde das Verfahren ausgesetzt, 2 (1935: 0) Fälle blieben beruhen. An den insgesamt 17 Fällen waren beteiligt: Blechnerinnung mit 2, Elektroinnung mit 4, Fleischerinnung mit 2 und Malerinnung mit 2 Fällen, weiter die Bürsten- und Pinselmacherinnung, Buch- und Steindruckerinnung, Friseurinnung, Herrenschneiderinnung, Mechanikerinnung, Fotografeninnung und Uhrmacherinnung mit je 1 Fall.

Bei der städtischen Gerichtsstelle waren im Berichtsjahr 2 Beamte, 1 außerplanmäßiger Beamter, 1 Beamtenanwärter und 1 Beamtenlehrling, zusammen 5 (1935: 5) Arbeitskräfte beschäftigt. Im wirtschaftlichen Ergebnis war bei wenig erhöhten Einnahmen eine Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben zu verzeichnen.

D. Gebäudeversicherungsstelle.

Die im Berichtsjahr erneut gesteigerte Bautätigkeit in hiesiger Stadt verursachte der Gebäudeversicherungsstelle eine erhöhte Zahl von Gebäudeneueinschätzungen. Diese ergingen, wie bisher, entweder am Ende des Kalenderjahres im sogenannten regelmäßigen Umgang (gebührenfrei) oder auf besonderen Antrag der Bauherren sofort in jedem Einzelfall (gebührenpflichtig). Im Berichtsjahr wurden

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

524 (1935: 563) Schätzungen mit augenblicklicher Wirkung und 455 (1935: 337) Schätzungen im regelmäßigen Umgang, zusammen 979 (1935: 900) Neueinschätzungen vorgenommen. Die im Jahre 1934 begonnene, durchgreifende Neueinschätzung aller alten Gebäude im Rahmen einer allgemeinen Nachprüfung nahm ihren Fortgang; es wurden hierbei insgesamt 1196 (1935: 3948) selbständige Anwesen eingeschätzt.

Die Gebäudeversicherungsumlage wurde — wie in den Vorjahren — durch das Finanzamt aufgrund des von der Gebäudeversicherungsstelle aufgestellten Verzeichnisses der einzelnen Gebäudeeigentümer, der Versicherungswerte und der Umlagebeträge erhoben. Die Versicherungssumme betrug bei den privaten Hausgrundstücken 442 081 000 *RM*, bei den städtischen Gebäuden 40 819 100 *RM*, bei beiden Gruppen zusammen 482 900 100 (1935: 485 256 150) *RM* mit einer Umlage von 287 256,60 (1935: 288 696,80) *RM*. Weiterhin waren versichert die reichseigenen Gebäude (ohne Reichsbahn) mit 14 002 400 *RM*, die Staatsgebäude mit 37 184 800 *RM* und die Gebäude der Reichsbahn mit 16 813 100 *RM*. Der Versicherungswert aller Karlsruher Gebäude belief sich auf 551 000 400 *RM*, die sich aufteilten zu 81 v. H. auf private, zu 7 v. H. auf stadteigene und zu 12 v. H. auf staats- und reichseigene Gebäude.

Bei der Versicherung der städtischen Fahrnisse ist im Berichtsjahr insoweit eine Änderung eingetreten, als das Fahrnisvermögen der Stadt nur zu einem Teilwert von 10 305 025 (1935: 23 377 680) *RM* beim Badischen Gemeindeversicherungsverband versichert war; für die übrigen Fahrnisse wurde eine Selbstversicherung eingerichtet.

Am Schluß des Berichtsjahres beschäftigte die städtische Gebäudeversicherungsanstalt 2 (1935: 3) Beamte und 1 (1935: 1) Angestellten. Im Wirtschaftsergebnis haben sich die Gebühreneingänge verbessert; bei den Ausgaben konnten Einsparungen erzielt werden, sodaß der Zuschuß nicht in der vorgesehenen Höhe beansprucht werden mußte.

E. Ortsgericht.

Im Berichtsjahr hatte das Ortsgericht für den Bezirk Karlsruhe, Beiertheim, Mühlburg und Grünwinkel 2343 (1935: 2225), Karlsruhe-Bulach 16 (1935: 19), Karlsruhe-Daxlanden 50 (1935: 61), Karlsruhe-Rintheim 18 (1935: 21) und Karlsruhe-Rüppurr 139 (1935: 130) Geschäftsfälle zu erledigen. Trotz der Steigerung der Fälle auf insgesamt 2566 (1935: 2456) haben sich Einnahmen und Ausgaben schwach vermindert, sodaß der Zuschußbedarf gegenüber dem Vorjahr ziemlich unverändert blieb.

F. Staatliches Grundbuchamt.

Das staatliche Grundbuchamt vollzog im Berichtsjahr die Eintragung von: 840 (1935: 906) Eigentumsübergängen an Grundstücken im Ausmaß von 870 229 (1935: 959 473) qm und einem Veräußerungspreis von 11 732 807 (1935: 9 134 003) *RM*; 859 (1935: 897) Hypotheken im Gesamtbetrag von 9 908 701 (1935: 6 648 360) *RM*; 185 (1935: 357) Grundschulden im Gesamtbetrag von 1 673 955 (1935: 3 677 616) *RM*; 753 (1935: 834) Hypothekenlöschungen im Gesamtbetrag von 5 396 688 (1935: 4 667 994) *RM*; 193 (1935: 141) Grundschuldlöschungen im Gesamtbetrag von 2 074 693 (1935: 1 939 343) *RM*. Die eingetretene Besserung auf dem Grundstücksmarkt beweisen der der Zahl der Fälle und der veräußerten Fläche nach zwar verminderte, dem Wert nach aber gestiegene Grundstücksverkehr, die erhöhten Hypotheken- und Grundschuldeintragungen und die verstärkten Löschungen von Pfandrechten.

Im sachlichen Aufwand der Stadt für das Grundbuchamt trat eine Steigerung ein.

G. Amtliche Schätzung von Liegenschaften.

Nach Anhörung der amtlichen Schätzungskommission sprach der Oberbürgermeister im Berichtsjahr 215 (1935: 236) amtliche Grundstücksschätzungen aus.

Der Gebühreneingang war nahezu unverändert, die Ausgaben sind jedoch angestiegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft.

(Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr).

(Einzelhaushaltsplan Nr. 3).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
I. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Förderung von Industrie und Handel.					
Gebühren und Beiträge für die Industriegleise	15 160	15 536	376	—	15 662
B. Zuchtviehhaltung.					
1. Gebühren und Beiträge	2 000	2 109	109	—	2 303
2. Mieten	260	110	—	150	—
3. Einnahmen aus dem Betrieb	2 960	3 251	291	—	3 747
C. Luftfahrtwesen.					
Mieten	7 510	10 440	2 930	—	6 667
D. Sonstige Einnahmen	100	527	427	—	4 225
Summe der Einnahmen	27 990	31 973	4 133	150	32 604
Ausgaben.					
A. Förderung von Industrie und Handel.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 000	1 987	—	13	1 504
b) Sachlich	109 910	85 989	—	23 921	103 582
	111 910	87 976	—	23 934	105 086
B. Zuchtviehhaltung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	9 170	8 977	—	193	8 845
b) Sachlich	19 370	16 890	—	2 480	20 634
c) Nutzungswert der Gebäude	1 120	1 120	—	—	1 120
2. Einmalige Ausgaben	1 150	250	—	900	279
3. Verwaltungskostenbeiträge	600	600	—	—	710
	31 410	27 837	—	3 573	31 588
C. Luftfahrtwesen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	7 190	6 963	—	227	5 700
c) 1. Zinsendienst	6 958	6 958	—	—	—
2. Tilgung	6 662	6 662	—	—	—
2. Einmalige Ausgaben	4 600	10 466	5 866	—	33 415
3. Verwaltungskostenbeiträge	80	80	—	—	80
	25 490	31 129	5 866	227	39 195

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

D. Sonstige Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Beiträge an den Karlsruher Verkehrsverein	26 450	50 370	23 920	—	32 813
b) Andere Beiträge	5 510	4 971	—	539	5 425
c) Für Benützung der Festhalle, des Konzerthauses und der Ausstellungshalle	14 000	7 792	—	6 208	2 680
d) Sonstiges	800	1 913	1 113	—	3 961
2. Einmalige Ausgaben	250	250	—	—	1 080
	47 010	65 296	25 033	6 747	45 959
Wiederholung.					
A. Förderung von Industrie und Handel . . .	111 910	87 976	—	23 934	105 086
B. Zuchtviehhaltung	31 410	27 837	—	3 573	31 588
C. Luftfahrtwesen	25 490	31 129	5 866	227	39 195
D. Sonstige Ausgaben	47 010	65 296	25 033	6 747	45 959
Summe der Ausgaben . .	215 820	212 238	30 899	34 481	221 828
Summe der Einnahmen . .	27 990	31 973	4 133	150	32 604
Zuschuß . .	187 830	180 265	—	7 565	189 224

A. Förderung von Industrie und Handel.

Im Bestand der von der Stadt unterhaltenen Industriegleise, an denen neben städtischen Ämtern auch private Firmen angeschlossen sind, trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Die Eingänge an Gebühren und Beiträgen für Benützung der Industriegleise hielten sich ebenfalls in nahezu gleicher Höhe wie im Vorjahr. Dagegen konnten am Unterhaltungsaufwand Einsparungen erzielt werden.

Der Zuschuß zur Verwaltung des Industriegeländes (IX,2F) erfuhr erneut eine Verminderung auf 71981 (1935: 86384) *RM*.

B. Zuchtviehhaltung.

In den Zuchttierhaltungen der Stadtteile Bulach, Daxlanden, Rüppurr, Rintheim und Knielingen waren am Schluß des Berichtsjahres 12 Zuchtfarren, 6 Zuchteber und 18 Zuchtziegenböcke aufgestellt. Die Wartung besorgten 5 Farrenwärter und 1 Eber- und Ziegenbockhalterin. Die Überwachung der Stallungen sowie der Pflege und Fütterung oblag dem Schlacht- und Viehhofamt. Einnahmen und Ausgaben waren infolge verminderter Abgabe und Neuanschaffung von Tieren rückläufig.

C. Luftfahrtwesen.

Der Ausbau des Karlsruher Flughafens wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Unter den baulichen Maßnahmen ist die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes durch die Badisch-Pfälzische Flugbetrieb A.G. unter Beteiligung und Bauleitung der Stadt besonders erwähnenswert. Die Errichtung dieses Neubaues anstelle des alten Holzgebäudes war ein dringendes Erfordernis und nach der Verlegung des Abfertigungsgeländes von der West- auf die Ostseite des Fluggeländes nicht mehr aufschiebbar. Das mit gepflegten Anlagen umgebene neue Gebäude wird den Erfordernissen eines neuzeitlichen Flugbahnhofs gerecht. Anschließend an das Verwaltungsgebäude wurde von der Brauerei Schrempp-Printz A.G. eine neue Flughafen-Gaststätte errichtet, die helle, gediegen ausgestattete Räume enthält; eine Terrasse ermöglicht es, das gesamte Flughafengelände frei zu überblicken. Für

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die am 1. März 1936 eröffnete Reichssportfliegerschule, deren Büros und Schulräume in unzulänglicher Weise untergebracht sind, begann die Stadt im Laufe des Berichtsjahres mit der Erstellung eines Schul- und Verwaltungsgebäudes. Weiter wurden ein Tankhaus und mehrere Kraftwagenunterstellräume gebaut.

Im Sommerflugplan 1936 beflog den Flughafen Karlsruhe nur eine (1935: 2) Linie. Diese Verminderung der Fluglinien war vor allem durch die Erschwerungen bedingt, die das weite Auseinanderliegen der neuen Flugzeughalle von dem früheren Verwaltungsgebäude mit sich brachte. Es ist zu hoffen, daß nach Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes die verlorenen Fluglinien wieder über Karlsruhe geführt werden. Die Sommer-Linie Karlsruhe—Mannheim—Frankfurt a. M. —Halle/Leipzig—Berlin und zurück hatte Anschlüsse nach allen wichtigen deutschen und ausländischen Flughäfen; sie wurde hauptsächlich durch eine dreimotorige Ju 52 beflogen.

Während der Wintermonate hatte Karlsruhe ebenfalls eine (1935: 1) Linie Karlsruhe—Berlin und zurück, die gute Verbindungen nach fast allen bedeutenden Plätzen des Kontinents vermittelte.

Die Zahl der angekommenen und abgeflogenen Gäste betrug im Berichtsjahr 1 640 (1935: 1 687) und hat demnach trotz Wegfalls einer Fluglinie die Zahl des Vorjahres fast erreicht.

Die Entwicklung des Luftsportbetriebs war außerordentlich günstig. Es ist die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß der hiesige Flughafen von zahlreichen auswärtigen Maschinen angeflogen wird. Diese Beliebtheit des Platzes hängt wesentlich mit der guten Beschaffenheit des Rollfeldes zusammen, das ein gefahrloses Starten und Landen auch bei schlechter Witterung gestattet.

Die Verwaltung des Flughafens wurde auch im Berichtsjahr von der Karlsruher Flughafengesellschaft m.b.H., an der die Stadt überwiegend beteiligt ist, gegen Zahlung eines Mietzinses geführt.

Die Einnahmen für das Luftfahrtwesen sind infolge der durch die Erweiterung des Geländes und der städtischen Neubauten erhöhten Miete gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Auch die laufenden Ausgaben haben gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung erfahren, da die an das Domänenamt zu zahlende Miete durch die Hinzunahme weiteren Geländes sich erhöht hat. Der Ansatz des Haushaltsplanes für einmalige Ausgaben wurde infolge der ausgeführten, nicht vorgesehenen Neubauten (Garagen, Schmiede u. a.) stark überschritten, blieb jedoch wesentlich hinter dem Vorjahr zurück.

D. Sonstiges.

Fremdenverkehr.

Im Berichtsjahr wurde Karlsruhe von insgesamt 115 112 (1935: 116 714) Fremden besucht Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um 1,37 (1935: Zunahme um 14,8) v. H., wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß im Vorjahr 6 350 anläßlich des Badischen Sängerbundesfestes hier weilende Sänger in die Fremdenzahl einbezogen wurden, die in Privatzimmern oder Massenquartieren untergebracht waren. Von den 115 112 Fremden sind 99 780 = 86,68 (1935: 80,78) v. H. in Hotels und Gasthäusern, 653 = 0,57 (1935: 0,58) v. H. in Privatpensionen, 6 650 = 5,78 (1935: 5,10) v. H. in Herbergen und 8 029 = 6,97 (1935: 7,33) v. H. in Jugendherbergen abgestiegen. Diese Aufteilung zeigt einen starken Gewinn für das Hotel- und Gasthausgewerbe. Erwähnenswert ist weiterhin, daß in den Jugendherbergen im Berichtsjahr 470 (1935: 315) ausländische Besucher, davon 82 (1935: 27) aus Übersee, gezählt wurden.

Die Zahl der Übernachtungen im Berichtsjahr hat mit 196 519 (1935: 186 965) um 5,11 (1935: 9,06) v. H. gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Daraus läßt sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 1,71 (1935: 1,56) Tagen für jeden Fremden errechnen. Die meisten Übernachtungen, nämlich 83,29 v. H. aller Nächtigungen, hatten Hotels und Gasthäuser aufzuweisen. Es zeigt sich auch hier, daß die Belebung des Fremdenverkehrs in erster Linie dem Hotel- und Gaststättengewerbe zugute kam.

Unter den 115 112 Fremden befanden sich im Berichtsjahr 11 214 (1935: 9 199) Ausländer und 103 898 (1935: 107 515) Inländer; das bedeutet eine Steigerung des Ausländerbesuchs um 21,90 (1935: 9,00) v. H. und ein Sinken des Inländerbesuchs um 3,96 (1935: Steigerung um 12,9) v. H.

Das wirtschaftliche Ergebnis weist bei den Ausgaben eine starke Zunahme infolge außerordentlicher Zuschüsse an den Verkehrsverein auf.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kraftverkehr.

Am 1. Juli 1936 wurden in der Stadt Karlsruhe 3037 Krafträder, 3937 Personenwagen, 1064 Lastwagen und 195 sonstige Kraftfahrzeuge gezählt. Die Gesamtzahl aller Kraftfahrzeuge hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19,96 (1935: 14,7) v. H. auf 8233 (1935: 6886) erhöht. Karlsruhe hat auch im Berichtsjahr lebhaft an der Motorisierung Deutschlands teilgenommen. In hiesiger Stadt entfiel auf 19 Einwohner ein Kraftfahrzeug. Karlsruhe nimmt damit am Stand der Motorisierung die dritte Stelle in Deutschland ein. Es bleibt nur hinter München mit 15 Einwohnern und Stuttgart mit 18 Einwohnern je Kraftfahrzeug zurück.

4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche und Tagungen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 4).

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	230	983	753	—	274
2. Einmalige Einnahmen	7500	1525	—	5975	8627
Summe der Einnahmen	7730	2508	753	5975	8901
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	7500	7500	—	—	7488
b) Sachlich	20000	49920	29920	—	35752
2. Einmalige Ausgaben	13080	3757	—	9323	78530
3. Verwaltungskostenbeiträge	500	500	—	—	500
Summe der Ausgaben	41080	61677	29920	9323	122270
Summe der Einnahmen	7730	2508	753	5975	8901
Zuschuß	33350	59169	25819	—	113369

Unter den festlichen Veranstaltungen des Berichtsjahres ist an erster Stelle wieder der Nationalfeiertag am 1. Mai zu nennen, der als Fest des gesamten schaffenden Volkes zum vierten Mal seit der nationalsozialistischen Machtübernahme feierlich begangen wurde. Den Festplatz zierte der am Vortag aufgestellte Maibaum. Um die zehnte Morgenstunde begannen die Marschkolonnen, Fahnen, Musikzüge, Ehrenformationen, Marschblöcke der Behörden und Betriebe den großen Sternmarsch nach dem Maifeld, um der Übertragung des Staatsaktes aus Berlin mit der Rede des Führers anzuwohnen. Der Tag klang aus in den Kameradschaftsfeiern der einzelnen Behörden und Betriebe.

Am Sonntag, den 10. Mai 1936, vereinigte der Karlsruher Garnisonstag Zehntausende alter Soldaten in den Mauern der Stadt. Festzug und Treuekundgebung vor dem Schloß gaben dem Treffen das besondere Gepräge. Aus Anlaß des Karlsruher Garnisonstages erhielt der Karlsplatz zur Erinnerung an das heldenhafte Ringen in Flandern, an dem auch Karlsruher Regimenter sich mit Auszeichnung beteiligt haben, die Bezeichnung „Langemarckplatz".

Anläßlich der Hauptversammlung des Deutschen Kältevereins im Verein Deutscher Ingenieure in Verbindung mit der Haupttagung des Fachausschusses für die Forschung in der Lebensmittelindustrie wurde das der Technischen Hochschule angegliederte Reichsinstitut für Lebensmittelfrischhaltung am 25. Mai 1936 feierlich eingeweiht. Am folgenden Tag empfing der Oberbürgermeister die Gäste im Bürgersaal des Rathauses.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 4. Juni 1936 enthüllte der Oberbürgermeister im Rahmen einer einfachen, würdigen Feier das Ehrenmal für die im Weltkrieg gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Karlsruhe, das im Haupteingang des Rathauses Aufstellung gefunden hat, in Anwesenheit der Hinterbliebenen.

Zur glücklichen Rückkehr des Kreuzers „Karlsruhe" von seiner fünften Auslandsreise entbot der Oberbürgermeister am 10. Juni 1936 dem Kapitän zur See Siemens die Glückwünsche der Patenstadt.

Über die Erziehung des deutschen Menschen sprach am 5. Juli 1936 Reichsamtsleiter Hilgenfeldt in einer Großkundgebung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.

Am 17. Juli 1936 trafen 180 Hitler-Jungen aus Danzig nach einem Besuch in Nürnberg in Karlsruhe ein. Auf dem Bahnhof hatten Fanfarenbläser und Trommler des Jungvolkes Aufstellung genommen, außerdem waren Stadtrat Riedner und Gebietsführer Kemper zum Empfang am Bahnhof erschienen. Nach dem gemeinsamen Mittagessen in der Festhalle, zu dem die Stadtverwaltung eingeladen hatte, beschloß eine Rundfahrt der Gäste durch die Stadt den hiesigen Besuch.

Einen herzlichen Empfang bereitete die Stadt am 11. August 200 auslandsdeutschen Ehrengästen, die, vom Weltkongreß für Freizeit und Erholung von Hamburg kommend, auf ihrer Deutschlandreise Karlsruhe besuchten. Nach einem Empfang in Maximiliansau, wo sie den Willkommensgruß des Kreisleiters entgegennahmen, besichtigten sie das Rheinstrandbad Rappenwört. Hieran schloß sich die Begrüßung der Gäste vor dem Rathaus durch Stadtrat Riedner und den kommissarischen Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront, Rudolph, an.

Am Abend des 22. August 1936 hielt Kapitän Siemens nach Begrüßung durch Oberbürgermeister Jäger im dichtgefüllten großen Saale des städtischen Konzerthauses einen Lichtbildervortrag über die neueste Auslandsreise des Kreuzers.

Das „Fest der Deutschen Traube und des Weines 1936" wurde in der Zeit vom 19. bis 27. September 1936 in Karlsruhe mit bestem Erfolg für notleidende Winzergemeinden durchgeführt. Die Stadt Karlsruhe hatte im Berichtsjahre die Patenschaft über die Winzergemeinden Immenstaad und Hagnau am Bodensee übernommen.

Der 21. September vereinigte die Teilnehmer am 26. Deutschen Archivtag in hiesiger Stadt, zu dem neben den deutschen Teilnehmern zahlreiche Freunde und Fachgenossen aus Österreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei und den Niederlanden erschienen waren.

Eine besondere Stellung im Rahmen der Veranstaltungen des Jahres 1936 nimmt die Gaukulturwoche ein. Eingeleitet wurde sie durch eine Gautagung des Führerkorps der Partei am 26. September 1936 in der Reichsstatthalterei, bei der Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner die Richtlinien für die künftige Arbeit der Partei gab. Die Gaukulturwoche selbst bot neben Ansprachen von Reichsstatthalter Robert Wagner, Reichskulturwalter Franz Moraller, dem Präsidenten der Reichsmusikkammer, Professor Raabe, und sonstigen Persönlichkeiten aus dem deutschen Kulturleben und zahlreichen Arbeitstagungen der Kulturschaffenden vielseitige Veranstaltungen mit kulturellen Höchstleistungen. Besonders erwähnt sei die Morgenfeier in der städtischen Festhalle, bei der das Werk „Heiliges Vaterland" von Franz Philipp unter Leitung des Gauchorleiters des Badischen Sängerbundes, Hugo Rahner, zur Aufführung gelangte. Den Abschluß der Gaukulturwoche bildete der Badische Heimatabend in der Festhalle am Samstag, den 3. Oktober 1936.

Am Vortage des Erntedankfestes, Samstag, dem 3. Oktober 1936, übergaben die Ortsbauernschaften des Kreises Karlsruhe vor dem Rathaus 50 Spendenwagen an die NS-Volkswohlfahrt unter lebhafter Beteiligung der Bevölkerung. Das Erntedankfest selbst stand auch in der Gau- und Grenzlandhauptstadt, wie im ganzen Reich, im Zeichen froher und dankbarer Volksverbundenheit.

Zu einer machtvollen politischen Kundgebung gestaltete sich die Versammlung in der Markthalle am 16. Oktober 1936, in der der Frankenführer Julius Streicher in mitreißenden Worten über die großen politischen Ziele des nationalsozialistischen Kampfes und die zersetzende Rolle des Judentums zu der Karlsruher Bevölkerung sprach.

Am 4. Dezember 1936, dem Tag der nationalen Solidarität, zeigten erneut führende Männer aus Partei, Staat, Stadt und Wirtschaft durch öffentliches Sammeln für das Winterhilfswerk ihre Volksverbundenheit. Am darauffolgenden Sonntag, dem 6. Dezember 1936, nahm die Karlsruher Bevölkerung zahlreich am ersten öffentlichen Eintopfessen dieses Winters in der Festhalle teil.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Anfang Dezember konnte die neue Karlsruher Milchzentrale an der Robert-Wagner-Allee in Betrieb genommen werden. Sie bietet Gewähr für eine in jeder Beziehung einwandfreie Belieferung der Karlsruher Bevölkerung mit der so notwendigen Milch.

Die tiefere innere Zusammengehörigkeit zwischen alten und jungen Soldaten zeigte die Gemeinschaftsveranstaltung der Kameradschaft der Badischen Leibgrenadiere mit den Soldaten des Infanterie-Regiments 109. Neben dem Kommandeur des Regiments, Oberst Knörzer, wohnten zahlreiche alte und junge Offiziere und Soldaten, Vertreter der Partei, des Staates und der Stadt dem fröhlichen Treffen bei, das durch Aufführungen verschiedener Art umrahmt wurde.

Daß in Deutschland kein Volksgenosse mehr von den Freuden des Weihnachtsfestes ausgenommen ist, bewies die Volksweihnachtsfeier am 21. Dezember 1936 in der städtischen Festhalle, in der die vom Winterhilfswerk betreuten Volksgenossen mit ihren Kindern, die Hoheitsträger der Partei, die Führer der Gliederungen, die Helfer des Winterhilfswerkes und die Sammler der Jugend eine gemeinsame deutsche Volksweihnacht verlebten. Über die Weihnachtstage selbst vermittelte wieder der strahlende Weihnachtsbaum auf dem Adolf-Hitler-Platz die weihnachtliche Stimmung.

Am 21. März 1937 gedachte die Gauhauptstadt in einer Feierstunde mit ihrer Wehrmacht, der Partei, ihren Gliederungen und dem Reichsarbeitsdienst des Tages von Potsdam 1933, an dem das alte und das neue Deutschland sich endgültig zusammenfanden.

Von dem Ansehen der Gauhauptstadt und ihrer Einrichtungen über die Grenzen des Vaterlandes hinaus zeugten die zahlreichen Besuche ausländischer Studienkommissionen. Am 5. Juli 1936 besuchten Professoren und Studierende der Universität Gödburg in Schweden, am 23. Juli 1936 rumänische Studenten und am 27. Juli 1936 ungarische Professoren und Studierende die Gauhauptstadt. Vom 19. bis 22. Januar 1937 weilte eine chilenische Studienkommission, bestehend aus Professoren und Studenten, in hiesiger Stadt. Die Besuche galten in erster Linie der Technischen Hochschule und ihren wissenschaftlichen Instituten. Gleichzeitig bot die Stadtverwaltung Gelegenheit zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt und ihrer Umgebung.

Größere Ausstellungen fanden im Berichtsjahr 13 statt, davon 6 in der städtischen Ausstellungshalle und 7 in der Landesgewerbehalle. Genannt seien hiervon: 2. bis 25. Mai 1936: Deutsche Kolonial-Ausstellung in der Landesgewerbehalle, veranstaltet von der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, Gruppe Karlsruhe, 9. Mai bis 14. Juni 1936: Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe" in der städtischen Ausstellungshalle, veranstaltet von der Stadtverwaltung, 27. September bis 4. Oktober 1936: Kunstausstellung im Rahmen der Gaukulturwoche (Kulturschau in der städtischen Ausstellungshalle), 24. Oktober bis 1. November 1936: Ausstellung „Die Ausleuer", veranstaltet vom Institut für Deutsche Wirtschaftspropaganda (in der städtischen Ausstellungshalle), 12. November bis 13. Dezember 1936: Ausstellung „Deutsche Wandmalereien der Gegenwart", veranstaltet vom badischen Minister des Kultus und Unterrichts (Ausstellungshalle), 16. Januar bis 15. März 1937: Weltkriegsausstellung (Ausstellungshalle). Hinzu kommen noch die ständigen Ausstellungen im Badischen Kunstverein und zeitweilige Ausstellungen in der Badischen Kunsthalle.

Das kulturelle und geistige Leben der Stadt fand seine Pflege in zahlreichen musikalischen Veranstaltungen und Einzelvorträgen und Vortragsreihen aus allen Wissensgebieten, von denen nur diejenigen der Verwaltungsakademie, des Volksbildungswerks, der Außenabteilung der Technischen Hochschule mit der Deutschen Arbeitsfront, der Kantgesellschaft, der Geographischen Gesellschaft usw. erwähnt seien. Eine besondere Belebung der Geselligkeit und Volksverbundenheit brachten die verschiedenen Großveranstaltungen der Gemeinschaft „Kraft durch Freude". Mit allgemeiner Freude und Genugtuung wurde hierbei das Wiederhervortreten des feldgrauen Rocks im Leben und Treiben der Stadt durch die hiesige Bevölkerung begrüßt.

Von den zahlreichen Veranstaltungen auf allen Gebieten des Sportes sind besonders zu erwähnen das große nationale Sportfest auf der Hochschulkampfbahn unter Beteiligung von Kandidaten für die Olympiade, ferner das große Schwimmfest im Rheinstrandbad Rappenwört am 26. Juli und das große Reit- und Fahrturnier am 19. und 20. September 1936 auf den Rüppurrer Rennwiesen, veranstaltet vom Badischen Pferdestammbuch, der Stadt Karlsruhe und dem Standort Karlsruhe. Die Veranstaltung wurde mit einer ausgezeichneten Besetzung der verschiedenen Wettbewerber, namentlich auch seitens der Wehrmacht, durchgeführt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die zahlreichen Veranstaltungen bedingten für die Stadt höhere Aufwendungen als im Haushaltsplan vorgesehen worden waren, jedoch blieben die Anforderungen wesentlich hinter dem Vorjahr zurück.

5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 5).

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	3 000	2 129	—	871	5 530
2. Einmalige Einnahmen	—	3 449	3 449	—	—
Summe der Einnahmen	3 000	5 578	3 449	871	5 530
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	3 000	2 929	—	71	3 000
b) Sachlich	5 960	6 294	334	—	4 518
2. Einmalige Ausgaben	—	41 073	41 073	—	14 959
Summe der Ausgaben	8 960	50 296	41 407	71	22 477
Summe der Einnahmen	3 000	5 578	3 449	871	5 530
Zuschuß	5 960	44 718	38 758	—	16 947

Die einmaligen Einnahmen entstammen aus den Eintrittsgebühren für die Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe". Von den einmaligen Ausgaben war der überwiegende Teil auf den Aufbau der Ausstellung verwendet worden, der Rest betraf eine Entschädigung für eine im Interesse der Stadt gelegene Räumung eines Gebäudes und die Kosten eines Prozesses.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

II. Polizeiwesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 6).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Staatliche Ortspolizei	—	—	—	—	—
B. Baupolizei	20 750	41 853	21 103	—	38 906
C. Feldpolizei	2 000	1 319	—	681	2 126
D. Ziviler Luftschutz	—	—	—	—	—
E. Maß- und Gewichtspolizei	—	—	—	—	156
Summe der Einnahmen	22 750	43 172	21 103	681	41 188
Ausgaben.					
A. Staatliche Ortspolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben	210	88	—	122	115
c) Anteil an dem Aufwand für die staatliche Schutzpolizei	544 870	544 870	—	—	544 870
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	2 000
B. Baupolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	69 090	73 566	4 476	—	56 821
b) Sachliche Ausgaben	5 530	6 674	1 144	—	5 070
2. Einmalige Ausgaben	—	1 450	1 450	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 130	4 130	—	—	4 130
C. Feldpolizei.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	24 230	24 429	199	—	21 139
b) Sachliche Ausgaben	2 410	2 242	—	168	2 127
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	195
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 720	3 720	—	—	3 650
D. Ziviler Luftschutz.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachliche Ausgaben	10 100	8 219	—	1 881	2 052
Summe der Ausgaben	664 290	669 388	7 269	2 171	642 169
Summe der Einnahmen	22 750	43 172	21 103	681	41 188
Zuschuß	641 540	626 216	—	15 324	600 981

A. Staatliche Ortspolizei.

Der Beitrag der Stadt belief sich im Berichtsjahr aufgrund des Reichsgesetzes über den Polizeikostenbeitrag der Gemeinden vom 31. März 1936 (RGBl. I S. 335) für die lebenslänglich angestellte staatliche Polizei auf 482 630 (1935: 482 630) RM und für die auf Zeit angestellte staatliche Polizei auf 62 240 (1935: 62 240) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Baupolizei.

Der gewaltige Aufschwung auf dem Gebiete der Bautätigkeit, der im Wirtschaftsjahr 1935 zu verzeichnen war, hat auch im Wirtschaftsjahr 1936 mit gleicher Stärke angehalten. Die Zahl der Baugesuche wuchs auf 1 112 (1935: 1 047). Hiervon entfielen 233 (1935: 263) Gesuche auf Neubauten von Wohnhäusern. An besonderen Bauvorhaben, die genehmigt wurden, sind zu erwähnen: 67 Wohnhäuser des Mieter- und Bauvereins in der Rheinstrandsiedlung als erster Teil einer großangelegten Siedlung, 12 Wohnhäuser der Parksiedlungsgenossenschaft „Eigenhandbau" an der Ludendorffstraße, 11 Wohnhäuser der Badischen Beamtenwohnungs-G.m.b.H. in der Grenadierstraße, 34 Wohnhäuser der „Gewobag" im Gewann Heidenstücker, 39 Wohnhäuser der Badischen Handwerksbau-A.G. in der Berckmüller-, Tannhäuser-, Hagen-, Felix-Mottl- und Seldeneckstraße und am Buchwiesen- und Kornweg. Von besonderer Bedeutung sind weiter folgende Bauten: Der Erweiterungsbau der Evangelischen Diakonissenanstalt an der Diakonissenstraße, der Erweiterungsbau des St. Vinzentiuskrankenhauses in der Südendstraße, der Neubau einer katholischen Kirche im Dammerstock, der Erweiterungsbau des Führer-Verlags in der Lammstraße, der Neubau eines Lichtspieltheaters in der Rheinstraße, der Neubau eines elektrischen Prüfungsamts des Badenwerks in der Robert-Wagner-Allee, der Neubau eines Arbeitsamts der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Kapellenstraße und der Neubau von 45 Wohnhäusern der Stadt Karlsruhe an der Turmberg-, Wattkopf- und Kreuzelbergstraße. Diese umfangreichen Bauwerke haben eine ganz bedeutende Belebung des Baumarktes mit sich gebracht.

Von den eingegangenen 1 112 (1935: 1 047) Baugesuchen betrafen 233 (1935: 263) Wohnhausneubauten, 287 (1935: 270) Wohnhausumbauten, 72 (1935: 53) Wohnungs-, Bäder- und sonstige Ein- und Anbäuten, 204 (1935: 197) kleine Bauveränderungen, 8 1935: 1) Neubauten von Kirchen, Schulen und Geschäftshäusern, 2 (1935: 4) Fabrikneu- und 16 (1935: 5) Fabrikumbauten, 175 (1935: 123) Schuppen, Werkstätten und Ställe, 15 (1935: 9) Magazine und Lagerhallen, 133 (1935: 120) Garagenbauten, 18 (1935: 28) Tankstellen, 100 (1935: 126) Einfriedigungen, 22 (1935: 16) sonstige Bauten, 23 (1935: 18) Abbrüche aller Art; 37 (1935: 31) Baugesuche waren von Reichs- und Staatsbehörden und 43 (1935: 33) von der Stadtverwaltung eingereicht, die nach Behandlung im Stadtbauausschuß dem Polizeipräsidenten als zuständige Behörde zur Verbescheidung vorgelegt wurden.

Insgesamt wurden bis 31. März 1937 947 (1935: 869) Baugesuche genehmigt, 52 (1935: 43) abgelehnt, 17 (1935: 29) zurückgezogen; 96 (1935: 106) Gesuche waren am Ende des Berichtsjahres noch nicht verbeschieden. Von den genehmigten Neubauten entfielen 168 auf einzelne Bauherren, 4 auf gemeinnützige Bauvereinigungen und 7 auf Baugesellschaften, die jeweils für den Einzelfall gegründet worden waren.

Der Stadtbauausschuß hat in 32 (1935: 25) Sitzungen 1 651 (1935: 1 283) Fälle behandelt.

Bei dem größten Teil der eingekommenen 228 (1935: 192) Beschwerden über schadhafte und gesundheitsschädliche Wohnungen konnte eine Beseitigung der vorgefundenen Mißstände durch die Baupolizei ohne besondere Verfügung erzielt werden; in 89 (1935: 78) Fällen waren polizeiliche Maßnahmen erforderlich. Die Erledigung sämtlicher Anträge erforderte etwa 700 bis 750 Kontrollgänge.

Wegen Rauch- und Rußbelästigungen kamen 184 (1935: 168) Beschwerden ein, wobei 92 (1935: 62) polizeiliche Anordnungen und 550 bis 600 Kontrollgänge notwendig waren.

Die Kontrollen in den Lichtspieltheatern gaben keinen Anlaß zu Beanstandungen.

Im Reklamewesen sind die behelfsmäßigen Werbezeichen, die in früheren Jahren fast zur ständigen Einrichtung geworden waren, aus dem Straßenbild vollständig verschwunden. Insgesamt wurden 816 (1935: 754) Gesuche um Anbringung von Werbeschildern, Transparenten, Aufschriften, Schaukästen, Warenautomaten usw. vorgelegt; hiervon wurden 733 (1935: 660) Gesuche genehmigt, 83 (1935: 94) teils abgelehnt, teils zurückgezogen.

Die Überwachung des Bauarbeiterschutzes war, wie in den Vorjahren, sehr umfangreich. Neben den vielen Gerüsten der zahlreichen Neu- und Umbauten mußten die zur Ausführung von Maler-, Tüncher-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten erstellten Gerüste einer ständigen Kontrolle unterzogen werden. In den Fällen, bei denen sich Verstöße gegen die Bauarbeiterschutzvorschriften erwiesen, wurde im Hinblick auf die Sicherheit von Menschenleben in den weitaus meisten Fällen an Ort und Stelle durch rasches Handeln und sofortige entsprechende Maßnahmen die Beseitigung beanstandeter Mißstände erreicht. Hierdurch gelang es, die Anordnung schriftlicher Auflagen auf einige besonders gelagerte Fälle zu beschränken.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wegen unerlaubter Bauausführung, Verletzung der Bauarbeiterschutzbestimmungen und Nichtbeachtung bau- und feuerpolizeilicher Vorschriften mußten 138 (1935: 112) Geldstrafen ausgesprochen werden.

Auch im Berichtsjahr haben die staatlichen Verwaltungsbehörden die Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei zur Beratung herangezogen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Baupolizei brachte im Berichtsjahr gegenüber dem Haushaltsplan eine außerordentliche Steigerung bei den Einnahmen; dabei muß berücksichtigt werden, daß seit 1. Januar 1937 die Baugebühren nicht mehr nach den bisherigen Sätzen der städtischen Verwaltungsgebührenordnung, sondern nach den niedereren Sätzen der staatlichen Baugebührenordnung zu berechnen sind. Auch die Ausgaben zeigten eine starke Zunahme, was insbesondere auf die notwendig gewordene Einstellung von 3 weiteren Arbeitskräften und die Beschaffung eines Kraftwagens und dessen Unterhaltung zurückzuführen war.

Am Schluß des Berichtsjahres betrug der Personalstand 11 (1935: 9) Beamte, und 5 (1935: 4) Angestellte.

C. Feldpolizei.

Die der Stadt auf dem Gebiet der Gemarkungspolizei zustehende Feldhut wurde im Berichtsjahr mit 7 (1935: 7) Feldhütern ausgeübt, von denen jedoch 4 während der Wintermonate im Obst- und Wiesenbau Verwendung fanden.

Die Feldhüter erstatteten im Berichtsjahr 36 (1935: 200) Anzeigen. Außerdem ergingen 914 (1935: 1480) gebührenpflichtige Verwarnungen.

Der Rückgang an verhängten Strafen und Verwarnungen führte zu einer Minderung im Gebühreneingang. Bei den Ausgaben dagegen war eine Erhöhung zu verzeichnen.

D. Ziviler Luftschutz.

Der zivile Luftschutz bedingte vermehrte sachliche Aufwendungen.

III. Bauwesen.

1. Hochbauamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 7).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen	7 880	12 940	5 060	—	8 066
2. Einmalige Einnahmen	5 000	9 000	4 000	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	113 080	113 080	—	—	108 780
Summe der Einnahmen	125 960	135 020	9 060	—	116 846
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	168 990	174 926	5 936	—	169 687
b) Sachliche Ausgaben	16 180	16 547	367	—	14 425
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	340
3. Verwaltungskostenbeiträge	14 660	14 660	—	—	11 140
Summe der Ausgaben	199 830	206 133	6 303	—	195 592
Summe der Einnahmen	125 960	135 020	9 060	—	116 846
Zuschuß	73 870	71 113	—	2 757	78 746

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Hochbauamt beschäftigte im Berichtsjahr (ohne Märkte) 19 Beamte, 12 Angestellte, 2 Beamtenlehrlinge, 14 Arbeiter, 13 Heizer und 20 Putzfrauen, insgesamt 80 (1935: 64) Personen.

Im wirtschaftlichen Ergebnis zeigte sich trotz steigender Ausgaben infolge Erhöhung der laufenden und des Anfalls von einmaligen Einnahmen eine geringe Verbesserung gegenüber dem Vorjahr.

Neubauabteilung.

Mit dem bereits im Vorjahresbericht angekündigten 6. Bauabschnitt der Kleinsiedlung mit 45 Einfamilienhäusern im Gewann Heidenstücker, östlich anschließend an den 4. Bauabschnitt, konnte am 20. Oktober 1936 begonnen werden. Bereits im Laufe des Sommers hatte man die Auswahl der Siedler getroffen. Von den 45 Siedlern waren nur 13 erwerbslos; die übrigen sind Vollarbeiter, die sich zum Bau der Siedlung Werkurlaub geben ließen und während der Bauzeit Erwerbslosenunterstützung bezogen. Dieser Abschnitt der Kleinsiedlung wird voraussichtlich der letzte sein, den die Siedler im Wege des Selbsthilfeverfahrens erstellen. Die Bau-, Aufschließungs- und Einrichtungskosten für ein Haus betragen insgesamt 3500 RM; davon entfallen auf den Bau 3097 RM, auf Aufschließung 153 RM und auf Einrichtung mit lebendem und totem Inventar 250 RM. Zur Finanzierung diente ein Reichsdarlehen mit 1500 RM und ein Darlehen der Stadt mit 2000 RM, zusammen 3500 RM. Für kinderreiche Familien gab das Reich zum Ausbau von Dachkammern ein weiteres Darlehen von 300 RM. Die Kosten des einzelnen Hauses überstiegen jene des 4. Abschnitts, weil wiederum wesentliche Verbesserungen vorgenommen wurden. Die Häuser des 6. Abschnitts sind ganz unterkellert. Mit äußerem Zugang ist je eine Wasch- und Futterküche im Keller eingerichtet. Die Wohnfläche wurde etwas vergrößert und der Stall in massiver Bauweise mit ziegelgedecktem Dach an das Haus angebaut. Mit der Bezugsfertigkeit ist im November 1937 zu rechnen. Damit ist wiederum 45 Familien die Möglichkeit gegeben, aus ihren unzulänglichen Großstadtwohnungen herauszukommen in gesunde Wohnverhältnisse und durch intensive Bebauung ihres Gartens und Haltung von Kleintieren mitzuarbeiten an der Ernährungsfreiheit des deutschen Volkes. Die Aufwendungen der Stadt für den 6. Bauabschnitt der Kleinsiedlung beliefen sich im Berichtsjahr auf 63570,05 RM (verrechnet unter Kredit Tit. XXIII Nr. 11).

Auf der Ostseite des Flugplatzgeländes erstellte das Hochbauamt im Auftrag der Bad. Pfälzischen Flugbetriebs AG. ein Verwaltungsgebäude für den öffentlichen Luftverkehr. An die Nordseite des Gebäudes schließt sich eine von der Brauerei Schrempp-Printz errichtete Gaststätte an, zu der die Pläne im Benehmen mit dem Hochbauamt entworfen wurden.

Ferner entschloß sich die Stadt zur Erstellung einer Reichsluftsportfliegerschule, mit deren Bau am 3. Januar 1937 begonnen wurde.

Eine außerordentlich große Aufgabe erwuchs dem Amt in der Durchführung und Leitung der Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe", die eine besondere Behandlung am Eingang des Berichts gefunden hat.

Das Amt hatte bereits im Vorjahr mit den Arbeiten für die Ausstellung begonnen. Sie wuchsen dann im Berichtsjahr in den letzten Wochen vor der Eröffnung zu so großem Umfang an, daß mehrere Beamte ausschließlich hierfür beschäftigt waren. Infolge des Mangels an geeigneten Kräften bei den meisten städtischen Dienststellen mußte das Hochbauamt, abgesehen von der zusammenfassenden Leitung, auch noch das gesamte Ausstellungsgut für diese Dienststellen zusammentragen und zur Darstellung bringen. Außerdem oblag ihm die Ausgestaltung und Ausschmükkung der Halle und ihre Kojeneinteilung sowie die Anordnung der Ausstellungsgegenstände. Die Herrichtung der Ausstellungshalle und der Ein- und Wiederausbau der Kojen und Gegenstände erforderte einen Kostenaufwand von 22155 RM. Der sachliche und persönliche Aufwand für die Gegenstände, Zeichnungen und Modelle mußte von den einzelnen Dienststellen aus laufenden Mitteln selbst getragen werden. Er kann zu etwa 89000 RM geschätzt werden.

Mit dem Schulhausneubau im Stadtteil Grünwinkel konnte im Juli 1936 begonnen werden. Der bewilligte Kredit beträgt 507850 RM. Der erste Bauabschnitt umfaßt 10 Klassenzimmer, 1 Lehrzimmer für Religion, je 1 Aufenthaltsraum für Lehrer und Lehrerinnen, 1 Raum für Lehrmittel, die notwendigen Aborte, im Keller den Heiz- und Kohlenraum sowie Luftschutzräume. Im Oktober war der Dachstuhl aufgerichtet und am Schluß des Wirtschaftsjahres waren die Schreinerarbeiten angeschlagen. Mitte Februar 1937 folgte die Inangriffnahme des zweiten Bauab-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schnitts. Er umfaßt 8 Klassenzimmer, je 1 Lehrsaal für Physik, Zeichnen, Singen und Handfertigkeitsunterricht, 3 Handarbeitssäle mit Nebenräumen, ferner 1 Lehrer-, 1 Bibliotheks-, 1 Kartenzimmer und die Pforte, außerdem Turnhalle, Schulbad und Wohnhaus für den Hausmeister. Am Schlusse des Berichtsjahres waren die Umfassungs- und Innenwände im allgemeinen bis Sockelhöhe aufgeführt.

Im Krankenhaus zeigte sich die Schaffung einer neuzeitlichen Röntgenstation als dringend erforderlich. Zu diesem Zweck kam zunächst die Abteilung 24 des Gebäudes für innere Medizin zum Umbau. Im Zusammenhang damit stand der Ausbau der gegen Süden gelegenen Terrasse dieser Abteilung, wodurch sich im zweiten Stock ein weiteres Krankenzimmer einrichten ließ. Nach dem Kellergeschoß wurde eine Rampe angelegt als bequemere Zufahrt für den Essen- und Wäschetransport zu den Krankenräumen der Abteilung für innere Krankheiten. Am Ende des Berichtsjahres war der Umbau mit Ausnahme einzelner Anschlagarbeiten, der Malerarbeiten und der Montage der Röntgeneinrichtungen zum größten Teile fertiggestellt.

Im Auftrag und für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin, setzten am 4. August 1936 die Arbeiten ein für den Neubau des Arbeitsamtsgebäudes auf dem Gelände des ehemaligen Lokalbahnhofes, Ecke Kapellen- und Kriegsstraße, der mit 410000 *RM* veranschlagt war. Mit der Wahl des rund 4500 qm großen Bauplatzes ist ein erster Schritt zur Sanierung des angrenzenden Stadtteils getan worden. Im Zusammenhang mit der geraden Durchführung der Kapellenstraße und den um den Neubau vorhandenen bzw. vorgesehenen Grünanlagen soll ein neues Stadtbild entstehen, das als eine erwünschte Vermittlung zwischen Ettlinger Tor und Durlacher Tor empfunden werden wird. Ende des Berichtsjahres waren die Bauarbeiten bis zur obersten Stockwerksdecke fortgeschritten.

Der im Vorjahr begonnene Wohlfahrtsbau für die Gefolgschaft des Bahnamts konnte im Berichtsjahr vollendet werden. Er enthält einen Gemeinschaftssaal von 18,00 × 11,60 m, der für rund 200 Personen Sitzgelegenheit bietet, ferner einen Kantinenraum von 8,00 × 3,35 m. Das Ganze ist ein Holzbau mit Spezial-Binderkonstruktion, freitragendem Dach ohne Stützen, Wände außen mit Stulpschalung und Anstrich, innen mit Holzfaserplatten und Holztäfelung verkleidet. Das Gebäude erhielt Zentralheizung im Anschluß an die bereits vorhandene Betriebsanlage und elektrische Beleuchtung. Die Baukosten betrugen 22681,44 *RM*, Inventar und Ausstattung 3302,56 *RM*, insgesamt 25984 *RM*. Der ehemalige Speise- und Kantinenraum wurde als Umkleideraum eingerichtet und gestrichen. Der veraltete Waschraum erfuhr eine vollständige Neuausstattung mit 8 neuzeitlichen Waschbrunnen für 64 Waschplätze und einem Trinkwasserbrunnen mit einem Aufwand von 7414,21 *RM*. Die erforderlichen Beträge stammen aus Wirtschaftsmitteln der Straßenbahn der Jahre 1935 und 1936. Die Gefolgschaft des Bahnamts beteiligte sich am Ausbau durch freiwillige Arbeitsleistungen.

Das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters sollte schon im Jahre 1914 neu ausgestattet werden, infolge des Weltkriegs unterblieb jedoch die Ausführung. Im Berichtsjahr konnten endlich die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Wände erhielten eine fast bis zur Decke reichende, glatte, matt polierte Sperrholztäfelung in Rüsterholz mit eingebauten Wandschränken. In gleichmäßiger Verteilung wurden in die Täfelung 10 Rahmen zur Aufnahme von Bildnissen der Ehrenbürger eingebaut. Die in schlichten Formen gehaltenen Möbel sind matt poliert und in der gleichen Holzart wie die Wandvertäfelung ausgeführt.

Zur Ehrung der im Weltkrieg 1914 bis 1918 gefallenen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter ließ die Stadt in der Eingangshalle des Rathauses ein würdiges Denkmal aufstellen. Zur Gewinnung eines geeigneten Vorschlags wurde ein Wettbewerb unter drei Bildhauern ausgetragen. Als Sieger ging Bildhauer Fritz Moser hervor, dessen Entwurf mit einer Änderung der Figurengruppe auch zur Ausführung kam. Das in hellem Treuchtlinger Marmor erstellte Denkmal ist zwischen zwei Pilastern in die Wand eingebaut. Es weist eine Dreiteilung auf. Die beiden Seitenteile enthalten die 243 Namen der Gefallenen, der Mittelteil zeigt auf einem 1,25 m hohem Sockel einen in Hochrelief modellierten Fahnenträger in $1^1/_2$facher Lebensgröße.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Sockel erhielt die Inschrift:

Sie gaben ihr Leben
im Weltkrieg für Volk und Vaterland
Ehre Ihrem Andenken
Verwaltung und Betriebe der Stadt Karlsruhe

In einer ergreifenden Feier wurde das Ehrenmal am 4. Juni 1936 enthüllt.

Weiterhin bereitete das Amt verschiedene Neubauten vor, so den Bau von 24 Volkswohnungen im Rahmen der entsprechenden Maßnahmen der Reichsregierung im Stadtteil Knielingen am Elsternweg. Für das Hafenamt ist ein Gesamtplan zur Erweiterung der Betriebswerkstätte einschließlich Wohlfahrtsräumen und Büros aufgestellt worden, dessen Baukosten sich auf 197 000 *RM* errechnen.

Für betriebstechnische und hygienische Verbesserungen des Krankenhauses wurden verschiedene Entwürfe und Voranschläge aufgestellt und zwar: In der Abteilung für Medizin: Ausbau der Terrassen in den Abteilungen 22 und 29 sowie Aufteilung von zwei großen Sälen in je drei kleinere Zimmer mit 60 900 *RM* Kostenaufwand. In der Abteilung für Chirurgie: Unterputzlegen der elektrischen Leitungen, Erweiterung der sanitären Anlagen, Einbau von Doppelfenstern und eines weiteren Personenaufzugs, Umbau des nicht benötigten zweigeschossigen Treppenhauses bei der Abteilung 6 zu 4 Krankenzimmern im Kostenbetrag von 270 000 *RM*. In der Hautabteilung: Schaffung weiterer sanitärer Einrichtungen wie Bad, Abort, zwei Urinanlagen und Waschbecken, Kostenanschlag 27 700 *RM*. Die Ausführung soll auf drei Jahre verteilt werden.

Des weiteren wurden zahlreiche Projekte barbeitet für die Unterbringung einer Jugendherberge, für ein NS-Schwesternheim, eine Militärmusikschule, Sendestelle für den Reichsrundfunk, HJ-Heime, Wartehallen, eine Getreidetrocknungsanlage im Silogebäude am Rheinhafen und den restlichen Ausbau des Dachstocks im Kindersolbad Donaueschingen zu zwei Schlafsälen und einem Schwesternzimmer.

Bauverwaltung.

Der Bauverwaltung obliegt die Verwaltung und Unterhaltung des stadteigenen Haus- und Inventarbesitzes im derzeitigen Steuerwert von 51 520 000 *RM*. Für die Instandsetzung des obengenannten Hausbesitzes wurden im Berichtsjahre 385 254 *RM* aufgewendet. Dabei erstreckte sich die laufende Unterhaltung mit 262 370 *RM* nur auf das Allernotwendigste. 122 884 *RM* sind für einmalige Aufwendungen ausgegeben worden. An größeren Arbeiten sind zu nennen: Erneuern des Turnhallenfußbodens im Schulhaus Daxlanden, Beschaffung von größeren Schulbänken, Verbesserung der elektrischen Beleuchtung in den beiden Südendschulen, Umglasen und Instandsetzen der Oberlichter der Goetheschule, Erneuern der Duschanlagen in der Schwimmhalle des Dierordtbades, Erneuern der Verladerampe und des Fußbodens im Erdgeschoß der Getreidelagerhalle, Instandsetzen von Dächern im Schlacht- und Viehhof, Erneuern der Zentralheizungskessel im Schulhaus Rüppurr, Beschaffung eines Podiums in die Markthalle für 600 Personen.

Insgesamt hat die Bauverwaltung für die von ihr betreuten Abschnitte des Haushaltsplans eine Summe von 1 154 879 *RM* angewiesen. Darunter ist neben der Gebäudeunterhaltung auch der Aufwand für Heizung, Beleuchtung, Versicherung, öffentliche Abgaben, Reinigung u. a. enthalten. Näheren Aufschluß gibt die nachstehende Zusammenstellung:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Einzel-Haushalt Nr.	Bezeichnung der Einzelhaushalte	Zahl der Grundstücke	Gebäude- und Inventarwerte	Bauunterhaltung laufend	Bauunterhaltung einmalig	Gesamtausgaben einschl. öffentl. Lasten u. a.	Mietzahl von Wohnungen u. gewerbl. Räumen	Mieteinnahmen von Dritten
			RM	RM	RM	RM		RM
1	Hauptverwaltung	8	3 083 730	11 742	17 576	111 263	11	39 520
3	Zuchtviehhaltung	6	42 470	1 136	250	1 436	1	110
13	Volksschulen	33	10 316 520	53 571	24 690	290 588	36	18 140
14	Höhere Lehranstalten	6	4 463 120	14 844	3 874	113 440	18	5 136
15	Gewerbeschulen	1	1 824 760	4 909	4 526	37 867	3	7 640
16	Handelsschulen	2	501 200	2 134	3 494	21 391	2	899
18	Kunst und Wissenschaft					21 919		
	Kirchen	2	34 740	44				
	Öffentliche Denkmäler			1 025				
19	Fürsorgeamt	1	215 490	3 001	2 697	11 676	1	421
20	Altersheim	1	209 170	1 968	266	9 746		
21	Jugendamt	1	71 360	1 311		4 677		
22	Kinder- und Säuglingsheim	1	671 070	4 649		25 642	1	561
23	Sonstiges Wohlfahrtswesen	2	280 470	2 517		3 664	2	13 520
24	Krankenhaus	1	3 841 040	35 173		117 752	4	5 740
25	Erholungsheim Baden	1	159 970	1 102		2 924		
26	Badeanstalten	4	1 476 480	6 226	17 672	28 065	11	18 400
36	Freiwillige Feuerwehr	14	86 830	575	444	1 046	1	60
37	Bestattungswesen (Friedhöfe)	10	450 290	3 725	2 319	12 634	3	1 008
38	Stadtgarten	1	316 960	3 687	1 265	8 352	4	1 480
39	Öffentliche Anlagen	1	38 890	291		385		
40	Waagen	6	46 780	1 351		1 750	2	770
41	Wasenmeister	1	20 060	158		351	1	490
46	Rheinhafen	11	1 977 340	4 772	4 918	15 908	3	1 483
47	Schlacht- und Viehhof	2	2 188 810	10 423	19 351	36 484	22	29 361
48	a. Märkte	6	677 420	5 984		36 173	17	15 854
	b. Messen	1	44 700	607	2 798	9 900	1	3 600
50	Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude	133	7 532 100	63 487	16 123	182 914	668	463 200
51	Festhalle	1	1 314 390	9 227		14 572	2	3 230
52	Konzerthaus	1	1 354 260	1 856		5 059	1	4 900
53	Ausstellungshalle	1	833 630	3 134		5 619		
54	Grundstücksverwaltung (verpachtete Güter und Tribüne Rennwiese)	3	539 720	1 695	621	3 280	4	8 100
55	Industriebauten	6	1 603 960	2 502		13 295	22	43 400
56	Stadtwald	1	3 650	38		38	1	300
B 2	Gartenamt	1	107 480	607		1 004	2	1 864
B 3	Stadtgärtnerei	1	69 880	1 792		2 057	2	902
	Pfandleihhaus	1	124 210	467		467	1	3 872
	R.-Wagner-Allee 14	1	75 560	640		1 541	5	5 307
		273	46 598 510	262 370	122 884	1 154 879	852	699 268

Bemerkenswert ist eine Zusammenstellung der Unkosten für die jährliche Reinigung der stadteigenen Schulhäuser, die 70 350 RM ergibt. Aus der Vermietung von 852 Privatwohnungen oder gewerblichen Räumen an Dritte hat die Stadt im Berichtsjahr eine Einnahme von 699 268 RM gezogen. Die zu Alt-Gottesaue gehörige sogenannte hintere Kaserne, die gleich nach dem Kriege der Stadt widerruflich zum Einbau von Notwohnungen unentgeltlich überlassen worden war, mußte dem Staat zurückgegeben werden. Dem Wohnungsmarkt gingen dadurch 11 Wohnungen verloren. Insgesamt fanden im Berichtsjahr 62 Wohnungswechsel statt. Diese Umzüge brachten durch die jeweils damit verbundenen Instandsetzungsarbeiten erhebliche Ausgaben.

Anläßlich der verschiedensten Festlichkeiten hat die Stadt seit der Machtübernahme bis zum Ende des Berichtsjahres Flaggen im Wert von 24 750 RM beschafft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heizungsabteilung.

Die der Heizungsabteilung des Hochbauamts im Berichtsjahr zur Verwaltung und Beaufsichtigung unterstellten Heizungsanlagen und sonstigen technischen Einrichtungen, wie Warmwasserbereitungsanlagen, Dampfkochkessel für Großküchenbetriebe, Lüftungsanlagen, Leichenverbrennungsöfen u. a. haben gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen erfahren. Hinzugekommen ist die Projektierung, Berechnung und Ausführung von Neuanlagen, wie die Heizungsanlage, die Gas-, Wasser- und Abwasserinstallation sowie die Einrichtung der sanitären Anlagen für den Neubau der Schule im Stadtteil Grünwinkel, ferner die Anlage für das neue Wohlfahrtsgebäude des Bahnamts, der Umbau und die Erweiterung der Heizungsanlage im Hause Kaiserstraße 145 und der vollständige Neueinbau einer Kesselanlage für die Schule in Rüppurr, bestehend aus zwei gußeisenen Gliederkesseln mit zusammen 70 qm Heizfläche. Die alte Kesselanlage war seit 1912 im Betrieb. Durch die Einwirkung der Feuchtigkeit von unten waren die alten schmiedeeisernen, ummauerten Kessel auf der Unterseite so stark abgerostet, daß sich eine Instandsetzung der hohen Kosten wegen nicht mehr lohnte.

Der Aufwand für Heizung und Beleuchtung der städtischen Schulen und der dem Hochbauamt unterstehenden städtischen Dienststellen (ausgenommen die Betriebe, Badverwaltung, Gartenamt, Tiefbauamt, Schlachthof und Krankenhaus) betrug: Für Zündhölzer, Kerzen und Petroleum 62,58 RM, für Brennholz 9513,97 RM, für Kohlen, Anthrazit und Briketts 7523,81 RM, Koks 100015,23 RM, Gas 48492,10 RM, Strom 49377,49 RM, zusammen 214985,18 (1935: 213836,21) RM.

2. Stadterweiterung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 7 a).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Einnahmen aus dem Betriebe	300	838	538	—	715
3. Verwaltungskostenbeiträge	9000	9000	—	—	9000
Summe der Einnahmen . .	9300	9838	538	—	9715
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	40420	38551	—	1869	35756
b) Sachliche Ausgaben	7160	7274	114	—	6804
2. Einmalige Ausgaben	12870	11179	—	1691	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	9200	9200	—	—	9000
Summe der Ausgaben . .	69650	66204	114	3560	51560
Summe der Einnahmen . .	9300	9838	538	—	9715
Zuschuß . .	60350	56366	—	3984	41845

Stadtplanung.

Form und Inhalt der Städte sind ein Ausdruck der Gesinnung und des Willens der Zeit, in der sie geworden sind. Die Gestaltung einer Stadt, in der sich das gesamte geistige und materielle Leben ihrer Bewohner abspielt und die außerdem Teil des größeren Ganzen ist, muß demnach je nach der geschichtlichen Epoche ihres Werdens verschieden sein. Die Weltanschauung des Nationalsozialismus wird daher zwangsläufig einer Stadt ein anderes Gepräge als die Epoche des Indi-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

vidualismus geben. Andererseits sind Bauwerke für den Gebrauch von Generationen bestimmt. Daraus ergibt sich, daß eine größere Stadt nicht von heute auf morgen ihr Gesicht völlig ändern kann, daß vielmehr ihr Umbau nach heutigen kulturellen und gesundheitlichen Anschauungen nur allmählich möglich ist. Jede Neugestaltung aber muß im Geiste der heutigen Zeit und so vor sich gehen, daß sie sich als Teil in das künftige Ganze einfügt. In diesem Sinn sind auch die städtebaulichen Planungsarbeiten des Berichtsjahres durchgeführt worden.

Die bereits im Vorjahr in Angriff genommene Wirtschafts- und Verkehrsplanung wurde fortgesetzt. Vor allem erfuhren die Fragen der grundlegenden Hauptverkehrsstraßen eine weitgehende Prüfung. Wie schon im vorjährigen Verwaltungsbericht erwähnt, handelt es sich vornehmlich um die Verbesserung der drei hauptsächlichsten Ausfallstraßen nach Osten, Süden und Westen. Im Osten wurde schon im Berichtsjahr eine einschneidende städtebauliche und verkehrliche Verbesserung der Verwirklichung näher gebracht durch den Beginn mit den Arbeiten für die Hochlegung und Verbreiterung der Robert-Wagner-Allee zwischen deren Hochpunkten bei der Überführung der Gütergleise nach Mannheim und des Bahnhofs Durlach. Es entsteht dadurch eine Art Hochstraße mit Freihaltung der Aussicht nach allen Seiten.

Am unzulänglichsten ist die Ausfallstraße nach Süden. Diese faßt hauptsächlich den von der Rüppurrer-, Ettlinger- und Karlstraße durch drei Unterführungen des Personenbahnhofs kommenden Verkehr bei der Brücke über den Verschubbahnhof zusammen, benutzt sodann die Ettlinger Allee, durchquert nach einer gefährlichen Abbiegung beim Rüppurrer Schlößle den Stadtteil Rüppurr, um endlich in verschiedenen Windungen und Senkungen und bei unzureichender Breite nach Ettlingen zu führen. Besonders nachteilig ist es noch, daß die zunächst westlich liegende Albtalbahn die Straße zwischen Karlsruhe und Rüppurr schienengleich kreuzt, also östlich zu liegen kommt, um später wiederum mit schienengleicher Kreuzung südlich von Rüppurr auf die Westseite der Straße überzugehen. Unter den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten hat sich schließlich diejenige als verkehrlich und wirtschaftlich am befriedigendsten erwiesen, die die künftige Ausfallstraße unter möglichster gerade Führung vollständig von Bahnkreuzungen befreit, indem sie die Straße von Anfang bis Ende auf die Ostseite und die Bahn durchweg auf die Westseite verweist. Es ist dadurch auch im Süden die planliche Grundlage für eine verkehrlich gute und städtebaulich befriedigende Lösung geschaffen. Die Reichsautobahn wird zu dieser Ausfallstraße bei der Gemarkungsgrenze zwischen dem Stadtteil Rüppurr und der Stadt Ettlingen einen zweiten Karlsruher Zubringer erhalten, und zwar wird, wie an der Robert-Wagner-Allee, die Reichsautobahn unter der Ausfallstraße durchziehen.

Im Westen wurde die Ausfallstraße nach der Rheinbrücke und der Pfalz zwischen dem Westrand des Stadtteils Mühlburg und der Ortslage Knielingen endgültig festgelegt. Die Straßenbahn kommt außerhalb der Fahrbahn auf die Südwestseite der Straße zu liegen.

Für die weitere Ausgestaltung des Wirtschaftsplanes wurde vor allem mit der Beschaffung der statistischen Unterlagen begonnen. In den Außengebieten, namentlich in der Niederung zwischen der Ortslage Knielingen und dem Rhein, hat man zur Verhinderung weiterer Verunstaltungen für die noch in Betrieb befindlichen Kies- und Sandgruben Begrenzungen festgelegt und im übrigen für künftige derartige Anlagen ein sowohl im Hinblick auf die Landschaft als auch die landwirtschaftliche Nutzung nicht zu beanstandendes Gelände angewiesen.

Bebauungsplan und Bauvorschläge.

Als Vorbereitung für die Sanierung der Altstadtteile und für die Neugestaltung der Bauordnung fand die Untersuchung einer Reihe von Baublöcken auf ihre Auflockerung statt. Für größere und kleinere Teilgebiete wurde der Entwurf von Bebauungsplänen fortgeführt. So hat man den allgemeinen Bebauungsplan für den im Vorjahr eingemeindeten Vorort Knielingen entworfen. Dabei stand im Vordergrund, entsprechend dem Charakter dieses Vororts, eine weiträumige Bebauung, hauptsächlich für kleine Eigenheime, zu ermöglichen. Dieser Bebauungsplan gibt den Rahmen für die nur stufenweise Festsetzung von Baufluchten entsprechend dem jeweiligen Baubedürfnis, andererseits legt er aber die Grenze zwischen dem Baugebiet des Stadtteils und den dauernd der landwirtschaftlichen Benutzung vorbehaltenen Flächen fest.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eine ähnlich umfangreiche Arbeit stellt der Bebauungsplan für den Stadtteil Dammerstock-Nord dar, der ein bevorzugtes Baugebiet in landschaftlich schöner Lage unweit der Stadt bildet. Hier wurden gleichzeitig eingehende Aufbaupläne hergestellt, um so die Einheitlichkeit der gesamten Anlage sicherzustellen.

Eine wichtige Sonderaufgabe bildet die Anordnung von Garagen in bereits bebauten und künftigen Baugebieten. Die Garagenfrage wurde z. B. im besonderen studiert für die Hardtwaldsiedlung und das Dammerstockgebiet. Im ersteren Fall konnten für die vornehmlich aus Hausgruppen bestehende Siedlung Garagenplätze auf jedem Hausgrundstück vorgesehen werden. Für das südliche Dammerstockgebiet wird die Zusammenfassung aller Garagen an einer Stelle notwendig, da es in dem schon bebauten Teil des Dammerstocks im allgemeinen nicht möglich ist, auf den einzelnen Grundstücken Garagen einzuordnen.

Ortsstraßenpläne.

Aufgrund der größere Gebiete umfassenden Bebauungspläne werden für diejenigen Teilgebiete, die in naher Zeit der Aufschließung zugeführt werden, jeweils die Straßen- und Baufluchten im Ortsstraßenplan zur Feststellung durch den Bezirksrat gebracht. So wurden die Ortsstraßenpläne für die Rheinstrandsiedlung des Mieter- und Bauvereins beim Stadtteil Daxlanden sowie für die Zufahrtsstraße (Wilhelm-Gustloffstraße) zu dieser Siedlung fertiggestellt.

Viel Arbeit verursachte auch die Änderung und Feststellung bereits früher genehmigter, aber den heutigen Gesichtspunkten nicht mehr entsprechender Ortsstraßenpläne, wie z. B. für die Grillparzer-, die Kapellen-, die Lerchen- und Sonnenstraße, für das Baugebiet zwischen der Pfalzstraße und der Albsiedlung, für eine Verbindung zwischen Vogesen- und Oberfeldstraße, ferner für das Gewann „Altfeld" hinter Grünwinkel, für die Wutachstraße im Stadtteil „Weiherfeld" u. a. m.

Die für die Bebauung in der nächsten Zukunft bestimmten Erweiterungsgebiete sind zum größten Teil parzellierter Privatbesitz. Zur Schaffung brauchbarer Baupläte ist deshalb in der Regel eine Neueinteilung der Grundstücke in Baupläte auf dem Wege der Umlegung zu erwirken. Um Schwierigkeiten bei der Umlegung möglichst aus dem Wege zu gehen, wird der Ortsstraßenplan erst endgültig gestaltet, wenn zuvor durch die Vermessungsabteilung des Tiefbauamts im Benehmen mit der Stadterweiterung ein Vorentwurf für die Umlegung vorliegt.

Sonstiges.

Wie im Vorjahr wurden auch im Berichtsjahr für die verschiedenen städtischen Dienststellen fotografische Gebäude- und Modellaufnahmen sowie Skizzen und Perspektiven zu einer Reihe von Bauprojekten gefertigt. Das Personal der Stadterweiterung bestand wie im Vorjahr neben dem Referenten, der gleichzeitig die Abteilung für Wohnungs- und Siedlungsbau bei der Hauptverwaltung leitet, aus 4 Beamten, 4 technischen Angestellten, 1 Zeichnerlehrling und 1 Fotografen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich sowohl der persönliche als auch der sachliche Aufwand gesteigert. Die einmaligen Ausgaben betrafen den Ersatz der aus der Rücklage für außerordentliche Unternehmungen entnommenen Leistungen der Stadt anläßlich der Vorarbeiten für die Errichtung des Reichspostdirektionsgebäudes am Ettlinger Tor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Tiefbauamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 8).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	6 200	9 291	3 091	—	6 078
b) Rückersatz der bei Neubauten aufgewendeten persönlichen Ausgaben aus besonderen Krediten	12 000	24 360	12 360	—	19 914
c) Sonstige Einnahmen	7 100	6 060	—	1 040	6 375
3. Verwaltungskostenbeiträge	205 700	205 700	—	—	201 160
Summe der Einnahmen . .	231 000	245 411	15 451	1 040	233 527
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	164 980	172 852	7 872	—	169 576
b) Sachlich	65 800	64 565	—	1 235	58 866
2. Einmalige Ausgaben	1 000	996	—	4	65
3. Verwaltungskostenbeiträge	76 500	76 164	—	336	74 820
Summe der Ausgaben . .	308 280	314 577	7 872	1 575	303 327
Summe der Einnahmen . .	231 000	245 411	15 451	1 040	233 527
Zuschuß . .	77 280	69 166	—	8 114	69 800

Vorstandsabteilung.

Organisation und Aufgabenkreis des Tiefbauamts haben im Berichtsjahr keine wesentliche Änderung erfahren. Das Amt umfaßte sechs Abteilungen: Die Vorstandsabteilung, die Abteilung Straßen, Gewässer, Brücken und Verkehr, die Abteilung Entwässerung, Straßenreinigung und Fuhrwesen, die Abteilung Entwurf und Neubau, die Abteilung Vermessung, Liegenschaften und Landwirtschaft und die Verwaltungsabteilung.

Die Tätigkeit der Vorstandsabteilung erfuhr ab 1. Januar 1937 eine Ausdehnung durch die Übernahme der Baustoff- und Geräteverwaltung, die zuvor der Abteilung Straßen, Gewässer, Brükken und Verkehr angegliedert war.

Das Tiefbauamt beschäftigte im Berichtsjahr nach dem Stand vom 31. März 1937 insgesamt 60 planmäßige Beamte, 1 außerplanmäßigen Beamten, 1 Beamtenlehrling, 5 Zeichnerlehrlinge, 2 Vermessungszöglinge, 6 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung und 12 sonstige Angestellte, zusammen 87 Beamten und Angestellte, 359 Arbeiter (davon 60 Vorarbeiter), 3 Wohlfahrtsarbeiter, 3 Lehrlinge und 17 Wartefrauen, zusammen 382 Köpfe im Arbeiterverhältnis.

Auf 31. Dezember 1936 trat der verdienstvolle Amtsvorstand des Tiefbauamts, Baudirektor Otto Seith, nach 38-jähriger treuer Pflichterfüllung im städtischen Dienst in den Ruhestand. Oberbaurat Siegfried Kemmer wurde einstweilen mit der Leitung des Amtes beauftragt.

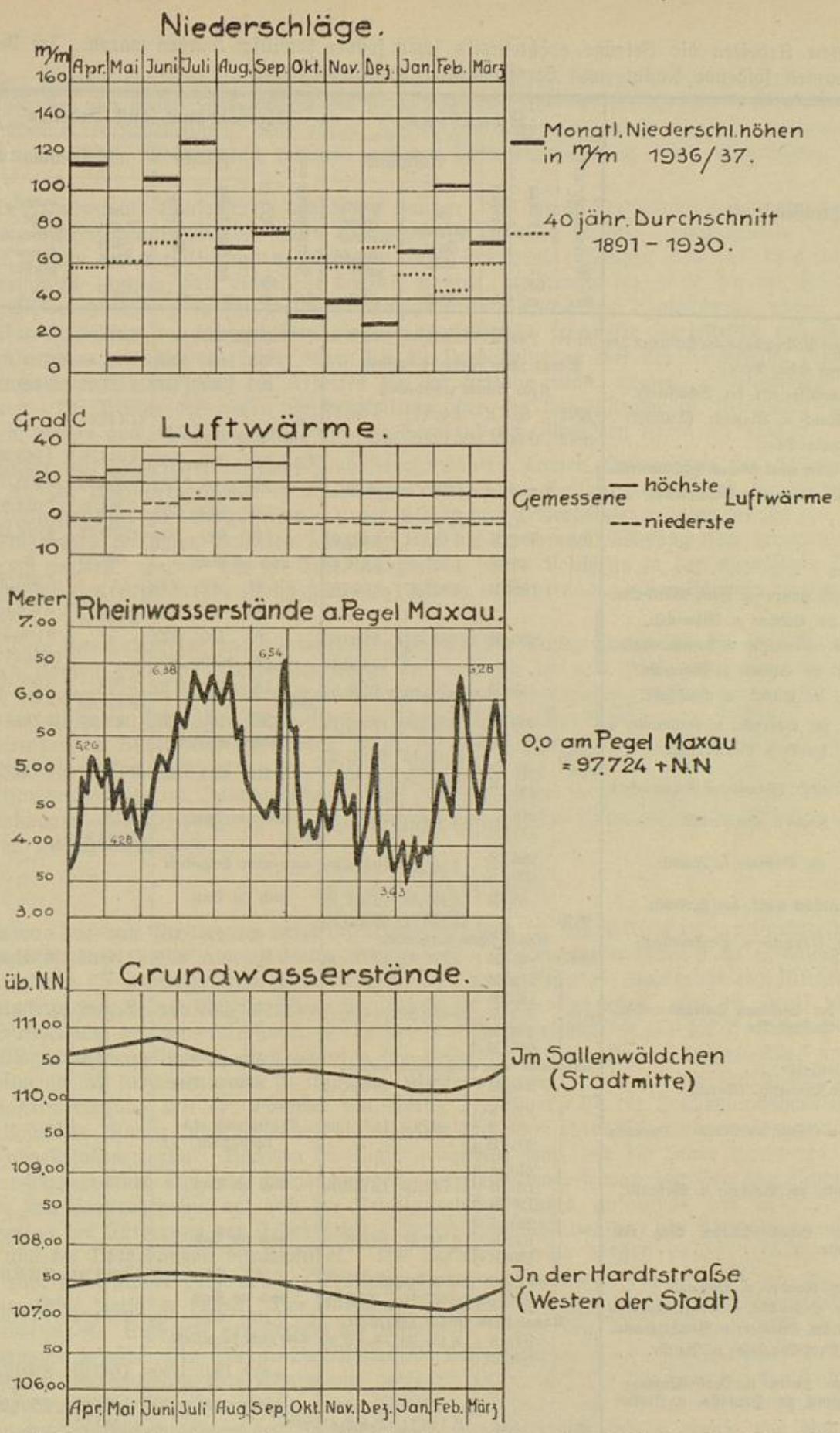
Die Vorstands- einschl. Verwaltungsabteilung zählte 11 Beamte, 1 Angestellten und 1 Lehrling.

Durch gesteigerten Rückersatz an persönlichen Ausgaben aus besonderen Baukrediten und erhöhte Verwaltungskostenbeiträge haben sich die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr und dem Haushaltsplan vermehrt. Die Ausgaben sind durch höhere persönliche und sachliche Aufwendungen und Verwaltungskostenbeiträge in nahezu dem gleichen Umfang angestiegen, sodaß der Zuschußbedarf fast unverändert blieb.

Abteilung Entwurf und Neubau.

Die Witterungsverhältnisse waren im Sommer 1936 sehr wechselnd und für Bauarbeiten wenig günstig. Der Winter war sehr mild; er brachte nur geringe Kälte, die einmal kurze Zeit auf ein Minimum von — 5° absank. Die Bautätigkeit wurde dadurch gefördert. Ein Bild der gesamten Wärmeverhältnisse zusammen mit den Rhein- und Grundwasserständen, die im allgemeinen die Bauarbeiten in Karlsruhe beeinflussen, vermittelt die folgende bildliche Darstellung.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg



Für Neubauten aller Art wurden im Berichtsjahr nach dem Haushaltsplan 113500 RM, durch besondere Beschlüsse für Bauprogramme und einzelne Bauarbeiten 1317200 RM, zusammen 1430700 RM bereitgestellt. Die Verwendungsfrist der zuletzt genannten Mittel schließt größtenteils nicht mit dem Rechnungsjahr, wie auch andererseits für viele im Berichtsjahr tatsächlich aus-

geführten Arbeiten die Beträge größtenteils schon früher bewilligt worden waren. Im Berichtsjahr kamen folgende Kanal- und Straßenbauten zur Ausführung:

Straßenstrecke	Kanalbau: Verrechnung auf Kto.	Kanalbau: Länge lfd. m	Kanalart [1]	Kanalbau: Aufwand im Rechn.-Jahr 1936 RM	Kanalbau: Aufwand insges. (ohne Verwaltungszuschl.) RM	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Verrechnung auf Kto.	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Länge lfd. m	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Fläche der Fahrbahn m²	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Fläche der Gehwege m²	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Aufwand im Rechn.-Jahr 1936 RM	Straßenbau u. sonst. Arbeiten: Aufwand insges. (ohne Verwaltungszuschl.) RM	Bemerkungen
1. Erschließung des Postneubaus am Ettlinger Tor	3138	290	M	15 939,59	15 939,59	noch im Bau				2 415,98	–	
2. Finkenschlagweg (ohne Decke)	Kanal schon früher hergestellt						255	1400	1020	7 545,55	[2] 15 026,62	[2] Decke wurde erst 1937 bewilligt und hergestellt
3. Robert-Wagner-Allee östl. der Schüsselestr.	Kein Kanal erforderlich						150	1280	450	11 481,91	11 489,41	
4. Enzstr. zw. Murg- u. Kinzigstr. (Teilstück)	1042	80	S,R	2 495,71	2 495,71	1042				21 443,44	–	
5. Darlander Sammelkanal	9813	3000	M	275 159,67	364 379,80 [3]	Keine Straße erforderlich						[3] Einschl. Arbeiten des GW. u. E.-Amts
6. Bussardweg (früher mittl. Wohnweg) Dammerst.	Kanal schon früher hergestellt					9854	120	300	120	4 943,76	4 943,76	
7. Krokusweg zw. Auer- und Goldlackweg							180	1080	720	9 357,95	13 625,20	
8. Goldlackweg							125	690	380	4 348,05	7 012,36	
9. Funkerweg	9814	144	M	4 492,41	4 492,41		140	840	700	8 289,22	9 616,12	
10. Barbarossaplatz		45	M	1 717,48	1 717,48	noch im Bau				632,83	–	
11. Seldeneckstr. zw. Hagen- u. Felix-Mottl-Str.		100	M	3 847,47	5 020,87		85	510	420		5 933,26	
12. Lohengrinstr. zw. Stößer- u. Alberichstr.					3 599,14		80	440	320	6 846,54	5 016,13	
13. Alberichstr. zw. Lohengrin- u. Tannhäuserstr.		460	M	16 685,21	2 589,63		80	440	320		4 093,21	
14. Tannhäuserstr. zw. Stößer- u. Maraustr.					10 496,44		290	1600	1160		17 943,17	
15. Berckmüllerstr. zw. Schück- u. Gerwigstr.		150	M	4 596,84	4 596,84		130	760	1170	2 939,–	9 002,01	
16. Grillparzerstr. zw. Sofienstr. u. Kaiserallee		366	M	12 201,15	12 201,15	9856	350	1125	225	32 413,59 1 231,27	16 716,61	
17. Gellertstr. zw. Yorck- u. Grillparzerstr.	9815			39 048,15	40 221,55	noch nicht hergestellt						
18. Hopfen- u. Altfeldstr. (Schulhaus Grünwinkel)		240 420	M	20 746,85	20 776,05		115	690	690	1 722,61	6 896,72	
19. Reichsstr. zw. Karl- u. Gebhardstr.		216 31	M	13 599,94	13 599,94	noch im Bau						
20. Batt-Arndtstr. zw. Göhren- u. Fronstr.		286 286	S R	4 932,74	19 676,93	9858				2 953,88	–	
21. Gellertstr., Teilstück westl. der Herderstr.		60	M	2 297,18	2 297,18	noch nicht hergestellt				–	–	
22. Gerwigstr. zw. Käppele- u. Berckmüllerstr	9816			41 576,71	56 350,10	noch im Bau				–	–	
23. Fautenbruchstr.	Kanal schon vorhanden					9857	60	300	150	6 048,46	6 048,46	
24. Erschließung der Siedlung Darlanden-Süd, einschl. Wilh.-Gustloff-Str.	9860	45	M	2 775,26	2 775,26	9860	510	4105	2016	22 161,46 [4]	22 161,46	[4] Straße wurde von anderer Abt. des TBA. ausgeführt
	9817	312 189 303 336 636	M M M M M	59 974,26	74 838,93	9861	1550	8760	4260	15 199,07	107 363,39	
25. Umbau der Honsellstr.	Kanalumbau unter Straßenumbau enthalten					9862	noch im Bau			124 337,98	–	[5] Einschl. Aufwendungen d. Bahnamts
26. Graf-Rhenastr. Brauerstr. (Kanal)		500	M	25 766,15	29 504,44		noch im Bau			[5]	–	
27. Dreisam-Enz- u. Oosstr. zw. Murg- u. Donaustr.		125 80 205	S S R	13 022,18	13 731,98	Mittel noch nicht vorhanden				–	–	
28. Schauinslandstr. zw. Belchen- u. Wehrastr.		246 120 126	S R R	11 742,10	12 243,44	noch im Bau				–	–	
29. Wutachstr. zw. Scheibenhardter Weg und Schauinslandstr.		240 100 130	S R R	6 393,11	10 955,78	noch im Bau				–	–	
30. Kniebisstr. zw. Kandel- u. Donaustr.	Kanal schon früher hergestellt						40	220	400	2 191,90	3 038,61	
31. Leibnitzstr. zw. Südendstr. u. Langemarckplatz		66	116	2 633,10	2 647,10	noch im Bau						
32. Berckmüllerstr. zw. Strieder- u. Rintheimerstr.	Kanal schon früher hergestellt						105	630	945	4 884,94	7 158,67	
33. Fronstr. zw. Graf-Eberstein- u. Battstr.		160 160	S R	6 158,50	6 807,93	noch nicht hergestellt						
33 a. Hauptstr. zw. Hirten- u. Drosselsangweg							250	1500	1750	4 643,90	8 991,76 [6]	[6] Von anderer Abt. des TBA. hergestellt
33 b. Drosselsangweg zw. Hauptstr. u. Finkenschlagweg							80	440	160	1 981,23	1 981,23	
	9818	zus.		65 715,14	75 890,67	9863				13 701,97		
34. Grenadierstr. zw. Roggenbach- u. Freydorfstr.	9819	330	M	27,82	9 405,62	9864	330	1980	1600	15,30	21 393,92	
35. Grenadierstr. zw. Freydorf- u. Blücherstr.	9820	122 160 90	M M M	10 128,12 [7]	11 692,42 [7]	9865	93	515	400	–	5 149,04	[7] Einschl. Kanalstück in der Knielinger Allee
zusammen		10955		517 332,84	658 482,06		5118	29605	19376	243 218,91		

Anmerkungen: [1] S = Schmutzwasserkanal. R = Regenwasserkanal. M = Mischwasserkanal.

Der Neubau von Straßen und Kanälen war überwiegend bedingt durch die Erschließung neuer Wohngebiete, von denen insbesondere die großzügige Siedlung des Mieter- und Bauvereins südlich Daxlanden hervorgehoben sei. Nur einige Ziffern der Tabelle geben zu folgenden besonderen Bemerkungen Anlaß, wobei jedoch teilweise auf den Verwaltungsbericht 1935 hingewiesen werden kann:

Der Umbau der Honsellstraße wurde im Januar 1937 nach Fertigstellung der unteren Teilstrecke einstweilen unterbrochen. Weil aber auch die Arbeiten an den Zufahrtrampen zur Rheinbrücke Maxau bis zur Klärung verschiedener, noch schwebender Fragen von der Reichsbahn für voraussichtlich längere Zeit eingestellt werden mußten, beantragte die Stadt bei der Reichsbahndirektion die Genehmigung für die behelfsmäßige Unterführung der Honsellstraße unter der bestehenden Hardtbahn, um so wenigstens die neue Honsellstraße frühzeitig fertigstellen und dem Verkehr übergeben zu können. Leider zogen sich die Verhandlungen mit der Reichsbahn länger hin, als angenommen war, sodaß die Arbeiten im Berichtsjahr nicht wieder aufgenommen werden konnten. Die Brücke der neuen Reichsbahnlinie über die Honsellstraße ist inzwischen vollendet worden, ebenso auch die Reichsbahn- und die Straßenbrücke über den Rhein bei Maxau.

Außer den aufgeführten Kanal- und Straßenbauten kamen Erdarbeiten im Seldeneck'schen Feld, an der Rheinbergerstraße in Knielingen und an der Tullastraße zwischen Rintheimer- und Karl-Wilhelmstraße zur Ausführung. Unter Einsatz von Erwerbslosen wurden die für den Ausbau des Flugplatzes bedingten Arbeiten fortgesetzt, die bis zu ihrer Vollendung noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Ferner war die Einrichtung eines neuen Bauhofes in der ehemaligen Dungablage an der Neureuter Straße (Reichsstraße 36) zwecks Unterbringung eines Bauhofs erforderlich geworden.

Neben den Entwurfs- und Planungsarbeiten, die als Vorbereitung für die vorstehend aufgeführten Bauten aller Art erforderlich waren und dauernd Zeit und Kräfte einiger Beamten in Anspruch nahmen, mögen folgende größere Planungsarbeiten besonders erwähnt werden: Die Beschaffung von größeren Erdmassen für den neuen Rheindeich im Hörnlesgrund, die Führung neuer Verkehrsstraßen im Süden und Westen der Stadt, die Überführung der Zeppelinstraße über den Westbahnhof, die Anlage größerer Sammelkanäle im Süden der Stadt, die Umlegung des städtischen Hauptsammelkanals im Zusammenhang mit der Verlegung der Albmündung durch das Badische Wasserbauamt, die Erschließung des Geländes für eine größere Wohnsiedlung des Mieter- und Bauvereins südlich Daxlanden.

Reichsautobahnen.

Wenn auch mit Beendigung der Projektbearbeitungen für die Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen keine unmittelbaren Arbeiten für die Reichsautobahnen mehr zu leisten waren, so erforderte die nunmehr zum Bau freigegebene Strecke Bruchsal—Karlsruhe rege Mitarbeit und der Umbau der Robert-Wagner-Allee als Zubringer eigene Bauarbeit. Am 15. April 1936 war die Entscheidung des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen für die Hochlegung der Robert-Wagner-Allee gefallen. Nun konnten die Baupläne für die Robert-Wagner-Allee und deren Anschluß an die Reichsautobahn in ihren Einzelheiten ausgearbeitet und die Verhandlungen über die Kostenverteilung mit der Obersten Bauleitung Frankfurt a. M. der Reichsautobahnbehörde und dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium aufgrund eines Übereinkommens vom 4. Juni 1936 abgeschlossen werden. Nachdem im August festgestellt war, daß die Stadt Karlsruhe, der die Robert-Wagner-Allee auch als Ortsdurchfahrt überwiesen worden war, den Bau durchführen sollte, wurde das Bauprogramm, auf dem der Reichsautobahn fußend, aufgestellt, das Erforderliche zur Erlangung der Förderung der Erdarbeiten (150000 cbm Schüttmassen) als Notstandsarbeit veranlaßt und die Vergebungen durchgeführt. Die Termine waren äußerst knapp angesetzt mit dem Ziel, zum 15. Oktober 1937 mit der Eröffnung der Autobahn auch die Arbeiten an der Robert-Wagner-Allee fertig zu haben. Der Fortgang der Arbeiten entsprach schon im Berichtsjahr diesen Anforderungen. Auch mit der Strecke der Autobahn südlich der Robert-Wagner-Allee wurde das Tiefbauamt befaßt. Die Oberste Baukommission hatte zunächst für die Verzweigung Karlsruhe—Pforzheim—Baden-Baden eine Lösung mit geringem Halbmesser für die Führung der Trace (sogenannte Trompetenlösung) vorgesehen, das Einsetzen des Amtes für die der Bedeutung dieser Linie entsprechenden Dreieckslösung des Projekts hatte aber schließlich Erfolg, ebenso wie das für die Führung der West-Ost-Linie durch das Wettersbachtal entgegen einer längeren Umfahrung des nördlich gelegenen Bergkopfes.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Damit sind für die wichtigsten Punkte der Reichsautobahnen in der Umgebung von Karlsruhe großzügige Lösungen festgestellt, die der Verkehrsbedeutung dieser Ecke des Grenzlandes und damit auch den Interessen der Stadt Karlsruhe voll Rechnung tragen.

4. Vermessung und Vermarkung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 9).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe:					
1. Fortführung des staatlichen Vermessungswerks	10 000	12 118	2 118	—	8 520
2. Vermessungen, Vermarkung und Planfertigung für Dritte (auch für städtische Ämter)	15 000	28 934	13 934	—	19 463
3. Auszüge aus dem öffentlichen Lastenverzeichnis	170	311	141	—	238
4. Beurkundung von Plänen, Verkauf von Lage- und Stadtplänen	510	831	321	—	910
b) Sonstige Einnahmen	50	97	47	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 500	1 500	—	—	1 500
Summe der Einnahmen	27 230	43 791	16 561	—	30 631
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	72 390	73 296	906	—	65 965
b) Sachlich	5 380	5 439	59	—	5 964
2. Einmalige Ausgaben	1 100	1 091	—	9	65
3. Verwaltungskostenbeiträge	9 650	9 636	—	14	9 570
Summe der Ausgaben	88 520	89 462	965	23	81 564
Summe der Einnahmen	27 230	43 791	16 561	—	30 631
Zuschuß	61 290	45 671	—	15 619	50 933

Staatliches Vermessungswerk und Lagerbuch.

Die seit Jahren im Zusammenhang mit großen Fortführungsvermessungen betriebenen Instandsetzungsarbeiten am ehemaligen Daxlander Vermessungswerk konnten im Berichtsjahr mit dem Abschluß der Vermessungsarbeiten zum Bau des Ölbeckens und der Federbach- und Fritschlachregulierung ein gutes Stück vorwärts gebracht werden. Über größere Gemarkungsteile wurden neue Katasterhandrisse und Katasterpläne angelegt bzw. gezeichnet.

In den Katasterhandrissen und Katasterplänen waren die in 135 (1935: 120) Meßbriefen dargestellten Grenzänderungen und Neueinteilungen mit 381 (1935: 323) beteiligten Grundstücken sowie Vereinigungen von 115 (1935: 28) Grundstücken nachzutragen.

Im Lagerbuch wurden 3421 (1935: 2396) Rechts- und Eigentumsverhältnisse bzw. -veränderungen sowie 20 (1935: 8) Vereinigungen von 118 Grundstücken eingetragen. Bei 550 (1935: 2054) Grundstücken fanden Bau- und Kulturveränderungen statt, die durch örtliche Vermessung festgestellt und im Lagerbuch, in Handrissen und Plänen nachgetragen werden mußten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nach Fortführung sämtlicher im Berichtsjahr eingetretenen Veränderungen ergab sich am Jahresschluß ein Gemarkungsumfang von 8592 ha 19 a 67 qm (1935: 8592 ha 60 a 98 qm). Die Veränderungen gegen das Vorjahr sind im wesentlichen durch die Gemarkungsgrenzverlegung mit der Gemeinde Forchheim bedingt.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 44 (1935: 42) Handrisse und 19 Pläne neu angelegt und dem Finanz- und Wirtschaftsministerium — Abt. für Landesvermessung — zur Prüfung und Vervielfältigung vorgelegt. 25 Handrisse und 29 Pläne sind teilweise fertiggestellt worden.

Das staatliche Vermessungswerk umfaßte am Schlusse des Jahres insgesamt 565 (1935: 451) Katasterpläne, 5 (1935: 5) Waldpläne, 581 (1935: 497) Ergänzungspläne und 1896 (1935: 1943) Aufnahmehandrisse. Das Lagerbuch bestand aus 84 (1935: 84) Hauptbänden und 9 (1935: 9) Ergänzungsbänden.

Die Kosten der Fortführung des staatlichen Vermessungswerks trägt der Staat; die Einnahmen hierfür betrugen im Wirtschaftsjahr 1936 = 12118,05 (1935: 8519,70) *RM.*

Städtische Planwerke.

Neben der Ergänzung der Stadtpläne und Planwerke auf den neuesten Stand sind keine Veränderungen, auch nicht am städtischen Höhennetz, zu verzeichnen.

Bauplatzumlegungen, Absteckungen und Planfertigungen für städtische Ämter.

Die Bauplatzumlegungen „Kirchfeld Bulach", „Pfalzstraße westlich der Eckenerstraße" und „Neckarstraße", für die schon verschiedentlich Entwürfe bearbeitet wurden, sind endgültig abgeschlossen und dem Bezirksamt zur Vollzugsreiferklärung vorgelegt worden. Die starke Nachfrage nach baureifem Gelände gab Veranlassung zur Bearbeitung verschiedener neuer Umlegungen. In Angriff genommen wurde die Bauplatzumlegung für die Vorstadtsiedlung des Mieter- und Bauvereins südlich des Stadtteils Daxlanden und je eine Umlegung im Gewann Altfeld beim neuen Schulhaus im Stadtteil Grünwinkel und im Gewann Weingärten zwischen Ludendorff- und Neureuter Straße südlich des Karlsruher Wegs. Bearbeitet wurde ferner ein Abänderungsentwurf zur Umlegung „Karl-Wilhelm-Straße, Parkstraße, Friedhof". Die im Vorjahr begonnene Umlegung über das Gewann „Kurze Äcker" an der Durmersheimer Landstraße mußte eingestellt werden, weil aufgrund der neuen Gesetzgebung über Ausfallstraßen zunächst eine Abänderung des Baufluchtenplanes über dieses Gebiet vorzunehmen ist.

Die im Vorjahr in Angriff genommene Grundstücksneueinteilung im Gebiet des Ölbeckens kam endgültig zum Abschluß. Die Grenzvermarkungs- und Vermessungsarbeiten in der Fritschlach (im Anschluß an die Meliorationsarbeiten daselbst) wurden beendet. Zur Verlegung der Gemarkungsgrenze, die sich aus der Regulierung von Federbach und Fritschlachwasser ergab, waren die erforderlichen Pläne und Verzeichnisse aufzustellen. Ein größerer Meßbrief mußte im Zusammenhang mit der Erweiterung der Heidenstückersiedlung (Gemeinnützige Wohnungsbau A.-G.) bearbeitet werden. Der rege Straßenbau machte die Aufnahme verschiedener neuer Straßenzüge erforderlich. Die lebhafte Tätigkeit im Wohnungsbau ließ die Grundstücksvermessungen gegen das Vorjahr stark anwachsen. Das trigonometrische wie auch das polygonometrische Aufnahmenetz wurde, soweit es durch Bauarbeiten zerstört oder gefährdet war, wieder erneuert.

Die Nachfrage nach Planmaterial war im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwunges besonders groß und konnte nur unter äußerster Anspannung aller Kräfte befriedigt werden.

Baugesuche, Baulasten, Straßenkostenberechnung u.a.

Die Abteilung prüfte im Berichtsjahr 1067 (1935: 1004) Baugesuche auf die Einhaltung der Vorschriften der Landesbauordnung. Ferner kamen 320 (1935: 233) Hausentwässerungsgesuche in Bezug auf die Kanalkosten zur Behandlung. 12 (1935: 24) Gesuche betrafen Schwemmanschlüsse bestehender Gebäude und 308 (1935: 209) Gesuche Neubauten.

In das Baulastenbuch wurden 45 (1935: 29) Lasten neu eingetragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Arbeiten für Dritte, Auskünfte.

Im Berichtsjahr kamen 920 (1935: 800) Anträge auf Grundstücksvermessungen, Planfertigungen usw. ein. Gebührenpflichtige Auskünfte über das Vermessungswerk waren in 148 (1935: 124) Fällen zu erteilen.

Die vermehrte Tätigkeit des Amtes für Vermarkungen, Vermessungen und Planfertigungen brachte eine beachtliche Erhöhung der Einnahmen und dadurch auch eine Senkung des im Haushaltplan vorgesehenen Zuschußbedarfs.

Liegenschaftsverwaltung.

Der städtische Grundbesitz hat im Berichtsjahr keine wesentliche Änderung erfahren. Er umfaßte wie im Vorjahr 39,5 v.H. der Gemarkungsfläche. Im einzelnen gliederte sich das Stadteigentum auf Karlsruher Gemarkung wie folgt: Hofreiten mit Gebäuden 76 ha 83 a 71 qm, Hausgärten, Gartenanlagen 108 ha 27 a 44 qm, Bauplätze, Lagerplätze 81 ha 17 a 52 qm, Ackerland 570 ha 74 a 10 qm, Wiesen 416 ha 46 a 93 qm, Wald 1212 ha 20 a 52 qm, öffentliche Anlagen, Friedhöfe 86 ha 90 a 90 qm, Sportplätze 49 ha 18 a 48 qm, Ödungen 135 ha 17 a 11 qm, Eisenbahnen 52 ha 41 a 71 qm, Straßen und Wege 408 ha 98 a 65 qm, Wasserflächen 188 ha 42 a 13 qm, zusammen in 3717 (1935: 3678) Grundstücken 3386 ha 79 a 20 qm (1935: 3386 ha 66 a 75 qm).

Auf fremden Gemarkungen hatte die Stadt am Jahresschluß folgenden Grundbesitz: In Baden-Baden 34 a 31 qm, Durlach 6 ha 42 a 85 qm, Eggenstein 1 ha 87 a 38 qm, Ettlingen 10 ha 97 a 98 qm, Forchheim 1 ha 80 a 68 qm, Hagsfeld 1 ha 64 a 50 qm, Malsch 36 a 66 qm, Mörsch 13 ha 56 a 04 qm, Neureut 6 ha 42 a 44 qm, Jstein 12 ha 21 a 29 qm, Huttingen 14 ha 90 qm, Pfaffenrot 30 a 05 qm, Berghausen 2 ha 25 a 25 qm, zusammen in 177 (1935: 174) Grundstücken 72 ha 20 a 33 qm (1935: 73 ha 55 a 57 qm).

Insgesamt betrug der städtische Grundbesitz 3894 (1935: 3852) Grundstücke mit 3458 ha 99 a 53 qm (1935: 3460 ha 22 a 32 qm).

Die Stadt hat außerdem vom Domänenärar für die Errichtung der Lohfeldsiedlung 78 Grundstücke mit 1 ha 64 a 93 qm in Erbbaurecht gepachtet.

Die Verwaltung des ungenutzten und landwirtschaftlich genutzten städtischen Grundbesitzes obliegt der Vermessungsabteilung des Tiefbauamts, die auch das Liegenschaftsinventar (Stadtlagerbuch) führt.

Grundstücksverkehr.

Die Stadt erwarb im Berichtsjahr auf Gemarkung Karlsruhe 55662 qm Kulturgelände, 6426 qm Baugelände, 8586 qm Hofreite und 21227 qm Straßen- und Weggelände. Verkauft wurden 90226 qm Baugelände, 345 qm Hofreite und 294 qm Straßengelände. Im Tauschwege hat die Stadt 7962 qm Kulturgelände, 2032 qm Baugelände und 13167 qm Gewässer abgestoßen und 13303 qm Kulturgelände und 6036 qm Gewässer erworben. Insgesamt umfaßte der Geländeerwerb auf Gemarkung Karlsruhe eine Fläche von 111240 (1935: 105237) qm, die Geländeveräußerung eine Fläche von 114026 (1935: 150401) qm.

Auf Gemarkung Hagsfeld hat die Stadt bisher gepachtetes Kleingartengelände im Gewann Vogelsand mit 4237 qm Fläche angekauft. Auf Gemarkung Jstein wurde der städtische Steinbruch mit 18095 qm veräußert und ein Rebgrundstück mit 334 qm zur Abrundung des städtischen Besitzes erworben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Straßen, Wege, Brücken.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 10).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	64 000	98 047	34 047	—	76 523
b) Miete, Pacht, Zinsen	30 000	27 900	—	2 100	28 827
c) Einnahmen aus dem Betriebe	137 100	149 648	12 548	—	137 204
d) Staatsbeitrag zur Unterhaltung ehemaliger Landstraßenstrecken	30 960	30 962	2	—	49 564
e) Sonstige Einnahmen:					
1. Von der Straßenbaurechnung	8 000	20 449	12 449	—	3 043
2. Sonstiges	8 000	9 795	1 795	—	8 332
Summe der Einnahmen	278 060	336 801	60 841	2 100	303 493
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	317 920	312 580	—	5 340	313 422
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Fahrbahnen	250 000	223 332	—	26 668	293 067
2. Gehwege	88 000	77 483	—	10 517	63 403
3. Radfahrwege	1 700	1 536	—	164	1 327
4. Feld- und Waldwege	12 000	13 391	1 391	—	13 007
5. Brücken	3 500	1 455	—	2 045	2 104
6. Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben und Teermakadambereitung	6 000	8 952	2 952	—	6 551
7. Arbeiten auf Rückersatz durch Dritte	53 000	69 027	16 027	—	58 494
8. Maßnahmen im Interesse des Verkehrs	8 000	11 245	3 245	—	5 647
9. Unterhaltung und Erneuerung der Geräte und Einrichtungen	8 000	8 031	31	—	9 529
10. Unvorhergesehene Arbeiten	10 000	2 379	—	7 621	8 086
11. Sonstiges	6 000	8 313	2 313	—	5 522
c) 1. Zinsendienst	131 400	131 400	—	—	122 667
2. Tilgung	236 430	236 430	—	—	176 833
d) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften	41 610	24 074	—	17 536	44 111
2. Einmalige Ausgaben	289 400	489 400	200 000	—	385 470
3. Verwaltungskostenbeiträge	85 360	83 458	—	1 902	81 080
Summe der Ausgaben	1 548 320	1 702 486	225 959	71 793	1 590 320
Summe der Einnahmen	278 060	336 801	60 841	2 100	303 493
Zuschuß	1 270 260	1 365 685	95 425	—	1 286 827

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Fahrbahnen.

Die Fahrbahnen mit einer Gesamtlänge von 209525 (1935: 207577) m umfaßten am Ende des Berichtsjahres 560386 qm schwere Decken (Steinpflaster, Holzpflaster, Asphalt und Teppichbeläge), 126744 qm mittelschwere Decken (Einstreu- und Tränkdecken) und 940919 qm leichte Decken (Schotterstraßen einschließlich Pflasterübergängen und Rinnen), zusammen 1628049 (1935: 1606165) qm. Die Ausdehnung der Fahrbahnen gegenüber dem Vorjahr mit 21884 qm entfällt in der Hauptsache auf die Neuherstellung von Straßen. (Die hier angegebene Vermehrung der Straßenfläche deckt sich nicht mit der Fläche der nach Seite 56 neu hergestellten Straßen, da ein Teil jener Straßen erst im Jahre 1937 in die Unterhaltung dieser Abteilung übergegangen ist). Erneuert bzw. umgebaut wurden von der Abteilung im Rechnungsjahr 4750 qm in schwere Decken, 14875 qm in mittelschwere Decken, 660 qm in leichte Decken, zusammen 20285 qm mit einem Aufwand von 117390 RM, wovon 57669 RM aus einmaligen Mitteln, der Rest aus laufenden Mitteln bestritten wurden.

Erneuerte bzw. neugebaute Fahrbahndecken:

O.Z.	Straße	Strecke	Bauzeit Beginn	Bauzeit Ende	Fläche qm	Belagart Unterbau	Belagart Oberbau	Gesamtaufwand RM	Davon Rückersatz RM	Preis pro qm RM
1.	Douglasstr.	Kaiser-Stefanienstr.	18.8.36.	19.9.36.	908	Gestück	Einstreudecke	5098,–	–	5,61
2.	Fautenbruchstr.	Mittelbruch-Ettlingerstr.	30.9.36.	16.12.36.	5080	Gestück	Einstreudecke	25813,—*)	25000,— Reichsbahn	5,08
3.	Mittelbruchstr.	Unterführg. Fautenbruchstr.	ist in der Fautenbruchstr. enthalten							
4.	Kaiserstr.	Adolf-Hitler-Pl.-Kreuzstr.	14.10.36.	16.11.36.	1368	Beton	Raugußasph.	16932,—	–	12,41
5.	Lauterbergstr.	Ettlinger-Treitschkestr.	27.8.36.	14.9.36.	1440	Gestück	Einstreudecke	5222,	–	3,62
6.	Mittelbruchstr.	Stuttg. Str.-Unterführg.	8.6.36.	15.7.36.	620	Gestück	Einstreudecke	3381,—	–	5,45
7.	Rob. Wagner-Allee	Verbreiterung zwisch. Bernhard-Georg-Friedrichstr.	7.9.36.	30.9.36.	660	Gestück	Schotterdecke geteert	4762,—	–	–
8.	Schützenstr.	Rüppurrer-Wilhelmstr.	8.6.36.	20.7.36.	2040	Großpflaster	Teppich aus Asph.Basaltspl.	7979,—	–	5,00
9.	Treitschkestr.	Lauterberg-Nebeniusstr.	29.6.36.	17.7.36.	660	Gestück	Einstreudecke	2744,–	–	4,15
10.	Werftstr.	von Gleiszone Nordbecken bis Kreuzung der Ausfahrt der Werfthalle I	5.5.36.	3.6.36.	1342	Gestück	Kleinpflaster	12701,—	–	9,46
11.	Wolfartsweierer Str.	Kriegsstr.-Robert Wagner-Allee	21.7.36.	17.9.36.	3760	Gestück	Einstreudecke	24532,—	–	6,60
12.	Hauptstr.	Ortseingang-Weinweg	5.5.36.	3.6.36.	2407	Gestück	Einstreudecke	8176,—	–	3,89
					20285			117390,—		

*) In dieser Summe 877.— RM der Mittelbruchstr. enthalten, die aus laufenden Mitteln bestritten wurden.

Aus verkehrstechnischen Gründen mußte außer den vorgenannten Arbeiten der Langemarckplatz mit einem Aufwand von 6807 RM, die Einmündung des Tiergartenwegs in die Bahnhofstraße für 4572 RM umgestaltet und die Mauer vor dem Kinderkrankenhaus auf eine Länge von 20 m mit einem Kostenaufwand von 999 RM abgeschrägt werden. In der Kriegsstraße und am Adolf-Hitler-Platz erhielten 1260 qm Stampfasphalt einen Rauhüberzug, der 3636 RM Kosten verursachte.

Die Gesamtfläche der Schotterstraßen einschließlich Pflasterübergängen und Rinnenpflaster hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter um 13000 qm vermindert. Neu eingewalzt wurden keine Schotterdecken. Die Flickarbeiten wurden z.T. mit im Eigenbetrieb hergestellten Teermakadam, zum größten Teil aber mit Kaltasphalt durchgeführt. Der Verbrauch an Kaltasphalt ist mit 104,95 t um 15,45 t gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Heißteerungen von Fahrbahnen und Gehwegen durch eigene Leute und Geräte fanden statt:

O.Z.	Gegenstand	Bindemittel	Abdeckmaterial	Fläche qm	Aufwand RM	höchster Aufwand pro qm RM	geringster Aufwand pro qm RM	durchschnittl. Aufwand pro qm RM
1	Fahrbahnen							
	Erste Teerung	Teer	Steinsplitt	8 712	4 420	0,86	0,20	0,53
	" "	"	Kies	865	604	0,70	0,70	0,70
	Wiederholte Teerung	"	Steinsplitt	106 537	32 982	0,53	0,18	0,35
	" "	"	Kies	48 085	14 186	0,43		0,21
	" "	"	Schlacken	600	173	0,28	0,28	0,28
				164 799	52 365			
2	Gehwege							
	Erste Teerung	"	Steinsplitt	8 649	3 283	0,71	0,30	0,50
	" "	"	Kies	4 421	2 063	0,63	0,38	0,50
	Wiederholte Teerung	"	Steinsplitt	40 430	10 742	0,43	0,15	0,29
	" "	"	Kies	6 900	1 779	0 44	0,22	0,33
				60 400	17 867			
3	Radfahrwege	"	Steinsplitt	2 695	1 154	0,54	0,41	0,47
	"	"	Kies	2 257	504	0,35	0,20	0,27
4	Feldwege	"	Kies u. Splitt	5 700	3 048	0,83	0,26	0,54
5	Ausbesserungen	"	Kies u. Splitt	25 500	8 908	0,41	0,20	0 30
			Insgesamt	261 351	83 846			0,31

Der durchschnittliche Aufwand für den qm betrug bei einer Gesamtfläche von 261 351 (1935: 285 451) qm und einem Gesamtaufwand von 83 846 RM = 31 (1935: 36) Rpf. Benötigt wurden 361 (1935: 424,55) t Straßenteer.

Heißbituminierungen kamen zur Ausführung:

O.Z.	Straßendecke	qm	Bitumenverbrauch kg	kg/qm	Aufwand*) RM	Aufwand pro qm RM
1	Einstreudecke	28 703	24 432	0,85	9 097,–	0,35
2	Tränkdecke	5 813	5 740	0,98	1 872,—	0,32
3	Teppich auf Pflaster	1 860	1 672	0,90	682,—	0,36
4	Schotterdecke	15 708	14 334	0,82	5 012,—	0,32
		52 084	46 178	—	16 663,—	0,31

*) einschließlich Zuschlag von 10 v. H. für Generalunkosten.

Ferner wurde der Kleinpflasterbelag in der Schillerstraße zwischen Kriegs- und Sofienstraße zweimal mit Dispersion y überzogen und mit gebrochenem Kies abgedeckt und abgewalzt. Auf den qm entfielen 3,8 kg Dispersion y. Die Kosten betrugen für die zweimalige Behandlung bei einer Fläche von 920 qm 809 RM = 0,95 RM/qm. Ebenso wurde das Großpflaster in der Rüppurrer Straße zwischen Nebenius- und Winterstraße mit einem zweimaligen Colas A und Colas Normal-Überzug versehen. Die Kosten betrugen bei einer Gesamtfläche von 1 950 qm für die beiden Überzüge 1 672 RM = 1,23 RM/qm.

An Ortsdurchfahrten waren im Berichtsjahr 9 479,5 m von Reichsstraßen, 3 011,3 m von Landstraßen I. Ordnung und 4 865 m von Landstraßen II. Ordnung vorhanden, für die die Stadt mit 6 605,45 RM an der Kraftfahrzeugsteuer (siehe Einzelhaushaltsplan Nr. 58) beteiligt wurde. Zur Unterhaltung ehemaliger Landstraßenstrecken zahlte der badische Staat außerdem 30 962 RM aufgrund Art. 2 des Pflastergeldgesetzes vom 15. Mai 1930.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Als Beitrag hatte die Stadt für die Unterhaltung der Reichs- und Landstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten 6593,18 RM an den badischen Staat und 2481 RM an den Kreis abzuführen. Gemäß der Verordnung über den Finanzausgleich vom 28. August 1936 (GuVBl. S. 129) entfiel auf Karlsruhe ein weiterer Anteil an den durch die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens verursachten Kosten in Höhe von 15000 RM.

Für einmalige Ausgaben war im Haushaltsplan ein Betrag von 289400 RM vorgesehen. Die großen einmaligen Aufgaben auf dem Gebiet des Straßenbaus ließen jedoch eine Mehrverwendung von 200000 RM angezeigt erscheinen. Verausgabt wurden für Fahrbahnen und Parkplätze durch die Abteilung Straßen, Wege, Brücken und Verkehr 78003 RM, durch die Neubauabteilung 124625 RM, 50000 RM wurden für die in der Hauptsache erst im nächsten Jahr auszuführenden Verbesserungen in der Kapellenstraße und 236772 RM für weitere, bevorstehende Straßenarbeiten bereitgestellt.

Gehwege.

Der Aufwand für Gehwege zerfällt in die Unterhaltung der Bordsteinanlagen mit 8210 RM, der Grusgehwege mit 25191 RM und der festen Gehwegdecken mit 44082 RM. Die Unterhaltung der Bordsteinanlagen beschränkte sich auf das äußerst Notwendige. Bei den Grusgehwegen betraf die Hauptarbeit die Teerung von 60400 qm Gehwegfläche.

Feste Gehwegdecken kamen 7703 qm neu zur Verlegung, 1818 qm zur Erneuerung. Die Kosten der Gehwegunterhaltung sind gegenüber dem Vorjahr in der Hauptsache infolge vermehrter Verlegung von Gehwegplatten angestiegen, der Haushaltsansatz wurde jedoch nicht erreicht.

Radfahrwege.

Zur Unterhaltung der Radfahrwege teerte man 4952 qm unter Verwendung von feinkörnigem Kies und Steinsplitt. Neu angelegt wurden beim Bau der Robert-Wagner-Allee zwischen Schüsselestraße und Ostring 160 lfm Radfahrstreifen, ferner beim Bau der Nördlichen Hildapromenade zwischen Blücher- und Wotanstraße 185 lfm. Anläßlich des Umbaus der Daxlander Straße und der Südlichen Uferstraße hat man 550 lfm Radfahrstreifen neu geschaffen. Der Aufwand für die Radfahrwege hielt sich in den üblichen Grenzen.

Feld- und Waldwege.

An den Feld- und Waldwegen kamen die laufenden Unterhaltungsarbeiten zur Ausführung. 5700 qm wurden geteert, der Langebruchweg neu beschottert und eingewalzt. Die Unterhaltung der Wege in der eingemeindeten ehemaligen Gemarkung Kastenwört und im Hardtwald obliegt der staatlichen Forstverwaltung, der die Kosten durch die Stadt vergütet werden. Durch Leistung einer größeren Nachzahlung für frühere Jahre ist eine Überschreitung des Haushaltsansatzes eingetreten.

Brücken.

An den Brücken waren neben der Erneuerung des Holzbelags der Kirchaubrücke in Knielingen nur kleinere Unterhaltungsarbeiten auszuführen.

Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben und Teermakadambereitung.

Im Berichtsjahr standen 5 Schuttplätze zur Verfügung: An der Robert-Wagner-Allee beim Weinweg, Ecke Daxlander- und Südlicher Uferstraße, der Neugraben an der verlängerten Hardtstraße, die ehemalige Ziegelei Schäfer am Hammweg und die städtische Sandgrube in Rintheim. Die Schuttauslese war gegen Zahlung einer Gebühr vergeben.

Aus der städtischen Sandgrube in Daxlanden kamen 2342,5 (1935: 1549) cbm und aus der städtischen Sandgrube in Rintheim 676,9 (1935: 1819,5) cbm gegen zusammen 4131 (1935: 4588) RM zur Abgabe.

Die eigene Teermakadam-Mischmaschine lieferte 244,15 (1935: 290,20) cbm Teermakadam, der zum größten Teil an städtische Stellen zur Abgabe gelangte. Der Erlös betrug 5971 (1935: 4994) RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Kompressor fand während 1211,5 (1935: 421,75) Arbeitsstunden Verwendung, zu denen noch 165,75 (1935: 102,75) Transport- und Warteſtunden kamen. Die Motorwalze ſtand 346,25 (1935: 759) Stunden in Betrieb. In den letzten Jahren notwendig gewordene größere Reparaturen veranlaßten die Ausſcheidung der im Jahre 1925 beſchafften Walze gegen Ende des Berichtsjahres.

Arbeiten auf Rückerſatz durch Dritte.

Die Arbeiten auf Rückerſatz durch Dritte verurſachten einen ſachlichen Aufwand von 69027 (1935: 58494) *RM*. Einſchließlich der perſönlichen Ausgaben und des anteiligen Verwaltungsaufwandes betrugen die Erſatzleiſtungen 118307 (1935: 110592) *RM*. Die ſtädtiſchen Stellen, in der Hauptſache das Gas-, Waſſer- und Elektrizitätsamt und das Bahnamt, waren mit 77444 *RM*, das Telegrafenbauamt mit 1986 *RM* und Private mit 38877 *RM* an der Geſamtſumme beteiligt.

Maßnahmen im Intereſſe des Verkehrs.

Zur Verbeſſerung der Verkehrsverhältniſſe wurden verſchiedene Bordſteinleuchten eingebaut, beſſere Beleuchtungsverhältniſſe geſchaffen ſowie Verkehrsnägel auf dem Straßenkörper zur Kenntlichmachung der Fahrbahn an Kurven oder von Radfahr- und Fußwegübergängen angebracht.

Der Regelung des Verkehrs diente weiterhin der Erlaß von Parkverboten mit entſprechenden Bezeichnungen, die Aufſtellung von Verkehrsſchildern und Abſchrankungen an Straßenübergängen.

In der Karlſtraße zwiſchen Akademie- und Kaiſerſtraße erreichte man durch Zurückſetzen der Randſteine auf der öſtlichen Seite wie auf der Gegenſeite eine Erweiterung der Parkmöglichkeit.

Mit Unterſtützung der SA, des NSKK und der Techniſchen Nothilfe führte das Amt eine große Verkehrszählung durch. Gezählt wurde am 27. Oktober 1936 in der Zeit von 6 bis 20 Uhr an 43 Zählſtellen; insgeſamt wurden hierzu 96 Mann benötigt, welche ſich zweiſtündig ablöſten. Ferner erhielt das Amt durch die Übernahme der Robert-Wagner-Allee außerhalb des Ortsetters in die Unterhaltung einen Zählpoſten der Allgemeinen deutſchen Verkehrszählung. Gezählt wurde hier an 8 Tagen der Monate Februar und März 1937. Dieſe Zählungen wurden unter Erfaſſung des Radfahrverkehrs mit eigenen Leuten durchgeführt.

Tankſtellen.

Am Ende des Berichtsjahres waren auf ſtädtiſchem Gelände 7 Tankhäuſer und 17 Zapfſäulen, zuſammen 24 (1935: 25) Tankſtellen errichtet, die eine Miete von 27675 *RM* einbrachten. Im Laufe des Jahres wurde eine Zapfſtelle beſeitigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 11).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Öffentliche Uhren.					
Einnahmen aus dem Betriebe	3 850	3 726	—	124	3 790
B. Sonstige Einnahmen.					
1. Anschlagsäulen	24 000	24 127	127	—	24 255
3. Sonstiges	20	—	—	20	120
Summe der Einnahmen . .	27 870	27 853	127	144	28 165
Ausgaben.					
A. Öffentliche Uhren.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	8 570	8 396	—	174	8 490
b) Sachlich	5 090	5 624	534	—	5 219
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	514
B. Sonstige Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Anschlagsäulen	2 180	1 982	—	198	2 583
b) Unterhaltung der Wetterhäuschen . . .	440	154	—	286	432
c) Sonstiges	100	—	—	100	—
Summe der Ausgaben . .	16 380	16 156	534	758	17 238
Summe der Einnahmen . .	27 870	27 853	127	144	28 165
Überschuß . .	11 490	11 697	207	—	10 927

A. Öffentliche Uhren.

An das städtische elektrische Uhrennetz waren im Berichtsjahr 412 (1935: 377) Uhren angeschlossen. Die Steigerung an Uhren entfällt in der Hauptsache auf die Uhren in städtischen Gebäuden oder im Freien mit 218 (1935: 186), während die Zahl der angeschlossenen Uhren in privaten Gebäuden sich nur auf 194 (1935: 191) erhöht hat. Von letzteren stehen 18 (1935: 20) im Eigentum der Stadt. Elektrisch beleuchtet sind 45 (1935: 32) Uhren; 7 (1935: 5) Uhren bezwecken die Auslösung an Turmuhren.

Zur Betätigung der gesamten Uhrenanlage dienen 1 Normaluhr, 2 Zwischenschaltuhren sowie 6 Unterhauptuhren. Die Länge des Leitungsnetzes betrug unverändert — wie im Vorjahr — 40 km.

Einnahmen und Ausgaben zeigen gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Abweichungen.

B. Sonstiges.

Der Bestand an Plakatsäulen hat sich im Berichtsjahr um 2 Säulen auf 158 (1935: 156) erhöht. Die Einnahmen aus der Vermietung sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert, die Ausgaben ermäßigt. Das gleiche trifft für den Unterhaltungsaufwand der Wetterhäuschen zu.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

7. Wasserbau und Wasserwehr.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 12).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	2 040	2 040	—	—	2 109
b) Einnahmen aus dem Betriebe	4 500	3 342	—	1 158	3 716
c) Sonstige Einnahmen	30	—	—	30	674
4. Durchlaufende Einnahmen	1 000	1 001	1	—	1 001
Summe der Einnahmen	7 570	6 383	1	1 188	7 500
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	13 500	14 930	1 430	—	12 557
b) Sachlich	26 600	21 345	—	5 255	25 144
c) 1. Zinsendienst	5 030	5 030	—	—	6 542
2. Tilgung	45 120	41 836	—	3 284	55 272
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 660	2 632	—	28	2 550
4. Durchlaufende Ausgaben	1 000	1 001	1	—	1 002
Summe der Ausgaben	93 910	86 774	1 431	8 567	103 067
Summe der Einnahmen	7 570	6 383	1	1 188	7 500
Zuschuß	86 340	80 391	—	5 949	95 567

Die Länge der im Berichtsjahr durch das Tiefbauamt zu unterhaltenden und zu reinigenden Wasserläufe und Gräben war folgende: Alb 19 km, alter (östlicher) Federbach 6,00 km, neuer (westlicher) Federbach 1,25 km, Floßgraben 1,95 km, Halsruckergraben 2,10 km, Hänslesgraben 2,70 km, Hohleichgraben 0,60 km, Krebsgraben 2,80 km, Liliengraben 0,68 km, Malscher Landgraben 2,80 km, Matzerothgraben 2,00 km, Mittelbruchgraben 1,95 km, Oberholzgraben 1,40 km, Petergraben 1,00 km, Reiherbach 1,40 km, Ruschgraben 0,56 km, Schwarzgraben 1,00 km, See- und Scheidgraben 1,60 km, insgesamt 50,79 (1935: 50,79) km.

Bachschauen waren für die Alb auf 5. und 6. Mai und für den alten Federbach auf 6. April 1936 angesetzt, bei denen sich keine besonderen Beanstandungen ergaben.

Die Räumung der Wasserläufe und deren Unterhaltung fand in der üblichen Weise statt.

Die Uferbefestigungen an der Alb wurden fortgesetzt, insgesamt kamen 860,51 qm Böschungspflaster neu zur Ausführung. An verschiedenen Stellen waren Ausbesserungen des vorhandenen Böschungspflasters erforderlich. Die fortlaufende Beobachtung des Wasserstandes der Alb ließ sich mit Hilfe der drei eingebauten selbsttätigen Pegelanlagen ermöglichen.

Der Bau des Hochwasserdammes 27 auf der früheren Gemarkung Knielingen wurde im Berichtsjahr vom Rheinbauamt fortgesetzt. Die Länge der Hochwasserdämme auf der Gemarkung Karlsruhe betrug wie im Vorjahr: Vordere Dämme 17,7 km, zweite Dämme 10,1 km, zusammen 27,8 km.

Die Rheinwasserwehr mußte im Berichtsjahr nicht aufziehen. Dagegen führte die Alb in der Zeit vom 17. bis 22. April 1936 und am 14. und 15. Juni 1936 Hochwasser, das einen Wehrdienst erforderlich machte. Der höchste Pegelstand betrug an der oberen Gemarkungsgrenze 133 cm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr und dem Haushaltsplan zurückgegangen. Auch bei den sachlichen Ausgaben und dem Schuldendienst traten Ermäßigungen ein, die eine Verminderung des Zuschusses ermöglichten.

IV. Schulwesen.

1. Volksschulen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 13).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	26 870	24 914	—	1 956	22 381
b) Mieten	54 700	55 054	354	—	52 778
c) Einnahmen aus Stiftungen	600	603	3	—	627
d) Sonstige Einnahmen	4 330	7 854	3 524	—	5 018
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 300	1 300	—	—	1 300
Summe der Einnahmen	87 800	89 725	3 881	1 956	82 104
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	272 760	267 830	—	4 930	263 406
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	246 020	225 290	—	20 730	227 808
II. Zweckausgaben	81 150	64 851	—	16 299	54 209
c) 1. a) Zinsendienst	30 280	30 280	—	—	17 820
b) Tilgung	32 970	32 970	—	—	20 650
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	339 590	339 590	—	—	339 730
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	813 550	801 440	—	12 110	843 078
2. Einmalige Ausgaben	16 440	68 090	51 650	—	8 359
3. Verwaltungskostenbeiträge	50 100	50 100	—	—	47 830
Summe der Ausgaben	1 882 860	1 880 441	51 650	54 069	1 822 890
Summe der Einnahmen	87 800	89 725	3 881	1 956	82 104
Zuschuß	1 795 060	1 790 716	—	4 344	1 740 786

Schulbetrieb.

Dem Stadtschulamt obliegt die Verwaltung der Karlsruher Volksschulen, bestehend aus der vierjährigen Grund- und der vierjährigen Hauptschule, der Hilfs- und Sprachheilschule und der Sofienschule.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Den Schülerstand zu Beginn des Schuljahres 1936/37 zeigt folgende Darstellung:

	Schüler			Klassen		
	m.	w.	zus.	m.	w.	gem.
Grundschule	4121	4130	8251	88	90	35
Hauptschule	3156	3471	6627	76	84	22
Volksschule zusammen	7277	7601	14878	164	174	57
Hilfs- und Sprachheilschule	147	97	244	1	—	12
Fortbildungsschule	751	2247	2998	35	104	—
Sofienschule	—	427	427	—	17	—
insgesamt 1936/37	8175	10372	18547	200	295	69
insgesamt 1935/36	8487	10482	18969	199	285	72

Hiernach ist im gesamten ein leichter Rückgang der Schülerzahl festzustellen, der seine Ursache in dem Einrücken eines geburtenschwächeren Jahrgangs in die Schulpflicht (1929/30) gegenüber dem zur Entlassung gekommenen Jahrgang (1921/22) hat.

Lehrplanänderungen wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Das Lehrpersonal bestand an der Volksschule aus 28 Rektoren(-innen), 278 Hauptlehrern(-innen), 48 Lehrern(-innen) und 33 Handarbeitslehrerinnen, zusammen 387 Lehrkräften (hiervon 302 gesetzlich und 85 übergesetzlich), an der Hilfs- und Sprachheilschule aus 1 Rektor, 2 Taubstummenlehrern, 9 Hilfsschulhauptlehrern (-innen), zusammen aus 12 gesetzlichen Lehrpersonen. Der Unterricht an der Sofienschule wurde von 23 Lehrerinnen erteilt. An der Fortbildungsschule unterrichteten 2 Rektoren(-innen) und 33 Lehrer(-innen), zusammen 35 Lehrkräfte. Ferner waren der Volksschule noch 3 zusätzliche und 22 Hilfskräfte zugewiesen. Insgesamt zählten sämtliche, der Verwaltung des Stadtschulamts unterstehenden Schulen 482 (1935: 509) Lehrkräfte. Die Stadt hatte für 85 übergesetzliche Lehrerstellen sowie für den übergesetzlichen Aufwand der Knabenfortbildungsschule 448690,00 (1935: 487828,30) RM und für die gesetzlichen planmäßigen Lehrerstellen der Volks- und Fortbildungsschulen den Schulbeitrag mit 352750 (1935: 355250) RM zu übernehmen. Der Gehaltsaufwand der 23 Lehrerinnen an der Sofienschule betrug 69550,77 (1935: 67016,16) RM.

Am 1. Oktober 1936 wurde in Karlsruhe eine Abteilung für jüdische Schüler und Schülerinnen eingerichtet, an der 6 Lehrer den Unterricht für 109 Knaben und 118 Mädchen erteilten.

Die Aufhebung des Staatsjugendtages durch Erlaß des Reichserziehungsministers ab Januar 1937 wirkte sich an den Volksschulen in der Weise aus, daß der frühere sechstägige Wochenunterricht mit Unterrichtsstunden von je 55 Minuten (anstatt bisher fünftägigem Wochenunterricht mit Unterrichtsstunden von je 45 Minuten) wieder eingeführt werden konnte. Der Staatsjugendtag war nur für die 5. bis 8. Klasse (Hauptschule) angeordnet worden.

Außer den 4 staatlichen Beamten (1 Stadtoberschulrat, 1 Rektor, 1 Hauptlehrer, 1 Lehrer) waren beim Stadtschulamt noch 3 städtische Beamte, 2 satzungsmäßige Angestellte, 4 Lehrlinge und 29 Hausmeister tätig.

Im Wirtschaftsergebnis des Berichtsjahres konnten die Einnahmen gegenüber dem Haushaltsplan und dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben ließen sich Einsparungen erzielen. Die einmaligen Ausgaben dagegen erfuhren eine Überschreitung des Haushaltsplans, in der Hauptsache durch nachträgliche Übernahme eines Teilbetrags von 43400 RM für den Schulhausneubau in Grünwinkel auf die laufende Wirtschaft. Trotzdem mußte im Gesamtergebnis der vorgesehene Zuschuß nicht voll beansprucht werden.

Knaben-Fortbildungsschule.

In die Knaben-Fortbildungsschule traten im Berichtsjahr ungefähr ein Drittel der aus der Volksschule entlassenen Schüler über, für die aus wirtschaftlichen oder aus persönlichen Gründen keine Lehrstellen gefunden werden konnten. Der Schule fiel daher die Aufgabe zu, diese Schüler

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

durch Werkunterricht und gärtnerische Arbeiten im eigenen Obst- und Siedlergarten der Schule auf ihren späteren Beruf vorzubereiten.

Mädchen-Fortbildungsschule.

Diese Schuleinrichtung hat die Aufgabe, die Mädchen nach Verlassen der Volksschule mit ihren zukünftigen Pflichten als Hausfrau und Mutter vertraut zu machen. Dabei sind in besonderem Maße die Forderungen unserer Zeit im Rahmen des zweiten Vierjahresplanes zu berücksichtigen, d. h., es muß den jungen Hausfrauen gezeigt werden, wie auch mit einfachen Mitteln und unter strenger Vermeidung volksschädigender Nahrungsmittelverluste eine gesunde und schmackhafte Küche geführt werden kann. Hierbei lernen die Schülerinnen verstehen, einen Küchenplan der jeweiligen Marktlage anzupassen, einheimische Erzeugnisse zu bevorzugen und jeglichen Küchenabfall nutzbar zu machen. Neben diesem praktischen Unterricht, der nach rein volkswirtschaftlichen Grundsätzen gegeben wird, werden die Schülerinnen über bevölkerungspolitische und rassenkundliche Zeitfragen aufgeklärt; auch erhalten sie die erste Anleitung in der Säuglings- und Krankenpflege.

Sofienschule.

Die Sofienschule gibt den schulentlassenen Mädchen die Möglichkeit zur Erweiterung ihrer Fertigkeiten auf dem Gebiet des Nähens. Für diesen Zweck besitzt die Schule eigene Nähmaschinen, deren Unterhaltung bzw. Neubeschaffung durch einen kleinen Beitrag der Schülerinnen von jährlich 4 RM sichergestellt wird. Das Schulgeld betrug im Berichtsjahr unverändert 40 RM für Karlsruher Schülerinnen und 80 RM für Auswärtige. Ein größerer Teil dieser Beträge wird jedoch regelmäßig erlassen. An der Schule fand im Berichtsjahr eine kleine Leistungsschau selbstgefertigter Arbeiten statt.

Schulfilm.

In Erkenntnis des hohen erzieherischen und belehrenden Wertes, der dem Film als Unterrichtsmittel heute zukommt, wurden der Schülerschaft im Berichtsjahr von der Schulbildstelle in Zusammenarbeit mit der Gaufilmstelle mehrere staatspolitisch wertvolle Filme und auch verschiedene Lehrfilme vorgeführt. Die Zahl der von der Reichsstelle für den Unterrichtsfilm überlassenen Vorführgeräte hat sich im Berichtsjahr mehr als verdoppelt, sodaß größere oder nahe beieinanderliegende Schulabteilungen über ein eigenes Gerät verfügen und nach freier Wahl dieses Lehrmittel in den Unterricht einbeziehen können. Der Schulfilm bildet so eine Bereicherung des Anschauungsstoffes, ohne den ein zeitbewußter Unterricht nicht mehr denkbar wäre.

Knabenhandarbeitsunterricht.

Zur Förderung der handwerklichen Arbeit werden an den Karlsruher Volksschulen Schülerwerkstätten mit den Fachgruppen Conformen, Papparbeiten, Arbeiten an der Hobelbank, Metallarbeiten und Modellflugzeugbau unterhalten. Dadurch ist den Knaben vom 10. Lebensjahr ab Gelegenheit gegeben, durch freiwillige Teilnahme an dem Handarbeitsunterricht ihre handwerklichen Fähigkeiten fortzubilden. Der Unterricht wurde im Berichtsjahr in 108 Abteilungen mit zweistündigem Wochenunterricht von 61 Lehrkräften erteilt. Insgesamt nahmen daran 1674 (1935: 1400) Schüler teil. Werkstatteinrichtungen bestehen an 12 Knabenschulen; davon sind 10 Räume für Papp- und Modellunterricht, 12 Räume für Hobelarbeiten und 9 Räume für Metallarbeiten eingerichtet. Die Knabenfortbildungsschule besitzt 2 Werkstätten für Hobelarbeiten.

Flugzeugmodellbau.

Im Interesse einer tüchtigen flugsportlichen Ausbildung unserer Schuljugend wurde im Berichtsjahr der Flugzeugmodellbau an den Volksschulen schon in den 6. Klassen eingeführt, sodaß nunmehr für die Lehrgänge drei Jahre zur Verfügung stehen. An den Lehrgängen nahmen im Berichtsjahr insgesamt 270 Schüler teil; es wurden ungefähr 800 bis 900 Modelle gefertigt (einschließlich der von den Höheren Lehranstalten gebauten Modellen). Im Berichtsjahr mußte vor allem auch der Frage der Werkstoffverarbeitung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, um die Schüler mit dem selbstverständlichen Grundsatz der ausschließlichen Verwendung einheimischer Werkstoffe vertraut zu machen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zeichenunterricht.

Wesentliche Änderungen in der Gestaltung des Zeichenunterrichts an den Karlsruher Volksschulen waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Im Auftrag des Referenten für Kunsterziehung im Unterrichtsministerium mußten Schülerarbeiten gefertigt werden, die in eine Beispielsammlung aufgenommen wurden; diese Sammlung wurde im Laufe des Schuljahres in verschiedenen Städten und vor maßgebenden Stellen gezeigt.

Der Weiterbildung der mit dem Zeichenunterricht betrauten Lehrer diente eine Arbeitsgemeinschaft.

Im Berichtsjahr wurden folgende größere Ausstellungen gezeigt: Beispielsammlung für die Lehrziele im Zeichenunterricht der Mittelstufe (4. und 5. Klasse), Advent und Weihnacht in bildlicher Darstellung und völkisches Brauchtum zur Wintersonnenwende, deutsche Volkskunst und ihre Verbindung mit der Kunsterziehung der Schule.

Lehrerorchester.

Das im Jahre 1934 ins Leben gerufene Lehrerorchester wurde im Berichtsjahr aufgelöst, da eine Notwendigkeit zu seiner Weiterführung nicht bestand und auch die vom Stadtschulamt zu bestreitenden Ausgaben zu hoch waren.

2. Höhere Lehranstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 14).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	555 800	566 684	10 884	—	565 798
b) Mieten	23 760	24 172	412	—	23 589
c) Sonstige Einnahmen	1 310	2 288	978	—	2 047
2. Einmalige Einnahmen	—	—	—	—	12 908
Summe der Einnahmen	580 870	593 144	12 274	—	604 342
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	47 300	46 266	—	1 034	45 933
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	87 010	86 113	—	897	83 587
II. Zweckausgaben	22 780	19 314	—	3 466	16 605
c) I. a) Zinsendienst	12 600	12 600	—	—	13 860
b) Tilgung	15 000	15 000	—	—	20 350
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	159 230	159 230	—	—	159 230
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	655 900	681 780	25 880	—	640 999
2. Einmalige Ausgaben	3 820	3 874	54	—	9 205
3. Verwaltungskostenbeiträge	41 520	41 520	—	—	40 920
Summe der Ausgaben	1 045 160	1 065 697	25 934	5 397	1 030 689
Summe der Einnahmen	580 870	593 144	12 274	—	604 342
Zuschuß	464 290	472 553	8 263	—	426 347

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Schuljahr 1936/37 brachte den 7 höheren Lehranstalten der Stadt Karlsruhe (Realgymnasium Goetheschule, Realgymnasium Humboldtschule, Helmholtz- und Kantoberrealschule für Knaben, Mädchenrealschule mit Mädchenrealgymnasium Lessingschule, Mädchenrealschule mit Mädchenoberrealschule und Frauenschule Fichteschule und Mädchenrealschule Freiligrathschule) Maßnahmen von einschneidender Bedeutung. Hierunter ist besonders wesentlich der Erlaß des Reichserziehungsministers vom 30. November 1936 über die Ablegung der Reifeprüfung an den höheren Schulen im Jahre 1937 und die Einführung der zwölfjährigen Schulzeit im gesamten deutschen Reichsgebiet sowie der Erlaß des Reichserziehungsministers vom 4. Dezember 1936 über die Aufhebung des Staatsjugendtages. Während der erstgenannte Erlaß sich bei den Mädchenschulen erst im Laufe der nächsten Jahre durch Ausschaltung einer Schulklasse auswirken wird, mußten bei den Knabenschulen wichtige Veränderungen vorgenommen werden. Durch ministerielle Anordnung wurde die Unterprima Abschlußklasse; an Ostern 1937 fand daher an den vier Karlsruher Knabenlehranstalten neben der ordentlichen Reifeprüfung für die Oberprima noch eine außerordentliche Reifeprüfung für diese Unterprima statt. Zur Bewältigung des Lehrstoffes war eine Neuverteilung der Unterrichtsstunden für die Unterprima notwendig. Für beide Reifeprüfungen kam nach einem Erlaß des Reichserziehungsministers der schriftliche Teil in Wegfall; dagegen wurden in die mündliche Prüfung auch diejenigen Fächer einbezogen, die früher schriftlich geprüft wurden. Der Erlaß des Reichserziehungsministers vom 4. Dezember 1936 verfügte ab Januar 1937 die Aufhebung des Staatsjugendtags, der im Herbst 1934 für die Klassen Sexta bis Untertertia eingeführt worden war. Damit konnte der frühere sechstägige Wochenunterricht wieder hergestellt werden. Der Übergang zur achtklassigen höheren Schule bedingte schon im Berichtsjahr einen allmählichen Ausgleich des Lehrstoffes, der sich bei den Knabenschulen in besonderem Maß in der Klasse Obersekunda, die im Schuljahr 1937/38 Abschlußklasse wird, auswirkte.

Auffallende Veränderungen in den Schülerzahlen sind nicht zu verzeichnen. Genaue Angaben enthält die nachstehende Übersicht:

	Knaben					Mädchen				Knaben und Mädchen zusammen
	Goetheschule	Humboldtschule	Helmholtzschule	Kantschule	zusammen	Lessingschule	Fichteschule	Freiligrathschule	zusammen	
Aus dem Vorjahr übernommene Schüler	411	355	412	295	1 473	425	509	214	1 148	2 621
Eingetreten	96	79	108	106	389	104	26	58	188	577
Zusammen	507	434	520	401	1 862	529	535	272	1 336	3 198
Ausgetreten	28	18	36	36	118	36	29	20	85	203
Schülerstand am Ende des Schuljahres	479	416	484	365	1 744	493	506	252	1 251	2 995
Schülerstand am Ende des Vorjahres	453	405	502	359	1 719	543	483	255	1 281	3 000
Zahl der Klassen	18	16	16	16	66	17	20	11	48	114
Schüler im volksschulpflichtig. Alter	216	198	262	129	805	209	249	169	627	1 432
Planmäßige Lehrer	26	24	25	17	92	26	19	9	54	146
Außerplanmäßige Lehrer	8	6	6	10	30	7	18	8	33	63
Neben- und Hilfslehrer	3	7	1	2	13	7	10	5	22	35

Der 6-stündige Vormittagsunterricht, wobei jede Unterrichtsstunde 45 Minuten dauert, wurde beibehalten. Die flugwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften, die eine Vertiefung des Luftfahrtgedankens in der Schülerschaft bezwecken, führte man fort. Daneben wurden Arbeitsgemeinschaften für Kleinkaliberschießen neu gebildet. Die Anzahl der Unterrichtsstunden für Leibesübungen blieb unverändert; darüber hinaus beteiligten sich die Schulen an Handball- und Fußballrunden sowie Schwimmwettkämpfen der Karlsruher Schülerschaft, Gerätewettkämpfen und sonstigen sportlichen Veranstaltungen (Fest der Deutschen Jugend u. a.).

An der Fichteschule wurde die bisher zwei Jahre umfassende Frauenschule zu einer dreijährigen Frauenschule ausgebaut; nach Bestehen der Reifeprüfung sind deren Schülerinnen zur Erlernung verschiedener Lehrerinnenberufe berechtigt. Der gymnasiale Zweig an der Lessingschule, der

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nach einem Erlaß des Badischen Ministers des Kultus und Unterrichts ab Ostern 1935 abgebaut wird, besteht nunmehr nur noch aus 7 Klassen, die jedoch bis zur Abschlußprüfung durchgeführt werden.

Das Reifezeugnis erhielten an Ostern 1937: An der Goetheschule 37 Schüler (darunter 27 Unterprimaner), Humboldtschule 46 Schüler (24 Unterprimaner), Helmholtzschule 40 Schüler (18 Unterprimaner), Kantschule 32 Schüler (13 Unterprimaner), Lessingschule 17 Schülerinnen und an der Fichteschule 16 Schülerinnen.

Eine Reifeprüfung für Schulfremde wurde an der Fichteschule von 4 Schülerinnen erfolgreich bestanden.

Im wirtschaftlichen Ergebnis der höheren Lehranstalten haben sich die Einnahmen aus Schulgeldern, Beiträgen, Mieten usf. leicht gebessert, während bei den Ausgaben der Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal stärker zugenommen hat. Es hat sich ein Zuschußbedarf ergeben, der den Haushaltsansatz des Berichtsjahres wie auch den tatsächlichen des Vorjahres überstieg.

3. Gewerbeschulen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 15).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	74 780	86 673	11 893	—	76 908
b) Mieten	1 090	1 101	11	—	1 101
c) Sonstige Einnahmen	1 600	4 803	3 203	—	3 008
2. Einmalige Einnahmen	—	1 367	1 367	—	—
Summe der Einnahmen	77 470	93 944	16 474	—	81 017
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	43 440	42 104	—	1 336	39 855
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	30 440	25 777	—	4 663	25 245
II. Zweckausgaben	20 920	16 878	—	4 042	16 421
c) 2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	56 010	56 010	—	—	56 010
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	182 850	175 494	—	7 356	169 195
2. Einmalige Ausgaben	44 120	4 781	—	39 339	599
3. Verwaltungskostenbeiträge	12 500	12 500	—	—	11 940
Summe der Ausgaben	390 280	333 544	—	56 736	319 265
Summe der Einnahmen	77 470	93 944	16 474	—	81 017
Zuschuß	312 810	239 600	—	73 210	238 248

Im Berichtsjahr sind bei den drei Karlsruher Gewerbeschulen keine wesentlichen organisatorischen Änderungen eingetreten. Die Gewerbeschule I umfaßte hauptsächlich die Fachgruppen des Baugewerbes, die Gewerbeschule II die Fachgruppen der metallverarbeitenden Berufe und die Gewerbeschule III die Fachgruppen der schmückenden Berufe und des Ausstattungsgewerbes. Außerdem waren der Gewerbeschule I die Kaminfegerschule für Baden sowie eine Fachschule für Blechner und Installateure, der Gewerbeschule II eine Fachschule für Elektrotechniker und der Gewerbe-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schule III eine Fachschule für Bildhauer angegliedert. Daneben wurden an sämtlichen drei Schulen Fachkurse und Werkstattunterricht für die einschlägigen Berufsgruppen durchgeführt.

Bei den Schülerzahlen ist eine weitere Steigerung festzustellen, die wohl mit den gleichen Gründen wie im Vorjahr zu erklären sein dürfte (Ausdehnung der Schulpflicht, Bildung der Gewerbeschulverbände, Einrücken der ersten geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in die Schulpflicht, vermehrter Lehrlingsbedarf durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung). Die gesteigerte Schülerzahl machte eine Erhöhung des Lehrpersonals (um 10) und der Klassenzahl (um 5) notwendig.

	Gewerbeschule						Insgesamt			Ganztägige Fachkurse	Ganztägige Fachschule	Insgesamt
	I		II		III							
	Pflichtschüler	freiw. Schüler	Pflichtschüler	freiw. Schüler	Pflichtschüler	freiw. Schüler	Pflichtschüler	freiw. Schüler	Zusammen			
Schülerstand zu Beginn des Schuljahres 1936/37	846	18	1 117	9	1 082	32	3 045	59	3 104	—	35	3 139
Eingetreten	131	3	82	8	128	15	341	26	367	—	23	390
Zusammen	977	21	1 199	17	1 210	47	3 386	85	3 471	—	58	3 529
Ausgetreten	44	5	60	3	89	6	193	14	207	—	—	207
Schülerstand am Ende des Schuljahres	933	16	1 139	14	1 121	41	3 193	71	3 264	—	58	3 322
Klassen	39		42		50		131		131	—	3	134
Schülerstand zu Beginn des Schuljahres 1935/36	778	17	904	8	1 037	25	2 719	50	2 769	—	47	2 816
Planmäßige Lehrer	15		15		18		48		48	—	—	48
Außerplanmäßige Lehrer	4		7		2		13		13	—	—	13
Nebenlehrer	7		1		9		17		17	—	—	17

Die Beiträge für den Besuch der Gewerbeschulen blieben unverändert.

Im Wirtschaftsergebnis der Gewerbeschulen haben die tatsächlichen Einnahmen den Ansatz im Haushaltsplan um mehr als 16 000 RM überstiegen. Bei den Ausgaben ließen sich durchweg Einsparungen erzielen. Der als einmalige Ausgabe im Haushaltsplan vorgesehene Betrag von 43 400 RM für Umbau und Einrichtung des Gebäudes Steinstraße 20 für Zwecke der Gewerbeschule wurde nicht in Anspruch genommen, da die Arbeit nicht zur Ausführung kam.

4. Handelsschulen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 16).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Schulgeld und Beiträge	113 820	146 482	32 662	—	118 050
b) Mieten	1 060	1 070	10	—	1 070
c) Sonstiges	600	759	159	—	765
2. Einmalige Einnahmen	—	3 018	3 018	—	1 997
Summe der Einnahmen	115 480	151 329	35 849	—	121 882

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	25 030	24 458	—	572	24 603
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	14 180	14 443	263	—	13 427
II. Zweckausgaben	8 840	8 869	29	—	7 778
c) 1. Tilgung	—	—	—	—	8 520
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	18 480	18 480	—	—	18 480
d) Anteil der Stadt an dem Aufwand für das Lehrerpersonal	138 760	130 676	—	8 084	133 578
2. Einmalige Ausgaben	2 250	3 494	1 244	—	739
3. Verwaltungskostenbeiträge	6 740	6 740	—	—	6 660
Summe der Ausgaben	214 280	207 160	1 536	8 656	213 785
Summe der Einnahmen	115 480	151 329	35 849	—	121 882
Zuschuß	98 800	55 831	—	42 969	91 903

Das Schuljahr 1936/37 brachte den Karlsruher Handelslehranstalten eine weitere Zunahme der Besucherzahlen. Diese Tatsache ist vor allem auf die allgemeine Wirtschaftsbelebung mit ihrem erhöhten Bedarf an Fachkräften, dann aber auch auf das Einrücken der ersten geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit in die Handelsschulpflicht zurückzuführen.

Aus den erhöhten Schülerzahlen ergab sich die Notwendigkeit zur Vermehrung der Klassen und des Lehrkörpers. In der Unterrichtsgestaltung selbst waren keine besonderen Veränderungen zu verzeichnen.

Am Ende des Schuljahres 1936/37 fand erstmals das Wirtschaftsabitur für die Abschlußklasse der Oberhandelsschule statt. In Auswirkung des Erlasses des Reichserziehungsministers über die zwölfjährige Schulzeit bildete jedoch im Berichtsjahr die Unterprima die Abschlußklasse, die sich an Ostern 1937 dem Wirtschaftsabitur unterzog; ausgenommen hiervon waren die Mädchen, auf die diese Anordnung keine Anwendung fand.

Schüler- und Lehrerzahl.

	Handelsschule I									Handelsschule II			Insgesamt
	Pflichthandelsschule				zusammen	Höhere Handelsschule			zusammen	Pflicht-Handelsschule	Höhere Handelsschule	zusammen	
	3 jährige		1 jährige										
	m.	w.	m.	w.		m.	w.	zus.		w.	w.		
Aus dem Vorjahr übernommene Schüler	466	15	—	—	481	99	5	104	585	624	89	713	1 298
Eingetreten	308	6	26	—	340	137	6	143	483	367	144	511	994
Insgesamt	774	21	26	—	821	236	11	247	1068	991	233	1 224	2 292
Ausgetreten	67	—	1	—	68	12	—	12	80	237	85	322	402
Schülerstand am Ende des Schuljahres 1936/37	707	21	25	—	753	224	11	235	988	754	148	902	1 890
Schülerstand am Ende des Vorjahres	587	15	27	19	648	180	5	185	833	762	160	922	1 755
Klassen	17		9		26	10		10	36	35	8	43	79
Planmäßige Lehrer	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	—	11	25
Außerplanmäßige Lehrer	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	17	20
Nebenlehrer	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	—	15	24

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Handelsschule I (für Knaben) führte außerdem während des Schuljahres 1936/37 in drei Abteilungen Fachkurse durch, an denen sich insgesamt 1094 Knaben und Mädchen beteiligten.

Im Berichtsjahr wurden folgende Prüfungen abgehalten: An der Handelsschule I eine Abgangsprüfung der Pflichtklassen (kaufmännische Gehilfenprüfung), bestanden von 234 Schülern; an der Höheren Handelsschule I eine Abschlußprüfung (mittlere Reife), bestanden von 74 Schülern; an der Oberhandelsschule (Zweig der Höheren Handelsschule I) ein Wirtschaftsabitur, bestanden von 25 Schülern; an der Höheren Handelsschule II eine Abschlußprüfung mit einjährigem Lehrgang, bestanden von 36 Schülerinnen; an der Höheren Handelsschule II eine Abschlußprüfung für den zweijährigen Lehrgang (mittlere Reife), bestanden von 71 Schülerinnen.

Das Wirtschaftsergebnis der Karlsruher Handelsschulen zeigte im Berichtsjahr bei den Einnahmen eine beachtliche Steigerung und bei den Ausgaben kleine Einsparungen, sodaß im Gesamtergebnis der Zuschußbedarf vermindert werden konnte.

5. Sonstiges Schulwesen und besondere Leistungen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 17).

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Pachtzinsen von Schulplätzen	170	334	164	—	1 095
Summe der Einnahmen . .	170	334	164	—	1 095
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben für die Verwaltung der Schulspielplätze	1 280	1 280	—	—	1 280
b) Sachliche Ausgaben:					
1. Schülerausbildungsbeihilfen	1 000	733	—	267	823
2. Schulspielplätze	3 690	2 718	—	972	2 574
3. Unentgeltlicher Schwimmunterricht an Schüler	36 450	33 552	—	2 898	32 433
4. Zuschüsse und Beiträge:					
a) Badische Hochschule und Konservatorium für Musik	59 630	80 663	21 033	—	78 496
b) Frauenarbeitsschule des Badischen Frauenvereins	7 500	7 500	—	—	7 500
d) Dentistenfachschule	4 060	3 913	—	147	3 913
e) Kleinere Beiträge	800	800	—	—	800
2. Einmalige Ausgaben	300	1 000	700	—	743
Summe der Ausgaben . .	114 710	132 159	21 733	4 284	128 562
Summe der Einnahmen . .	170	334	164	—	1 095
Zuschuß . .	114 540	131 825	17 285	—	127 467

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badische Hochschule und Konservatorium für Musik.

Der Besuch der Badischen Hochschule für Musik und des als deren vorbereitende Lehranstalt zu betrachtenden Konservatoriums für Musik hat im Berichtsjahr mit 604 Studierenden gegenüber dem Vorjahr mit 635 Studierenden leicht nachgelassen. Die Besucher verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Unterrichtsfächer: Gesang 36, Klavier 337, Orgel 31, Harmonium 5, Violine 109, Viola 5, Violoncello 18, Gambe 1, Kontrabaß 3, Laute 1, Flöte 7, Oboe 5, Klarinette 10, Fagott 2, Horn 4, Trompete 6, Posaune 5, Pauke 2, Blockflöte 21, Handharmonika 92, Partiturspiel und Kapellmeisterstudium 20, Komposition und Theorie als Hauptfach 22. Daneben fanden 43 Theoriekurse, musikwissenschaftliche Vorlesungen und praktische Übungen in den Fächern allgemeine Musiklehre, Harmonielehre, Generalbaßspiel, Kontrapunkt, Formenlehre, Akustik, Ästhetik, Pädagogik, Instrumenten- und Instrumentationslehre, Klaviermethodik, Gehörbildung, Musikgeschichte, Kammermusik, Orchesterspiel und Chorgesang statt. Das Seminar der Kandidaten für das künstlerische Musiklehramt an höheren Lehranstalten wurde von 12 Studierenden besucht.

Am 1. September 1936 wurde der Musikhochschule eine Klasse für Cembalo und Klavichordspiel angegliedert. Von den insgesamt 604 Besuchern der beiden Lehranstalten kamen 201 Studierende von auswärts (Baden, Pfalz, Württemberg, Saargebiet, Hessen, Norddeutschland, Holland, Tschechoslovakei, U.S.A.).

Der Lehrkörper hat sich infolge Verheiratung und Ausscheiden einer weiblichen Lehrkraft auf insgesamt 45 (1935: 46) vermindert; hiervon waren 35 an der Musikhochschule und 10 am Konservatorium tätig. Die Verwaltungsgeschäfte besorgten, wie im Vorjahr, 1 Beamter, 1 Beamtenanwärter, 1 Lehrling und 1 Angestellter, die von der Stadt überlassen wurden.

An Ostern 1937 bestanden 5 (1935: 8) Studierende die staatliche Privatmusiklehrerprüfung, 3 (1935: 3) Studierende die staatliche Prüfung für das künstlerische Lehramt und 1 (1935: 2) Studierender die Abschlußprüfung am Institut für katholische Kirchenmusik. 7 Studierende erhielten Anstellungen als Studienassessoren an höheren Lehranstalten.

Im Berichtsjahr wurden die nachfolgenden Konzerte, Vortragsabende und Feiern veranstaltet: 24. April 1936: Klavierabend Professor Josef Schelb; 8. Mai 1936: Klavierabend Professor Georg Mantel; 9. Mai 1936: Eröffnung der Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe" unter Mitwirkung des Badischen Kammerorchesters; 24. Mai 1936: Musikalische Morgenfeier des Badischen Kammerorchesters; 27. Mai 1936: Klavierabend des Studierenden Anton Gleißle; 10. Juni 1936: 1. Kammermusikabend des Oswald-Streichquartetts, 12. Juni 1936: Werkkonzert in der Brauerei Moninger; 1. Oktober 1936: Kammermusikabend badischer Komponisten anläßlich der Gaukulturwoche; 9. Oktober 1936: Eröffnungsfeier des Kreischorleiter-Lehrgangs unter Mitwirkung des Oswald-Quartetts; 15. Oktober 1936: Liederabend Dr. Fritz Lang, Professor Georg Mantel; 25. Oktober 1936: Musikalische Morgenfeier anläßlich der Angliederung einer Cembaloklasse; 9. November 1936: Totengedenkfeier der Gauleitung der NSDAP unter Mitwirkung des Oswald-Quartetts; 11. November 1936: Eröffnungsfeier der Hochschule für Lehrerbildung unter Mitwirkung des Oswald-Quartetts; 17. November 1936: C. M. von Weber-Gedächtnisfeier; 15. Dezember 1936: 1. Kammermusikabend der neu gegründeten Vereinigung für alte Musik; 22. Dezember 1936: Weihnachtsfeier unter Mitwirkung der Vereinigung für alte Musik; 25. Januar 1937: Kammermusikabend des Oswald-Quartetts; 29. Januar 1937: Reichsgründungsfeier. Außerdem wurden 5 Schüler-Vortragsabende, 9 Prüfungskonzerte der Musikhochschule und 4 Schüler-Vortragsabende des Konservatoriums durchgeführt.

Die beiden Lehranstalten, deren Zuschußbedarf von Staat und Stadt bestritten wird, erforderten im Berichtsjahr erneut eine Steigerung des städtischen Zuschusses.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 18).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.					
2. Einnahmen aus dem Betriebe	1 140	1 246	106	—	1 222
3. Sonstige Einnahmen	50	7	—	43	10
Betrag A	1 190	1 253	106	43	1 232
B. Volksbücherei und Lesehalle.					
1. Leihgebühren	900	888	—	12	937
2. Sonstige Einnahmen	500	334	—	166	394
Betrag B	1 400	1 222	—	178	1 331
Betrag A	1 190	1 253	106	43	1 232
Summe der Einnahmen	2 590	2 475	106	221	2 563
Ausgaben.					
A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	11 950	12 957	1 007	—	10 937
b) Sachlich:					
1. Kunstpflege	24 230	22 147	—	2 083	18 223
2. Haus Solms	6 210	6 153	—	57	6 172
3. Stadtgeschichtliche Sammlungen	1 000	1 000	—	—	1 000
4. Zuschüsse und Beiträge:					
a) Zum Betrieb des Badischen Staatstheaters	584 750	736 348	151 598	—	740 251
b) An Vereine und Anstalten	670	1 070	400	—	870
5. Sonstiges	150	134	—	16	102
2. Einmalige Ausgaben	12 500	20 093	7 593	—	17 782
3. Verwaltungskostenbeiträge	130	130	—	—	130
Betrag A	641 590	800 032	160 598	2 156	795 467
B. Volksbücherei und Lesehalle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	34 580	36 084	1 504	—	35 407
b) Sachlich	16 000	16 046	46	—	15 519
2. Einmalige Ausgaben	610	36	—	574	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	300	300	—	—	300
Betrag B	51 490	52 466	1 550	574	51 226
C. Kirchen.					
1. Fortdauernde Sachausgaben:					
a) Unterhaltung der Gebäude	260	44	--	216	44
b) Nutzungswert der Gebäude	1 380	1 380	—	—	1 380
3. Verwaltungskostenbeiträge	80	80	—	—	80
Betrag C	1 720	1 504	—	216	1 504
Betrag A	641 590	800 032	160 598	2 156	795 467
Betrag B	51 490	52 466	1 550	574	51 226
Summe der Ausgaben	694 800	854 002	162 148	2 946	848 197
Summe der Einnahmen	2 590	2 475	106	221	2 563
Zuschuß	692 210	851 527	159 317	—	845 634

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Kunst, Wissenschaft, Sammlungen.

Die Kunstpflege erforderte seitens der Stadt die Unterhaltung öffentlicher Denkmäler und Bildwerke, die Leistung eines Zuschusses in Höhe von 1000 RM an die „Gesellschaft der Kunstfreunde", Anschaffungen für die städtischen Gemäldesammlungen, die Übernahme des Fehlbetrags aus dem Betrieb des Ateliergebäudes Westendstraße 65/65a sowie die Unterhaltung und Ergänzung des städtischen Archivs.

Für die Gewinnung einer Radierung des Adolf-Hitler-Platzes, die als Ehrengabe für langjährige Dienstzeit an Gefolgschaftsmitglieder der Stadt und sonstige Zwecke benötigt wird, fand unter einigen hiesigen Künstlern (Radierern) ein beschränkter Wettbewerb statt. Sowohl anläßlich der Gaukulturschau der NSDAP als auch in der Weihnachtsausstellung des Badischen Kunstvereins erwarb die Stadt insgesamt Gemälde von 13 Künstlern. Die graphische Aufbausammlung erfuhr durch den Erwerb zahlreicher Radierungen und Aquarelle eine wesentliche Erweiterung. Die im Vorjahr begonnene Restaurierung stadteigener Gemälde wurde fortgesetzt. Zur Ausschmükkung des Bodensee-Motorschiffes „Karlsruhe" übertrug die Stadt einem hiesigen Künstler die Anfertigung einer Intarsie des Adolf-Hitler-Platzes.

Die Bestände des Archivs fanden eine Ergänzung durch verschiedene fotografische Aufnahmen vom Besuch des preußischen Ministerpräsidenten Generaloberst Göring. Frau M. Huber, Locarno Monti, hat der Stadt eine umfangreiche Sammlung von Plaketten geschenkt, die nach Originalen des Peter Flöthner, der um die Wende des 16. Jahrhunderts einer der führenden Meister der deutschen Renaissancekunst war, gefertigt worden sind. Aus Privatbesitz wurde ein Album (Biedermeierstil) mit Originalzeichnungen und stadtgeschichtlich bedeutsamen Persönlichkeiten erworben. Altbibliothekdirektor Dr. Längin hat den städtischen Sammlungen ein silbernes Patenbesteck mit eigenhändiger Widmung Johann Peter Hebels an Fritz A. M. Wielandt geschenkt. Das Badische Landesmuseum verwandte die ihm für Verwaltung und Unterbringung der städtischen Sammlungen im Schloß gewährte Vergütung von 1000 RM zum erheblichen Teil für Neuanschaffungen.

Die Einrichtung des Hauses Solms wurde fortgesetzt; die wertvollen Sammlungen konnten jedoch im Berichtsjahr noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Badisches Staatstheater.

Das Badische Staatstheater begann seine Spielzeit 1936/37 am 4. September 1936 mit einer Freilichtaufführung im Schloßgarten „Diener zweier Herren", einem dramatischen Schauspiel von Goldoni. Die erste Schauspielaufführung auf der Theaterbühne am 12. September 1936 brachte Kleist's „Prinz Friedrich von Homburg", die erste Opernaufführung „Der Rosenkavalier" von Richard Strauß. Den Abschluß der Spielzeit bildete eine Aufführung von „Faust", I. Teil, von Goethe am 9. Juli 1937. Während der Spielzeit 1936/37 fanden insgesamt 402 (1935: 428) Vorstellungen statt, davon 132 Opern-, 26 Operetten-, 167 Schauspiel-, 6 Tanzaufführungen, 4 Morgenfeiern, 11 Sinfoniekonzerte und 17 verschiedene Aufführungen (bunte Abende, Werbeabende, Gastspiele u. a.), zusammen 363 (1935: 364) Aufführungen im Staatstheater selbst, 8 (1935: 2) Schauspielaufführungen im Schloßgarten, 4 (1935: 1) Sinfoniekonzerte in der städtischen Festhalle bzw. Markthalle und 27 (1935: 42) Aufführungen auswärts.

Das Staatstheater veranstaltete in der Spielzeit 1936/37 folgende Uraufführungen: Die Oper „Lucia" von Donizetti-Wolfram (Neufassung) am 2. Juli 1937, das Tanzwerk „Das Dorf unter dem Gletscher" von Sutermeister am 2. Mai 1937, die Schauspiele „Mensch mit uns" von Burte am 28. September 1936, „Der Usmüller" (Neufassung) von Roth am 3. April 1937, „Eines Königs Freundin" von Stolzing am 29. Mai 1937, „Leicht bewölkt bis heiter" von Gall am 3. Oktober 1936, „Zur Meermaid" von Geyer am 22. Mai 1937. Als Erstaufführungen gingen über die Bühne: Die Opern „Gärtnerin aus Liebe" von Mozart-Anheißer, „Zaubergeige" von Egk, „Macbeth" von Verdi, die Operette „Eine Nacht in Venedig" von Johann Strauß-Lutein, die Tanzspiele „Der Feuervogel" von Stravinsky und „Landsknechte" von Weismann (süddeutsche Erstaufführung), die Schauspiele „Hannibal" von Grabbe, „Der Einsame" von Johst, „Gastmahl der Götter" von Cremers, „Marsch der Veteranen" von Bethge, „Ministerpräsident" von Goetz, „Thors Gast" von Erler (süddeutsche Erstaufführung), „Das kleine Hofkonzert" von Verhoeven und Impekoven, „Lady Hamilton" von Gobsch, „Maushake hats hintern Ohren" von Jordan und Marlow

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(süddeutsche Erstaufführung), „Sprung aus dem Alltag" von Zerkaulen, „Weiber von Redditz" von Forster und das Weihnachtsmärchen „Rumpelstilzchen" von Hahn.

Ereignisse von besonderer Bedeutung waren ferner noch: Gastspiel von Paul Kemp mit Ensemble in „Charleys Tante" von Brandon Thomas am 4. Mai 1937, Gesamtgastspiel des Königlich Dänischen Ballets aus Kopenhagen am 23. Juni 1937, Gesamtgastspiel der Städtischen Bühnen Freiburg i. Br. mit dem Schauspiel „Vogel friß oder stirb" von Arx am 24. Juni 1937.

Außer den erwähnten Ur- und Erstaufführungen brachte der Spielplan noch folgende Aufführungen: Die Opern „An allem ist Hütchen schuld" von Siegfried Wagner, „Beatrice" von Henrich, „Die Entführung aus dem Serail" von Mozart, „Evangelimann" von Kinzl, „Fidelio" von Beethoven, „Der Freischütz" von Weber, „Götterdämmerung" von Wagner, „Hänsel und Gretel" von Humperdinck, „Die Puppenfee" von Bayer, „Martha" von Flotow, „Meister Guido" von Noetzel, „Meistersinger von Nürnberg" von Wagner, „Mona Lisa" von Schillings, „Oberon" von Weber, „Orpheus und Eurydike" von Gluck, „Palestrina" von Pfitzner, „Parsifal" von Wagner, „Das Rheingold" von Wagner, „Rosenkavalier" von Richard Strauß, „Rose vom Liebesgarten" von Pfitzner, „Schwanenweiß" von Weismann, „Siegfried" von Wagner, „Sly" von Wolf-Ferrari, „Tiefland" von D'Albert, „Walküre" von Wagner, „Waffenschmied" von Lortzing, „Wildschütz" von Lortzing, „Zar und Zimmermann" von Lortzing, „Amelia" von Verdi, „Der Barbier von Sevilla" von Rossini, „Bajazzo" von Leoncavallo, „Carmen" von Bizet, „Cavalleria rusticana" von Mascagni, „Rigoletto" von Verdi, „Tosca" von Puccini, „Traviata" von Verdi, „Troubadour" von Verdi, „Verkaufte Braut" von Smetana; die Operetten „Fledermaus" von Johann Strauß, „Wiener Blut" von Johann Strauß; die Schauspiele „Diener zweier Herren" von Goldoni, „Emilia Galotti" von Lessing, „Faust" I. und II. Teil von Goethe, „Iphigenie auf Tauris" von Goethe, „Kabale und Liebe" von Schiller, „König Richard III." von Shakespeare, „Maria Stuart" von Schiller, „Prinz von Homburg" von Kleist, „Krach im Hinterhaus" von Böttcher, „Moral" von Thoma.

Die Spielplangestaltung des Badischen Staatstheaters war auch in der Spielzeit 1936/37 den jeweiligen Zeiterfordernissen angepaßt. So wurden im Rahmen der ersten Badischen Gaukulturwoche in der Zeit vom 26. September bis 2. Oktober 1936 Werke badischer Dichter und Tonschöpfer in den Vordergrund gestellt (Burte, Weismann, Philipp u. A.). Auch andere Tage von besonderer Bedeutung (9. November, Erntedankfest, Heldengedenktag, Todestag von Horst Wessel, Gedenktage berühmter deutscher Dichter und Tonschöpfer) wurden durch eine sinnentsprechende Spielplangestaltung gewürdigt.

Das Spieljahr 1936/37 brachte eine gegenüber dem Vorjahr wesentlich gesteigerte Besucherzahl von insgesamt 264 416 (1935: 245 898) Personen. Hiervon entfielen auf Besucher von Opern 128 954, von Schauspielen 121 224, von Konzerten 8 428, von Morgenfeiern 886 und von sonstigen Veranstaltungen (Tanzabende, bunte Abende u. a.) 4 924 Personen.

Für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (NS-Kulturgemeinde) fanden 58 (1935: 10) geschlossene Vorstellungen mit zusammen 70 607 Besuchern statt.

Die in der vorjährigen Spielzeit aufgenommenen Werkkonzerte für die Gefolgschaftsmitglieder hiesiger Privatbetriebe wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Der Personalbestand beim Badischen Staatstheater betrug am Ende der Spielzeit 1936/37 308 (1935: 306) Personen. Die Zuschußleistung der Stadt zum Betrieb des Badischen Staatstheaters berechnete sich auch im Berichtsjahr nach dem früheren, bereits seit 1. April 1935 abgelaufenen Vertrag, wonach 60 v. H. des Zuschußbedarfs von der Stadt zu bestreiten sind. In der Höhe des städtischen Zuschusses trat gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung ein.

B. Volksbücherei und Lesehalle.

Im Vordergrund der Arbeit dieser Stelle während des Berichtsjahres stand die Ausstellung „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe", die eingangs behandelt ist. Weiterhin trat die Bücherei noch anläßlich der Buchwoche mit ihrer Arbeit an die Öffentlichkeit. In umfangreichen Vorarbeiten wurde für jede Lesergruppe die geeignete Literatur in Sichtkarten zusammengestellt und dem Leser eine Auswahl dieses Stoffes geboten. Es konnte hierbei die Beobachtung gemacht werden, daß die Nachfrage nach dem geschauten Buch stärker ist als nach dem, das der Leser aus der Kartei nur dem Titel nach kennt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im inneren Betrieb der Volksbücherei und Lesehalle wurden verschiedene neue Arbeiten in Angriff genommen. Die Umstellung auf die neue Büchereiform geht Zug um Zug vor sich, um eine Unterbrechung der Ausleihe zu vermeiden. Zu diesem Zweck werden die in jeder Hinsicht einwandfreien Werke, soweit sie auch äußerlich in gutem Zustand sind, aus dem allgemeinen Bestand herausgenommen und mit der Zeit zu einer neuen Bücherei aufgebaut, die dann in allem den Anforderungen einer zeitbewußten Volksbücherei entspricht. Bisher wurden die im Vordergrund stehenden Abteilungen „Erzählende Literatur" und „Weltkrieg" auf diese Weise bearbeitet. Mit dem weiteren Ausbau der Abteilung „Nationalsozialistisches Schrifttum" wurde in der Berichtszeit ebenfalls begonnen.

Wie in den vergangenen Jahren mußten auch in der Berichtszeit einzelne Gebiete der belehrenden Abteilung der Bücherei beim Bestandsaufbau stärker berücksichtigt werden. Das war vor allem bedingt durch den Niederschlag der nationalsozialistischen Weltanschauung im Schrifttum. Dies wirkte sich am stärksten in der Abteilung „Weltkrieg" aus. Bei dem Gesamtzugang von 610 (1935: 779) Bänden belehrender Werke ließ diese Abteilung mit 188 Bänden alle anderen Buchgruppen weit hinter sich. Die Anschaffungen schöngeistiger Literatur erreichten nur eine Höhe von 625 (1935: 732), die von Jugendliteratur eine solche von 116 (1935: 196) Bänden.

Die Ausleihe während des Berichtsjahres betrug 95529 (1935: 98076) Bücher in 1237 (1935: 1239) Ausleihestunden. Die Ausleihungen in der Buchgruppe „Erzählendes Schrifttum" zeigten mit 69060 (1935: 75275) Büchern einen leichten Rückgang, während das belehrende Schrifttum mit 16291 (1935: 15169) Büchern und das Jugendschrifttum mit 10178 (1935: 7632) Büchern weitere Anstiege brachten. Die aktive Leserzahl betrug 3491 (1935: 3397).

Der Lesesaal hatte einen Bestand von 49 Zeitschriften und 39 Zeitungen. Wieder wurden einige für die geistige Ausrichtung unserer Zeit wesentliche Zeitschriften neu aufgenommen („Das innere Reich", „Das neue Volk" u. a.). Die Änderungen in der Zeitschriften-Abteilung ergingen vor allem unter dem Gesichtswinkel der Pflege des grenzlanddeutschen Gedankens. Der Besuch des Lesesaals mit 20738 (1935: 21467), darunter 1087 (1935: 779) Frauen, war gegenüber dem Vorjahr nur leicht rückgängig.

Im Wirtschaftsergebnisse sind im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen eingetreten.

VI. Wohlfahrtswesen.

1. Fürsorgeamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 19).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	267900	381315	113415	—	371964
b) Miete und Zinsen	800	1531	731	—	704
c) 1. Leistungen aus der Reichswohlfahrtshilfe	110000	4354	—	105646	89413
2. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	549470	765455	215985	—	828105
d) Sonstige Einnahmen	20400	10316	—	10084	16000
3. Verwaltungskostenbeiträge	9200	9200	—	—	7200
4. Durchlaufende Einnahmen	192000	191412	—	588	179275
Summe der Einnahmen	1149770	1363583	330131	116318	1492661

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	542 380	537 510	—	4 870	526 350
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	45 250	42 704	—	2 546	42 185
II. Zweckausgaben:					
1. Allgemeine Fürsorge	3 394 400	3 101 078	—	293 322	3 272 971
2. Kriegsbeschädigtenfürsorge	301 500	189 631	—	111 869	254 646
3. Kriegshinterbliebenenfürsorge	112 250	94 405	—	17 845	101 577
4. Sozialrentnerfürsorge	846 450	855 400	8 950	—	838 254
5. Kleinrentnerfürsorge	559 100	561 463	2 363	—	551 495
6. Arbeitslohnzuschüsse	—	—	—	—	30 057
c) 1. Schuldendienst	—	—	—	—	—
2. Nutzungswert der Gebäude	4 020	4 020	—	—	4 020
d) Leistungen an andere Körperschaften	—	198 458	198 458	—	—
2. Einmalige Ausgaben	2 550	165 677	163 127	—	1 963
3. Verwaltungskostenbeiträge	37 320	37 320	—	—	37 320
4. Durchlaufende Ausgaben	192 000	191 412	—	588	179 274
Summe der Ausgaben	6 037 220	5 979 078	372 898	431 040	5 840 112
Summe der Einnahmen	1 149 770	1 363 583	330 131	116 318	1 492 661
Zuschuß	4 887 450	4 615 495	—	271 955	4 347 451

Allgemeines.

Bereits im vorjährigen Bericht wurde darauf hingewiesen, daß in der Zahl der Fürsorgefälle ein gewisser Beharrungszustand eingetreten ist, und die starken Rückgänge der Jahre 1933 und 1934 nicht mehr erreicht werden konnten. Auch im Wirtschaftsjahre 1936 hat sich diese Erscheinung fortgesetzt. Die Verminderung im Berichtsjahr betrug nur noch 291 (1935: 595) Fälle = 3,0 (1935: 5,7) v. H. Obwohl im Berichtsjahr die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen beträchtlich gesenkt werden konnte, ließ sich das gleiche Ergebnis nicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Fürsorgefälle erzielen. Eine geringe Verminderung der laufenden Unterstützungsfälle ist bei sämtlichen Unterstützungsarten mit Ausnahme der minderjährigen Hilfsbedürftigen festzustellen. Bei der allgemeinen Fürsorge ist der Rückgang auf die weitere Besserung der Wirtschaftslage zurückzuführen, bei den Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kleinrentnern auf den natürlichen Abgang, bei den Sozialrentnern auf einen verminderten Zugang, während die Erhöhung der Zahl der hilfsbedürftigen Minderjährigen in einer schärferen Erfassung gemäß den Richtlinien des Landesfürsorgeverbandes ihre Ursache hat.

Die Zahl der Unterstützungsfälle in hiesiger Stadt weist in den letzten Jahren folgende Entwicklung auf:

Stand am 31. März des Jahres	Gehobene Fürsorge: Allgemeine Fürsorge	Kriegsbeschädigte	Kriegshinterbliebene	Sozialrentner	Kleinrentner	Minderjährige	Zusammen	Anerkannte Wohlfahrtserwerbslose	Arbeitslose
1933	8 456	805	409	1 877	996	1 722	14 265	6 217	14 794
1934	7 083	601	330	1 746	903	1 525	12 188	3 789	9 270
1935	5 578	536	292	1 783	800	1 374	10 363	1 886	6 137
1936	5 053	415	345	1 851	786	1 318	9 768	1 611	5 464
1937	4 789	381	267	1 806	724	1 510	9 477	503	3 218
Rückgang am 31.3.37. gegenüber 31.3.33. in v. H.	43,4	52,7	34,7	3,8	27,3	12,3	33,6	91,9	78,2
gegenüber 31.3.36. in v. H.	5,2	8,2	22,6	2,4	7,9	+ 14,6	3,0	68,8	41,3

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hinsichtlich der Verminderung der Wohlfahrtserwerbslosen und der Arbeitslosen entsprechen die in hiesiger Stadt erzielten Erfolge etwa dem Ergebnis im Durchschnitt des Reiches (Verminderung der Wohlfahrtserwerbslosen im Reich um 93,6 v. H., der Arbeitslosen um 77,8 v. H.). Dagegen zeigt die nur mäßige Entlastung in der Gesamtzahl der Fürsorgefälle mit nur 33,6 v. H. gegenüber 56,0 v. H. im ganzen Reich die nachhaltig ungünstige Lage der Stadt, die durch eigene Maßnahmen nicht geändert werden kann. Hinzu kommt, daß die Entlastung der Wohlfahrtserwerbslosen und Arbeitslosen zu einem großen Anteil in der nun seit 1930 anhaltenden Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte zu suchen ist, die der Wirtschaftskraft der Stadt auf die Dauer verloren sind. In den Jahren 1930 bis 1936 hat die Stadt allein einen Wanderungsverlust von 4768 Personen zu verzeichnen gehabt. Diese Erscheinung ist eine Folge der Benachteiligung des Grenzlandes im wirtschaftlichen Aufschwung, die sich bei einem weiteren Anhalten zu einer schweren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gefahr für das ganze Vaterland auswirken kann.

Der Unterstützungsaufwand, die Gesamtausgaben und der Zuschußbedarf zeigen in den letzten fünf Jahren folgendes Ergebnis:

Wirtschaftsjahr	Unterstützungsaufwand					Ausgaben			Zuschußbedarf		
	Allgemeine Fürsorge	Gehobene Fürsorge	Zusammen	Jugendfürsorge	insgesamt	Fürsorgeamt	Jugendamt	Zusammen	Fürsorgeamt	Jugendamt	Zusammen
1932	5 272 098	2 218 511	7 490 609	999 570	8 490 179	8 605 175	1 311 283	9 916 458	6 721 860	779 886	7 501 746
1933	5 413 515	2 190 802	7 604 317	878 251	8 482 568	8 745 830	1 198 548	9 944 378	5 481 792	679 026	6 160 818
1934	3 748 029	1 902 135	5 650 164	903 626	6 553 790	6 696 099	1 194 794	7 890 893	4 639 685	703 005	5 342 690
1935	3 303 028	1 745 972	5 049 000	844 885	5 893 885	5 840 112	1 175 722	7 015 834	4 347 451	694 241	5 041 692
1936	3 101 078	1 700 899	4 801 977	734 733	5 536 710	5 979 078	1 082 607	7 061 685	4 615 495	662 244	5 277 739
1936 Verminderung gegenüb. 1932 in v. H.	41,2	23,3	34,3	26,5	34,8	30,5	17,4	28,8	31,3	15,1	29,6
desgl. gegenüb. 1935 in v. H.	6,1	2,6	4,9	13,0	6,1	+ 2,4	7,9	+ 0,7	+ 6,2	4,6	+ 4,7

Die Verminderung des Unterstützungsaufwandes im Berichtsjahr in der allgemeinen und in der gehobenen Fürsorge entspricht gegenüber den Wirtschaftsjahren 1932 und 1935 ungefähr dem zahlenmäßigen Rückgang der laufend unterstützten Parteien. Bei der Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige hat sich die finanzielle Entlastung stärker bemerkbar gemacht als der Rückgang in der Zahl der unterstützten Minderjährigen. Der Unterstützungsaufwand insgesamt entspricht im Jahre 1936 annähernd der verminderten Zahl der Parteien gegenüber dem Jahre 1932; gegenüber dem Jahre 1936 war eine stärkere Ermäßigung möglich, als sie der Zahl der Unterstützten entsprochen hätte.

Nicht die gleiche Feststellung kann hinsichtlich der Gesamtausgaben des Fürsorgeamts getroffen werden. Hier bleibt die Verminderung gegenüber dem Jahre 1932 im Vergleich zum Rückgang in der Zahl der Unterstützungsempfänger und des Unterstützungsaufwands zurück, gegenüber dem Vorjahr ist sogar eine Steigerung um 2,4 v. H. zu verzeichnen. Diese Tatsache hat ihre Ursache darin, daß der Verwaltungsaufwand und die sonstigen Aufgaben nicht im gleichen Verhältnis wie der Unterstützungsaufwand gesenkt werden konnten, im Berichtsjahr aber neue Ausgaben für das Fürsorgeamt hinzugekommen sind. Hierbei handelt es sich um eine einmalige Ausgabe für die Übernahme des Verlustes der aufgelösten Karlsruher Holzverarbeitung G.m.b.H. mit 162 979 *RM* und um die Neubelastung durch die Beteiligung der Stadt am Aufwand des Landesfürsorgeverbandes mit 198 458 *RM*. Auch beim Jugendamt bleiben die Gesamtausgaben hinter der Entlastung des Unterstützungsaufwandes zurück. Der Zuschußbedarf ist in seiner Höhe abhängig von den Gesamtausgaben und den Erstattungen. Hier machte sich im Jahre 1933 insbesondere die Einführung der Reichswohlfahrtshilfe, in den späteren Jahren jedoch wieder deren Ermäßigung und gänzlicher Wegfall im Berichtsjahre bemerkbar. Im Vergleich des Wirtschaftsjahres 1936 mit 1932 ist der Zuschußbedarf nahezu im gleichen Verhältnis wie die Gesamtausgaben rückläufig. Durch den vollständigen Wegfall der Reichswohlfahrtshilfe im Berichtsjahr ist der Zuschußbedarf gegenüber dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorjahr jedoch wieder angestiegen und zwar stärker als die Ausgaben des Fürsorgeamts. Beim Jugendamt trat auch im Berichtsjahr ein Rückgang im Zuschußbedarf ein.

Ebenso wie die Zahl der Fürsorgefälle insgesamt gegenüber ihrem Höchststand in Karlsruhe eine geringere Ermäßigung erfahren hat als im Reich (33,6 v. H. gegenüber 56,0 v. H. im Reich), verhält es sich auch mit den Gesamtausgaben der öffentlichen Fürsorge und dem Zuschußbedarf. Die Verminderung beträgt im Wirtschaftsjahr 1936 bei den Gesamtausgaben gegenüber 1932 in Karlsruhe 28,8 v. H., im Reich 44,1 v. H.; der Zuschußbedarf hat sich in Karlsruhe gegenüber dem Höchstbetrag im Jahre 1932 um 29,6 v. H., im Reich gegenüber dem Höchstbetrag im Rechnungsjahr 1931 um 32,9 v. H. ermäßigen lassen.

Von gesetzlichen Neuerungen auf dem Gebiet des Fürsorgewesens verdient insbesondere das Gesetz vom 22. Dezember 1936 (RGBl. I S. 1125) Hervorhebung, nach dem die Kosten der öffentlichen Fürsorge, die vor dem 1. Januar 1935 aufgewendet wurden, dem Fürsorgeverband weder von dem Unterstützten noch von seinem Ehegatten, seinen Eltern oder seinen Erben zu ersetzen sind. Aufgrund des Befreiungsgesetzes wurden bis Ende des Berichtsjahres bei der allgemeinen Fürsorge 115 Sicherungshypotheken im Betrag von insgesamt 117000 *RM*, bei der gehobenen Fürsorge 21 Sicherungshypotheken im Betrag von insgesamt 40000 *RM* freigegeben. Eine weitere Beurteilung der Auswirkung dieses Gesetzes kann für das Rechnungsjahr 1936 noch nicht gegeben werden, da die Auslegungen zum Befreiungsgesetz erst am Ende des Rechnungsjahres herausgekommen sind.

Der Personalstand des Fürsorgeamts ließ sich im Berichtsjahr wegen der Neueinrichtung der Gesundheitsfürsorge im Rahmen des Runderlasses des Ministers des Innern vom 1. Oktober 1936 und der Vermehrung der Arbeit durch das Gesetz über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten sowie das Familienunterstützungsgesetz noch nicht vermindern. Das Fürsorgeamt beschäftigte am 31. März 1937 89 Beamte, 9 Beamtenanwärter und Lehrlinge, 31 satzungsmäßige Angestellte, 20 Aushilfsangestellte, 4 Arbeiter und 1 Aushilfskraft, zusammen 154 (1935: 151) Personen.

Der amtliche Außendienst arbeitete weiterhin nach dem bewährten System der Familienfürsorge. Die Fürsorger erledigten im Berichtsjahr 28445 (1935: 38534), die Jugendpflegerinnen 24438 (1935: 22606) Aufträge. Außerdem oblagen den Jugendpflegerinnen 10401 (1935: 11237) Besuche bei Familien.

Der Zentralauskunftsstelle waren bis 31. März 1937 insgesamt 42772 (1935: 40386) Fälle gemeldet. Abgemeldet waren von diesen 28300, sodaß die gesamte Zahl der beim Fürsorge- und Jugendamt wirtschaftlich oder pflegerisch betreuten Fälle während des Berichtsjahres 14472 (1935: 15252) betrug. Im Laufe des Berichtsjahres wurden 3496 (1935: 4039) Bedürftigkeitsbescheinigungen ausgestellt, davon 1323 Vermögenszeugnisse zur Prozeßführung in Armensachen, 294 Bescheinigungen für Nachlaß und Ermäßigung von Gebühren, Schulgeldern und Erhalt von Stipendien, 749 Leseholzscheine und 1130 Bescheinigungen zum Bezug ermäßigter Stadtgartenkarten. Die Zentralauskunftsstelle hatte außerdem die Prüfung für Rundfunkgebührenbefreiungen durchzuführen. Für den 1. April 1936 kamen 2800 und für den 1. Oktober 1936 2900 Bescheinigungen für die Befreiung von Rundfunkgebühren nach Prüfung der Fälle zur Ausgabe.

Bei der Vorzugsrentenstelle gingen im Berichtsjahr 19 (1935: 30) Neuanträge auf Vorzugsrente ein. Der Ausschuß hielt 4 Sitzungen ab, in denen er 15 (1935: 26) Neuanträge als berechtigt anerkannte und 4 Anträge ablehnte. Außerdem wurden 112 Fälle bereits früher genehmigter Vorzugsrenten erneut nachgeprüft. Die Gesamtzahl der bis jetzt geprüften Vorzugsrentenfälle beträgt 1932 (1935: 1820).

Der Personenkreis für die Ausgabe von Reichsverbilligungsscheinen zum Bezug von Speisefetten war auch im Berichtsjahr der gleiche wie zuvor. Im ganzen fanden 4 Ausgaben statt, die sich über je 3 Monate erstreckten.

Als Richtsatz für die Prüfung der Bedürftigkeit der Antragsteller galten folgende Einkommen je Monat: Für 1 Person 97,50 *RM*, 2 Personen 112,50 *RM*, 3 Personen 127,50 *RM*, 4 Personen 142,50 *RM*, 5 Personen 157,50 *RM*, 6 Personen 172,50 *RM*, 7 Personen 187,50 *RM*, 8 Personen 202,00 *RM*, 9 Personen 216,00 *RM*, 10 Personen 223,00 *RM* und für jede weitere Person 6,00 *RM* mehr. Die Richtsätze konnten bei Schwerkriegsbeschädigten bis um 50 v. H., in den anderen Fällen bis um 20 v. H. bei Vorliegen besonderer Verhältnisse überschritten werden. Im Berichtsjahr wurden mit Scheinen insgesamt 104923 Personen bedacht. Die Aushändigung der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Scheine ergeht nur gegen Empfangsbescheinigung. Aus Sicherheitsgründen und im Zuge der Verwaltungsvereinfachung wurde im Berichtsjahr die Ausgabe der Verbilligungsscheine an einer Stelle zusammengefaßt und ausschließlich der Fettkartenausgabestelle übertragen.

Das Lager des Fürsorgeamts hat im Berichtsjahr Waren im Betrag von 99496 (1935: 112271) RM abgegeben. Insgesamt wurden auf 9847 (1935: 11495) Weisungen 4782 (1935: 4258) Kleidungsstücke, 6782 (1935: 7143) Wäschestücke, 4417 (1935: 5523) Paar Schuhe, 1918 (1935: 3126) Strang Wolle, 76 (1935: 85) Wolldecken und 11117 (1935: 12016) m Kleider- und Wäschestoffe ausgegeben. Die Herstellung von Frauen- und Kinderkleidern war an hiesige unterstützte Näherinnen vergeben; der Nähkurs des Amts wurde hauptsächlich zur Anfertigung von Wäschestücken herangezogen.

Die Abteilung Mietnachlässe gewährte minderbemittelten Volksgenossen, die nach fürsorgerechtlichen Begriffen hilfsbedürftig sind, Mietbeihilfen aus Mitteln der Gebäudesondersteuer bis zum Höchstbetrag von monatlich 10 RM. Es handelte sich hierbei in der Hauptsache um Arbeitslose, ferner um Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, die entweder das Fürsorgeamt nicht weiter in Anspruch nehmen wollten oder nur für eine Unterstützung von monatlich 10 RM in Betracht kamen.

Im Berichtsjahr wurden an Mietbeihilfen insgesamt 44272 (1935: 68173) RM angewiesen. Die Zahl der Neuanträge ist immer noch verhältnismäßig hoch und betrug im Berichtsjahr etwa 700 (1935: 800). Im Ganzen mußten 338 Anträge abgelehnt werden, in der Hauptsache, weil das anrechenbare Einkommen den Richtsatz überschritt.

Als besondere Maßnahme zur Unterstützung kinderreicher Familien, die ebenfalls der Abteilung Mietnachlässe übertragen ist, hat die Stadtverwaltung seit März 1937 Mietbeihilfen bis zum Höchstbetrag von monatlich 15 RM gewährt. Für diese Sonderleistung, die keine öffentliche Fürsorgeunterstützung im Sinne der Reichsfürsorgepflichtverordnung darstellt, galten besondere Richtlinien. Die Höhe der im Einzelfall gewährten Beihilfe richtet sich nach dem Gesamteinkommen und der Kinderzahl. Kinderreichen Familien, deren Gesamteinkommen monatlich bei 4 bis 5 Kindern bis 225 RM, bei 6 und mehr Kindern bis 250 RM beträgt, kann eine Beihilfe gewährt werden, wenn die Mietausgabe mindestens 1/6 des Gesamteinkommens der Familie ausmacht. Die Mietebeihilfen belaufen sich je nach der Höhe des monatlichen Durchschnittseinkommens bis zu 15 RM monatlich.

Arbeitsfürsorge.

Aufgabe der Arbeitsfürsorge war es, sämtliche in Unterstützung stehenden arbeitsfähigen Personen im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt entweder in Lohn-, Notstands-, Fürsorge- oder Pflichtarbeit zu vermitteln. Ferner oblag ihr die Zuweisung in Pflichtarbeit von solchen Personen, bei denen eine Prüfung des Arbeitswillens und der Arbeitsfähigkeit notwendig war oder ethische Gründe die Zuweisung der Arbeit zweckmäßig erscheinen ließen. Im Wege der Pflichtarbeit wurden wöchentlich durchschnittlich 251 Personen beschäftigt (1935: 260). Die Gesamtzahl der zugewiesenen Pflichtarbeiter betrug 1117 (1935: 1448) männliche und 359 (1935: 392) weibliche Personen. Als Arbeitsleistung verlangte man wie im Vorjahre 16 Wochen lang täglich 4 Stunden Arbeit. Arbeitsplätze waren in der Hauptsache das Gartenamt, Tiefbauamt, Krankenhaus, Straßenbahnamt, Strandbad Rappenwört, die Friedhofverwaltung und die Karlsruher Holzverarbeitung.

Bei der Vermittlung von Personen, die weder für schwerere Fabrikarbeit noch für Erdarbeiten in Frage kommen, fehlte leider ein besonderer Arbeitstarif. Ein solcher Tarif für minderleistungsfähige Personen ist aber unbedingt erforderlich, wenn auch für solche Arbeitskräfte eine nutzbringende Verwendung ermöglicht werden soll. Es ist zu hoffen, daß im nächsten Jahre in dieser Frage ein Erfolg verzeichnet werden kann.

Die Notwendigkeit der Beschäftigungsmöglichkeit für minderleistungsfähige Personen ist dadurch bedingt, daß wirklich voll arbeitsfähige Personen weder männlichen noch weiblichen Geschlechts heute beim Fürsorgeamt kaum mehr in Unterstützung stehen.

Durch die Tätigkeit der Arbeitsfürsorge konnten im Berichtsjahr 2131 (1935: 4051) männliche und 205 (1935: 356) weibliche Personen in Lohn- und sonstige Arbeit vermittelt und 1117 (1935: 1448) männliche und 359 (1935: 392) weibliche Personen zur Pflichtarbeit zugewiesen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auf Grund der Arbeitsbeschaffungsprogramme wurden folgende Arbeiten fortgesetzt bzw. neu in Angriff genommen: Hochlegung und Verbreiterung der Robert-Wagner-Allee, Herstellung eines Sammelkanals für die Entwässerung des Dororts Knielingen, Reichsautobahn Bruchsal — Karlsruhe, Herstellung eines Vorflutkanals für die Entwässerung des Stadtteils Daxlanden sowie die Arbeiten des 3. Bauabschnittes der Rheinwaldmelioration. Auch vermittelte das Arbeitsamt Notstandsarbeiter an verschiedene andere Gemeinden. Die ausgeführten Arbeiten bestanden größtenteils in Meliorationen, Kanalarbeiten und Hochlegung von Gemarkungsstücken. Als Fürsorgearbeiten wurde der Ausbau der Rheinberg-, Lerchen-, Schüssele- und Gerwigstraße sowie die Einebnung und Erweiterung des Karlsruher Flughafens durchgeführt.

Wegen Arbeitsverweigerung oder unberechtigter Niederlegung der Arbeit mußten 59 (1935: 105) männliche und 18 (1935: 33) weibliche Fürsorgeempfänger von der Unterstützung ausgeschlossen werden. In die Arbeitslosenversicherung wurden 750 (1935: 843) Personen überführt; 205 (1935: 161) Unterstützungsempfänger erlangten die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose.

Vertrauensarzt.

Der Vertrauensarzt untersuchte im Berichtsjahr 4557 Personen und begutachtete 143 Personen ohne ärztliche Untersuchung. Zusammen ergaben sich 4700 (1935: 6860) Untersuchungen und Begutachtungen. Die Verminderung der Zahl der Untersuchungen ist teilweise durch die Abnahme der Fürsorgeempfänger bedingt. Massenuntersuchungen unterblieben im Berichtsjahr. Die außervertragliche Arbeit des Vertrauensarztes wurde durch den Wegfall der Untersuchungen zur Gewährung von Ehestandsdarlehen und starken Rückgang der Untersuchungen von Fürsorgeempfängern für das Arbeitsamt vermindert.

Kur- und Erholungsaufenthalte, Anstalts- und Krankenhauseinweisungen, Zahnersatz, orthopädische Schuhe und Apparate sowie sonstige Leistungen befürwortete der Vertrauensarzt in 3309 (1935: 3904) Fällen und lehnte er in 359 (1935: 505) Fällen ab. Besonders hoch fiel wieder die Zahl der zugestandenen Zahnprothesen ins Gewicht, nachdem die Richtlinien zur Gewährung von Zahnersatz milder durchgeführt werden.

Auf ihre Arbeitsfähigkeit wurden im Wirtschaftsjahr 1936 insgesamt 1272 Personen (1935: 2606) untersucht. Hiervon waren 10 Personen für Arbeiten jeglicher Art, 157 für leichte bis mittelschwere und 415 für leichte Arbeit geeignet. Vorübergehend schonungsbedürftig waren 395 Personen. Bei 34 Personen ergab die Untersuchung völlige Arbeitsunfähigkeit. Von den auf Veranlassung des Arbeitsamts untersuchten 261 Notstandsarbeitern waren 74 für die Arbeit geeignet und 187 ungeeignet. Neu hinzugetreten sind die zahlreichen Untersuchungen auf die Möglichkeit einer Arbeitsumschulung.

Trinkerfürsorge.

In Betreuung der Trinkerfürsorgestelle standen im Berichtsjahr 873 (1935: 871) Personen. Der Neuzugang betrug 198 (1935: 148) Fälle. Die Behandlung wurde nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern durchgeführt, wonach insbesondere die Trinker im Anfangsstadium einer Heilung zuzuführen sind. In 4 derartigen Fällen erging Einweisung in die Heilstätte in Renchen. 3 weitere Personen mußten in Heil- und Pflegeanstalten, 5 Personen in Kreispflegeanstalten und 5 Personen im Arbeitshaus untergebracht werden. Es waren dies meist solche Personen, die schon wiederholt ein Eingreifen der Trinkerfürsorgestelle und der anderen in Frage kommenden Behörden notwendig gemacht hatten. Bei 15 Personen mußte infolge ihrer Trunksucht polizeiliche Verwarnung und in 7 Fällen polizeiliche Bestrafung angeregt werden. Auch eine Ausweisung wurde in die Wege geleitet. Die Trinkerfürsorge führte im Berichtsjahr 48 (1935: 53) Vormundschaften und 4 Pflegschaften.

Sonderabteilung.

Aufgabe der Sonderfürsorge ist es, den asozialen Bestrebungen unter den Fürsorgeempfängern durch Ergreifung besonderer Maßnahmen Einhalt zu gebieten. Neben ausschließlicher Gewährung der Unterstützung in Naturalleistungen wurde in 4 Fällen Strafanzeige wegen Verletzung der Unterhaltspflicht, in 4 Fällen Antrag auf Entmündigung wegen Trunksucht und in 2 Fällen Strafanzeige wegen Unterstützungsbetrugs gestellt. Zweimal wurden Alkoholentziehungskuren durch-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

geführt und in 2 Fällen Renten in Sachleistungen umgewandelt. Gegen Arbeitsscheue mußte in 10 Fällen die Unterbringung im Arbeitshaus eingeleitet werden.

Tuberkulosefürsorge.

Die Tuberkulosefürsorge in Baden ist durch die Runderlasse des Badischen Ministeriums des Innern vom 20. Juli 1935, 10. November 1935 und vom 1. Oktober 1936 neu geregelt worden. Mit diesen Vorschriften sind umfangreiche Verwaltungs- und Verfahrensbestimmungen erlassen worden, die die Zusammenfassung aller Tuberkulosefälle in einer besonderen Abteilung des Fürsorgeamts erforderlich machten.

Sämtliche Aufwendungen in der Tuberkulosefürsorge werden ersetzt. Die Aufwendungen des Landesfürsorgeverbands für den Rückersatz werden durch ein Umlageverfahren von den Bezirksfürsorgeverbänden erhoben. An der Aufbringung der Mittel für die Tuberkulosefürsorge beteiligten sich außer dem Landesfürsorgeverband die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die Landesversicherungsanstalt Baden, die Bezirksfürsorge der Reichsbahndirektion und das Tuberkulosenhilfswerk, in einzelnen Heilverfahrensfällen bei Versicherten auch die zuständigen Krankenkassen.

Die Durchführung der Tuberkulosefürsorge gliederte sich in Heilmaßnahmen und Maßnahmen der nachgehenden Tuberkulosefürsorge. Als Heilmaßnahmen kamen Heilkuren in den Heilstätten und operative Heilmaßnahmen in den zugelassenen Krankenhäusern, insbesondere im Tuberkulose-Krankenhaus Heidelberg-Rohrbach, in Betracht.

Als Heilmaßnahmen wurden 150 Heilkuren in Heilstätten oder Krankenhäusern durchgeführt. In der nachgehenden Tuberkulosefürsorge (Beihilfen zur Verbesserung der Ernährung usw.) kamen 400 Fälle zur Bearbeitung. Außerdem erledigte die Abteilung 4914 Besuche, Aufträge, Beratungen und 18 Transporte.

Am 31. März 1937 standen in Betreuung: 380 Fälle von offener ansteckungsfähiger Tuberkulose, 130 Fälle von fakultativ offener Tuberkulose, 90 Fälle von Lupus, Nieren-, Knochen- und Augentuberkulose, 483 Überwachungsfälle. An Tuberkulose gestorben sind im Berichtsjahr 124 betreute Personen.

Erziehungsberatungsstelle.

Im Berichtsjahr hat die Erziehungsberatungsstelle damit begonnen, die psychologische Beobachtung der Kinder und der Jugendlichen auch im Büro der Erziehungsberatungsstelle selbst durchzuführen. Sie hat zu diesem Zweck regelmäßig stattfindende Spiel- und Lernnachmittage eingeführt. In unauffälliger Weise, in natürlichen und ungezwungenen Verhältnissen, also bei der Arbeit, beim Spiel, in kameradschaftlichem Zusammensein, wurden die Kinder beobachtet. Zur Behebung der festgestellten Erziehungsfehler wurden den Eltern sachdienliche Ratschläge erteilt und durch heilpädagogische Aussprachen mit den Kindern und Jugendlichen gesunde Zielsetzung und der Wille zur Selbsthilfe angestrebt. Nach abgeschlossener Beobachtung konnten die Kinder entweder der elterlichen Erziehung übergeben oder dem der Erziehungsberatungsstelle angegliederten heilpädagogischen Hort zur Betreuung überwiesen werden. Im Hort war die Erziehungsberatungsstelle wie bisher bemüht, durch systematische Kameradschaftserziehung und Arbeitstherapie verbummelte und vernachlässigte Kinder zu Pflichtgefühl und Arbeitsfreude zu erziehen. Bei der Beschäftigung der Kinder wurde darauf Wert gelegt, daß nach Möglichkeit Altmaterial zur Anfertigung von kleinen Gebrauchsgegenständen verwertet wurde.

In dauernde heilpädagogische Behandlung wurden grundsätzlich nur erbgesunde Kinder und Jugendliche genommen.

Die Erziehungsberatungsstelle suchten im Berichtsjahr 587 (1935: 574) Personen auf. Hiervon waren 295 männlichen und 292 weiblichen Geschlechts. 392 waren unter 14 Jahren, 128 über 14 Jahren und 67 über 21 Jahren. 479 Kinder und Jugendliche standen in laufender heilpädagogischer Überwachung. Durch fachärztliche Diagnose wurde festgestellt: Bei 203 Fällen Entwicklungsstörung, bei 345 Erziehungsschwierigkeiten, bei 34 Neurasthenie, bei 33 Psychopathie, bei 5 Nervenkrankheit, bei 1 Chorea, bei 3 Epilepsie, bei 24 Onanie, bei 9 Fällen vorzeitige Sexualität, bei 49 drohende sexuelle Verwahrlosung, bei 34 Debilität und bei 2 Imbezillität. Zur Behebung der ermittelten Schwierigkeiten wurden durchgeführt: in 517 Fällen heilpädagogische Beratung, in 407

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beratung der Behörden und Organisationen, in 283 heilpädagogische Beobachtung, in 261 heilpädagogische Behandlung, in 74 Hortaufnahmen, in 73 Erholungsfürsorge, in 28 Überweisung in ärztliche Behandlung, in 22 Schutzaufsicht, in 31 Aufenthaltswechsel, in 24 Anstaltserziehung und in 2 Fällen Überweisung in die Hilfsschule.

Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A).

Der in der allgemeinen Fürsorge betreute Personenkreis setzte sich in der Hauptsache aus zwei Gruppen zusammen, nämlich aus Arbeitslosen, d. h. aus arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, die zwar arbeitseinsatzfähig sind, jedoch z. Zt. nicht in Arbeit stehen, und aus sonstigen Hilfsbedürftigen, die weder zur Gruppe der Arbeitslosen, noch zum Personenkreis der gehobenen Fürsorge gehören. In Frage kommen hier (da die meisten anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in Arbeit gebracht sind) zusätzlich unterstützte Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger und sonstige Wohlfahrtserwerbslose. Hierzu zählen ferner die arbeitsunfähigen, kranken und alten Personen, die sich ihren Lebensunterhalt nicht selbst erwerben oder von unterhaltspflichtigen Angehörigen erlangen können. Ferner gehören hierzu alle diejenigen Personen, die zwar in Arbeit stehen, sei es als Lohnempfänger oder als Selbständige, aber nicht über ein genügendes Einkommen verfügen und daher auf eine zusätzliche Unterstützung angewiesen sind.

Die Zahl der in der allgemeinen Fürsorge unterstützten Parteien hat sich im Berichtsjahr von 5053 auf 4789 = um 5,2 (1935: 9,4) v. H. vermindert. Ein Vergleich mit dem Unterstützungsaufwand zeigt, daß dieser sich in einem etwas stärkeren Maße gegenüber dem Vorjahr gesenkt hat. (Parteien = 5,2 v. H., Aufwand = 6,1 v. H.). Der Anteil des Unterstützungsaufwands der allgemeinen Fürsorge am gesamten Unterstützungsaufwand ermäßigte sich von 58 v. H. auf 56 v. H.

Die Zahl der einmaligen Fälle belief sich auf 592 (1935: 716). In 7 Fällen wurden Friedensblinde mit einem Aufwand von 3326 *RM* unterstützt. Ferner erhielten 50 erwerbslose Blinde Straßenbahnkarten für jährlich 100 Freifahrten und 25 erwerbstätige Blinde Wertmarken zur dauernden Benützung der Straßenbahn im Betrage von insgesamt 6540 *RM*.

Der Einspruchsausschuß erledigte in 9 Sitzungen 74 Einzelfälle (1935: in 17 Sitzungen 146 Fälle).

Beschwerden sind im Berichtsjahr erfreulicherweise weniger eingegangen als im vergangenen Jahr. Der Beschwerdeausschuß entschied 12 Fälle (1935: 25), wovon 9 Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen wurden; 3 Beschwerden wurde teilweise stattgegeben.

In der Anstaltsfürsorge macht sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Fälle eine steigende Richtung bemerkbar. Die tatsächliche Zahl zeigt gegenüber dem Vorjahr kaum eine Veränderung. Am Ende des Berichtsjahrs waren 411 (1935: 412) Personen in Anstalten untergebracht, darunter 186 (1935: 154) in Irrenanstalten.

Die zusätzliche Unterstützung der ergänzend unterstützten Erwerbslosen bestand in der Hauptsache in Mietbeihilfen, Lebensmittelscheinen, Milchbeihilfen, Heilmitteln, Kleidern, Schuhen, Wäsche, Hausrat usw. Der Aufwand betrug im Berichtsjahr 164080 (1935: 161700) *RM*; die Zahl der zusätzlich unterstützten Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 795 (1935: 864). Trotz eines Rückganges in der Zahl der Fälle haben sich die Ausgaben gesteigert.

Gehobene Fürsorge (Fürsorgeamt K).

Die gehobene Fürsorge einschließlich der Familienunterstützung, aber mit Ausnahme der vom Jugendamt betreuten hilfsbedürftigen Minderjährigen, wird von der Abteilung K des Fürsorgeamts bearbeitet. Am Ende des Berichtsjahres standen 3178 (1935: 3397) Parteien in laufender Fürsorge. Im Berichtsjahr ist eine Abnahme um 6,5 v. H. der Unterstützungsfälle zu verzeichnen. 531 (1935: 473) Personen waren in geschlossener Fürsorge untergebracht. Der Unterstützungsaufwand hat sich auf 1700899 (1935: 1745972) *RM* = um 2,6 v. H. ermäßigt. Kriegsbeschädigte standen 381 (1935: 415) in laufender Unterstützung und Kriegshinterbliebene 267 (1935: 345).

Aus Mitteln des Badischen Heimatdank — Ortsausschuß Karlsruhe — wurden 118 Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene mit 2528 *RM* zusätzlich unterstützt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An besonderen Leistungen gewährte die Stadtverwaltung: Vergünstigungen auf der städtischen Straßenbahn an 400 Kriegsbeschädigte, die infolge ihres Kriegsleidens im Gehen wesentlich behindert sind, Zusatzrenten aus Mitteln des Reiches an 354 Kriegsbeschädigte, Darlehen in 4 Fällen im Betrage von 2000 RM und Rentenvorschüsse zur Abwendung gegenwärtiger Notlage.

Sozialrentner.

Die Sozialrentnerabteilung zeigt im Gegensatz zu der rückläufigen Bewegung in anderen Fürsorgezweigen seit Jahren eine gewisse Stetigkeit in der Zahl der betreuten Fälle. Die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle hat im Wirtschaftsjahr 1936 eine kleine Abnahme von 1851 auf 1806 erfahren. Auch bei besten wirtschaftlichen Verhältnissen wird es nicht gelingen, einer nennenswerten Zahl der alten, kranken oder erwerbsunfähigen Bezieher von Sozialrenten ein Nebeneinkommen aus Arbeitsleistungen zu sichern, das öffentliche Unterstützung überflüssig macht. Zunehmende Überalterung sowie eigene Familiengründung der vollarbeitsfähigen, verdienenden Familienmitglieder und damit Wegfall dieser Hilfe lassen einen stärkeren Rückgang in der Zahl der Fälle dieser Abteilung auch in den nächsten Jahren nicht erwarten. Trotz der Vollanrechnung der Sozialrenten auf die Fürsorgeunterstützung wird auch der Unterstützungsaufwand keine Verminderung erfahren können, da vielfach die Richtsätze wegen Alter oder Krankheit überschritten werden müssen. Die Höhe der Aufwendungen wird außerdem stark beeinflußt durch die verhältnismäßig umfangreiche Anstaltsfürsorge.

Kleinrentner.

In der Kleinrentnerfürsorge hat sich die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle wiederum etwas vermindert. Den Abgängen — in der Hauptsache durch Todesfälle — stehen jedoch immer wieder Neuaufnahmen solcher Personen gegenüber, die infolge Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen in die Kleinrentnerfürsorge zu übernehmen sind. Hierunter fallen insbesondere solche Personen, die infolge Alters eine bisherige Verdienstmöglichkeit verloren haben oder nicht mehr von Familienangehörigen, die früher für den Lebensunterhalt aufkamen, unterstützt werden können. Die Zahl der laufenden Unterstützungsfälle betrug am Ende des Berichtsjahres 724 (1935: 786), davon wurden 273 (1935: 215) Personen durch die Kleinrentnerhilfe betreut.

Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes.

Die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes gestaltete sich im vergangenen Jahre schwieriger als vorher, da im wesentlichen nur noch die schwerstverletzten arbeitslosen Kriegsbeschädigten zu vermitteln sind und daher eine besonders genaue Auswahl der zuzuweisenden Arbeit in den verschiedenen Betrieben erforderlich ist.

Trotz der erwähnten Schwierigkeiten war es möglich, im Berichtsjahr 168 (1935: 152) Schwerbeschädigte bzw. Gleichgestellte auf Pflichtplätzen unterzubringen, ebenso 45 Minderbeschädigte bei Anrechnung auf einen halben Pflichtplatz. Auf 122 Pflichtplätze — in der Hauptsache in der Zigarrenindustrie — konnten im Hinblick auf die Eigenart der Arbeit keine Schwerbeschädigten zugewiesen werden, weshalb Ablösungsgebühren festgesetzt werden mußten.

Anträge auf Genehmigung zur Kündigung bzw. zum Austausch kamen 22 ein. In 11 Fällen wurde die Zustimmung zur Kündigung erteilt, in 5 Fällen eine solche versagt, während in den übrigen Fällen die Zurücknahme der Anträge durch Verhandlungen erreicht werden konnte. Im Ganzen standen 840 (1935: 831) Betriebe in Überwachung. Offene Pflichtplätze waren am Ende des Berichtsjahres 25 (1935: 164) vorhanden. Arbeitslose Schwerbeschädigte bzw. Gleichgestellte wurden noch 93 gezählt. Hinzu kam noch eine größere Anzahl Minderbeschädigter.

Familienunterstützung.

Wesentlich stärkeren Umfang als im Vorjahr nahm im Berichtsjahr die Familienunterstützung an. Anstelle der früheren Familienunterstützungverordnung regelt das Familienunterstützungsgesetz vom 30. März 1936 nebst den Durchführungsvorschriften die Unterstützung der Angehörigen der zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht, zu kurzfristiger Ausbildung oder Übungen der Wehrmacht ein-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

berufenen Wehrpflichtigen, der Arbeitsdienstpflichtigen, der zum Luftschutz eingezogenen Dienstpflichtigen und der zu Lehrgängen des Reichsbundes für Leibesübungen Einberufenen im Falle der Hilfsbedürftigkeit zur Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs. Neben der Familienunterstützung für die Angehörigen erhalten die Einberufenen selbst bei Mittellosigkeit ein Wegegeld aus Mitteln des Reichs zur Bestreitung der Fahrtkosten nach dem Gestellungsort. Die Grundsätze der Familienunterstützung finden auch Anwendung auf die Angehörigen derjenigen Personen, die durch einen notwendigen Anstaltsaufenthalt zwecks Verhütung erbkranken Nachwuchses Verdienstausfall erleiden. Die Familienunterstützung ist keine Leistung der öffentlichen Fürsorge. Die Richtsätze übersteigen die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge um ein Viertel. Neben der richtsatzmäßigen Unterstützung einschließlich Mietbeihilfe, letztere in Höhe des berechtigten Wohnbedarfs, werden noch Krankenhilfe, Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen, ferner in besonders gelagerten Fällen auch Beihilfen für Abzahlungsverpflichtungen übernommen.

Von den Aufwendungen der Familienunterstützung trägt das Reich vier Fünftel. Ein Fünftel und der persönliche und sachliche Verwaltungsaufwand fallen den Stadt- und Landkreisen zur Last, denen die Aufgaben dieses Gesetzes übertragen sind. Das Einspruchs- und Beschwerdeverfahren regelt sich nach den Vorschriften der Reichsfürsorgepflichtverordnung. Durch kurzfristige Ausbildungen oder Übungen ist bei der Familienunterstützung stets ein starker Wechsel zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr wurden in 312 Fällen Familienunterstützung gewährt. Der Gesamtaufwand betrug 50557 RM, von dem 10111 RM auf die Stadt entfielen. (Der Anteil der Stadt ist unter dem Unterstützungsaufwand der allgemeinen Fürsorge inbegriffen).

2. Altersheim.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 20).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	70500	72295	1795	—	69825
b) Sonstige Einnahmen	100	1072	972	—	152
Summe der Einnahmen	70600	73367	2767	—	69977
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	17330	17277	—	53	17054
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	10220	10353	133	—	9466
II. Zweckausgaben	35940	36913	973	—	36261
c) Nutzungswert der Gebäude	6060	6060	—	—	6060
2. Einmalige Ausgaben	300	267	—	33	301
3. Verwaltungskostenbeiträge	750	750	—	—	600
Summe der Ausgaben	70600	71620	1106	86	69742
Summe der Einnahmen	70600	73367	2767	—	69977
Überschuß	—	1747	1747	—	235

Im Altersheim wurden am Ende des Berichtsjahres 31 Männer und 44 Frauen, zusammen 75 (1935: 73) Insassen, verpflegt. Von diesen waren 39 Sozialrentner, 16 Kleinrentner und 20 sonstige Hilfsbedürftige. Die Zahl der Verpflegungstage betrug ohne Personal 27339 (1935: 28272), einschließlich Personal 32190 (1935: 34256). Beschäftigt waren im Altersheim wie bisher 1 Oberschwester, 3 Schwestern und 7 Dienstmädchen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Durch gestiegene Betriebseinnahmen, die endgültige Vereinnahmung der Entschädigung für einen Brandschaden und durch sparsame Wirtschaftsführung konnte im Berichtsjahr ein Überschuß von 1747 RM erzielt werden.

Wie in früheren Jahren, so fand auch diesmal wieder der übliche Jahresausflug für die Insassen des Altersheims statt. Der Weg führte in den nördlichen Teil des Schwarzwaldes, wobei das Würm-, Nagold- und Albtal durchfahren wurden. Während der Winterabende verschönten Konzerte verschiedener Art, die Aufführung von Theaterstücken und dergl. den Aufenthalt im Heim.

3. Jugendamt.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 21).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	85 500	98 948	13 448	—	96 163
c) 1. Leistungen aus der Reichswohlfahrtshilfe	3 000	135	—	2 865	2 765
2. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	188 000	150 775	—	37 225	219 311
d) Sonstige Einnahmen	1 080	1 178	98	—	1 484
4. Durchlaufende Einnahmen	170 800	169 327	—	1 473	161 758
Summe der Einnahmen	448 380	420 363	13 546	41 563	481 481
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	124 700	138 900	14 200	—	128 932
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	14 470	12 558	—	1 912	13 587
II. Zweckausgaben für hilfsbedürftige Minderjährige	761 060	734 733	—	26 327	844 885
c) 1. a) Zinsendienst	4 880	4 880	—	—	5 370
b) Tilgung	1 800	1 800	—	—	1 700
2. Nutzungswert der Gebäude	1 760	1 760	—	—	1 760
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	680
3. Verwaltungskostenbeiträge	18 650	18 650	—	—	17 050
4. Durchlaufende Ausgaben	170 800	169 326	—	1 474	161 758
Summe der Ausgaben	1 098 120	1 082 607	14 200	29 713	1 175 722
Summe der Einnahmen	448 380	420 363	13 546	41 563	481 481
Zuschuß	649 740	662 244	12 504	—	694 241

Die vom Jugendamt durchzuführende Jugendfürsorge erstreckte sich auf die wirtschaftliche Betreuung der alleinstehenden Minderjährigen, der in Amtsvormundschaft stehenden unehelichen Kinder sowie auf die durch die §§ 3 und 4 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt bestimmten Aufgabengebiete.

Das Jugendamt war am Ende des Berichtsjahres mit 21 Beamten, 6 Angestellten im Sinne der Satzung, 9 Aushilfsangestellten, 3 sonstigen Angestellten und 2 Beamtenanwärtern, zusammen mit 41 (1935: 40) Personen besetzt.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am Ende des Berichtsjahres wurden insgesamt 1510 (1935: 1318) Parteien laufend unterstützt. Die im Laufe des Berichtsjahres eingetretene Erhöhung der Zahl der Unterstützten ist darauf zurückzuführen, daß die Schwangerenfürsorge gegenüber dem Vorjahr sehr verstärkt und Fürsorgeerziehung und Schutzaufsicht ausgedehnt wurde.

Der Unterstützungsaufwand für die Jugendfürsorge hat sich trotz der gestiegenen Zahl der Fälle auf 734733 (1935: 844885) RM = um 13,4 v. H. ermäßigt. Der Rückgang ist zum Teil durch eine Veränderung in der Verrechnung bedingt. Die Tätigkeit des Gemeindewaisenrats erstreckte sich auf den Vorschlag von Vormündern, Pflegern und Beiständen, ferner auf Stellungnahme bei Volljährigkeitserklärung, Ehedispensen, Nachprüfung der Unterbringung von Kindern bei Ehescheidungen sowie Begutachtung in Vermögensangelegenheiten. Die Zahl der betreuten Minderjährigen betrug 1789 (1935: 1852). Über entmündigte Volljährige wurden 260 (1935: 258) Einzelvormundschaften und 501 (1935: 472) Einzelpflegschaften geführt.

Am Ende des Berichtsjahres waren 500 (1935: 664) Pflegestellen besetzt. 91 Pflegestellen wurden im Laufe des Berichtsjahres nachgeprüft. Ein Teil mußte als ungeeignet ausgeschieden werden. Neu besetzt wurden 40 (1935: 43) Pflegestellen.

Gemäß Runderlaß des Ministeriums des Innern vom 1. Oktober 1936 wurde die Sonderfürsorge für volkswichtige Aufgaben durch den Landesfürsorgeverband Baden weiter ausgebaut. Demzufolge vergrößerte sich auch der Kreis derjenigen Personen beträchtlich, die Antrag auf Schwangerenbeihilfe, Wochen- und Stillgeld stellten.

Die Schwangerenfürsorge umfaßte die Nachprüfung der Erbgesundheit, der sozialen Vollwertigkeit und Hilfsbedürftigkeit bzw. Minderbemittelung der Antragstellenden, ferner die Anweisung von Schwangerenbeihilfe, Wochen- und Stillgeld für Nichtmitglieder einer Krankenkasse, soweit sie nicht bei den übrigen Abteilungen des Fürsorgeamts in Unterstützung stehen, Verdienstausgleich für berufstätige Mütter und zusätzliches Stillgeld nach Ablauf der Krankenkassenhilfe bis auf weitere sechs Monate.

Vom 1. Oktober 1936 bis 31. März 1937 wurden 435 Personen mit einem Aufwand von rund 2300 RM unterstützt. Es ist zu erwarten, daß die Zahl dieser Personen und damit auch der Aufwand sich wesentlich erhöhen wird, da diese segensreiche Einrichtung immer mehr bekannt und damit mehr Gebrauch von ihr gemacht wird.

In den 9 Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder wurden insgesamt 333 (1935: 338) Beratungsstunden abgehalten, in denen 8095 (1935: 8955) Fälle zur Behandlung kamen. Es wurden 6996 (1935: 7678) eheliche und 1099 (1935: 1277) uneheliche Kinder betreut.

Die Zahl der in Amtsvormundschaft des Jugendamts stehenden Minderjährigen erhöhte sich wiederum und zwar von 2367 auf 2498. Den Abgängen durch Tod, Legitimation, Wegzug, Bestellung von Einzelvormündern, Annahme an Kindesstatt, Ehelichkeitserklärung und Volljährigkeit stehen in größerem Maße die Zugänge durch Geburt, Weiterbetreuung nach § 39 Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, Bestellung, Zuzug von auswärts usw. gegenüber. Die Zahl der Amtspflegschaften betrug am Ende des Berichtsjahres 61 (1935: 48).

Am Ende des Wirtschaftsjahres 1936 standen 398 (1935: 369) Jugendliche unter Schutzaufsicht, 171 Fälle der Schutzaufsicht waren gerichtlich angeordnet. Die Zahl der Fürsorgeerziehungsfälle belief sich auf 343 (1935: 352), in denen die öffentlichen Erziehungsfälle mit eingeschlossen sind. Die öffentliche Erziehung wurde durch das Landesjugendamt im Berichtsjahr in 51 Fällen zugelassen. In 126 (1935: 129) Fällen mußten den Eltern gemäß § 1666 BGB die Sorgerechte über ihre Kinder entzogen werden.

Neben all diesen Fällen hatte die Fürsorgeerziehungsabteilung eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen in freiwilliger fürsorgerischer Überwachung. Die Gründe hierfür waren vor allem: Tod eines Elternteils, ungeeignete Eltern zur Pflege und Erziehung der Kinder, Krankheit oder Trunksucht der Eltern, große Kinderzahl, Getrenntleben der Eltern, Ehescheidungsverfahren, körperliche und geistige Gebrechen der Kinder, Schulschwänzen, Diebstähle, Leichtsinn, Verwicklung in sexuelle Vergehen usw.

Mit der Ausübung der Jugendgerichtshilfe wurden gemäß § 11 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt die NS-Volkswohlfahrt und die Wohlfahrtsorganisationen betraut. Zur Beratung dieser Fälle fanden 14 Sitzungen statt, an denen Vertreter des Jugendamts, der NS-Volkswohlfahrt, der HJ und der Wohlfahrtsorganisationen anwesend waren. In den Jugendgerichtshilfesitzungen wurden insgesamt 424 Fälle behandelt, darunter 324 Jungen und 100 Mädchen. Die Zahl der Jugend-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gerichtssitzungen belief sich auf 8 mit 27 Angeklagten (24 Jungen, 3 Mädchen). Die Zahl ist deshalb so gering, weil häufig anstelle von gerichtlichen Strafen durch das Jugendgericht die im Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt vorgesehenen Erziehungsmaßnahmen angewandt wurden.

Die Verminderung der jugendlichen Wanderer hielt im Berichtsjahr weiter an. Vom Jugendamt erhielten nur noch 171 (1935: 347) minderjährige Wanderer Unterkunft und Verpflegung.

Neben den pflichtgemäß dem Jugendamt obliegenden Aufgaben übernimmt dieses auch eine Reihe von freiwilligen Aufgaben vorbeugender Art. Erwähnt seien hier die bereits angeführten ärztlichen Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder, ferner die Beratungsstelle für Krüppel, sowie die Speisung von Schulkindern in den Volksschulen. Im Laufe des Berichtsjahres wurden an 159 Speisungstagen insgesamt 366 992 (1935: 413 876) Portionen ausgegeben. Durchschnittlich 335 (1935: 460) schwangere und stillende Mütter erhielten Zusatznahrungsmittel und Milch.

4. Kinder- und Säuglingsheim.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 22).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mieten	1 330	1 336	6	—	636
b) Aus dem Betriebe	213 670	211 103	—	2 567	216 592
c) Sonstige Einnahmen	400	515	115	—	629
Summe der Einnahmen	215 400	212 954	121	2 567	217 857
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	73 590	69 764	—	3 826	66 239
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	29 430	28 500	—	930	33 712
II. Zweckausgaben	62 000	64 817	2 817	—	68 840
c) 1. a) Zinsendienst	17 850	17 850	—	—	19 540
b) Tilgung	16 000	16 000	—	—	15 200
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	10 880	10 880	—	—	10 880
2. Einmalige Ausgaben	3 000	2 163	—	837	1 500
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 650	2 650	—	—	2 330
Summe der Ausgaben	215 400	212 624	2 817	5 593	218 241
Summe der Einnahmen	215 400	212 954	121	2 567	217 857
Überschuß	—	330	330	—	—
Zuschuß	—	—	—	—	384

Im Berichtsjahr wurden im Kinder- und Säuglingsheim 805 (1935: 601) Kinder mit 64 449 (1935: 68 952) Verpflegungstagen verpflegt. Neu aufgenommen wurden 646 Kinder, darunter 59 Kinder unter 14 Tagen; 32 Säuglinge wurden mit den Müttern aufgenommen, Frühgeburten waren 5 Kinder. Der Ernährungszustand bei der Aufnahme war gering bei 151, mittelmäßig bei 283 und gut bei 212 Kindern.

Krankenhausaufnahme erwies sich bei 42 Kindern erforderlich, und zwar wegen Diphtherie in 2, Scharlach in 24, Ohrenleiden in 2, Pneumonie in 1, Blinddarmoperation in 3, Darmentzündung in 1, Mandeloperation in 3, Sterilisation in 1, Nabelbruch in 1, Klumpfuß in 1, Oberarmfraktur in 1, Blutschwämmchen in 1, Bettnässen in 1 Fall. Gestorben sind 4 Kinder; die Todesursache war: Spina Cifida in 1, Grippe-Hirnhautentzündung in 1, Intoxikation in 1, Pneumonie in 1 Fall.

Die staatliche Prüfung legten 32 Schülerinnen mit „sehr gut", 7 mit „gut" ab. Bei dem Personal und den Schülerinnen kamen 63 Erkrankungen vor, in 9 Fällen mußte Krankenhausauf-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nahme angeordnet werden und zwar wegen Blinddarmentzündung 6, Bruchoperation 1, Fußoperation 1, Bronchitis 1 mal.

Der Gesundheitszustand sowohl der Kinder als auch des Personals war im abgelaufenen Jahr gut. Die eingeschleppten Infektionskrankheiten konnten auf die einzelnen Stationen beschränkt werden, da eine bessere Beaufsichtigung durch die Einstellung einer weiteren Schwester möglich war.

Trotz der größeren Zahl der im Hause verpflegten Kinder hat die Zahl der Verpflegungstage abgenommen. Dadurch war auch ein Rückgang der Einnahmen aus dem Betrieb bedingt. An den Ausgaben ließen sich aus der gleichen Ursache gegenüber dem Vorjahr Einsparungen erzielen. Im wirtschaftlichen Ergebnis trat eine geringe Verbesserung ein.

5. Sonstiges Wohlfahrtswesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 23).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	13 520	14 040	520	—	12 933
b) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	—	—	—	—	2 549
c) Sonstige Einnahmen	100	11 825	11 725	—	460
2. Einmalige Einnahmen	54 920	54 920	—	—	—
Summe der Einnahmen	68 540	80 785	12 245	—	15 942
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	30 430	30 301	—	129	29 405
b) Sachlich:					
1. Überlassung von Gebäuden und Räumlichkeiten zu Wohlfahrtszwecken	39 130	38 774	—	356	39 111
2. Leistungen an Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen und Vereine	25 200	31 860	6 660	—	25 508
3. Ersatz an städtische Ämter	37 600	41 840	4 240	—	27 485
4. Schülerhorte	1 700	1 556	—	144	1 658
5. Schülerspeisungen	26 800	22 038	—	4 762	28 905
6. Arbeitsfürsorge	500 000	750 000	250 000	—	820 000
7. Krankenversicherungsbeitragsanteile der Arbeitgeber für die unständig Beschäftigten gemäß § 453 Reichsversicherungsordnung	6 000	2 830	—	3 170	3 594
8. Für Benützung der Festhalle, des Konzerthauses und der Ausstellungshalle bei gemeinnützigen Veranstaltungen	5 500	4 046	—	1 454	2 582
9. Zur besonderen Verfügung des Respizienten für das Fürsorgewesen	4 000	2 102	—	1 898	1 690
10. Geburtenbeihilfe an Kinderreiche	2 400	950	—	1 450	1 050
11. Sonstige Ausgaben	4 500	2 354	—	2 146	3 282
c) 1. a) Zinsendienst	5 520	5 520	—	—	7 050
b) Tilgung	20 000	20 000	—	—	25 000
3. Verwaltungskostenbeiträge	670	670	—	—	670
Summe der Ausgaben	709 450	954 841	260 900	15 509	1 016 990
Summe der Einnahmen	68 540	80 785	12 245	—	15 942
Zuschuß	640 910	874 056	233 146	—	1 001 048

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Betriebskrankenkasse.

Bei der städtischen Betriebskrankenkasse waren im Kalenderjahr 1936 durchschnittlich 2129 (1935: 2211) männliche, 427 (1935: 426) weibliche Pflichtmitglieder und 1261 (1935: 1225) männliche, 348 (1935: 335) weibliche Personen freiwillig, zusammen 4165 (1935: 4197) Personen versichert. Der Rückgang in der Zahl der männlichen Pflichtmitglieder ist in der Hauptsache in der Beendigung durchgeführter Notstandsarbeiten zu suchen, während die Zunahme der freiwilligen Mitglieder in dem freiwilligen Verbleib solcher Kassenangehörigen ihre Ursache hat, bei denen die Voraussetzungen für die Pflichtmitgliedschaft in Wegfall gekommen sind.

Krankheitsfälle ereigneten sich im Berichtsjahr bei Versicherten 7394 (1935: 6566), bei Familienangehörigen 7706 (1935: 6746), zusammen 15100 (1935: 13312). Die Steigerung um 1788 Krankheitsfälle ist durch die starke Inanspruchnahme der Ärzte, Zahnärzte und Dentisten hervorgerufen.

Die Zahl der Krankentage einschließlich Verpflegungstagen in Krankenhäusern, Kur- und Erholungsheimen betrug bei den männlichen Pflichtmitgliedern 24923 (1935: 26603), bei den weiblichen Pflichtmitgliedern 9456 (1935: 8633), bei den männlichen freiwilligen Mitgliedern 17701 (1935: 16495), bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern 2699 (1935: 3793), zusammen 54779 (1935: 55524).

Familienangehörige von Mitgliedern der Kasse waren an 10463 (1935: 11613) Verpflegungstagen in Krankenhäusern untergebracht. Wochenhilfe gewährte die Kasse für 4 (1935: 4) Mitglieder und 111 (1935: 132) Angehörige von Mitgliedern. Sterbegeld erhielten 38 (1935: 41) Mitglieder und 41 (1935: 32) Familienangehörige.

Die Gesamteinnahmen der Kasse bezifferten sich auf 615673 (1935: 610519) *RM*. Unter ihnen waren 270050 (1935: 266731) *RM* Beiträge zur Arbeitslosenversicherung enthalten, die für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingezogen und an diese abgeliefert wurden. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 613961 (1935: 616707) *RM*. Das Vermögen der Kasse hat im Jahre 1936 eine Verminderung um 14576 (1935: 21049) *RM* auf 165071 (1935: 179647) *RM* erfahren.

Die Beiträge mit 4,5 v. H. des Grundlohnes bzw. 3,5 v. H. für solche Versicherte, die im Erkrankungsfall ihr Gehalt weiterbeziehen, wurden beibehalten. Der Vertrauensarzt hat im Berichtsjahr 403 (1935: 479) Nachuntersuchungen vorgenommen.

Die Kassengeschäfte erledigten 3 Beamte und 3 Angestellte.

Sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen.

Der Aufwand für die Überlassung von Gebäuden und Räumlichkeiten zu Wohlfahrtszwecken hielt sich in etwa gleicher Höhe wie im Vorjahr. Dagegen zeigen die Leistungen an Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen und Vereine, insbesondere durch erhöhte Zuwendungen an die NSV, erneut eine beträchtliche Steigerung. Auch die Ersatzleistungen an städtische Ämter für freie Straßenbahnfahrt am Gehen behinderter Kriegsbeschädigter und Blinder und für die verbilligte Abgabe von Badekarten an Organisationen usw. haben sich erneut wesentlich erhöht. Die sachlichen Ausgaben für die Schülerhorte haben sich unwesentlich vermindert, eine stärkere Entlastung dagegen war bei den Schülerspeisungen zu verzeichnen, deren verabreichte Zahl auf 366992 (1935: 413876) zurückging.

Für Zwecke der Arbeitsfürsorge enthielt der Haushaltsplan einen Betrag von 500000 *RM*. Die zahlreichen, neu in Angriff genommenen Arbeiten machten eine Überschreitung auf 750000 *RM* erforderlich. Aus dem Konto der Arbeitsfürsorge wurden 40000 *RM* für den 6. Bauabschnitt der Kleinsiedlung, 100000 *RM* für die Unterführung der Honsellstraße und insgesamt 154104,60 *RM* für allgemeine Pflichtarbeiten, für die Flugplatzerweiterung, für Entwässerung der Rheinwaldungen, für Straßenherstellungen, für den Bau von Volkswohnungen in Knielingen und für Lohnzuschüsse und Löhne an Fürsorgearbeiter verwendet. In das nächste Rechnungsjahr übertragen wurden für bereits in Angriff genommene, aber noch nicht fertiggestellte Arbeiten 455895,40 *RM*.

Die übrigen Ausgabeposten zeigen gegenüber dem Vorjahr und dem Haushaltsplan keine nennenswerte Veränderung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Zuschußbedarf verminderte sich gegenüber dem Vorjahr durch Anfall einmaliger Einnahmen (Ersatzleistung des Wasserwerks für Aufwendungen aus der Arbeitsfürsorge im Wirtschaftsjahre 1932 und 1933) und Rückgang der Aufwendungen für die Arbeitsfürsorge, der Ansatz des Haushaltsplans wurde aber trotzdem wesentlich überschritten.

6. Krankenhaus.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 24).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	5 940	6 121	181	—	9 586
b) Einnahmen aus dem Betriebe	1 171 480	1 249 286	77 806	—	1 220 131
c) Einnahmen aus Stiftungen	3 000	2 000	—	1 000	2 000
d) Sonstige Einnahmen	12 790	15 314	2 524	—	17 781
Summe der Einnahmen	1 193 210	1 272 721	80 511	1 000	1 249 498
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	593 270	602 536	9 266	—	585 179
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	246 870	240 115	—	6 755	245 691
II. Zweckausgaben	428 870	462 173	33 303	—	423 145
c) 1. a) Zinsendienst	7 200	7 200	—	—	7 980
b) Tilgung	9 000	9 000	—	—	8 000
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	146 410	146 410	—	—	146 410
2. Einmalige Ausgaben	101 000	145 000	44 000	—	80 348
3. Verwaltungskostenbeiträge	28 380	28 380	—	—	28 320
Summe der Ausgaben	1 561 000	1 640 814	86 569	6 755	1 525 073
Summe der Einnahmen	1 193 210	1 272 721	80 511	1 000	1 249 498
Zuschuß	367 790	368 093	303	—	275 575

Verwaltung und Betrieb.

Das städtische Krankenhaus verfügte im Berichtsjahr über 730 (1935: 730) Krankenbetten, davon 437 für die medizinische und 293 für die chirurgische Abteilung. Die Verpflegungssätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Im April 1936 wurde mit dem Umbau der medizinischen Röntgenanlage zu einem modernen und geräumigen Röntgeninstitut begonnen; die umfangreichen Arbeiten konnten in der Berichtszeit nicht vollendet werden. Dagegen wurden die Umbauarbeiten im medizinischen Hauptgebäude, die im Jahre 1935 aufgenommen worden waren, im Berichtsjahr abgeschlossen.

Im Krankenhaus waren am Ende des Berichtsjahres 32 (1935: 30) Beamte, 27 (1935: 24) Angestellte, 120 (1935: 119) Schwestern und Schülerinnen und 82 (1935: 82) Arbeiter, insgesamt 261 (1935: 255) Personen beschäftigt; hiervon waren 23 (1935: 21) Ärzte und Apotheker, 139 (1935: 137) Warte-, Pflege- und Laboratoriumspersonal, 2 (1935: 2) Desinfektoren, 13 (1935: 12) Verwaltungspersonal und 84 (1935: 83) Haus- und Wirtschaftspersonal.

Auch das Wirtschaftsjahr 1936 brachte dem städtischen Krankenhaus eine gesteigerte Benutzung, wobei noch als erfreuliche Tatsache das weitere Zurückgehen der Fürsorgepatienten und ein Ansteigen bei den Selbstzahlern und Kassenpatienten festzustellen war. Über die Belegungsziffern des Krankenhauses gibt folgende Darstellung Aufschluß:

	Personen				Verpflegungstage			
	1936			1935	1936			1935
	hiesige	auswärtige	zusammen	zusammen	hiesige	auswärtige	zusammen	zusammen
I. Klasse	46	23	69	65	1390	626	2016	1010
II. Klasse	355	172	527	499	7784	2806	10590	9905
III. Klasse	4928	2106	7034	6798	124495	45581	170076	170549
Zusammen	5329	2301	7630	7362	133669	49013	182682	181464

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 7123 (1935: 6883) Personen neu aufgenommen und 7151 (1935: 6855) Personen entlassen. Den höchsten Zugang wies der Monat März mit 683, den niedersten der Monat Dezember mit 516 Kranken, den höchsten Abgang der Monat März mit 769 und den niedersten der Monat September mit 542 Personen auf.

Im Durchschnitt bewegte sich der Krankenstand in den einzelnen Monaten zwischen 581 im Monat Februar 1937 und 471 im Monat Dezember 1936; auf den Tag berechnet betrug er durchschnittlich 509 (1935: 495) Kranke. Der höchste Krankenstand wurde am 19. Februar 1937 mit 614 und der niederste am 24. Dezember 1936 mit 374 Kranken festgestellt. Durchschnittlich waren 69,7 (1935: 67,8) v. H., beim höchsten Krankenstand 84,1 (1935: 83,1) v. H. aller verfügbaren Betten belegt. Die Zahl der verpflegten Personen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,64 (1935: 5,38) v. H. und diejenige der Verpflegungstage um 0,67 (1935: 8,80) v. H. gestiegen.

Die Krankenhauskosten wurden bei 1793 Personen = 23,5 (1935: 26,1) v. H. mit 58276 Verpflegungstagen = 31,9 (1935: 34,5) v. H. von Fürsorgeämtern, bei 4249 Personen = 55,7 (1935: 55,2) v. H. mit 95050 Verpflegungstagen = 52,1 (1935: 51,5) v. H. von Kranken- und sonstigen Kassen und bei 1588 Personen = 20,8 (1935: 18,7) v. H. mit 29356 Verpflegungstagen = 16,0 (1935: 14,0) v. H. von den Patienten selbst getragen.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 7151 (1935: 6855) Kranke abgegangen, von denen 515 (1935: 480) gestorben sind und 6636 (1935: 6375) entlassen wurden. Geheilt waren 1356 (1935: 1423) Erwachsene und 160 (1935: 170) Kinder, gebessert 4357 (1935: 4385) Erwachsene und 207 (1935: 231) Kinder. Ungeheilt verließen 556 (1935: 166) Personen das Krankenhaus, teilweise zur Weiterbehandlung durch die Kassenärzte, teilweise zur Überführung in andere Anstalten oder vorzeitig gegen ärztlichen Rat. Von den im Krankenhaus Verstorbenen waren 292 (1935: 254) männlichen und 223 (1935: 226) weiblichen Geschlechts. In der medizinischen Abteilung starben 190 Männer, 161 Frauen und 2 Kinder, zusammen 353, in der chirurgischen Abteilung 89 Männer, 57 Frauen und 16 Kinder, zusammen 162 Personen. Die höchste Sterblichkeit mit je 57 Todesopfern hatten die Monate Januar und März 1937 aufzuweisen, die geringste Sterblichkeit die Monate November und Dezember 1936 mit je 36 Sterbefällen.

Wirtschaftliches.

Das wirtschaftliche Ergebnis des städtischen Krankenhauses zeigte im Berichtsjahr erhöhte Einnahmen als Folge der stärkeren Belegung. Jedoch wiesen auch die Ausgaben eine Steigerung auf, wobei sich vor allem die Aufwendungen für Gehälter und Löhne, Verpflegung, Arzneien und Verbandsstoffe erhöht haben. Die bei den einmaligen Ausgaben eingetretene, wesentliche Überschreitung des haushaltsplanmäßigen Ansatzes war durch eine außerordentliche Wäschebeschaffung und durch Anzahlungen für die bestellten Einrichtungsgeräte des neuen Röntgeninstituts bedingt. Trotz dieser Mehraufwendungen war nur eine geringe Erhöhung des Zuschußbedarfs gegenüber dem Haushaltsplan erforderlich.

Der Wert der freien Station für das Personal wurde in der Rechnung mit 108858 (1935: 105997) *RM* für 72503 (1935: 68261) Verpflegungstage durchgeführt.

Die Gesamtausgaben für einen Krankenverpflegungstag errechneten sich mit 8,98 (1935: 8,40) RM, nach Abzug der wieder zum Ersatz gelangten Ausgaben und der Röntgen- und Ambulanzgebühren mit 7,30 (1935: 6,74) RM, die reinen Betriebsausgaben ohne Berechnung des Nutzungswerts auf 6,41 (1935: 5,84) RM. An reinen Verpflegungsgebühren gingen für den Kranken-Verpflegungstag 5,06 (1935: 4,92) RM und für besonders berechnete Nebenleistungen 0,23 (1935: 0,29) RM ein. Der Barzuschuß der Stadthauptkasse je Krankenverpflegungstag ist von 55 Rpf im Jahre 1935 auf 1,24 RM im Berichtsjahr gestiegen.

Der Ankauf von Lebensmitteln erforderte 370566 (1935: 349027) RM. Hiervon entfielen — je Verpflegungstag einschließlich Personal — auf Fleisch- und Wurstwaren 108295 RM = 42,4 Rpf, auf Fisch, Wild und Geflügel 11532 RM = 4,5 Rpf, auf Fett, Butter, Öl, Essig 22826 RM = 9,0 Rpf, auf Brot, Wecke, Zwieback 39755 RM = 15,5 Rpf, auf Eier 18629 RM = 7,3 Rpf, auf Gemüse, Kartoffeln, Kolonialwaren, Käse 47602 RM = 18,7 Rpf, auf Teigwaren und Mehl 7739 RM = 3,0 Rpf, auf Milch 52739 RM = 20,6 Rpf, auf Zucker 11979 RM = 4,7 Rpf, auf Obst 27720 RM = 10,9 Rpf, auf Kaffee, Tee, Kakao 14137 RM = 5,5 Rpf, auf Wein und Bier 4269 RM = 1,7 Rpf, auf Sonstiges 3344 RM = 1,4 Rpf. Ein Verpflegungstag einschließlich Personal erforderte einen Aufwand von 145,2 (1935: 139,7) Rpf.

Die Krankenhausapotheke fertigte 44476 (1935: 42251) Ordinationen. Auf den Monat entfielen im Durchschnitt 3706 (1935: 3520), auf den Tag 121,8 (1935: 115,7), auf einen Kranken von den für das Krankenhaus gefertigten Ordinationen 5,8 (1935: 5,7) und auf einen Verpflegungstag 0,24 (1935: 0,23).

Die Waschküche reinigte im ganzen 914979 (1935: 751171) Wäschestücke, von denen 165518 Stück Kindern, 541847 Stück Erwachsenen, 168024 Stück dem ärztlichen und dem Wirtschaftsbetrieb und 39590 Stück dem Personal dienten. Für die Krankenpflege und den Wirtschaftsdienst wurden zusammen 875389 (1935: 710070) Stück Wäsche gereinigt; auf einen Kranken kamen je Kopf und Tag 4,8 (1935: 3,9) Wäschestücke.

Ärztlicher Bericht.

Krankheitsfälle

	1936		1935	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1. Entwicklungskrankheiten	32	48	28	45
2. Infektions- und parasitäre Krankheiten	394	388	404	488
3. Sonstige allgemeine Krankheiten	312	265	280	245
4. Örtliche Krankheiten:				
a) des Nervensystems	291	274	293	264
b) der Atmungsorgane	262	165	248	150
c) der Kreislauforgane	235	187	229	178
d) der Verdauungsorgane	955	834	905	814
e) der Harn- und Geschlechtsorgane	272	409	288	394
f) der äußeren Bedeckung	300	180	275	170
g) der Bewegungsorgane	204	138	215	114
h) des Ohres	155	70	78	31
i) des Auges	—	—	—	—
k) Verletzungen usw.	720	230	710	219
(zusammen örtliche Krankheiten)	*3394*	*2487*	*3241*	*2334)*
5. Anderweitige Krankheiten und unbestimmte Diagnosen	—	—	—	—
6. Wöchnerinnen	—	310	—	297
Summe der behandelten Krankheiten	4132	3498	3953	3409
	7630		7362	

In 19963 (1935: 16947) Fällen fanden Röntgenuntersuchungen statt; dabei wurden 9789 (1935: 8034) Untersuchungen bei stationären Kranken und 10174 (1935: 8913) bei ambulanten Kranken vorgenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von den Untersuchungen betrafen 14834 (1935: 12399) Fälle die medizinische und 5129 (1935: 4548) Fälle die chirurgische Abteilung. Röntgenbestrahlungen wurden an 426 (1935: 445) Personen vorgenommen, davon 118 (1935: 113) bei stationären, 308 (1935: 332) bei ambulanten Kranken. Außerdem fanden 2160 (1935: 3165) Diathermiebehandlungen, 236 (1935: 421) Höhensonnebehandlungen und 170 (1935: 166) Radiumbestrahlungen statt.

Medizinische Bäder, Inhalationen usw. wurden 10891 (1935: 13222) verabreicht. Von den Chefärzten behandelte Patienten aus der Stadt, die jedoch nicht im Krankenhaus lagen, haben 277 (1935: 250) Bäder erhalten.

Prosektur.

Die im Berichtsjahr von der Prosektur ausgeführten 157 (1935: 188) Sektionen verteilten sich mit 27 (1935: 19) auf die chirurgische Abteilung, mit 77 (1935: 100) auf die medizinische Abteilung und mit 53 (1935: 69) auf außerhalb Verstorbene. Als Todesursachen der im Krankenhaus verstorbenen und sezierten Personen wurden Infektionskrankheiten in 10, äußere Einwirkungen in 6, bösartige Neubildungen in 19, Erkrankungen des Nervensystems in 7, des Gefäßsystems in 11, der Atmungsorgane in 20, der Verdauungsorgane in 16, der Haut- und Geschlechtsorgane in 6, allgemeine Ernährungsstörungen und Verschiedenes in 9 Fällen festgestellt.

Für die klinischen Abteilungen des Krankenhauses, die Organe der Schulgesundheitspflege, der Volkswohlfahrt usw. sowie für die Ärzte der Stadt und Umgebung wurden insgesamt 14101 (1935: 15059) Untersuchungen ausgeführt, von denen 1552 histologische und mikroskopische, 5871 bakteriologische und 6678 serologische Untersuchungen waren.

7. Erholungsheim Baden.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 25).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	17000	18565	1565	—	17504
b) Sonstige Einnahmen	380	422	42	—	435
Summe der Einnahmen	17380	18987	1607	—	17939
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	5770	5449	—	321	5586
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	5690	5876	186	—	5985
II. Zweckausgaben	9560	10771	1211	—	10381
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	300
3. Verwaltungskostenbeiträge	400	400	—	—	380
Summe der Ausgaben	21420	22496	1397	321	22632
Summe der Einnahmen	17380	18987	1607	—	17939
Zuschuß	4040	3509	—	531	4693

Das Erholungsheim in Baden-Baden war im Berichtsjahr in der Zeit vom 18. Mai bis 17. Oktober geöffnet und beherbergte währenddessen insgesamt 219 (1935: 204) Personen an 3892 (1935: 3671) Tagen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Gastes betrug 17,7 (1935: 18) Tage.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von den Gästen waren 186 (1935: 175) aus Karlsruhe und 33 (1935: 29) von auswärts; 35 (1935: 32) waren Ehepaare.

Die gegenüber dem Vorjahr unveränderten Verpflegungskosten wurden von 204 (1935: 193) Gästen selbst und für 15 (1935: 11) Gäste von einer Stiftung bezahlt.

Das wirtschaftliche Ergebnis des Berichtsjahres weist gegenüber dem Haushaltsplan erhöhte Einnahmen und Ausgaben auf, was auf eine Erhöhung der Zahl der Verpflegungstage zurückzuführen ist. Es konnte aber eine Verminderung des vorgesehenen Zuschusses erzielt werden.

Bei 4905 (1935: 4854) Verpflegungstagen, davon 3892 (1935: 3671) für Gäste und 1013 (1935: 1183) Verpflegungstagen für Personal entfielen für Ankauf von Lebensmitteln auf Kopf und Tag eines Verpflegten 2,04 (1935: 1,88) RM. Für den Verpflegungstag der Gäste beliefen sich die Gesamtausgaben auf 5,78 (1935: 6,16) RM, die Gesamteinnahmen ohne Zuschuß auf 4,88 (1935: 4,88) RM; der erforderliche Zuschuß errechnete sich mit 0,90 (1935: 1,28) RM je Gästeverpflegungstag.

8. Badeanstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 26).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	18 400	17 778	—	622	18 296
b) Einnahmen aus dem Betriebe	302 040	304 755	2 715	—	299 341
c) Sonstige Einnahmen	14 250	13 321	—	929	14 800
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 000	1 880	880	—	1 254
Summe der Einnahmen	335 690	337 734	3 595	1 551	333 691
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	163 920	162 382	—	1 538	159 401
b) Sachliche Ausgaben:					
I. Verwaltungsausgaben	17 930	16 396	—	1 534	17 418
II. Zweckausgaben	91 040	92 611	1 571	—	91 067
c) 1. a) Zinsendienst	22 780	22 780	—	—	24 740
b) Tilgung	25 000	25 000	—	—	25 000
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	68 980	68 980	—	—	68 980
d) Rücklagen, Fonds	12 690	12 690	—	—	10 430
2. Einmalige Ausgaben	17 900	17 672	—	228	5 415
3. Verwaltungskostenbeiträge	11 140	11 140	—	—	11 140
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931	14 070	14 070	—	—	13 920
Summe der Ausgaben	445 450	443 721	1 571	3 300	427 511
Summe der Einnahmen	335 690	337 734	3 595	1 551	333 691
Zuschuß	109 760	105 987	—	3 773	93 820

Die städtischen Badeanstalten hatten im Berichtsjahr einen leichten Rückgang ihrer Besucherzahlen um 0,3 v. H. auf 619 171 gegenüber dem Vorjahr mit 621 027 (1935: Zunahme von 5,6 v. H.)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zu verzeichnen; diese Abnahme ist im wesentlichen auf den durch schlechte Witterung beeinträchtigten Besuch des Rheinstrandbads Rappenwört zurückzuführen. Im einzelnen verteilten sich die Besucherzahlen wie folgt: Dierordtbad 270 986 (1935: 247 131), Friedrichsbad 217 886 (1935: 212 358), Knielinger Volksbad 3 640 (1935: 3 303), Rheinstrandbad Rappenwört 100 082 (1935: 132 186), Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen 26 577 (1935: 26 049). Als Zeichen des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs kann eine Zunahme bei den abgegebenen Kurbädern (Sauerstoff-, Kohlensäure-, Schaumbäder u. a.) festgestellt werden. Eine Darstellung der im Berichtsjahr abgegebenen Bäder zeigt folgendes Bild:

Art der Bäder	1936	1935
Hallenschwimmbäder	340 091	322 929
Wannenbäder	125 986	118 212
Kohlensäurebäder	2 008	1 966
Sauerstoffbäder	599	530
Salhuminbäder	306	102
Schaumbäder	168	177
Fangobäder	2 130	1 635
Kneippgüsse	513	241
Dampfbäder	7 140	6 161
Elektrische Lichtbäder	6 668	6 035
Verschiedene Kurbäder	6 903	4 804
hierzu:	492 512	462 792
Rheinstrandbad Rappenwört	100 082	132 186
Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen	26 577	26 049
Insgesamt	619 171	621 027

Das Beiertheimer Bad blieb auch in der Berichtszeit wegen zu geringer Benützung geschlossen. Als stärkste Tagesbesucherzahl wurden festgestellt: Im Dierordtbad 1 778, im Friedrichsbad 1 363, im Volksbad Knielingen 85, im Rheinstrandbad Rappenwört 7 017, im Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen 1 348 Personen. Auf den Kopf der Bevölkerung (bei einer Einwohnerzahl von 158 200 im Spätjahr 1936) entfielen 3,9 Bäder.

Die zum ermäßigten Preis für Schwimm- und Wannenbäder an die Deutsche Arbeitsfront, NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", an Vereine, Gesellschaften usf. abgegebenen Vorverkaufskarten sind von 102 000 im Wirtschaftsjahr 1935 auf 95 000 im Berichtsjahr zurückgegangen. Die Ausgabe von Gutscheinen für die an Montagen und Dienstagen genommenen Wannen- und Kurbäder zwecks gleichmäßiger Verteilung des Bäderbesuchs hat sich auch weiterhin günstig ausgewirkt.

Unentgeltlicher Schwimmunterricht wurde 200 (1935: 392) Personen erteilt. Die starke Abnahme hierbei läßt sich einmal damit erklären, daß Vereine und Organisationen (NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude") in ihren Übungsabenden viele Nichtschwimmer erfassen, zum anderen mit der Tatsache, daß unsere Jugend heute systematisch und gemeinschaftlich im Schwimmen ausgebildet wird.

Die von hiesigen Vereinen und Organisationen durchgeführten Schwimmübungsabende im Dierordt- und Friedrichsbad wurden von insgesamt 43 040 (1935: 44 798) Personen besucht. Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft hat in der Berichtszeit während ihrer Übungsstunden in der Schwimmhalle des Dierordtbades 479 Rettungsschwimmer ausgebildet.

An größeren Arbeiten wurden im Dierordtbad als erster Abschnitt der Instandsetzung der ganzen Schwimmhalle die beiden Duschräume hergerichtet, 2 Sicherheitsmischapparate und eine Entnebelungsanlage eingebaut; anstelle der bisherigen Fußbadebecken richtete man neuzeitliche Fußbadebänke ein. Für das Maschinenhaus beim Dierordtbad wurden einige neue Maschinen und Werkzeuge beschafft. Das Friedrichsbad erhielt ein neues Meßgerät; außerdem wurden einige gewerbliche und Wohnräume hergerichtet. Im Rheinstrandbad Rappenwört wurde die Pflasterung der Wege fortgesetzt und die Einrichtung weiter ergänzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schwimmunterricht gegen Bezahlung nahmen im Dierordtbad 10 Erwachsene und 49 Kinder, im Friedrichsbad 14 Erwachsene und 32 Kinder, zusammen 24 Erwachsene und 81 Kinder. Am unentgeltlichen Schwimmunterricht für Schüler der Volks- und Mittelschulen beteiligten sich im Dierordtbad 1205 und im Friedrichsbad 922, zusammen 2127 Schüler.

Auf den Parkplätzen beim Rheinstrandbad Rappenwört parkten im Berichtsjahr 21702 Fahrräder, 1358 Krafträder und 3165 Kraftwagen, insgesamt 26225 (1935: 32386) Fahrzeuge.

Für Heizung benötigte das Dierordtbad einschließlich Winter- und Festhallenheizung 1349325 (1935: 1274190) kg und das Friedrichsbad 531020 (1935: 569895) kg Brennstoffe. Der große Festhallesaal wurde 83 (1935: 80) mal und der kleine Festhallesaal 53 (1935: 32) mal geheizt. Die Stromerzeugungsstelle des Dierordtbades lieferte 209714 (1935: 206128) kWh Drehstrom für das städtische Netz und 24914 (1935: 28841) kWh Gleichstrom für den eigenen Bedarf. Die Stromerzeugungsanlage im Friedrichsbad erzeugte 172430 (1935: 159330) kWh Strom.

An Wasser verbrauchte das Dierordtbad 171711 (1935: 171759) cbm aus dem eigenen Brunnen, 7421 (1935: 6874) cbm aus der städtischen Leitung, das Friedrichsbad 88565 (1935: 87591) cbm aus dem eigenen Brunnen und 960 (1935: 841) cbm aus der städtischen Leitung. Für das Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen förderten die Pumpen des Elektrizitätswerks rund 350000 cbm (wie im Vorjahr) aus dem Rheinhafen, während 905 (1935: 1137) cbm der städtischen Leitung entnommen wurden. Im Rheinstrandbad Rappenwört entstand ein Wasserverbrauch für Trink-, Gieß- und Duschzwecke (einschließlich der an die Strandbad-Gaststätte gegen Entgelt abgegebenen 5581 cbm) von 13874 (1935: 16380) cbm.

Am Ende des Berichtsjahres betrug der Personalstand bei den städtischen Badeanstalten 11 Beamte, 1 Beamtenanwärter, 2 Angestellte, 44 dauernd und 6 vorübergehend beschäftigte Arbeiter, insgesamt 64 (1935: 63) Personen. Für den Betrieb des Rheinstrandbads Rappenwört und des Schwimm- und Sonnenbads am Rheinhafen wurden außerdem an besuchsstarken Tagen bis zu 14 Aushilfskräfte eingestellt, sodaß die Gesamtzahl des Personals zeitweise bis auf 78 stieg.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Badeanstalten im Berichtsjahr zeigte, trotz der für den Freibadebetrieb ungünstigen Witterung, gegenüber dem Haushaltsplan gestiegene Einnahmen und ermäßigte Ausgaben; der Zuschuß konnte daher um 3773 RM gegenüber dem Haushaltsplan erniedrigt werden. Im Vergleich mit dem Vorjahr haben sich die Einnahmen zwar ebenfalls, aber gleichzeitig auch die Ausgaben infolge vermehrter persönlicher und einmaliger Ausgaben erhöht.

9. Sonstige Gesundheitspflege.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 27).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Desinfektionsanstalt.					
Gebühren	3000	5227	2227	—	5562
B. Krankentransportwesen.					
a) Einnahmen aus dem Betriebe: Krankenbeförderung	20000	22237	2237	—	19763
b) Sonstige Einnahmen	20	—	—	20	—
C. Schnakenbekämpfung.					
a) Gebühren und Beiträge	2800	4100	1300	—	2581
b) Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	9
J. Tuberkuloseberatungsstelle.					
a) Gebühren und Beiträge	—	—	—	—	271
b) Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	22713
Summe der Einnahmen	25820	31564	5764	20	50899

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
A. Schulzahnklinik.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	10 670	10 474	—	196	11 465
b) Sachlich	3 790	3 335	—	455	3 390
3. Verwaltungskostenbeiträge	200	200	—	—	200
	14 660	14 009	—	651	15 055
B. Kopfklinik.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 000	1 739	—	261	—
b) Sachlich	970	697	—	273	—
	2 970	2 436	—	534	—
C. Gesundheitsbehörde.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	3 750	2 350	—	1 400	3 504
b) Sachlich	1 950	1 499	—	451	1 658
3. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	100
	5 800	3 949	—	1 851	5 262
D. Desinfektionsanstalt.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
Ersatz des Aufwandes für die Desinfektionsanstalt an das Krankenhaus	9 020	11 327	2 307	—	11 363
2. Einmalige Ausgaben	5 500	4 925	—	575	—
	14 520	16 252	2 307	575	11 363
E. Krankentransportwesen.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	100	—	—	100	38
b) Sachlich	5 800	5 429	—	371	5 099
2. Einmalige Ausgaben	7 500	7 278	—	222	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 600	7 600	—	—	7 600
	21 000	20 307	—	693	12 737
F. Schnakenbekämpfung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 000	1 525	—	475	1 444
b) Sachlich	5 620	2 470	—	3 150	4 985
3. Verwaltungskostenbeiträge	6 000	6 000	—	—	6 000
	13 620	9 995	—	3 625	12 429
G. Sonstiges.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	570	545	—	25	481
b) Sachlich	4 730	3 350	—	1 380	3 934
c) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften	60 000	60 000	—	—	—
	65 300	63 895	—	1 405	4 415
H. Stadtschularztstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	11 071
b) Sachlich	—	—	—	—	4 443
3. Verwaltungskostenbeiträge	—	—	—	—	200
	—	—	—	—	15 714
J. Tuberkuloseberatungsstelle.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	9 644
b) Sachlich	—	—	—	—	66 178
3. Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	880
	—	—	—	—	76 702

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wiederholung.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
A. Schulzahnklinik	14660	14009	—	651	15055
B. Kopfklinik	2970	2436	—	534	—
C. Gesundheitsbehörde	5800	3949	—	1851	5262
D. Desinfektionsanstalt	14520	16252	2307	575	11363
E. Krankentransportwesen	21000	20307	—	693	12737
F. Schnakenbekämpfung	13620	9995	—	3625	12429
G. Sonstiges	65300	63895	—	1405	4415
H. Stadtschularztstelle	—	—	—	—	15714
J. Tuberkuloseberatungsstelle	—	—	—	—	76702
Summe der Ausgaben	137870	130843	2307	9334	153677
Summe der Einnahmen	25820	31564	5764	20	50899
Zuschuß	112050	99279	—	12771	102778

A. Schulzahnklinik.

Die Schulzahnklinik, die im Hause Markgrafenstraße 28 untergebracht ist, behandelte im Berichtsjahr 1332 (1935: 1608) Kinder. Hierbei wurden 15246 (1935: 16242) zahnärztliche Handlungen ausgeführt. Das Verhältnis der Füllungen zu den Extraktionen hat sich weiterhin gebessert, da auf 2854 Plomben nur 452 gezogene zweite Zähne kamen.

Um die Sanierung des Gebisses der Schuljugend noch vollständiger durchführen zu können, werden in der Klinik nur noch die Kinder minderbemittelter oder nicht krankenversicherter Eltern behandelt, die übrigen Schüler aber der Privat- bzw. Kassenbehandlung zugewiesen.

Beschäftigt waren bei der Schulzahnklinik ein Schulzahnarzt, ein Volontärzahnarzt und eine Schwester. Im Aufwand trat gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um rund 1000 RM ein.

B. Kopfklinik.

Nach Übergang der Stadtschularztstelle auf das staatliche Gesundheitsamt wurde die Kopfklinik, die früher der Stadtschularztstelle angegliedert war, dem Stadtschulamt unterstellt und in der Pestalozzischule untergebracht. Die Kopfreinigung besorgt eine Schwester des Badischen Frauenvereins. Die Ausgaben sind erstmals besonders ausgewiesen.

C. Gesundheitsbehörde.

Der Gesundheitsbehörde, die im Hinblick auf ihren besonderen Charakter und Aufgabenkreis auch nach dem Übergang des übrigen Gesundheitswesens auf den Staat (staatliches Gesundheitsamt) als städtische Einrichtung verblieben ist, obliegt die Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Am Ende des Berichtsjahres standen 210 (1935: 194) Prostituierte, 34 (1935: 48) heimliche Dirnen und 84 (1935: 66) in der Behandlung säumige Geschlechtskranke in Überwachung der Gesundheitsbehörde.

D. Desinfektionsanstalt.

Die Desinfektionsanstalt des städtischen Krankenhauses nahm im Berichtsjahr 887 (1935: 993) Desinfektionen vor; davon waren 831 (1935: 936) amtlich vorgeschrieben, während 56 (1935: 57) auf Antrag von Privatpersonen zur Durchführung kamen.

Desinfektionen wurden ausgeführt wegen Diphtherie in 133, Scharlach in 511, Tuberkulose in 153, Genickstarre in 2, spinaler Kinderlähmung in 1, Krebs in 5, Ruhr in 3, Typhus in 1, Paratyphus in 7, Kindbettfieber in 3, Reinigung in 68 Fällen.

Zur Vornahme der Desinfektionen diente der große Dampfapparat 175 (1935: 172) mal, das Dampfkochfaß 62 (1935: 78) mal.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Für das städtische Krankenhaus kamen außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken 52 (1935: 65) Zimmer und Säle mit 7864,85 (1935: 9477,41) cbm zur Entkeimung.

Der laufende Aufwand für die Desinfektionsanstalt, der an das Krankenhaus zum Ersatz kam, hielt sich in der Höhe des Vorjahres. Die einmaligen Ausgaben betrafen die Anschaffung eines Desinfektionskraftwagens mit Aufbau zum Transport zu desinfizierender Gegenstände. Die Einnahmen waren entsprechend der verminderten Zahl von Desinfektionen rückläufig.

E. Krankentransportwesen.

Die Krankentransporte werden von der Berufsfeuerwehr besorgt, der zu diesem Zweck drei Kraftwagen zur Verfügung stehen.

Die Krankenwagen führten im Berichtsjahr 2841 (1935: 2652) Krankentransporte aus, wobei sie 30957 (1935: 27213) km zurücklegten. Innerhalb des Stadtgebiets wurden 2611 (1935: 2487) Fahrten mit 20748 (1935: 19944) km, außerhalb des Stadtgebiets 230 (1935: 165) Fahrten mit 10209 (1935: 7269) km zurückgelegt. Der Tagesdurchschnitt betrug 7,78 (1935: 7,27) Fahrten, die Durchschnittslänge je Fahrt 10,8 km.

Die Einnahmen aus dem Betrieb haben sich infolge der vermehrten Inanspruchnahme der Krankenwagen gesteigert. Bei den sachlichen Ausgaben trat ebenfalls eine Erhöhung ein. Die einmaligen Ausgaben betrafen die Neuanschaffung eines Krankentransportwagens anstelle eines ausgeschiedenen alten Wagens.

F. Schnakenbekämpfung.

In die Durchführung der Schnakenbekämpfungsmaßnahmen teilten sich wie bisher das Gartenamt für das Stadtgebiet und das Forstamt für die Waldungen. Im sachlichen Aufwand war eine Einsparung zu verzeichnen.

G. Sonstiges.

Die persönlichen Ausgaben betrafen die Vergütungen für vier Vorortshebammen. Die sachlichen Ausgaben entstanden für die Untersuchung von Lebensmitteln, die Bekämpfung anderer ansteckender Krankheiten, die Unterhaltung von Freibädern und Vereinsbeiträge. In ihrer Höhe zeigen sich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Leistungen an andere öffentliche Körperschaften stellen den Anteil der Stadt an den Kosten des staatlichen Gesundheitsamts dar, der an den Reichsüberweisungssteuern gekürzt wurde.

10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 28).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Einmalige Einnahmen	—	—	—	—	—
Summe der Einnahmen	—	—	—	—	—
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich:					
I. Leibesübungen, Sport	54110	53734	—	376	56133
II. Jugendpflege	15650	12182	—	3468	13089
Summe der Ausgaben	69760	65916	—	3844	69222
Summe der Einnahmen	—	—	—	—	—
Zuschuß	69760	65916	—	3844	69222

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Für Zwecke der Leibesübungen, des Sports und der Jugendpflege hat die Stadt etwa den gleichen Betrag wie im Vorjahr durch kostenlose oder verbilligte Überlassung von Sportplätzen und Turnhallen an Vereine, Übernahme eines Kostenanteils für die an Schüler oder Mitglieder von Schwimmvereinen abgegebenen Bäder und Gewährung von Beiträgen und Zuschüssen an die HJ und die Jugendherbergen aufgewendet.

11. Förderung des Wohnungsbaues.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 29).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Zinsen aus Darlehen und anderen Forderungen	1 167 010	1 169 760	2 750	—	1 209 759
b) Beihilfen und Zuschüsse des Landes	22 790	20 690	—	2 100	31 110
c) Rückzahlungen	839 570	792 834	—	46 736	835 016
d) Sonstiges	190	15 585	15 395	—	690
2. Einmalige Einnahmen:					
a) Landeszuschuß	70 000	—	—	70 000	—
4. Durchlaufende Einnahmen (Stadtrandsiedlung)	24 080	28 158	4 078	—	18 223
Summe der Einnahmen	2 123 640	2 027 027	22 223	118 836	2 094 798
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	—	—	—	—	—
b) Sachlich:					
1. Zinsen für aufgenommene Kapitalien	773 310	758 506	—	14 804	983 614
2. Zinsen für Eigenmittel der Stadt	145 860	145 860	—	—	—
3. Gewährung von Zinsbeihilfen	316 000	177 418	—	138 582	421 342
4. Tilgung von Wohnungsbauanlehen, Reichsbaudarlehen und Eigenmitteln der Stadt	623 920	665 111	41 191	—	507 171
5. Sicherungsrücklage für Bürgschaften zur Wohnungsbauförderung	20 000	20 000	—	—	20 000
6. Sonstiges	1 270	774	—	496	730
2. Einmalige Ausgaben:					
a) Stützung des Neuhausbesitzes	55 000	137 000	82 000	—	—
b) Zuschüsse für die Stadtsanierung	70 000	—	—	70 000	47 518
c) Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues	—	—	—	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	94 200	94 200	—	—	96 200
4. Durchlaufende Ausgaben	24 080	28 158	4 078	—	18 223
Summe der Ausgaben	2 123 640	2 027 027	127 269	223 882	2 094 798
Summe der Einnahmen	2 123 640	2 027 027	22 223	118 836	2 094 798
Zuschuß	—	—	—	—	—

Der seit 1934 wieder in Gang gekommene Wohnungsbau verstärkte sich im Berichtsjahr weiter. Im Kalenderjahr 1936 wurden 840 (1935: 596) Neubauwohnungen fertiggestellt. Die durch Um-, An- und Aufbau gewonnenen 67 (1935: 31) Wohnungen erreichten sogar über das Doppelte des Vorjahres. Dem Gesamtrohzugang von 907 (1935: 627) Wohnungen steht andererseits ein Abgang

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

von 109 (1935: 106) Wohnungen gegenüber, sodaß sich der Reinzugang 1936 auf 798 (1935: 521) Wohnungen beläuft; der Reinzugang an Wohnungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 277 = 35 v. H. gesteigert.

Die Wohnungsbautätigkeit im Kalenderjahr 1936 gliedert sich wie folgt auf:

	Wohnungen mit 1 Zimmern	2	3	4	5	6	7	8 und mehr	Wohnungen insgesamt
Neubauwohnungen	30	265	402	76	60	5	2	–	840
Umbauwohnungen	3	17	26	15	3	2	1	–	67
Rohzugang	33	282	428	91	63	7	3	–	907
Abgang	2	29	18	31	7	13	7	2	109
Reinzugang	31	253	410	60	56	– 6	– 4	– 2	798
Neubauwohnungen in v. H.	3,6	31,6	47,9	9,0	7,1	0,6	0,2	–	100
	35,2		56,9						

Der prozentuale Anteil der eigentlichen Kleinwohnungen bis zu zwei Zimmern mit 35,2 v. H. hat sich gegen 1935 (45,6 v. H.) ziemlich stark verringert, dagegen erhöhte sich der Anteil der Mittelwohnungen mit 3 und 4 Zimmern von 44,6 v. H. auf 56,9 v. H.

Zu Beginn des Jahres 1936 hatte Karlsruhe ohne das 1935 eingemeindete Knielingen insgesamt 43796 Familienwohnungen; Knielingen zählte im gleichen Zeitpunkt 1484 Wohnungen, sodaß einschließlich Knielingen 45280 Familienwohnungen vorhanden waren. Bis Ende 1936 stieg sodann die Zahl einschließlich Knielingen auf 46078 = um 1,76 (1935: 1,20) v. H. Die Aufgliederung des Bestandes an Familienwohnungen und den Anteil der Neubauwohnungen gibt folgende Übersicht:

Zeitpunkt 1. 1. 1937	Familienwohnungen insgesamt	Wohnungen mit 1–3 Zimmern Zahl	v. H.	4–6 Zimmern Zahl	v. H.	7 und mehr Zimmern Zahl	v. H.
Familienwohnungen	46078	33175	72,0	11461	24,9	1442	3,1
darunter Neubauwohnungen 1919-1936							
a) absolut	10700	7907	73,9	2709	25,3	84	0,8
b) in v. H.	28,2	23,8	–	23,6	–	5,8	–

Das Schwergewicht der Wohnungsneubautätigkeit hat sich im Kalenderjahr 1936 wieder stärker nach dem eigentlichen Mietwohnhaus mit drei und vier Stockwerken verlagert. Einerseits wurden vielfach Baulücken in den Gegenden mit höherer Bauweise ausgefüllt, andererseits war das Baugelände für Flachbau allmählich knapper geworden. Diese Verlagerung zeigt die Aufteilung der Neubauwohnungen nach der Stockwerkszahl der Gebäude:

Baujahr	Neubauwohnungen insgesamt	Wohnungen in 1–2 stöckigen Gebäuden	3 stöckigen Gebäuden	4 stöckigen Gebäuden
1936	840	246	373	221
1935	596	321	88	187

Darnach kam im Jahre 1936 nur noch ein schwaches Drittel der Wohnungen auf den Flachbau bis zu zwei Geschossen, während es im Vorjahre noch rund die Hälfte war; in den dreistöckigen Gebäuden vervierfachte sich dagegen der Neuzugang an Wohnungen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verschiebung im Wohnungsbau zeigt sich auch darin, daß trotz starker Zunahme der Neubauwohnungen die Zahl der neuerstellten Wohngebäude abgenommen hat:

Baujahr	Neuerstellte Wohngebäude insgesamt	davon Wohngebäude mit		
		1–4	5–8	9—20
		Wohnungen		
1936	261	182	69	10
1935	287	251	29	7

Die Zunahme der Wohnungsbautätigkeit beruhte ausschließlich auf einer Verstärkung der Wohnungsherstellung durch private Bauherren, die gemeinnützige Bautätigkeit hat ihre Wohnungserzeugung knapp gehalten.

Mit öffentlichen Mitteln wurden 1936 im ganzen 409 (1935: 456) Wohnungen = 48 (1935: 77) v. H. des Wohnungsneubaues gefördert. Absolut genommen ist demnach kein Unterschied eingetreten, dagegen ergab sich relativ eine starke Verschiebung zu Gunsten der vollständig frei finanzierten Wohnungen, die 1936 über die Hälfte ausmachten.

Den Hauptanteil an der öffentlichen Förderung des Wohnungsneubaues bestritt die Badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau mit Darlehen in Höhe von 623940 (1935: 753520) *RM* für 407 (1935: 436) Wohnungen. Der Durchschnittssatz des Darlehens betrug 1530 *RM* je Wohnung. Das Darlehen ist mit 4 v. H. jährlich zu verzinsen und mit 2 v. H. zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen. Die Darlehensanträge waren bei der Stadt zu stellen und von dieser nach Prüfung an die Landeskreditanstalt weiterzuleiten. Gleichzeitig hatte die Stadt für jedes Darlehen die Ausfallhaftung für ein Drittel zu übernehmen. Der für die Landeskreditanstalt eingetragenen Baudarlehenshypothek dürfte jeweils eine erste Hypothek vorgehen, jedoch nur insoweit, daß im normalen Falle die Baudarlehenshypothek mit 70 v. H. der Gesamtherstellungskosten (bei Bauvereinigungen, Kinderreichen und Schwerkriegsbeschädigten ausnahmsweise bis zu 80 v. H.) abschloß.

Eine geringere Rolle spielten dagegen die Reichsbürgschaften für zweite Hypotheken. Im ganzen wurden 1936 nur 37625 (1935: 64970) *RM* vom Reich verbürgt und zwar für 28 (1935: 60) Wohnungen, das sind im Durchschnitt 1340 *RM* je Wohnung. Von diesen 28 Wohnungen erhielten jedoch 26 gleichzeitig Landesbaudarlehen, sodaß mit Reichsbürgschaften allein nur 2 Wohnungen gefördert wurden, während die Stadt im Vorjahr bei einer Bürgschaftsübernahme überhaupt kein Baudarlehen gab.

Die im Jahre 1933 zur Belebung des Wohnungsbaues bewilligte Herabsetzung des Kanalkostenbeitrags von 60 *RM* auf 40 *RM* je Straßenfrontmeter und die Ermäßigung von besonders hohen Straßenkostenbeiträgen bis auf ein Drittel der ursprünglichen Sätze wurde auch auf Bauten des Jahres 1936 ausgedehnt.

Nachdem schon im Vorjahre die Förderung des Wohnungsneubaues ausschließlich auf die Badische Landeskreditanstalt übergegangen ist, enthält der städtische Einzelhaushaltsplan nur noch die Abwicklung der städtischen Darlehensgeschäfte für die bis 1935 erstellten Wohnungen.

In den Zinssätzen für die von der Stadt ausgegebenen Baudarlehen traten keine Änderungen ein: Die Baudarlehen 1924/27 sind ohnehin mit 3½ v. H. fest verzinslich. Die Baudarlehen 1928/31 (zum Unterschied von älteren Darlehen als „Bauhypotheken" bezeichnet) sind mit 1 v. H. über dem jeweiligen Sparkassenhypothekenzinsfuß zu verzinsen; da letzterer, wie schon 1935, so auch 1936 unverändert 4,5 v. H. betrug, erfuhr auch der Zinsfuß der Bauhypotheken mit 5,5 v. H. keine Änderung. Trotzdem stieg die Zinsbelastung der Neuhausbesitzer der Jahre 1928 bis 1931 an. Auf Anordnung der Landeskreditanstalt für Wohnungsbau mußten die schon im Vorjahr gesenkten Zinsbeihilfen nochmals herabgesetzt werden und zwar auf ⅔ v. H. des sogenannten Förderungsbetrages im ersten und auf ½ v. H. im zweiten Halbjahr 1936. Der Durchschnittssatz der Zinsbeihilfen war demnach nur noch 0,583 (1935: 1,337) v. H. Vertragsmäßig hätte jedoch der Zinssatz der Zinsbeihilfe nur ¼ v. H. betragen dürfen; bei einer Gesamtausgabe von 177418 *RM* für Zinsbeihilfen kamen demnach auf die übervertragsmäßige Leistung der Stadt immer noch annähernd 100000 *RM*.

Die von 1924 bis 1. April 1931 hergestellten Wohngebäude waren nach Landesrecht auf zehn Jahre von der Staats- und Gemeindegrundsteuer befreit. Durch ein neues Reichsgesetz wurde in-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

dessen auf 1. April 1936 die Befreiung von der Gemeindesteuer aufgehoben (dagegen nicht von der Staatssteuer), wodurch zunächst eine nicht unbeträchtliche Mehrbelastung der Neuhausbesitzer (im Durchschnitt etwa 4 RM je Monat und Wohnung) eintrat. Das Reich ordnete jedoch an, daß bei einer hierdurch eintretenden Untragbarkeit auf Antrag ein Nachlaß am Baudarlehenszins oder eine Steuerermäßigung zu bewilligen sei. Für die Aufstellung der Rentabilitätsberechnung ergingen genaue landesrechtliche Bestimmungen; für die Verzinsung des Eigenkapitals waren nur 2 v. H und für die Instandsetzungskosten 0,5 v. H. der seinerzeitigen Hausbaukosten einzusetzen. Die Prüfung der Ertragsberechnungen der sämtlichen, von der Aufhebung der Steuerfreiheit betroffenen Neubaugrundstücke war eine der Stadt obliegende, sehr umfangreiche Arbeit, die sich noch weit in das Wirtschaftsjahr 1937 hineinzog. Das Ergebnis war, daß aufgrund der Landesbestimmungen für einen großen Teil der Fälle kein Zinsnachlaß am Baudarlehen zulässig war und auch nicht in allen Fällen der volle Betrag der Steuer nachgelassen werden konnte. Bei Abschluß der Rechnung 1936 war die Ermittlung der Nachlässe noch nicht abgeschlossen.

Der Einzelhaushalt über die Förderung des Wohnungsbaues schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 027 027 (1935: 2 094 798) RM ab. Der Ansatz des Haushaltsplans mit 2 123 640 RM wurde vor allem deshalb nicht erreicht, weil bei den Einnahmen der für die Altstadtsanierung erwartete Landeszuschuß von 70 000 RM ausblieb und weil bei den Ausgaben die Zinsbeihilfen nicht in der vorgesehenen Höhe bezahlt worden sind. Auch blieben die Rückzahlungen auf die ausgegebenen Wohnungsbaudarlehen mit 792 834 RM hinter dem veranschlagten Betrag von 839 570 RM zurück. Die Ursache dieser Minderung liegt einmal daran, daß freiwillige Abzahlungen auf Baudarlehen nicht in dem erwarteten Umfang eintraten und sodann darin, daß infolge Verschlechterung der Lage des Neuhausbesitzes (einerseits Verminderung der Zinsbeihilfen, andererseits Neubesteuerung) in einer Reihe von Fällen die vertragsmäßigen Tilgungen z. T. ausgesetzt werden mußten. Der Zinseneingang aus Baudarlehen verminderte sich gegenüber dem Vorjahr infolge der fortschreitenden Tilgung an den Baudarlehen, desgleichen die Zinszahlung für aufgenommene Kapitalien und die von der Stadt zur Verfügung gestellten Eigenmittel. Die Schuldentilgung dagegen ist gegenüber dem Vorjahr und dem Ansatz im Haushaltsplan beachtlich fortgeschritten. Der Sicherungsrücklage für Bürgschaften wurden wie im Vorjahre wiederum 20 000 RM zugeführt; sie beläuft sich nunmehr auf 93 300 (1935: 73 300) RM bei einem verbürgten Gesamtbetrag von 1 718 638 RM (einschließlich der Summe der Ausfallhaftung für die Landesbaudarlehen 1935/36).

Wie schon erwähnt, ist der Einzelhaushalt einschließlich der Tilgungsrückflüsse für den Wohnungsbau ausgeglichen. Dabei sind Kapitalabzahlungen auf beiden Seiten enthalten. An Tilgungszahlungen auf Baudarlehen aller Art gingen 792 834 RM ein, verausgabt wurden dagegen zur Schuldenabtragung nur 665 111 RM. Infolgedessen ergab sich im Berichtsjahr eine Vermögensaufzehrung von 127 723 (1935: 327 845) RM. Sie blieb somit wesentlich hinter der des Vorjahres zurück.

Die Förderung der Kleinsiedlung wurde durch das Reich im Berichtsjahr weiter verstärkt; durch Neufassung der Bestimmungen des Reichs- und Preußischen Arbeitsministers über die Förderung der Kleinsiedlung wurde eine wesentliche Verfahrensvereinfachung erzielt. Auch in Karlsruhe konnte neben dem von der Stadt in eigener Trägerschaft durchgeführten 6. Siedlungsabschnitt mit 45 Siedlerstellen (Bericht hierüber siehe unter Abschnitt A III 1. Hochbauamt Seite 47) ein weiteres Kleinsiedlungsvorhaben mit 45 Siedlerstellen von der Deutschen Arbeitsfront in Vorbereitung genommen werden. Als Trägerin wurde die der Deutschen Arbeitsfront nahestehende Gemeinnützige Eigenheim- Spar- und Wohnungsbau A.G. in Frankfurt a. M. gewonnen. Die Stadt brauchte in diesem Falle also nicht selbst als Siedlungsträger einzuspringen; immerhin beteiligte sie sich auch an diesem Siedlungsvorhaben durch Bereitstellung des Siedlungsgeländes gegen mäßigen Kaufpreis (0,70 RM/qm, hierzu 0,45 RM/qm für Abgeltung der Straßen- und Gehwegkosten); ferner hat die Stadt zur Ermöglichung der Unterbringung von 16 städtischen Arbeitern Arbeitgeberdarlehen von je 1 000 RM, zusammen 16 000 RM zugesagt. Die Vorarbeiten für diesen Kleinsiedlungsabschnitt waren am Ende des Berichtsjahres soweit gediehen, daß der Ausführung nichts mehr im Wege stand.

Bei den 100 Siedlerstellen des ersten Bauabschnitts der Kleinsiedlung (Baujahr 1932) haben die Siedler nach Ablauf der Probezeit (Pachtzeit) am 1. Januar 1937 Anspruch auf Übertragung des Eigentums an den Siedlerstellen. Im Hinblick auf die notwendig gewordene, im Sommer 1937 aus-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zuführende Erweiterung der Siedlerstellen durch Schopfanbauten, durch die sich der Kauf-(Übernahme-)Preis noch verändert, wurde die Eigentumsübertragung noch auf einige Zeit zurückgestellt.

Die durchlaufenden Einnahmen und Ausgaben betrafen die Kleinsiedlung.

12. Kleingärten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 30).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Pachtzins	10 000	10 121	121	—	9 540
Summe der Einnahmen . .	10 000	10 121	121	—	9 540
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	300	300	—	—	266
b) Sachlich	7 300	7 043	—	257	8 570
c) Zinsendienst	1 750	1 750	—	—	1 840
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 330	1 330	—	—	1 300
Summe der Ausgaben . .	10 680	10 423	—	257	11 976
Summe der Einnahmen . .	10 000	10 121	121	—	9 540
Zuschuß . .	680	302	—	378	2 436

Die als Kleingärten verpachtete Fläche hat sich auf 51,79 (1935: 41,10) ha vergrößert. Durch erhöhten Eingang an Pachtzinsen bei verminderten Ausgaben war es möglich, den Zuschuß gegenüber dem Vorjahr und dem Haushaltsplan zu vermindern.

VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten.

1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 31).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Entwässerung.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	577 030	596 321	19 291	—	584 761
b) Miete, Pacht, Zinsen	740	745	5	—	745
c) Einnahmen aus dem Betriebe	2 500	9 930	7 430	—	3 953
d) Sonstige Einnahmen	7 100	15 138	8 038	—	1 234
B. Bedürfnisanstalten.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	520	520	—	—	520
Summe der Einnahmen . .	587 890	622 654	34 764	—	591 213

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Ausgaben.					
A. Entwässerung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	149 080	144 914	—	4 166	147 609
b) Sachlich:					
1. Reinigung und Unterhaltung der Kanäle	14 500	10 775	—	3 725	11 389
2. Unterhaltung und Leerung der Straßensinkkasten	15 400	13 780	—	1 620	16 287
3. Hausentwässerung	200	116	—	84	63
4. Abwasserreinigungsanlage Neureut	8 200	7 131	—	1 069	6 891
5. Sonstiges	2 420	1 613	—	807	1 483
c) 1. a) Zinsendienst	64 993	64 993	—	—	58 615
b) Tilgung	123 727	123 727	—	—	95 585
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	224 260	224 260	—	—	229 590
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	2 330	2 330	—	—	1 940
2. Einmalige Ausgaben	36 570	31 390	—	5 180	16 675
3. Verwaltungskostenbeiträge	49 400	47 894	—	1 506	45 720
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.31	16 940	16 940	—	—	16 640
B. Bedürfnisanstalten.	708 020	689 863	—	18 157	648 487
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	15 190	15 146	—	44	14 370
b) Sachlich	5 070	4 840	—	230	4 808
c) Nutzungswert der Bedürfnisanstalten	5 960	5 960	—	—	5 550
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 730	3 591	—	139	3 390
Ausgaben.	29 950	29 537	—	413	28 118
Wiederholung:					
A. Entwässerung	708 020	689 863	—	18 157	648 487
B. Bedürfnisanstalten	29 950	29 537	—	413	28 118
Summe der Ausgaben	737 970	719 400	—	18 570	676 605
Summe der Einnahmen	587 890	622 654	34 764	—	591 213
Zuschuß	150 080	96 746	—	53 334	85 392

A. Entwässerung.

Das zentrale Karlsruher Kanalnetz, an das auch die Nachbarstädte Durlach und Ettlingen angeschlossen sind, ist mit Ausnahme der unmittelbar an der Alb gelegenen Stadtteile Weiherfeld, Dammerstock und des Dorortes Rüppurr nach dem Mischsystem eingerichtet, nach dem Brauch- und Regenwasser ein- und demselben Kanal zugeführt werden.

Außer dem zentralen Karlsruher Kanalnetz, dessen Hauptsammler der Landgraben bildet, bestehen noch selbständige Netze im Rheinhafengebiet sowie in den Dororten Bulach und Knielingen. Das Rheinhafennetz soll, da es tiefer als die Landgrabensohle liegt, später durch ein Pumpwerk an das zentrale Netz angeschlossen werden. Das Netz des Dororts Bulach ist für die spätere Einbeziehung in die Hauptkanalisation wegen seiner baulichen Beschaffenheit und seiner Höhenlage ungeeignet und ist daher vorher umzubauen. Bis auf weiteres genügt jedoch das vorhandene Netz, das ohne Kläranlage in die Alb ausmündet und daher lediglich zur Ableitung von Niederschlagswasser

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

und von häuslichem Brauchwasser ohne Abortabflüsse benützt werden kann, den Bedürfnissen der halbländlichen Bevölkerung. Das Netz des Dororts Knielingen hingegen, das sein Wasser ebenfalls ohne Klärung in die Alb ableitet, wird in absehbarer Zeit an das zentrale Netz angeschlossen werden können, nachdem durch die Errichtung von baulichen Anlagen nördlich des Ortes der Bau eines großen Kanals nach dem Neugrabenkanal notwendig geworden ist. Dieser Kanal ist so groß bemessen worden, daß er zugleich als Sammler des alten Knielinger Ortsnetzes und der neuen Erweiterungsgebiete nördlich des Ortes dienen kann. Der früher verfolgte Plan, die Knielinger Entwässerung durch Erstellung einer besonderen Kläranlage zu einer selbständigen Vollkanalisation auszubauen, ist daher aufgegeben worden.

Von der Karlsruher Zivilbevölkerung waren am Ende des Berichtsjahres schätzungsweise 137 000 = 86 v. H. an die zentrale Vollkanalisation angeschlossen. Zu diesen kamen noch 5 000 angeschlossene Einwohner von Ettlingen und 14 000 von Durlach, sodaß die Gesamtzahl der die zentrale Karlsruher Kanalisation benützenden Menschen am Ende des Berichtsjahres 156 000 betrug.

Das Karlsruher Kanalnetz hatte am Ende des Wirtschaftsjahres eine Abwicklungslänge von 239,69 (1935: 230,00) km. Davon entfielen auf das zentrale Netz 222,51 (1935: 212,82) km, auf die Entwässerung des Rheinhafengebiets 8,95 km, auf das Netz des Dororts Bulach 1,5 km und das von Knielingen 6,73 km. Die Ausdehnung des Netzes ist auf Neubauten im Berichtsjahr zurückzuführen.

Von der Gesamtlänge der Karlsruher Kanalnetze waren 51,6 km gemauerte und betonierte Kanäle, der Rest Rohrleitungen aus Steinzeug, Beton und bewehrtem Schleuderbeton (System Dianini). Die kleinste Rohrlichtweite betrug 0,20 m (Steinzeug, Schmutzwasserkanäle in Trennsystemgebieten). Die eisenarmierten Schleuderbetonrohre werden grundsätzlich nur für reine Regenwasserleitungen und für Mischwasserleitungen in reinen Wohnsiedlungen (ohne gewerbliche Abwässer) verwendet. Gewöhnliche Betonrohre sind nur noch für Straßeneinlaufleitungen zugelassen.

Das Gesamtnetz enthielt am Ende des Berichtsjahres folgende Einbauten:
2 487 Einsteigschächte und Treppeneingänge, 30 Schneeschächte, 5 293 Straßeneinläufe, insgesamt 7 810 (1935: 7 382) Einbauten.

Die Fläche des vollkanalisierten Gebietes von Karlsruhe umfaßte am Ende des Wirtschaftsjahres 1 584 ha. Hiervon waren 166 ha nach dem Trennsystem und 1 418 ha nach dem Mischsystem entwässert. Die kanalisierten Flächen von Durlach und Ettlingen, die an das Hauptentwässerungsnetz von Karlsruhe angeschlossen sind, waren zusammen 320 ha groß, sodaß die durch das Karlsruher Hauptnetz kanalisierten bebauten Flächen insgesamt 1 904 ha ausmachten. Die Nebennetze entwässerten zusammen Flächen von 151 ha (Rheinhafengebiet 105 ha, Knielingen 40 ha und Bulach 6 ha).

Das Hauptkanalnetz hat im Berichtsjahr eine Wassermenge von 42,7 (1935: 40,16) Millionen cbm abgeführt. Davon fielen 0,1 (1935: 0,1) Millionen cbm über das Entlastungswehr am Lameyplatz nach der Alb über; in der Verzweigungsstelle Lameyplatz wurde dieses Jahr kein Wasser zur Wässerung des Wiesengeländes in der Knielinger Niederung abgegeben (1935: 0,8 Millionen cbm). 42,6 (1935: 39,26) Millionen cbm gelangten daher nach dem Klärwerk Neureut, davon flossen 38,6 (1935: 35,76) Millionen cbm nach dem Hörnlesrhein ab, die übrigen 4,0 (1935: 3,5) Millionen cbm dienten zur Wässerung des Wiesengeländes auf dem Tiefgestade zwischen Knielingen und Leopoldshafen.

Im Berichtsjahre waren im Kanalbetrieb 3 Beamte (2 Bauinspektoren und 1 Klärwerkmeister) und 53 Arbeiter beschäftigt. Von letzteren waren 31 Kanalarbeiter, 15 Vorarbeiter (Partieführer) und 7 Handwerker. Die Arbeiter leisteten insgesamt 16 590 (1935: 16 640) Tagschichten.

Die Spülung und Reinigung der Kanäle geschah wie bisher überwiegend mit Flußwasser. Dieses wurde aus der Pfinz an einer und aus der Alb an 4 Entnahmestellen abgezapft. Damit konnte eine gesamte Kanallänge von 132 km erfaßt werden. Die übrigen 107,7 km Kanäle mußten mit Wasser aus der städtischen Wasserleitung gespült werden.

Aus dem Kanalnetz wurden bei der Reinigung im Berichtsjahr insgesamt etwa 80 cbm Sand gehoben und abgefahren. Der hierbei nicht erfaßte Sand gelangte z. T. in den Sandfang (435 cbm, 1935: 400 cbm), im übrigen in die Siebrückstände und in den Vorfluter. Die letztgenannten Mengen sind nicht erfaßbar. Während der kalten Jahreszeit diente das Kanalnetz auch zur Beseitigung von 900 (1935: 500) cbm Schnee.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Leerung der Straßensinkkasten besorgten 2 automobile Kranwagen. Diese fuhren an zusammen 413 (1935: 432) Autotagen 950 (1935: 1110) cbm Schlamm ab, der auf die Müllplätze verbracht und dort zur Abdeckung der fertigen Schüttung verwendet wurde. 82 (1935: 150) schadhafte Schlammeimer mußten ausgewechselt werden.

Im Reinigungsgebiet der Kläranlage in Neureut fielen außer den 435 cbm Sandfanggut 2642 cbm Siebrückstände an. Von den Siebrückständen konnten 814 (1935: 1463) cbm zum Preis von 0,50 RM je cbm an Landwirte und Kleingärtner als Düngemittel verkauft werden. Die übrigen 1828 cbm und das Sandfanggut mußten in Erdgruben eingebracht und abgedeckt werden.

Während der Zeit vom 25. Januar bis 30. März 1937 wurden die Hauptreinigungsmaschinen ausgeschaltet und das Wasser nur durch den maschinellen Rechen mit 5 mm Schlitzweite gereinigt, zur Wässerung der Wässerwiesen in der Rheinniederung Neureut—Leopoldshafen abgegeben. Unterdessen konnte das Siebschaufelrad ausgebessert werden.

In der Zeit vom 23. bis 28. November und vom 5. bis 14. Dezember 1936 fand ein ununterbrochener Dauerversuch zur Feststellung des Wirkungsgrades der Kläranlage statt. Die Ergebnisse des Versuchs konnten im Berichtsjahr nicht mehr ausgewertet werden.

Als außerordentliche bauliche Arbeiten, deren Kosten unter den einmaligen Ausgaben verrechnet wurden, sind zu nennen:

Die Herstellung der Kanäle für die Erschließung des Postdirektionsgebäudes am Ettlinger Tor mit einer Länge von 290 m.

Die Befestigung einer weiteren, 500 m langen Strecke des offenen Hauptsammelkanals auf den Vorländern mit Betonplatten. Damit wurde die Befestigung des Hauptsammelkanals auf der Strecke oberhalb der Gefällstufe bis auf eine restliche Länge von 150 m zu Ende geführt, die bei der geplanten Hochlegung des Kanals unterhalb der Gefällstufe zur unmittelbaren Einleitung in den Dollrhein verlegt werden muß.

Die Unterfangung des linken Landgrabenwiderlagers zwischen Ritterstraße und Friedrichsplatz um weitere 225 m und der Einbau von 8 neuen Straßensinkkasten.

Die Verbesserung des Knielinger Kanalnetzes durch Einbau von zwei Kanaleinläufen, durch Auswechslung von Einlaufgarnituren und Schachtdeckeln sowie durch Herstellung von Wasserzuleitungen zur Kanalspülung.

Erneuerung des über 50 Jahre alten Spül- und Mischwasserkanals in der Hans-Thoma-Straße zwischen Stephanien- und Bismarckstraße. Die Zerstörung des alten Kanals ist wahrscheinlich auf unsorgfältiges Hinterfüllen der Rohre zurückzuführen.

Der Unterabteilung Hausentwässerung des Kanalbetriebs oblag die baupolizeiliche Behandlung der Gesuche über Grundstücksentwässerungen und die Überwachung und Abnahme der Ausführungen. Zur Prüfung gelangten 1067 (1935: 974) Baugesuche. 387 (1935: 284) Gesuche um Genehmigung von Grundstücksentwässerungen oder Änderungen an solchen wurden geprüft und genehmigt. Davon waren 355 Gesuche für Neubauten. Hierbei mußten in 80 (1935: 60) Fällen behelfsmäßige Entwässerungseinrichtungen zugelassen werden, wo an noch nicht kanalisierten Straßen gebaut wurde. In 54 (1935: 32) Fällen wurde der Einbau eines Benzinabscheiders in die Grundstücksentwässerung verlangt, in 120 (1935: 115) Fällen für die Zukunft vorbehalten.

Zu Beginn des Berichtsjahres mußte der Betriebshof des Kanalbezirks West mit anderen Betrieben des Tiefbauamts auf den an die Sophienstraße angrenzenden Teil des Grundstücks Kaiserallee 11 des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes verlegt werden.

Die Einnahmen überstiegen die Ansätze im Haushaltsplan sowie die Ergebnisse des Vorjahres und zwar hauptsächlich infolge höherer Erträgnisse der Hausentwässerungsbeiträge (Entwässerungsbeitrag 1,4 Rpf., Schwemmbeitrag 8,3 Rpf je 100 RM Umlegungswert — wie im Vorjahr), höherer Einnahmen aus Ersatzleistungen für Arbeiten für Dritte und höherer Abführung der Straßenbaurechnung für die Tilgung aufgewendeter Anlehensmittel.

Die eigentlichen Betriebsausgaben hielten sich ungefähr in der vorjährigen Höhe, jedoch ist die Abführung für den Schuldendienst gestiegen, sodaß sich die Gesamtausgaben wie auch der Zuschußbedarf der Entwässerung gegenüber dem Vorjahr vermehrten. Ausgaben und Zuschußbedarf blieben jedoch unter den Haushaltsplanansätzen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Bedürfnisanstalten.

Die Anzahl der im Stadtgebiet vorhandenen Anstalten betrug im Berichtsjahr 13 (wie im Vorjahr), dementsprechend war auch der Personalstand der Wartefrauen mit 17 derselbe wie im Vorjahr. Die Ausgaben waren etwa unverändert.

2. Straßenreinigung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 32).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	448 720	453 828	5 108	—	449 057
b) Einnahmen aus dem Betriebe	6 000	6 035	35	—	6 000
c) Sonstige Einnahmen	80	41	—	39	317
Summe der Einnahmen	454 800	459 904	5 143	39	455 374
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	251 900	236 933	—	14 967	234 920
b) Sachlich	143 360	103 488	—	39 872	103 671
3. Verwaltungskostenbeiträge	31 540	30 917	—	623	29 300
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	28 000	28 000	—	—	27 960
Summe der Ausgaben	454 800	399 338	—	55 462	395 851
Summe der Einnahmen	454 800	459 904	5 143	39	455 374
Überschuß	—	60 566	60 566	—	59 523

Das Stadtgebiet einschließlich der Dororte, jedoch ohne Knielingen, war wie im Vorjahr in 74 Reinigungsbezirke eingeteilt. Die Bezirke waren mit je einem Einzelreiniger besetzt. In den Hauptverkehrsstraßen und in den Straßen mit größerem Kehrichtanfall dienten Autokehrmaschinen, die von Reinigungskolonnen begleitet wurden, der Unterstützung der Einzelreiniger. Die Reinigung umfaßt sowohl die Fahrbahnen als auch die Gehwege.

Die Einzelreiniger und die Reinigungskolonnen sammelten im Berichtsjahr 3660 (1935: 4300) cbm Straßenkehricht. Dieser wurde mit vier kleinen Lastwagen größtenteils nach den Müll- und Schuttplätzen befördert und dort zur Abdeckung verwendet, im übrigen an Private (Kleingärtner, Landwirte) zur Bodenverbesserung und Auffüllung abgegeben.

Die Reinigung der Asphaltstraßen wird täglich mit einer Asphaltwaschmaschine besorgt, um die Bildung der gefährlichen Asphaltglätte zu verhindern. Die Gesamtfläche dieser Straßen betrug 165000 qm. Zur Staubbindung sprengte man die chaussierten und gepflasterten Fahrbahnen im Sommer mit drei Gießwagen (Kraftwagen). Der Wasserverbrauch hierfür betrug 18500 (1935: 13500) cbm.

Im Betrieb der Straßenreinigung waren ein Ingenieur als Betriebsleiter, der auch den Müllabfuhr- und Grubenentleerungsbetrieb leitete, 3 Aufseher und 95 Arbeiter tätig. Da die gesamte Reinigungsfläche (Straßen und Gehwege) im Berichtsjahr 2500000 qm betrug, so entfiel auf einen Arbeiter eine mittlere Reinigungsfläche von rund 26400 qm. Demgegenüber umfaßte die mittlere Reinigungsfläche je Arbeiter in Stuttgart 12850 qm und in Mannheim 14450 qm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Kraftwagentagen waren erforderlich: 537 (1935: 523) Kehrmaschinentage, 998 (1935: 1220, jedoch einschließlich Lastwagentage für Müllabfuhr) Lastwagentage, 257 (1935: 241) Waschmaschinentage und 101 (1935: 104) Gießautotage. Infolge des milden Winters waren nur rund 900 cbm Schnee abzufahren.

Der Betriebshof West der Straßenreinigung wurde zu Beginn des Berichtsjahres auf den an die Sophienstraße angrenzenden Teil des Grundstücks Kaiserallee 11 des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks verlegt.

Das in Karlsruhe in Anwendung befindliche einfache System der Straßenreinigung entspricht den heutigen Forderungen des Straßenverkehrs und der öffentlichen Hygiene nicht mehr. Die Reinigungsarbeit erstreckt sich über die verkehrsreichsten Tageszeiten, ausgenommen die Verkehrsspitze zwischen Spätnachmittag und Abend, und bedeutet eine starke Störung des Verkehrs der Fahrzeuge und Fußgänger. Die Handreinigung durch Stielbesen ohne vorherige Anfeuchtung bringt ferner bei trockener Witterung starke Staubentwicklung mit sich, die bei der Ausdehnung der Reinigungsarbeit über den größten Teil des Tages als sehr starke Belästigung des Verkehrs empfunden wird. Es ist daher schon seit längerem geplant, die Straßenreinigung in der Weise zu organisieren, daß wenigstens in der dichtbebauten Stadt die Hauptreinigung in die frühe Tageszeit verlegt, durch Gruppen (Kolonnen) ausgeführt und den Einzelreinigern, die während der normalen Arbeitszeit tätig sind, lediglich die Beseitigung der dann entstehenden groben Verunreinigung (Papier, Obstreste, Verunreinigung durch Tiere und Fuhrwerke) überlassen werde. Die Einführung dieses Reinigungssystems, durch das die Nachteile der heutigen Straßenreinigung wesentlich verringert würden, bedingt jedoch eine namhafte Verstärkung des Reinigungspersonals und die Beschaffung einer größeren Anzahl von Handkehrmaschinen und Handgießwagen für die Gehwegreinigung. Die Absicht, zu diesem Reinigungssystem überzugehen, konnte aus wirtschaftlichen Gründen bisher noch nicht verwirklicht werden.

Die Beiträge zur Straßenreinigung waren im Berichtsjahr auf 7,1 Rpf je 100 RM Umlegungswert (wie im Vorjahr) festgesetzt. Dementsprechend hielten sich auch die Einnahmen etwa in gleicher Höhe wie im Vorjahr. Auch die Ausgaben änderten sich nicht wesentlich, sodaß das Rechnungsergebnis dem des Vorjahres entspricht.

3. Müllabfuhr.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 33).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	251 080	256 877	5 797	—	256 809
b) Einnahmen aus dem Betriebe	3 500	3 176	—	324	2 932
c) Sonstige Einnahmen	—	45	45	—	6
Summe der Einnahmen	254 580	260 098	5 842	324	259 747
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	81 540	74 676	—	6 864	81 932
b) Sachlich	144 340	136 542	—	7 798	137 441
2. Einmalige Ausgaben	2 670	—	—	2 670	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	17 380	17 045	—	335	15 980
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.31	8 650	8 650	—	—	8 640
Summe der Ausgaben	254 580	236 913	—	17 667	243 993
Summe der Einnahmen	254 580	260 098	5 842	324	259 747
Überschuß	—	23 185	23 185	—	15 754

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei der Müllabfuhr waren wie im Vorjahr ständig 30 Arbeiter beschäftigt, die jeweils dem Personal der Straßenreinigung entnommen und nach zwei Monaten wieder zu dieser zurückversetzt wurden.

Die im Berichtsjahr abgefahrene Müllmenge betrug 52700 (1935: 51900) cbm. Hierzu waren 1694 (1935: 1713) Müllwagentage und 210(1935: nicht ausgeschieden) Lastwagentage von 1,5 t erforderlich. Die vorhandenen Müllkraftwagen reichten an Tagen nach Wochenfeiertagen nicht aus und mußten durch Lastkraftwagen verstärkt werden. Diese mußten überdies in einzelnen Vororten mit engen Straßen, die für die Müllkraftwagen nicht befahrbar waren, auch zur regelmäßigen Müllabfuhr herangezogen werden.

Der Müll diente zur Kultivierung von Ödländereien sowie zur teilweisen Auffüllung der großen Daxlander Sandgrube, die in den Bereich einer neuen Siedlung zu liegen kommt und daher als gärtnerische Anlage ausgestaltet werden soll. In diese Sandgrube baute man insgesamt 24400 cbm Müll ein. 27700 cbm wurden in die Fritschlach gebracht, um dort zur Weiterführung des im Vorjahr begonnenen großen Kulturunternehmens der Fritschlachsanierung durch Pflichtarbeiter in Rollbahnwagen umgeladen und über die mit Sand und Kies aufgehöhten und entsumpften Flächen als künftige Kulturbodenschicht ausgebreitet zu werden. Eine kleinere Menge des Mülls — nämlich 500 cbm — wurde der Nachbargemeinde Hagsfeld zur Auffüllung einer Kiesgrube zur Verfügung gestellt, die restlichen 100 cbm endlich fuhr man in die städtische Sandgrube in Rintheim ab.

Der bisherige Betriebshof der Müllabfuhr wurde mit anderen Betrieben des Tiefbauamts zu Beginn des Berichtsjahres in das Anwesen Rüppurrerstraße 66 der ehemaligen Geiger'schen Fabrik verlegt.

Durch die Verkündigung des Vierjahresplanes und die im Vollzug desselben erlassenen Richtlinien zur Erfassung der verwertbaren Alt- und Abfallstoffe gewann die Müllsortierung im Berichtsjahr erhöhte Bedeutung. Den Gemeinden wurde in diesen Richtlinien die Pflicht auferlegt, nach Möglichkeit alle verwertbaren Stoffe, die im Müll enthalten sind, zurückzugewinnen und dem Rohproduktenhandel zuzuführen. Die Sortierung des Mülls ist in Karlsruhe schon seit Jahren an zwei Unternehmer verpachtet. Diese Regelung konnte auch unter den neuen Gesichtspunkten unverändert beibehalten werden. Das Ergebnis der Auslese betrug im Berichtsjahr etwa 300 t verwertbare Altstoffe; hiervon entfielen rund 100 t auf Weißblechbüchsen, 60 t auf Schmelz (emailliertes Blech), 57 t auf Glas, 20 t auf Lumpen, Pappe, Druck, 16 t auf Knochen, 17 t auf Eisen, 14 t auf Flaschen, 8 t auf Papiere und der Rest auf Aluminium, Zink, Kupfer, Messing, Blei, Wolle, Gummi und Felle.

Der Müllabfuhrbetrieb wurde ferner durch die Haushaltssammlung der Speiseabfälle zur Schweinemast berührt, die gegen Ende des Berichtsjahres als Maßnahme des Vierjahresplanes in Karlsruhe eingeführt wurde. Es fiel ihm hierbei die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß keine verwertbaren Speiseabfälle mehr in die Mülleimer gelangten. Die Sammlung der Speiseabfälle selbst kommt dem Müllabfuhrbetrieb nicht zu.

Die zur Deckung des Betriebsaufwandes der Müllabfuhr erhobenen Beiträge betrugen wie im Vorjahr 4,2 *Rpf* je 100 *RM* Umlegungswert. Durch etwas geringere Ausgaben als im Vorjahr ließ sich eine Verbesserung des Rechnungsergebnisses erzielen.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

4. Grubenentleerung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 34).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	22 100	25 399	3 299	—	25 610
b) Einnahmen aus dem Betriebe	500	821	321	—	1 021
Summe der Einnahmen	22 600	26 220	3 620	—	26 631
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4 080	4 076	—	4	2 670
b) Sachlich	5 960	3 037	—	2 923	3 272
2. Einmalige Ausgaben	—	3 330	3 330	—	65
3. Verwaltungskostenbeiträge	12 210	12 045	—	165	11 730
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.31	350	350	—	—	340
Summe der Ausgaben	22 600	22 838	3 330	3 092	18 077
Summe der Einnahmen	22 600	26 220	3 620	—	26 631
Überschuß	—	3 382	3 382	—	8 554

Die Zahl der Anwesen, in denen noch entleerungspflichtige Abortgruben oder solche Gruben, die vom Tiefbauamt auf Antrag entleert werden, vorhanden sind, nahm im Berichtsjahr von 339 auf 403 zu. Die Erhöhung ist durch die weitere Ausdehnung der Siedlung im Gewann Weingärten begründet.

Die Abortgruben in den ländlichen Vororten sind von der Entleerungspflicht befreit. Sie werden nur auf besonderen Antrag durch die Stadt entleert.

Der alte, aus 11 Fahrzeugen bestehende und für Pferdebespannung eingerichtete Grubenentleerungspark befand sich bis zu Beginn des Berichtsjahres in der Dragonerkaserne. Nach deren Räumung stellten sich der Unterbringung des Parks infolge seines großen Umfangs Schwierigkeiten entgegen, die dazu Anlaß gaben, den überdies veralteten und abgenutzten Park außer Betrieb zu setzen und an dessen Stelle einen modernen Fäkaliensaugkessel zu beschaffen, der auf ein vorhandenes Sprengwagenfahrgestell aufgesetzt und von dem Fahrzeugmotor aus angetrieben wird. Der Fäkalienaufbau wurde in das Inventar des Fuhrparks übernommen.

Die Beiträge für die Grubenentleerung betrugen wie im Vorjahr 13 Rpf je 100 RM Umlegungswert. Das Rechnungsergebnis erfuhr bei nahezu unveränderten Einnahmen wegen der außerplanmäßigen Beschaffung des Fäkalienaufbaus eine Verschlechterung gegenüber dem Haushaltsplan und dem Vorjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Fuhrpark.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 35).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Eigene Bestände (Lastkraftwagen).					
1 Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	319 900	296 769	—	23 131	310 953
b) Sonstige Einnahmen	100	1 098	998	—	2 087
3. Verwaltungskostenbeiträge	950	950	—	—	950
B. Vermittelte Fahrzeuge.					
1. Fortdauernde Einnahmen: Einnahmen aus dem Betriebe	75 300	84 461	9 161	—	69 449
Summe der Einnahmen . .	396 250	383 278	10 159	23 131	383 439
Ausgaben.					
A. Eigene Bestände.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	99 570	96 192	—	3 378	92 108
b) Sachlich	114 900	101 367	—	13 533	105 017
2. Einmalige Ausgaben	15 500	20 537	5 037	—	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	34 850	32 942	—	1 908	33 099
5 Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	9 680	9 680	—	—	9 830
B. Vermittelte Fahrzeuge.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 000	1 000	—	—	1 000
b) Sachlich	72 570	80 543	7 973	—	66 574
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 460	1 460	—	—	1 430
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	270	270	—	—	270
Summe der Ausgaben . .	349 800	343 991	13 010	18 819	309 328
Summe der Einnahmen . .	396 250	383 278	10 159	23 131	383 439
Überschuß . .	46 450	39 287	—	7 163	74 111

A. Eigene Fahrzeuge.

Im Berichtsjahr mußte ein neuer Müllkraftwagen mit Vergasermotor als Ersatz für einen infolge Rahmenbruchs und allgemeiner Abnutzung abgängigen Müllwagen in Dienst gestellt werden. Mit diesem ging man erstmals zur Verwendung eines Müllkraftwagens mit nur 6 cbm Ladefähigkeit über, während bisher nur Großraumfahrzeuge mit 10 cbm in Betrieb waren. Infolge Erhöhung der Fahrgeschwindigkeiten der Spezialkraftfahrzeuge hat sich nämlich der Wirtschaftlichkeitsbereich der kleinen Müllwagen gegenüber früher zu Ungunsten der Großraumwagen erweitert, sodaß sich für die vorgesehenen Zwecke die Abkehr von den bisher ausschließlich verwendeten Großraumwagen aus wirtschaftlichen Gründen als geboten erwies.

Am Ende des Berichtsjahres waren darnach folgende Fahrzeuge vorhanden: 8 Müllkraftwagen, davon 7 mit 10 cbm und 1 mit 6 cbm Laderaum, 2 Sprengkraftwagen mit je 10 cbm Wasserinhalt und je einer Ladepritsche, 2 Sprengkraftwagen mit je 5 cbm Inhalt und je einer Lade-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

pritsche, 1 Maffei-Schnellzugmaschine mit einem 7,5 t Lastanhänger und einem 5 cbm Sprenganhänger, 3 Kehrmaschinen, 2 Sinkkastenreinigungswagen (Kranwagen), 1 Asphaltwaschmaschine, 1 Lastkraftwagen mit 5, 1 mit 4,5, 1 mit 2,5 und 3 mit 1,5 t Ladegewicht, 1 als Sandstreuer umgebauter Grubenentleerungswagen (infolge hohen Alters und völliger Abnutzung für Dauerbetrieb untauglich) und 3 Anhänger, zusammen 26 Kraftfahrzeuge und 5 Anhänger.

Als Maßnahme zur Durchführung des Vierjahresplanes wurden zunächst 4 Müllwagen, die bisher mit Benzin betrieben worden waren, auf Antrieb mit Leunagas umgestellt. Dadurch wurde der Verbrauch des Fuhrparks an flüssigen Brennstoffen um jährlich 45 000 l herabgesetzt. Weitere Umstellungen auf Leunagas sollen nach Bewährung dieses neuen Treibstoffes im nächsten Jahr durchgeführt werden.

Der im vorigen Jahr auf Holzgasantrieb umgebaute Sprengwagen mußte, da sich diese Antriebsart in vorliegendem Fall als völlig ungeeignet erwiesen hatte, wieder auf Antrieb mit flüssigen Treibstoffen eingestellt werden.

Die Fahrzeuge des Parks waren insgesamt 5307 (1935: 5427) Tage beschäftigt. Hierbei legten sie zusammen 317 634 (1935: 333 251) km zurück. Es entfielen auf die Müllwagen 1694 (1935: 1713) Beschäftigungstage mit 108 193 (1935: 107 622) km, auf die Kehrmaschinen 537 (1935: 523) Beschäftigungstage mit 22 489 (1935: 25 677) km, auf die Sinkkastenreinigungswagen 456 (1935: 432) Beschäftigungstage mit 22 344 (1935: 26 466) km, auf die Waschmaschine 257 (1935: 241) Beschäftigungstage mit 13 474 (1935: 13 000) km, auf die Sprengwagen 101 (1935: 104) Beschäftigungstage mit 7136 (1935: 5720) km, auf den Fäkalienwagen 8 Beschäftigungstage mit 658 km und auf die Lastwagen 2254 (1935: 2414) Beschäftigungstage mit 143 340 (1935: 154 766) km.

Die Betriebsräume des Fuhrparks wurden zu Beginn des Berichtsjahres in das neu erworbene Anwesen der ehemals Geiger'schen Fabrik, Rüppurrer Straße 66, verlegt. Dieses Anwesen mußte, um es für die Zwecke des Fuhrparks und der übrigen, dort noch untergebrachten kleineren Betriebe des Tiefbauamts verwenden zu können, weitgehend umgebaut werden. Diese Umbauarbeiten konnten erst nach Belegung des Anwesens durch die Betriebe begonnen werden und dauerten am Ende des Berichtsjahres noch an. Der gesamte Kostenaufwand für die Verlegung betrug 194 940 *RM*. Von den beiden früher vom Fuhrpark selbst betriebenen Tankstellen für flüssige Treibstoffe wurde nur eine mit 20 000 l Tankinhalt im neuen Fuhrparkanwesen wieder eingebaut. Die zweite ist infolge der Umstellung auf Leunagas entbehrlich geworden.

Auch die Büroräume des Fuhrparks verlegte man im Berichtsjahr in das zum neuen Betriebsanwesen gehörige Wohngebäude Rüppurrer Straße 66. Ferner konnten in diesem sowie in dem zweiten Wohngebäude Augartenstraße 51 insgesamt 3 Dienstwohnungen für Bedienstete des Fuhrparks und der Straßenreinigung gewonnen werden.

Wie im Vorjahr waren beim Fuhrpark 3 Beamte, 1 Angestellter und 29 Arbeiter beschäftigt.

Die Einnahmen aus dem Betrieb der eigenen Fahrzeuge blieben sowohl hinter dem Ansatz des Haushaltsplanes als auch hinter dem vorjährigen Rechnungsergebnis zurück. Dies ist in geringeren Einnahmen aus der Vermietung der Sprengwagen infolge des regnerischen Sommers und aus der zeitweisen Inanspruchnahme der Lastwagen für den eigenen Umzug in das neue Betriebsanwesen Rüppurrer Straße 66 begründet. Da ferner im Berichtsjahr aus Wirtschaftsmitteln ein neuer Müllkraftwagen, ein kleiner Personenwagen und eine hydraulische Kippvorrichtung für einen Lastwagen beschafft sowie 4 Müllkraftwagen auf Leunagas umgestellt wurden, waren die Ausgaben höher als im Vorjahr. Das Rechnungsergebnis verschlechterte sich dadurch gegenüber dem Vorjahr erheblich.

B. Vermittelte Fahrzeuge.

Im Berichtsjahr wurden 5831 (1935: 5687) Pferdearbeitstage vermittelt, von denen auf den Straßen- und Kanalbau 5093 (1935: 4707), die Müllabfuhr 98 (1935: 104), die Grubenentleerung 120 (1935: 266), die Brennstoffzufuhr für städtische Ämter und Anstalten 195 (1935: 338), auf sonstige Zwecke 325 (1935: 272) entfielen. Die Zahl der vermittelten Lastkraftwagentage betrug 218 (1935: 65).

Der Umfang der Vermittlungstätigkeit war größer, als er in den Ansätzen des Haushaltsplanes zugrunde gelegt wurde. Im Vergleich mit dem Vorjahr stehen den erhöhten Einnahmen jedoch auch vermehrte Ausgaben gegenüber.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6. Feuerlöschwesen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 36).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Berufsfeuerwehr.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	29 530	29 968	438	—	29 596
b) Einnahmen aus dem Betriebe	12 050	10 949	—	1 101	11 622
c) Sonstige Einnahmen	42 900	42 991	91	—	44 035
3. Verwaltungskostenbeiträge	8 100	8 100	—	—	8 100
4. Durchlaufende Einnahmen	1 000	569	—	431	482
B. Freiwillige Feuerwehr.					
1. Fortdauernde Einnahmen: Miete, Pacht, Zinsen	570	570	—	—	570
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.					
1. Fortdauernde Einnahmen: Einnahmen aus dem Betriebe	1 500	2 092	592	—	3 310
Summe der Einnahmen	95 650	95 239	1 121	1 532	97 715
Ausgaben.					
A. Berufsfeuerwehr.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	196 680	192 661	—	4 019	197 070
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	19 810	19 654	—	156	17 180
II. Zweckausgaben	22 660	18 376	—	4 284	23 436
c) 1. Zinsendienst	13 380	13 380	—	—	14 750
2. Tilgung	21 000	21 000	—	—	21 000
2. Einmalige Ausgaben	2 000	628	—	1 372	—
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 900	3 900	—	—	3 900
4. Durchlaufende Ausgaben	1 000	569	—	431	482
	280 430	270 168	—	10 262	277 818
B. Freiwillige Feuerwehr.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 440	2 070	—	370	1 812
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	5 610	4 286	—	1 324	5 180
II. Zweckausgaben	3 210	1 881	—	1 329	2 674
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	3 320	3 320	—	—	3 570
2. Einmalige Ausgaben	900	444	—	456	4
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 120	1 120	—	—	1 100
	16 600	13 121	—	3 479	14 340
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	13 660	13 066	—	594	13 367
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	870	892	22	—	981
II. Zweckausgaben	3 260	4 385	1 125	—	2 492
c) Tilgung	8 000	8 000	—	—	9 000
3. Verwaltungskostenbeiträge	100	100	—	—	100
	25 890	26 443	1 147	594	25 940

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wiederholung:	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
A. Berufsfeuerwehr	280 430	270 168	—	10 262	277 818
B. Freiwillige Feuerwehr	16 600	13 121	—	3 479	14 340
C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung	25 890	26 443	1 147	594	25 940
Summe der Ausgaben . .	322 920	309 732	1 147	14 335	318 098
Summe der Einnahmen . .	95 650	95 239	1 121	1 532	97 715
Zuschuß . .	227 270	214 493	—	12 777	220 383

Das gesamte Feuerlöschwesen der Stadt Karlsruhe liegt in der Hand des städtischen Branddirektors. Das Stadtgebiet einschließlich der Vororte bildet einen einheitlichen Löschkreis. Es besteht nur eine Hauptfeuerwache in der Stadtmitte; Nebenwachen sind nicht vorhanden. Der Feuerlöschdienst wird von der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr durchgeführt. Außerdem sind in der Stadt Karlsruhe bei einigen größeren Werken und der Reichsbahn für die Bedürfnisse dieser Betriebe und Anlagen noch Werkfeuerwehren vorhanden.

Als vorläufige Maßnahme zur Einführung des in Aussicht stehenden Reichsfeuerlöschgesetzes wurden sowohl die Berufsfeuerwehr als auch die freiwilligen Feuerwehren der Stadt Karlsruhe dem Polizeipräsidenten der Stadt Karlsruhe, entsprechend dem Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 5. Februar 1936, unterstellt. Am 25. Mai 1936 wurde vom Badischen Ministerium des Innern die Anerkennung der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehren der Stadt Karlsruhe als öffentliche Feuerwehren im Sinne des obengenannten Runderlasses ausgesprochen. Die Berufsfeuerwehr führt seither die Bezeichnung Feuerlöschpolizei.

A. Berufsfeuerwehr.

Die Berufsfeuerwehr bestand am 31. März 1937 aus 1 Branddirektor, 1 Brandingenieur, 1 Oberwerkmeister, 2 Oberbrandmeistern, 7 Brandmeistern, 10 Oberfeuerwehrleuten, 29 Feuerwehrleuten, 6 Feuerwehranwärtern, 1 Verwaltungsbeamten, 1 Fernsprechgehilfen und 1 Verwaltungsanwärter, zusammen aus 60 (1935: 61) Mann.

Die Wachbesatzung war wie in den Vorjahren in zwei Wachabteilungen eingeteilt, die sich in 24-stündigem Wechsel gegenseitig ablösten. Außer der Dienstleistung im 24-stündigem Wachwechsel sind beide Abteilungen noch zur Ableistung eines Zusatzdienstes verpflichtet, der wöchentlich etwa eine halbe Wachschicht umfaßt.

Die früheren Dienstbezeichnungen haben im Oktober 1936 eine Änderung erfahren. Aufgrund des Runderlasses des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 15. Mai 1936 wurden für das ganze Reich einheitlich vorgeschriebene Dienstbezeichnungen eingeführt. Wie bereits S. 26 erwähnt, kam im Berichtsjahr die befristete Beschäftigung der Angehörigen der Berufsfeuerwehr in Wegfall; diese unterliegen nunmehr uneingeschränkt den Bestimmungen der Angestelltensatzung.

Ordentlicher und außerordentlicher Urlaub der Angehörigen der Berufsfeuerwehr betrug 1051 (1935: 1228) Tage, Krankheitstage waren 652 (1935: 289) zu verzeichnen. Auf dienstliche Unfälle und Unfallfolgen entfielen hiervon 27 Tage. Von den Angehörigen der Berufsfeuerwehr besitzen 18 das Sportabzeichen in Bronze, 1 in Silber, 1 in Gold, 37 den Grundschein, 5 den Leistungsschein, 2 den Lehrschein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und 43 den Führerschein der Klasse 2.

Die Wache war ausgestattet mit: 3 Motorspritzen, 3 Leitern, 1 Mannschaftswagen, 1 Schlauchwagen, 3 Hilfskraftwagen, 8 Tafettenmotorspritzen, 1 Kohlensäuretender, 1 Abschleppgerät, 1 Personenkraftwagen, 4 Krankenwagen, zusammen 26 (1935: 25) Fahrzeugen. Neu beschafft wurde im Laufe des Berichtsjahres ein Krankenwagen.

Der Schlauchbestand der gesamten Karlsruher Feuerwehr (einschl. Freiwilliger Feuerwehr) wird von der Berufsfeuerwehr verwaltet. Insgesamt waren 132 m Saugschläuche und 10816 m

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Druckschläuche vorhanden. Daneben befinden sich noch etwa 5000 m Hanfschlauch in städtischen Schulen, Krankenhäusern, Theatern, Verwaltungsgebäuden usw. Die Ausbildung der Feuerwehrleute im Gasschutz wurde wie im Vorjahr weiterbetrieben, um die jederzeitige Einsatzbereitschaft von Mann- und Gerätschaft zu gewährleisten.

Für die Löschwasserversorgung des Stadtgebietes standen zur Verfügung: 243 (1935: 239) Oberflurhydranten, 2100 (1935: 2052) Unterflurhydranten und Hydrantenbrunnen sowie zahlreiche Springbrunnen, Seen, Teiche, Bäder und natürliche Gewässer.

Neben der Aus- und Fortbildung der eigenen Leute obliegt der Feuerlöschpolizei auch die Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren durch Abhalten von Übungen und anschließendem Unterricht. Gelegentliche unvermutete Alarmübungen mit den freiwilligen Wehren sollen einen Überblick über deren Einsatzbereitschaft bieten, daneben aber auch für den Ernstfall schulen.

Zu 371 Vorstellungen und 54 Generalproben des Badischen Staatstheaters, ferner zu 50 Vorstellungen auf der Messe, im Zirkus, in der Festhalle usw. stellte die Feuerlöschpolizei die Sicherheitswachen.

Im Wirtschaftsjahr 1936 mußte die Berufsfeuerwehr 129 mal zu Bränden und Hilfsleistungen ausrücken. Von diesen waren 8 Großfeuer, 9 Mittelfeuer, 41 Kleinfeuer, 10 Kaminbrände, 1 Explosion, 10 böswillige Alarme, 25 blinde Alarme, 25 Hilfeleistungen.

Von den Meldungen ergingen: durch Feuermelder 26, durch Telefon 87, durch Polizeiwachen 14, mündlich auf der Wache 2.

Die Brandstellen befanden sich in 7 Kellerräumen, in 11 Wohnräumen, in 5 Dachgeschossen, in 12 gewerblichen und industriellen Räumen, in 2 landwirtschaftlichen Baulichkeiten, in 6 Hütten und Schuppen, in 10 Kaminen, an 7 Kraftfahrzeugen, 3 mal im Freien, 3 mal an sonstigen Örtlichkeiten.

Als Brandursache wurde festgestellt: Fahrlässigkeit beim Kochen, Heizen usw. in 8 Fällen, Fahrlässigkeit beim Umgang mit offenem Feuer und Licht in 4 Fällen, Fahrlässigkeit beim Schweißen, Löten usw. in 4 Fällen, Fahrlässigkeit beim Umgang mit elektrischen Apparaten und elektrischen Maschinen (Kurzschluß) in 2 Fällen, fahrlässige Aufbewahrung glühender Asche in 3 Fällen, Fahrlässigkeit beim Rauchen in 5 Fällen, Fahrlässigkeit allgemein in 4 Fällen, fehlerhafte Bauanlagen 1 Fall, fehlerhafte elektrische Anlagen, fehlerhafte sonstige Apparate und Maschinen in 5 Fällen, fehlerhafte Heizstellen und Heizanlagen in 4 Fällen, Vergaserbrände in 1 Fall, Selbstentzündung in 1 Fall, Blitzschlag in 1 Fall, Glanzruß im Kamin in 10 Fällen, sonstige Brandursachen in 3 Fällen, nicht ermittelt wurden 12 Fälle.

Bemerkenswerte Brände.

Feuer Gerwigstraße 10:

Am Montag, den 29. Juni 1936, mittags 12.14 Uhr, wurde der Löschzug 1 der Karlsruher Berufsfeuerwehr durch Feuermeldung über Fernsprecher nach Gerwigstraße 10 gerufen. Beim Eintreffen des Löschzuges quollen dicke Rauchschwaden aus einem im Erdgeschoß befindlichen Lagerraum einer Gemüsehandlung, in welchem ungeheure Mengen von Holzkisten, Spankörben, Holzwolle und anderes Packmaterial aufgestapelt waren. Die außerordentlich starke Rauchentwicklung und große Hitze gestalteten den Angriff recht schwierig. Nach Einsatz von zwei 52 mm-Rohrleitungen und 4 schweren Gasschutzgeräten konnte dem Feuer jedoch bald Einhalt geboten werden. Die Lage an der Brandstelle war zuerst dadurch bedrohlich, daß durch vorhandene offene Deckendurchbrüche die über der Brandstelle liegenden Speicherräume unmittelbar gefährdet waren. Auf Grund der starken Verqualmung mußte auch die vorübergehende Räumung einer über der Brandstelle gelegenen Wohnung veranlaßt und durchgeführt werden. Gegen 13 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt, so daß an die Aufräumungsarbeiten und die Ablöschung der noch vorhandenen kleinen Brandnester gegangen werden konnte. Um 14.30 Uhr kehrte der Löschzug nach Zurücklassung einer Brandwache, die noch bis in die Nacht hinein in Tätigkeit bleiben mußte, zur Hauptfeuerwache zurück..

Überlandlöschhilfe in Bruchsal:

Am 29. August 1936 wurde der Überlandlöschzug der Karlsruher Berufsfeuerwehr fernmündlich um Unterstützung bei einem in Bruchsal ausgebrochenen Großfeuer im Hotel „Friedrichshof" angefordert. Der um 19.18 Uhr ausgerückte Überlandlöschzug (1 Führer, 10 Mann) fand bei seinem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Eintreffen einen Dachstuhlbrand (ca. 60 m) vor, der die Dachkonstruktion sowie das dritte Obergeschoß des Hotels in voller Ausdehnung erfaßt hatte. Von der freiwilligen Feuerwehr Bruchsal waren im Außenangriff einige Schlauchleitungen über handbetätigte Maschinenleitern vorgenommen und der Großbrand bekämpft worden. Die vom Überlandlöschzug sofort eingesetzten Innenangriffe mit zunächst 2, später 3 × 52 mm-Rohrleitungen, ließen bald erkennen, daß durch die Art des Angriffs und das entschlossene Vorgehen der Mannschaften der Berufsfeuerwehr die Gewalt des Feuers gebrochen war, so daß sämtliche Leitungen und vorgenommenen Leitern der freiwilligen Feuerwehr Bruchsal zurückgenommen werden konnten, da die Mannschaften zu Aufräumungsarbeiten benötigt wurden. Den Angriff erschwerte das dauernde Einstürzen der Dachgeschoßdecke sehr. Das Fehlen von ausreichenden Aufräumungsgeräten wurde durch den bereitwilligen und tatkräftigen Einsatz einer 40 Mann starken Truppe Arbeitsdienst mit Schaufel und Spaten behoben. Nachdem die Schlauchleitungen der Berufsfeuerwehr gegen solche der freiwilligen Feuerwehr Bruchsal ausgewechselt waren, konnte der Überlandlöschzug der Berufsfeuerwehr Karlsruhe von der Brandstelle zurückgezogen werden.

Hilfeleistung:

Am 29. September 1936 forderte die Station Spielberg-Schöllbronn der Albtalbahn über Fernsprecher die Hilfeleistung der Berufsfeuerwehr an, wo ein mit Kies beladener Lastzug von der Straße abgekommen und über die Böschung auf die Schienen der Albtalbahn gestürzt war. Zur Hilfeleistung rückten 1 Brandmeister mit 10 Mann und die Hilfskraftwagen I und III mit den notwendigen Geräten aus, die in mehrstündiger schwieriger Arbeit das Fahrzeug auf die Räder stellten und mittels Flaschenzügen bis vor die in der Nähe befindliche Station schleppten. Der Bahnverkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Großfeuer in Durlach:

Am 10. Oktober 1936 um 3.17 Uhr rief man den Überlandlöschzug nach Durlach, wo in der Lumpensortieranstalt der Firma Nachmann durch Unachtsamkeit bei der Ausführung von Schweißarbeiten ein Großfeuer ausgebrochen war. Die große Hitze und die außerordentlich starke Verqualmung stellten an das Vordringen der Löschmannschaften große Anforderungen. Die Angriffe wurden über das Treppenhaus und 3 Handleitern in das Gebäude, teilweise unter Verwendung von schweren Gasschutzgeräten, vorgetragen. Gegen 5.30 Uhr war die Gewalt des Feuers gebrochen. Eine Brandwache wurde bis gegen Mittag an Ort und Stelle belassen. Bei den Aufräumungsarbeiten half eine Abteilung Arbeitsdienst.

Feuer Oberfeldstraße 6:

Am 9. Dezember 1936 wurde der Löschzug I um 1.10 Uhr nach der Oberfeldstraße gerufen, wo die Kistenfabrik Heiser, eine Werkstätte in den Abmessungen von 12 × 30 m, in hellen Flammen stand. Es brannten große Kisten- und Holzvorräte sowie Holzbearbeitungsmaschinen. Der Angriff, sofort 1 B und 4 C-Rohre vorgenommen, schlug das Feuer nach halbstündiger Tätigkeit nieder und verhinderte das Übergreifen auf weitere große Holzlager und das angebaute Wohnhaus. Brandursache war eine fehlerhafte Heizungsanlage.

Brand Robert-Wagner-Allee 101:

Am 7. Januar 1937 alarmierte ein Autofahrer die Feuerlöschpolizei um 0.16 Uhr über Feuermelder 131. Der Anlaß war ein Schadenfeuer in einem Lagergebäude der Baufirma Siegrist. Das Feuer konnte mit 2 Rohren bald zum Stehen gebracht werden. Als nach Ablöschen des Brandes die Lage übersichtlich wurde, mußte unter demselben Dach, von der Brandstelle lediglich durch ein gewöhnliches Fenster in einer Fachwerkwand getrennt, eine Starkstromanlage (4000 Volt Zuleitung) entdeckt werden. Glücklicherweise war die Lage des Brandherdes so, daß nicht unmittelbar auf das Fenster Wasser gegeben werden mußte und Unglücksfälle unter den Löschmannschaften nicht eintraten.

Brand Südliche Uferstraße 6:

In einem offenen Schuppen brannte ein Lastwagenanhänger mit Papierrollen. Der Brand entstand durch Walkarbeit (Selbstentzündung) des ungenügend aufgepumpten linken Vorderrades.

Einnahmen und Ausgaben der Berufsfeuerwehr zeigen keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Freiwillige Feuerwehren.

Im Jahre 1936 fanden die gesamten freiwilligen Feuerwehren der Stadt Karlsruhe und ihrer Dororte (mit Ausnahme der Werkfeuerwehren) die Anerkennung als öffentliche Feuerwehren im Sinne des Runderlasses des Reichsministers des Innern vom 5. Februar 1936. Diese Wehren wurden zu einer einheitlichen „Freiwilligen Feuerwehr Karlsruhe-Durlach e. V." zusammengeschlossen. Da die Ortspolizei für die Städte Karlsruhe und Durlach gemeinsam von dem Polizeipräsidenten in Karlsruhe verwaltet wird, zog man auch die ehemalige freiwillige Feuerwehr Durlach in diesen Verband ein. Die feierliche Überführung in diese neue Wehr und die Annahme der neuen Satzung, die der Mustersatzung entspricht, fand am 21. November 1936 in der städtischen Festhalle in Karlsruhe statt. Die Wehr wurde in das Vereinsregister eingetragen und in Löschzüge eingeteilt; mehrere Löschzüge in einem Dorort bilden zusammen eine Abteilung. Die Wehr hatte am 1. Januar 1937 einen Stand von 526 Aktivmitgliedern und 209 Mitglieder der Altersabteilung, zusammen von 735 (1935: 780) Mann. Die frühere freiwillige Feuerwehr Durlach mit insgesamt 225 Mitgliedern ist hierbei nicht berücksichtigt. Die freiwilligen Feuerwehrformationen fanden eine ausgedehnte planmäßige Schulung, zu der jeweils Ausbildungskräfte von der Berufsfeuerwehr mit den erforderlichen Geräten nach den einzelnen Dororten entsandt wurden.

Die gesamten Kosten für die Unterhaltung der Gebäude, der Geräte, Ausrüstung und Bekleidung der freiwilligen Feuerwehrformationen, soweit sie auf den Stadtbezirk Karlsruhe entfallen, trägt die Stadt. Die notwendigen Unterhaltungsarbeiten an Geräten usw. und die laufenden Prüfungen werden, so weit wie möglich, in den Werkstätten der Berufsfeuerwehr vorgenommen. Der Aufwand hielt sich in den bisherigen Grenzen.

C. Feuermelde- und Alarmeinrichtung.

Der Bau und die Unterhaltung der Feuermeldeeinrichtung obliegt der Schwachstromabteilung des städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamts, desgleichen die Kontrolle und Instandhaltung der Feuermelder im Stadtgebiet. Das Personal für die Bedienung dagegen wird dem Feuerwehrdienst entnommen. Das Stadtgebiet umfaßt 7 Schleifen mit insgesamt 118 Meldern. Außer der Schleife 7 sind sämtliche Leitungen als Freileitungen gelegt. Diese Art der Verlegung gibt insbesondere bei Gewittern und anhaltendem Regenwetter sowie reichlichem Schneefall und dergleichen häufig Anlaß zu Störungen. Es ist daher angestrebt, die Leitungen sobald als möglich restlos zu verkabeln.

Im Berichtsjahr wurde die geplante Abänderung der Betätigung des Wachalarmes durchgeführt. Bei Einlauf einer Meldung über Feuermelder schaltet sich der Wachalarm nach Einlauf der ersten Zahlenserie automatisch mit dem Alarmlicht ein.

Die Kosten der Feuermelde- und Alarmeinrichtung zeigen gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Verschiebung.

7. Bestattungswesen und Friedhöfe.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 37).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren	204 000	231 248	27 248	—	213 746
b) Mietzinse	1 010	1 008	—	2	1 008
c) Einnahmen aus dem Betriebe	1 550	1 112	—	438	1 399
d) Anlage und Pflege von Grabstätten	3 000	4 203	1 203	—	3 160
e) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	2 780	2 780	—	—	2 780
f) Sonstige Einnahmen	100	108	8	—	103
Summe der Einnahmen	212 440	240 459	28 459	440	222 196

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	115 730	119 162	3 432	—	113 834
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	14 530	16 315	1 785	—	13 297
II. Zweckausgaben	84 700	85 572	872	—	82 426
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	22 710	22 710	—	—	22 740
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	560	560	—	—	470
2. Einmalige Ausgaben	4 750	2 319	—	2 431	8 410
3. Verwaltungskostenbeiträge	16 450	16 450	—	—	16 080
Summe der Ausgaben	259 430	263 088	6 089	2 431	257 257
Summe der Einnahmen	212 440	240 459	28 459	440	222 196
Zuschuß	46 990	22 629	—	24 361	35 061

Im Wirtschaftsjahr 1936 haben auf dem Hauptfriedhof und den Vorortfriedhöfen von Karlsruhe 1570 (1935: 1513) Erd- und 369 (1935: 344) Feuerbestattungen stattgefunden. Außerdem wurden 41 (1935: 30) von auswärts übersandte Urnen mit Aschenresten auf den hiesigen Friedhöfen beigesetzt.

Die Bestattungen verteilen sich:

	Erdbestattungen				Feuerbestattungen			Erd- und Feuerbestattungen zusammen
	Erwachsene über 10 Jahren	Kinder unter 10 Jahren	Totgeborene	Zusammen	Erwachsene über 10 Jahren	Kinder unter 10 Jahren	Zusammen	
Hauptfriedhof	1 005	163	36	1 204	367	2	369	1 573
Beiertheim	26	—	—	26	—	—	—	26
Bulach	15	3	—	18	—	—	—	18
Daxlanden	55	4	—	59	—	—	—	59
Grünwinkel	22	5	—	27	—	—	—	27
Knielingen	48	7	3	58	—	—	—	58
Mühlburg	90	18	2	110	—	—	—	110
Rintheim	15	1	—	16	—	—	—	16
Rüppurr	38	12	2	52	—	—	—	52
Zusammen 1936	1 314	213	43	1 570	367	2	369	1 939
Zusammen 1935	1 278	197	38	1 513	344	—	344	1 857

Von den 1570 (1935: 1513) Erdbestattungen fanden 355 (1935: 321) in besonderen Grabstätten (Familiengräbern) und 1215 (1935: 1192) in Reihengräbern statt.

Die Urnen mit den Aschenresten der hier feuerbestatteten Verstorbenen und die von auswärts übersandten Urnen wurden teils in besonderen Grabstätten (Familiengräbern), teils in Wahlgrabstätten der Aschenbestattungsanlagen, teils in Reihengräbern der allgemeinen Gräberfelder und teils in Reihengräbern der Urnengräberfelder beigesetzt. 79 (1935: 46) Urnen kamen nach auswärts zum Versand.

In 663 (1935: 591) Fällen wählten die Hinterbliebenen Särge in besserer Ausführung in den verschiedenen Preisstufen, in den restlichen 1276 (1935: 1266) Fällen kam der kostenfreie Einheitssarg zur Verwendung. Für 1129 (1935: 1122) Trauerfeiern (auf dem Hauptfriedhof und auf dem Friedhof im Stadtteil Mühlburg) wurde Orgel- bzw. Harmoniumspiel bestellt. Bei 624 Trauerfeiern war Pflanzenschmuck und bei 201 Trauerfeiern Kerzenleuchterschmuck bestellt worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Berichtsjahr waren für das Friedhof- und Bestattungswesen beschäftigt: 7 (1935: 6) Beamte, 3 (1935: 3) Angestellte, 29 (1935: 29) Arbeiter. In den Stadtteilen Beiertheim, Bulach, Daxlanden, Grünwinkel, Mühlburg und Rüppurr verrichteten unständige Bestattungsgehilfen die bei Todesfällen erforderlich werdenden Arbeiten. Im Stadtteil Knielingen ist entsprechend dem dort sich eingebürgerten Brauch, den Sarg von Freunden und Bekannten des Verstorbenen tragen zu lassen, vorerst weiter verfahren worden. Auf dem Vorortfriedhof Rintheim wurden nach wie vor die Arbeiten vom Personal des Hauptfriedhofs mit erledigt.

Die Erhöhung der Bestattungsfälle gegenüber dem Vorjahr hat sich auf beide Bestattungsarten (Erd- und Feuerbestattung) gleichmäßig ausgewirkt. Durch stärkere Inanspruchnahme gebührenpflichtiger Sonderleistungen haben sich die Einnahmen weiter merklich erhöht. Bei den Ausgaben waren infolge der größeren Zahl von Bestattungen Mehrausgaben unvermeidlich, die jedoch nicht die Steigerung der Einnahmen erreichten.

8. Stadtgarten.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 38).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	140 000	121 110	—	18 890	114 774
b) Miete, Pacht, Zinsen	6 270	6 882	612	—	6 499
c) Einnahmen aus dem Betriebe	3 000	7 182	4 182	—	5 750
d) Sonstige Einnahmen	3 000	2 380	—	620	2 534
Summe der Einnahmen	152 270	137 554	4 794	19 510	129 557
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	174 050	167 847	—	6 203	168 432
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	11 050	10 743	—	307	8 917
II. Zweckausgaben	93 440	95 171	1 731	—	85 553
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	59 170	59 170	—	—	59 170
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	1 920	1 920	—	—	1 600
2. Einmalige Ausgaben	400	1 265	865	—	3 372
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 260	7 260	—	—	7 260
Summe der Ausgaben	347 290	343 376	2 596	6 510	334 304
Summe der Einnahmen	152 270	137 554	4 794	19 510	129 557
Zuschuß	195 020	205 822	10 802	—	204 747

Der Stadtgarten — mit tier- und pflanzenkundlichem Teil — hatte im Berichtsjahr einen leicht rückgängigen Besuch aufzuweisen. Wohl konnte der Verkauf von Jahreskarten auf 5 119 (1935: 5 000) gesteigert werden, doch trat bei den abgegebenen Tageskarten eine Verminderung auf 416 411 (1935: 445 200) ein. Dieser Rückgang hatte seine hauptsächliche Ursache in der ungünstigen Witterung, unter der mehrere Sonderveranstaltungen zu leiden hatten. Im Berichtsjahr wurden außerdem noch 496 (1935: 450) Ferienkarten sowie 3 000 (1935: 6 000) Freikarten an Erwerbslose zum Besuch an Sonn- und Feiertagen abgegeben. Ferner besuchten 10 341 (1935: 4 985) Schüler hiesiger und 7 372 (1935: 6 294) Schüler auswärtiger Schulen den Garten. Es ergibt sich, nach Hundertteilen berechnet, bei den Tageskarten ein Rückgang um 6,47 (1935: Zunahme um 5,7) v. H., bei den Jahreskarten eine Zunahme um 2,38 (1935: Rückgang um 12) v. H. und bei den

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ferienkarten eine Zunahme um 10,2 (1935: Zunahme um 11) v. H. Von den gelösten Tageskarten entfielen 230 470 (1935: 231 229) auf Erwachsene, 75 087 (1935: 89 608) auf Kinder, 39 958 (1935: 36 630) auf Konzertkarten für Erwachsene, 37 637 (1935: 77 500) auf besondere Veranstaltungen für Erwachsene, 4 284 (1935: 2 939) auf besondere Veranstaltungen für Kinder und 28 975 (1935: 7 294) auf Gesellschaftskarten.

Für Benützung besonderer Einrichtungen wurden im Berichtsjahr abgegeben: 66 876 (1935: 73 779) Bootskarten, 1 909 (1935: 2 208) Reitkarten, 4 508 (1935: 4 380) Fahrkarten und 190 (1935: 836) Stadtgartenführer; Eisbahnkarten wurden keine verabreicht (1935: 352).

Der Besuch des Gartens mit Tageskarten und Karten für Konzerte und Sonderveranstaltungen gestaltete sich in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres wie folgt: April 45 495 (1935: 30 854), Mai 83 322 (1935: 50 837), Juni 70 644 (1935: 96 083), Juli 57 204 (1935: 72 738), August 76 764 (1935: 80 186), September 34 214 (1935: 46 389), Oktober 13 743 (1935: 36 479), November 4 464 (1935: 6 309), Dezember 3 103 (1935: 2 313), Januar 4 782 (1935: 3 394), Februar 2 701 (1935: 4 118) und März 19 975 (1935: 15 500).

Es fanden folgende Konzertveranstaltungen statt: 20 (1935: 26) Morgenkonzerte an Sonn- und Feiertagen ohne Erhebung eines Konzertzuschlags, 24 (1935: 25) Nachmittagskonzerte an Sonn- und Feiertagen, 13 (1935: 12) Nachmittagskonzerte an Werktagen, 2 (1935: 2) Abendkonzerte an Sonntagen und 5 (1935: 12) Abendkonzerte an Werktagen.

Unter den stattgefundenen Sonderveranstaltungen sind hervorzuheben: Festkonzert anläßlich des Karlsruher Garnisontages, verbunden mit Feuerwerk am 10. Mai, Festkonzert anläßlich des Sommertagszuges am 24. Mai, Johannisfeier am 20. Juni, Sommerfest mit Feuerwerk am 4. Juli, Rosenfest am 11. Juli, Sonderkonzert der „Jung-Heidelberg-Kapelle" am 8. August, SS-Sonderkonzert am 15. August, Festkonzert zum Erntedankfest am 4. Oktober.

Die Konzerte wurden nach einem von der Hauptverwaltung festgelegten Austeiler von nachfolgenden Kapellen ausgeführt: Berufsorchester Karlsruhe, Musikzug des Politischen Leiterkorps, Kapelle Theo Hollinger, Schülerkapelle, Kapelle des Infanterie-Regiments 109 und Hanauer Trachtenkapelle.

Der Tierbestand des Stadtgartens blieb auch im Berichtsjahr gegenüber früher im wesentlichen unverändert. Durch Ankauf trat eine Vermehrung um folgende 103 (1935: 118) Tiere ein: 1 Rothirsch, 1 Mufflon, 4 Zwergziegen, 1 Hund, 1 Igel, 1 Fischotter, 1 Biberratte, 21 Kaninchen, 9 Meerschweinchen, 1 Landschildkröte, 1 Schleiereule, 2 Turmfalken, 1 Habicht, 1 Rabenkrähe, 4 Mäusebussarde, 2 Nimmersatt, 8 verschiedene Zierenten, 1 Höckergans, 1 Möve, 2 Pinguine, 1 Bläßhuhn, 8 verschiedene Fasanen, 5 Perlhühner, 11 verschiedene Tauben, 1 Graupapagei, 1 Nandaysittich, 8 Prachtfinken und 4 Axolotl. Geschenkt wurden 41 (1935: 60) Tiere: 1 Kapuzineraffe, 1 Iltis, 1 Milan, 1 Bussard, 1 Kuckuck, 1 Storch, 1 Rebhuhn, 4 Tauben, 1 Papagei, 1 Dompfaff und 28 weiße Mäuse. Geboren oder erbrütet wurden 720 (1935: 755) Tiere: 1 Dromedar, 2 Leoparden, 6 Bären, 1 Esel, 1 Rothirsch, 1 Lama, 1 Yak, 1 Schwarzkopfschaf, 1 Zwergziege, 8 Wildschweine, 8 Maskenschweine, 1 Seehund, 64 Kaninchen, 31 Meerschweinchen, 32 verschiedene Fasanen, 10 Pfauen, 157 verschiedene Enten, 3 Nilgänse, 3 Graugänse, 4 Höckergänse, 5 kanadische Gänse, 3 Schwäne, 3 Pinguine, 3 Bläßhühner, 92 verschiedene Tauben und 278 Wellensittiche.

Der Futterverbrauch verteilte sich auf folgende Futterstoffe: 15 734 kg Hafer, 4 550 kg Weizen, 24 766 kg Gerste, Welschkorn, Taubenfutter und Kleie, 5 197 kg Rüben, 12 305 kg Kartoffeln, 7 870 kg Kastanien und Eicheln, 17 005 kg Fleisch, 12 458 kg Fische, 10 000 kg Grünfutter, 590 kg Haferkerne, Erdnüsse und Hanfsaat, 5 910 Laibe Brot, 700 kg Obst, 150 kg Ameiseneier, 36 880 kg Heu und Stroh, 2 020 kg Reis, 3 318 l Milch, 957 Stück Eier, 126 kg Lebertran, 1 752 kg Haferflocken und Kückenfutter, 710 kg Garneelen, 2 065 kg Muskator, 1 225 kg Hirse und Kanariensaat, 46 kg Mohn, Fichtesamen, Leinsamen, Negersaat und Salatsamen, 130 Pakete Frikando.

Die Zahl der im Stadtgarten Beschäftigten war mit 3 Beamten, 1 Angestellten und 38 Arbeitern gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Das wirtschaftliche Ergebnis des Stadtgartens zeigte im Berichtsjahr erhöhte Einnahmen und Ausgaben, verursacht durch eine Änderung in der Verrechnung. Der Ansatz des Haushaltsplans wurde jedoch bei weitem nicht erreicht. Ein vermehrter Betrag war aus der Abgabe von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu erzielen. Da aber die Ausgaben stärker anwuchsen als die Einnahmen, war eine mäßige Erhöhung des Zuschusses zu verzeichnen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9. Oeffentliche Anlagen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 39).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Einnahmen aus dem Betriebe	3 500	6 453	2 953	—	7 589
b) Sonstige Einnahmen	100	823	723	—	386
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 680	10 680	—	—	10 680
Summe der Einnahmen	14 280	17 956	3 676	—	18 655
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	119 700	116 287	—	3 413	119 362
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	2 580	2 281	—	299	2 130
II. Zweckausgaben	29 670	25 498	—	4 172	31 000
2. Einmalige Ausgaben	2 000	1 131	—	869	1 473
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 890	2 890	—	—	3 590
Summe der Ausgaben	156 840	148 087	—	8 753	157 555
Summe der Einnahmen	14 280	17 956	3 676	—	18 655
Zuschuß	142 560	130 131	—	12 429	138 900

Die in Verwaltung des Gartenamts stehenden öffentlichen Anlagen umfaßten im Berichtsjahr eine Fläche von 24 ha 42 a 94 qm (1935: 25 ha 86 a). An ihnen kamen folgende Arbeiten zur Ausführung: Anlage zweier kleiner Rasenflächen am Tiergartenweg anläßlich der Änderung bei der Einmündung in die Bahnhofstraße; Ausstattung der städtischen Gebäude am Bahnhofsplatz mit insgesamt 130 Blumenkasten, welche eine Bepflanzung mit roten Petunien enthielten; Bepflanzung des Langemarkplatzes mit Kugelakazien und Schaffung von Rasenflächen mit niederer Ligusterumpflanzung; Fortführung des Ausbaues der Albuferanlagen an der Silcherstraße durch Anlage von 440 lfdm Fußwege und Anpflanzung von Bäumen.

Durch Einsparungen am persönlichen und sachlichen Aufwand war es möglich, den Zuschußbedarf gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan und dem Vorjahr zu ermäßigen.

10. Waagen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 40).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	13 000	14 183	1 183	—	13 004
b) Mieten	770	777	7	—	778
c) Sonstige Einnahmen	10	21	11	—	13
Summe der Einnahmen	13 780	14 981	1 201	—	13 795

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	5 840	5 384	—	456	5 453
b) Sachlich	2 760	2 523	—	237	1 891
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	1 050	1 050	—	—	1 250
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 690	1 690	—	—	1 690
Summe der Ausgaben	11 340	10 647	—	693	10 284
Summe der Einnahmen	13 780	14 981	1 201	—	13 795
Überschuß	2 440	4 334	1 894	—	3 511

Wie im Vorjahr dienten auch im Wirtschaftsjahr 1936 insgesamt 7 Brückenwaagen ausschließlich dem öffentlichen Verkehr und zwar jene am Rüppurrer-Tor-Platz, in der Keßler- und Lameystraße und in den Vororten Beiertheim, Daxlanden, Rintheim und Rüppurr. Außerdem waren 2 Brückenwaagen im Gaswerk und 1 am Rheinhafen vorhanden, die sowohl diesen Betrieben als auch dem öffentlichen Verkehr zugänglich waren. Die im Besitze des städtischen Krankenhauses sich befindende Brückenwaage ist lediglich für Betriebszwecke bestimmt. Die Brückenwaage des städtischen Fuhrparks in der ehemaligen Dragonerkaserne, die neben dem Betriebe auch dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung stand, ist im Monat Juni 1936 infolge der Inanspruchnahme dieser Kaserne durch die Heeresverwaltung ausgebaut und nicht wieder erstellt worden. An die Stelle dieser Waage trat für den öffentlichen Verkehr jene im Gaswerk am Mühlburger-Tor. Einnahmen und Ausgaben der in den Betrieben unterhaltenen Brückenwaagen sind unter den betreffenden Unternehmungen verrechnet, während hier nur die Ergebnisse der erstgenannten 7 Waagen zur Darstellung kommen. Die Anzahl der auf diesen vorgenommenen Verwiegungen betrug 16 644 (1935: 15 938). Das Rechnungsergebnis der Brückenwaagen zeigt gegenüber dem Vorjahr eine geringe Verbesserung.

11. Wasenmeisterei.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 41).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
Mietzinse	490	491	1	—	491
Summe der Einnahmen	490	491	1	—	491
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	990	631	—	359	602
c) 2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	800	800	—	—	800
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 490	2 490	—	—	2 590
Summe der Ausgaben	4 280	3 921	—	359	3 992
Summe der Einnahmen	490	491	1	—	491
Zuschuß	3 790	3 430	—	360	3 501

Einnahmen und Ausgaben der Wasenmeisterei hielten sich im bisherigen Rahmen. Den Dienst besorgten wie bisher das Schlacht- und Viehhofamt und das Tiefbauamt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen.

1. Wasserwerk.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 42).

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mietzins (für Dienstwohnungen)	2 100	1 743	—	357	2 129
b) Ertrag aus Wasserabgabe:					
1. Allgemein	1 537 050	1 547 669	10 619	—	1 527 632
2. Städt. Gebäude und Anstalten	140 950	139 173	—	1 777	132 353
c) Verschiedenes	8 500	7 756	—	744	7 919
Summe der Einnahmen	1 688 600	1 696 341	10 619	2 878	1 670 033
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	197 120	196 834	—	286	196 415
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	27 870	22 030	—	5 840	20 951
II. Zweckausgaben	719 320	695 630	—	23 690	730 071
c) 1. a) Zinsendienst	111 990	111 990	—	—	117 081
b) Tilgung	213 130	257 057	43 927	—	119 439
2. Nutzungswert der Anlagen	183 700	183 700	—	—	183 830
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	128 840	128 840	—	—	125 810
2. Einmalige Ausgaben	60 900	54 136	—	6 764	58 189
3. Verwaltungskostenbeiträge	10 500	10 500	—	—	10 500
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gem. der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.31 an das Konto Nr. 5913	13 010	13 010	—	—	12 780
Summe der Ausgaben	1 666 380	1 673 727	43 927	36 580	1 575 066
Summe der Einnahmen	1 688 600	1 696 341	10 619	2 878	1 670 033
Überschuß	22 220	22 614	394	—	94 967

Die allgemeine Wasserabgabe hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr infolge der kühlen und feuchten Witterung des Sommers 1936 vermindert. Dagegen ist der Wasserverbrauch der städtischen Stellen und für öffentliche Zwecke als Folge der Wirtschaftsbelebung gestiegen.

Trotz der verminderten Wasserabgabe hat sich jedoch ihr Ertrag erhöht. Die Hauptursache für diese Erscheinung ist in dem Neuanschluß einer größeren Zahl erstellter Neubauten zu suchen. Die Berechnung des Wassergeldes nach dem Steuerwert der versorgten Anwesen hat außerdem zur Folge, daß das Wassergeld nicht durch einen Rückgang des Wasserverbrauchs beeinträchtigt wird. Umgekehrt aber kann ein vermehrter Wasserverbrauch erst dann den Erlös der Wasserabgabe beeinflussen, wenn letztere die Höchstmenge, die gegen den Pauschalbetrag entnommen werden darf, übersteigt. Der Ertrag der Wasserabgabe ist daher im Gegensatz zu dem des Stromverbrauchs nur geringen Schwankungen unterworfen.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Ausgaben des Wasserwerks zeigen bei nahezu unveränderten persönlichen und Verwaltungsausgaben einen Rückgang der sachlichen Zweckausgaben um 34441 *RM*, überwiegend infolge verminderter Abführung von Körperschaftsteuer. Der Aufwand für den Zinsendienst hat sich ebenfalls ermäßigt, dagegen ist infolge der Tilgung früherer Aufwendungen der Arbeitsfürsorge und einer überplanmäßigen Tilgung von Entnahmen aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen der Tilgungsaufwand beachtlich angestiegen. Die übrigen Ausgabenansätze zeigen gegenüber dem Haushaltsplan und Vorjahr keine wesentliche Veränderung. Der Überschuß des Wasserwerks ermäßigte sich auf 22614 (1935: 94967) *RM*.

Verwaltung.

Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, deren Verwaltung schon seit Jahren in der Hand des Baudirektors zusammengefaßt ist, waren am Ende des Berichtsjahres beschäftigt: 197 (1935: 192) Beamte und Beamtenanwärter, 80 (1935: 68) Angestellte und 498 (1935: 469) Arbeiter. Die gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Personalvermehrung hat ihre Ursache in der gesteigerten Verwaltungsarbeit, der lebhaften Neubautätigkeit und der erhöhten Abgabe.

Von den Beschäftigten entfielen: Auf die Verwaltung der Werke 139 (1935: 136) Verwaltungsbeamte und Angestellte und 48 (1935: 47) Arbeiter, auf den Wasserwerksbetrieb 1 (1935: 0) Verwaltungsbeamter, 5 (1935: 5) technische Beamte und Angestellte und 15 (1935: 16) Arbeiter, auf den Gaswerksbetrieb 18 (1935: 19) technische Beamte und Angestellte, 7 (1935: 7) Verwaltungsbeamte und 164 (1935: 152) Arbeiter, auf die Installationsabteilung für Gas und Wasser 26 (1935: 25) technische Beamte und Angestellte, 3 (1935: 3) Verwaltungsbeamte und Angestellte und 127 (1935: 127) Arbeiter, auf den Elektrizitätswerksbetrieb 12 (1935: 12) technische Beamte und Angestellte, 2 (1935: 1) Verwaltungsbeamte und Angestellte und 48 (1935: 43) Arbeiter. Der Kabelnetzabteilung einschließlich der öffentlichen elektrischen Uhren waren 18 (1935: 17) technische Beamte und Angestellte und 39 (1935: 38) Arbeiter und der Installationsabteilung für Elektrizität einschließlich der Schwachstromabteilung und der Fernsprechstellen 34 (1935: 24) technische Beamte und Angestellte und 57 (1935: 46) Arbeiter zugeteilt; auf die beiden letzten Abteilungen entfielen außerdem 4 (1935: 4) Verwaltungsbeamte und Angestellte. Bei der dem Amt angegliederten maschinentechnischen Abteilung waren 7 (1935: 6) technische Beamte und Angestellte, darunter 2 (1935: 1) Waagmeister, und 1 (1935: 1) Verwaltungsangestellter tätig.

2. Gaswerk.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 43).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen					
b) Miete, Pacht, Zinsen	45 600	45 309	—	291	45 704
c) Ertrag des Betriebs:					
1. Gasabgabe	2 685 000	2 738 295	53 295	—	2 708 487
2. Nebenprodukte	1 170 000	1 236 152	66 152	—	1 150 552
d) Verschiedenes:					
1. Installationsbetrieb	1 000	18 862	17 862	—	40 195
2. Sonstiges	14 130	19 691	5 561	—	37 854
3. Verwaltungskostenbeiträge	5 570	5 570	—	—	4 800
4. Durchlaufende Einnahmen: Teilzahlung auf Gas- und Stromverbrauchsgegenstände	370 000	259 256	—	110 744	437 899
Summe der Einnahmen	4 291 300	4 323 135	142 870	111 035	4 425 491

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 079 230	1 062 772	—	16 458	1 081 287
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	86 490	73 062	—	13 428	74 989
II. Zweckausgaben	2 054 630	1 992 366	—	62 264	2 284 270
c) 1. a) Zinsendienst	112 476	68 436	—	44 040	74 477
b) Tilgung	149 114	206 520	57 406	—	139 573
2. Nutzungswert der Anlagen	325 840	325 840	—	—	327 150
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	299 710	377 473	77 763	—	506 472
2. Einmalige Ausgaben	81 820	75 600	—	6 220	37 658
3. Verwaltungskostenbeiträge	40 000	40 000	—	—	40 000
4. Durchlaufende Ausgaben: Teilzahlungsgeschäft für Gas- und Stromverbrauchsgegenstände	370 000	259 256	—	110 744	417 556
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	112 610	112 610	—	—	111 340
Summe der Ausgaben	4 711 920	4 593 935	135 169	253 154	5 094 772
Summe der Einnahmen	4 291 300	4 323 135	142 870	111 035	4 425 491
Zuschuß	420 620	270 800	—	149 820	669 281

Die Gaserzeugung und Abgabe entwickelte sich im Berichtsjahr günstig. Hierbei ist es in der Hauptsache der vermehrte Verbrauch der Großabnehmer infolge Umstellung von mit Öl oder festen Brennstoffen beheizten Geräte auf Gas (Härte-, Schmelz-, Trockenöfen), der die Steigerung der Abgabe hervorgerufen hat, während bei den Kleinabnehmern nur eine geringe Verbrauchszunahme zu verzeichnen ist. Dagegen hat auch der Verbrauch der Reichs- und Staatsbehörden durch Verbesserung der sanitären Einrichtungen (Aufstellung von Warmwasserbereitungsapparaten und Gasheizöfen) beachtlich zugenommen.

Bei den Nebenprodukten ist ein Mehranfall an Koks eingetreten, dagegen die Benzolgewinnung rückläufig verlaufen. Bei den übrigen Nebenprodukten sind keine nennenswerten Veränderungen eingetreten.

Die Herstellung zahlreicher neuer Straßen hatte auch die Erweiterung des Gasrohrnetzes und eine Zunahme der Hauszuführungen und Abnehmer zur Folge.

Die Gaswerbung wurde planmäßig durch Einzelberatung, belehrende Vorträge, Kochkurse usw. weiterbetrieben.

Ab 1. Januar 1937 trat im Gastarif eine Änderung ein. Die bisherige Bezugsordnung, die nur für eine Übergangszeit gedacht war, infolge der eingetretenen Wirtschaftskrise aber nicht geändert werden konnte, hat sich als weiterhin unhaltbar erwiesen. Ab 1. Januar 1937 gelangte daher eine neue Bezugsordnung in Kraft. Diese unterscheidet den allgemeinen Tarif, den Haushaltstarif, den Gewerbetarif, den Gewerbe-Sondertarif, den Heiztarif, den Waschküchentarif, den Münzgasmesser- und den Großabnehmertarif. Gegenüber bisher liegt der Hauptunterschied beim Haushaltstarif, der bisher entweder 18 Rpf je cbm oder nach Wunsch den Grundgebührentarif mit einer nach einem früheren Verbrauch errechneten Grundgebühr und einer Verbrauchsgebühr von 10 Rpf je cbm enthielt, während künftig der Haushaltstarif als Blocktarif zur Anwendung kommt, bei dem das Entgelt nach dem Verbrauch und der Wohnungsgröße von 18 bis 5 Rpf je cbm abgestuft ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die erhöhte Gasabgabe und der vermehrte Anfall von Koks hatte auch eine Steigerung der Einnahmen zur Folge. Dagegen war die Inanspruchnahme des Teilzahlungsgeschäftes rückläufig.

Bei den persönlichen und den sachlichen Ausgaben waren Einsparungen möglich. Auch der Zinsendienst verminderte sich, dagegen fand eine außerordentliche Tilgung von Entnahmen aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen statt. Die Zuführungen zum Erneuerungsfonds mußten infolge ihres niedrigen Standes und der in nächster Zeit unumgänglich anfallenden Arbeiten überplanmäßig gespeist werden. Die einmaligen Ausgaben hielten sich im Rahmen des Haushaltsplans, übertrafen jedoch das Vorjahr um das Doppelte. Im Endergebnis trat beim Gaswerk eine Verminderung des Zuschusses ein.

Maschinentechnische Abteilung.

Die hauptsächlichste Tätigkeit der maschinentechnischen Abteilung bestand in der Überwachung der technischen Einrichtungen in den verschiedenen städtischen Betrieben und Anstalten. Ferner wurden für Neu- und Umbauten Projekte und die nötigen Berechnungen ausgearbeitet, Bauausführungen überwacht und die Abrechnungen erledigt. Für die Baupolizei gab die Abteilung Gutachten über private Heizungs- und Feuerungsanlagen ab.

An Neuanlagen wurden ausgeführt: die Heizungsanlage für den Fuhrpark in der Rüppurrer Straße, die Heizungsanlage für das Flugplatz-Verwaltungsgebäude, die Heizungs- und Lüftungsanlage für die neue Röntgenstation im städtischen Krankenhaus, die Erweiterung der Heizungsanlage im Kindersolbad Donaueschingen, die Luftzuführungs- und Reinigungsanlage für das Orgelgebläse der städtischen Festhalle, der Einbau einer Sparfeuerung in einen Hochdruckkessel im städtischen Schlachthof, der Umbau des Aufzuges im Häutemagazin des Schlachthofes, die Entnebelungs- und Brausebadanlagen für die Schwimmhalle im Dierordtbad. Ferner kamen Projekte und Berechnungen zur Ausarbeitung für die Entlüftungsanlage der Schwimmhalle im Dierordtbad, die Heizungsanlage für das Arbeitsamt, die Getreidetrocknungsanlage für das Getreidelagerhaus am Rheinhafen, die Heizungs- und Warmwasserbereitungsanlage für die Sportfliegerschule, ein Prüfamt für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, die Tankanlage für den Flugplatz, den Umbau der chirurgischen Abteilung im städtischen Krankenhaus.

3. Elektrizitätswerk.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 44).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen					
a) Miete, Pacht, Zinsen	3 090	2 916	—	174	2 875
b) Ertrag des Betriebs:					
1. Stromabgabe	4 657 200	4 929 122	271 922	—	4 549 729
2./3. Zähler- und Schaltuhrenmiete	180 000	197 320	17 320	—	189 509
c) Verschiedenes:					
1. Installationsbetrieb	1 000	30 205	29 205	—	12 310
2. Sonstiges	10 000	13 864	3 864	—	12 971
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 750	1 750	—	—	—
Summe der Einnahmen	4 853 040	5 175 177	322 311	174	4 767 394

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	1 000 710	998 594	—	2 116	989 616
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	108 130	100 786	—	7 344	83 877
II. Zweckausgaben	1 814 700	1 814 691	—	9	2 124 807
c) 1. a) Zinsendienst	187 913	187 913	—	—	202 207
b) Tilgung	394 887	453 701	58 814	—	345 983
2. Nutzungswert der Anlagen	255 130	255 130	—	—	256 670
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	420 000	420 000	—	—	433 690
2. Einmalige Ausgaben	181 400	170 919	—	10 481	117 800
3. Verwaltungskostenbeiträge	36 000	36 000	—	—	36 000
4. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	76 260	76 260	—	—	72 920
Summe der Ausgaben	4 475 130	4 513 994	58 814	19 950	4 663 570
Summe der Einnahmen	4 853 040	5 175 177	322 311	174	4 767 394
Überschuß	377 910	661 183	283 273	—	103 824

Die Stromabgabe setzt sich in der Hauptsache aus der Belieferung der Kleinabnehmer und der Industrie zusammen. Da die Neubautätigkeit im Berichtsjahr rege war, hat die Zahl der Kleinverbraucher zugenommen, außerdem schreitet aber auch die Anwendung des elektrischen Stromes für Haushaltszwecke, in letzter Zeit auch für Heizung und Kühlung, immer weiter fort. Da die hiesige Industrie nach und nach ebenfalls in die Wirtschaftsbelebung einbezogen ist, so konnten neben den Kleinabnehmern auch die Großabnehmer eine Steigerung des Stromverbrauchs verzeichnen.

Ebenso wie der Gastarif fand auch der Stromtarif ab 1. Januar 1937 durch die neue Bezugsordnung für die Lieferung von Gas, Wasser und elektrischer Arbeit aus den Werken der Stadt Karlsruhe eine Änderung. Der Stromtarif sieht allgemeine Tarife für Licht, Kraft, Kochen, Heizen und Kühlung, Nachtstrom, Speicheröfen und Heizbeete, Haushaltstarife, den Kleingewerbetarif, Gewerbetarife, Pauschaltarife, Hebegebühren und den Großabnehmertarif vor. Während man beim Gas den Blocktarif für den Haushaltsverbrauch zur Anwendung bringt, geht man beim Haushaltsstrom auf Wahl des Abnehmers zum Regelverbrauchstarif über, der eine nach der Wohnungsgröße gestaffelte feste Bereitstellungsgebühr und eine nach dem Verbrauch zu bemessende Arbeitsgebühr enthält.

Der vermehrten Stromabgabe entsprechend ist auch der Ertrag der Stromabgabe gestiegen; auch die übrigen Einnahmen entwickelten sich günstig. Desgleichen haben sich die persönlichen Ausgaben und die sachlichen Verwaltungsausgaben erhöht, dagegen war bei den Zweckausgaben infolge verminderter Körperschaftsteuer und des Wegfalls einer außerordentlichen Belastung im Vorjahr eine Ermäßigung möglich. Auch der Zinsendienst zeigte eine Entlastung, die Tilgung jedoch erforderte einen Mehrbetrag, der sich noch durch eine überplanmäßige Tilgung steigerte. Ferner erforderten die einmaligen Ausgaben einen Mehrbetrag gegenüber dem Vorjahr, die übrigen Ausgabenansätze dagegen zeigen keine wesentliche Veränderung. Durch erhöhte Einnahmen bei verminderten Ausgaben ließ sich ein erhöhter Überschuß des Elektrizitätswerks erzielen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

4. Straßenbahn.*)

(Einzelhaushaltsplan Nr. 45).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	—	—	—	—	—
b) Mietzinsen	4 840	4 418	—	422	4 339
c) Ertrag des Betriebes	2 940 170	3 066 033	125 863	—	2 997 339
d) Sonstiges	20 600	33 447	12 847	—	25 423
Summe der Einnahmen	2 965 610	3 103 898	138 710	422	3 027 101
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	2 145 130	2 088 649	—	56 481	2 112 668
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	49 000	46 127	—	2 873	42 021
II. Zweckausgaben	517 780	496 934	—	20 846	519 763
c) 1. a) Zinsendienst	19 700	19 700	—	—	24 270
b) Tilgung	65 000	65 000	—	—	83 100
2. Nutzungswert der Anlagen	372 270	398 970	26 700	—	401 890
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	352 330	379 640	27 310	—	308 170
2. Einmalige Ausgaben	118 700	114 962	—	3 738	32 980
3. Verwaltungskostenbeiträge	41 000	43 700	2 700	—	43 700
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 31	139 330	139 330	—	—	140 960
Summe der Ausgaben	3 820 240	3 793 012	56 710	83 938	3 709 522
Summe der Einnahmen	2 965 610	3 103 898	138 710	422	3 027 101
Zuschuß	854 630	689 114	—	165 516	682 421

*) Da für die Kleinbahn infolge der beabsichtigten Stillegung für 1936 kein Einzelhaushaltsplan mehr aufgestellt wurde, die Kleinbahn im Wirtschaftsjahr 1936 aber noch im Betrieb war, umfassen die hier angegebenen Rechnungsergebnisse auch die Kleinbahn.

Allgemeines.

Die Straßenbahnen nehmen, am Umfang des Personenverkehrs gemessen, unter allen Nahverkehrsmitteln die erste Stelle ein. Im Jahre 1936 wurden von allen Nahverkehrsmitteln Deutschlands 3,8 Milliarden Fahrgäste befördert, von diesen entfielen 71 v.H. auf die Straßenbahnen, 7 v.H. auf Hoch-, Untergrund- und Schwebebahnen, 8 v.H. auf den Autobusverkehr und 14 v.H. auf die Reichsbahn im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr von Berlin und Hamburg.

Den Verkehrsrückgang in den Krisenjahren von 1929 bis 1933 haben die Straßenbahnen noch nicht wieder aufholen können; im Jahre 1936 erreichte die Zahl der von den deutschen Straßenbahnen beförderten Personen 65 v.H. des Verkehrsumfanges vom Jahre 1929; die Karlsruher Straßenbahn blieb mit 63,5 v.H. etwas unter diesem Durchschnitt. Während im Wirtschaftsjahr 1935 die Verkehrseinnahmen gegenüber 1934 um 2,37 v.H. gestiegen sind, beträgt deren Zunahme im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahre 3,44 v.H. Diese nur geringe Erhöhung steht hinter der Besserung und Belebung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in Karlsruhe wesentlich zurück. Sie erklärt sich, wie in den übrigen Großstädten, aus der zunehmenden Abwanderung der Berufstätigen auf Privatwagen und Fahrrad und auf einen größeren Anteil derjenigen Personen, die den Weg zwischen Wohn- und Arbeitsstätte zu Fuß zurücklegen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Bedingungen für die Beförderung der Polizeibeamten, deren Regelung bereits im Vorjahr in Aussicht stand, sind im Berichtsjahr noch nicht erschienen, sodaß die Beförderung der Straßenbahn ohne jedes Entgelt oblag.

Betrieb.

Von besonderen Veranstaltungen im Wirtschaftsjahre 1936 ist nur das Zusammentreffen der Angehörigen der vor dem Kriege in Karlsruhe gelegenen Regimenter der verschiedenen Waffengattungen am 10. Mai zu erwähnen. Die Einnahmen an Barfahrscheinen an diesem Tage überstiegen die geringste Tageseinnahme des Jahres aus Barfahrscheinen um 311 v. H. Die Wiedererhebung der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe zur Garnisonstadt übt ihren belebenden Einfluß auch auf die Straßenbahn aus.

Im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Rheinbrücke bei Maxau und der damit verbundenen Verlegung des Reichsbahnhofes Karlsruhe-Mühlburg unter Wegfall der schienengleichen Kreuzung zwischen Reichsbahn und Straßenbahn mußte die Zufahrtsstraße zum städtischen Rheinhafen, die Honsellstraße, tiefer gelegt und die Straßenbahngleisanlage aus ihr entfernt werden. Der Verkehr von der vorläufigen Haltestelle der Straßenbahn, Bahnhof Karlsruhe-Mühlburg, bis zur seitherigen Endhaltestelle Rheinhafen wurde in den Zeiten des Berufsverkehrs durch einen Autobus-Pendelverkehr aufrecht erhalten.

Durch den Umbau der Robert-Wagner-Allee, der Verbindungsstraße zwischen Karlsruhe und Durlach, zu einer Hauptzufahrtsstraße zur Reichsautobahn Frankfurt—Karlsruhe—Stuttgart mußte das eine Gleis der Straßenbahn — zwecks Höherlegung des Fahrdammes — ausgebaut und der Betrieb auf rund 1 000 m eingleisig, unter besonderer Signalsicherung, durchgeführt werden. Der fortschreitende Bau dieser Zufahrtsstraße bedingte weiterhin verschiedene Verschiebungen der Straßenbahngleise um die Baustellen herum, die nur in Nachtschichten vorgenommen werden konnten. Der Straßenbahnbetrieb wurde bei diesen Gelegenheiten durch den Einsatz der Autobusse aufrecht erhalten.

Unterhaltungsarbeiten an den Betriebsmitteln, den Gleis- und Oberleitungsanlagen und den Gebäulichkeiten.

Im Berichtsjahr kamen 58 (1935: 70) Motorwagen und 31 (1935: 34) Anhängewagen zur Haupt-, 22 (1935: 20) zur Zwischenuntersuchung. Weitere 6 Wagen wurden mit Ledersitzen und die letzten 25 Motorwagen mit Scherenstromabnehmern, die in eigenen Werkstätten angefertigt worden sind, versehen. Durch die Ausstattung sämtlicher Motorwagen mit Scherenstromabnehmern wird das Umsetzen und Rangieren der Wagen sehr erleichtert. Die letzten 4 Wagen einer bestimmten Bauart wurden mit verstärkten Motoren ausgerüstet, ein Omnibus, der Autoturmwagen und ein Personenkraftwagen vollständig überholt. In der Lackierwerkstatt wurden 32 (1935: 22) Personenwagen, 1 Omnibus, 1 Turmwagen, 2 Dampflokomotiven der Kleinbahn, 1 elektrische Lokomotive und 1 Lieferkraftwagen neulackiert, 30 (1935: 58) Wagen kamen zur Auffrischung. In der Behandlung der Wagen ging man versuchsweise zu Kunstharzlacken über.

Die Gleisanlagen waren verschiedentlich innerhalb des ganzen Netzes, insbesondere an Kurven-, Herz- und Zungenstücken, zu erneuern. Besonders hervorzuheben ist der Umbau der östlichen Gleisanlage am Adolf-Hitler-Platz und die Erneuerung der Gleise bis zur Kreuzstraße. Die Gesamtanlage wurde, unter Verengung des Gleisabstandes von 3,20 m auf 2,70 m, auf Beton mit Bitumen-Schienenunterguß verlegt und in eine Betondecke, überzogen mit Rauhasphalt, eingebettet. Die Gleisbauarbeiten im Zuge der Robert-Wagner-Allee und der Honsellstraße fanden bereits Erwähnung. Mit dem Verschweißen der Schienenstöße auf aluminothermischem Wege wurde fortgefahren, dadurch konnten 593 (1935: 264) Schienenübergänge stoßfrei hergerichtet werden.

Die Oberleitungsanlage unterlag den üblichen Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten; die fortschreitenden Bauarbeiten in der Robert-Wagner-Allee machten mehrfache Oberleitungsverlegungen notwendig. Zwischen Reichsbahnhof Karlsruhe-Mühlburg und Rheinhafen wurde — bedingt durch die Tieferlegung dieses Straßenteils — die Oberleitungsanlage entfernt. In der Daxlander Straße mußten infolge Umbaues der Albbrücke 16 Masten versetzt und 16 neu aufgestellt werden; 247 (1935: 447) Masten erhielten einen neuen Farbanstrich.

Die im Vorjahr begonnenen Umbauten der Wasch- und Umkleideräume für das Werkstattpersonal wurden im Berichtsjahr vollendet und der neue Kameradschaftsraum — ein alleinstehender

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Holzbau mit einfacher aber würdiger Innenausstattung, umgeben von einer kleinen gärtnerischen Anlage — mit einer kleinen Feierlichkeit in Betrieb genommen.

Betriebsmittel.

Der Erneuerung des Wagenparkes diente wie im Vorjahr die Beschaffung von drei weiteren Motorwagen mit Vielstufenfahrschaltern, deren Einführung sich als zweckmäßig erwiesen hatte, zwei abgängige Motorwagen wurden verschrottet. Anstelle des abgängigen Personenkraftwagens für die Betriebsleitung erhielt das Amt einen überzähligen Personenkraftwagen von der Berufsfeuerwehr zugewiesen.

Der Bestand an Betriebsmitteln war folgender: 101 Motorwagen, davon 8 meterspurig, 111 Anhängewagen, davon 10 meterspurig, 37 Gerätewagen auf Schienen laufend, 5 Autobusse und 2 Personenkraftwagen. Ferner sind an automobilen Fahrzeugen noch vorhanden: 1 Turmwagen, 1 Hilfsgerätewagen, 1 Schnellastwagen und 1 Schlepper mit 4 Anhängern.

Vorkommnisse im Betrieb.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschäden hat sich gegenüber dem Vorjahre leider wiederum erhöht, es ereigneten sich 23 (1935: 22) Unfälle, davon 2 (1935: 1) mit tödlichem Ausgang infolge Selbstverschuldens. Zusammenstöße mit fremden Fahrzeugen, einschließlich Kraft- und Fahrrädern, waren 152 (1935: 131), zwischen eigenen Betriebsmitteln 2 (1935: 7), sonstige Betriebsunfälle (Auf- und Abspringen während der Fahrt, Hineinlaufen in die Straßenbahnfahrbahn usw.) 23 (1935: 16) zu verzeichnen. Der Hilfswagen wurde 22 mal in Anspruch genommen.

Die allgemein festgestellte Erhöhung der Unfallziffern ist nach Wahrnehmung des Straßenbahnamts neben der Verdichtung und erhöhten Beschleunigung des Straßen- und Überlandverkehrs auch mit auf die neue Reichsstraßen-Verkehrsordnung zurückzuführen, der den Verkehrsteilnehmern in gewisser Beziehung reichlichen Spielraum läßt; so werden innerhalb der Stadtstraßen häufig Geschwindigkeiten eingeschlagen, die auf die Reichsautobahn zugeschnitten sind. Das im Berichtsjahr eingeführte Parkverbot im Zuge der Kaiserstraße bedeutet für den Straßenbahn- und auch für den übrigen Fahrverkehr eine gewünschte Erleichterung und Verbesserung.

Personal.

Der Gesamtbestand an Beamten, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen betrug am 31. März 1937 673 (1936: 667). Die Erhöhung um 6 Personen entfällt auf 3 Lehrlinge, 2 Fahrbedienstete und 1 Aufsichtsbeamten. Die Verteilung war folgende: Verwaltung 20 (1935: 20), Betriebswerkstätten 154 (1935: 151), Gleisunterhaltung 54 (1935: 54), Stromzuführung 10 (1935: 10), Schneiderwerkstatt 4 (1935: 4), Putzfrauen 2 (1935: 2), Aufsichtsbeamte im Fahrdienst 11 (1935: 10), Schaffner 277 (1935: 270), Wagenführer 141 (1935: 146). Zur gelegentlichen Aushilfe für verstärkten Verkehr bei besonderen Anlässen standen 36 (1935: 37) Aushilfsschaffner und 15 (1935: 13) Aushilfswagenführer aus den eigenen Werkstätten und aus anderen städtischen Betrieben zur Verfügung.

An Urlaubstagen wurden 11470 (1935: 11471) gewährt und 250 (1935: 253) Krankheitsfälle mit 6983 (1935: 6845) Krankheitstagen gemeldet.

Wirtschaftliche Ergebnisse.

Im Berichtsjahr sind die betrieblichen Leistungen gestiegen. Während die zurückgelegten Motorwagenkilometer nahezu unverändert waren, ist bei den Anhängewagenkilometern eine Erhöhung um 2,21 v. H., bei den Autobuskilometern um 19,47 v. H. eingetreten. Die Wagenkilometer zeigen eine Steigerung um 1,06 (1935: 0,78) v. H., die Rechnungskilometer einschließlich Autobus eine solche um 0,83 (1935: 0,87) v. H.

Die zahlenden Fahrgäste insgesamt vermehrten sich um 0,21 (1935: 3,25) v. H. Unverändert blieb die Benützung von Einzelfahrscheinen; die Fahrgäste auf Fahrscheinhefte haben um 2,61 v. H. zugenommen, Fahrgäste mit sonstigen Fahrtausweisen dagegen sind um 3,31 v. H. zurückgegangen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Da die zahlenden Fahrgäste nur um 0,21 v. H. angestiegen sind, die Einnahmen aus der Personenbeförderung aber um 1,26 v. H., ist die Mehreinnahme in der verstärkten Benützung von Fahrscheinheften gegenüber Dauerfahrtausweisen zu suchen.

Bei den Ausgaben ließen sich Einsparungen am persönlichen Aufwand und an den Zweckausgaben erzielen. Der sachliche Verwaltungsaufwand, die einmaligen Ausgaben und die Finanz- und Kapitaldienstleistungen dagegen weisen Erhöhungen auf, die bei den einmaligen Ausgaben in einer Abführung von 83000 RM an die Rücklage für den Bau und die Verbesserung von Verkehrs- und Ausfallstraßen (zur Bestreitung des Aufwands für Verlegungen des Straßenbahnkörpers), bei den Kapitaldienstleistungen in erhöhten Zuführungen zum Erneuerungsfonds begründet sind. Trotz dieser gesteigerten Ausgaben ließ sich infolge der erhöhten Einnahmen der Zuschuß für die Straßenbahn um 4025 RM gegenüber dem Vorjahr vermindern.

Das eingangs dargestellte Gesamtergebnis für Straßenbahn und Kleinbahn zusammen ist beeinträchtigt durch die betrieblichen Verschlechterungen bei der Kleinbahn, die besonders behandelt ist. Da die Kleinbahn entgegen der Annahme bei Aufstellung des Haushaltsplans während des ganzen Berichtsjahres in Betrieb war, wurden die auf sie entfallenden Verwaltungskostenbeiträge, Nutzungswerte und Zuführungen zum Erneuerungsfonds überplanmäßig durchgeführt.

Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim.

Die Verhandlungen über die Stillegung der Bahn wegen des aus öffentlichen Mitteln notwendigen, für die Stadt auf die Dauer nicht tragbaren Zuschusses konnten im Berichtsjahre noch nicht abgeschlossen werden. Der Betrieb auf der Strecke zwischen Mörsch und Durmersheim (mit 3,5 km), der wegen des mangelhaften Gleiszustandes nicht mehr aufrecht zu erhalten war, wurde jedoch am 25. April 1936 eingestellt. Die früheren Fahrgäste gingen auf die Reichsbahn über.

Im Berichtsjahre ereignete sich nur ein leichter Unfall. Die Zahl der Beschäftigten betrug 19 (1935: 25) und zwar 10 (1935: 15) Beamte und 9 (1935: 10) Arbeiter. In Hauptrevision waren 3 zweiachsige Motor- und 5 vierachsige Personenwagen, ferner 1 Dampflokomotive.

Die Betriebsmittel der Bahn setzten sich aus 3 vierachsigen elektrischen und 2 zweiachsigen Dampflokomotiven, 14 Personen-, 1 Gepäck-, 4 Güter-, 3 Tafel- und 2 Schienentransportwagen zusammen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Bahn verschlechterte sich noch weiterhin. Während die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 15,36 v. H. zurückblieben, konnten an den Gesamtausgaben nur 4,71 v. H. eingespart werden; der Zuschuß erhöhte sich dadurch gegenüber 1935 um 17,67 v. H.

Umlegung der Einnahmen und Ausgaben der Straßenbahn (einschl. Autobusbetrieb) auf die betriebliche Leistung (ohne Kleinbahn).

Bezeichnung	absolut 1936 RM	Je Rechnungskilometer 1936 Rpf	1935 Rpf
Einnahmen.			
Mietzinsen	2 639	0,04	0,04
Einnahmen aus dem Fahrbetrieb:			
Einzelfahrscheine 1 209 629		19,49	19,09
Fahrscheinhefte 1 329 298		21,42	20,91
Zeitkarten und dergl. 402 995		6,49	6,15
Einnahmen aus der Personenbeförderung	2 941 922	47,40	46,15
Postwagenbetrieb und Güterverkehr	72	—	0,22
Reklame	17 916	0,29	0,28
Einnahmen aus dem Fahrbetrieb	2 959 910	47,69	46,65
Sonstige Einnahmen	33 437	0,54	0,41
Gesamteinnahmen (ohne Zuschuß der Stadthauptkasse)	2 995 986	48,27	47,10

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bezeichnung	absolut 1936 RM.	Je Rechnungskilometer 1936 Rpf	1935 Rpf
Ausgaben.			
Persönliche Ausgaben.			
Gehalte	1 191 142	19,19	19,51
Löhne	461 287	7,43	7,32
Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung	328 420	5,29	5,41
Überstunden und Sonntagsdienste	28 688	0,46	0,64
Dienstkleidung	17 472	0,29	0,22
Summe	2 027 009	32,66	33,10
Verwaltungsausgaben.			
Unterhaltung der Hochbauten	11 604	0,18	0,20
Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Verwaltungsgebäude und Werkstätten	16 075	0,27	0,28
Allgemeine Verwaltung	15 380	0,25	0,14
Anteil an den Kosten der Hauptverwaltung	41 000	0,66	0,67
Summe	84 059	1,36	1,29
Zweckausgaben.			
Gleisanlage	83 506	1,34	1,38
Oberleitung	6 865	0,11	0,13
Wagenunterhaltung	82 591	1,33	1,36
Bahnstrom und Treibstoffe	255 524	4,12	4,52
Versicherung	21 685	0,35	0,35
Steuern	6 945	0,11	0,06
Sämtliche übrigen Ausgaben	19 105	0,31	0,22
Summe	476 221	7,67	8,02
Einmalige Ausgaben.			
Verwaltung	—	—	—
Hochbauten	17 291	0,28	0,34
Gleisanlage	83 000	1,34	—
Oberleitung	—	—	—
Wagenunterhaltung	14 236	0,23	0,19
Sonstige einmalige Ausgaben	435	—	—
Summe	114 962	1,85	0,53
Gesamte reine Betriebsausgaben	2 702 251	43,54	42,94
Finanz- und Kapitaldienst.			
Verzinsung und Tilgung der seit 1924 zur Verfügung gestellten Anlehensmittel	51 560	0,82	1,33
Nutzungswert der Anlagen	372 270	6,00	6,07
Zuführung zum Erneuerungsfonds	352 330	5,68	4,64
An die Stadthauptkasse abzuliefernde Gehalts- und Lohnkürzungen	135 310	2,18	2,22
Summe	911 470	14,68	14,26
Gesamtausgaben	3 613 721	58,22	57,20
Fehlbetrag (durch Zuschuß der Stadthauptkasse gedeckt)	617 735	9,95	10,10

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bezeichnung	absolut 1936 RM	Je Rechnungskilometer 1936 Rpf	1935 Rpf
Einnahmen aus der Personenbeförderung (ohne Reklame)	2 941 922	47,40	46,15
Desgleichen je Fahrgast	—	12,91	12,50
Gesamtbetriebseinnahme je Fahrgast	—	13,15	12,76
Reine Betriebsausgaben je Fahrgast	—	11,86	11,45
Gesamtbetriebsausgabe je Fahrgast	—	15,86	15,49

	1936	1935
Personalausgaben RM	2 027 009	2 037 786
Verhältnis zu den reinen Betriebskosten v. H.	75,01	78,31
Betriebszahl $\frac{\text{Betriebsausgaben} \times 100}{\text{Gesamteinnahmen}}$	90,19	89,75

Betriebs- und wirtschaftsstatistische Angaben.

Bezeichnung	1936	1935	Gegenüber 1935 in v. H. mehr (+) oder weniger (−)
Einwohnerzahl mit eingemeindeten Dororten am 31. März 1937	158 920	158 750	+ 0,11
Verkehrsleistung:			
1. Motorwagenkilometer	4 763 448	4 762 881	+ 0,01
2. Anhängewagenkilometer	2 616 934	2 560 249	+ 2,21
3. Autobuskilometer	134 767	112 799	+ 19,47
4. Wagenkilometer	7 515 149	7 435 929	+ 1,06
5. Rechnungskilometer (einschl. Autobus)	6 206 682	6 155 802	+ 0,83
6. Rechnungskilometer (ausschl. Autobus)	6 071 915	6 043 003	+ 0,48
Fahrgastzahlen:			
1. Insgesamt (ohne Polizei und sonstige Freifahrer)	22 778 647	22 729 928	+ 0,21
2. Insgesamt (mit Polizei)	23 420 767	22 729 928	+ 3,04
3. Auf Einzelfahrscheine	7 251 327	7 251 904	—
4. Auf Fahrscheinhefte	9 738 998	9 491 444	+ 2,61
5. Auf sonstige Fahrtausweise	5 788 322	5 986 580	— 3,31
Bahnlänge:			
1. Betriebslänge km	41,290	41,440	— 0,36
2. Gleislänge km	77,550	78,670	— 1,42
Zugkraft:			
1. Stromverbrauch für Personenbeförderung kWh	4 616 505	4 565 721	+ 1,11
2. Stromverbrauch je Rechnungskilometer kWh	0,76	0,75	+ 1,33
3. Stromkosten RM	230 825	260 246	— 11,30
4. Stromkosten je kWh Rpf	5,00	5,70	— 12,28
5. Stromkosten je Rechnungskilometer Rpf	3,80	4,30	— 11,63
Verhältniszahlen:			
1. Fahrgäste je Wagenkilometer	3,12	3,06	+ 1,96
2. Fahrten je Einwohner	147,37	143,18	+ 2,92
3. Wagenkilometer je Einwohner	47,29	46,84	+ 0,96

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim.

Umlegung der Einnahmen und Ausgaben und statistische Angaben.

Bezeichnung	1936	1935	Gegenüber 1935 in v. H. mehr (+) oder weniger (—)
Einnahme aus der Personenbeförderung . . . . . RM.	83 681	104 430	— 19,87
Einnahme aus dem Güterverkehr . . . . . „	22 441	16 335	+ 37,38
Sonstige Einnahmen . . . . . „	1 790	6 736	— 74,98
Gesamteinnahmen . . . . . „	107 912	127 501	— 15,36
Persönliche Ausgaben . . . . . „	61 641	74 882	— 17,68
Sachliche Ausgaben . . . . . „	26 480	32 950	— 19,64
Gesamte reine Betriebsausgaben . . . . . „	88 121	107 832	— 18,27
Finanz- und Kapitaldienst . . . . . „	91 170	80 330	+ 13,49
Gesamtausgaben . . . . . „	179 291	188 162	— 4,71
Fehlbetrag (durch Zuschuß der Stadthauptkasse gedeckt) . . „	71 379	60 661	+ 17,67
Einnahme aus der Personenbeförderung je Fahrgast . . . Rpf	20,80	21,87	— 4,89
Gesamtbetriebseinnahme je Fahrgast . . . . . „	26,83	26,70	+ 0,49
Gesamtbetriebsausgabe je Fahrgast . . . . . „	21,91	22,01	— 0,45
Verhältnis der Personalausgaben zu den reinen Betriebskosten . . . . . v. H.	69,95	71,23	— 1,79
Betriebszahl	81,66	82,46	— 0,97
Wagenachskilometer	587 000	849 000	— 30,85
Fahrgastzahlen:			
1. Auf Fahrkarten	151 979	209 786	— 27,55
2. Auf Schüler-, Lehrlings- und Arbeiterwochenkarten . .	250 218	267 683	— 6,52
zusammen . .	402 197	477 469	— 15,76
Betriebslänge . . . . . km	7,50	11,00	— 3,18

5. Rheinhafen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 46).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	878 000	826 780	—	51 220	949 585
b) Miete, Pacht, Zinsen	97 000	94 031	—	2 969	97 080
c) Einnahmen aus dem Betriebe	200	115	—	85	170
d) Sonstige Einnahmen	3 200	1 804	—	1 396	1 733
4. Durchlaufende Einnahmen	140 000	46 431	—	93 569	150 991
Summe der Einnahmen . .	1 118 400	969 161	—	149 239	1 199 559

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	524 310	534 757	10 447	—	539 854
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	19 900	16 276	—	3 624	16 606
II. Zweckausgaben	122 650	118 518	—	4 132	101 766
c) 1. a) Zinsendienst	90 266	90 266	—	—	97 180
b) Tilgung	88 844	88 844	—	—	81 200
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	115 750	115 750	—	—	115 490
d) Zuführung zum Erneuerungsfonds	83 640	83 640	—	—	64 070
2. Einmalige Ausgaben	60 500	56 356	—	4 144	87 386
3. Verwaltungskostenbeiträge	11 500	11 500	—	—	11 500
4. Durchlaufende Ausgaben	140 000	46 432	—	93 568	150 992
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5.6.31	37 800	37 800	—	—	38 270
Summe der Ausgaben	1 295 160	1 200 139	10 447	105 468	1 304 314
Summe der Einnahmen	1 118 400	969 161	—	149 239	1 199 559
Zuschuß	176 760	230 978	54 218	—	104 755

Schiffahrtsverhältnisse.*)

Das Jahr 1936 war wie 1935 ein Jahr sehr günstigen Wasserstandes. Nur an 4 (1935: 25) Tagen zeigte der Karlsruher Pegel einen Wasserstand von unter 3,50 m. Der niedrigste Wasserstand in diesem Jahr mit 3,47 m wurde am 24. März 1936, der höchste am 16. Januar 1936 mit 7,38 m gemessen. In der Zeit vom 14. bis 17. Januar 1936 mußte die Großschiffahrt auf dem Oberrhein eingestellt werden, weil wegen des Hochwassers die Eisenbahnschiffbrücke bei Karlsruhe nicht mehr geöffnet werden konnte. Durch Nebel wurde die Oberrheinschiffahrt an 19 (1935: 7) Tagen in den Monaten Januar, März, November und Dezember behindert. Schiffleichterungen waren 1936 nur in ganz geringem Maße erforderlich.

Entwicklung des Hafenverkehrs.

Der Güterverkehr auf dem Oberrhein wurde im Berichtsjahr nach wie vor ungünstig beeinflußt durch Devisenschwierigkeiten, die Beschränkung der Einfuhr durch Kontingentierungen und durch die Abwertung des holländischen Gulden. Erst im letzten Vierteljahr 1936 konnte eine Besserung der allgemeinen Verkehrs- und Betriebslage der Rheinschiffahrt beobachtet werden. Dennoch war der Verkehr auf dem Rheinstrom gegenüber dem Vorjahr um 15 v.H. erhöht.

Im Karlsruher Rheinhafen sind im Jahre 1936 insgesamt 4284 (1935: 4308) Fahrzeuge angekommen, davon 4153 (1935: 4156) beladen und 131 (1935: 152) leer. Abgegangen sind 4321 (1935: 4346) Fahrzeuge, davon 2178 (1935: 2033) beladen und 2143 (1935: 2313) leer.

Der Anteil der Schiffe mit eigener Triebkraft (Motorschiffe usw.) an dem Schiffsverkehr des Karlsruher Hafens ist im Lauf der letzten Jahre bedeutend gestiegen, wie aus nachstehender Übersicht hervorgeht:

*) Die Zahlenangaben — mit Ausnahme des Rechnungsergebnisses — beziehen sich auf das Kalenderjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Jahr	Gesamtzahl der angekommenen und abgegangenen Schiffe	Schiffe mit eigener Triebkraft
1913	7 101	343
1930	6 622	1 517
1931	7 276	1 947
1932	8 224	2 408
1933	8 912	2 567
1934	9 683	2 641
1935	8 654	2 928
1936	8 605	3 278

Ihr Anteil betrug im Jahre 1913 4,83 v. H., im Jahre 1930 23 v. H. und im Jahre 1936 38 v. H. Die Zunahme der Schiffe mit eigener Triebkraft ist in erster Linie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die Güterbeförderung auf dem Wasserwege im Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln zu beschleunigen. Diese Entwicklung wurde gefördert durch die in den vergangenen Jahren erzielten Verbesserungen im Schiffs- und Schiffsmaschinenbau.

Der Gesamtgüterverkehr der Karlsruher Rheinhäfen hat im Berichtsjahr einschließlich Nahverkehr 2 592 631 (1935: 2 584 426) t betragen. Er ist demnach im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 8 205 t oder um 0,32 v. H. gestiegen. Bei der Zufuhr ist eine Zunahme um 22 720 t = 0,97 v. H. und bei der Abfuhr ein Rückgang um 14 515 t = 5,56 v. H. zu verzeichnen.

An einzelnen Gütern betrug die Zu- und Abfuhr:

	1936		1935	
	Zufuhr t	Abfuhr t	Zufuhr t	Abfuhr t
1. Braunkohlenbrikette	569 836	—	576 353	405
2. Zement	15 196	9	10 203	3
3. Roheisen	33 346	308	35 159	20
4. Brucheisen	416	59 002	1 237	83 683
5. Verarbeitetes Eisen aller Art	5 312	526	7 591	470
6. Kies, Sand, Erde	14 354	456	18 800	450
7. Farberde, Kreide, Graphit	1 899 *)	62	4 556	930
8. Weizen und Spelz	16 460	68	—	2 534
9. Roggen	13 204	—	2 404	—
10. Hafer	877	145	541	420
11. Gerste	14 437	—	6 075	834
12. Anderes Getreide, auch Mais und Hülsenfrüchte	3 383	75	1 988	40
13. Lein- und Ölsaaten, Ölfrüchte	5 789	81	8 304	62
14. Holz aller Art (ausschl. Farbhölzer, Holzzeugmasse)	30 702	122 838	64 433	115 567
15. Öle und Fette (pflanzliche)	10 024**)	377	9 356	164
16. Papier	2 993	24 449	4 824	20 861
17. Steine aller Art, auch gebrannte Steine	135	1 507	7 254	1 987
18. Steinkohlen und Brikette	1 048 686	668	1 051 298	3 167
19. Koks	255 663	1 857	262 460	2 140
20. Sonstige Güter	303 654	33 837	250 810	27 043
	2 346 366	246 265	2 323 646	260 780
	2 592 631		2 584 426	

*) In der Statistik für 1936 ist Kreide nicht in dieser Position enthalten.
**) In der Statistik für 1936 enthält diese Position auch tierische Fette.

Gegenüber dem Jahr 1935 ist im Berichtsjahr eine starke Zunahme der Getreidezufuhren festzustellen. Von 11 008 t im Jahre 1935 ist die Zufuhr von Getreide um 37 353 t = 340 v. H. auf 48 361 t im Jahre 1936 gestiegen. Die Zufuhr von Holz hat sich im Berichtsjahr gegenüber 1935 um 33 731 t vermindert. Die Ursache dieses Verkehrsrückgangs ist in der Beschränkung der Einfuhr ausländischer Hölzer zu suchen.

Bei der Abfuhr zeigt im Jahre 1936 der Alteisenverkehr gegenüber 1935 einen Rückgang um 24 681 t. Dieser ist auf die von der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, Berlin, verfügte Ab-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

grenzung des Gebietes für die Versorgung der west- und ostdeutschen Werke zurückzuführen, welche die Wirkung hatte, daß Sendungen, die bisher regelmäßig über Karlsruhe zur Belieferung westdeutscher Werke verschifft worden sind, seit der Anordnung auf dem Bahnweg ostdeutschen Werken zugeleitet wurden, ferner auf eine Abwanderung vom Karlsruher Hafen.

Wie aus der vorstehenden Statistik hervorgeht, steht die Kohle mit insgesamt 1 876 710 t an der Spitze der im Jahre 1936 im Karlsruher Hafen umgeschlagenen Güter. Welche Bedeutung der Karlsruher Hafen im oberrheinischen Kohlenverkehr einnimmt, ist aus der nachstehenden Zusammenstellung des oberrheinischen Kohlenumschlags im Jahre 1936 ersichtlich, der Übersichten des badischen Statistischen Landesamts zugrunde gelegt sind.

Häfen	Steinkohlen, Briketts, Koks				Braunkohlen, Briketts, Koks				Ankunft und Abgang insgesamt
	Ankunft			Abgang überhaupt	Ankunft			Abgang überhaupt	
	Inlandskohlen t	Auslandskohlen t	Zusammen t	t	Inlandskohlen t	Auslandskohlen t	Zusammen t	t	t
Mannheim (ohne Rheinau)	970 658	173 527	1 144 185	98 910	122 796	—	122 796	—	1 365 891
Rheinau	593 481	127 285	720 766	12 543	306 391	—	306 391	—	1 039 700
Karlsruhe	1 208 587	95 762	1 304 349	2 525	569 836	—	569 836	—	1 876 710
Kehl	421 806	315 676	737 482	64 622	196 302	—	196 302	3 458	1 001 864
	3 194 532	712 250	3 906 782	178 600	1 195 325	—	1 195 325	3 458	5 284 165

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß im Jahre 1936 der Karlsruher Hafen unter den genannten Hafenplätzen hinsichtlich des Kohlenumschlags mit 35 v. H. der Gesamtmenge an erster Stelle stand.

Im Monat Oktober 1936 ist im Karlsruher Rheinhafen erstmals ein Motorschiff mit einer Sendung Kreide im unmittelbaren Rhein-Seeverkehr von der Insel Rügen eingetroffen. Seit geraumer Zeit wird deutsche Kreide anstelle französischer Kreide aus der Champagne verwendet, die wegen der erforderlichen Devisen nicht mehr in genügenden Mengen in Deutschland eingeführt werden kann. Aus dem gleichen Grunde wird neuerdings auch Kreide aus Holstein bezogen, die ebenfalls im Rhein-Seeverkehr nach dem Karlsruher Rheinhafen gelangt.

Die Personenschiffahrt nach und von Karlsruhe, die Schülerfahrten im Karlsruher Hafengebiet sowie die Fahrten nach und von dem Rheinstrandbad Rappenwört haben im Berichtsjahr das Ergebnis des Vorjahres nicht erreicht. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt beförderte im Jahre 1936 3971 Personen. Von anderen privaten Personenbooten wurden Fernfahrten und sogenannte Rundfahrten ausgeführt, an denen 1675 Personen teilnahmen. Das städtische Motorboot „Rhein" unternahm wieder hauptsächlich Hafenrundfahrten, an denen sich 6069 (1935: 6473) Personen, darunter 2416 (1935: 3919) Schüler beteiligten. Die Gesamtpersonenbeförderung von und nach dem Karlsruher Rheinhafen betrug im Jahr 1936 insgesamt 11715 (1935: 15052) Personen.

Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens.

Angaben über den Eisenbahnverkehr für das Jahr 1936 liegen noch nicht vor. Dafür werden die im vorjährigen Bericht nicht enthaltenen Ziffern für 1935 nachgeholt.

Der Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens hat sich im Jahr 1935 im Gegensatz zum Hafenverkehr, der rückläufig war, weiterhin günstig entwickelt. Von dem Bahnhof Karlsruhe-Hafen wurden in diesem Jahr 2581020 t (1934: 2507755 t) abgefertigt. Der Eisenbahnverkehr im Jahre 1935 war um 73265 t größer als im Jahre 1934. Er hat demnach im Vergleich zum Jahr 1913 und 1934 um 85,5 v. H. bzw. 2,9 v. H. zugenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die beförderten Gewichtsmengen (Empfang und Versand) verteilen sich auf folgende Hauptgüterarten nach Hundertteilen:

Jahr	Kohlen v. H	Eisen v. H.	Erze v. H.	Baustoffe v. H.	Getreide und Futtermittel v. H.	Holz v. H.	Oele v. H.	Sonstige Güter v. H.	Zusammen v. H.
1913	49,93	5,03	0,05	—	0,34	16,69	—	27,96	100
1931	86,01	1,08	—	0,86	1,53	6,01	0,18	4,33	100
1932	87,24	0,69	—	0,75	1,39	6,56	0,13	3,24	100
1933	87,46	0,51	—	1,12	1,14	5,56	0,07	4,14	100
1934	79,99	0,44	0,23	0,32	1,41	5,60	0,52	11,49	100
1935	76,07	0,98	0,10	0,72	0,60	6,17	1,27	14,09	100

Zollabfertigung im Hafengebiet.

Durch Verfügung des Präsidenten des Landesfinanzamtes Karlsruhe vom 24. Oktober 1936 wurde die im Jahre 1934 um 125 m verlängerte Ufermauer am Mittelbecken in stets widerruflicher Weise in die ordentliche Amtsstelle des Zollamtes Karlsruhe-Rheinhafen einbezogen.

Bautätigkeit im Hafengebiet.

Im Berichtsjahr sind folgende größere Bauten ausgeführt worden:

Die Deutsche Reichsbahn ließ die Wartestation 1 umbauen. Das Schaererwerk erstellte eine Lehrwerkstätte, eine Schmiede mit Schweißraum und errichtete eine Abschlußmauer für das Werk. Die Firma Math. Stinnes erstellte eine Autogarage und ein Arbeiteraufenthaltsgebäude und baute ihr Bürogebäude um. Die Firma M. Stromeyer-Lagerhausgesellschaft führte bauliche Änderungen an Büro- und Wohlfahrtsräumen durch. Die Firma Stachelhaus & Buchloh erstellte ein mechanisches Siebwerk mit Zubringerförderband und Bunker, das Rheinische Braunkohlen-Syndikat einen Vorrats- und Unterstellraum, die Firma Gebrüder Röchling einen Brikettschuppen und eine Kohlensiebanlage und die Firma Raab Karcher G. m. b. H. ein Arbeiter-Wohnhaus. Die J. G. Farbenindustrie (Vereinigte Sauerstoffwerke G. m. b. H.) baute einen Raum für Flaschenabnehmer.

Verwertung des Hafengeländes und des Industriegeländes außerhalb des Rheinhafengebiets.

Im Berichtsjahr wurden 20839 qm Hafengelände verkauft und 13359 qm Hafen- und Industriegelände neu verpachtet. 2686 qm Gelände wurden von einzelnen Firmen im Hafengebiet zurückgenommen.

Einen Überblick über die Verwertung des Hafengeländes gibt folgende Aufstellung:

Es waren jeweils am 31. März

des Jahres	verkauft qm	vermietet qm	in Erbpacht vergeben qm	zusammen verwertet qm
1913	25 815	278 115	—	303 930
1934	455 111	87 259	1 785	544 155
1935	500 609	70 566	1 785	572 960
1936	503 013 *)	76 231	1 785	581 029
1937	523 852	89 163	1 785	614 800

*) Die Nichtübereinstimmung der Zahl mit dem vorjährigen Bericht ist auf eine Berichtigung zurückzuführen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschaftliche Ergebnisse des Hafenbetriebs.

Im Berichtsjahr ist ein erheblicher Rückgang der Betriebseinnahmen eingetreten, der in erster Linie auf die Neuregelung der Stromversorgung im Hafengebiet zurückzuführen ist. Durch diese wurde ab 1. August 1936 die Stromverrechnung, die bisher das Hafenamt durchgeführt hatte, von dem Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt übernommen. Die Erlöse aus der Stromabgabe erscheinen somit von dem genannten Zeitpunkt an nicht mehr im Einzelhaushalt des Rheinhafens, sondern in dem des Elektrizitätswerks. Der Wegfall der Erlöse aus der Stromversorgung tritt bei den Gebühren und Beiträgen in Erscheinung, unter denen der Verdienst des Hafenamts verrechnet wurde, während die durchlaufenden Einnahmen den Ersatz für die an das Elektrizitätswerk zu bezahlenden Stromkosten enthielten. Außer der Verminderung der durchlaufenden Beträge weisen die Ausgaben insgesamt gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen auf, doch sind bei den einzelnen Ausgabearten Verschiebungen eingetreten. Die einmaligen Ausgaben betrafen die Erweiterung der Selbstwähleanlagen und die beabsichtigte Erstellung einer Trocknungsanlage im Getreidespeicher, die jedoch im Berichtsjahr nicht mehr ausgeführt werden konnte. Der vorgesehene Betrag wurde für das nächste Jahr zurückgestellt.

Gleichzeitig mit dem Übergang der Stromversorgung auf das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt wurden auch die Strom- und Wasserversorgungsanlagen in die Verwaltung des genannten Amtes übernommen.

Organisation.

Die Übernahme der Stromverrechnung durch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt ab 1. August 1936 hatte auch eine Neuordnung in der Verwaltung der Stromversorgungsanlagen im Hafengebiet zur Folge. Nach einer mit Wirkung vom 1. April 1937 getroffenen Vereinbarung leitet nunmehr das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt den Bau genehmigter Anlagen und besorgt auch mit eigenen Leuten die vereinbarungsgemäß von der Stadt übernommenen Arbeiten. Weiterhin obliegt ihm die regelmäßige Unterhaltung der im Hafengebiet befindlichen stadteigenen elektrischen Anlagen, die Beseitigung der Störungen, das Ablesen der Zähler usw. Anträge von Hafenfirmen wegen des Baues oder der Änderung elektrischer Anlagen im Hafengebiet sind jedoch nach wie vor an das Hafenamt zu richten, das sie von seinem besonderen Bedürfnis aus prüft und mit einer Stellungnahme an das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt zur Bearbeitung weitergibt.

Als Ersatz für den durch die Bauarbeiten in der Honsellstraße unterbrochenen Straßenbahnverkehr wurde auf Antrag des Hafenamts ab 4. November 1936 für den Berufsverkehr ein Autobusverkehr zwischen der Haltestelle Bahnhof Mühlburg und der Endstelle Rheinhafen der Linie 1 eingerichtet.

Die Zahl der beim Hafenamt beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder war im Jahre 1936 nur geringen Schwankungen unterworfen. Es waren im Berichtsjahre 27 Beamte und Angestellte, 125 bis 128 Stammarbeiter und je nach Bedarf 27 bis 54 Wohlfahrtsarbeiter beschäftigt.

Besondere Ereignisse im Hafengebiet.

Am 11. September 1936 wurde im Ölbecken zum ersten Male Benzin umgeschlagen und zwar aus dem Motorschiff „Valencia".

Am 23. September 1936 folgte im Karlsruher Rheinhafen die Umladung eines Papierglättzylinders von 45 t Gewicht aus einem Spezialwagen der Reichsbahn in ein Güterboot. Zur Umladung hatte man eigens aus Altona einen Spezialkranwagen der Reichsbahn kommen lassen, der insgesamt 75 t Tragfähigkeit bei 9,5 m Ausladung besitzt. Der Papierzylinder wurde nach Rotterdam befördert, von wo die weitere Überfahrt nach Mäntjuloto in Finnland vor sich ging, wo er in einer großen finnischen Papierfabrik zur Aufstellung kam.

Vergleichende Hafenverkehrsziffern.

Nach einer Zusammenstellung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, e. V., hat im Jahre 1936 der Hafenverkehr in Tonnen betragen:

In Basel (Rheinverkehr) 1318800 (1935: 811700) t, in Kehl 1776800 (1935: 1809200) t, in Straßburg (Rheinverkehr) 5190300 (1935: 5394200) t, Karlsruhe 2592600 (1935: 2584400) t,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

in Mannheim 5 134 400 (1935: 5 088 700) t, in Ludwigshafen a. Rh. 4 623 100 (1935: 3 894 800) t, in Worms 501 100 (1935: 428 600) t, in Mainz 2 058 100 (1935: 1 902 400) t, in Köln 3 330 700 (1935: 2 908 400) t, in Neuß 1 102 300 (1935: 1 002 100) t, in Düsseldorf 2 400 800 (1935: 2 135 300) t, in den Duisburg-Ruhrorter Häfen 17 232 600 (1935: 14 628 900) t, in Frankfurt a. M. 2 354 700 (1935: 2 122 200) t.

6. Schlacht- und Viehhof.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 47).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	390 900	423 812	32 912	—	404 656
b) Mieten, Pacht, Zinsen	63 750	62 553	—	1 197	63 378
c) Einnahmen aus dem Betrieb	94 700	68 676	—	26 024	87 493
d) Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	18 000	13 796	—	4 204	12 597
e) Sonstige Einnahmen	4 500	2 415	—	2 085	3 466
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 000	2 000	—	—	2 140
Summe der Einnahmen	573 850	573 252	32 912	33 510	573 730
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	267 020	262 785	—	4 235	263 436
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	36 510	33 267	—	3 243	30 189
II. Zweckausgaben	137 500	122 503	—	14 997	128 228
c) Schuldendienst:					
1. Aufwertungsschulden	29 580	29 580	—	—	30 190
2. Neuverschuldung:					
a) Zinsendienst	18 340	18 340	—	—	20 300
b) Tilgung	30 000	30 000	—	—	29 780
d) Rücklagen, Fonds:					
1. Zuführung zum Erneuerungsfonds	29 540	29 540	—	—	18 740
2. Rücklage für Erweiterungsbauten	—	8 248	8 248	—	17 419
e) Leistungen an andere öffentliche Körperschaften	1 800	1 518	—	282	921
2. Einmalige Ausgaben	20 540	19 351	—	1 189	16 857
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931	18 120	18 120	—	—	17 670
Summe der Ausgaben	588 950	573 252	8 248	23 946	573 730
Summe der Einnahmen	573 850	573 252	32 912	33 510	573 730
Zuschuß	15 100	—	—	15 100	—

Viehhof.

Der Viehauftrieb zu den Märkten, der im Vorjahr infolge der schlechten Futtermittelernte des Jahres 1934 zurückgegangen war, ist im Berichtsjahr wiederum gestiegen. Mehraufgetrieben wur-

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

den jedoch nur Schweine, Schafe und Ziegen, während die Beschickung der Märkte mit Großvieh und Kälbern erneut rückläufig war.

Die Ursache für die Erhöhung der Schweinezufuhren ist in der raschen Erholung der Schweinehaltung zu suchen. In der Verminderung des Auftriebs von Rindvieh dagegen kommt das Bestreben zum Ausdruck, den Rindviehbestand durch Aufzucht zu verstärken. Bei den Kälbern wirkte sich dagegen die Kontingentierung der Schlachtungen aus, die von der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft am 1. Oktober 1936 eingeführt wurde.

Der Gesamtauftrieb an Schlachttieren zu den Märkten betrug im Wirtschaftsjahr 1936 = 79685 (1935: 71896) Stück, er hat sich somit um 7789 = 10,83 v. H. erhöht.

Der Auftrieb an Großvieh (ohne Pferde) ist um 690 Stück = 6,92 v. H., derjenige an Kälbern um 1920 Stück = 9,36 v. H. zurückgegangen. Gestiegen ist die Zufuhr von Schweinen um 10164 Stück = 25,09 v. H., die von Schafen um 200 Stück = 47,28 v. H. und die von Ziegen um 7 Stück = 10,76 v. H.

Im gesamten wurden zu den Märkten aufgetrieben:

	Ochsen	Kühe	Rinder	Farren	Großvieh zusammen	Schweine	Kälber	Schafe	Ziegen	Kitzlein	Ferkel	Kleinvieh zusammen	Groß- u. Kleinvieh zusammen
April 1936 . . .	37	175	66	71	349	4444	1765	25	15	292	—	6541	6890
Mai	50	203	116	130	499	4476	1572	22	5	57	—	6132	6631
Juni	89	181	80	74	424	5067	1446	30	2	13	—	6558	6982
Juli	40	278	70	136	524	3574	1783	55	9	10	—	5431	5955
August	77	176	63	132	448	1778	1661	77	7	2	—	3525	3973
September . . .	169	245	131	127	672	2393	2067	143	5	4	—	4612	5284
Oktober	502	229	203	146	1080	3875	1063	60	7	1	—	5006	6086
November . . .	392	491	284	236	1403	5522	1349	72	6	—	8	6957	8360
Dezember . . .	150	237	172	190	749	4855	1424	30	1	—	—	6310	7059
Januar 1937 . .	139	328	200	201	868	3870	1332	51	3	—	—	5256	6124
Februar	93	286	258	267	904	4709	1287	31	8	4	—	6039	6943
März	146	511	370	341	1368	6100	1829	27	4	70	—	8030	9398
Summe 1936:	1884	3340	2013	2051	9288	50663	18578	623	72	453	8	70397	79685
Summe 1935:	1790	3613	2673	1902	9978	40499	20498	423	65	375	58	61918	71896

Bezüglich der Herkunft der aufgetriebenen Tiere ist festzustellen, daß für die

Großviehmärkte (ohne Pferde)

	1936		1935	
	Stück	v. H.	Stück	v. H.
Baden	2647	= 28,50	3569	= 35,78
Württemberg	1936	= 20,84	2452	= 24,57
Bayern	2207	= 23,76	2261	= 22,66
Norddeutschland	2452	= 26,40	1567	= 15,70
Rheinpfalz	46	= 0,50	129	= 1,29

Kleinviehmärkte (ohne Schweine)

	1936		1935	
	Stück	v. H.	Stück	v. H.
Baden	11458	= 58,08	11086	= 51,90
Württemberg	5479	= 27,78	4886	= 22,87
Bayern	410	= 2,08	514	= 2,41
Norddeutschland	1896	= 9,61	4193	= 19,63
Rheinpfalz	483	= 2,45	682	= 3,19

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schweinemärkte

	1936 Stück	v. H.	1935 Stück	v. H.
Baden	7966	= 15,72	9423	= 23,23
Württemberg	829	= 1,64	2881	= 7,10
Bayern	348	= 0,69	992	= 2,45
Norddeutschland	41509	= 81,91	27218	= 67,11
Rheinpfalz	19	= 0,04	43	= 0,11

der zugetriebenen Schlachttiere geliefert hat. Die anteilsmäßige Beschickung der Märkte mit Großvieh und Schweinen aus Baden und den übrigen süddeutschen Ländern ist erneut zurückgegangen. Dagegen hat sich der Auftrieb von Kleinvieh (ohne Schweine) aus Baden und Württemberg erhöht.

Übernachtungen in den Stallungen des Schlacht- und Viehhofes haben 40129 stattgefunden und zwar von 5580 Stück Großvieh, 3374 Stück Kleinvieh und 31175 Schweinen. Verendet in den Ställen und ankommenden Eisenbahnwagen sind bzw. waren 4 Stück Großvieh, 7 Stück Kleinvieh und 74 Schweine.

Im Bahnverkehr des Schlacht- und Viehhofes sind 1684 Eisenbahnwagen angekommen, davon 1473 mit Vieh und 211 mit Gütern, abgegangen sind 66, davon 39 mit Vieh und 27 mit Gütern.

Ausfuhr

Die Gesamtausfuhr von Schlachtvieh aus dem Viehhofe hat, dem gestiegenen Auftrieb entsprechend, gegenüber dem Vorjahre zugenommen. Im ganzen wurden 17094 (1935: 12386) Stück ausgeführt und zwar 1983 (1935: 1725) Stück Großvieh, 1309 (1935: 1502) Kälber, 13761 (1935: 9085) Schweine und 41 (1935: 74) Stück sonstiges Kleinvieh.

Seuchenpolizei.

Im Berichtsjahr ist die Maul- und Klauenseuche weder bei Großvieh noch bei Schweinen aufgetreten.

Marktpreisnotierungen und Viehpreise.

Die Preise für Großvieh sind gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen und zwar im Durchschnitt für das Kilo Lebendgewicht bei Ochsen um 2,47 v. H., bei Kühen um 5,40 v. H., bei Rindern um 3,75 v. H. und bei Farren um 5 v. H. Gestiegen sind die Preise für Schweine um 3,77 v. H., für Hämmel um 15 v. H. und für Kälber um 1,65 v. H.

Für das Kilo Lebendgewicht wurden bezahlt:

Monat	Ochsen 1.	2.	3.	Kühe 1.	2.	3.	Rinder 1.	2.	3.	Farren 1.	2.	3.	Schweine 1.	2.	3.	Hämmel 2.	Kälber 1.	2.	3.
	Qualität			Qualität			Qualität			Qualität			Qualität			Qualität	Qualität		
	Rpf			Rpf			Rpf			Rpf			Rpf			Rpf	Rpf		
April 1936	90	82	72	82	73	65	88	80	70	86	78	—	114	112	110	96	146	135	124
Mai	90	—	—	82	73	63	88	80	—	86	78	—	114	112	110	96	155	145	133
Juni	90	82	—	83	74	64	88	79	—	86	78	—	114	112	110	92	146	136	124
Juli	90	82	—	83	74	61	88	79	—	85	78	68	114	112	110	92	132	121	111
August	90	82	72	85	74	64	88	80	66	86	78	—	114	112	110	91	163	154	144
September	90	82	—	83	74	63	88	—	—	86	78	—	114	112	110	91	173	165	156
Oktober	90	82	—	83	74	65	87	80	70	85	78	68	114	112	110	93	147	133	114
November	88	81	—	83	74	61	87	78	68	86	78	68	114	112	110	94	124	102	80
Dezember	87	79	68	85	74	61	87	78	66	84	76	56	114	112	110	94	121	96	72
Januar 1937	88	77	68	83	74	60	84	79	—	85	78	67	105	105	105	90	121	96	71
Februar	88	79	66	82	74	61	86	77	60	84	76	—	105	105	105	90	121	96	74
März	88	80	69	83	73	60	85	77	—	83	76	66	105	105	105	90	121	97	74
Im Durchschnitt 1936	89	80	69	75	74	62	87	79	66	85	77	65	112	110	109	92	139	123	106
1935	85	82	76	81	75	66	83	80	77	84	81	75	108	106	104	80	133	122	108

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Futter, Streumittel und Dung.

Die Anschaffung und Abgabe von Futter- und Streumitteln gestaltete sich wie folgt:

	Heu kg	Futtermehl kg	Hafer kg	Gerste kg	Stroh kg	Torf kg
Anschaffung	181 985	31 050	17 690	77 183	113 405	138 630
Abgabe	166 315	30 847	14 293	75 858	103 020	128 500

Die Gesamtmenge des abgegebenen Dunges betrug 899 730 (1935: 992 650) kg. Auf der beim Viehhof befindlichen städtischen Brückenwaage wurden 724 (1935: 675) Fuhren gewogen.

Schlachthof.

Schlachtungen.

Nicht im gleichen Verhältnis wie der Auftrieb zu den Viehmärkten, sondern nur in verringertem Umfang hat sich im Berichtsjahr die Zahl der Schlachtungen erhöht. Die Zunahme entfällt, wie beim Auftrieb, auf alle Tiergattungen mit Ausnahme von Rindvieh und Kälbern.

Die Gesamtschlachtungen betrugen im Berichtsjahr 62 948 (1935: 58 990) Stück. Die Steigerung macht somit 3 958 Stück = 6,70 v. H. aus. Bei Großvieh ergab sich ein Rückgang um 5,81 v. H., bei Kälbern um 9,09 v. H., bei Schweinen dagegen eine Zunahme um 18,99 v. H., bei Schafen um 50,37 v. H., bei Ziegen um 10,76 v. H. und bei Kitzlein um 16 v. H.

Die Schlachtungen verteilen sich auf:

Monat	Ochsen 1.	2.	3.	Kühe 1.	2.	3.	Rinder 1.	2.	3.	Farren 1.	2.	3.	Großvieh zusammen	Kälber	Schafe	Ziegen	Schweine	Ferkel	Kitzlein	Summe Kleinvieh	Summe Groß- und Kleinvieh
	Schwere			Schwere			Schwere			Schwere											
April 1936 .	34	1	—	67	61	18	24	32	10	46	9	10	312	1 638	25	15	3 374	—	284	5 336	5 648
Mai	34	6	—	62	64	11	43	46	10	84	16	18	394	1 470	22	5	3 308	—	48	4 853	5 247
Juni . . .	71	7	1	61	60	26	27	33	9	39	10	24	368	1 284	29	2	3 828	—	13	5 156	5 524
Juli	33	3	1	90	80	39	20	28	17	68	16	39	434	1 694	54	9	2 714	—	9	4 480	4 914
August . .	54	10	3	76	57	23	19	25	12	84	20	13	396	1 588	77	7	1 285	—	2	2 959	3 355
September .	113	33	1	88	90	32	36	68	15	67	28	29	600	1 913	143	5	1 659	—	4	3 724	4 324
Oktober . .	340	76	2	77	89	25	51	79	30	85	29	19	902	986	58	7	2 539	—	1	3 591	4 493
November .	219	76	11	130	110	43	71	104	40	119	54	14	991	1 296	53	6	3 598	7	—	4 960	5 951
Dezember .	128	15	1	110	94	38	56	87	26	126	48	23	752	1 379	30	1	3 718	—	—	5 128	5 880
Januar 1937	117	11	1	134	108	29	50	99	30	116	51	17	763	1 256	51	3	2 898	—	—	4 208	4 971
Februar . .	65	15	1	114	85	24	66	111	49	153	61	22	766	1 173	31	8	3 485	—	4	4 701	5 467
März . . .	96	31	5	109	87	29	105	168	50	200	76	29	985	1 592	27	4	4 496	—	70	6 189	7 174
Summe 1936	1 304	284	27	1 118	985	337	568	880	298	1 187	418	257	7 663	17 269	600	72	36 902	7	435	55 285	62 948
Summe 1935	1 166	329	53	831	898	435	434	1 216	705	978	665	426	8 136	18 996	399	65	31 011	8	375	50 854	58 990

Ferner wurden 331 (1935: 324) Pferde und 57 (1935: 50) Hunde geschlachtet.

Fleischeinfuhr von auswärts.

Das aus dem Inland eingeführte und zur Beschau gestellte Fleisch belief sich auf 249 394 (1935: 411 878) kg und zwar Rindfleisch 91 261 kg, Kalbfleisch 13 085 kg, Schweinefleisch 12 707 kg, Hammelfleisch 57 917 kg, Pferdefleisch 17 944 kg, Innereien 56 480 kg.

Von der Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse mußten wegen ungenügender Versorgung mit Inlandsfleisch 634 587 kg Rindfleisch und 72 521 kg Schweinefleisch aus dem Ausland zugeteilt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Unmittelbar aus dem Ausland kamen 296463 (1935: 363913) kg Fleisch und Fett zur Einfuhr, die in den Untersuchungsstellen im Schlachthof, Hauptzollamt und am Rheinhafen der Beschau unterzogen wurden.

Fleischverbrauch.

Die Fleischmenge, welche aus den Schlachtungen im Schlachthofe hervorgegangen ist, berechnet sich nach dem durch Wiegung ermittelten Durchschnittsschlachtgewicht der Schlachttiere wie folgt:

Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg	Tiergattung	Stück	Durchschnitts-Schlachtgewicht kg	Gesamt-Schlachtgewicht kg
Ochsen I. Schwere	1304	319	416356	Kälber	17269	49	847032
„ II. „	284	234	66637	Schweine	36902	90	3332670
„ III. „	27	189	5120	Schafe	600	29	17439
Kühe I. „	1118	287	321451	Ziegen	72	20	1468
„ II. „	985	231	227500	Ferkel	7	16	118
„ III. „	337	186	62777	Kitzlein	435	4	2006
Rinder I. „	568	278	158319	Hunde	57	14	836
„ II. „	880	231	203632	Pferde	331	231	76529
„ III. „	298	187	55911	Hierzu Großvieh	7663		2052327
Farren I. „	1187	339	402876				
„ II. „	418	229	96062				
„ III. „	257	138	35686				
Großvieh	7663		2052327	Insgesamt	63336		6330425

Einschließlich des Gewichts der vor der Schlachtung entfernten Geschlinge, der Nieren, des Nierenfetts, des eingeführten Fleisches, des Fleischanfalls aus den Haus- und Notschlachtungen und des Überschusses der Einfuhr an Fleisch- und Wurstwaren über die Ausfuhr ergab sich ein Gesamtfleischverbrauch von 8048597 (1935: 7805868) kg.

Bei einer mittleren Einwohnerzahl von 158486 beläuft sich der Fleischverbrauch, abgesehen von Fischen, Wildbret und Geflügel, pro Kopf auf 50,7 (1935: 49,16) kg. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 1,6 kg = 3,6 v. H.

Freibank.

Der Umsatz auf der Freibank hat im Berichtsjahr um 1126 kg = 1,9 v. H. zugenommen. Der Verkauf an Freibankfleisch betrug 66564 (1935: 65438) kg.

In dem mit der Freibank verbundenen Hartmann'schen Fleischdämpfer wurden 50 ganze und 29 Viertel Tiere sterilisiert und gekocht zum Verkauf gebracht.

Fleischgroßhandel.

Der Großhandel mit frischem Fleisch hat im Berichtsjahre erneut um 184175 kg = 37,60 v. H. abgenommen. Der Umsatz betrug noch 305562 (1935: 489737) kg = 3,79 v. H. des Gesamtfleischverbrauches bzw. 1,92 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Kühlhaus und maschinelle Anlagen.

Von den im Kühlhaus vorhandenen 154 Zellen mit einem Gesamtflächeninhalt von 614,18 qm waren 90 vermietet, im Pökelraum von 87 Zellen 36 vergeben. In der Gefrieranlage für Wildbret und Geflügel waren 2 Zellen vermietet, der übrige Raum diente teilweise verschiedenen Firmen zur Einlagerung von Wildbret, Geflügel und Butter.

In der Fleischhackerei wurden im Berichtsjahr 79 (1935: 1030) kg Fleisch gehackt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Eisherstellung in der Eisfabrik belief sich im Berichtsjahr auf 18964 (1935: 22180) Ztr.

Die beiden Dampfmaschinen mit unmittelbar gekuppelten Kohlensäurekompressoren waren zusammen 4046 Stunden im Betrieb, der durch Elektromotor angetriebene Kompressor 1076 Stunden. Die drei Einflammrohrdampfkessel hatten zusammen 8075 Betriebsstunden; hierbei wurden 1272790 (1935: 1160960) kg Brennstoff verheizt. Der Verbrauch an städtischem Leitungswasser im Schlacht- und Viehhof betrug 120393 (1935: 92130) cbm. Der elektrische Strombedarf belief sich auf 196601 (1935: 235386) kWh, von denen 128831 kWh aus dem städtischen Elektrizitätswerk bezogen und 67770 kWh durch die eigene Stromerzeugungsanlage geliefert wurden.

Verschiedenes.

Im Berichtsjahr konnte der Karlsruher Schlacht- und Viehhof auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Schon wenige Jahre nach Gründung der Stadt war bereits ein Schlachthaus erstellt worden, dem zwei weitere folgten, bis schließlich im Jahre 1886 das heutige Schlachthaus an der Robert-Wagner-Allee zum Bau kam. Das Wachstum der Stadt sowie die immer mehr gesteigerten hygienischen Anforderungen hatten die früheren Schlachthäuser unzureichend werden lassen. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens fand eine Besichtigung des Schlacht- und Viehhofs durch die Bürgermeister und Ratsherren, Vertreter der Partei und die Landespressekonferenz statt, bei der Stadtrat Riedner auf die Arbeit und Bedeutung des Karlsruher Schlacht- und Viehhofs in anerkennenden Worten hinwies.

Die Einrichtungen des Schlachthofs erfuhren die übliche Unterhaltung, wobei verschiedene Verbesserungen vorgenommen wurden.

Eine beachtenswerte Neuerung kam im Laufe des Berichtsjahres im Schlacht- und Viehhof zur Einführung: Im Rahmen des Vierjahresplans wurden Organe von Schlachttieren, die man bisher als wertlos beiseite geworfen hatte, durch wertvolle Verwendung dem Aufbau der heimischen Wirtschaft zugeführt. Es handelt sich um die für Arzneimittelgewinnung wichtigen Ovarien und die Bauchspeicheldrüsen der verschiedenen Tiere. Aus den ersteren werden Hormonpräparate, aus den letzteren das für die Bekämpfung der Zuckerkrankheit so wichtige Insulin gewonnen. Diese Organe werden nach der Schlachtung dem Tierkörper entnommen, gefroren, um dann sofort nach Berlin zur weiteren Verarbeitung versandt zu werden. Diesem Verfahren kommt um so größere Bedeutung zu, als diese Arzneimittel bisher aus dem Auslande bezogen werden mußten.

Fleischbeschau.

Ordentliche Fleischbeschau.

Die Beschau der im Schlachthof geschlachteten Tiere führte bei 172 Stück und 45 Viertel Großvieh, 437 Stück und 52 Viertel Kleinvieh und bei 8 Pferden zur Überweisung als nicht bankwürdig auf die Freibank. Wegen Genußuntauglichkeit mußten 18 Stück Großvieh und 3338 einzelne Organe von Großvieh, 23 Stück Kleinvieh, 5587 einzelne Organe und 320 kg Fleisch von Kleinvieh, 25 Pferde, 35 einzelne Organe und 65 kg Fleisch von Pferden dem Verkehr gänzlich entzogen und der Abdeckerei zugeführt werden.

Ferner wurde eingeführtes, nicht bankwürdiges Fleisch und unvorschriftsmäßig eingeführtes Fleisch der Freibank, genußuntauglich eingeführtes Fleisch der Abdeckerei überwiesen. Zur Brauchbarmachung wegen Schwachfinnigkeit eingeführt und nach 21-tägiger Kühlung freigegeben wurden 1 Ochse, 3 Kühe und 4 Rinder.

Die Tuberkulosestatistik ergab von 7663 Stück geschlachtetem Großvieh 1908 Stück = 24,91 (1935: 2050 Stück = 25,19) v. H., von 36902 geschlachteten Schweinen 362 = 0,9 (1935: 576 = 1,8) v. H. tuberkulöse Tiere. Sowohl beim Rindvieh als auch bei den Schweinen ist die Zahl der an Tuberkulose erkrankten Schlachttiere zurückgegangen.

Nach der Finnenstatistik ermittelte man von dem geschlachteten Großvieh 0,60 (1935: 25 Stück = 0,30) v. H. als mit Finnen behaftet. Sämtliche 46 Tiere waren schwachfinnig und konnten nach 21-tägiger Durchkühlung im Kühlhaus dem Verkehr übergeben werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Trichinenschau.

Auf Trichinen untersucht wurden die hier geschlachteten Schweine, Ferkel und Hunde und aus dem In- und Ausland eingeführte Schweine, Fleisch- und Speckstücke. Beschlagnahmt wurden: 1 Schwein aus Ostpreußen und 1 Wildschwein wegen Trichinen, 24 Schweine wegen Kalkkonkrementen und 6 Schweine wegen Miescher'schen Schläuchen.

In den Vororten fand im Berichtsjahr bei 1133 hausgeschlachteten Schweinen die Trichinenschau und gleichzeitig auch die Fleischbeschau statt. Dabei erwiesen sich 13 Schweine = 1,14 v. H. als tuberkulös.

Tätigkeit des Laboratoriums.

Das Laboratorium untersuchte im Berichtsjahr 362 Fälle. Die bakteriologische Fleischbeschau führte es bei 176 Tieren durch und zwar bei 13 Pferden, 56 Rindern, 72 Schweinen, 33 Kälbern und 2 Ziegen. Für genußuntauglich wurden hierbei erklärt: 2 Pferde, 7 Rinder, 2 Schweine, 1 Kalb und 1 Ziege. Bei 3 Schweinen lag Schweinepest vor, bei 2 anderen Schweinen wurden Fleischvergifterbakterien (Suipestifer) gefunden. Der Milzbranduntersuchung unterzog man 2 Pferde, 2 Rinder, 4 Schweine, 3 Kälber, 3 Schafe, 1 Damhirsch und 1 Rothirsch. Milzbrand wurde nirgends festgestellt. Auf Rotlauf wurden 79 Schweine untersucht. Hierbei ergaben sich 25 Schweine als mit Rotlauf behaftet (zuzüglich 11 Schweinen, die sich anläßlich der bakteriologischen Fleischbeschau als rotlaufkrank erwiesen). An Backsteinblattern litten 12 Schweine und 1 Schwein an Herzklappenrotlauf. Bei 41 Schweinen ist die Rotlaufuntersuchung negativ verlaufen. Außer den Kochproben bei den bakteriologischen Fleischbeschauen wurden noch 91 Kochproben aus anderen Gründen durchgeführt und zwar bei 1 Pferd, 3 Rindern, 82 Schweinen und 5 Kälbern. Aufgrund der Kochproben erwiesen sich 2 Schweine und 3 Kälber als genußuntauglich.

Daneben wurden noch mehrere andere bakteriologische Untersuchungen auf Genußtauglichkeit durchgeführt (Schweinefleisch, Wurstmasse aus Schweinefleisch, Leberwürste, Büchsenleberwürste, Sardellenleberwurst, Fischfilet usw.) und teilweise gutachtlich behandelt.

Außerordentliche Fleischbeschau.

Im Laufe des Jahres fanden insgesamt 503 Ladenkontrollen und 551 Marktkontrollen statt, wobei Fleisch, Wurst, Geflügel und Fischfilet wegen Fäulnis, saurer Gärung oder Schmuggelns beschlagnahmt wurden. Die Fleischlieferungen an das städtische Krankenhaus unterstanden einer laufenden Kontrolle.

Die städtischen Tierärzte übten die Fleischbeschau in Rüppurr bei 4 Notschlachtungen und in Knielingen bei 6 Notschlachtungen aus.

Wirtschaftliches.

Der erhöhte Viehauftrieb und die gesteigerten Schlachtungen führten auch zu einem Mehreingang an Gebühren und Beiträgen sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Haushaltsplan. Mieten, Pacht, Zinsen dagegen waren schwach rückläufig. Die Einnahmen aus dem Betriebe sind infolge verringerten Anfalls von Dung und verminderter Abgabe von Dampf und Futtermitteln beachtlich zurückgegangen. Der Rückgang der Betriebseinnahmen wurde jedoch zum Teil ausgeglichen durch Einsparungen an den Zweckausgaben. Die Gesamteinnahmen zeigen im Vergleich zu Haushaltsplan und Vorjahr keine nennenswerte Veränderung.

Die Ausgaben blieben infolge der bereits erwähnten Verminderung der Zweckausgaben und des persönlichen und sachlichen Verwaltungsaufwandes hinter dem Haushaltsplan zurück, sodaß nicht nur der im Haushaltsplan vorgesehene Zuschußbedarf in Wegfall kam, sondern noch ein Mehrbetrag der Einnahmen über die Ausgaben von 8248 *RM* der Rücklage für Erweiterungsbauten zugeführt werden konnte.

Der Schlacht- und Viehhof beschäftigte am Ende des Berichtsjahres 25 Beamte, 1 Beamtenanwärter, 1 Beamtenlehrling, 1 Angestellten, 37 Arbeiter, 1 Arbeiterin und 6 Trichinenschauerinnen, zusammen 72 (1935: 75) Personen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

7. Märkte und Messen.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 48).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
A. Märkte.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	90 000	92 618	2 618	—	94 975
b) Miete, Pacht, Zinsen	34 400	32 183	—	2 217	30 388
c) Sonstige Einnahmen	700	1 196	496	—	1 472
Summe der Einnahmen	125 100	125 997	3 114	2 217	126 835
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	24 040	23 860	—	180	23 047
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	14 710	12 136	—	2 574	11 818
II. Zweckausgaben	9 450	9 309	—	141	9 190
c) 1. a) Zinsendienst	38 006	38 006	—	—	40 339
b) Tilgung	30 724	30 724	—	—	31 211
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	450	450	—	—	450
2. Einmalige Ausgaben	1 900	—	—	1 900	1 698
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 920	3 920	—	—	3 920
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931	1 330	1 330	—	—	1 320
Summe der Ausgaben	124 530	119 735	—	4 795	122 993
Summe der Einnahmen	125 100	125 997	3 114	2 217	126 835
Überschuß	570	6 262	5 692	—	3 842
B. Messen.					
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	28 000	34 605	6 605	—	32 452
b) Sonstige Einnahmen	300	474	174	—	566
Summe der Einnahmen	28 300	35 079	6 779	—	33 018
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	4 390	4 000	—	390	4 386
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	1 500	1 211	—	289	1 298
II. Zweckausgaben	3 480	2 261	—	1 219	2 739
c) Nutzungswert des Meßplatzes und des Meßbudenmagazins	7 460	7 460	—	—	7 460
2. Einmalige Ausgaben	2 300	2 798	498	—	42
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 340	1 340	—	—	1 340
5. Abführung der Ersparnisse aus der Gehalts- und Lohnkürzung gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 5. 6. 1931	1 200	1 200	—	—	1 200
Summe der Ausgaben	21 670	20 270	498	1 898	18 465
Summe der Einnahmen	28 300	35 079	6 779	—	33 018
Überschuß	6 630	14 809	8 179	—	14 553

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zusammenstellung.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
A. Märkte	125 100	125 997	897	—	126 835
B. Messen	28 300	35 079	6 779	—	33 018
Summe der Einnahmen	153 400	161 076	7 676	—	159 853
Ausgaben.					
A. Märkte	124 530	119 735	—	4 795	122 993
B. Messen	21 670	20 270	—	1 400	18 465
Summe der Ausgaben	146 200	140 005	—	6 195	141 458
Summe der Einnahmen	153 400	161 076	7 676	—	159 853
Überschuß	7 200	21 071	13 871	—	18 395

A. Märkte.

Die Zahl aller den Markt beliefernden Großhändler, Erzeuger und Kleinhändler ist gegenüber dem Jahre 1933 zurückgegangen. Die einzelnen Märkte waren im Berichtsjahr wie folgt beschickt:

	Markthalle	Gutenberg-Platz	Stephans-Platz	Hermann-Göring-Platz	Summe
Kleinhändler:					
Blumengärtner	29	15	15	3	62
Gemüsegärtner	32	15	14	4	65
Gemüseerzeuger	228	43	67	40	378
Kleinhändler für Obst und Gemüse	64	60	56	17	197
Blumenbinder und Blumenhändler	16	4	4	—	24
Eier-, Butter- und Käsehändler	14	9	11	5	39
Metzger und Wurstler	15	5	—	3	23
Fisch-, Wild- und Geflügelhändler	17	5	—	2	24
Backwarenverkäufer	12	5	—	3	20
Großhändler:					
Ständige Großhändler (davon 16 mit Lagerräumen in der Markthalle)	18	—	—	—	18
Saisonhändler	22	—	—	—	22
	467	161	167	77	872

Die Belieferung der Märkte mit Gemüse kann als gut bezeichnet werden; insbesondere war die Beschickung mit Frühgemüse im Monat April infolge der günstigen, warmen und feuchten Witterung reichlich. Die Spargelernte dagegen hatte unter der Ende April und fast den ganzen Monat Mai anhaltenden kalten und nassen Witterung zu leiden und ließ an Menge wie Güte zu wünschen übrig. Alle Arten von Beerenobst wurden genügend angeführt, hingegen war die Kirschenernte schlecht und zeigte starke Vermadung. Die Ernte und Beschickung des Marktes mit Steinobst muß als gering und nicht genügend bezeichnet werden. Das gleiche gilt für Kernobst (Äpfel und Birnen). Die Preise zogen entsprechend an. Die Kartoffelernte und die Anlieferung auf den Markt war gut, doch litten die in schwerem Boden erzeugten Kartoffeln infolge der nassen Witterung. Pilze wurden nur wenige auf den Markt gebracht; die Traubenzufuhr war gut, die Qualität jedoch gering. Der langanhaltende hohe Wasserstand beeinträchtigte die Zufuhr an lebenden Fischen, reichlich war hingegen die Beschickung mit Seefischen. Die Einfuhr und Beschickung des Marktes

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mit Auslandsprodukten war gering und den Vorjahren gegenüber sehr zurückgegangen. Besonders zeigte sich Nachfrage nach Orangen, Zitronen und Tomaten. Die Anlieferung der sonst sehr begehrten Orangen aus Spanien blieb infolge des dortigen Bürgerkrieges fast vollständig aus. In den Monaten Februar bis April war ausländisches Gemüse, wie Blumenkohl und Kopfsalat, stark gefragt, da deutsches Gemüse fast ganz fehlte.

Nach Bekanntgabe des Vierjahresplanes ist mit Beginn der Spätobsternte die durch Gesetz vom 29. Oktober 1936 eingeführte Preisüberwachung auch auf den hiesigen Märkten in Kraft getreten. Der Vierjahresplan bezweckt auf dem Gebiet der Ernährung die jeweilige Lenkung des Verbrauchs nach Maßgabe der heimischen Erzeugung.

Zur Ausübung des Straßenhandels waren 20 Plätze für Verkaufshäuschen bzw. Wagen, 13 für den Verkauf von Obst und Südfrüchten, 4 für Blumen, 3 für Brezeln, ferner 25 Plätze für Speiseeis, 5 für geröstete Maroni und 5 Zeitungsverkaufsplätze vermietet. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. In der Zeit vom 29. Oktober bis 2. November fand vor dem Hauptfriedhof und vor dem Mühlburger Friedhof ein Kranz- und Blumenverkauf statt. Mitte Dezember wurden 5 städtische Plätze zum Verkauf von Christbäumen (neben dem Verkauf auf den Märkten) an Händler vermietet.

Für die Markthalle einschließlich der drei Außenmärkte (Ludwigs-, Gutenberg- und Hermann-Göring-Platz) waren im Berichtsjahr 2 Beamte, 4 Arbeiter, in den Sommermonaten ein weiterer Arbeiter tätig. Zur Reinigung der Halle werden noch zwei nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen herangezogen.

Im Jahre 1936 mußte die Markthalle dreimal ausgeräumt werden und zwar vom 9. bis 11. Mai zur Abhaltung eines Garnisonstages, anschließend daran am 12. Mai für einen Begrüßungsabend zu Ehren der Truppen der Karlsruher Garnison. Am 16. Oktober 1936 fand eine Kundgebung durch Gauleiter Streicher und am 13. Februar 1937 eine Beamtenkundgebung statt. In allen Fällen diente die Freifläche neben der Halle der Abhaltung des Marktes.

Die Einnahmen aus den Märkten sind gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen, übertreffen aber noch den Ansatz im Haushaltsplan. In stärkerem Maße ließen sich jedoch an den Ausgaben Einsparungen erzielen, sodaß sich der Überschuß gegenüber Vorjahr und Haushaltsplan steigerte.

B. Messen.

Die Frühjahrsmesse fand in der Zeit vom 30. Mai bis 8. Juni, die Herbstmesse vom 31. Oktober bis 7. November statt. Der Besuch, sowohl durch die Schausteller und Händler, als auch durch die Einwohnerschaft war gut. Die Plätze und Buden waren alle vermietet. Das Platzgeld ging restlos ein.

In der Zeit vom 14. bis 24. Dezember 1936 wurde am Ettlinger-Tor-Platz wie im Vorjahr ein Weihnachtsmarkt in kleinerem Rahmen abgehalten. Anläßlich der Fastnacht hatten auf demselben Platz die in Karlsruhe wohnhaften Schausteller ihre Karussells, Schiffschaukeln, Schießbuden und Zucker- und Waffelstände mit gutem Erfolg aufgestellt.

Vom 24. bis 28. Juni gastierte Zirkus K. Hagenbeck auf dem Meßplatz und vom 17. bis 20. September 1936 Zirkus Jakob Busch. Beide Unternehmen erfreuten sich jeweils guten Besuches.

Die Kirchweihen in den Stadtteilen Mühlburg und Rintheim wurden am 13. September, in Daxlanden und Knielingen am 18. Oktober 1936 gefeiert. Auf allen Festplätzen waren jeweils mehrere Plätze für Karussels, Schießbuden, Zuckerständen und dergleichen vermietet. Ferner waren die Festplätze in den Vororten Daxlanden, Grünwinkel und Knielingen mehrmals an Vereine zwecks Abhaltung von Festlichkeiten überlassen.

Die Einnahmen der Messen waren höher als im Vorjahr. Bei den Ausgaben wurde jedoch durch einmalige Geländeverbesserungen auch eine Steigerung hervorgerufen, sodaß der Überschuß nur einen geringen Mehrbetrag gegenüber dem Vorjahr aufweist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

IX. Finanzwesen.

1. Verwaltung des Kapitalvermögens.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 49).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Zinsen	14 500	21 761	7 261	—	22 520
b) Nutzungswerte	3 256 980	3 283 680	26 700	—	3 286 480
Summe der Einnahmen	3 271 480	3 305 441	33 961	—	3 309 000
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	9 000	1 135	—	7 865	6 088
3. Verwaltungskostenbeiträge	5 100	5 100	—	—	11 000
Summe der Ausgaben	14 100	6 235	—	7 865	17 088
Summe der Einnahmen	3 271 480	3 305 441	33 961	—	3 309 000
Überschuß	3 257 380	3 299 206	41 826	—	3 291 912

Die Einnahmen aus der Verwaltung des Kapitalvermögens zeigen gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Veränderungen. Die Zinsen, vorwiegend aus den laufenden Guthaben bei Kreditanstalten, hielten sich in vorjähriger Höhe, bei den Nutzungswerten trat ein leichter Rückgang ein. Doch waren die Nutzungswerte ebenso wie im Vorjahr höher als der Ansatz im Haushaltsplan, da nachträglich noch die Berechnung für die Kleinbahn durchgeführt wurde. Bei Aufstellung des Haushaltsplans hatte man jedoch bereits mit einer Stillegung der Kleinbahn gerechnet.

Bei den Ausgaben zeigen sich wesentliche Einsparungen am sachlichen Aufwand und an den Verwaltungskostenbeiträgen.

2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens.

A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 50).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	490 730	519 131	28 401	—	519 196
b) Sonstige Einnahmen	500	22	—	478	2 762
Summe der Einnahmen	491 230	519 153	28 401	478	521 958
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	3 500	3 057	—	443	3 065
b) Sachlich	157 380	163 734	6 354	—	157 424
c) 1. a) Zinsendienst	9 400	9 400	—	—	10 150
b) Tilgung	41 930	41 930	—	—	28 288
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	315 760	315 760	—	—	315 530
2. Einmalige Ausgaben	26 410	16 124	—	10 286	4 875
3. Verwaltungskostenbeiträge	24 740	24 740	—	—	27 030
Summe der Ausgaben	579 120	574 745	6 354	10 729	546 362
Summe der Einnahmen	491 230	519 153	28 401	478	521 958
Zuschuß	87 890	55 592	—	32 298	24 404

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Gesamtfläche der privatwirtschaftlich verwendeten stadteigenen Gebäude einschließlich Hofreiten, Hausgärten usw., umfaßte am Ende des Berichtsjahres 18 ha 02 a 48 qm (1935: 16 ha 79 a 06 qm). Außerdem hatte die Stadt eine Fläche von 1 ha 64 a 93 qm (wie im Vorjahr) in Erbpacht, auf der die Lohfeldsiedlung erstellt ist. Der Feuerversicherungswert aller privatwirtschaftlich verwendeten Gemeindegebäude betrug 7 388 400 (1935: 6 959 162) RM, der volle Gebäudewert 8 244 882 (1935: 7 679 513) RM, der angenommene Steuerwert 9 542 236 (1935: 8 967 306) RM.

Die Mieteinnahmen waren gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei den Ausgaben steigerten sich der sachliche Aufwand, die Tilgungsleistungen und die einmaligen Ausgaben, so daß eine wesentliche Erhöhung des Zuschußbedarfs eintrat.

B. Festhalle.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 51).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	10 800	13 879	3 079	—	14 949
b) Miete, Pacht, Zinsen	25 230	25 294	64	—	25 964
c) Einnahmen aus dem Betriebe	11 800	14 243	2 443	—	13 421
3. Verwaltungskostenbeiträge	2 270	2 642	372	—	2 970
Summe der Einnahmen	50 100	56 058	5 958	—	57 304
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	10 650	9 558	—	1 092	10 504
b) Sachlich	28 440	25 984	—	2 456	31 260
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	44 090	44 090	—	—	44 090
2. Einmalige Ausgaben	—	—	—	—	864
3. Verwaltungskostenbeiträge	4 380	4 380	—	—	4 130
Summe der Ausgaben	87 560	84 012	—	3 548	90 848
Summe der Einnahmen	50 100	56 058	5 958	—	57 304
Zuschuß	37 460	27 954	—	9 506	33 544

Im großen Saal der Festhalle fanden im Berichtsjahr 124 (1935: 117) und im kleinen Saal 109 (1935: 99) Veranstaltungen statt. (Darunter 14 im großen und kleinen Saal). Der Charakter der Veranstaltungen war überwiegend unterhaltender Art. Die Gesamtbesucherzahl betrug 231 972 (1935: 230 640) Personen.

Die Einnahmen der Festhalle waren etwas niedriger als im Vorjahr, aber auch die Ausgaben blieben hinter dem Vorjahr zurück.

C. Konzerthaus.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 52).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	1 260	41	—	1 219	207
b) Miete, Pacht, Zinsen	7 160	4 905	—	2 255	3 487
c) Einnahmen aus dem Betriebe	5 790	4 718	—	1 072	5 631
d) Sonstige Einnahmen	40	1 749	1 709	—	256
Summe der Einnahmen	14 250	11 413	1 709	4 546	9 581

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	900	183	—	717	243
b) Sachlich	11 960	8 976	—	2 984	13 317
c) Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	49 700	49 700	—	—	49 700
2. Einmalige Ausgaben	—	14 000	14 000	—	296
3. Verwaltungskostenbeiträge	7 030	7 545	515	—	7 014
Summe der Ausgaben	69 590	80 404	14 515	3 701	70 570
Summe der Einnahmen	14 250	11 413	1 709	4 546	9 581
Zuschuß	55 340	68 991	13 651	—	60 989

Der große Konzerthaussaal war im Berichtsjahr ganzwöchentlich an einen Unternehmer als Lichtspieltheater vermietet. Dieses veranstaltete 925 (1935: 435) Lichtspielvorführungen. Sonstige Veranstaltungen haben 5 (1935: 12) im großen Saal stattgefunden. Der kleine Konzerthaussaal diente zu 13 (1935: 22) Veranstaltungen.

Die Einnahmen des Konzerthauses sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben waren Einsparungen möglich, dagegen erwuchs außerplanmäßig eine einmalige Ausgabe von 14 000 RM für Aufwendungen zwecks besserer Ausnutzung des kleinen Konzerthaussaales. Hierdurch erhöhte sich der Zuschußbedarf des Konzerthauses.

D. Ausstellungshalle.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 53).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
a) Miete	9 660	22 234	12 574	—	2 895
b) Einnahmen aus dem Betriebe	4 200	3 261	—	939	1 461
c) Sonstige Einnahmen	140	96	—	44	78
Summe der Einnahmen	14 000	25 591	12 574	983	4 434
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	150	—	—	150	97
b) Sachlich	9 350	7 839	—	1 511	9 026
c) 1. b) Tilgung	—	—	—	—	2 100
2. Nutzungswert des Gebäudes	53 180	53 180	—	—	53 180
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 670	4 035	365	—	3 690
Summe der Ausgaben	66 350	65 054	365	1 661	68 093
Summe der Einnahmen	14 000	25 591	12 574	983	4 434
Zuschuß	52 350	39 463	—	12 887	63 659

Die Ausstellungshalle beherbergte im Berichtsjahr 6 (1935: 5) Ausstellungen. Die bedeutendste von ihnen war diejenige über „Leben und Schaffen der Gau- und Grenzlandhauptstadt Karlsruhe“ in der Zeit vom 9. Mai bis 14. Juni, die am Eingang des Verwaltungsberichts ausführlich behandelt ist. Weitere Ausstellungen fanden statt vom:

29. September bis 7. Oktober 1936: Kulturschau im Rahmen der Gaukulturwoche, veranstaltet von der Landesstelle Baden des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, mit einer Besucherzahl von 15 000 Personen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

24. Oktober bis 1. November 1936: „Die Aussteuer", veranstaltet vom Institut für Deutsche Wirtschaftspropaganda, Besucherzahl 30 000 Personen.

15. November bis 15. Dezember 1936: „Deutsche Wandmalereien der Gegenwart", veranstaltet von der Hochschule der Bildenden Künste, Besucherzahl 5 500 Personen.

13. bis 15. Dezember 1936: 3. Badische Landesgeflügelausstellung, veranstaltet vom Reichsverband deutscher Kleintierzüchter, Landesfachgruppe Baden, Besucherzahl 2 500 Personen.

8. bis 10. Januar 1937: 4. Landeskaninchen-und Produkten-Ausstellung, veranstaltet von der Landesfachgruppenausstellung des Reichsverbandes deutscher Kaninchenzüchter, Besucherzahl 3 000 Personen.

Sämtliche Ausstellungen hatten eine Besucherzahl von 81 000 Personen zu verzeichnen.

Die Einnahmen der Ausstellungshalle entwickelten sich im Berichtsjahr bei sogar etwas verminderten Ausgaben günstig, so daß im Zuschußbedarf eine Entlastung eingetreten ist.

E. Grundstücksverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 54).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	3 360	3 510	150	—	3 624
b) Miete, Pacht, Zinsen	117 570	126 833	9 263	—	124 730
c) Einnahmen aus dem Betriebe	13 300	14 917	1 617	—	20 112
d) Sonstige Einnahmen	10 950	4 703	—	6 247	14 404
Summe der Einnahmen	145 180	149 963	11 030	6 247	162 870
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben					
a) Persönlich	34 990	36 548	1 558	—	32 254
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	5 180	3 256	—	1 924	8 182
II. Zweckausgaben	172 500	166 607	—	5 893	174 332
b) 1. a) Zinsendienst	75 769	75 769	—	—	76 859
b) Tilgung	86 921	86 921	—	—	70 917
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	244 180	244 180	—	—	250 650
2. Einmalige Ausgaben	800	621	—	179	566
3. Verwaltungskostenbeiträge	5 920	5 904	—	16	5 850
Summe der Ausgaben	626 260	619 806	1 558	8 012	619 610
Summe der Einnahmen	145 180	149 963	11 030	6 247	162 870
Zuschuß	481 080	469 843	—	11 237	456 740

Unter der Grundstücksverwaltung sind zusammengefaßt: Die Pachtgüter im Ausmaß von 140 ha 08 a 18 qm, die Pachtgrundstücke mit 1 042 ha 14 a 76 qm, die Spiel- und Sportplätze mit 49 ha 30 a 54 qm, das Baugelände mit 30 ha 57 a 99 qm, die in Erbbaurecht vergebenen Grundstücke mit 9 ha 87 a 72 qm, die Stadtrandsiedlung mit 30 ha 21 a 36 qm, die ertraglosen Grundstücke mit 102 ha 46 a 81 qm, insgesamt Grundstücke im Flächengehalt von 1 404 ha 67 a 36 qm (1935: 1 471 ha 20 a 33 qm).

Die Pachtgüter waren vergeben an die Keidel'sche Gutsverwaltung Rüppurr, an die Geflügelzucht Rüppurr und an das Versuchs- und Lehrgut Forchheim.

Das Allmendfeld umfaßte 262 ha in den Vororten Daxlanden und Knielingen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zur Förderung der Schafzucht war wie in den Vorjahren wiederum städtisches Gelände bereitgestellt. Als Sommerschafweide waren 23 ha, als Winterschafweide 320 ha Gelände vergeben. In Eigenbewirtschaftung stand das meliorierte Gelände im Gewann Fritschlach, auf dem Raps und Hafer angebaut wurden.

Der Obstbaumbestand der Stadt zählte 12214 (1935: 11789) Stück. Neu gepflanzt wurden 350, nachgepflanzt 83 Obstbäume, im Schnitt standen 1600 Bäume. An den Fischwassern ergaben sich keine Änderungen.

Die Einnahmen aus dem Betriebe und aus Miete, Pacht und Zinsen zeigen gegenüber dem Vorjahr keine Abweichungen, dagegen sind die sonstigen Einnahmen zurückgegangen. Die Ausgaben blieben ohne Verschiebung. Der Zuschußbedarf hat sich gesteigert.

F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 55).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Mietzinse und Mietwerte	45200	61272	16072	—	47342
b) Erbbauzinsen	1000	1019	19	—	1019
c) Ersatz der öffentlichen Lasten durch Mieter und Erbbauberechtigte	980	1372	392	—	1685
d) Ersatz von Mehrausgaben	89690	71981	—	17709	86384
Summe der Einnahmen	136870	135644	16483	17709	136430
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
b) Sachlich	20860	19634	—	1226	18060
c) 1. a) Zinsendienst	32870	32870	—	—	40410
b) Tilgung	37000	37000	—	—	32000
2. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	42140	42140	—	—	42100
3. Verwaltungskostenbeiträge	4000	4000	—	—	3860
Summe der Ausgaben	136870	135644	—	1226	136430
Summe der Einnahmen	136870	135644	16483	17709	136430
Überschuß	—	—	—	—	—

Das städtische Industriegelände mit Industriebauten und Lagerplätzen umfaßte im Berichtsjahr eine Fläche von 17 ha 41 a 34 qm (1935: 17 ha 43 a 44 qm).

Die Mieteinnahmen zeigten eine erfreuliche Steigerung, während bei den Ausgaben keine Verschiebung eingetreten ist. Die Ausgleichung des Haushalts war wie in den Vorjahren nur durch die Übernahme der Mehrausgaben auf den Einzelhaushaltsplan Nr. 3 möglich.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

G. Stadtwald.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 56).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Gebühren und Beiträge	790	795	5	—	1 154
b) Miete, Pacht, Zinsen	800	1 233	433	—	402
c) Einnahmen aus dem Betriebe	114 200	170 709	56 509	—	98 230
d) Sonstige Einnahmen	50	1 389	1 339	—	118
Summe der Einnahmen	115 840	174 126	58 286	—	99 904
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	49 000	51 084	2 084	—	45 028
b) Sachlich:					
I. Verwaltungsausgaben	1 970	1 554	—	416	1 510
II. Zweckausgaben	56 660	44 340	—	12 320	41 926
c) Nutzungswert der Waldungen	14 500	14 500	—	—	—
2. Einmalige Ausgaben	5 200	5 173	—	27	2 862
3. Verwaltungskostenbeiträge	1 510	1 510	—	—	1 510
Summe der Ausgaben	128 840	118 161	2 084	12 763	92 836
Summe der Einnahmen	115 840	174 126	58 286	—	99 904
Zuschuß	13 000	—	—	—	—
Überschuß	—	55 965	68 965	—	7 068

Die Stadtwaldungen umfaßten eine Fläche von 1237 ha 97 a 96 qm (1935: 1224 ha 71 a 67 qm). Sie stehen in Verwaltung des staatlichen Forstamts. Die Vermehrung der Waldfläche gegenüber dem Vorjahr hat ihre Ursache in der Aufforstung bisherigen Ödlandes im Gewann Fritschlach in Daxlanden.

Geschlagen wurden im Berichtsjahr 8570 (1935: 6409) fm Holz. Der normale Hiebsatz betrug 6230 fm. Auf Grund des vom Reichsforstmeister angeordneten Einschlages von 150 v. H. ist die höhere Holzmenge angefallen. Von dieser waren Nutzholz 3249 fm, Brennholz 4266 fm, Nutzreisholz 343 fm, und Brennreisholz 712 fm.

Der Durchschnittserlös je fm betrug für Nutzholz 38,30 (1935: 28,90) RM, für Brennholz 9,10 (1935: 10,90) RM.

Von besonderer Wichtigkeit ist die von Jahr zu Jahr intensivere Ausformung des Nutzholzes; während der Nutzholzanfall in den früheren Jahren 15 bis 20 v. H. betrug, stieg er im Jahre 1935 auf 35 v. H. und im Berichtsjahr auf 42 v. H. an.

Durch den vermehrten Holzanfall, die stärkere Aufbereitung von Nutzholz und die gestiegenen Durchschnittserlöse waren erhöhte Einnahmen aus den städtischen Waldungen zu erzielen. Der größere Holzeinschlag hatte aber auch persönliche und sachliche Mehrausgaben zur Folge. Die erhöhten einmaligen Ausgaben betrafen die bereits angeführte Aufforstung im Gewann Fritschlach.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Schuldenverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 57).

	1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935
Einnahmen.	Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Verzinsung und Tilgung der seit 1924 zur Verfügung gestellten Anlehensmittel:					
1. Betriebe und Ämter:					
a) Verzinsung	890 989	890 990	1	—	1 000 035
b) Tilgung	1 464 351	1 464 461	110	—	1 355 995
2. Wohnungsbau:					
a) Verzinsung	425 000	425 000	—	—	497 600
b) Tilgung	212 500	212 500	—	—	—
b) Verzinsung und Tilgung besonderer Aufwendungen	1 750	1 750	—	—	1 840
c) Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises für den Ostteil der Gottesauer Kaserne durch die beteiligten Ämter (Vermögensmittel)	49 010	49 010	—	—	54 140
d) Verzinsung und Tilgung der auf den Schlacht- und Viehhof entfallenden Aufwertungsschuld	29 580	29 580	—	—	30 190
e) Sonstige Einnahmen	—	614	614	—	67
Summe der Einnahmen	3 073 180	3 073 905	725	—	2 939 867
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Zinsen für Kapitalschulden	1 853 810	1 639 553	—	214 257	1 889 403
b) Schuldentilgung	1 518 870	1 998 980	480 110	—	1 435 910
c) Tilgungsrücklage für die infolge Ablehnung des Umschuldungsangebots gestundeten Kapitalforderungen	30 000	30 000	—	—	—
d) Sonstige Ausgaben	2 000	413	—	1 587	1 983
e) Rücklage für außerordentliche Aufwendungen	—	215 257	215 257	—	103 057
3. Verwaltungskostenbeiträge	17 000	17 000	—	—	17 000
Summe der Ausgaben	3 421 680	3 901 203	695 367	215 844	3 447 353
Summe der Einnahmen	3 073 180	3 073 905	725	—	2 939 867
Zuschuß	348 500	827 298	478 798	—	507 486

Nach dem Schuldendienstplan für das Rechnungsjahr 1936 war nach dem Stand vom 1. April 1936 noch eine Restschuld der einzelnen Dienststellen und Ämter an die Stadthauptkasse aus verwendeten Anlehensmitteln in Höhe von 17 529 029 (1935: 17 479 247) RM vorhanden. Für Inanspruchnahme von Vermögensmitteln bestand noch eine Restverbindlichkeit von 162 000 (1935: 207 000) RM, für Entnahmen aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen eine Verpflichtung von 67 823 (1935: —) RM. Insgesamt hatten die städtischen Dienststellen und Ämter im Berichtsjahr eine Summe von 17 758 852 (1935: 17 686 247) RM zu verzinsen und zu tilgen. Der Zinssatz konnte infolge der Verbilligung der Schuldkapitalien auf 5,25 (1935: 5,5) v. H. herabgesetzt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus den Anlehensmittelaufnahmen der Stadthauptkasse war außerdem dem Wohnungsbau ein Betrag von 8 500 000 (1935: 8 600 000) RM zur Verfügung gestellt worden, für den die Verzinsung und erstmals auch ein Betrag für Tilgung zur Abführung gelangte.

Der Zinsenersatz für die verwendeten Anlehensmittel hat sich infolge der Herabsetzung des Zinssatzes gegenüber dem Vorjahr vermindert, dagegen sind die Einnahmen für die Schuldentilgung gestiegen. Das gleiche trifft auch für die Ersatzleistungen des Wohnungsbaues zu. Die übrigen Einnahmen zeigen keine beachtlichen Veränderungen.

Auf der Ausgabenseite ist ebenfalls eine Verminderung des Zinsenaufwandes bei gesteigerten Tilgungsleistungen zu verzeichnen. Die Abführungen der Wirtschaft an das Vermögen zwecks Schuldentilgung überstiegen den Ansatz des Haushaltsplans um 480 110 RM. Erstmals war im Haushaltsplan ein Betrag von 30 000 RM zur Bildung einer Tilgungsrücklage für die infolge Ablehnung des Umschuldungsangebots gestundeten Kapitalforderungen vorgesehen. Außerplanmäßig kam ein Betrag von 215 257 (1935: 103 057) RM an die Rücklage für außerordentliche Aufwendungen zur Abführung.

Die Kapitalverschuldung der Stadthauptkasse hat sich im Berichtsjahr von 51 816 490 (1935: 54 600 494) RM auf 44 970 639 (1935: 51 816 490) RM, d. s. um 6 845 851 (1935: 2 784 004) RM = 13,2 (1935: 5,1) v. H. vermindert. Der Rückgang in der Verschuldung ist begründet zu einem Teilbetrag von 3 360 460 RM = 6,5 v. H. in dem Nachlaß des Reichs an seiner Forderung aus der darlehensweisen Vorlage der zur Barauszahlung an die Schweizer Gläubiger von Valutaschulden im Jahre 1926 erforderlich gewesenen Summe, zu einem Teilbetrag von 1 294 919 RM = 2,5 v. H. in realisierten Abwertungsgewinnen aus den auf 30. September 1936 fällig gewordenen Valutaschulden, zu dem restlichen Teilbetrag von 2 190 472 RM = 4,2 (1935: 5,1) v. H. in der ordentlichen und außerordentlichen Schuldentilgung. Der Zinsenaufwand (einschließlich Wohnungsbau) betrug 1 973 059 RM = 4,4 (1935: 4,3) v. H. der Restschulden.

Ernste Sorge bereitete der Stadtverwaltung die Fälligkeit der Valutaschulden aus der Kriegszeit, die für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege, also einer Reichsaufgabe, aufgenommen worden waren. Nach einer Vereinbarung vom Jahre 1926 mußten diese Valutaschulden zu dem bei ihrer Aufnahme vereinbarten Kurs heimbezahlt werden. Da die Geldhingabe der Schweizer Gläubiger im Jahre 1917 in der bereits stark gesunkenen deutschen Mark geschah, bedeutete die Regelung von 1926 eine Aufwertung der angelegten Markbeträge auf nahezu 200 v. H. Im Jahre 1926 erhielten die Schweizer Gläubiger für ein Drittel ihrer Forderung Barauszahlung in Schweizer Franken, für die das Reich den erforderlichen Betrag den Städten darlehensweise vorlegte, während für die restlichen zwei Drittel auf Schweizer Franken lautende, zu 5 v. H. verzinsliche Schuldverschreibungen mit 10jähriger Laufzeit ausgegeben wurden. Am 30. September 1936 schuldete die Stadt noch aus der Schweizer Franken-Anleihe insgesamt 9 545 000 sfrs. und an das Reich aus der Vorlage von 1926 4 668 000 RM.

Von seiner Forderung erließ das Reich auf 30. September 1936 3 360 460 RM. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Reichsbank und den zuständigen Reichs- und Landesstellen wurde eine Vereinbarung in der Weise erzielt, daß die Restforderung des Reiches und der Inlandesbesitz an Schweizer Frankenschuldverschreibungen zur Umschuldung kam, während die Schweizer Gläubiger die Wahl hatten, für ihre fälligen Ansprüche deutsche Sperrmark anzunehmen oder diese auf acht Jahre bei 4 v. H. Zins in Schweizer Franken zu verlängern. Da der Schweizer Franken Ende September eine Abwertung um etwa 28 v. H. erfuhr, war es möglich, aus den umgeschuldeten Schweizer Franken Verbindlichkeiten und den Einlösungen gegen Sperrmark vor dem 25. Dezember 1936 (Inkrafttreten des Gesetzes über die Erfassung der Abwertungsgewinne) den oben angegebenen Betrag an Abwertungsgewinnen für die Stadt Karlsruhe zu erzielen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

4. Steuern.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 58).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen.					
1. Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer:					
a) Reichsüberweisung	2 420 000	2 554 986	134 986	—	2 496 754
b) Körperschaftsteuer der Versorgungsbetriebe	460 000	460 000	—	—	692 758
c) Kraftfahrzeugsteuer	20 000	6 605	—	13 395	—
2. Gebäudesondersteuer:					
a) Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zur Verfügung stehender Aufkommensanteil	1 153 890	1 063 941	—	89 949	1 155 033
b) Zugang aus früheren Jahren	1 000	2 032	1 032	—	3 479
3. Grunderwerbsteuer	300 000	372 540	72 540	—	300 104
4. Hundesteuer	54 120	71 193	17 073	—	55 095
5. Wandergewerbesteuer	4 000	7 234	3 234	—	5 567
B. Gemeindesteuern.					
1. Grund- und Gewerbesteuer:					
a) Nach der Gemeindesteuerliste	3 472 740	4 457 302	984 562	—	3 845 127
b) Zugänge	150 000	304 819	154 819	—	180 314
c) Durch Verausgabung	25 800	25 800	—	—	25 700
2. Zuwachssteuer	60 000	57 710	—	2 290	74 749
3. Biersteuer	650 000	666 605	16 605	—	666 807
4. Getränkesteuer	210 000	275 114	65 114	—	234 127
5. Vergnügungssteuer	150 000	179 622	29 622	—	158 142
6. Bürgersteuer	1 500 000	1 863 624	363 624	—	1 813 182
C. Sonstige Einnahmen.					
1. Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften	64 460	63 699	—	761	62 079
2. Verschiedenes	205 800	62 670	—	143 130	219 969
4. Durchlaufende Einnahmen:					
a) Aus der Gebäudesondersteuer	3 319 360	3 576 909	257 549	—	3 513 145
b) Aus der Hundesteuer	25 080	13 325	—	11 755	25 830
Summe der Einnahmen	14 246 250	16 085 730	2 100 760	261 280	15527961
Ausgaben.					
1. Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönlich	413 110	405 108	—	8 002	382 581
b) Sachlich	24 010	18 954	—	5 056	20 756
3. Verwaltungskostenbeiträge	19 200	19 200	—	—	19 200
4. Durchlaufende Ausgaben:					
a) Aus der Gebäudesondersteuer	3 319 360	3 576 909	257 549	—	3 513 145
b) Aus der Hundesteuer	25 080	13 325	—	11 755	25 830
Summe der Ausgaben	3 800 760	4 033 496	257 549	24 813	3961512
Summe der Einnahmen	14 246 250	16 085 730	2 100 760	261 280	15527961
Überschuß	10 445 490	12 052 234	1 606 744	—	11566449

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

A. Anteile an Reichs- und Landessteuern und Zuschläge zu solchen.

Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer.

Die Aufkommen an Reichssteuern haben durch die fortschreitende Wirtschaftsbelebung seit dem Jahre 1933 eine erfreuliche Entwicklung genommen. In erster Linie sind es die Einkommen-, die Körperschaft- und die Umsatzsteuer, deren Erträge als Folge der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung von Jahr zu Jahr stark erhöhte Beträge aufzuweisen haben. Die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Aufkommen der Reichseinkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer hat infolge der wiederholt eingetretenen Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes an den Verbesserungen des Steuereingangs nicht im gleichen Verhältnis teilgenommen. Steueraufkommen an den drei großen Überweisungssteuern, die Überweisungen an das Land Baden und die Stadt Karlsruhe haben in den letzten Jahren betragen:

Wirtschaftsjahr	Aufkommen an				Überweisungen an Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer an	
	Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Umsatzsteuer	Zusammen	Land Baden	Stadt Karlsruhe
1932	1 332 601 000	105 808 000	1 354 404 000	2 792 813 000	46 237 297	1 744 299
1933	1 297 802 000	209 982 000	1 516 227 000	3 024 011 000	49 848 478	1 885 037
1934	1 720 449 000	319 518 000	1 872 532 000	3 912 499 000	65 363 754	2 205 504
1935	2 497 447 000	592 720 000	2 019 988 000	5 110 155 000	67 190 070	2 496 754
1936	3 209 472 000	1 046 930 000	2 389 219 000	6 645 621 000	68 751 003	2 554 986
1936 mehr gegenüber:						
1932 in v. H. . . .	140,8	889,4	76,4	137,9	48,7	46,5
1935 in v. H. . . .	28,5	76,6	18,3	30,0	2,3	2,3

Die Darstellung zeigt mit besonderer Deutlichkeit die glänzende Entwicklung der drei größten Reichssteuern, deren Aufkommen seit 1932 um 137,9 v. H. und im Wirtschaftsjahr 1936 gegenüber dem Vorjahr um 30 v. H. angestiegen ist, während die Überweisungen an das Land Baden seit 1932 nur eine Verbesserung um 48,7 v. H., die an die Stadt Karlsruhe nur um 46,5 v. H. zu verzeichnen haben. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Wirtschaftsbelebung in erster Linie die Folge der staatlichen Wirtschaftspolitik und des Einsatzes hoher Reichsmittel ist, und somit auch dem Reich die hauptsächlichsten Mehreinnahmen aus seiner erfolgreichen Wirtschaftsführung zustehen, so möge die Gegenüberstellung jedoch beweisen, daß die günstige Gestaltung des Reichssteueraufkommens, trotz der Beteiligung der Gemeinden an diesem, nur zu einem Bruchteil den gemeindlichen Finanzen zugute gekommen ist, und Rückschlüsse aus jenem auf die Entwicklung der Gemeindeeinnahmen unzutreffend sind. Während der größte Teil der Erhöhung des Reichssteueraufkommens auf die Jahre 1935 und 1936 entfällt, zeigen diese beiden Jahre bei den Überweisungen an das Land Baden und die Stadt Karlsruhe keine nennenswerte Verbesserung mehr. An dem Anteil der Stadt Karlsruhe an den Reichssteuerüberweisungen ging noch ein Betrag von 60 000 (1935: 59 555) *RM* für das staatliche Gesundheitswesen und von 15 000 (1935: 35 000) *RM* für die Kosten der Landstraßenunterhaltung ab, so daß nur 2 479 986 (1935: 2 402 199) *RM* bar zur Auszahlung gelangten.

Die Anteile der Stadt an den Kosten der Landstraßenunterhaltung und des staatlichen Gesundheitsamts sind unter Einzelhaushaltsplan Nr. 10 und 27 verausgabt und hier vereinnahmt.

Die Körperschaftsteuer der städtischen Versorgungsbetriebe erbrachte im Berichtsjahr nur 460 000 (1935: 692 758) RM. An ihr waren beteiligt: Gaswerk mit 18 000 *RM*, Elektrizitätswerk mit 271 000 *RM*, Wasserwerk mit 157 000 *RM*, Rheinhafen mit 14 000 RM.

Der Anteil der Stadt an der Kraftfahrzeugsteuer erscheint erstmals hier in Einnahme (1935: unter Einzelhaushaltsplan Nr. 10). Die Beteiligung wird gewährt für die Unterhaltung der Ortsdurchfahrten der Reichsstraßen und der Landstraßen I. und II. Ordnung. Der im Haushaltsplan vorgesehene Betrag wurde nicht erreicht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gebäudesondersteuer.

Für die Zeit vom 1. April 1936 bis 31. März 1937 sind gesetzliche Änderungen hinsichtlich der Erhebung und der Höhe der Gebäudesondersteuer gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten. Nach dem Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues war die Gebäudesondersteuer auch im Wirtschaftsjahr 1936 nach den für 1934 geltenden Bestimmungen zu bezahlen, wobei ein Viertel der entrichteten Gebäudesondersteuer als Einzahlung auf eine Reichsanleihe zu betrachten war. Nur Gebäude mit einem Steuersoll von unter 200 *RM* waren von der Anleihepflicht befreit.

Der Gebäudesondersteuer unterlagen im Wirtschaftsjahr 1936 in hiesiger Stadt 6876 (1935: 6889) Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 377 597 800 (1935: 378 764 600) *RM* und einem Steuersoll einschließlich Reichsanleihe von 6 257 608,81 (1935: 6 267 563,30) *RM*. Nach Abzug der im Berichtsjahr gewährten Steuerermäßigungen und Erstattungen mit zusammen 1 223 404,23 (1935: 1 216 757,74) *RM* verblieb ein Steuersoll von 5 034 204,58 (1935: 5 050 805,56) *RM*. Von diesem Steuersoll ist die darin enthaltene Reichsanleihe mit 1 230 094,85 (1935: 1 233 376,47) *RM* abzusetzen, so daß sich ein reines Sollaufkommen von 3 804 109,73 (1935: 3 817 429,09) *RM* ergab. Hiervon entfielen 5 v. H. auf den der Stadt zukommenden Fürsorgeanteil für die Bewilligung von Mietunterstützungen mit 190 205,48 (1935: 190 871,45) *RM*. Von dem Restbetrag mit 3 613 904,25 (1935: 3 626 557,64) *RM* erhielt das Land 1 698 535 (1935: 1 704 482,09) *RM* und die Stadt 1 915 369,25 (1935: 1 922 075,55) *RM*. Von dem Anteil der Stadt waren 383 073,85 (1935: 384 415,11) *RM* zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens an das Land abzuführen. Nach Abzug weiterer 393 354,78 (1935: 339 970,95) *RM* für Nachlässe früherer Jahre und 75 000 (1935: 50 000) *RM* für sich noch ergebende Steuerausfälle verblieben für den allgemeinen Finanzbedarf der Stadt 1 063 940,62 (1935: einschl. 7 343,65 *RM* Rückstände für Knielingen 1 155 033,14) *RM*. Von diesem Betrag gingen 668 860,22 (1935: 703 251,34) *RM* ein, während sich am Ende des Berichtsjahres noch 395 080,40 (1935: 451 781,80) *RM* im Rückstande befanden.

Auf Grund der Vorschriften des Gebäudesondersteuergesetzes mußten im Wirtschaftsjahr 1936 für das laufende Rechnungsjahr in 2602 (1935: 2704) Fällen Ermäßigungen an Gebäudesondersteuer im Betrage von 1 149 156,95 (1935: 1 136 999,05) *RM* und in 525 (1935: 689) Fällen Steuernachlässe aus Billigkeitsgründen im Betrag von 74 247,28 (1935: 79 758,69) *RM* gewährt werden.

Nachveranlagt für frühere Jahre wurde im Berichtsjahr ein Steuerbetrag von 2 031,60 (1935: 3 479,16) *RM*, der in voller Höhe einging.

Als durchlaufende Einnahmen und Ausgaben aus der Gebäudesondersteuer werden in der laufenden Rechnung der Landesanteil mit 1 698 535,00 (1935: 1 704 482,09) *RM*, der Fürsorgeanteil mit 190 205,48 (1935: 190 871,45) *RM*, der Anteil des Wohnungsbaues mit 383 073,85 (1935: 384 415,11) *RM*, die Einzahlungen auf die Reichsanleihe mit 1 230 094,85 (1935: 1 233 376,47) *RM* und 75 000 *RM* für die noch zu erwartenden Abgänge und Rückerstattungen, insgesamt 3 576 909,18 (1935: 3 513 145,12) *RM* nachgewiesen.

Der Rückgang in dem Aufkommen der Gebäudesondersteuer für den allgemeinen Finanzbedarf ist auf 89 Fälle von Steuerwertsermäßigungen wegen Abbruchs von Gebäuden oder für durch Um- oder Einbauten neugeschaffene Gebäudeteile sowie Steuerwertsminderungen seitens des Finanzamts zurückzuführen.

Beschwerden an den Landeskommissär gegen die Veranlagung und Erhebung der Gebäudesondersteuer waren im Berichtsjahr in 45 Fällen (1935: 23 Fällen) zu bearbeiten. In einem Fall (1935: 1 Fall) wurde vom Steuerpflichtigen Klage beim Bezirksamt wegen der Pflicht zur Entrichtung der Gebäudesondersteuer erhoben.

Grunderwerbsteuer.

Der im Berichtsjahr erneut gesteigerte Grundstücksverkehr führte wiederum zu einer Erhöhung des Steueraufkommens. Die Verwaltung der Grunderwerbsteuer besorgte wie bisher das Finanzamt.

Hundesteuer.

Im Laufe des Berichtsjahres ist die Hundesteuer, rückwirkend vom 1. April 1936 ab, eine Gemeindeabgabe geworden. Die Vorschriften des badischen Hundesteuergesetzes sind — soweit sie

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hiermit nicht im Widerspruch stehen — in Kraft geblieben (§ 26 des Steuerverteilungsgesetzes in der Fassung des § 5b des badischen Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1936, GVBl. S. 101). Als Ausgleich erhält das Land aus der nach § 21 des Steuerverteilungsgesetzes zu bildenden Gemeindemasse einen gleichbleibenden Betrag von jährlich 420000 RM. Die Umwandlung der Hundesteuer in eine Gemeindesteuer hat daher zu einer Kürzung der Steuerüberweisungen aus der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer geführt. Der Ausfall betrug aber für die Stadt Karlsruhe mehr als der Zugang am bisherigen Landesanteil der Hundesteuer. Die Höhe der Hundesteuer und des Gemeindezuschlags blieb aufrecht erhalten.

Im Wirtschaftsjahr 1936 erfaßte das Städtische Steueramt, dem die Verwaltung der Hundesteuer übertragen ist, 2176 (1935: 2386) Hunde, darunter als Neuanmeldungen 402 (1935: 448) Hunde. Steuerfrei blieben 173 Hunde. Steuerermäßigung wurde aus Rechtsgründen in 129 Fällen (für Wachhunde) und aus Billigkeitsgründen in 113 Fällen bewilligt. Ferner kamen in 50 Fällen wegen ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse nach Abschaffung des Hundes teilweise Steuernachlässe oder Steuererstattungen in Frage. Wegen Steuerzuwiderhandlungen wurden 61 (1935: 150) Steuerpflichtige nachträglich veranlagt. In 30 Fällen wurde die Einziehung des Hundes angeordnet, die aber nur in 4 Fällen durchgeführt werden mußte, weil die Mehrzahl der in Frage kommenden Hundebesitzer hierauf Zahlung leistete und die übrigen die Hundehaltung aufgaben.

Das Aufkommen an Hundesteuer betrug 71193,49 (1935: 80925) RM. Im Haushaltsplan waren für 2200 voll steuerpflichtige Hunde 79200 RM Aufkommen an Hundesteuer vorgesehen. Dieser Satz wurde nicht erreicht, weil die Zahl der steuerlich begünstigten Hunde und teilweise auch der nachzulassende Steuerbetrag gestiegen sind.

Wandergewerbesteuer.

Die staatliche Wandergewerbesteuer, an deren Aufkommen die Stadt mit 60 v. H. beteiligt ist, hat im Berichtsjahr ebenfalls eine günstige Entwicklung genommen.

B. Gemeindesteuern.

Grund- und Gewerbesteuer.

Die endgültige Veranlagung zur gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer für 1936 hatte folgendes Ergebnis:

Arten der Steuerwerte	Steuerwert 1936	Steuerwert 1935	Steuergrundbetrag je 100 RM Steuerwert Rpf	Hundertteile des Grundbetrags	Steuersatz je 100 RM Steuerwert Rpf	Steuerertrag Haushaltsplan RM	Steuerertrag Rechnung RM
Grundsteuer:							
Bebaute Grundstücke . . .	374530500	332871800	47	150	70	2326800	2621714
Unbebaute Grundstücke . .	15431500	15451300	60	150	90	126000	138883
Wald	877900	888500	40	150	60	4980	5267
Gewerbesteuer:							
Betriebsvermögen	156079200	132567500	22,5	150	34	433840	530669
Gewerbeertrag							
a) bis zu 10000 RM . . .	5577800	5198000	300	150	450	180000	251001
b) über 10000 RM	23941700	18158400	330	150	495	668250	1185114
Filialsteuer:							
aus Betriebsvermögen . . .	9987300	9698400	22,5	60	14	11200	13982
aus Gewerbeertrag							
a) bis zu 10000 RM . . .	156000	157300	300	60	180	1800	2808
b) über 10000 RM	849800	1208200	330	60	198	10690	16826
Warenhaussteuer:							
aus Betriebsvermögen . . .	756600	867300	22,5	150	34	9180	2573
aus Gewerbeertrag							
über 10000 RM	232800	49400	330	150	495	—	11524
						3772740	4780361

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei der Grund- und Gewerbesteuer ist zunächst die Zunahme der Steuerwerte der bebauten Grundstücke in die Augen springend. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um die am 1. April 1936 in die Steuerpflicht eingetretenen Grundstücke des älteren Neuhausbesitzes. Auf die gleiche Ursache ist die Steigerung des Aufkommens an der Grundsteuer aus bebauten Grundstücken zurückzuführen. An den Steuerwerten der unbebauten Grundstücke und des Waldes sind Ermäßigungen eingetreten. Erfreulich war insbesondere die Entwicklung des Betriebsvermögens und der Gewerbeerträge. Das Betriebsvermögen nahm um 17,7 (1935: 6,7) v. H. zu, die Gewerbeerträge steigerten sich um 26,4 (1935: 41,4) v. H. Unbedeutender dagegen sind die Veränderungen bei der Filial- und Warenhaussteuer. Insgesamt steigerte sich das Grund- und Gewerbesteuer-Soll gegenüber dem Vorjahre um 676660 (1935: 445900) *RM* = 16,5 (1935: 12,2) v. H. Auf die Gewerbesteuer allein (ohne Filial- und Warenhaussteuer) entfiel eine Verbesserung von 383303 (1935: 355038) *RM* = 24,2 (1935: 28,9) v. H. Gegenüber dem Haushaltsplan hat sich das Grund- und Gewerbesteuer-Soll um 1007621 (1935: 380511) *RM* erhöht.

Steuergrundbetrag, Hundertteile des Steuergrundbetrags und Steuersatz blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der endgültigen Veranlagung für 1936 unterlagen 12773 (1935: 11667) Steuerpflichtige mit einem Steuer-Soll von 4780361,13 (1935: 4103701) *RM*. Hiervon waren 323058,64 (1935: 293662) *RM* für Abgänge aller Art in Abzug zu bringen, so daß ein restliches Soll von 4457302,49 (1935: 3810039 + 35088 *RM* Rückstände für Knielingen = 3845127) *RM* in der Rechnung erscheint. Von diesem Betrag gingen 3517273,06 (1935: 3001228) *RM* durch Zahlung ein, 940029,43 (1935: 843899) *RM* verblieben im Rückstand.

Nachträglich stellte das Finanzamt Zugänge in Höhe von 393709,77 (1935: 205676) *RM* fest, die sich durch Abgänge auf ein Soll von 304819,44 (1935: 180314) *RM* verminderten. Bar bezahlt wurden hierauf 260787,58 (1935: 160570) *RM*, im Rückstand befanden sich 44031,86 (1935: 19744) *RM*.

Für stadteigene, privatwirtschaftlich verwendete Gebäude wurde wie in den Vorjahren die entsprechende Gemeindesteuer in Haushaltsplan und Rechnung durchgeführt.

Zuwachssteuer.

Trotz des weiterhin gestiegenen Grundstücksumsatzes hat sich die Zuwachssteuer rückläufig entwickelt. Weder das Ergebnis des Vorjahres, noch der Ansatz im Haushaltsplan wurde erreicht. Der Grund für diese Erscheinung dürfte darin zu suchen sein, daß die hohen Grundstücksgewinne bei der Veräußerung von Grundstücken, die in der Inflationszeit erworben worden sind, immer seltener werden. Die Verwaltung der Zuwachssteuer oblag wie bisher dem Finanzamt.

Biersteuer.

Die Steuersätze der Biersteuer sind im Berichtsjahr unverändert geblieben (6 *RM* je hl Vollbier, 9 *RM* je hl Starkbier).

Der Ertrag der Biersteuer zeigt gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung. Trotz der allgemeinen Wirtschaftsbelebung ist der Bierverbrauch in hiesiger Stadt gleichgeblieben. Der Ansatz im Haushaltsplan wurde zwar um 16605 *RM* übertroffen.

Zur Veranlagung gelangten 83 Steuerpflichtige in 391 Fällen mit einer Menge von 111305 (1935: 111605) hl Bier. Wegen Steuerzuwiderhandlung (unterlassener Anmeldung) wurden 55 Steuerpflichtige, die gelegentlich Bier in kleinen Mengen von auswärts bezogen hatten, nachträglich straffrei veranlagt.

Getränkesteuer.

Die gesetzliche Grundlage für Erhebung der Getränkesteuer und der Steuersatz (10 v. H. des Kleinhandelspreises) haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Der Steuerertrag ist auf 275114 *RM*, somit gegenüber dem Vorjahr um weitere 40987 *RM* gestiegen, was nur zu einem Teil durch erhöhten Verbrauch, im übrigen aber durch verbesserte Kontrollmaßnahmen erreicht wurde. Gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan ist der Steuerertrag um 65114 *RM* höher.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Veranlagt wurden 543 (1935: 541) Steuerpflichtige in 6254 (1935: 5714) Fällen. In 207 (1935: 208) Betrieben fanden Buchprüfungen statt. 79 (1935: 94) Steuerpflichtige sind wegen Steuerzuwiderhandlung mit zusammen 22884,90 (1935: 27417,42) RM (ohne Straffestsetzung) nachveranlagt worden.

Vergnügungssteuer.

Die Steuersätze sind nach reichsgesetzlich mehrfach durchgeführten Senkungen seit 1933 unverändert geblieben. Seitdem ist ein stetes Wiederansteigen des Steuerertrags, der im Jahre 1933 auf 133773 (gegen 316510 RM im Jahre 1928) zurückgegangen war, zu beobachten. Im Berichtsjahre ergab sich eine Steigerung im Aufkommen gegenüber dem Vorjahr um 21480 (1935: 18534) RM. Der Ansatz im Haushaltsplan wurde um 29621 (1935: 22842) RM überschritten. Dieses Ergebnis ist die Folge eines besseren Besuchs der steuerpflichtigen Veranstaltungen, insbesondere der Filmvorführungen.

Veranlagt wurden 4580 (1935: 4790) Steuerpflichtige für 15260 (1935: 13356) Veranstaltungen mit sehr unterschiedlichen Steuersätzen je nach der Vergnügungsart. In rund 400 Fällen wurden Kontrollen durchgeführt. Steuerzuwiderhandlungen wegen unterlassener Anmeldung waren in 38 (1935: 79) Fällen festzustellen. Die Steuerpflichtigen sind, teilweise unter Zuschlagserhebung, nachveranlagt worden.

Bürgersteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1936 wurde das 2., 3. und 4. Viertel der Bürgersteuer 1936 und das 1. Viertel der Bürgersteuer 1937 erhoben. Die Bürgersteuer für beide Jahre kam mit 600 v. H. der Reichssätze zur Anforderung. An den Zahlungsterminen trat keine Verschiebung ein. Das Bürgersteuergesetz vom 16. Oktober 1934 erfuhr durch das Gesetz zur Änderung des Bürgersteuergesetzes vom 27. Oktober 1936 erneut einige Änderungen, die erstmals für die Bürgersteuer 1937 in Kraft traten. Die Neuerungen betrafen u. a. die Berechnung der Bürgersteuer nach dem Vermögen, die Heranziehung der Land- und Forstwirte, die Herabsetzung der Bürgersteuer bei außerordentlichen Einkünften, die Fortführung der Tarifstaffel.

An Bürgersteuer wurden von Arbeitgebern einbehalten und abgeführt: für 1. April bis 31. Dezember 1936 1018405,32 (1935: 959189) RM, für 1. Januar bis 31. März 1937 351904,39 (285946) RM. Die Bürgersteuer der städtischen Bediensteten betrug für die restlichen drei Vierteljahre 1936 74064,72 (1935: 73086) RM, für das erste Vierteljahr 1937 31386,42 (1935: 29272) RM. Die Bürgersteuer der Veranlagten ergab für 1. April bis 31. Dezember 1936 343726,50 (1935: 346065) RM, für 1. Januar bis 31. März 1937 120753 (1936: 126175) RM. Abgängig verrechnet wurden im Rechnungsjahr 1936 78756,94 (1935: 129569) RM. Nachträglich beigebracht konnten 2140,52 (1935: 6094) RM werden. Das Soll der Bürgersteuer für das Wirtschaftsjahr 1936 betrug 1863623,93 (1935: 1696258 + 116924 RM Entschädigung des Reichs = 1813182) RM.

Trotz des Wegfalls der Entschädigung des Reichs für die Senkung der Bürgersteuer wurde das Vorjahrsergebnis um 50442 RM übertroffen. Die Besserung der Beschäftigungsverhältnisse, die größere Zahl von Arbeitnehmern und erhöhte Einkommen haben zu einer Steigerung des Aufkommens geführt.

C. Sonstige Einnahmen.

Die Leistungen von anderen öffentlichen Körperschaften betreffen die Erhebungskostenvergütung des Badischen Staates für den Staatsanteil an der Gebäudesondersteuer, die verschiedenen Einnahmen mit 58674 (1935: 54270) RM einen Pauschalbetrag zur Abgeltung der Verwaltungskostenzuschüsse von Reichsbahn und Reichspost und mit 3996,12 (1935: 5913) RM nachträglich beigebrachte Steuerbeträge und zu Unrecht angesetzte Abgänge.

In der Organisation der städtischen Steuerverwaltung trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Die Leitung lag wie bisher bei der Abteilung Ib der Hauptverwaltung, in die Veranlagung, Erhebung und Betreibung teilten sich das Rechnungsamt — Abteilung Gebäudesondersteuer —, das Steueramt und die Stadthauptkasse.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Einzug der Grund- und Gewerbesteuer und der Gebäudesondersteuer erforderte 145930 (1935: 136267) Buchungen im Gesamtbetrag von 10438170 (1935: 9212712) RM und die Bearbeitung von 15322 (1935: 15028) eingehender Poststücke.

In eigener Zuständigkeit erteilte die Stadthauptkasse 514 (1935: 495) Stundungen, durch den Oberbürgermeister wurden 652 (1935: 740) Stundungen ausgesprochen. Vollstreckungsanordnungen in Fahrnisse ergingen 4013 (1935: 4027); zur Pfändung kam es hierbei in 132 (1935: 167) Fällen. Fruchtlos verliefen 301 (1935: 294) Pfändungsversuche. Forderungspfändungen wurden in 1 (1935: 12) Fällen erwirkt, Forderungsabtretungen in 5 (1935: 18) Fällen erreicht. In 8 (1935: 8) Fällen erwies sich die Einleitung der Zwangsverwaltung, in 4 Fällen der Beitritt zu dieser und in 4 (1935: 8) Fällen die Einleitung der Grundstückszwangsversteigerung für notwendig.

Die Bürgersteuer verursachte bei ihrem Einzug 61046 (1935: 61000) Buchungen und die Bearbeitung von 15630 (1935: 17140) Poststücken. Vollstreckungsanordnungen wegen Bürgersteuerrückständen und säumiger Abführung einbehaltener Bürgersteuer erließ die Stadthauptkasse 15000 (1935: 9115).

Einzug und Betreibung der Hunde-, Zuwachs-, Bier-, Getränke- und Vergnügungssteuer erforderten seitens des Steueramts 3837 (1935: 3324) Erinnerungen, ferner 242 (1935: 247) Vollstreckungsanordnungen und 31 (1935: 70) Pfändungen, wovon 21 (1935: 23) fruchtlos verliefen. 2878 (1935: 2168) Schuldbeträge wurden, größtenteils gebührenpflichtig, eingezogen. Insgesamt waren 5613 Posteingänge zu erledigen, darunter 1870 Gesuche um Bewilligung von Ratenzahlungen, die genehmigt worden sind, und 557 Gesuche um Ermäßigung bzw. Nachlaß von Steuern, denen, soweit kein Rechtsanspruch bestand, nur in besonders gelagerten Fällen entsprochen werden konnte.

Die insgesamt der Stadt zugeflossenen Steuern mit 16085730 (1935: 15527961) RM verursachten 424308 (1935: 401781) RM Erhebungskosten persönlicher und 18954 (1935: 20756) RM sachlicher Art, zusammen 443262 (1935: 422537) RM = 2,75 (1935: 2,72) v. H. Die Erhebungskosten betrugen bei der Grund- und Gewerbesteuer 1,90 (1935: 2,19) v. H., bei der Gebäudesondersteuer 2,19 (1935: 2,91) v. H., bei der Bürgersteuer 8,47 (1935: 8,73) v. H. und bei den vom Steueramt verwalteten Steuern (Hundesteuer, Zuwachssteuer, Biersteuer, Getränkesteuer, Vergnügungssteuer 3,79 (1935: 3,97) v. H.

5. Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 59).

Einnahmen.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Straßenbenützungsabgabe	1025800	1025800	—	—	1025800
2. Einmalige Einnahmen:					
b) Fondskasse: Teilweise Rücklieferung der Zuführungen der Betriebe zum Erneuerungsfonds	1038370	—	—	1038370	—
c) Ersparnisse aus Gehalts- und Lohnkürzungen	477620	477620	—	—	474060
d) Anteil des Landes an den 1932 entstandenen Gebäudesondersteuer-Abgängen für frühere Jahre	—	—	—	—	167230
3. Wirtschaftsfehlbetrag des Jahres 1933	—	—	—	—	200000
Summe der Einnahmen . .	2541790	1503420	—	1038370	1867090

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
2. Einmalige Ausgaben:					
a) Wirtschaftsfehlbetrag der Vorjahre	—	—	—	—	200 000
b) Erhöhung des Betriebsstocks	—	196 621	196 621	--	152 456
c) Rücklagen	—	1 814 755	1 814 755	—	—
Summe der Ausgaben	—	2 011 376	2 011 376	—	352 456
Summe der Einnahmen	2 541 790	1 503 420	—	1 038 370	1 867 090
Überschuß	2 541 790	—	—	—	1 514 634
Zuschuß	—	507 956	3 049 746	—	—

Die Straßenbenutzungsabgabe gelangte im Berichtsjahr in unveränderter Höhe mit 261 800 RM vom Wasserwerk, 100 000 RM vom Gaswerk und 664 000 RM vom Elektrizitätswerk zur Erhebung. Auf die teilweise Rücklieferung der Zuführungen der Betriebe zu den Erneuerungsfonds, die im Haushaltsplan mit 1 038 370 RM vorgesehen war, konnte infolge Besserung der Haushaltslage verzichtet werden.

Unter den Ausgaben zeigte sich die außerplanmäßige Erhöhung des Betriebsstocks für erforderlich. In dem weiterhin außerplanmäßig zur Rücklagenbildung verausgabten Betrag von 1 814 755 RM ist der frühere Betriebsstock mit 1 147 544 RM und der Wirtschaftsüberschuß für 1935 mit 116 620,54 RM enthalten. Beide Beträge wurden der nach der Rücklagenverordnung zu bildenden Betriebsmittelrücklage zugeführt. Die Durchführung in der Rechnung erwies sich als notwendig, da die Betriebsmittelrücklage im Gegensatz zum bisherigen Betriebsstock rechnungsmäßig nachzuweisen ist. Da es sich hierbei jedoch nicht um Ausgaben des laufenden Jahres handelt, sind beide Beträge bei der Berechnung des Wirtschaftsergebnisses an den Ausgaben abzusetzen.

6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben.

(Einzelhaushaltsplan Nr. 60).

Ausgaben.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Für unvorhergesehene Ausgaben	30 000	—	—	30 000	—

Für unvorhergesehene Ausgaben ist nur an dieser Stelle des Haushaltsplans ein Betrag vorgesehen, auf die jedoch keine Verrechnung stattfindet. Soweit unvorhergesehene Ausgaben auftreten, werden sie auf das sachlich zuständige Konto verbucht, während hier der entsprechende Betrag gesperrt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Verrechnungshaushalte.

1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Beiträge der städt. Unternehmungen und Abteilungen	1 604 510	1 603 420	—	1 090	1 540 803
2. Sonstige Einnahmen	10 990	13 673	2 683	—	11 703
Summe der Einnahmen	1 615 500	1 617 093	2 683	1 090	1 552 506
Ausgaben.					
1. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der Beamten	1 262 000	1 267 335	5 335	—	1 211 523
2. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung (Ergänzungsrenten) der Angestellten	15 400	13 704	—	1 696	14 001
3. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter	338 100	336 054	—	2 046	326 982
Summe der Ausgaben	1 615 500	1 617 093	5 335	3 742	1 552 506

Die textlichen Ausführungen siehe S. 25/26.

2. Gartenamt.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Ersatz des Geschäftsaufwandes (persönlicher und sachlicher Aufwand) durch die Betriebsabteilungen des Gartenamts sowie durch beteiligte andere Ämter	60 620	56 417	—	4 203	58 677
2. Mietzinse	1 860	1 865	5	—	2 158
3. Sonstige Einnahmen	50	22	—	28	8
Summe der Einnahmen	62 530	58 304	5	4 231	60 843
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	47 140	44 545	—	2 595	46 900
2. Sachliche Ausgaben	11 180	9 549	—	1 631	9 733
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	3 960	3 960	—	—	3 960
4. Verwaltungskostenbeiträge	250	250	—	—	250
Summe der Ausgaben	62 530	58 304	—	4 226	60 843

Der Aufwand für das Gartenamt zeigt gegenüber dem Vorjahr eine geringe Ermäßigung. Er wurde wie bisher auf die beteiligten Dienststellen umgelegt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Stadtgärtnerei.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Einnahmen aus dem Betriebe	1 300	1 990	690	—	1 331
2. Ersatz durch die Betriebsabteilungen des Gartenamts und andere Ämter	58 660	56 718	—	1 942	56 420
3. Mietzinse	900	902	2	—	902
4. Sonstige Einnahmen	200	155	—	45	147
Summe der Einnahmen	61 060	59 765	692	1 987	58 800
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	49 140	48 162	—	978	47 641
2. Sachliche Ausgaben	7 560	7 243	—	317	6 799
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	4 200	4 200	—	—	4 200
4. Verwaltungskostenbeiträge	160	160	—	—	160
Summe der Ausgaben	61 060	59 765	—	1 295	58 800

Die Stadtgärtnerei diente wie bisher der Anzucht aller im Bereiche der Stadtverwaltung benötigten Blumen und sonstigen Pflanzen. Im Aufwand ist eine geringe Erhöhung eingetreten.

4. Allgemeine Bürobedarfsstelle.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Erlös aus der Abgabe von Bürobedarf aller Art	40 720	36 821	—	3 899	37 035
2. Lagerbestände an künftige Rechnung	—	3 081	3 081	—	2 058
Summe der Einnahmen	40 720	39 902	3 081	3 899	39 093
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	5 720	5 746	26	—	5 596
2. Sachliche Ausgaben	35 000	34 141	—	859	33 245
3. Abführung des Überschusses an die Hauptverwaltung	—	15	15	—	252
Summe der Ausgaben	40 720	39 902	41	859	39 093

Der Aufwand der allgemeinen Bürobedarfsstelle und damit der Verbrauch der städtischen Dienststellen an Schreib- und Zeichenmaterialien hielt sich in annähernd der gleichen Höhe wie im Vorjahr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter.

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
Ersatz des persönlichen und sachlichen Aufwands durch die Abteilungen des Hochbauamts sowie durch beteiligte andere Ämter	96 630	98 910	2 280	—	98 011
Ausgaben.					
A. Hausarbeiter.					
1. Persönliche Ausgaben	63 580	65 857	2 277	—	66 182
2. Sachliche Ausgaben	760	759	—	1	1 022
Summe A . .	64 340	66 616	2 277	1	67 204
B. Heizungsarbeiter.					
1. Persönliche Ausgaben	31 780	31 828	48	—	30 748
2. Sachliche Ausgaben	510	466	—	44	59
Summe B . .	32 290	32 294	48	44	30 807
Summe A . .	64 340	66 616	2 277	1	67 204
Summe der Ausgaben . .	96 630	98 910	2 280	—	98 011

Die Kosten der Haus- und Heizungsarbeiter erfuhren gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Verschiebung.

6. Materialverrechnung des Tiefbauamts.

	1936 Haushaltsplan RM.	1936 Rechnungssoll RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM.	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM.	1935 Rechnungssoll RM.
Einnahmen.					
A. Straßen- und Kanalbaustoffe.					
1. Erlös aus Baustoffen	292 710	371 210	78 500	—	341 429
2. Sonstige Einnahmen	500	1 737	1 237	—	1 739
Betrag A . .	293 210	372 947	79 737	—	343 168
B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergl.					
1. Erlös aus dem Verkauf	55 520	68 542	13 022	—	66 528
2. Leihgebühren	16 000	21 737	5 737	—	21 550
3. Instandsetzungsarbeiten für Dritte . . .	2 000	1 900	—	100	3 677
4. Sonstige Einnahmen	500	38 481	37 981	—	28 412
Betrag B . .	74 020	130 660	56 740	100	120 167
Betrag A . .	293 210	372 947	79 737	—	343 168
Summe der Einnahmen . .	367 230	503 607	136 377	—	463 335
Ausgaben.					
A. Straßen- und Kanalbaustoffe.					
1. Persönliche Ausgaben	23 580	21 167	—	2 413	19 120
2. Sachliche Ausgaben	251 180	331 536	80 356	—	276 071
3. Verwaltungskostenbeiträge	18 450	16 743	—	1 707	14 800
Betrag A . .	293 210	369 446	80 356	4 120	309 991

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergl.	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
1. Persönliche Ausgaben	14 970	14 928	—	42	14 325
2. Sachliche Ausgaben	55 770	66 206	10 436	—	69 741
3. Verwaltungskostenbeiträge	3 280	2 974	—	306	2 660
4. Ablieferung von Mehreinnahmen aus Geräten u. a. an die nächste Rechnung	—	50 053	50 053	—	66 618
Betrag B	74 020	134 161	60 489	348	153 344
Betrag A	293 210	369 446	80 356	4 120	309 991
Summe der Ausgaben	367 230	503 607	136 377	—	463 335

A. Straßen- und Kanalbaustoffe.

Durch die Baustoffverwaltung des Tiefbauamts wurden im Berichtsjahr 52 (1935: 45) Stellen mit Baumaterialien im Werte von 371 210 (1935: 341 428) RM beliefert. Der Einkauf von Baustoffen kostete einschl. Frachten 276 703 (1935: 219 996) RM. Der Baustoffvorrat hatte am Ende des Wirtschaftsjahres einen Wert von 116 187 (1935: 100 668) RM. Aus der Baustoffverwaltung ergab sich ein Überschuß von 3 501 (1935: 33 177) RM.

B. Werkzeuge, Arbeitsgeräte, Reinigungsmaterialien und dergleichen.

Die Geräteverwaltung belieferte im Berichtsjahr 96 (1935: 99) Dienststellen mit Gegenständen im Werte von 68 542 (1935: 66 528) RM. Der Vorrat der Geräteverwaltung bezifferte sich am Ende des Berichtsjahres auf 80 247 (1935: 76 219) RM. Die Anschaffungen beliefen sich auf 60 052 RM. Die Geräteverwaltung schloß mit einem Überschuß von 8 185 (1935: 5 191) RM ab, der zusammen mit dem Überschuß der Baustoffverwaltung und des Vorjahres auf die nächste Rechnung übertragen wurde.

6a. Bauhöfe des Tiefbauamts.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Anteil der Betriebsabteilungen des Tiefbauamts am Aufwand der Bauhöfe	69 140	60 157	—	8 983	51 902
2. Mietzinse	4 400	2 970	—	1 430	4 400
3. Mehreinnahmen aus voriger Rechnung	—	—	—	—	14 881
Summe der Einnahmen	73 540	63 127	—	10 413	71 183
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	22 390	18 070	—	4 320	21 712
2. Sachliche Ausgaben	30 230	16 365	—	13 865	28 631
3. Nutzungswert der Grundstücke und Gebäude	13 320	13 320	—	—	13 240
4. Rücklage für die Erneuerung der Lagerplatzeinrichtungen und Straßenbaumaschinen	7 600	7 600	—	—	7 600
5. Einmalige Ausgaben	—	7 772	7 772	—	—
Summe der Ausgaben	73 540	63 127	7 772	18 185	71 183

Der Aufwand für die Bauhöfe ließ sich im Berichtsjahr ermäßigen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

7. Haustelefon- und Signaleinrichtung.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Kostenanteil der Betriebe, Ämter und Schulen	14710	13999	—	711	14596
2. Ersatz für Neueinrichtungen und Veränderungen in städtischen Gebäuden sowie für das Laden von Akkumulatoren von Privaten . .	1000	959	—	41	321
3. Ersatz von Beamtengehalten und Arbeiterlöhnen	22230	21462	—	768	21608
Summe der Einnahmen . .	37940	36420	—	1520	36525
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	35340	34122	—	1218	34296
2. Sachliche Ausgaben	2600	2298	—	302	2229
Summe der Ausgaben . .	37940	36420	—	1520	36525

Veränderungen in den Kosten der Haustelefon- und Signaleinrichtung sind im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

8. Fernsprechaufwand aller städtischen Dienststellen.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Kostenanteile der angeschlossenen Dienststellen	138740	138260	—	480	83007
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	49540	42376	—	7164	21111
2. Sachliche Ausgaben	89200	95884	6684	—	61896
Summe der Ausgaben . .	138740	138260	6684	7164	83007

Die Erhöhung des Fernsprechaufwands der städtischen Dienststellen ist in der Automatisierung der städtischen Fernsprechzentralen und der damit verbundenen zentralen Verrechnung sämtlicher Fernsprechkosten begründet. Zur Bedienung der Zentralen werden 11 Beamte und 1 Aushilfsangestellter benötigt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9. Installationsbetrieb des Gaswerks.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Ersatzleistungen für ausgeführte Arbeiten und abgegebene Materialien	339 000	484 154	145 154	—	455 814
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	105 520	131 397	25 877	—	119 212
2. Sachliche Ausgaben	232 480	333 894	101 414	—	296 407
3. Ablieferung des Überschusses an das Gaswerk	1 000	18 863	17 863	—	40 195
Summe der Ausgaben . .	339 000	484 154	145 154	—	455 814

Die Mehrabgabe von Material aus dem Installationsbetrieb des Gaswerks ist auf die erhöhte Bautätigkeit zurückzuführen. Der Überschuß ist jedoch erneut zurückgegangen.

10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Ersatzleistungen für ausgeführte Arbeiten und abgegebene Materialien	155 000	216 687	61 687	—	242 702
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	30 000	36 497	6 497	—	32 087
2. Sachliche Ausgaben	124 000	149 985	25 985	—	198 305
3. Ablieferung des Überschusses an das Elektrizitätswerk	1 000	30 205	29 205	—	12 310
Summe der Ausgaben . .	155 000	216 687	61 687	—	242 702

Beim Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks ist die Inanspruchnahme zurückgegangen; der erwirtschaftete Überschuß hat sich trotzdem gesteigert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

11. Materialverrechnung des Bahnamts.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
Erlös aus der Abgabe von Materialien	189 000	191 961	2 961	—	159 428
Ausgaben.					
1. Persönliche Ausgaben	5 830	5 611	—	219	5 880
2. Sachliche Ausgaben	183 170	186 350	3 180	—	153 548
Summe der Ausgaben . .	189 000	191 961	3 180	219	159 428

Infolge lebhafter Gleisverlegungsarbeiten hat sich die Materialabgabe des Bahnamts für innerbetriebliche Zwecke erhöht.

12. Dienstkleiderbeschaffung.

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Kostenanteile der städtischen Dienststellen, Beamten und Bediensteten	65 000	52 703	—	12 297	43 254
2. Lagerbestand an künftige Rechnung . . .	—	3 201	3 201	—	2 816
Summe der Einnahmen . .	65 000	55 904	3 201	12 297	46 070
Ausgaben.					
Sachliche Kosten	65 000	55 904	—	9 096	46 070

Die Dienstkleiderbeschaffung schließt ebenfalls mit gesteigerten Ziffern gegenüber dem Vorjahr ab; trotzdem blieb die Inanspruchnahme unter dem Ansatz des Haushaltsplans.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

C. Rechnungsabschluß der Stadthauptkasse.

1. Rückstandsrechnung.

(Rechnungsabteilung I).

	Einnahmen 1936		Ausgaben 1936	
	Soll RM	Rest RM	Soll RM	Rest RM
A. Einzelhaushaltspläne.				
I. Allgemeine Verwaltung	1 372	689	714	—
II. Polizeiwesen	2 622	7	27	—
III. Bauwesen	30 618	13 473	327 327	—
IV. Schulwesen	31 047	1 776	20 063	—
V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen	7	—	337	—
VI. Wohlfahrtswesen	338 496	45 183	570 922	83
VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten	6 634	32	244	—
VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen:				
1. Wasserwerk	504	7	139	—
2. Gaswerk	330 403	3 710	144 334	144 334
3. Elektrizitätswerk	63 412	6 804	200 028	200 025
4. Straßenbahn und Kleinbahn	1 357	181	—	—
5. Rheinhafen	86 884	3 490	107 923	98 537
6. Schlacht- und Viehhof	352	—	410	—
7. Märkte und Messen	25	—	—	—
IX. Finanzwesen:				
1. Verwaltung des Kapitalvermögens	10 428	10 010	—	—
2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens	75 783	15 539	2 471	—
3. Schuldenverwaltung	—	—	99 026	3 813
4. Steuern	1 830 176	438 968	338 123	208 032
5. Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung	—	—	152 456	—
Summe der Einzelhaushaltspläne	2 810 120	539 869	1 964 544	654 824
B. Verrechnungshaushalte (Summe)	211 110	190 272	66 618	—
Summe Rechnungsabteilung I	3 021 230	730 141	2 031 162	654 824

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4				
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Einnahmen				
			1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935
			Haushaltsplan RM	Rechnungssoll RM	mehr RM	weniger RM	Rechnungssoll RM
		I. Allgemeine Verwaltung.					
19	1	1. Hauptverwaltung	681 040	691 350	10 310	—	687 829
30	2	2. Teilnahme an der Erfüllung staatlicher und öffentlicher Aufgaben	54 750	65 424	10 852	178	67 361
37	3	3. Allgemeine Förderung der Wirtschaft (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr)	27 990	31 973	4 133	150	32 604
40	4	4. Ehrungen, Feste, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen	7 730	2 508	753	5 975	8 901
43	5	5. Verschiedene Einnahmen und Ausgaben	3 000	5 578	3 449	871	5 530
			774 510	796 833	29 497	7 174	802 225
44	6	**II Polizeiwesen**	22 750	43 172	21 103	681	41 188
		III. Bauwesen.					
46	7	1. Hochbauamt	125 960	135 020	9 060	—	116 846
51	7a	2. Stadterweiterung	9 300	9 838	538	—	9 715
54	8	3. Tiefbauamt	231 000	245 411	15 451	1 040	233 527
58	9	4. Vermessung und Vermarkung	27 230	43 791	16 561	—	30 631
61	10	5. Straßen, Wege, Brücken	278 060	336 801	60 841	2 100	303 493
66	11	6. Einrichtungen der öffentlichen Straßen und Plätze	27 870	27 853	127	144	28 165
67	12	7. Wasserbau und Wasserwehr	7 570	6 383	1	1 188	7 500
			706 990	805 097	102 579	4 472	729 877
		IV. Schulwesen.					
68	13	1. Volksschulen	87 800	89 725	3 881	1 956	82 104
71	14	2. Höhere Lehranstalten	580 870	593 144	12 274	—	604 342
73	15	3. Gewerbeschulen	77 470	93 944	16 474	—	81 017
74	16	4. Handelsschulen	115 480	151 329	35 849	—	121 882
75	17	5. Sonstiges Schulwesen und besondere Leistungen	170	334	164	—	1 095
			861 790	928 476	68 642	1 956	890 440
78	18	**V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen**	2 590	2 475	106	221	2 563
		VI. Wohlfahrtswesen.					
81	19	1. Fürsorgeamt	1 149 770	1 363 583	330 131	116 318	1 492 661
90	20	2. Altersheim	70 600	73 367	2 767	—	69 977
91	21	3. Jugendamt	448 380	420 363	13 546	41 563	481 481
93	22	4. Kinder- und Säuglingsheim	215 400	212 954	121	2 567	217 857
94	23	5. Sonstiges Wohlfahrtswesen	68 540	80 785	12 245	—	15 942
96	24	6. Krankenhaus	1 193 210	1 272 721	80 511	1 000	1 249 498
99	25	7. Erholungsheim Baden	17 380	18 987	1 607	—	17 939
100	26	8. Badeanstalten	335 690	337 734	3 595	1 551	333 691
102	27	9. Sonstige Gesundheitspflege	25 820	31 564	5 764	20	50 899
105	28	10. Leibesübungen, Sport, Jugendpflege	—	—	—	—	—
106	29	11. Förderung des Wohnungsbaues	2 123 640	2 027 027	22 223	118 836	2 094 798
110	30	12. Kleingärten	10 000	10 121	121	—	9 540
			5 658 430	5 849 206	472 631	281 855	6 034 283

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5				6			7		8	
Ausgaben					Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan	
1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935						
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
1 058 470	1 102 514	44 044	—	1 070 551	—	—	377 430	411 164	—	33 734
233 290	251 208	19 227	1 309	240 348	—	—	178 540	185 784	—	7 244
215 820	212 238	30 899	34 481	221 828	—	—	187 830	180 265	7 565	—
41 080	61 677	29 920	9 323	122 270	—	—	33 350	59 169	—	25 819
8 960	50 296	41 407	71	22 477	—	—	5 960	44 718	—	38 758
1 557 620	1 677 933	165 497	45 184	1 677 474	—	—	783 110	881 100	7 565	105 555
664 290	669 388	7 269	2 171	642 169	—	—	641 540	626 216	15 324	—
199 830	206 133	6 303	—	195 592	—	—	73 870	71 113	2 757	—
69 650	66 204	114	3 560	51 560	—	—	60 350	56 366	3 984	—
308 280	314 577	7 872	1 575	303 327	—	—	77 280	69 166	8 114	—
88 520	89 462	965	23	81 564	—	—	61 290	45 671	15 619	—
1 548 320	1 702 486	225 959	71 793	1 590 320	—	—	1 270 260	1 365 685	—	95 425
16 380	16 156	534	758	17 238	11 490	11 697	—	—	207	—
93 910	86 774	1 431	8 567	103 067	—	—	86 340	80 391	5 949	—
2 324 890	2 481 792	243 178	86 276	2 342 668	11 490	11 697	1 629 390	1 688 392	36 630	95 425
1 882 860	1 880 441	51 650	54 069	1 822 890	—	—	1 795 060	1 790 716	4 344	—
1 045 160	1 065 697	25 934	5 397	1 030 689	—	—	464 290	472 553	—	8 263
390 280	333 544	—	56 736	319 265	—	—	312 810	239 600	73 210	—
214 280	207 160	1 536	8 656	213 785	—	—	98 800	55 831	42 969	—
114 710	132 159	21 733	4 284	128 562	—	—	114 540	131 825	—	17 285
3 647 290	3 619 001	100 853	129 142	3 515 191	—	—	2 785 500	2 690 525	120 523	25 548
694 800	854 002	162 148	2 946	848 197	—	—	692 210	851 527	—	159 317
6 037 220	5 979 078	372 898	431 040	5 840 112	—	—	4 887 450	4 615 495	271 955	—
70 600	71 620	1 106	86	69 742	—	1 747	—	—	1 747	—
1 098 120	1 082 607	14 200	29 713	1 175 722	—	—	649 740	662 244	—	12 504
215 400	212 624	2 817	5 593	218 241	—	330	—	—	330	—
709 450	954 841	260 900	15 509	1 016 990	—	—	640 910	874 056	—	233 146
1 561 000	1 640 814	86 569	6 755	1 525 073	—	—	367 790	368 093	—	303
21 420	22 496	1 397	321	22 632	—	—	4 040	3 509	531	—
445 450	443 721	1 571	3 300	427 511	—	—	109 760	105 987	3 773	—
137 870	130 843	2 307	9 334	153 677	—	—	112 050	99 279	12 771	—
69 760	65 916	—	3 844	69 222	—	—	69 760	65 916	3 844	—
2 123 640	2 027 027	127 269	223 882	2 094 798	—	—	—	—	—	—
10 680	10 423	—	257	11 976	—	—	680	302	378	—
12 500 610	12 642 010	871 034	729 634	12 625 696	—	2 077	6 842 180	6 794 881	295 329	245 953

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4				
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Einnahmen				
			1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935
			Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll
			RM	RM	RM	RM	RM
		VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten.					
110	31	1. Entwässerung und Bedürfnisanstalten	587 890	622 654	34 764	—	591 213
114	32	2. Straßenreinigung	454 800	459 904	5 143	39	455 374
115	33	3. Müllabfuhr	254 580	260 098	5 842	324	259 747
117	34	4. Grubenentleerung	22 600	26 220	3 620	—	26 631
118	35	5. Fuhrpark	396 250	383 278	10 159	23 131	383 439
120	36	6. Feuerlöschwesen	95 650	95 239	1 121	1 532	97 715
124	37	7. Bestattungswesen und Friedhöfe	212 440	240 459	28 459	440	222 196
126	38	8. Stadtgarten	152 270	137 554	4 794	19 510	129 557
128	39	9. Öffentliche Anlagen	14 280	17 956	3 676	—	18 655
128	40	10. Waagen	13 780	14 981	1 201	—	13 795
129	41	11. Wasenmeisterei	490	491	1	—	491
			2 205 030	2 258 834	98 780	44 976	2 198 813
		VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen.					
130	42	1. Wasserwerk	1 688 600	1 696 341	10 619	2 878	1 670 033
131	43	2. Gaswerk	4 291 300	4 323 135	142 870	111 035	4 425 491
133	44	3. Elektrizitätswerk	4 853 040	5 175 177	322 311	174	4 767 394
135	45	4. Straßenbahn	2 965 610	3 103 898	138 710	422	3 027 101
141	46	5. Rheinhafen	1 118 400	969 161	—	149 239	1 199 559
147	47	6. Schlacht- und Viehhof	573 850	573 252	32 912	33 510	573 730
154	48	7. Märkte und Messen	153 400	161 076	7 676	—	159 853
			15 644 200	16 002 040	655 098	297 258	15 823 161
		IX. Finanzwesen.					
157	49	1. Verwaltung des Kapitalvermögens	3 271 480	3 305 441	33 961	—	3 309 000
		2. Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens:					
157	50	A. Privatwirtschaftlich verwendete Gebäude	491 230	519 153	28 401	478	521 958
158	51	B. Festhalle	50 100	56 058	5 958	—	57 304
158	52	C. Konzerthaus	14 250	11 413	1 709	4 546	9 581
159	53	D. Ausstellungshalle	14 000	25 591	12 574	983	4 434
160	54	E. Grundstücksverwaltung	145 180	149 963	11 030	6 247	162 870
161	55	F. Verwaltung des Industriegeländes (mit Industriebauten) und der Lagerplätze	136 870	135 644	16 483	17 709	136 430
162	56	G. Stadtwald	115 840	174 126	58 286	—	99 904
163	57	3. Schuldenverwaltung	3 073 180	3 073 905	725	—	2 939 867
165	58	4. Steuern	14 246 250	16 085 730	2 100 760	261 280	15 527 961
171	59	5. Überschüsse oder Fehlbeträge der Vorjahre sowie besondere Anfälle und Leistungen der Finanzverwaltung	2 541 790	1 503 420	—	1 038 370	1 867 090
172	60	6. Rücklage für unvorhergesehene Ausgaben	—	—	—	—	—
			24 100 170	25 040 444	2 269 887	1 329 613	24 636 399

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5				6			7		8	
Ausgaben				Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan		
1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll		
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll					besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
737 970	719 400	—	18 570	676 605	—	—	150 080	96 746	53 334	—
454 800	399 338	—	55 462	395 851	—	60 566	—	—	60 566	—
254 580	236 913	—	17 667	243 993	—	23 185	—	—	23 185	—
22 600	22 838	3 330	3 092	18 077	—	3 382	—	—	3 382	—
349 800	343 991	13 010	18 819	309 328	46 450	39 287	—	—	—	7 163
322 920	309 732	1 147	14 335	318 098	—	—	227 270	214 493	12 777	—
259 430	263 088	6 089	2 431	257 257	—	—	46 990	22 629	24 361	—
347 290	343 376	2 596	6 510	334 304	—	—	195 020	205 822	—	10 802
156 840	148 087	—	8 753	157 555	—	—	142 560	130 131	12 429	—
11 340	10 647	—	693	10 284	2 440	4 334	—	—	1 894	—
4 280	3 921	—	359	3 992	—	—	3 790	3 430	360	—
2 921 850	2 801 331	26 172	146 691	2 725 344	48 890	130 754	765 710	673 251	192 288	17 965
1 666 380	1 673 727	43 927	36 580	1 575 066	22 220	22 614	—	—	394	—
4 711 920	4 593 935	135 169	253 154	5 094 772	—	—	420 620	270 800	149 820	—
4 475 130	4 513 994	58 814	19 950	4 663 570	377 910	661 183	—	—	283 273	—
3 820 240	3 793 012	56 710	83 938	3 709 522	—	—	854 630	689 114	165 516	—
1 295 160	1 200 139	10 447	105 468	1 304 314	—	—	176 760	230 978	—	54 218
588 950	573 252	8 248	23 946	573 730	—	—	15 100	—	15 100	—
146 200	140 005	—	6 195	141 458	7 200	21 071	—	—	13 871	—
16 703 980	16 488 064	313 315	529 231	17 062 432	407 330	704 868	1 467 110	1 190 892	627 974	54 218
14 100	6 235	—	7 865	17 088	3 257 380	3 299 206	—	—	41 826	—
579 120	574 745	6 354	10 729	546 362	—	—	87 890	55 592	32 298	—
87 560	84 012	—	3 548	90 848	—	—	37 460	27 954	9 506	—
69 590	80 404	14 515	3 701	70 570	—	—	55 340	68 991	—	13 651
66 350	65 054	365	1 661	68 093	—	—	52 350	39 463	12 887	—
626 260	619 806	1 558	8 012	619 610	—	—	481 080	469 843	11 237	—
136 870	135 644	—	1 226	136 430	—	—	—	—	—	—
128 840	118 161	2 084	12 763	92 836	—	55 965	13 000	—	68 965	—
3 421 680	3 901 203	695 367	215 844	3 447 353	—	—	348 500	827 298	—	478 798
3 800 760	4 033 496	257 549	24 813	3 961 512	10 445 490	12 052 234	—	—	1 606 744	—
—	2 011 376	2 011 376	—	352 456	2 541 790	—	—	507 956	—	3 049 746
30 000	—	—	30 000	—	—	—	30 000	—	30 000	—
8 961 130	11 630 136	2 989 168	320 162	9 403 158	16 244 660	15 407 405	1 105 620	1 997 097	1 813 463	3 542 195

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4				
Seite	Nummer der Einzelhaushaltspläne	Bezeichnung	Einnahmen				
			1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935
			Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll
			RM	RM	RM	RM	RM
		Wiederholung.					
		I. Allgemeine Verwaltung	774 510	796 833	29 497	7 174	802 225
		II. Polizeiwesen	22 750	43 172	21 103	681	41 188
		III. Bauwesen	706 990	805 097	102 579	4 472	729 877
		IV. Schulwesen	861 790	928 476	68 642	1 956	890 440
		V. Kunst, Wissenschaft, Kirchen. . . .	2 590	2 475	106	221	2 563
		VI. Wohlfahrtswesen	5 658 430	5 849 206	472 631	281 855	6 034 283
		VII. Öffentliche Anstalten, Gemeindeanstalten	2 205 030	2 258 834	98 780	44 976	2 198 813
		VIII. Selbständige Betriebe und Unternehmungen	15 644 200	16 002 040	655 098	297 258	15 823 161
		IX. Finanzwesen	24 100 170	25 040 444	2 269 887	1 329 613	24 636 399
		Summe Rechnungsabteilung II . .	49 976 460	51 726 577	3 718 323	1 968 206	51 158 949
		An den Ausgaben gehen ab:					
		Der frühere Betriebsstock 1 147 544 RM					
		Der Wirtschaftsüberschuß 1935 . . . . . 116 620 RM					
					restliche Ausgaben . .		
					Einnahmen . .		
					Überschuß . .		

Der frühere Betriebsstock und der restliche Wirtschaftsüberschuß für 1935 sind unter den laufenden Wirtschaftsausgaben zwecks Abführung an die Betriebsmittelrücklage enthalten. Da sie jedoch keine Wirtschaftsausgaben sind, mußten sie an diesen abgesetzt werden.

Der Wirtschaftsüberschuß für 1935 diente zu einem Teilbetrag von 200 000 RM der Abdeckung des Wirtschaftsfehlbetrags für 1933, sodaß nur 116 620 RM der Betriebsmittelrücklage zugeführt werden konnten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5					6		7		8	
Ausgaben					Ueberschuß		Zuschuß		Gegenüber dem Haushaltsplan	
1936		Gegenüber dem Haushaltsplan		1935						
Haushaltsplan	Rechnungssoll	mehr	weniger	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	Haushaltsplan	Rechnungssoll	besser	schlechter
RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM	RM
1 557 620	1 677 933	165 497	45 184	1 677 474	—	—	783 110	881 100	—	97 990
664 290	669 388	7 269	2 171	642 169	—	—	641 540	626 216	15 324	—
2 324 890	2 481 792	243 178	86 276	2 342 668	—	—	1 617 900	1 676 695	—	58 795
3 647 290	3 619 001	100 853	129 142	3 515 191	—	—	2 785 500	2 690 525	94 975	—
694 800	854 002	162 148	2 946	848 197	—	—	692 210	851 527	—	159 317
12 500 610	12 642 010	871 034	729 634	12 625 696	—	—	6 842 180	6 792 804	49 376	—
2 921 850	2 801 331	26 172	146 691	2 725 344	—	—	716 820	542 497	174 323	—
16 703 980	16 488 064	313 315	529 231	17 062 432	—	—	1 059 780	486 024	573 756	—
8 961 130	11 630 136	2 989 168	320 162	9 403 158	15 139 040	13 410 308	—	—	—	1 728 732
49 976 460	52 863 657	4 878 634	1 991 437	50 842 329	15 139 040	13 410 308	15 139 040	14 547 388	907 754	2 044 834
	1 264 164	1 264 164	—					1 264 164		1 264 164
	51 599 493	3 614 470						13 283 224		780 670
49 976 460	51 726 577	3 718 323	1 968 206	51 158 949	15 139 040	13 283 224	15 139 040	—	780 670	—
—	127 084	—	—	316 620	—	127 084	—	—	127 084	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3. Verrechnungshaushalte.

	1936 Einnahmen Haushaltsplan RM	1936 Einnahmen Rechnungssoll RM	1936 Ausgaben Haushaltsplan RM	1936 Ausgaben Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll Einnahmen u. Ausgaben RM
1. Ruhe- u. Hinterbliebenenversorgung und Beihilfen	1 615 500	1 617 093	1 615 500	1 617 093	1 593	—	1 552 506
2. Gartenamt	62 530	58 304	62 530	58 304	—	4 226	60 843
3. Stadtgärtnerei	61 060	59 765	61 060	59 765	—	1 295	58 800
4. Allgem. Bürobedarfsstelle .	40 720	39 902	40 720	39 902	—	818	39 093
5. Lohnverrechnung der Hochbauamtsarbeiter . . .	96 630	98 910	96 630	98 910	2 280	—	98 011
6. Materialverrechnung des Tiefbauamts	367 230	503 607	367 230	503 607	136 377	—	463 335
6 a. Bauhöfe des Tiefbauamts	73 540	63 127	73 540	63 127	—	10 413	71 183
7. Haustelefon- und Signaleinrichtung	37 940	36 420	37 940	36 420	—	1 520	36 525
8. Fernsprechaufwand aller städt. Dienststellen . . .	138 740	138 260	138 740	138 260	—	480	83 007
9. Installationsbetrieb des Gaswerks	339 000	484 154	339 000	484 154	145 154	—	455 814
10. Installationsbetrieb des Elektrizitätswerks . . .	155 000	216 687	155 000	216 687	61 687	—	242 702
11. Materialverrechnung des Bahnamts	189 000	191 961	189 000	191 961	2 961	—	159 428
12. Dienstkleiderbeschaffung .	65 000	55 904	65 000	55 904	—	9 096	46 070
Summe . .	3 241 890	3 564 094	3 241 890	3 564 094	350 052	27 848	3 367 317

4. Vorschußrechnung. (Rechnungs-Abteilung III).

	1936 Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
1. Kassenrest:						
a) Aus voriger Rechnung . .	7 170	7 170	—	—	—	—
b) An künftige Rechnung .	—	—	—	720 349	720 349	—
2. Vorschüsse und Ersatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung . .	294 518	225 279	69 239	1 593 248	1 227 608	365 640
b) Vom laufenden Jahr . .	63 452 236	63 143 260	308 976	63 452 236	60 241 731	3 210 505
Summe der Rechn.-Abteilung III	63 753 924	63 375 709	378 215	65 765 833	62 189 688	3 576 145

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

5. Vermögensrechnung. (Rechnungs-Abteilung IV).

Einnahmen.	1936 A. Aus voriger Rechnung Soll RM	Hat RM	Rest RM	1936 B. Vom laufenden Jahr Soll RM	Hat RM	Rest RM
1. Vermögensrechnung:						
A. Allgemein:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	513 970	63 119	450 851	20 000	—	20 000
2. Sonstige Einnahmen . .	—	—	—	27 405	27 405	—
B. Aufwertungen:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Einnahmen . .	300	—	300	—	—	—
C. Liegenschaften:						
1. Erlöse aus Gebäuden .	—	—	—	955	955	—
2. Erlöse aus unbebauten Grundstücken	—	—	—	474 184	472 284	1 900
3. Erlöse aus Waldausstockungen und außerordentlichen Holzhieben .	—	—	—	368	—	368
4. Sonstige Einnahmen . .	112 980	16 140	96 840	33 024	33 024	—
D. Wohnungsbau:						
1. Heimbezahlte Kapitalien	28 135 179	946 929	27 188 250	58 040	65	57 975
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	—	—	—
3. Sonstige Einnahmen .	—	—	—	—	—	—
2. Schuldenrechnung:						
A. Anlehen:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	5 648 585	5 648 585	—
2. Ersatzleistungen der städt. Ämter und Betriebe zur Schuldentilgung . . .	—	—	—	1 169 440	1 169 440	—
3. Sonstige Einnahmen .	—	—	—	5 287 368	5 287 368	—
B. Aufwertungen:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Einnahmen . .	—	—	—	321 097	321 097	—
C. Wohnungsbau:						
1. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	220 000	220 000	—
2. Sonstige Einnahmen . .	—	—	—	390 240	390 240	—
Übertrag . .	28 762 429	1 026 188	27 736 241	13 650 706	13 570 463	80 243

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	1936					
	A. Aus voriger Rechnung			B. Vom laufenden Jahr		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
Übertrag . .	28 762 429	1 026 188	27 736 241	13 650 706	13 570 463	80 243
3. Außerordentlicher Haushalt:						
A. Allgemein:						
1. Ersatzleistungen für außerordentliche Aufwendungen und sonstige Einnahmen	32 693	32 693	—	2 589 409	2 589 409	—
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	34 402	34 402	—
B. Straßen- u. Kanalbauten:						
1. Anliegerbeiträge . . .	44 501	44 501	—	392 122	310 003	82 119
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	3 951	3 951	—
3. Ersatzleistungen u. sonstige Einnahmen . . .	—	—	—	1 116 033	1 116 033	—
Summe A . .	28 839 623	1 103 382	27 736 241	17 786 623	17 624 261	162 362
Summe B . .	17 786 623	17 624 261	162 362			
Summe der Einnahmen . .	46 626 246	18 727 643	27 898 603			
Ausgaben.						
1. Vermögensrechnung:						
A. Allgemein:						
1. Angelegte Kapitalien .	—	—	—	20 000	20 000	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	12 424	12 424	—
B. Aufwertungen:						
1. Angelegte Kapitalien .	—	—	—	—	—	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	—	—	—
C. Liegenschaften:						
1. Kaufpreise und Kaufkosten für Gebäude . . .	255 000	30 000	225 000	39 145	39 145	—
2. Kaufpreise u. Kaufkosten für unbebaute Grundstücke	1 259	1 259	—	44 880	44 880	—
3. Kaufpreise u. Kaufkosten für Waldungen einschl. der Kosten für Waldausstockungen u. außerordentl. Holzhiebe. . .	—	—	—	—	—	—
4. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	57 308	57 308	—
Übertrag . .	256 259	31 259	225 000	173 757	173 757	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	1936					
	A. Aus voriger Rechnung			B. Vom laufenden Jahr		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
Übertrag . .	256 259	31 259	225 000	173 757	173 757	—
D. Wohnungsbau:						
1. Ausgeliehene Kapitalien	—	—	—	58 040	58 040	—
2. Rückzahlungen von Anlehensmitteln	—	—	—	—	—	—
3. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	792 988	792 988	—
4. Erwerb des Hausgrundstücks K.D.W.	—	—	—	341 146	341 146	—
2. Schuldenrechnung:						
A. Anlehen:						
1. Abgetragene Kapitalien .	37 267 497	10 680 010	26 587 487	5 648 585	1 297 738	4 350 847
2. Zuschüsse aus Anlehensmitteln	—	—	—	38 353	38 353	—
3. Sonstige Ausgaben .	—	—	—	147 369	147 369	—
B. Aufwertungen:						
1. Abgetragene Kapitalien .	3 978 592	315 328	3 663 264	—	—	—
2. Sonstige Ausgaben, Barablösungen und dergl. .	—	—	—	—	—	—
C. Wohnungsbau:						
1. Abgetragene Kapitalien .	10 314 142	390 101	9 924 041	220 000	—	220 000
2. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—	—	—
3. Außerordentlicher Haushalt:						
A. Allgemein:						
1. Aufwand für außerordentliche Unternehmungen lt. Sonderrechnung .	—	—	—	2 623 811	2 623 811	—
2. Sonstige Ausgaben . .	—	—	—	—	—	—
B. Straßen- u. Kanalneubauten:						
1. Aufwendungen für Straßen- u. Kanalneubauten lt. Sonderrechnung . .	—	—	—	1 119 984	1 119 984	—
2. Sonstige Ausgaben und Abgänge	—	—	—	352 276	352 276	—
Summe A . .	51 816 490	11 416 698	40 399 792	11 516 309	6 945 462	4 570 847
Summe B . .	11 516 309	6 945 462	4 570 847			
Summe aller Ausgaben . .	63 332 799	18 362 160	44 970 639			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

6. Zusammenstellung.

	1936 Soll RM	1936 Hat RM	1936 Rest RM
Einnahmen.			
I. Rückstandsrechnung	3 021 229,92	2 291 088,65	730 141,27
II. Wirtschaftsrechnung	51 726 577,07	49 476 711,84	2 249 865,23
Verrechnungshaushalt	3 564 093,51	3 530 145,63	33 947,88
III. Vorschußrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	301 688,62	232 449,46	69 239,16
b) Vom laufenden Jahr	63 452 235,68	63 143 259,70	308 975,98
IV. Vermögensrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	28 839 623,51	1 103 382,37	27 736 241,14
b) Vom laufenden Jahr	17 786 623,16	17 624 261,08	162 362,08
Summe aller Einnahmen	168 692 071,47	137 401 298,73	31 290 772,74
Ausgaben.			
I. Rückstandsrechnung	2 031 162,30	1 376 338,54	654 823,76
II. Wirtschaftsrechnung	52 863 657,35	51 920 704,23	942 953,12
Verrechnungshaushalt	3 564 093,51	3 552 407,93	11 685,58
III. Vorschußrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	1 593 248,22	1 227 608,14	365 640,08
b) Vom laufenden Jahr	64 172 585,08	60 962 080,18	3 210 504,90
IV. Vermögensrechnung:			
a) Aus voriger Rechnung	51 816 490,31	11 416 697,94	40 399 792,37
b) Vom laufenden Jahr	11 516 308,84	6 945 461,77	4 570 847,07
Summe aller Ausgaben	187 557 545,61	137 401 298,73	50 156 246,88

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

D. Sonderhaushalte.

1. Fondskasse.

	Soll RM	Hat RM	Rest RM
I. Rückstandsrechnung (Rechnungs-Abteilung I).			
Einnahmen	778 585	762 419	16 166
Ausgaben	32 693	32 693	—

II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungs-Abteilung II).	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
3. Zuweisungen zur Ansammlung:					
a) Erneuerungsfonds:					
1. Regelmäßige Zuführungen der Kämmereiverwaltung und Betriebe zum Erneuerungsfonds	1 331 560	1 358 870	27 310	—	1 363 260
2. Erlös aus verkauftem Altmaterial und Sonstiges	—	163 488	163 488	—	156 003
b) Rücklagen	432 450	4 090 363	3 657 913	—	1 386 270
4. Vermögensertrag	237 000	360 224	123 224	—	320 183
5. Sonstige Einnahmen	100	—	—	100	250
Summe der Einnahmen	2 001 110	5 972 945	3 971 935	100	3 225 966
Ausgaben.					
11. Aufwendungen für Fondszwecke durch Abführung an den außerordentlichen Haushalt:					
a) Aus den Erneuerungsfonds:					
1. Wasserwerk	43 000	30 358	—	12 642	21 042
2. Gaswerk	763 000	508 863	—	254 137	64 360
3. Elektrizitätswerk	58 000	1 089 324	1 031 324	—	164 099
4. Straßenbahn	189 500	199 682	10 182	—	158 937
5. Kleinbahn	—	—	—	—	—
6. Rheinhafen	51 220	26 414	—	24 806	14 342
7. Schlacht- und Viehhof	—	—	—	—	—
b) Aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen	591 600	828 300	236 700	—	276 844
c) Aus sonstigen Rücklagen	—	199 695	199 695	—	—
12. Vermögenslasten	5 000	5 957	957	—	4 679
13. Verwaltungskosten	7 500	7 500	—	—	1 500
14. Sonstige Ausgaben u. Unvorhergesehenes	100	—	—	100	83
15. Rücklieferung an die Wirtschaft zum Ausgleich des Haushalts	1 038 370	—	—	1 038 370	—
Summe der Ausgaben	2 747 290	2 896 093	1 478 858	1 330 055	705 886
Summe der Einnahmen	2 001 110	5 972 945	3 971 935	100	3 225 966
Überschuß zur Ansammlung	—	3 076 852	3 823 032	—	2 520 080
Mehrausgabe	746 180	—	—	—	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

III. Vorschußrechnung (Rechnungs-Abteilung III).	Einnahmen			Ausgaben		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
1 a) Kassenrest aus voriger Rechnung	1 328 648	1 328 648	—	—	—	—
1 b) Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	1 324 619	1 324 619	—
2. Vorschüsse und Wiedererſatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	8 593	8 192	401	1 578	1 578	—
b) Vom laufenden Jahr	1 529 919	32 586	1 497 333	1 529 919	1 529 919	—
Summe Rechnungs-Abteilung III	2 867 160	1 369 426	1 497 734	2 856 116	2 856 116	—

IV. Vermögensrechnung (Rechnungs-Abteilung IV).	A. Aus voriger Rechnung			B. Vom laufenden Jahr		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
Einnahmen.						
1. Heimbezahlte Kapitalien	7 760 528	2 549 249	5 211 279	6 928 934	2 106 450	4 822 484
2. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	—	—	—
3. Sonstige Vermögenseinnahmen	—	—	—	188 379	188 379	—
Summe A	7 760 528	2 549 249	5 211 279	7 117 313	2 294 829	4 822 484
Summe B	7 117 313	2 294 829	4 822 484			
Summe der Einnahmen	14 877 841	4 844 078	10 033 763			
Ausgaben.						
1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	6 928 934	6 928 934	—
2. Abgetragene Kapitalien	67 120	48 594	18 526	—	—	—
3. Sonstige Vermögensausgaben	—	—	—	4 654	4 654	—
Summe A	67 120	48 594	18 526	6 933 588	6 933 588	—
Summe B	6 933 588	6 933 588	—			
Summe der Ausgaben	7 000 708	6 982 182	18 526			

Zusammenstellung.

	Einnahmen			Ausgaben		
	Soll RM	Hat RM	Rest RM	Soll RM	Hat RM	Rest RM
I. Rückstandsrechnung	778 585,11	762 418,99	16 166,12	32 692,71	32 692,71	—
II. Wirtschaftsrechnung	5 972 944,92	5 791 162,68	181 782,24	2 896 093,20	2 896 093,20	—
III. Vorschußrechnung	2 867 160,05	1 369 425,62	1 497 734,43	2 856 116,39	2 856 116,39	—
IV. Vermögensrechnung	14 877 840,79	4 844 077,73	10 033 763,06	7 000 708,26	6 982 182,72	18525,54
Summe aller Einnahmen und Ausgaben	24 496 530,87	12 767 085,02	11 729 445,85	12 785 610,56	12 767 085,02	18525,54

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In der Fondskasse wurden bisher die Erneuerungsfonds der städtischen Betriebe und Unternehmungen und sonstige Rücklagen verwaltet. Die Rücklagenverordnung vom 5. Mai 1936, erlassen auf Grund des § 115 Abs. 2 der Deutschen Gemeindeordnung, hat für die deutschen Gemeinden eine einheitliche Regelung des Rücklagewesens gebracht. Darnach ist in jeder Gemeinde eine Betriebsrücklage und eine allgemeine Ausgleichsrücklage zu bilden, außerdem, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, eine Tilgungsrücklage, eine Bürgschaftsicherungsrücklage, Erneuerungsrücklagen und Erweiterungsrücklagen. Die Ansammlung von Sonderrücklagen ist entweder durch gesetzliche Anordnung oder freies Ermessen einer Gemeinde ermöglicht.

Die Verwaltung der nach der Rücklagenverordnung zu bildenden Rücklagen wird wie bisher in der Fondskasse durchgeführt. An Rücklagen werden hier angesammelt: Die Betriebsmittelrücklage, die allgemeine Ausgleichsrücklage, die Tilgungsrücklage, die Bürgschaftsicherungsrücklage, Erneuerungsrücklagen und die Erweiterungsrücklagen der Kämmereiverwaltung und der Betriebe, als Sonderrücklagen die Rücklage für den Flughafen, die Rücklage für außerordentliche Aufwendungen, die Rücklage für die Altstadtsanierung, die Rücklage für den Bau und die Verbesserung von Verkehrs- und Ausfallstraßen und als andere Rücklagen die Selbstversicherungsrücklage und die Rücklage für die Gemeinschaftsanlagen der Kleinsiedlung.

Die Betriebsmittelrücklage, die an Stelle des früheren Betriebsstockes getreten ist, soll einen Mindestbetrag von $^1/_{20}$ des haushaltsmäßigen, ordentlichen Einnahmesolls abzüglich des Einnahmesolls der wirtschaftlichen Unternehmungen nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und einen Höchstbetrag von $^1/_6$ dieses Einnahmesolls aufweisen. Der Mindestbetrag berechnet sich in Karlsruhe bei einem durchschnittlichen Einnahmesoll des bereinigten Bruttohaushalts der letzten fünf Jahre von 21 264 000 *RM* auf 1 063 000 *RM*, der Höchstbetrag auf 3 544 000 *RM*. Bis zum 31. März 1937 waren der Betriebsmittelrücklage 1 496 621 *RM* zugeführt, die Mindestsumme somit um 433 621 *RM* überschritten. Die anzustrebende Höhe der Betriebsmittelrücklage ist auf 2 500 000 *RM* festgesetzt worden.

Die allgemeine Ausgleichsrücklage, deren Mindesthöhe nach den Vorschriften der Rücklagenverordnung 502 000 *RM* betragen sollte, ist nur zu einem Betrag von 400 000 *RM* gebildet, sodaß an dem gesetzlichen Mindestbetrag noch 102 000 *RM* fehlen. Die Haushaltslage der Stadt ließ eine Auffüllung auf den Mindestbetrag noch nicht zu.

Im übrigen hat sich die Rücklagenbildung im Wirtschaftsjahr 1936 zufriedenstellend entwickelt. Auf die im Haushaltsplan vorgesehene Rücklieferung aus den Erneuerungsfonds mit 1 038 370 (1935: 820 000) *RM* konnte verzichtet werden. Trotzdem erreichten aber die planmäßigen Zuführungen zu den Erneuerungsfonds nur etwa die Hälfte des zur Werterneuerung erforderlichen Betrages. Neben den planmäßigen Zuführungen zu den Erneuerungsfonds, zu denen noch 27 310 *RM* für die noch im Betrieb befindliche Kleinbahn außerplanmäßig hinzukamen, fielen außerplanmäßig 163 488 *RM* Erlöse aus Altmaterial zu Gunsten der Erneuerungsfonds an. Zur sonstigen Rücklagenbildung war die Abführung von 4 090 363 *RM* möglich, in denen allerdings 1 147 544 *RM* Mittel des alten Betriebsstockes und 116 620 *RM* Überschuß des Wirtschaftsjahres 1935 enthalten sind. Auch der Vermögensertrag war um 123 224 *RM* höher als nach dem Haushaltsplan vorgesehen.

Die Inanspruchnahme der Erneuerungsfonds überstieg die planmäßige Höhe um 148 803 *RM*. Der Überschuß der Zuführungen über die Entnahmen, der zur Ansammlung diente, betrug 3 076 852 (1935: 2 520 080) *RM*. Damit erreichten die Rücklagen auf Ende des Wirtschaftsjahres 1936 einen Stand von insgesamt 13 035 539 (1935: 9 774 963) *RM*.

2. Schloßgut Istein.

	1936		
	Soll	Hat	Rest
I. Rückstandsrechnung (Rechnungs-Abteilung I).	*RM*	*RM*	*RM*
Einnahmen	—	—	—
Ausgaben	—	—	—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungs-Abteilung II).

	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
1. Fortdauernde Einnahmen:					
a) Miete, Pacht, Zinsen	2 880	2 633	—	247	2 927
b) Ertrag des Betriebs	15 800	21 491	5 691	—	17 942
c) Sonstige Einnahmen	420	213	—	207	543
2. Einmalige Einnahmen	—	—	—	—	—
3. Zuschuß der Stadthauptkasse	—	—	—	—	—
Summe der Einnahmen	19 100	24 337	5 691	454	21 412
Ausgaben.					
1 Fortdauernde Ausgaben:					
a) Persönliche Ausgaben	7 880	9 089	1 209	—	8 271
b) Sachliche Ausgaben	6 510	11 507	4 997	—	8 868
c) Schuldendienst	3 830	2 305	—	1 525	2 363
2. Einmalige Ausgaben	700	709	9	—	777
3. Verwaltungskostenbeiträge	180	180	—	—	180
Summe der Ausgaben	19 100	23 790	6 215	1 525	20 459
Summe der Einnahmen	19 100	24 337	5 691	454	21 412
Mehreinnahmen	—	547	547	—	953
Mehrausgaben	—	—	—	—	—

III. Vorschußrechnung (Rechnungs-Abteilung III).

	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
1. a) Kassenrest aus voriger Rechnung	3	3	—	—	—	—
1. b) Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	35	35	—
2. Vorschüsse und Wiedererſatz solcher:						
a) aus voriger Rechnung	679	676	3	—	—	—
b) vom laufenden Jahr	15 392	15 392	—	15 392	15 392	—
3. Ausgleichsposten	—	—	—	—	—	—
Summe Rechnungs-Abteilung III	16 074	16 071	3	15 427	15 427	—

IV. Vermögensrechnung (Rechnungs-Abteilung IV).

	A. Aus voriger Rechnung Soll RM	A. Aus voriger Rechnung Hat RM	A. Aus voriger Rechnung Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	B. Vom laufenden Jahr Hat RM	B. Vom laufenden Jahr Rest RM
Einnahmen.						
1. Heimbezahlte Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Aufgenommene Kapitalien	—	—	—	—	—	—
3. Erlös aus Verkauf von Grundstücken	—	—	—	914	—	914
4. Sonstige Grundstockseinnahmen	—	—	—	—	—	—
Summe A	—	—	—	914	—	914
Summe B	914	—	914			
Summe der Einnahmen	914	—	914			
Ausgaben.						
1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	—	—	—
2. Abzutragende Kapitalien	58 147	1 147	57 000	—	—	—
3. Erwerb von Grundstücken	—	—	—	6	6	—
4. Sonstige Grundstocksausgaben	—	—	—	—	—	—
Summe A	58 147	1 147	57 000	6	6	—
Summe B	6	6	—			
Summe der Ausgaben	57 153	1 153	57 000			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zusammenstellung.	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
I. Rückstandsrechnung . . .	—	—	—	—	—	—
II. Wirtschaftsrechnung . . .	24 337,09	23 794,54	542,55	23 789,52	23 284,66	504,86
III. Vorschußrechnung	16 073,74	16 070,74	3,00	15 427,29	15 427,29	—
IV. Vermögensrechnung . . .	914,28	—	914,28	58 153,33	1 153,33	57 000,00
Summe aller Einnahmen und Ausgaben . .	41 325,11	39 865,28	1 459,83	97 370,14	39 865,28	57 504,86

Infolge Verkaufs eines zum Schloßgut Istein gehörigen Steinbruchs hat sich die zu bewirtschaftende Fläche auf 26 (1935: 28) ha vermindert. Das Gut wurde auch im Berichtsjahr als gemischtes landwirtschaftliches Gut betrieben.

Die im Jahre 1934 vollzogene Umstellung des Gutsbetriebs wirkte sich erneut günstig aus durch Steigerung der Erträge. Andererseits haben sich aber auch die Ausgaben erhöht, sodaß nur ein geringer Überschuß verblieb.

3. Schenkungenkasse.

	1936 Soll RM	1936 Hat RM	1936 Rest RM
I. Rückstandsrechnung (Rechnungs-Abteilung I).			
Einnahmen	—	—	—
Ausgaben	742	742	—

II. Wirtschaftsrechnung (Rechnungs-Abteilung II).	1936 Haushaltsplan RM	1936 Rechnungssoll RM	Gegenüber dem Haushaltsplan mehr RM	Gegenüber dem Haushaltsplan weniger RM	1935 Rechnungssoll RM
Einnahmen.					
§ 3. Zinsen aus Grundstockskapitalien . .	—	26 842	—	—	26 012
§ 4. Ertrag aus Liegenschaften	—	5 307	—	—	—
§ 6. Sonstige Einnahmen	—	88	—	—	5 317
Summe der Einnahmen . .	—	32 237	—	—	31 329
Ausgaben.					
§ 15. Lasten und Verwaltungskosten . . .	—	1 018	—	—	1 003
§ 16. Für eigentliche Fondszwecke	—	20 786	—	—	20 417
§ 17. Besondere Auflagen	—	140	—	—	140
§ 18. Sonstige Ausgaben	—	5 286	—	—	5 317
Summe der Ausgaben . .	—	27 230	—	—	26 877
Summe der Einnahmen . .	—	32 237	—	—	31 329
Mehreinnahmen . .	—	5 007	—	—	4 452

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

III. Vorschußrechnung (Rechnungs-Abteilung III).	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
1. a) Kassenrest aus voriger Rechnung	67	67	—	—	—	—
1. b) Kassenrest an künftige Rechnung	—	—	—	3 115	3 115	—
2. Vorschüsse und Wiedererssatz solcher:						
a) Aus voriger Rechnung	—	—	—	—	—	—
b) Vom laufenden Jahr	224	224	—	224	224	—
3. Ausgleichungsposten	3 810	3 810	—	3 810	3 810	—
Summe Rechnungs-Abteilung III	4 101	4 101	—	7 149	7 149	—

IV. Vermögensrechnung (Rechnungs-Abteilung IV).	A. Aus voriger Rechnung Soll RM	A. Aus voriger Rechnung Hat RM	A. Aus voriger Rechnung Rest RM	B. Vom laufenden Jahr Soll RM	B. Vom laufenden Jahr Hat RM	B. Vom laufenden Jahr Rest RM
Einnahmen.						
1. Aus Darlehenskapitalien	379 191	47 950	331 241	67 611	5 256	62 355
2. Sonstige Einnahmen für den Vermögensstock	—	—	—	11 067	11 067	—
Summe A	379 191	47 950	331 241	78 678	16 323	62 355
Summe B	78 678	16 323	62 355			
Summe der Einnahmen	457 869	64 273	393 596			
Ausgaben.						
1. Angelegte Kapitalien	—	—	—	67 611	67 611	—
2. Sonstige Grundstocksausgaben	—	—	—	150	150	—
Summe A	—	—	—	67 761	67 761	—
Summe B	67 761	67 761	—			
Summe der Ausgaben	67 761	67 761	—			

Zusammenstellung.

	Einnahmen Soll RM	Einnahmen Hat RM	Einnahmen Rest RM	Ausgaben Soll RM	Ausgaben Hat RM	Ausgaben Rest RM
I. Rückstandsrechnung	—	—	—	742,16	742,16	—
II. Wirtschaftsrechnung	32 237,21	32 215,51	21,70	27 230,05	24 937,81	2 292,24
III. Vorschußrechnung	4 101,53	4 101,53	—	7 149,94	7 149,94	—
IV. Vermögensrechnung	457 869,56	64 273,48	393 596,08	67 760,61	67 760,61	—
Summe aller Einnahmen und Ausgaben	494 208,30	100 590,52	393 617,78	102 882,76	100 590,52	2 292,24

Die laufenden Einnahmen und Ausgaben hielten sich in etwa der gleichen Höhe wie im Vorjahr. Die Mehreinnahmen dienten der Erhöhung des Kapitals. Die Verwendung der Erträge entsprach der Zweckbestimmung der Stifter oder Schenker.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

E. Gesamtvermögen und Schulden.

(Stand vom 31. März 1937).

Vermögen.	Stadthauptkasse einzeln RM	Stadthauptkasse zusammen RM	Fondskasse RM	Kasse des Schloßguts Istein RM	Schenkungenkasse RM	Zusammen RM
I. Verwaltungsvermögen.						
1. Unbewegliches Vermögen:						
a) Gebäude	12 841 995		—	—	—	12 841 995
b) Grundstücke	1 409 455	14 251 450	—	—	—	1 409 455
2. Bewegliches Vermögen:						
a) Fahrnisse	232 696		—	—	—	232 696
b) Vorräte	314 592	547 288	—	—	—	314 592
Summe I, Verwaltungsvermögen		14 798 738	—	—	—	14 798 738
II. Werksvermögen.						
	Anlagewert m. Fahrnissen RM / Vorräte RM / Im ganzen					
1. Gaswerk	3 995 187 / 392 148 / 4 387 335					
2. Wasserwerk	4 545 261 / 54 355 / 4 599 616					
3. Elektrizitätswerk	6 617 333 / 370 853 / 6 988 186					
4. Straßenbahn	7 633 972 / — / 7 633 972					
5. Kleinbahn	551 995 / — / 551 995					
6. Rheinhafen	3 607 084 / 53 359 / 3 660 443					
7. Schlacht- und Viehhof	2 955 293 / 6 298 / 2 961 591	30 783 138	—	—	—	30 783 138
Summe II, Werksvermögen		30 783 138	—	—	—	30 783 138
III. Finanzvermögen.						
1. Unbewegliches Vermögen:						
a) Gebäude	7 254 196		—	26 250	41 500	7 321 946
b) Grundstücke	5 790 483		—	21 431	—	5 811 914
c) Wald	643 875	13 688 554	—	517	—	644 392
2. Bewegliches Vermögen	—		—	14 152	—	14 152
3. Kapitalforderungen:						
a) Verwaltung des Kapitalvermögens:						
1. Wertpapiere	—			—		
2. Beteiligungen	295 868			—		
3. Aufwertungsforderungen	300		10 033 763	—	393 596	10 998 164
4. Restkaufpreise	98 740			914		
5. Sonstige Kapitalforderungen	174 983	569 891		—		
b) Wohnungsbau:						
1. Baudarlehen aller Art	26 500 916		—	—	—	—
2. Reichsbaudarlehen	430 017		—	—	—	—
3. Beteiligung an Bauvereinigungen	312 400		—	—	—	—
4. Restkaufpreise für Albsiedlungshäuser	2 892		—	—	—	—
5. Sonstige Kapitalforderungen	—	27 246 225	—	—	—	27 246 225
4. Einnahmerückstände		3 474 657	1 695 683	546	22	5 170 908
5. Kassenvorrat		720 349	1 324 619	36	3 115	2 048 119
Summe III, Finanzvermögen		45 699 676	13 054 065	63 846	438 233	59 255 820
hierzu: Summe I, Verwaltungsvermögen		14 798 738	—	—	—	14 798 738
Summe II, Werksvermögen		30 783 138	—	—	—	30 783 138
Summe des Vermögens		91 281 552	13 054 065	63 846	438 233	104 837 696

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schulden.	Stadthauptkasse einzeln	Stadthauptkasse zusammen	Fondskasse	Kasse des Schloßguts Istein	Schenkungenkasse	Zusammen
	RM	RM	RM	RM	RM	RM
1. Kapitalschulden.						
a) Schuldenverwaltung.						
I. Altverschuldung.						
A. Aufwertungsschulden	3 663 264		—	—	—	—
B. Valutaschulden	3 479 079	7 142 343	—	—	—	—
II. Neuverschuldung.						
A. Langfristige Anlehen:						
1. Tilgungsanlehen:						
a) Darlehen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge	383 879		—	—	—	—
b) von anderen Geldgebern aufgenommene Tilgungsanlehen	23 019 382		—	—	—	—
2. Sonstige langfristige Anlehen	1 570 000		—	—	—	—
B. Mittelfristige Anlehen	2 143 984		—	—	—	—
C. Kurzfristige Anlehen	326 891		—	—	—	—
D. Anlehen der Stadt bei der Fondskasse	15 120		—	—	—	—
	27 459 256		—	—	—	—
Davon dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt — s. unter b) —	8 212 011	19 247 245	—	—	—	—
E. Restkaufpreise:						
a) Gebäude	225 000		—	—	—	—
b) Grundstücke	—	225 000	—	—	—	—
Summe a)		26 614 588				
b) Wohnungsbau.						
A. Langfristige Tilgungsanlehen:						
1. Darlehen der Bad. Landeskreditanstalt für Wohnungsbau	8 256 208		—	—	—	—
2. Reichsbaudarlehen	430 017		—	—	—	—
3. Von anderen Geldgebern aufgenommene Tilgungsanlehen	1 457 815		—	—	—	—
B. Von der Schuldenverwaltung zur Verfügung gestellte Anlehensmittel — siehe oben unter a) —	8 212 011		—	—	—	—
Summe b)		18 356 051	—	—	—	—
Summe der Kapitalschulden		44 970 639	18 525	57 000	—	45 046 164
2. Ausgaberückstände		5 185 608	—	505	2 292	5 188 405
Summe der Schulden		50 156 247	18 525	57 505	2 292	50 234 569
hiervon entfallen auf:						
I. Verwaltungsvermögen		8 798 740	—	—	—	8 798 740
II. Werksvermögen		13 073 054	—	—	—	13 073 054
III. Finanzvermögen		28 284 453	18 525	57 505	2 292	28 362 775
Summe der Schulden — wie oben —		50 156 247	18 525	57 505	2 292	50 234 569
Summe des Vermögens.		91 281 552	13 054 065	63 846	438 233	104 837 696
Reinvermögen auf 31. März 1937		41 125 305	13 035 540	6 341	435 941	54 603 127
Reinvermögen auf 31. März 1936		38 370 992	9 774 964	6 281	424 166	48 576 403
Vermehrung		2 754 313	3 260 576	60	11 775	6 026 724

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

	Bürgschaften			
	Anzahl		Betrag	
	1936	1935	1936 RM	1935 RM
Zur Förderung des Wohnungsbaues einschließlich Ausfallhaftungen	165	83	1 718 638	1 554 445
Sonstige Bürgschaften	3	3	150 000	150 000
	168	86	1 868 638	1 704 445

Das Reinvermögen der Stadt zeigt erstmals wieder seit dem Jahr 1927 eine Vermehrung. Diese beträgt 6 026 724 (1935: Verminderung um 243 575) RM. Die Vermehrung des Reinvermögens ist zum allergrößten Teil begründet in der Verminderung der Verschuldung, die gegenüber dem Vorjahr um 5 366 612 (1935: 2 610 384) RM zurückgegangen ist. Dieser Schuldenrückgang hat seine Ursache in dem Nachlaß des Reiches an seiner Forderung an die Stadt aus der Valutaverschuldung im Betrag von 3 360 460 RM und der durch die Abwertung des Schweizer Franken realisierten Kursgewinne aus der Valutaverschuldung mit 1 294 919 RM, sodaß nur 711 233 RM aus eigener Kraft der Stadt getilgt worden sind.

Infolge der im Berichtsjahr fortgesetzten vorsichtigen Bewertung des Vermögens und der Vornahme ausreichender Abschreibungen hat sich das Vermögen der Stadthauptkasse erneut vermindert. Die Gebäude sind mit 50 (1935: 55) v. H., die unbebauten Grundstücke wie im Vorjahr mit 50 v. H. ihres amtlichen bzw. angenommenen Steuerwerts in den Vermögensstand aufgenommen. Die durch die geringere Bewertung der Gebäude eingetretene Vermögensverminderung beträgt 1 900 000 RM. Dagegen zeigt der Vermögensstand der Fondskasse eine Stärkung, die in dem Fortschreiten der Rücklagenbildung ihre Ursache hat. Bei der Kasse des Rebguts Istein und der Schenkungenkasse sind keine nennenswerten Verschiebungen festzustellen.

Die Verschuldung der Einzelkassen untereinander betrug 72 120 (1935: 73 267) RM; die interne Verschuldung ist in den Gesamtziffern enthalten.

Von dem Reinvermögen der Stadt entfallen auf:

Verwaltungsvermögen	5 999 997	RM
Werksvermögen	17 710 085	„
Finanzvermögen	30 893 045	„
zusammen	54 603 127	RM.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

F. Nachweisungen.

1. Die außerordentlichen Unternehmungen.

Anmerkung:

Die Kursivzahlen betreffen das Rechnungsjahr 1936; sie sind in den darunter stehenden Zahlen in Normaldruck enthalten.

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.Z.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
1	I	3	Erwerb von Grundstücken	ao. H. 7. 9. 36 ao. H., N. I.	104 300	—	—	84 024	80
2	V	19	Herstellung von Kanälen zur Erschließung domänenärarischen Baugeländes	25. 4. 35 u. 13. 2. 36	47 000	39 215	40	1 647	03
3	V	20	Herstellung von Kanälen im Jahre 1935 II. Teil	26. 9. 35	84 000	71 725	96	1 798	76
4	V	21	Herstellung von Kanälen für den Baublock der „Nordstern"-Lebensversicherungsbank A.G.	28. 11. 35	12 200	4 826	73	4 289	61
5	V	22	Bau des Darlander Sammelkanals	26. 9. 35 6. 11. 35 u. 3. 12. 36	370 000	86 740	83	275 159	67
6	V	23	Bau des Entwässerungskanals im Funkerweg	25. 6. 36 ao. H., N. I	4 500	—	—	4 492	41
7	V	24	Herstellung von Kanälen im Jahre 1936 I	16. 7. 36 ao. H, N. I	52 100	—	—	39 048	15
8	V	25	Herstellung von Kanälen im Jahre 1936 II	24. 9. 36 ao. H., N. I	72 000	—	—	41 576	71
9	V	26	Herstellung von Kanälen für die Siedlung des Mieter- und Bauvereins südlich von Darlanden .	13. 11. 36 u. 7. 1. 37 ao. H., N. I	105 000	—	—	59 974	26
10	V	27	Herstellung von Kanälen im Jahre 1936 III	12. 11. 36 ao. H., N. I	185 000	—	—	65 715	14
11	V	28	Herstellung des Kanals in der Grenadierstr. zwischen Roggenbach- u. Freydorffstr.	28. 1. 37 ao. H., N. II	13 000	—	—	10 128	12
12	V	29	Herstellung von Kanälen in der Grenadierstr. zwischen Freydorff- und Blücherstr. und in der Knielinger Allee zwischen Gustav-Binz- und verlängerter Blücherstr. . . .	12. 2. 37 ao. H., N. II	14 600	—	—	27	82
13	VI	17	Bau einer festen Rheinbrücke bei Marau	17. 1. 33 u. 23. 6. 36	1 245 741,10	1 203 748	70	41 992	40
14	VI	22	Herstellung von Straßen im Jahre 1935, I. Teil	31. 1. 35 10. 8. 35 4. 6. 36 11. 6. 36	92 500	72 333	37	12 499	12
15	VI	24	Herstellung von Straßen zur Erschließung domänenärarischen Baugeländes	31. 5. 35 20. 6. 35 13. 2. 36	89 570	38 473	27	30 393	43
			Übertrag . .		2 491 511,10	1 517 064	26	672 767	43

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9	10	11	12	13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937	Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel	andere Mittel	Restlicher nicht verwendeter Betrag	Verwendungsfrist wird: geschlossen mit Ende des Rechnungsjahres	festgesetzt bis Ende des Rechnungsjahres	Bemerkungen
RM Rpf	RM Rpf	RM Rpf	RM Rpf			
		1) *84 024 80*				
84 024 80	— —	84 024 80	20 275 20	1936	—	1) Vermögensmittel (Liegenschaftsvermögen)
		2) *1 647 03*				
40 862 43	— —	40 862 43	6 137 57	1936	—	2) Die Kosten werden von Dritten vorschüßlich bezahlt.
		3) *1 798 76*				
73 524 72	— —	73 524 72	10 475 28	1936	—	3) RM Anliegerbeiträge . . . . . 71 725,96 Mittel der Rücklage für außerordentliche *1 798,76* Aufwendungen 1 798,76 *1 798,76* 73 524,72
		4) *4 289 61*				
9 116 34	— —	9 116 34	3 083 66	1936	—	4) Anliegerbeiträge . . . . . 4 826,73 Mittel der Rücklage für außerordentliche *4 289,61* Aufwendungen 4 289,61 *4 289,61* 9 116,34
		5) *275 159 67*				
361 900 50	— —	361 900 50	8 099 50	—	1937	5) *39 813,—* Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt . . . . 57 000,— *235 346,67* Wirtschaftsmittel — Arbeitsfürsorge — . . 304 900,50 *275 159,67* 361 900,50
		6) *4 492 41*				
4 492 41	— —	4 492 41	7 59	1936	—	
		6) *39 048 15*				
39 048 15	— —	39 048 15	13 051 85	—	1937	
		6) *41 576 71*				
41 576 71	— —	41 576 71	30 423 29	—	1937	
		6) *59 974 26*				
59 974 26	— —	59 974 26	45 025 74	—	1937	
		6) *65 715 14*				6) Mittel der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen
65 715 14	— —	65 715 14	119 284 86	—	1937	
		6) *10 128 12*				
10 128 12	— —	10 128 12	2 871 88	1936	—	7) *37 800,—* Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt . . . 157 000.— *3 951,30* Anlehensmittel . . . . . 1 088 500,— *241,10* Wirtschaftsmittel — Arbeitsfürsorge — . . 241,10 *41 992,40* 1 245 741,10
		6) *27 82*				
27 82	— —	27 82	14 572 18	—	1937	
	3 951 30	7) *38 041 10*				8) Anliegerbeiträge . . . . . 72 333,37 Mittel der Rücklage für außerordentliche *12 499,12* Aufwendungen 12 499,12 *12 499,12* 84 832,49
1 245 741 10	1 088 500 —	157 241 10	— —	1936	—	
		8) *12 499 12*				
84 832 49	— —	84 832 49	7 667 51	1936	—	
		2) *30 393 43*				
68 866 70	— —	68 866 70	20 703 30	—	1937	
	3 951 30	*668 816 13*				
2 189 831 69	1 088 500 —	1 101 331 69	301 679 41			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.Z.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
						bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
	Titel	Nr.			RM	RM	Rpf	RM	Rpf
16	VI	25	Herstellung von Straßen im Jahre 1935, II. Teil	26. 9. 35	48 300	23 838	90	21 978	56
17	VI	26	Herstellung von Straßen für den Baublock der „Nordstern"-Lebensversicherungsbank A.G.	28. 11. 35	78 500	32 063	58	36 430	69
18	VI	27	Herstellung von Straßen im Jahre 1936, I	16. 7. 36 ao. H., N. I	93 500	—	—	32 413	59
19	VI	28	Ausbau der südl. Fahrbahn der Gerwigstr. zwischen Berckmüller- und Käppelestr.	31. 7. 36 ao. H., N. I	7 000	—	—	6 048	46
20	VI	29	Herstellung von Straßen im Jahre 1936, II	24. 9. 36 ao. H., N. I	66 500	—	—	2 953	88
21	VI	30	Umbau der Robert-Wagner-Allee an der Kreuzung mit der Reichsautobahn	7. 1. 37 ao. H., N. I	760 000	—	—	251 984	09
22	VI	31	Herstellung und Umbau der Fautenbruchstr. und der Mittelbruchstr. südl. der Wasserwerkstr.	7. 1. 37 ao. H., N. I	25 000	—	—	24 936	72
23	VI	32	Herstellung von Straßen in der Siedlung des Mieter- und Bauvereins südl. von Darlanden . .	13. 11. 36 7. 1. 37 ao. H., N. I	123 000	—	—	15 199	07
24	VI	33	Umbau der Honsellstr.	3. 12. 36 7. 1. 37 22. 2. 37 ao. H., N. I u. II	574 500	—	—	124 337	98
25	VI	34	Herstellung von Straßen im Jahre 1936, III	12. 11. 36 ao. H., N. I	91 000	—	—	13 701	97
26	VI	35	Herstellung der Grenadierstr. zwischen Roggenbach- u. Freydorffstr.	28. 1. 37 ao. H., N. II	21 600	—	—	15	30
27	VI	36	Herstellung der Grenadierstr. zwischen Freydorff- und Blücherstr.	12. 2. 37 ao. H., N. II	7 000	—	—	—	—
28	VII	2	Umbau des Festplatzes	15. 4. 37 ao. H., N. II	35 000	—	—	20 739	74
29	IX	12	Gasversorgungsleitungen anl. von Straßenherstellungen im Jahre 1935, I (siehe unten)	31. 1. 35	35 600	21 879	65	—	—
30	IX	13	Gasversorgungsleitungen anl. der Herstellung der Siegfried-, Brunhilden-, Rheingold- u. Wotanstr., der nördl. Hildapromenade, sowie der Ortenau- und Breisgaustr. und Krokusweg, südlich der Auerstr.	23. 5. 35	18 900	9 780	55	5 748	20
			Übertrag . .		1 985 400	87 562	68	556 488	25

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9		10		11		12		13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937		Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel		andere Mittel		Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird: geschlossen mit (Ende des Rechnungsjahres)	festgesetzt bis (Ende des Rechnungsjahres)	Bemerkungen
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
				9) *21 978 56*						
45 817	46	—	—	45 817	46	2 482	54	1936	—	9) Anliegerbeiträge . . . . . 23 838,90 Mittel der Rücklage für außerordentliche *21 978,56* Aufwendungen 21 978,56 *21 978,56* 45 817,46
				10) *36 430 69*						
68 494	27	—	—	68 494	27	10 005	73	1936	—	
				6) *32 413 59*						
32 413	59	—	—	32 413	59	61 086	41	—	1938	10) Anliegerbeiträge . . . . . 32 063,58 Mittel der Rücklage für außerordentliche *36 430,69* Aufwendungen 36 430,69 *36 430,69* 68 494,27
				6) *6 048 46*						
6 048	46	—	—	6 048	46	951	54	1936	—	
				6) *2 953 88*						
2 953	88	—	—	2 953	88	63 546	12	—	1938	11) a) Verlorene Zuschüsse der Reichsanstalt . . 39 600,— b) Beitrag der Gesellschaft Reichsautobahnen 138 000,— c) Beitrag der Reichsstraßenverwaltung . . 18 000,— d) Mittel der Rücklage für den Bau und die Verbesserung von Verkehrs- und Ausfallstraßen 56 384,09 251 984,09
				11) *251 984 09*						
251 984	09	—	—	251 984	09	508 015	91	—	1937	
				12) *24 936 72*						
24 936	72	—	—	24 936	72	63	28	1936	—	
				6) *15 199 07*						12) Beitrag der Deutschen Reichsbahn
15 199	07	—	—	15 199	07	107 800	93	—	1937	
				13) *124 337 98*						13) Mittel der Rücklage für den Bau und die Verbesserung von Verkehrs- und Ausfallstraßen
124 337	98	—	—	124 337	98	450 162	02	—	1938	
				6) *13 701 97*						
13 701	97	—	—	13 701	97	77 298	03	—	1938	15) Wirtschaftsmittel des Gaswerks . . . . . *5 016,15* 5 016,15 *732,05* Rücklage für außerordentliche Aufwendungen 10 512,60 *5 748,20* 15 528,75
				*) *15 30*						
15	30	—	—	15	30	21 584	70	—	1937	
—	—	—	—	—	—	7 000	—	—	1937	
				6) *20 739 74*						
20 739	74	—	—	20 739	74	14 260	26	—	1937	
				6)						
21 879	65	—	—	21 879	65	13 720	35	1936	—	
				15) *5 748 20*						
15 528	75	—	—	15 528	75	3 371	25	1936	—	
				556 488 25						
644 050	93	—	—	644 050	93	1 341 349	07			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O. B.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
31	IX	14	Gasversorgungsleitungen anl. von Straßenherstellungen im Jahre 1935, II	26. 9. 35	23 950	12 584	—	5 594	95
32	IX	15	Gasversorgung für den Baublock der „Nordstern"-Lebensversicherungsbank A.G.	28. 11. 35	12 050	—	—	6 945	—
33	IX	16	2 Laufkatzen für Kohlengreifer einschl. der Nebenarbeiten . . .	ao. H.	35 000	—	—	31 137	80
34	IX	17	Errichtung einer neuen Benzolanlage	ao. H.	186 000	—	—	—	—
35	IX	18	Umbau von 3 Gaserzeugungsöfen einschl. der Nebenarbeiten . . .	ao. H.	360 000	—	—	347 967	05
36	IX	19	Erstellung einer Koksbrech- und Sortieranlage	ao. H.	120 000	—	—	88 544	17
37	IX	20	Erneuerung von Gleisstücken im Gaswerk Ost	ao. H.	12 000	—	—	5 214	04
38	IX	21	Umlegung veralteter und heute zu enger Gashauptleitungen u. Gaszuführungen, sowie Auswechslung überalteter Gasleitungsarmaturen	ao. H.	10 000	—	—	—	—
39	IX	22	Auswechslung von nassen, unbrauchbaren Gasmessern gegen trockene .	ao. H.	40 000	—	—	36 000	—
40	IX	23	Errichtung einer Gastankstelle für Kraftfahrzeuge	ao. H.	28 000	—	—	—	—
41	IX	24	Gasversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, I	16. 7. 36 ao. H., N. I	19 100	—	—	13 300	85
42	IX	25	Gasversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, II	24. 9. 36 ao. H., N. I	19 550	—	—	9 932	50
43	IX	26	Gasversorgung der Siedlung des Mieter- und Bauvereins südlich von Darlanden	13. 11. 36 7. 1. 37 ao. H., N. I	36 000	—	—	9 437	95
44	IX	27	Gasversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, III	12. 11. 36 ao. H., N. I	11 100	—	—	1 516	—
45	IX	28	Gasversorgungsleitungen anl. der Herstellung der Grenadierstr. zwischen Roggenbach- u. Freydorffstr.	28. 1. 37 ao. H., N. II	5 000	—	—	945	60
46	X	12	Wasserversorgungsleitungen anl. der Straßenherstellungen im Jahre 1935, I	31. 1. 35 10. 8. 35	43 400	27 019	40	—	—
			Übertrag . .		961 150	39 603	40	556 535	91

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9	10	11	12	13	14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937	Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel	Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: andere Mittel	Restlicher nicht verwendeter Betrag	Verwendungsfrist wird: geschlossen mit Ende des Rechnungsjahres	Verwendungsfrist wird: festgesetzt bis Ende des Rechnungsjahres	Bemerkungen
RM Rpf	RM Rpf	RM Rpf	RM Rpf			
18 178 95	— —	6) *5 594 95* 18 178 95	5 771 05	1936	—	14) Mittel des Erneuerungsfonds des Gaswerks
6 945 —	— —	6) *6 945 —* 6 945 —	5 105 —	1936	—	
31 137 80	— —	14) *31 137 80* 31 137 80	3 862 20	1936	—	
— — —	— —	— —	186 000 —	1936	—	
347 967 05	— —	14) *347 967 05* 347 967 05	12 032 95	1936	—	
88 544 17	— —	14) *88 544 17* 88 544 17	31 455 83	1936	—	
5 214 04	— —	14) *5 214 04* 5 214 04	6 785 96	1936	—	
— —	— —	— —	10 000 —	1936	—	
36 000 —	— —	14) *36 000 —* 36 000 —	4 000 —	1936	—	
— —	— —	— —	28 000 —	1936	—	
13 300 85	— —	6) *13 300 85* 13 300 85	5 799 15	1936	—	
9 932 50	— —	6) *9 932 50* 9 932 50	9 617 50	—	1937	
9 437 95	— —	6) *9 437 95* 9 437 95	26 562 05	—	1937	
1 516 —	— —	6) *1 516 —* 1 516 —	9 584 —	—	1937	
945 60	— —	6) *945 60* 945 60	4 054 40	—	1937	
27 019 40	— —	6) 27 019 40	16 380 60	1936	—	
596 139 31	— —	*556 535 91* 596 139 31	365 010 69			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.-B.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
47	X	16	Wasserversorgungsleitungen anl. der Straßenherstellungen im Jahre 1935, II	26. 9. 35	32 560	21 990	65	6 785	80
48	X	17	Wasserversorgung für den Baublock der „Nordstern"-Lebensversicherungsbank A.G.	28. 11. 35	17 350	—	—	12 465	90
49	X	18	Umlegung veralteter und heute zu enger Wasserhauptleitungen und Wasserzuführungen, ferner Auswechslung veralteter und unbrauchbar gewordener Wasserarmaturen	ao. H.	10 000	—	—	—	—
50	X	19	Umlegung der 150 mm l.W.-Wasserleitung in der Hardtstr. zwischen Dietrich-Eckardt- und Rheinstr. in 300 mm l. W.-Leitung zur Verbesserung der Wasserdruckverhältnisse in Mühlburg und der Weststadt	ao. H.	18 000	—	—	16 857	98
51	X	20	Auswechslung veralteter und unbrauchbarer Wassermesser . . .	ao. H.	15 000	—	—	13 500	—
52	X	21	Wasserversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, I	16. 7. 36 ao. H., N. I	28 400	—	—	21 550	55
53	X	22	Wasserversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, II	24. 9. 36 ao. H., N. I	38 500	—	—	28 816	10
54	X	23	Wasserversorgung der Siedlung des Mieter- und Baubereins südlich von Darlanden	13. 11. 36 7. 1. 37 ao. H, N. I	51 000	—	—	21 425	80
55	X	24	Wasserversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, III	12. 11. 36 ao. H., N. I	28 300	—	—	4 308	80
56	X	25	Wasserversorgungsleitungen anl. der Herstellung der Grenadierstr. zwischen Roggenbach- und Freydorffstr.	28. 1. 37 ao. H., N. II	8 000	—	—	2 511	80
57	XI	11	Stromversorgungsleitungen anl. der Straßenherstellungen im Jahre 1935, I	31. 1. 35 10. 8. 35	17 500	8 111	60	2 343	70
58	XI	13	Sicherstellung der Stromversorgung, hier: Aufstellung einer weiteren Dampfturbine im städt. Elektrizitätswerk beim Rheinhafen . . .	4. 7. 35	1 000 000	86 441	63	560 541	64
59	XI	14	Stromversorgungsleitungen anl. von Straßenherstellungen im Jahre 1935, II	26. 9. 35	11 190	4 757	70	4 793	35
			Übertrag . .		1 275 800	121 301	58	695 901	42

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9		10		11		12		13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937		Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel		andere Mittel		Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird: geschlossen mit Ende des Rechnungsjahres	festgesetzt bis Ende des Rechnungsjahres	Bemerkungen
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
				6) *6 785 80*						16
28 776	45	—	—	28 776	45	3 783	55	1936	—	Mittel des Erneuerungsfonds des Wasserwerks
				6) *12 465 90*						17)
12 465	90	—	—	12 465	90	4 884	10	1936	—	Mittel des Erneuerungsfonds des Elektrizitätswerks
—	—	—	—	—	—	10 000	—	1936	—	
				16) *16 857 98*						
16 857	98	—	—	16 857	98	1 142	02	1936	—	
				16) *13 500* —						
13 500	—	—	—	13 500	—	1 500	—	1936	—	
				6) *21 550 55*						
21 550	55	—	—	21 550	55	6 849	45	1936	—	
				6) *28 816 10*						
28 816	10	—	—	28 816	10	9 683	90	—	1937	
				6) *21 425 80*						
21 425	80	—	—	21 425	80	29 574	20	—	1937	
				6) *4 308 80*						
4 308	80	—	—	4 308	80	23 991	20	—	1937	
				6) *2 511 80*						
2 511	80	—	—	2 511	80	5 488	20	—	1937	
				6) *2 343 70*						
10 455	30	—	—	10 455	30	7 044	70	1936	—	
				17) *560 541 64*						
646 983	27	—	—	646 983	27	353 016	73	—	1937	
				6) *4 793 35*						
9 551	05	—	—	9 551	05	1 638	95	1936	—	
				695 901 42						
817 203	—	—	—	817 203	—	458 597	—			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.Z.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
60	XI	15	Stromversorgungsleitungen für den Baublock der „Nordstern"-Lebensversicherungsbank A.G.	28. 11. 35	4 850	482	30	4 356	75
61	XI	16	Ersatz 5 überalterter betriebsunsicher gewordener Unterflurkabelverteilungskasten	ao. H.	4 500	—	—	2 923	35
62	XI	17	Einbau von 20 Einheitsschalttafeln an Stelle von veralteten Niederspannungsschalttafeln	ao. H.	7 500	—	—	3 500	20
63	XI	18	Ersatz von Zinkkabelanschlüssen . .	ao. H.	3 000	—	—	1 251	05
64	XI	19	Auswechslung von veralteten Hausanschlußkästen	ao. H	3 000	—	—	2 463	27
65	XI	20	Erneuerung von überalterten, den heutig. Vorschriften nicht mehr entsprech. Transformatorenstationen .	ao. H.	25 000	—	—	—	—
66	XI	21	Austausch u. Erneuerung unbrauchbar geword. Zähler u. Schaltuhren	ao. H.	15 000	—	—	15 000	—
67	XI	22	Errichtung eines neuen Schalthauses beim städt. Elektrizitätswerk am Rheinhafen	14. 5. 36 ao. H., N. I	950 000	—	—	503 644	67
68	XI	23	Stromversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, I	16. 7. 36 ao. H, N. I	11 900	—	—	5 163	30
69	XI	24	Verlegung der Starkstromleitung anl. des Ausbaues der südl. Fahrbahn der Gerwigstr. zwischen Berckmüller- und Käppelestr.	31. 7. 36 ao. H, N. I	12 000	—	—	11 816	70
70	XI	25	Stromversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, II	24. 9. 36 ao. H, N. I	22 150	—	—	9 553	—
71	XI	26	Stromversorgung der Siedlung des Mieter- und Bauvereins südlich von Darlanden	13. 11. 36 7. 1. 37 ao. H., N. I	43 000	—	—	—	—
72	XI	27	Stromversorgungsleitungen anl. der Herstellung von Straßen im Jahre 1936, III	12. 11. 36 ao. H, N. I	11 400	—	—	—	—
73	XI	28	Stromversorgungsleitungen anl. der Herstellung der Grenadierstr. zwischen Roggenbach- und Freydorffstr.	28. 1. 37 ao. H., N. II	4 000	—	—	—	—
74	XII	9	Erschließung des Geländes des neuen Flughafens	1. 11. 34	72 230	67 707	85	3 161	70
			Übertrag . .		1 189 530	68 190	15	562 833	99

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9		10		11		12		13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937		Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch				Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird		Bemerkungen
		Anlehensmittel		andere Mittel				geschlossen mit	festgesetzt bis	
								Ende des Rechnungsjahres		
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
				6) *4 356 75*						
4 839	05	—	—	4 839	05	10	95	1936	—	
				17) *2 923 35*						
2 923	35	—	—	2 923	35	1 576	65	1936	—	
				17) *3 500 20*						
3 500	20	—	—	3 500	20	3 999	80	1936	—	
				17) *1 251 05*						
1 251	05	—	—	1 251	05	1 748	95	1936	—	
				17) *2 463 27*						
2 463	27	—	—	2 463	27	536	73	1936	—	
—	—	—	—	—	—	25 000	—	1936	—	
				17) *15 000* —						
15 000	—	—	—	15 000	—	—	—	1936	—	
				17) *503 644 67*						
503 644	67	—	—	503 644	67	446 355	33	—	1937	
				6) *5 163 30*						
5 163	30	—	—	5 163	30	6 736	70	—	1937	
				6) *11 816 70*						
11 816	70	—	—	11 816	70	183	30	1936	—	
				6) *9 553* —						
9 553	—	—	—	9 553	—	12 597	—	—	1937	
—	—	—	—	—	—	43 000	—	—	1937	
—	—	—	—	—	—	11 400	—	—	1937	
—	—	—	—	—	—	4 000	—	—	1937	
				6) *3 161 70*						
70 869	55	—	—	70 869	55	1 360	45	—	1937	
				562 833 99						
631 024	14	—	—	631 024	14	558 505	86			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.Z.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
75	XII	9a	Ausbau der Flughafenanlagen . .	11. 6. 36	25 884	2 264	53	12 364	46
76	XII	10	Bau eines Verwalt.-Gebäudes auf dem Flugplatz, bzw. Darlehen an Bad.-Pfälz. Lufthansa i. Mannheim	ao. H.	20 000	—	—	19 852	41
77	XII	11	Erneuerung des Wagenparkes der Straßenbahn	ao. H. 21. 7. 36 ao. H., N. I	103 500	—	—	98 738	31
78	XII	12	Ersatzbeschaffung eines Omnibusses (Diesel)	ao. H.	20 000	—	—	—	—
79	XII	13	Fortsetzung des Motorenumbaues	ao. H.	14 000	—	—	12 520	95
80	XII	14	Erneuerung der Erhaustoranlage des Schienenreinigungswagens .	ao. H.	7 000	—	—	6 312	40
81	XII	15	Erneuerung von Stromabnehmern	ao. H.	3 000	—	—	2 973	62
82	XII	16	Umbau des Schuttransportwagens	ao. H.	500	—	—	—	—
83	XII	17	Verschiedene dringliche Erneuerungen im Gleisbau	ao. H.	92 500	—	—	78 768	77
84	XII	18	Auswechseln von Holzmasten (Friedhof—Hagsfeld)	ao. H	1 500	—	—	—	—
85	XII	19	Anpassen des Streckentelefons an die Selbstwähleranlage	ao. H.	1 000	—	—	367	48
86	XIV	4	Fortsetzung der Erneuerung des Fußbodens im westlichen Teil des Erdgeschosses i. Getreidelagerhaus	ao. H. 4. 2. 37	3 000 ./. 450 2 550	—	—	2 391	16
87	XIV	5	Erneuerung der Holzrampe auf der Wasserseite der Werfthalle II . .	ao. H. 4. 2. 37	2 000 + 450 2 450	—	—	2 406	83
88	XIV	6	Fortsetzung der Erneuerung der städt. Gleisanlagen im Rheinhafengebiet	ao. H.	32 120	—	—	9 472	18
89	XIV	7	Erneuerung der im Rheinhafengebiet vorhandenen Wasserversorgungsanlagen	ao. H.	600	—	—	356	45
90	XIV	8	Erneuerung der Transformatorenstation 13 am Mittelbecken . . .	ao. H.	13 500	—	—	11 787	80
91	XV	5	Erstellung einer neuen Röntgenstation im städt. Krankenhaus . .	22. 9. 36 ao. H., N. I	31 600	—	—	22 311	77
92	XIX	5	Erstellung eines Schulhausneubaues im Stadtteil Grünwinkel . . .	ao. H. 23. 11. 36 ao. H., N. I	507 850	—	—	161 316	90
			Übertrag . .		879 554	2 264	53	441 941	49

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9	10	11	12	13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937	Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel	andere Mittel	Restlicher nicht verwendeter Betrag	Verwendungsfrist wird geschlossen mit	festgesetzt bis Ende des Rechnungsjahres	Bemerkungen
RM. Rpf	RM. Rpf	RM. Rpf	RM. Rpf			
		18) *12 364 46*				
14 628 99	— —	14 628 99	11 255 01	—	1938	18) Vermögensmittel: Restbetrag aus der Entschädigung für die abgebrannte Flugzeughalle
	19 852 41					
19 852 41	19 852 41	— —	147 59	1936	—	19) Mittel des Erneuerungsfonds der Straßenbahn
		19) *98 738 31*				
98 738 31	— —	98 738 31	4 761 69	1936	—	
						20) Mittel des Erneuerungsfonds des Rheinhafens
— —	— —	— —	20 000 —	1936	—	
		19) *12 520 95*				21)
12 520 95	— —	12 520 95	1 479 05	1936	—	bestritten aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1936 . . . . . 43 400.—
		19) *6 312 40*				aus der Rücklage für außerordentliche Aufwendungen 117 916,90
6 312 40	— —	6 312 40	687 60	1936	—	161 316,90
		19) *2 973 62*				
2 973 62	— —	2 973 62	26 38	1936	—	
— —	— —	— —	500 —	1936	—	
		19) *78 768 77*				
78 768 77	— —	78 768 77	13 731 23	1936	—	
— —	— —	— —	1 500 —	1936	—	
		19) *367 48*				
367 48	— —	367 48	632 52	1936	—	
		20) *2 391 16*				
2 391 16	— —	2 391 16	158 84	1936	—	
		20) *2 406 83*				
2 406 83	— —	2 406 83	43 17	1936	—	
		20) *9 472 18*				
9 472 18	— —	9 472 18	22 647 82	1936	—	
		20) *356 45*				
356 45	— —	356 45	243 55	1936	—	
		20) *11 787 80*				
11 787 80	— —	11 787 80	1 712 20	1936	—	
		6) *22 311 77*				
22 311 77	— —	22 311 77	9 288 23	—	1937	
		21) *161 316 90*				
161 316 90	— —	161 316 90	346 533 10	—	1938	
	19 852 41	*422 089 08*				
444 206 02	19 852 41	424 353 61	435 347 98			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1	2	3	4	5	6	7		8	
O.Z.	Kredit		Verwendungszweck	Beschluß vom	Bewilligter Betrag	Verwendeter Betrag			
	Titel	Nr.				bis 31. 3. 1936		im Rechnungsjahr 1936	
					RM	RM	Rpf	RM	Rpf
93	XXII	2	Herstellung eines Podiums für die städt. Markthalle	25. 6. 36 ao. H., N. I	3 740	—	—	3 695	—
94	XXIII	7	Vorstädtische Kleinsiedlung IV. Bauabschnitt	28. 6. 34 7. 5. 35 23. 5. 35 27. 8. 36 ao. H, N I	216 250	215 270	45	979	55
95	XXIII	10	Notstandsarbeit f. d. Verbesserung der Rheinwaldungen von Breisach bis Schwetzingen, II. Bauabschnitt	9. 1. 36	62 300	57 846	23	2 014	39
96	XXIII	11	Vorstädtische Kleinsiedlung VI. Bauabschnitt	ao. H. 24. 9. 36	166 500	—	—	63 570	05
97	XXIII	12	Bau von Volkswohnungen I. Abschnitt	ao. H 3. 12. 36	93 260	—	—	4	94
98	XXIII	13	Altstadtsanierung I. Bauabschnitt a) Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, Abbruch, Umzugskostenbeihilfen u. a.	ao. H.	496 000	—	—	18 972	58
99	XXIII	14	Altstadtsanierung I. Bauabschnitt b. Neubauten im Sanierungsgebiet	ao. H.	128 800	—	—	—	—
100	XXIII	15	Unterbringung der Betriebe des Tiefbauamts im Anwesen Rüppurrerstr. 66	24. 8. 36 ao. H, N. I	54 740	—	—	54 733	44
101	XXIII	16	Erstellung eines Verwaltungs- und Schulgebäudes für die Reichssportfliegerschule	27. 8. 36 3. 12. 36 ao. H., N. I	79 000	—	—	23 114	89
102	XXIII	17	Rheinwaldmelioration III. Bauabschnitt	7. 1. 37	99 000	—	—	84 565	61
103	XXIII	19	Bau einer abschlagbaren Tribüne	11. 3. 37 ao. H., N. II	16 000	—	—	—	—
			Zusammenstellung.						
			Seite 216/217 . .		1 415 590	273 116	68	251 650	45
			204/205 . .		2 491 511,10	1 517 064	26	672 767	43
			206/207 . .		1 985 400	87 562	68	556 488	25
			208/209 . .		961 150	39 603	40	556 535	91
			210/211 . .		1 275 800	121 301	58	695 901	42
			212/213 . .		1 189 530	68 190	15	562 833	99
			214/215 . .		879 554	2 264	53	441 941	49
			Gesamtsumme . .		10 198 535,10	2 109 103	28	3 738 118	94

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

9		10		11		12		13		14
Gesamtverwendung bis 31. 3. 1937		Von dem nach Sp. 9 verwendeten Betrag wurden gedeckt durch: Anlehensmittel		andere Mittel		Restlicher nicht verwendeter Betrag		Verwendungsfrist wird geschlossen mit Ende des Rechnungsjahres	festgesetzt bis Ende des Rechnungsjahres	Bemerkungen
RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf	RM	Rpf			
				6) *3 695*	—					
3 695	—	—	—	3 695	—	45	—	1936	—	22) bestritten aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1934
		979	*55*	22) —	—					
216 250	—	178 750	—	37 500	—	—	—	1936	—	
										23) *2 014,39*
										Förderungszuschüsse der Reichsanstalt . . . 38 084,39
				23) *2 014*	*39*					aus Wirtschaftsmitteln 1935 — Kto. 2340 Arbeitsfürsorge — 19 946,23
59 860	62	1 830	—	58 030	62	2 439	38	1936	—	*2 014,39* 58 030,62
		13 570	*05*	24) *50 000*	—					
63 570	05	13 570	05	50 000	—	102 929	95	—	1938	24) Reichszuschuß
				24)	*4*	*94*				25)
4	94	—	—	4	94	93 255	06	—	1938	bestritten aus der Rücklage für die Altstadtsanierung
				25) *18 972*	*58*					
18 972	58	—	—	18 972	58	477 027	42	—	1937	26) Förderungszuschüsse der Reichsanstalt . . . 47 000, – Wirtschaftsmittel 1936 — Kto. 2340, Arbeitsfürsorge — 37 565,61 84 565,61
—	—	—	—	—	—	128 800	—	—	1937	
				6) *54 733*	*44*					
54 733	44	—	—	54 733	44	6	56	1936	—	
				6) *23 114*	*89*					
23 114	89	—	—	23 114	89	55 885	11	—	1937	
				26) *84 565*	*61*					
84 565	61	—	—	84 565	61	14 434	39	—	1937	
—	—	—	—	—	—	16 000	—	—	1937	
		14 549	*60*	*237 100*	*85*					
524 767	13	194 150	05	330 617	08	890 822	87			
		3 951	*30*	*668 816*	*13*					
2 189 831	69	1 088 500	—	1 101 331	69	301 679	41			
				556 488	*25*					
644 050	93	—	—	644 050	93	1 341 349	07			
				556 535	*91*					
596 139	31	—	—	596 139	31	365 010	69			
				695 901	*42*					
817 203	–	—	—	817 203	—	458 597	—			
				562 833	*99*					
631 024	14	—	—	631 024	14	558 505	86			
		19 852	*41*	*422 089*	*08*					
444 206	02	19 852	41	424 353	61	435 347	98			
		38 353	*31*	*3 699 765*	*63*					
5 847 222	22	1 302 502	46	4 544 719	76	4 351 312	88			

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deckungsmittel (Entzifferung):

			RM
Von dem lt. Spalte 8 im Rechnungsjahr 1936 verwendeten Betrag von wurden gedeckt:			3 738 118,94
1. Aus **Anlehensmitteln**			38 353,31
2. Aus **Wirtschaftsmitteln:**			
a) Volksschulen		43 400,—	
b) Arbeitsfürsorge		273 153,38	
c) Gaswerk		5 016,15	321 569,53
3. Aus **Vermögensmitteln:**			
a) Liegenschaftsvermögen		84 024,80	
b) Geldvermögen (a. d. Ersatz f. d. abgebrannte Flugzeughalle)		12 364,46	96 389,26
4. Aus **Fondsmitteln:**			
a) Erneuerungsfonds:			
1. Gaswerk	508 863,06		
2. Wasserwerk	30 357,98		
3. Elektrizitätswerk	1 089 324,18		
4. Straßenbahn	199 681,53		
5. Rheinhafen	26 414,42	1 854 641,17	
b) Rücklagen:			
1. für außerordentliche Aufwendungen	798 261,51		
2. für Verkehrs- und Ausfallstraßen	180 722,07		
3. für Altstadtsanierung	18 972,58	997 956,16	2 852 597,33
5. Aus **Beiträgen und Zuschüssen:**			
a) Reichsanstalt		216 232,33	
b) Reichsbahn		24 936,72	
c) Reichsautobahn		138 000,—	
d) Reichsstraßenverwaltung		18 000,—	
e) Landesfiskus und Dritten		32 040,46	429 209,51
			3 738 118,94

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

2. Anlehensmittelverwendung.

Die aufgenommenen Anlehensmittel der Stadthauptkasse dienten zur Finanzierung folgender Aufwendungen:	In den Jahren 1924—1935 RM	1936 RM
I. Kämmereiverwaltungen:		
1. Schulwesen	929 503	—
2. Wohlfahrts- und Gesundheitswesen:		
a) Krankenhäuser, Kinderheime und dergl.	708 943	—
b) Badeanstalten	762 647	—
3. Wirtschaftsförderung:		
Förderung des Luftverkehrs	55 030	19 852
4. Straßenwesen (Straßen, Wege, Brücken)	3 027 547	3 951
5. Öffentliche Anstalten und Einrichtungen:		
a) Entwässerung (Kanalbauten)	1 419 927	—
b) Feuerlöschwesen	183 127	—
Summe I, Kämmereiverwaltungen	7 086 724	23 803
II. Betriebe und Unternehmungen:		
1. Gaswerk	1 907 640	—
2. Wasserwerk	2 695 033	—
3. Elektrizitätswerk	5 554 269	—
4. Straßenbahn	900 437	—
5. Rheinhafen	2 078 649	—
6. Schlacht- und Viehhof	499 598	—
7. Märkte und Messen	288 716	—
Summe II, Betriebe und Unternehmungen	13 924 342	—
III. Allgemeines Kapital- und Grundvermögen:		
a) Kapitalvermögen:		
1. Gewährung von Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues	21 828 978	—
2. Gewährung von sonstigen Darlehen	286 000	—
3. Kosten von Anlehensaufnahmen	662 562	—
4. Schuldentilgung (Valutaschulden u. A.)	254 406	4 182 500
5. Beteiligungen	50 000	—
b) Grundvermögen:		
1. Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden einschl. Neubauten	3 761 536	—
2. Vorstädtische Kleinsiedlung	529 019	14 550
3. Sonstiges (Meliorationen usw.)	730 017	—
Summe III, Allgemeines Kapital- und Grundvermögen	28 102 518	4 197 050
hierzu:		
Summe I	7 086 724	23 803
Summe II	13 924 342	—
Gesamtverwendung	49 113 584	4 220 853
	53 334 437	

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

G. Sparkasse.

(Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 1936).

Die Wiederbelebung der heimischen Wirtschaft, die für das westliche Grenzland insbesondere durch die im Jahre 1936 vollzogene Aufhebung der neutralen Zone und den Wiedereinzug von Soldaten einen weiteren Auftrieb erhielt, hat auf die Entwicklung der Spareinlagen einen günstigen Einfluß ausgeübt. Im Deutschen Reich sind die Einlagen bei den Sparkassen um 800 Millionen *RM* weiter auf 14,61 (1935: 13,81) Milliarden *RM* = um 5,8 (1935: 7,8) v. H. angestiegen. Die verhältnismäßig geringere Zunahme der Spareinlagen gegenüber dem Vorjahr ist vor allem begründet in der freien Finanzierung des privaten Wohnungsbaues und der Zeichnung von Reichsanleihen, wozu Anlagen bei den Sparkassen oder Beträge, die sonst diesen zugeflossen wären, mitverwendet wurden.

Bei der Städtischen Sparkasse Karlsruhe ist im Berichtsjahr eine Steigerung um 1 120 013,79 (1935: 3 698 579,80) *RM* = 2,3 (1935: 8,3) v. H. eingetreten. Auf 31. Dezember 1936 ergab sich ein Spareinlagenbestand von 49 578 213,08 (1935: 48 458 199,29) *RM*. Die Zunahme der Spareinlagen in Karlsruhe um nur 2,3 v. H. gegenüber 5,8 v. H. im Durchschnitt des Reiches zeigt auch auf dem Gebiet der Kapitalbildung das Zurückbleiben des Grenzlandes gegenüber dem übrigen Reich.

Der Gesamtumsatz der Städtischen Sparkasse auf der einen Seite des Hauptbuches hat sich auf 461 398 295 (1935: 274 248 938) *RM* = um 40,6 (1935: 13,5) v. H. erhöht. Der Umsatz der Städtischen Sparkasse je Arbeitstag beträgt somit über ein und eine halbe Million Reichsmark. Die Bilanzsumme ist auf 63 160 119 (1935: 61 325 341) *RM* = um 4,7 (1935: 6,5) v. H. angewachsen. Der Gesamteinlagenbestand (Spareinlagen, Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen) vermehrte sich auf 60 022 950 (1935: 58 287 875) *RM* = um 3 (1935: 6,4) v. H.

Der Sparverkehr entwickelte sich im Lauf des Berichtsjahres uneinheitlich. Mehreinzahlungen im Neugeschäft in fünf Monaten stehen Mehrabhebungen in sieben Monaten gegenüber. Trotzdem ergab das Neugeschäft einen Einzahlungsüberschuß von 645 262,49 (1935: 3 106 741) *RM*, zu dem noch 1 277 597,08 (1935: 1 201 178) *RM* Zinsgutschriften hinzukamen. Die Aufwertungsguthaben nahmen durch Zinsgutschriften um 161 799,73 (1935: 191 495) *RM* zu, durch Abhebungen verringerten sie sich um 964 645,51 (1935: 1 475 759) *RM*. Auf Ende des Berichtsjahres ergab sich, wie bereits bemerkt, ein Einlagenbestand von 49 578 213,08 (1935: 48 458 199,29) *RM*, darunter sind 5 467 129,45 (1935: 6 269 975) *RM* Aufwertungsforderungen enthalten.

Die Gesamtzahl der Sparbücher betrug 116 283 (1935: 114 431). Neben 114 529 (1935: 112 639) Sparbüchern mit satzungsmäßiger Kündigungsfrist wurden für 1 754 (1935: 1 792) Sparbücher mit einem Gesamtguthaben von 7 582 147 (1935: 6 739 756) *RM* besondere Kündigungsfristen vereinbart, d. s. 15,3 (1935: 13,9) v. H. des gesamten Spareinlagenbestandes. Dem Neugeschäft mit einem Zugang von 6 209 (1935: 5 533) Sparbüchern steht beim Aufwertungsgeschäft ein Abgang von 4 357 (1935: 5 873) Sparbüchern gegenüber. Die Zahl der im Neugeschäft ausgegebenen Sparbücher belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 67 036 (1935: 60 827) Stück, Aufwertungssparbücher waren noch 49 247 (1935: 53 604) Stück vorhanden. Das Durchschnittsguthaben je Sparbuch belief sich im Neugeschäft und Aufwertungsgeschäft zusammen auf 426,35 (1935: 423,47) *RM*. Auf den Kopf der Karlsruher Bevölkerung entfielen 311,70 (1935: 304,86) *RM* Sparguthaben.

Auch im Depositenverkehr ist eine beträchtliche Erhöhung festzustellen, und zwar um 594 086,58 (1935: Verminderung um 474 236,50) *RM* = um 14,28 (1935: —10,2) v. H. Ihr Stand betrug 4 751 777,44 (1935: 4 157 690,86) *RM*, die Zahl der Konten 71 (1935: 64).

Im Giro- und Kontokorrentverkehr ist ein Zugang von 1 109 (1935: 797) Konten = 13,7 (1935: 10,9) v. H. und eine Erhöhung im Einlagenbestand um 215 321,18 (1935: 114 795) *RM* = 3,91 (1935: 2,13) v. H. zu verzeichnen. Das Durchschnittsguthaben je Konto betrug 831,81 *RM*. Die umgeschlagene Geldmenge erhöhte sich um 25 Millionen *RM* = 9,9 v. H. auf 278 (1935: 253) Millionen *RM*, wovon 52 Millionen *RM* = 18,9 v. H. des Gesamtumsatzes in bar erledigt wurden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Bewilligung neuer Hypotheken war auch im Berichtsjahr nur in beschränktem Umfang möglich, um die Hypothekenausleihungen allmählich auf die vorgeschriebene Grenze von 50 v. H. des Spareinlagenbestandes zurückzuführen. Die Gewährung neuer Hypothekendarlehen, die vornehmlich Kinderreichen und Kriegsbeschädigten für Wohnungsneubauten bewilligt worden sind, konnte nur aus den Rückflüssen der schon seit Jahren gewährten Abzahlungshypotheken und durch Überwachung der älteren Schuldner zwecks Erlangung regelmäßiger Abzahlungen erreicht werden. Einer Heimzahlung von 673567 (1935: 1039827) RM steht eine Neuausleihung von 600820 (1935: 591817) RM in 82 Konten gegenüber. Die Hypothekenausleihungen beliefen sich Ende 1936 auf 34597316,12 (1935: 35013307) RM in 2296 (1935: 2243) Konten, darunter 2430482,66 (1935: 2693174) RM Aufwertungshypotheken mit 499 (1935: 520) Konten. Der Hypothekenbestand hat sich von 72,3 v. H. der Spareinlagen im Vorjahr auf 69,7 v. H. Ende 1936 ermäßigt.

An Zinsrückständen aus dem Hypothekengeschäft waren am Ende des Berichtsjahres noch 81026,45 (1935: 322892) RM vorhanden. Die Zinsrückstände machen noch 5,8 (1935: 19,8) v. H. des laufenden Zinsensolls aus. Aus der beträchtlichen Verminderung ist die fortschreitende Gesundung des Grundbesitzes zu erkennen.

Im kurzfristigen Kreditgeschäft betrugen die Ausleihungen auf Ende 1936 9001115,60 (1935: 7881709,38) RM. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf 1119406,22 (1935: 1413451,43) RM = 14,2 (1935: 21,8) v. H.

Die Zahl der Grundstückszwangsversteigerungen, an denen die Sparkasse beteiligt war, hat sich auf 21 (1935: 10) erhöht; in 18 (1935: 9) Fällen war die Sparkasse betreibende Gläubigerin. Von diesen Verfahren kamen 3 (1935: 5) zur Durchführung. Von 24 (1935: 13) anhängigen Zwangsverwaltungen ergingen 19 (1935: 5) auf Antrag der Sparkasse.

Die Zinssätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Diese betrugen für gewöhnliche Spareinlagen 3 v. H., für Spareinlagen mit ausbedungener Kündigungsfrist $3^1/_8$ bis $3^7/_8$ v. H., für Kündigungsgelder und feste Gelder, je nach der Kündigungsfrist oder Laufzeit, $2^1/_2$ bis $3^3/_4$ v. H. und für täglich fällige Gelder im Giro- und Kontokorrentverkehr 1 v. H. Der Hypothekenzinssatz war für neue und Aufwertungshypotheken auf $4^1/_2$ v. H. festgesetzt. Im Scheck- und Wechseleinzugsverkehr wurden 33113 (1935: 30734) Schecke und Wechsel im Betrag von 6712521 (1935: 5904409) RM eingezogen. Angekauft wurden 1154 (1935: 1120) Wechsel im Betrag von 279174 (1935: 242602) RM. Auch die Benutzung der Nachtschalteranlage hat sich auf den Einwurf von 1944870 (1935: 1805809) RM gesteigert. In der Stahlkammer waren 283 (1935: 243) Schließfächer vermietet.

Bei der Pfandleihkasse ist sowohl in der Zahl der Beleihungen mit 32741 (1935: 31000), als auch im Wert der beliehenen Gegenstände mit 225345 (1935: 219304) RM eine Steigerung eingetreten, die jedoch bei den Einlösungen noch stärker war, sodaß sich der Pfänderbestand auf Ende des Berichtsjahres auf 8656 (1935: 9031) Stück im Wert von 82783 (1935: 85817) RM ermäßigt hat.

Im Personalstand war eine geringe Erhöhung zu verzeichnen. Am Ende des Berichtsjahres beschäftigte die Sparkasse 36 (1935: 36) Beamte, 100 (1935: 99) Angestellte, 7 (1935: 3) Lehrlinge und 6 (1935: 6) Arbeiter, zusammen 149 (1935: 144) Personen.

Das Berichtsjahr schloß mit einem Reingewinn von 1039929,02 (1935: 325251) RM ab, der an die gesetzliche Rücklage abgeführt wurde. Auch die Liquidität der Sparkasse war zufriedenstellend.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vermögensaufstellung auf 31. Dezember 1936.

Vermögenswerte.	RM
1. Kassenbestand, Guthaben bei der Reichsbank und dem Postscheckamt, Schecks und Wechsel	338 403,58
2. Wertpapiere	9 790 803,27
3. Guthaben bei anderen deutschen Geldanstalten	4 297 188,90
4. Schuldner	12 331 044,88
5. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden	34 597 316,12
6. Fällige Zinsforderungen	120 303,14
7. Dauernde Beteiligungen	1 064 500,00
8. Grundstücke und Gebäude	75 604,00
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,00
10. Sonstige Forderungen	4 697,16
11. Posten der Rechnungsabgrenzung	540 257,17
Summe der Forderungen	63 160 119,22

Verbindlichkeiten.	RM
1. Spareinlagen	49 578 213,08
2. Gläubiger	10 444 737,34
3. Verpflichtungen aus Wechseln	119 973,20
4. Langfristige Anleihen	976,67
5. Reserven	1 832 597,15
6. Rückstellungen	140 009,82
7. Sonstige Verbindlichkeiten	3 682,94
8. Gewinn	1 039 929,02
Summe der Verbindlichkeiten	63 160 119,22

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gewinn- und Verlustrechnung 1936.

Aufwand.	RM	Erträgnisse.	RM
1. Ausgaben an Zinsen für		1. Einnahmen aus Zinsen . .	3 295 891,13
a) Spareinlagen	1 491 184,69	2. Einnahmen aus Provisionen und dergleichen	42 768,51
b) Giroeinlagen und Depositen	203 972,96	3. Erträge aus Beteiligungen	37 257,50
c) aufgenommene Gelder . .	67,01	4. Kursgewinne	12 268,88
d) sonstige Zinsen	14 523,64	5. Sonstige Erträge	69 146,80
2. Verwaltungskosten:			
a) persönliche	486 073,20		
b) sächliche	186 693,40		
3. Grundstücksaufwand	8 429,40		
4. Steuern	7 368,49		
5. Abschreibungen	16 292,71		
6. Sonstige Aufwendungen . . .	2 798,30		
7. Gewinn	1 039 929,02		
Summe . .	3 457 332,82	Summe . .	3 457 332,82

(Ausführlichere Angaben enthält der besonders herausgegebene Geschäftsbericht der Städtischen Sparkasse).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg